PROLETARIER ALLER LÄNDER,
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER, RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE.

Die Zeitschrift wird redigiert von **G. Sinowjew** und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rjasanow, Trotzki (Russland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Kilbom, Ström (Schweden), Tranmael (Norwegen), Gorter, Pannekoek, Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Gruber, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Levi, Radek, K. Zetkin (Deutschland), Pankhurst, Rotstein (England), Guilbeaux, Loriot, Péricat, Sadoul, Saumoneau (Frankreich), Balabanowa, Serrati (Italien), Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Bela Kun, Rudas, Rudnyanszky (Ungarn), □□□□□□ Marchlewski-Karski (Polen) u. a. □□□□□□

№ 14

ZWEITER JAHRGANG

VERLAG:
PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 69.
Tel. 1-19.

REDAKTION:
PETROGRAD, SMOLNY,
KABINETT G. SINOWJEW.

Verlag der
Kommunistischen Internationale.

In Kommission:
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf.
Louis Cahnbley, Hamburg 11

Neustädtische Vereinsdruckerei G. m. b. H.
Neustadt

1921

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Zum dritten Jahrestag	1
G. Sinowjew. Zum Kongreß in Halle. An die Arbeiterparteien der ganzen Welt	5
N. Lenin. Zur Geschichte der Frage der Diktatur	10
G. Sinowjew. Offenes Schreiben an den Gen. Serrati	31
Klara Zetkin. Flammenzeichen	38
E. Varga. Die Wirtschaftslage Kontinentaleuropas	48
W. Miljutin. Die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen	62
T. Rotstein. Zur Charakteristik des Parlamentarismus	73
J. Marchlewski. Der Friede mit Polen	85
G. Sinowjew. Wann und unter welchen Bedingungen sollen Arbeiterräte gebildet werden	88
G. Safarow. Die koloniale Revolution. Die Erfahrung Turkestans	92
M. Pawlowitsch. Sowjetrußland und die englisch-französische Ränke im Osten	102
Paul Levi. Die politische Lage in Deutschland	114
J. Walcher. Das deutsche Proletariat und seine Revolution	126
Gramschi. Die kommunistische Bewegung in Turin	133
Raymond Lefèvre. Frankreich und die kommunistische Revolution	144
Chr. Kabaktschejew. Bulgarien nach dem imperialistischen Kriege	155
J. H. Der Moskauer Kongreß und die revolutionäre Bewegung in der Schweiz	165

Seite

Ein estnischer Kommunist. Der Kampf der Gewerkschaften in Estland 169
J. K. Einiges über die Lage in Japan 177
W. Bystrjanski. Rosa Luxemburg und Leo Tyszko vor der zaristischen Themis 182
W. Nabokow. Die russische Botschaft in London 198

Der Internationale Rat der Roten Gewerkschaften.

J. T. Murphy. Zwei Monate der Arbeit 205

Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale".

J. K. Brief aus Südslawien 216
Brief aus Rumänien 219
K. K. Brief aus China 222

Dokumente der Internationalen Kommunistischen Bewegung.

Der erste Kongreß der persischen Kommunisten der Partei „Adalat" 225
Manifest der Kommunistischen Balkan-Donauföderation. An die werktätigen Klassen der Balkan- und Donauländer . . 231
An die Arbeiter aller Länder. Resolution der vereinigten Sitzung der Vorstände der Revaler Gewerkschaften und der Arbeiterältesten am 23. August 1920 242

Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Offenes Schreiben an alle Mitglieder der Unabhängigen Partei Deutschlands. An den außerordentlichen Parteitag in Halle 244
G. Sinowjew. An die revolutionären Arbeiter Deutschlands . 268
— An den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands 273
G. Sinowjew, N. Bombacci, A. D. Hoffmann, P. Levi. An die Bergarbeiter, an die revolutionären Kämpfer in England . 275
G. Sinowjew, Rosmer. Aufruf an die französischen Arbeiter. Anläßlich des Kongresses der Allgemeinen Konföderation der Arbeit (C. G. T.) 276

Seite

G. Sinowjew. Schreiben an die französischen Genossen . . . 279
— Mein Abschiedsbrief 285
— An das italienische Proletariat 290
Aus den Protokollen des Exekutivkomitees:
Die Sitzung vom 20. September 292
Die Sitzung vom 21. September 295
Die Sitzung vom 27. September 297
Aus den Beschlüssen des Kleinen Büros vom 29. Sept. 1920 . . 298

Die Internationale der kommunistischen Jugend.

W. Münzenberg. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale und die Kommunistische Jugendinternationale . 300
Leitsätze über die Jugendbewegung. Zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale 311

Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Die ermordeten finnischen Kommunisten 314
John Reed 323
Georg Kirkow 330
Dmitri Tutzowitsch 334

Illustrationen:

Leo Jogiches, Jukka Rahja, John Reed, Georg Kirkow, Dmitri Tutzowitsch.



Zum dritten Jahrestag.

Am 7. November 1920 feiern wir den dritten Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland. Drei lange Jahre dramatischer Episoden, schwersten Kampfes, schwerster Opfer. Die bürgerlichen Regierungen von England, Frankreich, Amerika, Japan, Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien, Polen, der Türkei, Lettland, Estland, Armenien, Georgien und anderen Ländern haben während dieser ganzen Zeit gegen die proletarische Regierung von Rußland Krieg geführt. Die Arbeiterregierung der ersten Sowjetrepublik hatte wahrlich gegen eine ganze Welt bürgerlicher Feinde zu kämpfen. Es gibt keine Gewalt, keine Verfolgung, keine Niedrigkeit, die die bürgerlichen Regierungen der ganzen Welt während dieser Zeit gegen Sowjetrußland nicht angewandt hätten.

Aber Sowjetrußland hielt stand. Die Arbeiter und die werktätigen Bauern überwanden alle Schwierigkeiten und schmiedeten sich ein machtvolles Schwert in Gestalt der viele Millionen zählenden Roten Armee, die sich mit Erfolg gegen ihre Feinde verteidigt hat. Hunger und Kälte, Leiden und Schmerzen, alles das hat das russische Volk und an seiner Spitze die Arbeiterklasse Rußlands im Uebermaß ertragen. Zähneknirschend hat das russische Proletariat mit Löwenmut und proletarischem Heldensinn gegen die Räuber gekämpft, von denen es umzingelt war, und es hat gesiegt.

In den letzten Wochen hat die europäische und amerikanische bürgerliche Presse aufs neue die Lügen- und Verleumdungskampagne gegen Sowjetrußland verstärkt. Die bürgerliche Presse berichtet über angebliche Aufstände in Sowjetrußland, über unerhörte Niederlagen an der Front usw. Alles das sind Lügen. Sowjetrußland steht gegenwärtig fester auf den Füßen als je. Sowjetrußland beendet siegreich den Kampf gegen den letzten Feind im Innern des Landes, den Zarengeneral Wrangel, der von der schamlosen Bande der französischen und englischen Kapitalisten unterstützt wird.

Die russischen Arbeiter haben beschlossen, den dritten Jahrestag der proletarischen Revolution durch Verstärkung der Propaganda für die Rote Armee, durch Hebung der Arbeitsdisziplin in ihrer eigenen Mitte zu feiern. Und an diesem dritten Jahrestage haben die russischen Arbeiter, die soviel ertragen und gelitten haben, das Recht, sich an Euch, Arbeiter der ganzen Welt zu wenden, mit einer neuen Mahnung und einer neuen Bitte um Unterstützung.

Genossen! Wenn bisher diese oder jene bürgerliche Regierung Sowjetrußland überfiel, sind die Arbeiterparteien meistenteils mit der Parole der Nichteinmischung aufgetreten. Die Arbeiterparteien haben von ihren bürgerlichen Regierungen gefordert, daß sie in Neutralität verharrten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten dieser oder jener Länder einmischten. Jetzt genügt das nicht mehr. Die Parole der Nichteinmischung, der Neutralität soll ersetzt werden durch eine Parole, die die Arbeiter der anderen Länder zur tätigen Unterstützung Sowjetrußlands mit allen erreichbaren Mitteln auffordert. Es ist Zeit, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen.

Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat bereits die Arbeiter der ganzen Welt aufgefordert, mit allen Mitteln jegliche Einfuhr von Munition in alle bürgerlichen Länder, die gegen Sowjetrußland kämpfen, zu verhindern. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat Euch aufgefordert, Eisenbahnzüge mit solcher Munition in die Luft zu sprengen, die bürgerlichen Offiziere unschädlich zu machen, mit allen Mitteln den

Feinden Sowjetrußlands hinderlich zu sein. Zum dritten Jahrestag der großen proletarischen Revolution wiederholen wir diese Aufforderung.

Die blutdürstige französische Bourgeoisie besticht die ungarischen Henker und die rumänischen Mörder, überredet sie, Sowjetrußland zu überfallen und dem Banditen, dem Zarengeneral Wrangel Hilfe zu leisten. Eine gleiche Kampagne entfaltet sich in der Tschechoslowakei. Die Arbeiter in Rumänien, in Ungarn und in der Tschechoslowakei sollen auf der Hut sein und sollen ihrer Pflicht gedenken. Die Arbeiter Frankreichs und Englands sollen keinen Augenblick vergessen, was für eine Verantwortung sie übernehmen, wenn ihre bürgerlichen Regierungen einen neuen Überfall auf Sowjetrußland vorbereiten.

Arbeiter der ganzen Welt! Erinnert Euch, wie viel Lügen und Verleumdungen während dieser drei Jahre über die erste große sozialistische Republik der Welt verbreitet wurden. Trotzalledem wuchs der moralische Einfluß Sowjetrußlands mit jedem Tage, mit jeder Stunde. Sowjetrußland zieht als großer Magnet die Herzen aller ehrlichen Arbeiter der Welt an. Sowjetrußland hat es verstanden, die unterdrückten Völker des Ostens, diese Parias unter Parias, zu erwecken und aufzuklären. Sowjetrußland hat es verstanden, während es sich mit einer Hand gegen die grausamen Feinde wehrte, mit der anderen Hand den Aufbau eines neuen Lebens zu beginnen.

Das Beispiel Sowjetrußlands, das verstanden hat, allein im ungleichen Kampf gegen die ganze bürgerliche Welt, trotz des teilnahmslosen Verhaltens der Arbeiter in den anderen Ländern besonders zu Beginn der Revolution, zu siegen und die Macht der Werktätigen zu erringen, dieses Beispiel soll in Eurem Herzen den Glauben an unseren Sieg erwecken. Die Arbeiter der anderen Länder werden keinen so schweren Kampf zu führen haben. Der Weg ist gebahnt. Das Ziel ist richtig angedeutet.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Werktätige! Möge der dritte Jahrestag der großen proletarischen Revolution in Rußland nirgends unbeachtet vorübergehen! Möge es in ganz Europa, in der ganzen Welt keine einzige Stadt, keinen Fabrikbezirk, keine Fabrik und

kein Werk, keine Grube und keine Kaserne geben, wo der 7. November nicht so oder anders als Jahrestag der russischen Revolution gefeiert wird. Veranstaltet Versammlungen, Straßenkundgebungen, Manifestationen, erklärt den Rückständigsten, was die große proletarische Revolution in Rußland bedeutet. Schließt Eure Reihen zusammen! Möge an diesem Tage in der ganzen Welt eine Forderung ertönen: Unterstützung des Arbeiter- und Bauernsowjetrußlands mit allen Kräften! Kampf gegen jegliche Lieferung von Munition an die Feinde Sowjetrußlands mit allen Kräften! Mögen an diesem Tage die Werktätigen der ganzen Welt den Eid leisten, den Kampf nicht aufzugeben, bis das Kapital gestürzt und an seiner Stelle in der ganzen Welt die Sowjetmacht errichtet ist.

Die Sozialverräter und die Parteien des „Zentrums", die wissen, daß die Arbeiter der ganzen Welt begeistert sind von dem russischen Proletariat und der Sowjetmacht, bekennen sich in Worten als Verteidiger Sowjetrußlands. Solcher Verteidiger bedürfen wir nicht. Sowjetrußland braucht keine Hilfe in Worten, sondern Hilfe durch die Tat. Die revolutionären Arbeiter brauchen ehrliche Kämpfer und keine Diplomaten und Schwindler. Genug der offiziellen süßsauren Phrasen für die russische Revolution! Unter dem Banner der russischen Revolution ist nur derjenige berechtigt zu stehen, der in seinem eigenen Lande um Leben und Tod gegen seine eigene Bourgeoisie, seine Sozialverräter, seine Unterdrücker kämpft.

Mögen Eure Banner am 7. November folgende Inschriften tragen:

Es lebe die Sowjetmacht in der ganzen Welt!
Es lebe die Diktatur des Proletariats!
Es lebe der Aufstand der Arbeiter!
Es lebe die tätige Unterstützung Sowjetrußlands!
Keine einzige Kugel an die Feinde Sowjetrußlands!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

Zum Kongreß in Halle.

An die Arbeiterparteien der ganzen Welt.

Die Umwälzung in den deutschen Parteiverhältnissen, die der Parteitag von Halle mit sich gebracht hat, ist von der größten Bedeutung nicht nur für die Arbeiterklasse Deutschlands, sondern für die Arbeiterparteien der ganzen Welt. Derselbe Kampf, der soeben in Deutschland ausgefochten worden ist, wird jetzt in fast allen Arbeiterparteien Europas und Amerikas durchgekämpft.

Was ist die Lehre von Halle? Was hat uns die Spaltung der U. S. P. D. gezeigt?

Der klassenbewußte Teil der Arbeiterschaft Deutschlands mußte als erster den großen Kampf um die III. Internationale endgültig zum Austrag bringen. Die Schwierigkeiten, mit denen der aktivste und beste Teil der Arbeiterklasse Deutschlands dabei zu rechnen hatte, bestehen jetzt auch in den anderen Ländern. Erlaubt uns, Genossen, die Erfahrungen mitzuteilen, die wir gemacht haben, damit Ihr Euren Kampf leichter durchführen könnt.

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau hat mit voller Klarheit und Bestimmtheit seine Auffassungen über die großen welthistorischen Fragen festgelegt. Der Moskauer Kongreß hat zu allen entscheidenden Fragen der proletarischen Revolution Stellung genommen: Demokratie und Diktatur, die Rolle der proletarischen Partei während und nach der Revolution, Nationalitäten- und Kolonialfrage, Agrarfrage, Gewerkschafts- und Betriebsrätefrage, Rätesystem. Das alles sind Schicksalsfragen der gesamten internationalen Arbeiterbewegung. Nach dem Moskauer Kongreß hätte eine große grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen dem kommunistischen Teil der Bewegung und allen seinen Gegnern beginnen müssen. Die reformistischen und halbreformistischen Elemente in Deutschland — wie auch in anderen Ländern — wagten es aber nicht, den grundsätzlichen Kampf aufzunehmen. Sie versuchten, einer prinzipiellen Diskussion aus dem Wege zu gehen, um den Streit auf das organisatorische Gebiet zu verschieben. Warum haben sie das getan? Darum,

Genossen, weil der geistige Sieg des Kommunismus über alle ihm entgegengesetzte Richtungen eigentlich schon jetzt ein endgültiger ist. Die Kerntruppe der Arbeiterklasse Europas und Amerikas ist für die russische proletarische Revolution, für die Diktatur des Proletariats, für die Sowjetmacht und also auch für die III. Internationale. Die reformistischen und opportunistischen Elemente können es schon jetzt nicht mehr wagen, eine offene Kampfansage an die III. Internationale, an die russische Sowjetrepublik zu richten. Eine große Anzahl dieser reformistischen Elemente erklärt im Gegenteil jetzt, sie sei für die III. Internationale, nur wolle sie größere Autonomie für ihre Partei, nur gefielen ihr die 21 Bedingungen nicht, die der Moskauer Kongreß für die Aufnahme in die III. Internationale gestellt hat.

Was war die Funktion dieser 21 Bedingungen? Der Kampf in Deutschland und das Fazit des Kampfes in Halle haben am deutlichsten gezeigt, wie richtig die III. Internationale gehandelt hat, als sie die 21 Bedingungen aufstellte. Nur dadurch, daß die Kommunistische Internationale ganz korrekt ihre Forderungen und ihre Bedingungen formuliert hat, war sie in der Lage, die reformistischen und halbreformistischen Elemente in der U. S. P. zu zwingen, Farbe zu bekennen. Wäre die III. Internationale in Moskau nicht so streng vorgegangen, so hätte es eine Anzahl halbreformistischer Elemente für besser gefunden, in die halb offene Tür der III. Internationale hineinzuschlüpfen, um dort ihre opportunistische Arbeit weiter zu führen. Diesem Übel mußte die III. Internationale vorbeugen. Die Kommunistische Internationale muß eine Organisation aus einem Gusse sein. Die III. Internationale darf auf keinen Fall das opportunistische Gift in sich aufnehmen. Die III. Internationale darf auf keinen Fall zur Fortsetzung der II. Internationale werden.

Die 21 Bedingungen hatten eben die Funktion, diese reine Scheidung zu erzielen. Nicht um diese oder jene kleine organisatorische Einzelheit in diesen Bedingungen handelt es sich, sondern es handelt sich darum, daß die programmäßigen Thesen in ihrer Gesamtheit und in ihrem Geiste angenommen und durchgeführt werden.

Sämtliche Diskussionen in Halle zeigten, daß es sich für die rechten reformistischen und halbreformistischen Elemente nicht darum handelt, ob 1 oder 21 Bedingungen, ob mehr oder weniger Autonomie, sondern daß es sich darum handelt, ob man eine wirkliche proletarische kommunistische Partei bilden oder im Fahrwasser der alten opportunistischen Sozialdemokratie bleiben will.

Bürgerliche Demokratie oder proletarische Diktatur, kleinliche Reformarbeit oder Weltrevolution, das war die Frage, die zur Spaltung in Halle führte.

Die rechten U. S. P.-Führer behaupteten, daß sie weiter Solidarität mit der Sowjetregierung in Rußland üben wollten. Das ist eine Unwahrheit. Der Sozialist, der heute gegen die III. Internationale ist, wird morgen auch gegen die Sowjetregierung auftreten müssen. Die rechten U. S. P. D.-Führer haben damit begonnen, sie haben eine Verbrüderung mit den russischen Scheidemännern, mit dem Menschewik Martow und seinen Genossen vollzogen. Sie unterstützen den russischen Menschewismus, d. h. die Konterrevolution. Sie haben ihr Zentralorgan, die „Freiheit", in ein ausgesprochen antibolschewistisches Organ verwandelt. Die Pogromreden ihres Führers Dittmann werden von der antibolschewistischen Liga mit Behagen abgedruckt. Dieselbe Erscheinung werden wir auch in anderen Ländern beobachten können.

Der Sozialist, der heute nicht ganz aufrichtig zur III. Internationale steht, wird morgen für die II. Internationale eintreten. Das Beispiel der rechten Führer der U. S. P. D. zeigt das ganz deutlich. Die rechten U. S. P.-Führer legten sich für die sogenannte Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam ins Zeug, deren Führer die ausgesprochensten Sozialverräter, Legien, Jouhaux, Gompers, Appleton, Ondegest und andere Opportunisten sind. Was ist diese sogenannte Gewerschaftsinternationale in Amsterdam? Das ist ein Stück der II. Internationale.

Die gleiche Auseinandersetzung geht in allen Arbeiterparteien der Welt vorwärts. Nun bitten wir Euch, Genossen, macht Euch die Lehren von Halle zu eigen. Ihr müßt den Gegnern der 21 Bedingungen offen und scharf die Frage stellen: Seid Ihr bereit, Euch der proletarischen Mehrheit der Partei wirklich zu unterwerfen oder wollt Ihr fortsetzen, was die Hilferding, Crispien und Dittmann in Halle getan haben?

Ihr sollt den reformistischen und halbreformistischen Elementen nicht erlauben, die ganze prinzipielle Diskussion beiseite zu schieben, und sie durch eine kleinliche, nur organisatorische Debatte zu ersetzen. Ihr sollt den einfachen Parteimitgliedern vor Augen führen, daß die 21 Bedingungen nur dazu da sind, die reine Scheidung und Klärung wirklich herbeizuführen. Alle opportu-

nistischen und halbopportunistischen Elemente, die nicht zum offenen Bekenntnis für die III. Internationale bereit sind, schreien auf allen Straßen: die 21 Bedingungen haben jede Autonomie, jede Selbständigkeit der Landesparteien vernichtet. Dem ist nicht so. Die Kommunistische Internationale hat wiederholt erklärt, daß bindende Beschlüsse nur in jenen Fragen gefaßt werden sollen, die wirklich international sind. Es gibt selbstverständlich eine ganze Anzahl von Fragen, in denen jede Partei des betreffenden Landes selbständig vorgehen kann und muß. Eine Zentralisation unserer Kräfte müssen wir für den kommenden Bürgerkrieg international organisieren. Die Zusammensetzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das bereits aus Vertretern von 16 verschiedenen Parteien besteht, ist schon jetzt eine Bürgschaft dafür, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die wirkliche Autonomie der Parteien nicht verletzen und die Zentralisation so durchführen wird, wie die proletarischen Interessen es erfordern und daß alle Direktiven der Kommunistischen Internationale von wirklich internationalem Standpunkt überdacht und gefaßt werden.

Genossen, macht es jedem einfachen Arbeiter klar, daß es sich nicht darum handelt, ob eine oder zwei oder 5 oder 21 Bedingungen, angenommen werden sollen, sondern um die eine wirkliche Bedingung: daß diejenigen Parteien, die zur Kommunistischen Internationale gehören wollen, wirklich kommunistische, revolutionäre, proletarische Parteien sind, in denen die Reformisten, die Sozialpazifisten, die schwankenden Gemüter nichts zu suchen haben.

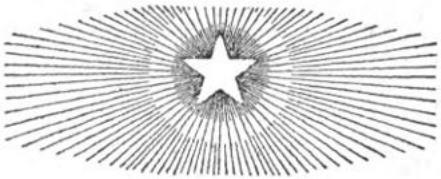
Wir bitten unsere französischen, unsere italienischen, unsere englischen, unsere skandinavischen Gesinnungsgenossen, wir bitten unsere revolutionären Brüder der ganzen Welt, das zu beherzigen, was jetzt die deutsche Arbeiterklasse in mühevollem Kampfe gelernt hat: zu den Thesen und den Bedingungen der Kommunistischen Internationale treu und fest zu stehen und keine Konzessionen an die reformistischen Elemente zu machen.

Genossen! Die Klärung und Reinigung hat begonnen. Diese Reinigung hat die größte Bedeutung für die Arbeiterklasse der ganzen Welt, diese Reinigung muß unsere Reihen stärken, muß all unsere Bruderparteien zu festen, zentralisierten, entschlossenen, bewußten, disziplinierten kommunistischen Parteien machen, die den riesigen Aufgaben des nahenden Kampfes gewachsen sind, soll der Prozeß der Festigung und Zusammenfassung unserer Reihen vorwärts gehen.

Ob wir in der Mehrheit oder in der Minderheit bleiben, das ist nicht die wichtigste Frage. Das Wichtigste ist, daß wir in unseren Reihen nur bewußte und entschlossene Kämpfer sammeln.

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Vorsitzender des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Internationale
G. Sinowjew.



Zur Geschichte der Frage der Diktatur.

Die Frage der Diktatur des Proletariats ist eine Grundfrage der modernen Arbeiterbewegung in allen kapitalistischen Ländern ohne Ausnahme. Um sich über diese Frage völlig klar zu werden, muß man ihre Geschichte kennen. Im internationalen Maßstabe stimmt die Geschichte der Lehre von der revolutionären Diktatur überhaupt und von der Diktatur des Proletariats im besonderen mit der Geschichte des revolutionären Sozialismus und insbesondere mit der Geschichte des Marxismus überein. Außerdem — und das ist selbstverständlich das wichtigste — bildet die Geschichte aller Revolutionen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen gegen die Ausbeuter den Hauptstoff und die Hauptquelle unserer Kenntnisse in der Frage der Diktatur. Wer nicht die Notwendigkeit der Diktatur einer beliebigen revolutionären Klasse für ihren Sieg eingesehen hat, der versteht nichts von der Geschichte der Revolution, oder er will nichts von diesem Gebiet wissen.

In russischem Maßstabe ist, wenn von Theorie die Rede ist, das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands von besonderer Bedeutung. Dieses Programm wurde 1902—03 von der Redaktion der „Sarja" und der „Iskra" zusammengestellt, oder richtiger von G. W. Plechanow zusammengestellt und von dieser Redaktion durchgesehen, geändert und bestätigt. Die Frage der Diktatur des Proletariats ist in diesem Programm klar und bestimmt gestellt, und zwar im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Bernstein, gegen den Opportunismus. Von größter Bedeutung sind aber natürlich die Erfahrungen der Revolution, d. h. für Rußland, die Erfahrungen des Jahres 1905.

Die drei letzten Monate dieses Jahres — Oktober, November und Dezember — waren die Periode eines besonders machtvollen, ausgedehnten, revolutionären Massenkampfes, eine Periode der Vereinigung der zwei mächtigsten Methoden dieses Kampfes — des politischen Massenstreiks und des bewaffneten Aufstandes. (Nebenbei bemerkt, erkannte bereits im Mai 1905 der Dritte Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei „als eine der wichtigsten und unaufschiebbarsten Aufgaben der Partei die Aufgabe an, das Proletariat zum unmittelbaren Kampf gegen die Selbstherrschaft zu orga-

nisieren, und zwar durch den bewaffneten Aufstand". Der Kongreß beauftragte alle Parteiorganisationen, „sich über die Rolle des politischen Massenstreiks klar zu werden, der zu Beginn und im Verlauf des Aufstandes eine wichtige Bedeutung haben könne").

Zum erstenmal in der Weltgeschichte wurde eine solche Höhe der Entwicklung und eine solche Stärke des revolutionären Kampfes erreicht, daß der bewaffnete Aufstand in Verbindung mit dem Massenstreik, dieser spezifisch proletarischen Waffe, auf den Plan trat. Es ist klar, daß diese Erfahrungen für alle proletarischen Revolutionen der Welt von Bedeutung sind. Und die Bolschewiki haben mit Aufmerksamkeit und Eifer diese Erfahrungen studiert, sowohl von ihrer politischen Seite als auch von der ökonomischen. Ich weise auf die Untersuchung der Monatsangaben über die ökonomischen und politischen Streiks des Jahres 1905 hin, über die Formen des Zusammenhanges zwischen den einen und den anderen, über die Höhe der Entwicklung des Streikkampfes, die zum erstenmal in der Weltgeschichte erreicht wurde; diese Untersuchung brachte ich in der Zeitschrift „Proswestschenije", Jahrg. 1910 und 1911, und habe sie in der ausländischen bolschewistischen Literatur jener Zeit kurz zusammengefaßt wiederholt.

Die Massenstreiks und die bewaffneten Aufstände stellten die Frage der revolutionären Gewalt und der Diktatur auf die Tagesordnung, denn diese Kampfmethoden erzeugen unvermeidlich — anfangs in lokalem Maßstabe — die Vertreibung der alten Machthaber, die Machtergreifung durch das Proletariat und die revolutionären Klassen, das Vertreiben der Grundherren, bisweilen Besitzergreifung der Fabriken und dergleichen. Der revolutionäre Massenkampf der bezeichneten Periode rief solche in der Weltgeschichte bisher unbekannte Organisationen ins Leben, wie die Sowjets der Arbeiterdeputierten, und später die Sowjets der Soldatendeputierten, die Bauernkomitees und ähnliches. Es ist Tatsache, daß die Grundfragen (Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats), die jetzt die Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt in Anspruch nehmen, Ende 1905 praktisch gestellt waren. Während die hervorragendsten Vertreter des revolutionären Proletariats und des unverfälschten Marxismus wie Rosa Luxemburg sofort die Bedeutung dieser praktischen Erfahrungen richtig einschätzten und in Versammlungen und in der Presse mit ihrer kritischen Analyse auftraten, bekundete die ungeheure Mehrheit der offiziellen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, darunter auch die Reformisten und die Leute vom Schlage der künftigen „Kautskyaner", „Longuetisten", Anhänger von Hillquith in Amerika u. dergl. ihre völlige Unfähigkeit, die Bedeutung dieser Er-

fahrungen einzusehen und ihre revolutionäre Pflicht zu erfüllen, d. h. mit dem Studium und der Propaganda der Lehren dieser Erfahrungen zu beginnen.

In Rußland begannen sowohl die Bolschewiki als auch die Menschewiki sogleich nach der Niederlage des bewaffneten Dezemberaufstandes 1905 das Fazit dieser Erfahrungen zu ziehen. Diese Arbeit wurde insbesondere dadurch beschleunigt, daß im April 1906 der sogenannte „Einigungsparteitag" der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Stockholm stattfand, auf welchem die Menschewiki sowie die Bolschewiki vertreten und formell vereint waren. Die Vorbereitung zu diesem Kongreß wurde von diesen beiden Fraktionen mit außerordentlicher Energie betrieben. Beide Fraktionen veröffentlichten vor dem Kongreß, Anfang 1906, die Entwürfe ihrer Resolutionen über alle wichtigsten Fragen. Die Entwürfe, die in meiner Broschüre „Bericht über den Einigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Brief an die Petersburger Arbeiter)" Moskau, 1906, veröffentlicht sind (110 Seiten, von denen fast die Hälfte den Text der Resolutionsentwürfe beider Fraktionen und die vom Kongreß endgültig gefaßten Beschlüsse bilden), bieten das Hauptmaterial zum Studium der damaligen Fragestellung.

Die Debatten über die Bedeutung der Sowjets waren schon damals mit der Frage der Diktatur verknüpft. Die Bolschewiki hatten bereits vor der Oktoberrevolution 1905 die Frage der Diktatur aufgestellt (siehe meine Broschüre: „Zweierlei Taktik der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", Genf, Juli 1905, veröffentlicht im Sammelwerk „12 Jahre"). Die Menschewiki verhielten sich zu der Parole „Diktatur" ablehnend. Die Bolschewiki betonten, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten „tatsächlich Keime der neuen revolutionären Macht bildeten", wie es buchstäblich im Entwurf der bolschewistischen Resolution gesagt ist (Seite 92 des „Berichts"). Die Menschewiki erkannten die Bedeutung der Sowjets an, sie waren für die „Unterstützung ihrer Bildung" usw., hielten sie aber nicht für Keime der revolutionären Macht, sprachen überhaupt nicht über eine „neue revolutionäre Macht" eines derartigen oder ähnlichen Typus, lehnten die Parole der Diktatur direkt ab. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß alle jetzigen Differenzen mit den Menschewiki bereits in dieser Fragestellung im Keime enthalten waren. Es ist auch nicht schwer zu erkennen, daß die Menschewiki (die russischen sowie die nichtrussischen von der Art der Kautskyaner, der Longuetisten u. dergl.) sich bei der Stellungnahme zu der genannten Frage als Reformisten oder Opportunisten benommen haben und benehmen, die als Lippen-

bekenntnis die proletarische Revolution anerkennen, in der Tat aber das Wesentlichste und die Hauptsache im Begriff Revolution negieren.

Bereits vor der Revolution 1905 erörterte ich in der obengenannten Broschüre „Zweierlei Taktik" die Beweisführung der Menschewiki, die mich beschuldigten, daß ich „unbemerkt die Begriffe Revolution und Diktatur verwechselt hätte". („12 Jahre", S. 459.) Ich habe ausführlich bewiesen, daß die Menschewiki gerade durch diese Beschuldigung ihren Opportunismus, ihre wirkliche politische Natur als Mitläufer der liberalen Bourgeoisie als Instrumente ihres Einflusses unter dem Proletariat zeigen. Wenn die Revolution zu einer unbestreitbaren Kraft wird, dann beginnen auch ihre Gegner die „Revolution anzuerkennen", sagte ich und wies im Sommer 1905 auf das Beispiel der russischen Liberalen hin, die Monarchisten und Konstitutionalisten blieben. Jetzt, 1920, könnte man hinzufügen, daß in Deutschland und in Italien die liberalen Bourgeois oder wenigstens die gebildetsten und geschicktesten unter ihnen bereit sind, die „Revolution anzuerkennen". Aber indem sie die Revolution „anerkennen" und zu gleicher Zeit sich weigern, die Diktatur einer bestimmten Klasse (oder bestimmter Klassen) anzuerkennen, äußern die damaligen russischen Liberalen und Menschewiki, die jetzigen deutschen und italienischen Liberalen — Turatianer und Kautskyaner — ja gerade ihren Reformismus, ihre völlige Unbrauchbarkeit als Revolutionäre.

Wenn die Revolution bereits zu einer unbestreitbaren Kraft geworden ist, wenn auch die Liberalen sie „anerkennen", wenn die herrschenden Klassen nicht nur die unbesiegbare Macht der unterdrückten Massen sehen, sondern auch fühlen, dann besteht die ganze Frage — sowohl für Theoretiker als auch für praktische Führer der Politik — in der genauen Klassenbestimmung der Revolution. Ohne den Begriff „Diktatur" kann aber diese genaue Klassenbestimmung nicht gegeben werden. Ohne Vorbereitung der Diktatur kann man kein Revolutionär in der Tat sein. Diese Wahrheit haben die Menschewiki 1905 nicht verstanden, diese Wahrheit wird 1920 von den italienischen, deutschen, französischen und anderen Sozialisten nicht verstanden, die sich vor den strengen „Bedingungen" der Kommunistischen Internationale fürchten; es fürchten sich Leute, die fähig sind, die Diktatur als Lippenbekenntnis anzuerkennen, aber unfähig sind, sie durch die Tat vorzubereiten. Und daher wird es nicht unangebracht sein, meine Erklärung der Anschauungen von Marx, die ich im Juli 1905 gegen die russischen Menschewiki veröffentlicht habe, ausführlich wieder abzudrucken, denn das gleiche bezieht sich ja auch auf die westeuropäischen Menschewiki

von 1920 (ich ersetze die Benennung der Zeitungen u. a. durch einen einfachen Hinweis darauf, ob von den Menschewiki oder von den Bolschewiki die Rede ist):

„Mehring erzählt in seinen Anmerkungen zu den von ihm herausgegebenen Artikeln von Marx aus der „Neuen Rheinischen Zeitung" von 1848, daß die bürgerliche Literatur unter anderem der „Neuen Rheinischen Zeitung" den Vorwurf gemacht habe, sie solle angeblich als einziges „Mittel zur Durchführung der Demokratie die sofortige Einführung der Diktatur" verlangt haben (Marx' Nachlaß, Band III, Seite 53). Vom vulgär-bürgerlichen Standpunkt schließen die Begriffe Diktatur und Demokratie einander aus. Ohne die Theorie des Klassenkampfes zu verstehen, gewöhnt, auf der politischen Arena das kleine Gesindel verschiedener Kreise und Kategorien der Bourgeoisie zu sehen, versteht der Bourgeois unter der Diktatur die Abschaffung aller Freiheiten und Garantien der Demokratie, jederlei Gewalttätigkeit, jederlei böswillige Ausnutzung der Macht im persönlichen Interesse des Diktators. Im wesentlichen bricht gerade dieser vulgär-bürgerliche Standpunkt auch bei unseren Menschewiki durch, die die Eingenommenheit der Bolschewiki für die Parole „Diktatur" dadurch erklären, daß Lenin „leidenschaftlich gern sein Glück versuchen wolle" („Iskra" Nr. 103, Seite 3, Spalte 2). Um den Menschewiki den Begriff der Diktatur der Klasse zum Unterschied von der Diktatur der Persönlichkeit und die Aufgaben der demokratischen Diktatur zum Unterschied von der sozialistischen zu erklären, wird es von Nutzen sein, bei den Anschauungen der „Neuen Rheinischen Zeitung" zu verweilen.

„Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution — schrieb die „Neue Rheinische Zeitung" am 14. September 1848 — erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur. Wir haben es Camphausen (Oberhaupt des Ministeriums nach dem 18. März 1848) von Anfang an vorgeworfen, daß er nicht diktatorisch auftrat, daß er die Ueberbleibsel der alten Institutionen nicht sogleich zerschlug und entfernte. Während also Herr Camphausen sich in konstitutionellen Träumereien wiegte, verstärkte die geschlagene Partei (d. h. die Partei der Reaktion) die Positionen in der Bürokratie und der Armee, ja wagte hier und da selbst den offenen Kampf".

„Man sieht — sagt Mehring mit Recht — die Zeitung faßt hier in wenigen Sätzen zusammen, was sie in ihren langen Abhandlungen über das Ministerium Camphausen ausführlich begründete". Was sagen uns denn diese Worte von Marx? Daß eine temporäre revolutionäre Regierung diktatorisch auftreten muß (ein Grundsatz,

den die Menschewiki durchaus nicht begreifen konnten, die vor der Parole „Diktatur" scheuten); daß es die Aufgabe dieser Diktatur ist, die Ueberbleibsel der alten Institutionen zu vernichten (eben das, was in der Resolution der Bolschewiki zum dritten Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über den Kampf mit der Gegenrevolution deutlich gesagt ist und was in der Resolution der Menschewiki fehlt, wie wir oben angeführt haben). Drittens folgt letzten Endes aus diesen Worten, daß Marx die bürgerlichen Demokraten für die „konstitutionellen Träumereien" in der Epoche der Revolution und des offenen Bürgerkrieges geißelte. Was der Sinn dieser Worte ist, ersehen wir besonders anschaulich aus dem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom 6. Juni 1848. „Eine konstituierende Nationalversammlung — schrieb Marx — muß vor allem eine aktive, revolutionär-aktive Versammlung sein. Die Versammlung in Frankfurt macht parlamentarische Schulübungen und läßt die Regierungen handeln. Gesetzt, es gelänge diesem gelehrten Konzil, nach allerreifster Ueberlegung, die beste Tagesordnung und die beste Verfassung auszuklügeln, was nützt die beste Tagesordnung und die beste Verfassung, wenn die Regierung unterdes die Bajonette auf die Tagesordnung setzt?"

„Das ist der Sinn der Parole Diktatur . . ."

„Die großen Fragen in dem Leben der Völker werden nur durch Stärke entschieden. Die reaktionären Klassen selbst greifen gewöhnlich zuerst zur Gewalt, zum Bürgerkrieg, „setzen die Bajonette auf die Tagesordnung", wie es die russische Selbstherrschaft tat und systematisch und unentwegt, überall und allenthalben fortfuhr zu tun seit dem 22. Januar. Wenn sich aber eine derartige Situation ergeben hat, wenn das Bajonett wirklich an die Spitze der politischen Tagesordnung getreten ist, wenn der Aufstand notwendig und unaufschiebbar geworden ist, dann dienen konstitutionelle Träumereien und parlamentarische Schulübungen nur zur Deckung des bürgerlichen Verrats an der Revolution, zur Deckung dafür, daß die Bourgeoisie vor der Revolution „zurückschreckt". Eine wirklich revolutionäre Klasse muß dann gerade die Parole der Diktatur aufstellen"*).

So äußerten sich die Bolschewiki vor der Oktoberrevolution des Jahres 1905 über die Diktatur.

Nach den Erfahrungen dieser Revolution habe ich die Frage der Diktatur ausführlich behandelt in der Broschüre: „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei", Petersburg 1906 (die Broschüre ist vom 28. März 1906 datiert). Aus dieser

*) Siehe „12 Jahre", Seite 463—464, Ausgabe 1919, Seite 489—491 (russ.).

Broschüre führe ich alle wesentlicheren Erörterungen an, bemerke jedoch, daß ich eine Reihe von Eigennamen einfach durch den Hinweis ersetzt habe, ob von Kadetten oder von Menschewiki die Rede ist. Eigentlich ist die Broschüre gegen die Kadetten gerichtet und zum Teil gegen die parteilosen Liberalen, die Halbkadetten, die Halbmenschewiki. Im wesentlichen bezieht sich aber alles über die Diktatur Gesagte gerade auf die Menschewiki, die es auf Schritt und Tritt in dieser Frage mit den Kadetten hielten.

„Zu derselben Zeit, als in Moskau*) die Schüsse verhallten, als die Militär- und Polizeidiktatur ihre wilden Orgien feierte, als die Exekutionen und Massenfolterungen sich über ganz Rußland ergossen, erklangen in der Presse der Kadetten Reden gegen die Gewalt von links, gegen die Streikkomitees der revolutionären Parteien. Die Kadettenprofessoren, die zum Besten der Dubassow**) mit der Wissenschaft Handel trieben, gingen so weit, daß sie das Wort „Diktatur" durch das Wort „verstärkter Schutz"***) übersetzten. Die „Männer der Wissenschaft" entstellten selbst ihr Gymnasiallatein, um den revolutionären Kampf zu dämpfen. Diktatur bedeutet — merken Sie sich das ein für allemal, meine Herren Kadetten — eine unbegrenzte Macht, die sich auf Macht und nicht auf Recht stützt. Während des Bürgerkrieges kann jegliche Macht, die gesiegt hat, nur eine Diktatur sein. Die Sache verhält sich aber so, daß es eine Diktatur der Minderheit über die Mehrheit, eines Häufleins Polizisten über das Volk gibt, und eine Diktatur der ungeheuren Mehrheit des Volkes über ein Häuflein von Gewalttätern, Räubern und Usurpatoren der Volksmacht. Durch ihre vulgäre Entstellung des wissenschaftlichen Begriffs „Diktatur", durch ihr Gejammer über die Gewalt von links in der Epoche der Ausschweifung ungesetzlichster, gemeinster Gewalt von rechts haben die Herren Kadetten deutlich gezeigt, welche Stellung die „Kompromißler" im zugespitzten revolutionären Kampfe einnehmen. Der „Kompromißler" versteckt sich feige, wenn der Kampf entbrennt. Wenn das Volk gesiegt hat (am 17. Oktober), kriecht der „Kompromißler" aus seinem Schlupfloch hervor, tut prahlerisch schön, macht klangvolle Phrasen und schreit aus vollem Halse: das war ein „glorreicher" politischer Streik. Wenn die Gegenrevolution siegt, überschüttet der „Kompromißler" die Besiegten mit heuchlerischen Ermahnungen und Erbauungen. Der siegende Streik war „glorreich". Die besiegten Streiks waren verbrecherisch, wild,

*) Im Deezmber 1905.
**) Ein Zarengeneral, der im Dezember 1905 den Aufstand unterdrückte.
***) Belagerungszustand.

sinnlos, anarchistisch. Der besiegte Aufstand war Wahnsinn, Ausbruch der Elemente, Barbarei, Sinnlosigkeit. Mit einem Wort, das politische Gewissen und der politische Verstand des „Kompromißlers" besteht darin, vor denjenigen zu kriechen, die gerade stärker sind, um den Kampfmethoden ein Bein zu stellen, bald der einen, bald der anderen Seite hinderlich zu sein, den Kampf abzustumpfen und das revolutionäre Bewußtsein des Volkes, das einen verzweifelten Kampf um die Freiheit führt, zu dämpfen*).

Ferner ist es äußerst zeitgemäß, die Erörterung über die Frage der Diktatur anzuführen, die gegen Herrn R. Blanck gerichtet war. Dieser R. Blanck entwickelte 1906 in einer dem Wesen nach menschewistischen, formell parteilosen Zeitung die Anschauungen der Menschewiki und lobte sie dafür, daß sie „bestrebt sind, die sozialdemokratische Bewegung in Rußland auf die Bahn zu leiten, die die internationale Sozialdemokratie geht, mit der großen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an der Spitze".

Mit anderen Worten, R. Blanck hielt, ebenso wie die Kadetten, den Bolschewiki als den unvernünftigen, nicht marxistischen, aufständischen usw. Revolutionären, die „vernünftigen" Menschewiki vor und gab auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für eine menschewistische aus. Das ist die gewöhnliche Methode der internationalen Richtung der Sozialliberalen, der Pazifisten u. a., die in allen Ländern die Reformisten, die Opportunisten, die Kautskyaner, die Longuetisten als „vernünftige" Sozialisten preisen, als Gegengewicht zu dem „Wahnsinn" der Bolschewiki.

Ich habe Herrn Blanck in der genannten Broschüre folgendermaßen geantwortet: „auch Herr Blanck stellt zwei Perioden der russischen Revolution einander gegenüber. Die erste umfaßt etwa die Zeit vom Oktober bis zum Dezember 1905. Das ist die Periode des revolutionären Wirbels. Die zweite ist die jetzige Periode, die wir mit Recht die Siegesperiode der Kadetten während der Wahl in die Duma oder vielleicht, wenn wir riskieren vorzugreifen, die Periode der Kadettenduma nennen können".

Von dieser Periode sagt Herr Blanck, daß wieder die Zeit des Gedankens und der Vernunft gekommen sei und man wieder zur bewußten, planmäßigen, systematischen Tätigkeit zurückkehren könne. Die erste Periode aber kennzeichnet Herr Blanck als Periode des Nichtübereinstimmens von Theorie und Praxis. Alle sozialdemokratischen Grundsätze und Ideen waren verschwunden, die immer von den Gründern der russischen Sozialdemokratie gepredigte Taktik war vergessen. Selbst die Grundpfeiler der sozial-

*) Siehe „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei", Petersburg, 1906, Seite 18—19.

demokratischen Weltanschauung waren bis auf den Grund entwurzelt.

Diese grundlegende Behauptung des Herrn Blanck ist rein fiktiver Art. Die gesamte Theorie des Marxismus ist von der „Praxis" in der Periode des revolutionären Wirbels abgewichen.

Ist dem so? Welches ist der erste und wichtigste „Grundpfeiler" der marxistischen Theorie? Daß das Proletariat die einzige bis zu Ende revolutionäre Klasse der modernen Gesellschaft und daher in jeder Revolution die Vorhut ist? Es fragt sich, ob der revolutionäre Wirbel diesen „Grundpfeiler" der sozialdemokratischen Weltanschauung nicht bis auf den Grund entwurzelt hat? Im Gegenteil, der Wirbel hat ihn aufs glänzendste bestätigt. Gerade das Proletariat war ja der Hauptkämpfer, zu Beginn fast der einzige Kämpfer dieser Periode. Fast zum ersten Mal in der Weltgeschichte wurde eine bürgerliche Revolution gefeiert durch die weiteste, sogar in den entwickelteren kapitalistischen Ländern noch nie dagewesene Anwendung einer rein proletarischen Waffe des Kampfes: des politischen Massenstreiks. Das Proletariat begann den unmittelbar revolutionären Kampf zu der Zeit, als die Herren Kadetten und die Herren Blanck aufforderten, in die Duma von Bulygin*) zu gehen, als die Kadettenprofessoren die Studenten zum Studium aufforderten. Das Proletariat eroberte mit seiner proletarischen Waffe für Rußland jene ganze, mit Verlaub zu sagen „Verfassung", die seitdem nur verdorben, beschnitten und verhunzt worden ist. Das Proletariat wandte im Oktober 1917 die taktische Kampfmethode an, von der in der vor einem halben Jahre gefaßten Resolution des bolschewistischen dritten Kongresses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands die Rede ist. Diese Resolution forderte auf, besondere Aufmerksamkeit der Wichtigkeit des Zusammenwirkens von politischem Massenstreik und bewaffnetem Aufstand zu widmen. Gerade dieses Zusammenwirken kennzeichnet die ganze Periode des „revolutionären Wirbels", das ganze letzte Vierteljahr 1905. Auf diese Weise entstellte unser Ideologe des Kleinbürgertums aufs ungenierteste, aufs empörendste die Wirklichkeit. Er hat keine einzige Tatsache angeführt, die von dem Nichtübereinstimmen der marxistischen Theorie und der praktischen Erfahrung des „revolutionären Wirbels" zeugte. Er hat versucht, den Grundzug dieses Wirbels zu vertuschen, der eine glänzende Bestätigung „aller sozialdemokratischen Grundsätze und Ideen",

*) Eine Vertreterversammlung mit beratender Stimme, die im August 1905 vom Zaren geschaffen, aber von der Revolution im Oktober 1905 weggefegt wurde.

„aller Grundpfeiler der sozialdemokratischen Weltanschauung" ergab.

Welches ist jedoch der wirkliche Grund, der Herrn Blanck zu dieser ungeheuerlich falschen Meinung veranlaßt hat, als ob in der Periode des „Wirbels" alle marxistischen Grundsätze und Ideen verschwunden wären? Die Betrachtung dieses Umstands ist sehr interessant. Sie enthüllt uns wieder- und wiederum die wahre Natur des Spießbürgertums in der Politik.

Worin bestand der Hauptunterschied zwischen der Periode des „revolutionären Wirbels" und der jetzigen „Kadettenperiode" vom Standpunkt der verschiedenen Methoden politischer Tätigkeit, vom Standpunkt der verschiedenen Methoden historischer Schöpferkraft des Volkes? Vor allem und hauptsächlich darin, daß in der Periode des „Wirbels" einige besondere Methoden dieser Schöpferkraft angewandt wurden, die anderen Perioden des politischen Lebens fremd sind. Die wesentlichsten dieser Methoden sind: 1. Das „Ergreifen" politischer Freiheiten durch das Volk, — ihre Verwirklichung ohne jegliches Recht und Gesetz, ohne jegliche Einschränkungen (Freiheit der Versammlung, wenigstens in den Hochschulen, Pressefreiheit, Freiheit der Verbände, Kongresse usw.); 2. Schaffung neuer Organe der revolutionären Macht — Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Eisenbahner-, Bauerndeputierten, neue Land- und Stadtbehörden u. a. Diese Organe wurden ausschließlich von revolutionären Bevölkerungsschichten geschaffen; sie wurden außerhalb jeglicher Gesetze und Normen einzig auf revolutionärem Wege geschaffen, als Erzeugnis ursprünglicher Schöpferkraft des Volkes, als Aeußerung der Selbsttätigkeit des Volkes, das sich von den alten Polizeischlingen befreit hatte oder befreite. Das waren schließlich geradezu Machtorgane, trotz aller Kleinförmigkeit, Elementarität, unbestimmten Form, Verschwommenheit in ihrem Wesen sowohl wie in ihrer Funktion. Sie wirkten als Macht, indem sie sich z. B. der Druckereien bemächtigten (Petersburg), Polizeibeamte verhafteten, die das revolutionäre Volk hinderten, seine Rechte zu verwirklichen. (Beispiele gab es auch in Petersburg, wo das entsprechende Organ der neuen Macht am schwächsten war, die alte Macht aber am stärksten). Sie wirkten als Macht, als sie sich an das gesamte Volk wandten mit der Aufforderung, der alten Regierung kein Geld zu geben. Sie beschlagnahmten Gelder der alten Regierung (die Streikkomitees der Eisenbahner im Süden) und verwandten sie für die Zwecke der neuen Volksregierung. Ja, das waren zweifellos Keime einer neuen Volksregierung oder, wenn ihr wollt, einer revolutionären Regierung. Ihrem sozialen Wesen nach war es im Keim die Diktatur der revolutionären Elemente des

Volkes. Sie wundern sich, Herr Blanck und Herr Kiesewetter?*) Sie sehen hier nicht „verstärkten Schutz", was für die Bourgeois gleichbedeutend ist mit Diktatur? Wir haben Ihnen bereits gesagt, daß Sie keine Vorstellung von dem wissenschaftlichen Begriff der Diktatur haben. Wir werden ihn Ihnen sogleich erklären, zuvor wollen wir aber auf die dritte „Methode" der Aktion in der Epoche des „revolutionären Wirbels" hinweisen: die Anwendung der Gewalt durch das Volk in bezug auf die Vergewaltiger des Volkes.

Die von uns beschriebenen Machtorgane waren im Keim eine Diktatur, denn diese Macht erkannte keine andere Macht und kein Gesetz, keine Normen an, die von irgend jemandem ausgingen. Eine unbegrenzte, außerhalb des Gesetzes stehende, sich auf die Gewalt im direktesten Sinne des Wortes stützende Macht — das ist die Diktatur. Aber die Gewalt, auf welche sich diese neue Macht stützte und sich zu stützen bestrebte, war nicht die Gewalt des Bajonetts, ergriffen von einer Handvoll Militär, nicht die Gewalt des „Polizeireviers", nicht die Macht des Geldes, nicht die Macht irgend welcher früherer, hergebrachter Institutionen. Es war nichts dergleichen. Die neuen Organe der Macht hatten weder Waffen, noch Geld, noch alte Institutionen. Ihre Kraft — können Sie sich das vorstellen, Herr Blanck und Herr Kiesewetter — hatte nichts gemein mit den alten Waffen der Gewalt, hatte nichts gemein mit „verstärktem Schutz", wenn man nicht den verstärkten Schutz des Volkes gegen seine Unterdrückung durch die Polizei- und andere Organe der alten Macht in Betracht zieht.

Worauf stützte sich denn diese Gewalt? Sie stützte sich auf die Volksmasse. Das ist der grundlegende Unterschied zwischen dieser neuen Macht und allen früheren Organen der alten Macht. Jene waren Machtorgane der Minderheit über das Volk, über die Arbeiter- und Bauernmasse. Diese waren Organe der Macht des Volkes, der Macht über die Minderheit, über ein Häuflein Polizeigewalttäter, über ein Häuflein des bevorrechteten Adels und der privilegierten Beamten. Das ist der Unterschied der Diktatur über das Volk und der Diktatur des revolutionären Volkes, merken Sie sich das recht, Herr Blanck und Herr Kiesewetter! Die alte Macht als Diktatur der Minderheit konnte sich ausschließlich halten durch Kniffe der Polizei, ausschließlich durch Entfernung, Zurückhaltung der Volksmasse von der Teilnahme an der Macht, von der Bewachung der Macht. Die alte Macht traute den Massen systematisch nicht, sie fürchtete das Licht, sie hielt sich durch Betrug. Die neue Macht als Diktatur einer ungeheuren Mehrheit konnte sich aus-

*) Ein Professor (Kadett), der 1905 die „Demokratie" verteidigte und die Bolschewiki herfiel wegen ihrer Anerkennung der „Diktatur".

schließlich durch das Vertrauen einer ungeheuren Masse halten, und sie hielt sich ausschließlich dadurch, daß sie auf die freieste, weiteste und stärkste Weise die gesamte Masse zur Teilnahme an der Macht heranzog. Nichts Verborgenes, nichts Geheimes, keinerlei Regel, keinerlei Formalitäten. Bist du ein Arbeiter? Willst du für die Befreiung Rußlands von einem Häuflein gewalttätiger Polizei kämpfen? Du bist unser Genosse. Wähle deinen Deputierten, sofort, unverzüglich; wähle, wie du es für angebracht hältst — wir werden ihn gern und mit Freuden als vollberechtigtes Mitglied unseres Sowjets der Arbeiterdeputierten, unseres Bauernkomitees, unseres Soldatenrats usw. aufnehmen. Das ist eine Macht, offen für alle, die alles unter den Augen der Massen tut, der Masse zugänglich, unmittelbar von der Masse ausgehend, ein direktes und unmittelbares Organ der Volksmasse und ihres Willens. So war die neue Macht oder richtiger ihre Keime, denn der Sieg der alten Macht zertrat die Sprößlinge der jungen Pflanze sehr früh.

Sie fragen vielleicht, Herr Blanck und Herr Kiesewetter, warum es hier „Diktatur", warum „Gewalt" gibt? Bedarf denn die ungeheure Masse der Gewalt gegen ein Häuflein, können denn Hunderte und Aberhunderte von Millionen Diktatoren über Tausend, über Zehntausend sein?

Diese Frage wird gewöhnlich von Leuten gestellt, die zum ersten Mal die Anwendung des Begriffs Diktatur in einer für sie neuen Bedeutung sehen. Die Menschen sind gewohnt, nur Polizeigewalt und nur Polizeidiktatur zu sehen. Es scheint ihnen merkwürdig, daß es eine Macht ohne jegliche Polizei, daß es eine Diktatur, die keine Polizeidiktatur ist, geben kann. Sie sagen, daß Millionen nicht der Gewalt bedürfen gegen Tausende? Sie irren, und sie irren, weil sie diese Erscheinung nicht in ihrer Entwicklung betrachten. Sie vergessen, daß die neue Macht nicht vom Himmel fällt, sondern neben der alten, gegen die alte Macht, im Kampfe gegen diese entsteht, sich entwickelt. Ohne Gewalt gegen die Gewalttäter, die die Waffen und Organe der Macht in der Hand halten, kann das Volk sich nicht von den Gewalttätern befreien.

Hier ein einfaches, kleines Beispiel, Herr Blanck und Herr Kiesewetter, damit Sie diese, dem Verstande eines Kadetten unzugängliche, für den Gedanken eines Kadetten „schwindelerregende" Weisheit beherzigen können. Stellen Sie sich vor, daß Awramow die Spiridonowa*) zum Krüppel macht und foltert. Für die Spiridonowa sind, nehmen wir an, Hunderte von Unbewaffneten. Für

*) Spiridonowa — eine bekannte Revolutionärin, gegenwärtig eine linke Sozialrevolutionärin, die 1905 von dem Polizeibeamten Awramow aufs brutalste gefoltert wurde.

Awramow sind einige Kosaken. Was würde das Volk tun, wenn die Folterung der Spiridonowa nicht im Kerker geschehe? Es würde gegen Awramow und sein Gefolge Gewalt anwenden. Es würde vielleicht einige Kämpfer opfern, die Awramow niederknallen würde, würde aber dennoch Awramow und die Kosaken mit Gewalt entwaffnen, dabei höchst wahrscheinlich einige dieser — mit Verlaub zu sagen — Leute auf der Stelle totschlagen, die übrigen aber in irgend ein Gefängnins setzen, um sie an weiterem Unfug zu verhindern und sie vor das Volksgericht zu stellen.

Sehen Sie, Herr Blanck und Herr Kiesewetter, wenn Awramow mit den Kosaken die Spiridonowa foltern, so ist das Militär- und Polizeidiktatur über das Volk. Wenn das revolutionäre Volk (das zum Kampfe gegen die Gewalttäter bereite, nicht aber bloß das der Ueberredung, Erbauung, Betrauerung, Verurteilung, des Jammerns und der Nörgelei fähige, nicht das spießbürgerlich beschränkte, sondern das revolutionäre Volk) gegen den Awramow und gegen die Awramow Gewalt anwendet, so ist das die Diktatur des revolutionären Volkes. Das ist Diktatur, denn das ist die Gewalt des Volkes gegen Awramow, eine durch keinerlei Gesetze begrenzte Gewalt (Ein Spießbürger würde vielleicht dagegen sein, die Spiridonowa mit Gewalt dem Awramow zu entreißen, das sei ja nicht „gesetzlich"! Haben wir ein „Gesetz", wonach Awramow getötet werden darf? Haben nicht einige Ideologen des Spießbürgertums die Theorie geschaffen, dem Uebel der Gewalt keinen Widerstand zu leisten?). Der wissenschaftliche Begriff Diktatur bedeutet nichts anderes als eine durch nichts begrenzte, durch keinerlei Gesetze, absolut durch keinerlei Regeln beschränkte, unmittelbar auf Gewalt beruhende Macht. Nichts anderes als das bedeutet der Begriff „Diktatur" — merken Sie sich das recht, Sie Herren Kadetten. Ferner sehen wir in dem angeführten Beispiel gerade die Diktatur des Volkes, denn das Volk, die Masse der Bevölkerung, eine unförmige, „zufällig" an einem gewissen Ort versammelte Masse, tritt selbst und unmittelbar auf, hält selbst Gericht und straft, wendet Gewalt an, schafft ein neues revolutionäres Recht. Endlich ist das die Diktatur gerade des revolutionären Volkes. Warum nur des revolutionären Volkes und nicht des gesamten Volkes? Weil es unter dem gesamten Volke, das beständig und aufs grausamste unter den Heldentaten der Awramow leidet, Leute gibt, die körperlich geschlagen, eingeschüchtert, moralisch abgestumpft sind, z. B. durch die Theorie, dem Uebel der Gewalt keinen Widerstand zu leisten, oder einfach eingeschüchtert sind, nicht durch die Theorie, sondern durch Vorurteil, Gewohnheit, Routine, gleichgültige Leute, das, was man Spießbürger nennt, die eher fähig sind, zugespitztem

Kampfe auszuweichen, daran vorüberzugehen oder sich sogar davor zu verkriechen (daß es ihnen hier, im Handgemenge, nur nicht schlecht gehe). Daher verwirklicht nicht das gesamte Volk die Diktatur, sondern nur das revolutionäre Volk, das sich jedoch durchaus nicht vor dem gesamten Volke fürchtet, das dem gesamten Volke die Gründe seiner Handlungen und alle ihre Einzelheiten erklärt, das das gesamte Volk gern zur Teilnahme nicht nur an der Verwaltung des Staates, sondern auch an der Macht und zur Teilnahme an der Einrichtung des Staates selbst heranzieht.

Das von uns angeführte einfache Beispiel enthält also alle Elemente des wissenschaftlichen Begriffs „Diktatur des revolutionären Volkes" sowie des Begriffs „Militär- und Polizeidiktatur". Von diesem einfachen Beispiel, das sogar einem gelehrten Kadettenprofessor begreiflich sein sollte, können wir zu verwickelteren Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens übergehen.

Revolution im engen, unmittelbaren Sinne dieses Wortes ist gerade eine solche Periode des Volkslebens, wenn die Jahrhunderte lang aufgespeicherte Wut über die Heldentaten der Awramow sich in Taten und nicht in Worten Bahn bricht und zwar in den Handlungen millionenköpfiger Volksmassen und nicht einzelner Personen. Das Volk erwacht und empört sich, um sich von den Awramow zu befreien. Das Volk befreit unzählige Spiridonowas des russischen Lebens von den Awramow, wendet Gewalt an gegen die Awramow, ergreift die Macht über die Awramow. Das geschieht gewiß nicht so einfach und so „plötzlich", wie in dem Beispiel, das wir für Herrn Professor Kiesewetter vereinfacht haben. Dieser Kampf des Volkes gegen die Awramow, Kampf im engen, unmittelbaren Sinne, diese Abwälzung des Jochs der Awramow vom Volke zieht sich auf Monate und Jahre „revolutionären Wirbels" hin. Diese Abwälzung des Jochs der Awramow vom Volke ist der reale Inhalt dessen, was man die große russische Revolution nennt. Diese Abwälzung des Jochs geschieht, vom Standpunkte der Methoden der historischen Forschung betrachtet, in den Formen, die wir soeben beschrieben haben, als wir von dem revolutionären Wirbel sprachen und zwar: die Ergreifung der politischen Freiheiten, d. h. solcher Freiheiten, bei deren Verwirklichung die Awramow hinderlich waren, durch das Volk; die Schaffung einer neuen revolutionären Gewalt durch das Volk, einer Macht über die Awramow, einer Macht über die Gewalthaber der alten Polizeiordnung, die Anwendung von Gewalt durch das Volk gegen die Awramow zur Beseitigung, Entwaffnung und Unschädlichmachung dieser tollen Hunde, aller Awramow, Durnowo*), Dubassow*), Min u. a.

*) Diener des Zaren, die die Revolution von 1905—06 brutal unterdrückten.

u. dergl. mehr. Ist es gut, daß das Volk solche ungesetzliche, ungeregelte, unplanmäßige und unsystematische Methoden des Kampfes anwendet, wie die Ergreifung der Freiheit, Schaffung einer neuen, von niemand formell anerkannten und revolutionären Macht, daß es Gewalt anwendet gegen die Unterdrücker des Volkes? Ja, das ist sehr gut. Das ist die höchste Aeußerung des Volkskampfes um die Freiheit. Das ist jene große Zeit, wo die Freiheitsträume der besten Männer Rußlands sich in die Tat umsetzen, in die Tat der Volksmassen selbst und nicht einzelner Helden. Das ist ebenso gut, wie die Befreiung der Spiridonowa von Awramow durch die Menge (in unserem Beispiel), die gewaltsame Entwaffnung und Unschädlichmachung des Awramow.

Hier kommen wir aber zu dem Mittelpunkt versteckter Gedanken und Befürchtungen der Kadetten. Der Kadett ist eben deshalb ein Ideologe des Spießbürgertums, weil er auf die Politik, auf die Befreiung des ganzen Volkes, auf die Revolution den Standpunkt jenes Spießers überträgt, der in unserem Beispiel der Folterung der Spiridonowa durch Awramow die Menge zurückgehalten, ihr abgeraten hätte, das Gesetz zu übertreten, sich nicht mit der Befreiung der Opfer aus den Händen der Henker zu beeilen, der im Namen der gesetzlichen Gewalt handelte. In unserem Beispiel wäre natürlich ein solcher Spießer direkt ein moralischer Krüppel, in Anwendung auf das gesamte gesellschaftliche Leben ist aber die moralische Verkrüppelung des Spießbürgers eine, wir wiederholen, durchaus nicht persönliche, sondern eine soziale Eigenschaft, die vielleicht von den festgewurzelten Vorurteilen der bürgerlich-philisterhaften Rechtswissenschaft bedingt wird.

Warum nimmt Herr Blanck an, daß sogar kein Beweis dafür erforderlich sei, daß in der Periode des „Wirbels" alle marxistischen Prinzipien vergessen waren? Weil er den Marxismus entstellt, indem er solche „Prinzipien" wie die Ergreifung der Freiheit, die Schaffung der revolutionären Macht, die Anwendung der Gewalt durch das Volk für nicht marxistisch hält. Einer solchen Anschauung begegnen wir in dem ganzen Artikel des Herrn Blanck, und nicht nur bei Blanck allein, sondern in den Artikeln aller Kadetten, aller, jetzt Plechanow für die Liebe zu den Kadetten preisenden Schriftsteller des liberalen und radikalen Lagers, mit eingeschlossen die Bernsteinianer, Herr Prokopowitsch, die Kuskowa und tutti quanti.

Betrachten wir, weshalb diese Anschauung entstand und entstehen mußte.

Sie entstand unmittelbar aus der bernsteinschen oder, weiter gefaßt, der opportunistischen Auffassung der westeuropäischen

Sozialdemokratie. Das Irrtümliche dieser Auffassung, das systematisch und auf der ganzen Linie von den „Orthodoxen" im Westen entlarvt wurde, wird jetzt unter anderer Brühe und aus anderem Anlaß nach Rußland übertragen. Die Bersteinianer erkannten den Marxismus mit Ausnahme seiner unmittelbar revolutionären Seite an. Den parlamentarischen Kampf betrachten sie nicht als eins der Kampfmittel, das besonders in bestimmten geschichtlichen Perioden anwendbar ist, sondern als Hauptform und als fast ausschließliche Form des Kampfes, die „Gewalt", „Besitzergreifung", „Diktatur" unnötig macht. Diese banale spießbürgerliche Entstellung des Marxismus übertragen jetzt die Herren Blanck und andere liberale Lobsänger Plechanows nach Rußland. Sie haben sich an diese Entstellung so gewöhnt, daß sie es sogar nicht mehr für nötig halten, das Vergessen der marxistischen Prinzipien und Ideen in der Periode revolutionären Wirbels zu beweisen.

Warum mußte eine solche Anschauung entstehen? Weil sie aufs tiefste der Klassenlage und den Klasseninteressen des Kleinbürgertums entspricht. Der Ideologe der „gesäuberten" bürgerlichen Gesellschaft läßt alle Kampfmethoden der Sozialdemokratie zu, außer gerade derjenigen, die das revolutionäre Volk in der Epoche des „Wirbels" anwendet, und die von der revolutionären Sozialdemokratie gutgeheißen und unterstützt wird. Die Interessen der Bourgeoisie erfordern die Teilnahme des Proletariats am Kampfe gegen die Selbstherrschaft, aber nur eine solche Teilnahme, die nicht in die Hauptrolle des Proletariats und der Bauern übergeht, die die alten, autokratisch-feudalen und die Polizeiorgane der Macht nicht völlig beseitigt. Die Bourgeoisie will diese Organe erhalten, will sie nur ihrer unmittelbaren Kontrolle unterstellen — sie bedarf ihrer gegen das Proletariat, dem die völlige Vernichtung dieser Organe den proletarischen Kampf zu sehr erleichtern würde. Daher erfordern die Interessen der Bourgeoisie als Klasse die Monarchie sowie das Oberhaus, sie fordern die Nichtzulassung der Diktatur des revolutionären Volkes. Kämpfe gegen die Selbstherrschaft — sagt die Bourgeoisie zum Proletariat — rühre aber die alten Organe der Gewalt nicht an, denn ich bedarf ihrer. Kämpfe „parlamentarisch", d. h. in den Grenzen, die ich dir in Übereinkunft mit der Monarchie vorschreibe, kämpfe mittels Organisationen — aber nur nicht solchen, wie allgemeine Streikkomitees, Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und dergl., sondern mittels solcher Organisationen, die das Gesetz, das ich im Übereinkommen mit der Monarchie veröffentlicht habe, anerkennt und beschränkt, in bezug auf das Kapital unschädlich macht.

Hieraus ergibt sich, warum die Bourgeoisie von der Periode

des „Wirbels“ mit Hohn, Verachtung, Wut, Haß spricht, über die von Dubassalow beschützte Periode des Konstitutionalismus sich aber mit Begeisterung und Entzücken, mit unendlicher, spießbürgerlicher Verliebtheit in die Reaktion äußert. Das ist immer dieselbe, unveränderliche Eigenschaft der Kadetten: das Bestreben, sich auf das Volk zu stützen und die Furcht vor dessen revolutionärer Selbsttätigkeit.

Es versteht sich auch, warum sich die Bourgeoisie vor der Wiederholung des „Wirbels“ mehr als vor Feuer fürchtet, warum sie die Elemente der neuen revolutionären Krise ignoriert und vertuscht, warum sie im Volke die konstitutionellen Illusionen unterstützt und verbreitet.

Jetzt haben wir vollkommen klargelegt, warum Herr Blanck und Konsorten erklären, daß in der Periode des „Wirbels“ alle marxistischen Prinzipien und Ideen vergessen waren. Herr Blanck erkennt den Marxismus, wie alle Spießbürger, mit Ausnahme seiner revolutionären Seite an — er erkennt die sozialdemokratischen Kampfmethoden mit Ausnahme der revolutionären und unmittelbarsten Methoden an.

Das Verhalten des Herrn Blanck zu der Periode des „Wirbels“ ist im höchsten Grade bezeichnend als Illustration der bürgerlichen Unfähigkeit, proletarische Bewegungen zu verstehen, der bürgerlichen Angst vor dem scharfen und entscheidenden Kampf, des bürgerlichen Hasses gegen alle Äußerungen der schroffen, alle alten Institutionen niederreißenden, in unmittelbarem Sinne des Wortes revolutionären Methode der Lösung sozialhistorischer Probleme. Herr Blanck hat sich verraten, hat auf einmal seine ganze bürgerliche Beschränktheit verraten. Er hat gehört und gelesen, daß die Sozialdemokraten in der Periode des Wirbels „Fehler“ gemacht hätten. Er hat sich beeilt, daraus Schlüsse zu ziehen, und mit Nachdruck, unwiderruflich, ohne Beweise, zu erklären, daß alle „Prinzipien“ des Marxismus (von denen er keine blasse Ahnung hat!) vergessen waren. Wir bemerken anläßlich dieser „Fehler“: hat es denn je eine Periode in der Entwicklung der Arbeiterbewegung, in der Entwicklung der Sozialdemokratie gegeben, wo nicht diese oder jene Fehler gemacht wurden, wo nicht diese oder jene Abweichungen nach rechts oder links beobachtet wurden? Ist denn die Geschichte der parlamentarischen Periode im Kampfe der deutschen Sozialdemokratie, jener Periode, die allen beschränkten Bourgeois der ganzen Welt als eine Grenze erscheint, die nicht überschritten werden kann — ist sie nicht voll solcher Fehler? Wenn Herr Blanck nicht durchaus Laie in den Fragen des Sozialismus wäre, würde er sich leicht an Mühlberger und Dühring und an die

Frage der Dampfersubvention, an die „Jungen“ und an die Bernsteiniade und an vieles, vieles andere erinnern. Für Herrn Blanck ist aber nicht das Studium des wirklichen Entwicklungsganges der Sozialdemokratie wichtig, er will nur den proletarischen Charakter des Kampfes herabsetzen, um die bürgerliche Erbärmlichkeit seiner Kadettenpartei zu heben.

In der Tat, wenn wir die Sache vom Standpunkt der Abweichungen der Sozialdemokratie von ihrer gewöhnlichen, „normalen“ Bahn betrachten, dann sehen wir, daß die Periode des „revolutionären Wirbels“ auch in dieser Beziehung im Vergleich mit der früheren eine größere und nicht geringere Geschlossenheit und geistige Einigkeit der Sozialdemokratie zeigt. Die Taktik der Epoche des „Wirbels“ hat die beiden Flügel der Sozialdemokratie nicht von einander entfernt, sondern einander genähert. Statt der früheren Meinungsverschiedenheiten ergab sich Einheit der Anschauungen in der Frage des bewaffneten Aufstandes. Die Sozialdemokraten beider Fraktionen arbeiteten in den Sowjets der Arbeiterdeputierten, diesen eigenartigen Organen der keimenden revolutionären Macht, zogen die Soldaten und Bauern in diese Sowjets hinein, gaben zusammen mit den kleinbürgerlichen revolutionären Parteien revolutionäre Manifeste heraus. Anstelle der früheren Streitigkeiten der Epoche vor der Revolution trat die Solidarität in praktischen Fragen. Das Anschwellen der revolutionären Woge entrückte die Meinungsverschiedenheiten und zwang zur Anerkennung der Kampftaktik, entfernte die Frage der Duma, stellte die Frage des Aufstandes auf die Tagesordnung, brachte in der unmittelbaren nächsten Arbeit die Sozialdemokraten und die revolutionäre bürgerliche Demokratie einander nahe. In den „Sewerny Golos“ riefen die Menschewiki zusammen mit den Bolschewiki zum Streik und zum Aufstande auf, forderten die Arbeiter auf, den Kampf nicht einzustellen, bis die Macht in ihren Händen wäre. Die revolutionäre Lage diktierte selbst die praktischen Parolen. Die Streitigkeiten berührten nur Einzelheiten in der Wertung der Ereignisse: „Natschalo“*) zum Beispiel betrachtete die Sowjets der Arbeiterdeputierten als Organe der Selbstverwaltung, die „Nowaja Shisn“**) als Keimorgane der revolutionären Macht, die das Proletariat und die revolutionäre Demokratie vereinten. „Natschalo“ neigte hin zur Diktatur des Proletariats, „Nowaja Shisn“ stand auf dem Standpunkt der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Weist denn nicht jede beliebige Periode in der Entwicklung jeder beliebigen europäischen soziali-

*) Zeitung der Menschewiki im Jahre 1905.
**) Zeitung der Bolschewiki im Jahre 1905.

stischen Partei solche und ähnliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie auf?

Nein, die Entstellung der Dinge durch Herrn Blanck, die empörende Verzerrung der Geschichte von gestern durch ihn erklärt sich dadurch und einzig dadurch, daß wir es mit einem Vertreter selbstgefälliger bürgerlicher Banalität zu tun haben, dem die Periode des revolutionären Wirbels als Wahnsinn erscheint („alle Prinzipien sind vergessen", „selbst der Gedanke und die einfache Vernunft sind fast verschwunden"), die Periode der Unterdrückung der Revolution und die Periode des spießbürgerlichen „Fortschritts" (unter dem Schutz der Dubassow) aber als eine Epoche vernünftiger, bewußter und planmäßiger Tätigkeit. Diese vergleichende Wertung zweier Perioden (die Periode des „Wirbels" und die Periode der Kadetten) zieht sich wie ein roter Faden durch den ganzen Artikel Herrn Blancks. Wenn die Geschichte der Menschheit mit der Schnelligkeit einer Lokomotive vorwärts strebt, so ist das ein „Wirbel", eine „Flut", das „Verschwinden" aller „Prinzipien" und „Ideen". Wenn die Geschichte sich im Tempo eines Lastwagens vorwärts bewegt, so ist das Vernunft und Planmäßigkeit selbst. Wenn die Volksmassen selbst in ihrer ganzen jungfräulichen Primitivität, ihrer einfachen groben Entschiedenheit beginnen, die Geschichte zu formen, „Prinzipien und Theorie" direkt und unverzüglich im Leben zu verkörpern, dann fühlt der Bourgeois Furcht und klagt, daß die „Vernunft in den Hintergrund gerückt wird" (ist es nicht umgekehrt, o Helden des Spießbürgertums? Kommt in der Geschichte nicht gerade in solchen Augenblicken die Vernunft der Massen zum Vorschein, und nicht die Vernunft einzelner Persönlichkeiten? Wird nicht gerade dann die Massenvernunft zur lebendigen, tätigen und nicht im Kabinett wirkenden Kraft?). Wenn die unmittelbare Bewegung der Massen durch Niederschießen, Exekutionen, Prügelei, Arbeitslosigkeit und Hunger niedergedrückt ist, wenn die Wanzen der auf Kosten von Dubassow erhaltenen Professorenwisenschaft hervorkriechen und für das Volk, im Namen der Massen zu wirken beginnen, indem sie ihre Interessen an ein Häuflein Bevorzugter verkaufen und verraten, dann scheint es den Rittern des Spießbürgertums, daß eine Epoche des ruhigen und friedlichen Fortschrittes eingetreten ist, „daß der Gedanke und die Vernunft an die Reihe gekommen sind", Der Bourgeois ist sich immer und überall treu: ob es die „Poljarnaja Swesda"*) oder „Nascha Shisn"**) ist, ob wir Struve***) oder Blanck lesen, über-

*) Zeitschrift der Kadetten.
**) Zeitung der Halbkadetten-Halbmenschewiki.
***) Ein Kadett.

all ist es dasselbe, überall diese beschränkte, professorlich pedantische, bureaukratisch tote Wertung der revolutionären und reformistischen Periode. Die ersteren sind Perioden des Wahnsinns, tolle Jahre, Entschwinden des Gedankens und der Vernunft. Die letzteren sind Perioden „bewußter, systematischer" Tätigkeit.

Deutet meine Worte nicht um. Sagt nicht, daß ich über die Bevorzugung dieser oder jener Perioden von den Herren Blanck rede. Es handelt sich gar nicht um Bevorzugung — von unserer subjektiven Bevorzugung hängt nicht der Wechsel geschichtlicher Perioden ab. Es handelt sich darum, daß die Herren Blanck in der Analyse der Eigenschaften dieser oder jener Periode (ganz unabhängig von unserer Bevorzugung oder von unseren Sympathien) gewissenlos die Wahrheit entstellen. Es handelt sich darum, daß gerade die Revolutionsperioden sich durch größere Ausgedehntheit, größeren Reichtum, größeres Klassenbewußtsein, größere Planmäßigkeit, größeres System, größere Kühnheit und Farbenpracht der geschichtlichen Schöpferkraft auszeichnen im Vergleich mit den Perioden spießbürgerlichen, kadettischen, reformistischen Fortschritts. Die Herren Blanck stellen aber die Sache umgekehrt dar. Sie geben Erbärmlichkeit für historisch-schöpferischen Reichtum aus. Sie halten die Untätigkeit der bedrückten oder unterdrückten Massen für einen Sieg des „Systems" der Tätigkeit der Beamten, der Bourgeois. Sie jammern über Entschwinden des Gedankens und der Vernunft, wenn anstelle des Zurechtschneidens von Gesetzentwürfen durch allerlei Kanzleibürokraten und liberale penny-a-liner (Schreiberseelen, die pro Zeile bezahlt bekommen) eine Periode unmittelbarer politischer Tätigkeit des „einfachen Volkes" eintritt, das einfach, direkt, unverzüglich die Organe der Unterdrückung des Volkes zerbricht, die Macht ergreift, sich das nimmt, was als Eigentum irgendwelcher Plünderer des Volkes galt, mit einem Wort, wenn gerade der Gedanke und die Vernunft von Millionen Unterdrückten erwachen, nicht nur zum Lesen von Büchern erwachen, sondern zur Tat, zur lebendigen Menschentat, zur historischen Schöpfung"*).

Das waren die Debatten über die Diktatur in den Jahren 1905—06 in Rußland.

Die Herren Dittmann, Kautsky, Crispien und Hilferding in Deutschland, Longuet und Konsorten in Frankreich und seine Freunde in Italien, die Macdonald und Snowden in England usw.

*) Siehe „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei", Seite 44—57.

reden über Diktatur eigentlich genau ebenso wie Herr R. Blanck und die Kadetten 1905 in Rußland. Sie verstehen die Diktatur nicht, sie sind nicht imstande, sie vorzubereiten, sie sind unfähig, sie zu erfassen und zu verwirklichen.

N. Lenin.

20. Oktober 1920.

Offenes Schreiben an den Genossen Serrati.

Werter Genosse! Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt die Exekutive der Kommunistischen Internationale die Diskussion, die jetzt in der Italienischen Sozialistischen Partei begonnen hat. Jedem Revolutionär ist klar, daß das Geschick der italienischen Revolution in erster Linie davon abhängt, wieweit die Sozialistische Partei Italiens imstande ist, sich von den reformistischen Elementen, die die Revolution sabotieren, zu befreien und sich aus einer bremsenden, in eine die Revolution fördernde Organisation zu verwandeln.

Wir waren auf dem Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale in einigen Fragen anderer Meinung als Sie, Genosse Serrati. Sie haben unseres Erachtens in einer ganzen Reihe akuter Probleme der internationalen Arbeiterbewegung eine durchaus irrtümliche Stellung eingenommen und fahren zu unserem größten Bedauern noch immer fort, auf diesen Irrtümern zu beharren.

Sie traten gegen uns auf, als wir darauf bestanden, daß die englischen Kommunisten der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) beitreten müßten, um dort ihre kommunistischen Gruppen zu bilden und ihre kommunistische Propaganda zu führen. Sie wollten in diesem unserem Beschluß Opportunismus erblicken. Soweit wir nach der Polemik urteilen können, die in den Spalten des „Avanti" geführt wird, bleiben Sie dabei, daß dieser Beschluß unsererseits unrichtig und opportunistisch war. Erlauben Sie, Ihnen zu erwidern, Gen. Serrati, daß die Tatsachen in dieser Frage ganz und gar unseren Standpunkt bestätigt und Ihren Standpunkt widerlegt haben. Was haben die opportunistischen Führer der Arbeiter auf diesen Beschluß geantwortet? Henderson und Macdonald, die an der Spitze der Arbeiterpartei stehen, haben beschlossen, die Kommunisten nicht in die Reihen dieser Partei einzulassen. Die alten durchtriebenen Opportunisten haben die Gefahr gefühlt, die ihnen von den Kommunisten droht. Sie waren gezwungen, mit offenem Visier gegen uns aufzutreten. Das hat zweifellos zur Aufklärung der Massen, zur Revolutionierung des Geistes der Massenmitglieder in der Arbeiterpartei beigetragen. Die Arbeiterpartei ist eine Organisation, die in der Hauptsache aus Gewerkschaften besteht. Die Arbeiterpartei ist ein Gemisch von

gewerkschaftlicher und rein parlamentarischer Organisation. Das ist eine durch und durch opportunistische Partei. Ihre Führer sind Verräter klassischer Art. Diese Organisation ist aber eine Massenorganisation. Solange unsere Anhänger die Möglichkeit hatten, dieser Organisation beizutreten, um auf die Arbeitermassen einzuwirken, waren wir verpflichtet, dieser Organisation anzugehören. Wir werden auch jetzt nicht den Herren Henderson allzuleicht nachgeben. Wir werden unseren Freunden raten, innerhalb der Verbände und der Arbeiterpartei kommunistische Zellen zu organisieren, illegal nicht nur in bezug auf die Polizei, sondern, wenn es erforderlich ist, in bezug auch auf die Herren Henderson. Wir werden dort sein, wo es Massen gibt. Wir werden aber nicht dazu unter den Massen sein, um ihren Schwächen nachzugeben, nicht um willenlos, hilflos hinter den opportunistischen Führern herzutrotten, sondern um die Massen durch die alltäglichen Lehren des Lebens zu erziehen, sie von der Gerechtigkeit des Kommunismus zu überzeugen.

Werden Sie, Genosse Serrati, jetzt wirklich auf Ihrem vollkommen unrichtigen Standpunkt verharren? Werden Sie wirklich auch jetzt nicht den wahren Sinn der Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale verstehen?

Sie waren ferner auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale in der Agrarfrage anderer Meinung als der Kongreß. Sie haben gefunden, es sei keinesfalls zulässig, daß die Arbeiterklasse, die die Bourgeoisie besiegt, die Macht in ihre Hände genommen hat, unter gewissen Umständen einen Teil der Latifundien und anderer Großgrundbesitze unter die Kleinbauern verteilte. Sie fanden, daß das ein Zugeständnis an die kleinbürgerlichen Anschauungen ist. Wir wollen nicht über andere Länder reden. Nehmen wir Ihre Heimat — Italien. Wir fragen: wem geben die Ereignisse recht — Ihnen oder dem Kongreß der Kommunistischen Internationale? Der jüngst verflossenen machtvollen Bewegung der italienischen Arbeiter folgte auch ein Aufschwung der revolutionären Bewegung unter der Bauernschaft. Die Kleinbauern im Süden Italiens ergriffen Besitz von den Ländereien der Großgrundbesitzer.

Wir fragen Sie, Genosse Serrati: War es wirklich nicht gut von den Bauern, konnten die Kommunisten denn wirklich gegen eine solche Bewegung auftreten?

Es tut uns sehr leid, Genosse Serrati, daß Sie nicht auf dem Parteitag der Unabhängigen in Halle waren. Sie wären reichlich bestraft worden für ihre Kurzsichtigkeit, wenn Sie gehört hätten, wie so anerkannte Opportunisten wie Crispien, Dittmann und Konsorten auf Schritt und Tritt sich an Ihre Irrtümer klammerten, Sie

auf Schritt und Tritt zitierten und in der Agrarfrage die gleichen Einwände wiederholten, die Sie auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau machten.

Sie waren ferner auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale nicht einverstanden mit uns in der Nationalitäten- und Kolonialfrage, und wir sehen aus der Zeitung „Avanti", daß Sie fortfahren, hartnäckig auf Ihrer unrichtigen Ansicht zu bestehen. In unserem Beschluß, den unterdrückten Völkern und Kolonien zu helfen, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben, in unserem Beschluß, die national-revolutionäre Bewegung sogar in den Fällen zu unterstützen, wo sie keinen rein sozialistischen Charakter trägt, wollten Sie auch eine Abweichung vom revolutionären Standpunkt erblicken. Sie gerieten im selben Augenblick in die Umarmung der bekannten Reformisten, die überhaupt nicht an den Aufstand der unterdrückten Völker und an die proletarische Revolution glauben. Sie gerieten sogleich in die Umarmung der Opportunisten, die die Völker Asiens mit den gleichen Augen betrachten, wie die Führer der gelben II. Internationale es taten. Sie gerieten sofort in die Umarmung jener „Sozialisten", für welche nur Menschen weißer Hautfarbe existieren.

Als ich auf dem Kongreß der Ostvölker in Baku war, gedachte ich oft Ihrer, Genosse Serrati, und Ihrer doktrinären Fehler in der Nationalitätenfrage. Wenn Sie mit uns dort in Baku gewesen wären, wenn Sie selbst die zweitausend Delegierten der Türkei, Persiens, Afghanistans, Turkestans, Aserbeidshans, Armeniens, Georgiens, zum Teil Indiens und Chinas usw. gesehen hätten, wenn Sie gesehen hätten, mit welcher Begeisterung die Vertreter dieser Völker die Aufforderung der Kommunistischen Internationale zur Befreiung aufnahmen, wenn Sie hätten beobachten können, wie diese Hunderte von Menschen schwarzer und bronzener Hautfarbe mit uns zusammen die Internationale sangen, dann hätten Sie vielleicht verstanden, daß es der Kommunistischen Internationale gelungen ist, den rechten Weg in der Nationalitäten- und Kolonialfrage zu finden, und Sie hätten vielleicht Ihren reformistischen Irrtümern in dieser Frage entsagt.

Und noch einmal: Wenn Sie auf dem Parteitag in Halle gewesen wären, wenn Sie gehört hätten, wie Crispien, Hilferding und Konsorten gerade in der Nationalitäten- und Kolonialfrage bestrebt waren, sich auf Ihre Autorität zu stützen, wie diese anerkannten Reformisten feierlich ihre Solidarität mit Ihnen in der Nationalitäten- und Kolonialfrage kundtaten, dann hätten Sie verstanden, wohin Ihr Fehler Sie geführt hat.

Und schließlich die letzte und wichtigste Frage. Sie war

unzufrieden mit dem Beschluß des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale in der Frage der Notwendigkeit des Ausschlusses aus der Partei — nicht einzelner Personen, nicht Turatis, nicht D'Aragonas, sondern der ganzen reformistischen Richtung. Sie äußerten in Moskau Ungeduld, als wir über die Notwendigkeit des Ausschlusses der Herren vom Schlage Turatis, Modiglianis und Konsorten aus der Italienischen Sozialistischen Partei sprachen. Sie waren in Worten für die „Säuberung" (épuration) der italienischen Partei; als es aber zu praktischen Schlußfolgerungen kam, da warfen Sie die Flinte ins Korn, drückten die Augen zu, um die Gefahr nicht zu sehen, und verfielen in ganz unbestimmte, unklare, nebelhafte Formulierungen, die, scheint es, Ihrem geweckten Verstand und Ihrem klaren Blick wenig eigen sein sollten. Sie fahren leider fort, jetzt in Italien eine gleiche Politik zu führen. Erst ein paar Monate sind seit dem Abschluß des Moskauer Kongresses der Kommunistischen Internationale verflossen. Diese zwei Monate sind reich an den größten Lehren gerade für Italien. Ganz unlängst stand Italien wieder an der Pforte der proletarischen Revolution. Einige Wochen lang erbebte ganz Italien in den Geburtswehen einer neuen Gesellschaft. Die Arbeiter Italiens erdachten selbständig, trotz des Bremsens der rechten Gewerkschaftsführer, die richtige Parole der Besitzergreifung der Fabriken und Werke. Es versteht sich, daß die Sache nicht durch Besitzergreifung der Fabriken und Werke allein entschieden werden kann. Das Ergreifen der Fabriken und Werke muß begleitet werden von dem Ergreifen der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Die Arbeiter Italiens waren nicht weit davon entfernt. Wozu existieren aber in der Welt die reformistischen Gewerkschaftsführer, wenn nicht dazu, um im entscheidenden Augenblick dem kämpfenden Proletariat das Messer in den Rücken zu stoßen? Ihr Freund D'Aragona, den Sie so lebhaft und erfolglos in Moskau gegen uns verteidigten, hat zusammen mit seinen Gesinnungsgenossen wieder und wieder die Sache der Arbeiter verraten und im entscheidenden Augenblick die Bourgeoisie gerettet. In unseren Debatten beriefen Sie sich immer darauf, daß die Gewerkschaften einen bestimmten Vertrag mit ihrer Partei geschlossen haben in der Streikfrage und in der Frage anderer Aktionen, daß Sie völlige Gewähr dafür hätten, daß die italienischen Gewerkschaften der Richtlinie der Partei folgen werden. Sie sehen jetzt, wie gründlich Sie sich geirrt haben. Sie haben selbst gesehen, wie D'Aragona und seine Clique im entscheidenden Augenblick die Resolution des Genossen Genari durchfallen ließen, die er im Namen der Partei beantragte. Wenn es zu entscheidenden Schlachten kommt, erweist es sich, daß die Reformisten auf der Seite der Bour-

geoisie stehen. Sie haben auf dem Kongreß der Rechten und des „Zentrums" in Emilio Reggio die Reden Modiglianis und anderer Reformisten gehört, Reden, die sich durch nichts davon unterscheiden, was Kerenski und Zeretelli 1917 gesagt haben.

Wie können Sie jetzt schwanken und nicht sehen, daß es für die Arbeiterpartei Italiens keine andere Wahl geben kann als den erbarmungslosen Ausschluß aller Führer dieses rechten Flügels aus der Partei?

Sie sind unzufrieden, weil wir die syndikalistische Organisation, die Unione Syndicale in die Reihen der Kommunistischen Internationale aufgenommen haben. Wir erklären offen: bei einigen Führern dieser syndikalistischen Organisation gibt es noch viel Unklarheit und viel Verworrenheit. Sie ist aber eine revolutionäre Organisation. Die revolutionären Syndikalisten sind ehrlich und aufrichtig für die proletarische Revolution. Sie helfen, soweit sie es verstehen, den italienischen Arbeitern gegen die Bourgeoisie zu kämpfen; Ihr Freund D'Aragona aber hilft der italienischen Bourgeoisie gegen die Arbeiter zu kämpfen. Hierin besteht der „kleine" Unterschied, den Sie übersehen haben. Es ist Zeit zu verstehen, daß Borghi uns unvergleichlich näher steht als D'Aragona.

Genosse Serrati, wir wissen sehr gut, daß die italienischen Arbeiter Sie außerordentlich schätzen — und das nach Verdienst. Sie wissen sehr gut, wie hoch auch wir russischen Kommunisten und die ganze Exekutive der Kommunistischen Internationale Sie schätzen. Wenn wir aber Ihr Schwanken in einem so verantwortungsvollen Augenblick sehen, sind wir gezwungen, uns zu sagen: der Genosse Serratti ist unser Freund, aber die italienische Revolution ist unser nächster Freund.

Die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale sollen und werden auch in Italien durchgeführt werden. Gestatten Sie uns trotz allem, die Ueberzeugung auszusprechen, daß auch Sie, wenn Ihnen direkt die Frage gestellt wird: Turati und D'Aragona oder die III. Internationale, das letztere wählen werden.

Sie haben die Fraktion der „vereinigten" Kommunisten gegründet, Genosse Serrati. Erlauben Sie zu fragen, wen Sie mit wem vereinigen wollen? Kommunisten mit Kommunisten? Dazu braucht man keine besondere Fraktion zu bilden. Alle Kommunisten Italiens sind selbstverständlich bereit, sich in jedem beliebigen Augenblick auf dem Boden der Kommunistischen Internationale zu vereinigen. Augenscheinlich haben Sie nicht diese Vereinigung im Auge. Mit wem wollen Sie sich denn vereinigen? Sagen Sie es gerade heraus. Augenscheinlich mit den Reformisten oder Halb-

reformisten. Wenn dem so ist — wir sagen es Ihnen offen, Genosse Serrati — dann haben wir mit Ihnen nicht den gleichen Weg. Dann werden wir Sie genau so bekämpfen, wie wir Crispien und Dittmann bekämpft haben.

Sie machen jetzt den Versuch, meine Erklärungen in Halle so auszulegen, als ob ich irgendwie die 21 Bedingungen gemildert hätte, die von dem Kongreß der Kommunistischen Internationale ausgearbeitet wurden. Nichts dergleichen ist jemals geschehen. In Halle habe ich erklärt und bin bereit, das überall zu wiederholen: n a c h d e m wir die Reformisten und Halbreformisten aus der Partei verjagt haben, können und wollen wir uns nachgiebig, mit vollkommener Toleranz zu den proletarischen Elementen verhalten, die aufrichtig und ehrlich der proletarischen Revolution helfen wollen, die v ö l l i g d i e p r i n z i p i e l l e n L e i t s ä t z e d e r K o m m u n i s t i s c h e n I n t e r n a t i o n a l e a n n e h m e n, die aber in dieser oder jener unbedeutenden organisatorischen Frage eine andere Formulierung wünschen, als die in den 21 Bedingungen dargelegte. Die Richtlinie aller ehrlichen Kommunisten der ganzen Welt sind gegenwärtig die in Moskau auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Leitsätze und 21 Bedingungen. W e r n i c h t d i e s e L e i t s ä t z e u n d B e d i n g u n g e n v e r f e c h t e n w i l l, d e r w i l l n i c h t d e r K o m m u n i s t i s c h e n I n t e r n a t i o n a l e a n g e h ö r e n.

Sie äußern sich in der letzten Zeit gern über den „Opportunismus" Lenins in der Nationalitäten- und Kolonialfrage und in anderen Fragen. Genosse Serrati, wagen Sie nicht, das zu wiederholen, was in Deutschland die Hilferding und andere Schüler des Renegaten Kautsky getan haben. Seien Sie eingedenk, daß, sobald man dem Teufel des Kautskyanertums einen Finger gibt, er die ganze Hand ergreift.

Sie haben das offizielle Programmschreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das an die italienische Partei gerichtet war, in Ihrem Organ nicht veröffentlicht, obgleich Sie sehr gut wußten, daß das Ihre elementare Pflicht war. Wollen Sie wirklich auch in dieser Beziehung Hilferding nachahmen, der monatelang das Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das an alle Mitglieder der Unabhängigen Partei Deutschlands gerichtet war, verheimlichte?

Italien durchlebt jetzt eine Zeit, in der sich der Sieg der Revolution nur infolge ungenügender Organisiertheit der Arbeiterklasse verzögert und in der der zeitweilige Sieg der wütendsten bürgerlichen Reaktion durchaus möglich ist. Jeder, der in einer solchen

Zeit die Partei hindert, eine richtige Orientierung zu finden, jeder, der sich in einer solchen Zeit mit „Vereinigung“ mit Reformisten und Halbreformisten beschäftigt, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterrevolution, ob er es will oder nicht.

Italien durchlebt wirklich solche Zeiten, die von jedem verantwortlichen Funktionär einer Arbeiterpartei gewichtige Beschlüsse und klare Worte fordern.

Wir warten auf Ihr letztes Wort, Genosse Serrati. Wir wollen hoffen, daß dieses Wort so sein wird, daß ein gemeinsamer Kampf möglich ist. Wir warten. Sie haben das Wort.

Mit kommunistischem Gruß

G. Sinowjew.

Berlin, 22. Oktober 1920.

Flammenzeichen.

Flammenzeichen ringsum. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie hat sich verschärft. Revolution und Gegenrevolution ringen zäh, erbittert miteinander. Außenpolitisch kommt das zum Ausdruck in dem Verteidigungskrieg Sowjetrußlands gegen das weißgardistische Polen, den Söldling des Ententeimperialismus, der internationalen Gegenrevolution und in der Rückwirkung dieses Krieges auf Deutschland. Innenpolitisch in dem fieberhaften Rüsten der Bourgeoisie, in der fortschreitenden Demaskierung der Reichsregierung, der Stinnesleute und Kappisten, dem offenen Paktieren der bayerischen und württembergischen Regierung mit den Orgeschhelden; in dem wachsenden Widerstand breitester proletarischer Massen gegen den Steuerraubzug auf ihre Taschen, gegen die Produktionssabotage der Unternehmer, in der Ausbreitung, Verwurzelung und beginnenden Verwirklichung des Rätegedankens.

Der unerhört rasche und glänzende Siegeslauf, in dem die Rote Armee russischer freier Arbeiter und Bauern den polnischen Imperialismus militärisch in die Knie gezwungen, ist zum Stehen gekommen. Die Regierung der Schlachta und Bourgeoisie hat unter den fadenscheinigsten, heuchlerischsten Vorwänden die von Sowjetrußland angebotenen Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen erst verschleppt, die vorgeschlagenen Waffenstillstands- und Friedensbedingungen dann abgelehnt. Sie hat durch eine Schreckensherrschaft, die an Horthyungarn erinnert, die revolutionärer Gesinnung und Erhebung verdächtigen Arbeiter und Kleinbauern geknebelt. Es ist ihr gelungen, neue weißgardistische Truppen zu sammeln und zu rüsten. Nicht etwa aus eigener Kraft, lediglich dank der Unterstützung durch die Entente — namentlich Frankreichs —, ja dank der offenen oder heimlichen Hilfe der kapitalistischen Gegenrevolutionäre aller Länder. Der sicher scheinende Sieg Sowjetrußlands über Polen ließ sie alle vor dem „Bolschewismus“ zittern. In fester Solidarität der Interessen, gemeinsamer Gefahr und gemeinsamen Hasses betrachteten sie als ihre Aufgabe, Polen zu „retten“, den einzigen proletarischen Staat der Welt zu vernichten.

Eine Zeitlang schien es, als ob Lloyd George unter dem einsetzenden Druck der englischen Arbeitermassen von den franzö-

sischen Imperialisten abrücke, die fanatisch zur Zerschmetterung Sowjetrußlands aufrufen. Jetzt führt er den Kreuzzug der kapitalistischen Mächte zur Errettung des heiligen Polens der Junker- und Bourgeoisieherrschaft von den bolschewistischen Ungläubigen. In Luzern hat er an sein gut kapitalistisch schlagendes Herz Giolitti gerissen, der gern den großen Staatsmann mimen möchte und nie mehr als ein seichter, liberalisierender Schwätzer gewesen ist. Auch Italien soll sich zum Kampf gegen Sowjetrußland stellen, in dreister Nichtachtung des Willens seines werktätigen Volkes. Lloyd George hat dem Krieg der Gegenrevolution wider die sozialistische Republik eine neue Parole gegeben: Friedenssicherung. Sowjetrußland muß als Friedensstörer, als Friedensgefahr unschädlich gemacht werden, so wird versichert. Und das angesichts der Tatsache, daß Sowjetrußland der einzige Staat der Welt ist, der vom ersten Augenblick an bis heute eine konsequent rein friedliche Auslandspolitik erstrebt, verfolgt hat. So durch und durch verlogen Lloyd Georges Losung ist, so bestechend und gefährlich ist sie. Sie spekuliert auf das tiefe Friedensbedürfnis der Arbeiter Englands, der schaffenden Massen der ganzen Welt.

Der Ententeimperialismus will den Sieg des kapitalistischen Polens über das kommunistische Rußland durch die tatkräftigste, moralische, politische und militärische Unterstützung erzwingen. Mehr Munition, Waffen, Flugzeuge, Heeresbedarf jeder Art, mehr Lebensmittel, mehr Truppen sollen nach Polen entsendet werden. Die Horden des gegenrevolutionären General Wrangel brennen und morden in Südrußland mit dem Segen, dem Gelde und den Waffen der Entente. Eine neue Blockade soll die Räterepublik von der Welt abschneiden, den Aufbau der russischen Wirtschaft verhindern und ungezählte Millionen dem Verderben, dem Tode überliefern. Aus Trümmern und Leichen soll ein kapitalistisches Rußland erstehen.

* * *

Ob diese Blütenträume des Ententekapitalismus wohl reifen? Deutschland hat ein gewichtiges Wort dabei mitzusprechen. Deutschland, das am Anfang seiner Umwälzung durch die proletarische Revolution steht, und in dem Proletariat und Bourgeoisie einander ins Weiße des Auges blicken. Deutschland, dessen Massen der Ausgebeuteten und Enterbten durch die Auflösung der kapitalistischen Wirtschaft unwiderstehlich vorgetrieben werden zum Kampfe für die Ueberwindung des Kapitalismus, während seine Regierung als Regierung der besitzenden Minderheit den

Kapitalismus mit allen Mitteln, mit List und Gewalt zu verewigen strebt und lieber zehn Schritte zurück in die militärisch-monarchistische Vergangenheit tut, als einen halben Schritt vorwärts zur kommunistischen Zukunft. Deutschland, für das als Staat ausgeprägter und bedrohter Kapitalistenherrschaft Sowjetrußlands Niederlage ein Ziel ist, aufs innigste zu wünschen, und das doch als bürgerlicher Nationalstaat vor einem Siege des imperialistischen Polens, vor einer Befestigung des Bundes zwischen diesem und der Entente sich ängstigen muß.

Wird dieses weiteste und bequemste Verbindungstor zwischen Polen und dem Westen für den unbeschränkten Transport von Truppen und Heeresbedarf der Entente offen stehen? Das ist die schicksalsschwere Frage, die nicht nur für den Ausgang des russisch-polnischen Krieges und Sowjetrußland entscheidend werden kann, sondern mehr noch für die nächste Zukunft der Weltrevolution, der proletarischen Revolution in Deutschland. Die Antwort selbst auf diese Frage wird aber keinesfalls von den unsicher schwankenden Köpfen und gespaltenen Zungen der Männlein gegeben, die sich in Deutschland als Staatsweise und Diplomaten gebärden. Sie wird der Ausdruck einer bedeutsamen Etappe des Ringens zwischen proletarischer Revolution und kapitalistischer Gegenrevolution sein, der Gradmesser der Macht, die das deutsche Proletariat in seinem Befreiungskampf zu entfalten fähig ist. In der Tat, die Solidaritätsaktion der deutschen Arbeiterklasse für Sowjetrußland kann sich nur im Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie, die deutsche Konterrevolution zu Fleisch und Blut verkörpern und wird ein wesentlicher Vorstoß zur Niederzwingung der kapitalistischen Gewalt sein.

Als Lloyd George und Giolitti in Luzern den Kriegs- und Hungerpakt gegen Sowjetrußland schlossen, war dem Außenminister der Kapp-Ersatzregierung Deutschlands keine ermunternde Antwort auf das leise Flehen geworden: „Ich sei, gewährt mir die Bitte, in Eurem Bunde der Dritte." Der Preis für den offenen Verzicht auf die Neutralität des deutschen Reichs war erheblich gesunken. Von Frankreich gestärkt, hatte das weißgardistische Polen den Ansturm der Roten Armee zunächst zurückgeschlagen. Die Neutralitätstugend der Regierung des gottseligen Fehrenbach wurde nicht ernstlich durch den Ententeimperialismus in Versuchung geführt. So setzt diese Regierung das Doppelspiel fort, das sie angesichts des weltgeschichtlichen Konflikts begonnen. Sie schwört Eide der Neutralität für die unaufgeklärten, naiven Volksmassen, die instinktiv mit Sowjetrußland empfinden und für die national-bolschewistischen Kreise des Bürgertums, die das imperia-

listische Polen hassen und in ihm die Entente gedemütigt sehen möchten. Sie sieht und hört nichts und hilft kräftig mit, wenn die Neutralität sich zu Gunsten Polens in eitel Dunst auflöst durch Truppen- und Munitionstransporte unter falscher Flagge, durch Riesenlieferungen von Spekulanten und Schiebern. Um das Wohlwollen der Entente und der mit ihr sympathisierenden Kohlenkönige und Schwerindustriellen nicht zu verscherzen, um alle zufrieden zu stellen, die brünstig danach verlangen, daß mit Sowjetrußland die proletarische Revolution niedergeschlagen werde.

Ihrem gegenrevolutionären Wesen getreu geht die deutsche Regierung weiter. Sie fällt den organisierten Eisenbahnern und Transportarbeitern in den Arm, die in richtiger Erkenntnis der Klassenlage und der Klassenpflicht des deutschen Proletariats die blutlose Neutralitätsdeklaration der Regierung zur kraftvollen Solidaritätsaktion der Ausgebeuteten für ihre kämpfenden russischen Brüder erheben wollen. Sie bestreitet den Betriebsräten der Eisenbahn- und Transportarbeiter das Recht zur Kontrolle aller verdächtigen Transporte, das Recht, die Weiterbeförderung von Truppen, Waffen, Munition, Lebensmitteln usw., die für Polen bestimmt sind, abzulehnen und zu verhindern. Sie hat schließlich die Transportkontrollkommissionen dreist beiseite geschoben und aufgelöst. Nur die Dienstvorsteher sollen jetzt über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Transporte bestimmen. Die Regierung beruft sich dabei auf die mangelnde gesetzliche, juristische Befugnis der Betriebsräte, der Kontrollkommissionen, selbständig entscheidend und handelnd, in das Verkehrswesen einzugreifen. Sie verkriecht sich hinter den Versailler Friedensvertrag. Nach ihm haben die Ententetruppen in den besetzten Orten des Reiches Ablösungsmannschaften und Heeresbedarf zu erhalten, und die sogenannten Poloniazüge mit angeblichen Lebensmitteln dürfen unbeanstandet durch Deutschland nach Polen fahren.

Jedoch abgesehen von der Liebedienerei der Besiegten vor den triumphierenden Imperialisten verbergen sich hinter all dem süßsauren Neutralitätsgeschmuse der deutschen Regierung nur schlecht die beiden treibenden Beweggründe: die Furcht vor dem siegreichen russischen Proletarierstaat und der Wille, die sich in dem selbständigen Handeln der Eisenbahner und Transportarbeiter ankündigende revolutionäre Aktion des Proletariats im Keime zu zertreten. Die bürgerliche, mehrheitssozialdemokratisch gesegnete Koalitionsregierung stemmt sich gegen den bedeutsamen Schritt proletarischer Betriebsräte, ohne Erlaubnis, ja im Widerspruch zu den kapitalistischen Herren in Wirtschaft und Staat selbständig zu handeln, kraft eigenen Rechts als Macht aufzutreten. Richtig ver-

steht sie das Vorgehen der Transportarbeiter und Eisenbahner als Pronunciamento, als Schilderhebung des Proletariats, das sich auf seine revolutionäre Macht und auf seine revolutionäre Pflicht zu besinnen beginnt. Sie will durch gesetzliche, formalistische Zwirnsfäden von vornherein die Macht der Betriebsräte, der Arbeiterräte binden, indem sie die von den Betriebsräten der Eisenbahner und Transportarbeiter geführte Solidaritätsaktion für Sowjetrußland abzudrosseln sucht. Dem deutschen Proletariat bleibt abermals nicht die brennende Schmach erspart, daß die mehrheitssozialistischen Führer Arm in Arm mit den führenden Gewerkschaftsbürokraten der gegenrevolutionären Regierung Hand- und Spanndienste leisten. Und um die Schmach voll zu machen, decken die rechtsgerichteten Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie den Handel.

* *
*

Die Betriebsräte der Eisenbahner und Transportarbeiter empfanden stark die revolutionäre Solidarität des deutschen Proletariats mit Sowjetrußland. Sie erkannten die Notwendigkeit, das Rüsten der deutschen Gegenrevolution zu verhindern, das unter der Maske des „Selbstschutzes" und „Landesschutzes" für Ostpreußen vor sich geht. Sie handelten. Nun kam es darauf an, ihre Aktion durch den Willen und die Tat der breitesten Massen zu schützen. Die Leitung des zur einheitlichen Front zusammengerufenen Proletariats stellte dagegen an den Anfang ihrer Betätigung das Verhandeln mit der Regierung. Es erfolgten „Vorbesprechungen" führender Scheidemänner und Gewerkschaftler mit dem Reichsverkehrsminister, dem Reichswehrminister, dem Auswärtigen Amt, kurz mit allen möglichen und unmöglichen „Staatsautoritäten". Eine Konferenz von Vertretern der sozialistischen Parteien, des Vorstands der Gewerkschaften, der Zentralvorstände der Eisenbahner- und Transportarbeiterverbände hatte „allgemeine Richtlinien" für die Transportkontrolle auszuarbeiten, die dem Kabinett zur Begutachtung und Vereinbarung vorgelegt werden sollten, „damit ihre Durchführung gesichert sei". Also eine proletarische Klassenaktion von der Gnade der Regierung kapitalistischer „Fachminister" zur Niederwerfung des Proletariats, zur Stärkung der Gegenrevolution!

Vor so viel Bedientenhaftigkeit konnte die Regierung die Spröde spielen. Durch die „Vossische Zeitung" ließ sie den Möchte-gern-Vereinbarern die offiziöse Ohrfeige verabfolgen, sie verhandle in der Sache überhaupt nicht. Natürlich war sie schlau

genug, dem Bären, der tanzen wollte, den Ring von Verhandlungen durch die Nase zu ziehen. Sie gab in der Form nach, indem sie die Eisenbahner zur Kontrolle der Güter- und Truppentransporte zuließ. Sie triumphierte aber in der Sache, indem sie die Kontrolle und die Nichtbeförderung von Transporten in den Grenzen der Neutralität hielt, „wie sie sie auffaßt". Sie vollendete die Nasführung und Unterwerfung der Arbeiter mit der Auflösung der Kontrollkommissionen. Die „Vereinbarer" wurden mit einem Fußtritt hinausgeworfen. Im Zeichen von Versailles können die polnischen Weißgardisten noch weiter Zuzug und Mordwerkzeuge über Deutschland erhalten, und im Namen des „Entwaffnungskommissars" werden über den Umweg der Reichswehr und Sicherheitspolizei noch weiter die Landbündler und Orgeschmänner gegen die Arbeiter gerüstet. Die revolutionäre Solidaritätstat des deutschen Proletariats für Sowjetrußland sollte verfälscht werden in eine burgfriedliche Hilfsaktion für die kapitalistische Regierung. Dem Kern nach wiederholt sich, was in den Tagen des Kapp-Putsches geschehen. Die Scheidemänner und Legien fingen den vorwärtsstürmenden proletarischen Renner ein und spannten ihn vor den Regierungskarren des Kapitalismus. Die Breitscheid und Hilferding sagten Ja und Amen dazu. Eines Sinnes mit Ludendorff, warnte der „Vorwärts" mit Unkentönen vor jeder „einseitigen Unterstützung des bolschewistischen Rußlands". Die „Freiheit" schwitzte Angstschweiß angesichts der Möglichkeit, das Vorgehen der Eisenbahner könne einen Buchstaben des neunmalheiligen Versailler Vertrags auslöschen. Breitscheid erteilte der Regierung Fehrenbach bereits Sündenvergebung auf Vorschuß, wenn sie unter dem Druck der Entente die vollständige Neutralität gegen Sowjetrußland nicht bewahren könne.

* * *

Selbstredend steht die Kommunistische Partei Deutschlands im schärfsten Gegensatz und Kampf zu diesem Verhalten von Verrätern der Revolution aus Grundsatz oder aus Schwäche. Zur Strafe dafür wurde sie aus der Berliner Zentralkörperschaft ausgeschlossen, die zur Leitung der Bewachung eingesetzt worden war. In der ersten Sitzung dieser Körperschaft hatte der Vertreter der Kommunisten erklärt, daß unsere Partei jede ernste Aktion energisch unterstützen werde, die eine Verletzung der Neutralität zu Ungunsten Sowjetrußlands verhindern solle, daß sie aber ihr Recht zu weitergehendem, selbständigen Handeln voll wahre. Der gemeinsame Aufruf der politischen und gewerkschaftlichen Orga-

nisationsvertreter war ein farbloses, charakterloses Kompromißgewächs. Wohl war es den Vertretern der Kommunisten gelungen, zwei Verbesserungen des Textes durchzusetzen: die Streichung von zwei Stellen, von denen die eine mehrheitssozialdemokratisch-pariotisch-burgfriedlich war, die andere unabhängig-bürgerlich-pazifistisch. Jedoch der Aufruf gab dem Proletariat nicht die klaren unzweideutigen Losungen, deren es nach der Ueberzeugung der Kommunisten in dieser geschichtlichen Stunde bedurfte. Wenn die Zentrale der Kommunistischen Partei trotzdem den Aufruf unterzeichnete, so handelte sie politisch richtig. Sie stellte damit den Zusammenhang her zwischen der eigenen Aktion unsrer Partei, als der revolutionären Vorhut des Proletariats und dessen breiten, langsam nachrückenden Heeressäulen. Sie unterstützte und förderte die ersten unsicheren und tastenden Schritte einer Bewegung der Arbeiter, die von der Logik der Tatsachen gezwungen über sich selbst hinaustreiben konnte, ja mußte. Gleichzeitig aber mußte sie mit den eigenen selbständigen Losungen und Aktionen wegweisend an der Spitze des Kampfes bleiben.

Es war mithin das gute Recht und die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit der Zentrale der K. P. D., daß sie in einem eigenen Aufruf das kundgab, was die gemeinsame Kundgebung vorenthielt: nämlich die Aufforderung an die Proletarier, sich nicht mit dem Eintreten für eine laue, brüchige Neutralität zu begnügen, sondern tatkräftige Solidarität mit den russischen Brüdern zu üben: sich über die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hinaus in einer einheitlichen, geschlossenen Front zusammenzuscharen und zu diesem Zweck wie zur einheitlichen, ziel- und wegsicheren Leitung seines Vormarsches und Kampfes politische Arbeiterräte zu wählen. Durch diesen Aufruf und einen kritischen Satz gegen die „Scheidemänner und Kautskyaner" sollen die Kommunisten das Abkommen zwischen den Organisationen und die Einheitsfront des Vorgehens durchbrochen haben. Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie — die Genossen Kurt Rosenfeld, Adolf Hoffmann und Genossin Zietz — hieben in dieselbe Kerbe, der Beschuldigungen wie die Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschaftsbureaukraten. Ihr Votum gegen den Ausschluß der Kommunisten aus dem leitenden Zentralausschuß — nachdem ihr Kompromißantrag gefallen — entbehrt jeder Bedeutung. Es ist null und nichtig gemacht worden durch ihr Verbleiben in dieser Körperschaft. Sie haben damit besiegelt, daß sie in der Sache selbst innerlich stärkere Fühlung haben mit der opportunistischen Rechten der deutschen Arbeiterbewegung als mit deren Linken und den revolutionär vorwärtsdrängenden Massen. Sogar die Amsterdamer Gewerkschafts-

internationale der Sozialpatrioten von der Art der Appleton und Jouhaux ist in ihrem Aufruf für die Verhinderung jedes Transports von Truppen, Munition etc. weiter gegangen, als der Zentralausschuß zu Berlin, in dem Unabhängige Sozialdemokraten sitzen. Uebrigens ist es kennzeichnend für das Urteil der Massen, daß den Lokalausschüssen für die Transportkontrolle nach wie vor Kommunisten angehörten.

Ohne zu schwanken und wanken setzt die Kommunistische Partei ihren Weg, ihren Kampf fort. Mit Kritik und Aktion richtungweisend schreitet sie dem Proletariat voraus, das sich zum Ansturm wider den Kapitalismus sammeln muß, wenn es sich nicht in die Barbarei höchster Ausbeutung und Unterdrückung zurückschleudern lassen will. Die Kommunistische Partei hat die Losung der Solidaritätsaktion für Räterußland zu der Forderung verschärft: vollständige Blockade Polens. Sie ruft die deutschen Proletarier auf, zur Durchführung der Blockade, zum Kampfe mit der Gegenrevolution überall politische Arbeiterräte zu wählen und diese auf einer Reichskonferenz zentral zusammenzufassen. Sie ermüdet nicht in der Agitation, der Propaganda für ihre Losungen, in dem eifrigen Bestreben, Parole Tat werden zu lassen. Ihre Forderung der politischen Arbeiterräte stößt auf den entschiedensten Widerstand der Führer des rechten Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratie. Diese leiern noch immer das Sprüchlein herunter, das Mangel an geschichtlichem Sinn und Gedankenarmut für das Leipziger Programm ausgeheckt haben: nämlich, daß politische Arbeiterräte erst nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat geschaffen werden und wirken können.

Als ob die revolutionäre Betätigung der Arbeiterräte ein sorgfältig bis zur Vollkommenheit ausgeklügeltes System zur Voraussetzung hätte und nicht selbst erst unter Suchen und Tasten allmählich eine Ordnung, ein System schaffte. Als ob die Räte wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus so mit dem gewaltigen Hammerschlag der Eroberung der Staatsgewalt durch die Ausgebeuteten erstehen könnten. Als ob sie nicht die Organe des Proletariats im Kampfe für die Eroberung dieser Macht wären. Als ob sie nicht von der revolutionären Gärung und Bewegung der breitesten Massen gezeugt, während politischer Massenaktionen geboren, bei Arbeit und Kampf sich organisch entwickelten. Das „Rätesystem" ist nicht Ausgangs- sondern Endpunkt der revolutionären Kämpfe unserer Tage. Im Anfang ist die Tat: die Wahl, das Wirken politischer Arbeiterräte.

* *
*

In steigendem Maße findet die kommunistische Mahnung Gehör: Wählt politische Arbeiterräte, werbt Anhänger und Anhängerinnen für ihre Wahl. Bis weit in die Kreise der Gefolgschaft der Unabhängigen Sozialdemokratie, ja der Sozialpatrioten hinein. In Berliner Betrieben, in Fabriken und Werkstätten vieler anderer großen Industriezentren hat die Arbeiterschaft politische Arbeiterräte gewählt, wird ihre Wahl leidenschaftlich erörtert.

Die fortschreitende Produktionssabotage durch die Unternehmer und ihre furchtbaren Folgen für das Proletariat — Arbeitslosigkeit, geringer, unsicherer Verdienst; die Ohnmacht des Kapitalistenstaats, seine Pflicht sozialer Fürsorge für die Hilfsbedürftigen zu erfüllen, den schlimmsten sozialen Uebeln zu steuern; der erzwungene Steuervorschuß von Arbeitern und Angestellten bei geradezu verbrecherischer Bewegungsfreiheit für die Kriegsgewinnler und Schieber, ihre Reichtümer „steuersicher" zu verhehlen; die herausfordernde Bewaffnung der gegenrevolutionären Kreise — all das und noch andere Zeiterscheinungen peitschen die Ausgebeuteten in den Kampf. Denn übermächtig springt von ihnen allen den werktätigen Massen diese Erkenntnis in die Augen: der kapitalistische Profit, die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft, der kapitalistische Gewaltstaat ist der Feind. Immer häufiger brechen lokale Bewegungen und Kämpfe der Arbeiterschaft aus. Hier wegen des Steuerabzugs, dort wegen Schließung und Abbruch der Betriebe, wegen Lohnkürzungen usw. Typisch für die Lage ist der große Kampf der Stuttgarter Arbeiterschaft, die sich ehrenvoll gegen einen überlegenen Feind geschlagen: gegen schmutzigstes Unternehmerpack und skrupellose Regierung, im Zeichen des Stahlhelms vereinigt. Gewerkschaftliche Verräterei hat die Niederlage vollendet. Die einzelnen Kämpfe der Proletarier verlangen danach, zu allgemeinen, einheitlichen Massenaktionen größten Stils unter einheitlicher Leitung und Führung zusammengefaßt zu werden. Die zusammengefaßten Betriebsräte allein vermögen das elementare Bedürfnis nach Zusammenballung und Leitung der proletarischen Massen nicht zu erfüllen. Ihrem Kampf gegen die kapitalistische Profitwirtschaft werden durch die politische Macht der Besitzenden Ketten angelegt. Zu den Aufgaben der politischen Arbeiterräte gehört es, den Betriebsräten volle Bewegungsfreiheit zu erkämpfen und zu sichern. So drängt der Gang der Dinge von den verschiedensten Seiten dazu, die Forderung politischer Arbeiterräte für das deutsche Proletariat zum Gebot der Stunde zu erheben.

Dieses Gebot stellt die Unabhängige Sozialdemokratie vor die Entscheidung, ob sie mit der Revolution und für die Revolution

vorwärts will oder noch länger die Zaudernde, Unentschlossene zu bleiben gedenkt, hinter der sich die Scheidemänner verkriechen. Das just in dem nämlichen Augenblick, wo die Kommunistische Internationale eine klipp und klare Antwort von ihr fordert, wo die Partei steht. Die rechtsgerichteten Führer scheinen ihre Wahl getroffen zu haben. Die Führer des linken Flügels haben sich in Moskau zur III. Internationale bekannt. Sie haben jetzt durch die Tat zu bestätigen, daß sie wirklich zur neuen Internationale gehören, die nicht ein Verein von Grundsatzbetern sein will, sondern eine Organisation revolutionären Handelns. Rascher als die Führer beginnen sich die Massen zu entscheiden, die in der Unabhängigen Sozialdemokratie organisiert sind. Nicht vergeblich sprechen zu ihnen die Flammenzeichen, die aus dem Verfall der kapitalistischen Wirtschaft und der Mordbereitschaft der deutschen Gegenrevolution, die aus dem Feldzug der internationalen Gegenrevolution zur Abwürgung Räterußlands emporschlagen. Sie mahnen: Gefahr im Verzug! Nicht säumen und träumen! Auf zur Tat!

Clara Zetkin.

* Vorliegender Artikel der Gen. Clara Zetkin ist geschrieben vor dem Kongreß der U. S. P. D. in Halle. Die Redaktion.

Die Wirtschaftslage Kontinentaleuropas.

Einleitung.*)

Zwei Jahre sind es bereits her, daß der Weltkrieg sein Ende erreicht hat. Aber der erhoffte und heiß ersehnte Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft ist bisher nicht gelungen. Um dies zu verstehen, müssen wir die tiefgehenden Veränderungen skizzieren, welche der Kapitalismus durch den Weltkrieg erlitten hat.

Die Grundlage der Entwicklung des modernen Kapitalismus war die kontinuierliche Akkumulation von realem Kapital. Dieser Vorgang wurde durch den Krieg jäh unterbrochen und in sein Gegenteil, in eine fortgesetzte Verarmung der kapitalistischen Welt an realen Gütern verwandelt. Während des Krieges wurde viel mehr an Gütern verbraucht, als neu produziert wurde. Die eigenartige Struktur der kapitalistischen Wirtschaft ermöglichte es aber, diese reale Verarmung durch die Schaffung von ungezählten Milliarden fiktiven Kapitals zu verschleiern. Der Staat gab den einzelnen Privateigentümern von realen Gütern, welche im Krieg verbraucht wurden, fiktives Kapital, und zwar in zwei Formen — fiktives Kapital im eigentlichen Sinne des Wortes — Kriegsanleihen — Anweisungen auf einen gewissen Anteil vom Mehrwert, welcher durch die künftigen Generationen produziert werden sollte. Die kontinuierliche Verarmung der kriegführenden kapitalistischen Welt wurde für den einzelnen Kapitalisten und für die

*) Die Kommunistische Internationale gab mir den Auftrag, Uebersichten über die wirtschaftliche Lage der europäischen Länder zu schreiben. Ich versuchte, der Redaktion klar zu machen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen diese Aufgabe unmöglich gut gelöst werden kann. Das Material läuft lückenhaft und mit großer Verspätung ein. Durch die Ausarbeitung und die Drucklegung sowie Uebersetzung in fremde Sprachen müssen die Artikel so verspätet in die Hände des nichtrussischen Lesers gelangen, daß sich die ökonomische Situation bis dahin in vielen Fällen stark verändert haben und das Ganze als veraltet erscheinen wird. Anderseits müßte man, um diese Aufgabe wirklich gut lösen zu können, einen Stab von Mitarbeitern haben, welcher die in allen fremden Sprachen erscheinende Literatur durcharbeiten sollte. Ich mußte mich dem Argument beugen, daß minder gute Artikel doch besser als gar nichts seien.

ganze Kapitalistenklasse hierdurch verschleiert. Das nominelle Gesamteinkommen der kapitalistischen Welt blieb dem Schein nach nicht nur konstant, sondern erhöhte sich auch aus Gründen, die wir später anführen. Die zweite Form der Schaffung von fiktivem Kapital war die Ausgabe von Hunderten Millionen ungedeckten Papiergeldes. Dieses Papiergeld hatte zwar die Form von Banknoten, unterschied sich aber ökonomisch dadurch von diesen, daß es nicht als Zirkulationsmittel, nicht zur Abwicklung realer kapitalistischer Geschäfte emittiert wurde, sondern zur formellen Bezahlung der im Kriege verbrauchten realen Güter.

Die Verarmung an realen Gütern dehnte sich auf die Produktionsmittel im engeren Sinne ebenfalls aus. Der Boden verarmte infolge Mangels an Dünger und an sorgfältiger Bearbeitung. Die Transportmittel gingen zugrunde Die Maschinerie nutzte sich in allen Fabriken ohne Ersatz ab, d. h. nicht nur der Gütervorrat wurde durch den Krieg verringert, sondern auch die materielle Grundlage der Produktivität ging rasch zurück. Hierzu kamen noch weitere Faktoren. Erstens: Die Produktion geschah zum großen Teil für die Kriegführung, es wurde unproduktiv produziert; weiterhin als positiver Faktor die Verwüstung von realen Gütern auf den weit ausgedehnten Kriegsschauplätzen selbst; endlich, und dieser Faktor muß am höchsten eingeschätzt werden, wurde die Produktivität infolge der Verminderung der Leistungsfähigkeit des menschlichen Produktionsfaktors, der Arbeiter selbst, immer geringer. Der Verlust an lebender Arbeitskraft war zum Teil vorübergehend — die im Kriege der produktiven Arbeit entzogenen Arbeitermillionen —, zum Teil bleibender Art: die im Kriege Gefallenen, die Invaliden und die im Hinterlande durch Entbehrung und schlechte Ernährung in ihrer Arbeitskraft dauernd Geschädigten.

Der kontinuierliche Rückgang der Produktivität hatte schon in den ersten Jahren des Krieges einen allgemeinen Gütermangel zur Folge. Dieser Gütermangel in Verbindung mit der Tatsache, daß durch das System der verzinslichen Kriegsanleihe das nominelle Gesamteinkommen der ganzen Bevölkerung nicht verringert wurde, erzeugte eine sich auf die ganze Welt erstreckende Teuerung. Der stetig sich verringernden neuproduzierten Gütermenge stand ein sich gleichbleibendes bezw. durch die fiktiven Kriegsgewinne sich stets erhöhendes nominelles Gesamteinkommen gegenüber. Der Gütermangel selbst gab die Möglichkeit der erfolgreichen Spekulation und einer Erhöhung des nominellen Gesamteinkommens. Die natürliche Folge war, daß alle Preise in die Höhe gingen im Verhältnis der Verringerung der Güterproduktion.

Es ist daher nicht die vermehrte Ausgabe des Papiergeldes, welche die Teuerung in der Kriegswirtschaft verursacht hat — wie es von der bürgerlichen Oekonomie ganz allgemein behauptet wird —, sondern der Rückgang der Güterproduktion bei Erhöhung des nominellen Gesamteinkommens der Bevölkerung. Die Teuerung mußte sich natürlich der Unentbehrlichkeit der Güter entsprechend abstufen. Jene Güter, welche zur Erhaltung des Lebens unumgänglich notwendig sind, mußten im verstärkten Maße im Preise in die Höhe gehen. Dies sind die Produkte der Landwirtschaft, die Lebensmittel. Es entstand auf der ganzen Welt, vor allem aber in den kriegführenden Staaten und im höchsten Grade in den vom Weltmarkt abgeschnittenen Staaten Mitteleuropas, eine noch nie dagewesene Knappheit an Lebensmitteln. Dieser Umstand bewirkte eine absolute Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen Stadt und Land. Während im intakten Kapitalismus die Stadt das Land beherrschte, das industrielle Westeuropa die agrarischen Gebiete der Erde, bewirkte die kriegswirtschaftliche Deformation des Kapitalismus, daß die Landwirtschaft die Oberhand gewann, das Land ökonomisch die Stadt ausbeutete und die agrarischen Gebiete der Erde sich von der ökonomischen Vorherrschaft des industriellen Europas zum größten Teil frei machen konnten.

Dieser ökonomische Umschwung wurde dadurch erleichtert, daß alle jene Verpflichtungen, welche das Land im Kapitalismus der Stadt gegenüber hatte, im allgemeinen in fixen Geldsummen festgesetzt waren: Pacht, Zinsen der geschuldeten Summen, Steuern, Frachten usw. Die allgemeine Teuerung bedeutet, von der umgekehrten Seite betrachtet, ein stetiges Fallen des Geldwertes. Es ist daher natürlich, daß das Land, welches Verpflichtungen gegenüber der Stadt in der nominellen Valutaeinheit hatte, nunmehr in realen Gütern ausgedrückt nur den zehnten bis dreißigsten Teil seiner früheren Verpflichtungen der Stadt schuldete. Es war dies ein weiterer Grund, weswegen die Städte und die industriellen Gebiete immer mehr von Lebensmitteln entblößt wurden und es bis heute sind.

Es ergab sich weiterhin ein Wettlauf zwischen der Erhöhung des nominellen Einkommens und der Teuerung aller Güter. In diesem Wettlauf waren die Arbeiter die Opfer, denn die Erhöhung des Arbeitslohnes blieb in der ganzen Welt weit hinter der Verteuerung der Lebensmittel zurück. Die reale Verarmung der ganzen kapitalistischen Welt zeigte sich alsbald in krasser Weise in dem Rückgang der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Während im Zeitalter des Kapitalismus infolge der ungeheuren Akkumulation von Produktionsmitteln die Produktion

der Waren eine immer mehr sich verringernde Arbeitszeit kostete und die Lebenshaltung der Arbeiter infolgedessen sich, wenn auch nur sehr langsam, hob oder sich wenigstens nicht verschlechterte, trat während des Weltkrieges auf der ganzen Welt eine rapide, im Kapitalismus niemals erlebte Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse ein. *)

Das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiter infolge der verringerten Produktion wirkte wiederum als Ursache zur weiteren Verringerung der Produktivität: die schlecht ernährten Arbeiter konnten nicht dieselbe Arbeitsleistung vollbringen wie früher. Psychologische Momente, die Mißstimmung über die schlechte Lebenslage und über den unsinnigen Krieg, verschlechterten die Produktivität der Arbeit in erhöhtem Maße.

So entwickelte sich die Kriegswirtschaft in einem fehlerhaften Zirkel, und dies ist das Problem, das unlösbare Problem, welches auch heute, nach Beendigung des Krieges, innerhalb des Kapitalismus überhaupt nicht gelöst werden kann. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt fordert eine Erhöhung ihrer Lebenshaltung zum mindesten auf das Niveau vor dem Kriege. Die Verarmung der Welt an Produktionsmitteln und die verringerte Produktivität der Arbeiterklasse selbst macht die Erfüllung dieser Forderung auf kapitalistischer Basis unmöglich, selbst wenn die Kapitalisten zeitweilig ohne Profit arbeiten würden, was eine unreale Voraussetzung ist. Die Forderung könnte nur erfüllt werden, wenn vorerst aus dem neuenteigneten Mehrwert eine neue große Akkumulation von Produktionsmitteln erfolgen könnte, was eine Erhöhung der Produktion ermöglichen würde. Eine reale Akkumulation ist aber gegenwärtig unmöglich, weil die Produktion bei der verminderten Produktivität der Arbeiter unter kapitalistischen Verhältnissen keinen realen Ueberschuß über den täglichen Verbrauch ergibt.

Diese allgemeinen Grundzüge der Krise des Kapitalismus zeigen sich nicht in allen Ländern in gleicher Weise. Es ist ein besonderes Merkmal des gegenwärtigen Nachkrieges des Kapitalismus, daß es eben infolge des verschiedenen Grades der kriegswirtschaftlichen Deformation des Wirtschaftslebens keine einheitliche kapitalistische Weltwirtschaft mehr gibt.

---

*) Es gibt in der Weltliteratur keine wirklich verläßliche Statistik über die Lebenshaltung der Arbeiter. Indessen zeigt der Verbrauch ganzer Länder an Gütern des Massenkonsums — Getreide, Zucker, Kaffee, Butter etc. —, wie wir sie für Frankreich und England besitzen, daß sich die Lebenshaltung in diesen Ländern im allgemeinen während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehoben hat.

Die kapitalistische Welt ist in eine Reihe von Gebieten zerfallen, welche keine wirtschaftliche Einheit mehr bilden. Das äußere Zeichen für diesen Zerfall der kapitalistischen Weltwirtschaft ist die Valutakrise. Während früher das Geld, die verdinglichte Form der Arbeitszeit im Kapitalismus, eine allgemeine Weltgeltung hatte, d. h. die Noten der verschiedenen kapitalistischen Staaten, von kleinen wirtschaftlich unwesentlichen Schwankungen abgesehen, ihrem Nominalwert gleich gegolten haben, dem Wert des Goldes, welches sie repräsentierten, gibt es heute kein einheitliches Weltgeld. Das Gold, das eigentliche Weltgold, ist aus dem Verkehr der meisten Staaten verschwunden, und die Noten aller Länder unterliegen fortwährend riesigen Schwankungen, welche jeden internationalen Güteraustausch zu einer Spekulation machen. Wenn wir von diesen Gesichtspunkten aus die kapitalistische Welt in ihrer gegenwärtigen Lage betrachten, so zerfällt sie in fünf große Länder- bezw. Wirtschaftsgruppen: 1. England mit seinem kolonialen Weltreich; 2. Amerika und die südamerikanischen Staaten, welche vom Kriege am wenigsten gelitten haben; 3. Mitteleuropa; 4. Rußland; 5. das japanisch-chinesische Weltreich. Wir wollen nunmehr in den folgenden Artikeln diese großen Gebiete zusammenfassend behandeln und mit Mitteleuropa beginnen, jenem Gebiete, welches die kriegswirtschaftliche Deformation am schärfsten ausgeprägt zeigt. Demnächst lassen wir eine Darstellung des englischen Wirtschaftslebens folgen, welche bereits auf breiterem Tatsachenmaterial aufgebaut sein wird.

Die Krise in Kontinentaleuropa.

Wenn wir die agrarischen Gebiete des Balkans außer acht lassen, umfaßt dieses Gebiet — mit England — die Geburtsstätte des Kapitalismus, die „industrielle Werkstatt der Welt". Früher war es ungemein stark in die Weltwirtschaft verflochten. Im allgemeinen exportierte es industrielle Produkte in die ganze Welt und tauschte hierfür Lebensmittel und industrielle Rohstoffe ein. Früher war dieses Gebiet unter einige Großmächte: Frankreich, Deutschland, Italien, Oesterreich-Ungarn und Rußland verteilt, welches durch den Besitz von Polen weit in das Gebiet Mitteleuropas hineinragte. Eine Reihe von kapitalistischen Kleinstaaten, welche aber mit Ausnahme Belgiens vom Kriege verschont blieben, ergänzte das Bild. Das ganze Gebiet war trotz der Hochschutzzollpolitik der imperialistischen Großmächte wirtschaftlich aufs engste in einander verflochten.

Durch den Versailler Frieden wurde die politische Karte dieses Gebietes ganz verändert. Die österreichisch-ungarische Monarchie zerfiel in eine Reihe von Kleinstaaten, Deutschland wurde auf allen Seiten verkleinert. Polen wurde selbständig, ebenso die kleinen Randstaaten Rußlands. Dazwischen eingesprenkelt kleine selbständige Gebietsflecke — das von Franzosen besetzte linksrheinische Gebiet, das von Deutschland losgelöste Luxemburg, das selbständige Danzig und das autonome Fiume, das hungernde Deutsch-Oesterreich. Es ist ein Wirrwarr von kleinen Staaten, welche sich gegenseitig von einander absperren und den Niedergang der Produktivkräfte durch die Zerreißung der natürlichen Standortverhältnisse nur noch künstlich verschärfen.

Auf diesem ganzen Gebiet nun, unbeschadet ob „Sieger" oder besiegter Staat, herrscht gegenwärtig eine schwere Wirtschaftskrise. Die allgemeinen Ursachen dieser Krise sind jene, welche wir eingangs als Ursache der Krise des ganzen kapitalistischen Systems aufgezählt haben. Weil aber dieses Gebiet der eigentliche Schauplatz des Weltkrieges war, nimmt hier die Krise des Kapitalismus die schärfste Form an.

Der Rückgang der Produktion zeigt sich am handgreiflichsten bei der Kohlenproduktion. Kontinentaleuropa konnte sich vor dem Kriege mit Kohlen selbst genügend versorgen. Nur die Hafenstädte und Küstengebiete benutzten englische Kohle, welche als Rückfracht der Dampfer billig dahingelangte. Nun ist die Kohlenproduktion Deutschlands auf 60% der Vorkriegsproduktion, diejenige Frankreichs auf die Hälfte zurückgegangen, und das Fehlen der Kohle legte das ganze wirtschaftliche Leben lahm.

Der Grund des Rückgangs der Kohlenproduktion ist die stark verminderte Leistung der Kohlenarbeiter. Dies beruht auf wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Wirtschaftlich ist es der Raubbau, der während des Krieges in den Bergwerken getrieben wurde, der ausschließliche Abbau der ergiebigsten Flöze, die starke Abnützung aller Betriebseinrichtungen, die Verminderung der Anzahl der gelernten Bergarbeiter durch den Krieg, die mangelhafte Ernährung, die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 7 Stunden. Sozial ist es die tiefgehende Abneigung der Bergarbeiter, im Dienste eines privaten Kapitalisten zu schuften. Es ist hauptsächlich dieser soziale Widerstand, an welchem alle Versuche zur Erhöhung der Produktion scheitern. Die treuen Diener des Kapitals, die deutschen Gewerkschaftler, bemühen sich umsonst, die Bergarbeiter zu erhöhter Leistung, zur Verfahrung von Ueberschichten zu be-

wegen. Umsonst ist die Lohnerhöhung und das Versprechen von besonderen Ernährungszuschüssen; die Bergarbeiter fordern die Sozialisierung der Bergwerke und sind nicht geneigt, sich für den Wiederaufbau des Kapitalismus besonders anzustrengen. Im oberschlesischen Gebiet lähmt außerdem der polnisch-deutsche Kampf die Produktion, im Ruhrgebiet die französische Besatzung. *)

Die Kohlengruben Nordfrankreichs sind von den Deutschen so gründlich verwüstet worden, daß manche Gruben erst im Jahre 1930 wieder in Betrieb genommen werden können. **) Und auch England kann nicht helfen. Auch die Produktion in England ist stark zurückgegangen, während der Konsum im Inlande sich erhöht hat. Die Ausfuhr wurde daher durch Verordnung eingeschränkt, und gerade, als wir diese Zeilen schreiben, kommt die Nachricht, daß man sich mit dem Gedanken trägt, die englische Kohlenausfuhr auf eine Zeit ganz zu verbieten, um im Falle eines Bergarbeiterstreiks Reservevorräte zu haben. ***)

Nordamerika könnte wohl Kohle liefern, aber die Valutaverhältnisse sind so ungünstig, daß amerikanische Kohle nur ganz ausnahmsweise verwendet werden kann.

Die Kohlendecke ganz Kontinentaleuropas ist viel zu kurz. Dies ist eine der Hauptgrundlagen der gegenwärtigen Krise. Die Folge davon ist, daß sich die Staaten gegenseitig die Kohle absperren und hierdurch die allgemeine Wirtschaftskrise noch mehr verschärfen. So mußte die ganze steirische Eisenindustrie schon vor Monaten stillgelegt werden, weil die Zechen keine Kohle an Oesterreich liefern. Der letzte Hochofen wurde im Mai ausgeblasen. Ein ähnliches Bild zeigt uns Luxemburg, welches jetzt zu einem „Siegerstaat" gehört.

Die Eisenindustrie Luxemburgs leidet an Koksmangel. Von 47 Hochöfen stehen 39 still. Die anderen arbeiten mit einem kleinen

---

*) Detaillierte Daten über den Stand der Kohlenproduktion Kontinental-Europas finden sich im Buche von Keynes über die Folgen des Versailler Friedensvertrages.

**) Frankreich verbrauchte im Frieden jährlich 60 Millionen Tonnen Kohle; hiervon 40 Millionen eigene Produktion, 20 Millionen Import aus Deutschland und England. Die gegenwärtige Produktion ist rund die Hälfte, 20 Millionen Tonnen; Import, wenn Deutschland die Mengen, welche in Spaa bestimmt wurden, wirklich liefert, nicht mehr als etwas über 20 Millionen. Der Abgang ist 20 Millionen, gleich 33%. („Times" vom 2./VIII. 1920.)

***) Vossische Zeitung vom 16. IX. 1920.

Bruchteil ihrer Leistungsfähigkeit. Ab und zu wird ein Hochofen angeblasen, aber alsbald wieder stillgesetzt. *)

Das Abkommen von Spaa ist ein Versuch, die zu kurze Kohlendecke Kontinentaleuropas durch Anwendung der politischen Gewalt zugunsten Frankreichs zu verschieben. Dies scheint in gewissem Maße erfolgreich gewesen zu sein. Wir lesen, daß sich die Kohlenvorräte Frankreichs im August stark vermehrt haben. **) Wenn sich aber die Wirtschaftslage Frankreichs durch die gewalttätige Ergreifung der deutschen Kohle ein wenig bessert, wird dagegen die Lage Deutschlands desto schlechter, die Krise in Deutschland immer schärfer. Ganze Industriezweige werden wegen Kohlenmangel stillgelegt. So erklärte z. B. „der Reichskohlenkommissar dem Arbeitgeberverband der Remscheider Kleineisenindustrie, daß infolge des Abkommens in Spaa die Lage der westdeutschen Industrie sich voraussichtlich sehr schwierig gestalten und ein erheblicher Teil der Werke zum Stillstand kommen wird". ***)

Neben dem Rückgang der Kohlenproduktion ist es der Rückgang der Lebensmittelproduktion, welcher am schwersten auf Mitteleuropa lastet. Der Mangel an Vieh, an künstlichem Dünger, die Vernachlässigung des Ackerbaues während des Krieges machen sich geltend. Dazu kommt, daß die Bauern Mitteleuropas während des Krieges den Lebensmittelmangel ausnützend sehr große Summen in barem Gelde aufgehäuft haben. Es besteht für sie daher kein großer Anreiz zur Produktion. Die Hauptländer dieses Gebiets, Frankreich, Italien und Deutschland, aber auch Polen sind auf eine beträchtliche Einfuhr von Getreide und anderen Lebensmitteln angewiesen. ****) Diese Einfuhr kann nur zu einem geringen Teil aus den agrarischen Ländern des Gebiets selbst — Ungarn, Rumänien, Serbien — gedeckt werden. Rußland, der frühere Hauptlieferant, ist ausgeschaltet. Die Länder sind daher

---

*) Bericht — Berliner Tageblatt vom 26. VIII. 1920. Die fremden Besucher Rußlands können sich nicht genug tun in der Schilderung des Rückgangs der Produktion in Rußland. Hier in Mitteleuropa ist es auch nicht besser. Aber Rußland ist bereits auf der aufsteigenden Linie, während Mitteleuropa noch immer abwärts geht.

**) Le Tropner, Arbeitsminister, erklärte Mitte September, daß sich die Reserven der französischen Eisenbahnen auf 800 000 Tonnen, jene der Pariser Gaswerke auf 900 000 vermehrt hätten. Indessen warnen französische Industriezweige vor der Ueberschätzung dieser Tatsache. Mit vollem Recht!

***) Berliner Tageblatt vom 18. VIII.

****) Die Einfuhr Frankreichs an Lebensmitteln betrug in den ersten 5 Monaten 1920 33 Milliarden Franks, jene Deutschlands und Italiens ist noch größer.

auf die Einfuhr aus Ländern mit intakter Valuta angewiesen. Dies bedeutet aber eine zu ungeheure Verteuerung des Brotes, so daß die bürgerlichen Regierungen dies dem arbeitenden Volke unmittelbar und unverhüllt nicht aufzubürden wagen. Sie übernehmen daher einen Teil der Kosten auf das Budget. Italien kostet dies teure Brot allein jährlich 7 Milliarden Lire, Deutsch-Oesterreich an 10 Milliarden Kronen, und trotzdem ist die Ernährung des städtischen Proletariats absolut schlecht.

Der Mangel an Kohle und die mangelhafte Ernährung ganz Kontinentaleuropas mit Ausnahme der agrarischen Staaten würde einen Wiederaufbau auf kapitalistischer Grundlage selbst dann unmöglich machen, wenn die Arbeitsleistung in den anderen Produktionszweigen eine entsprechende wäre, was keineswegs der Fall ist. Alle Berichte der kapitalistischen Direktoren sind voller Klagen über die ungenügende Arbeitsleistung der Arbeiter. Der falsche Zirkel, auf den wir eingangs hingewiesen haben, macht sich mit voller Schärfe geltend. Die Arbeiter wollen und können bei ihrem gegenwärtigen, sehr herabgesetzten Standard nicht tüchtig arbeiten. Erhöht sich aber die Arbeitsleistung nicht, so ist eine reale Akkumulation von neuen Produktionsmitteln unmöglich. Ohne einen Wiederaufbau des Produktionsapparates ist es aber unmöglich, soviel neue Güter zu produzieren, wie zur Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter nötig wäre. Es ist dies ein Zirkel, aus dem es kein Entrinnen gibt.

Nun kommt der Kohlenmangel hinzu und macht Hunderttausende von Arbeitern in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien arbeitslos. In Deutschland, welches die beste Statistik der Arbeitslosigkeit hat, zeigt sich in den letzten Monaten eine rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit. Mitte Mai gab es bloß 270 000 unterstützte Arbeitslose. Diese Zahl erhöhte sich Ende August auf 500 000. *) Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern gab es 6 % Arbeitslose, in der Textilindustrie allein 17 %. Mit der winterlichen Saisonarbeitslosigkeit im Baugewerbe und im rapiden Anschwellen der Arbeitslosigkeit infolge des Kohlenmangels wird die Zahl der Arbeitslosen im Spätherbst in Deutschland sicherlich eine Million überschreiten . . .

Aber diese Zahlen geben noch kein richtiges Bild von der wirklichen Arbeitslosigkeit. Neben den Voll-Arbeitslosen gibt es eine gleich große Zahl, welche „short time" arbeiten, 24 Stunden in der Woche. **) Aehnliche Verhältnisse herrschen vor allem in Deutsch-Oesterreich, in Ungarn, in Italien und in Polen. In Böh-

*) Freiheit vom 9. IX. 1920.
**) Ebenda.

men, welches mehr Kohle hat, scheinen die Verhältnisse etwas besser zu sein, ebenso in Frankreich mit seiner durch die Kriegsverluste entsetzlich verschärften Populationskrise.*)

Die Krise der Produktion wird durch die Anarchie der Produktion und durch die gegenseitige Absperrung aller Länder Kontinentaleuropas noch weiter verschärft. Die zwangswirtschaftlichen Organisationen, welche während des Krieges in allen Ländern Europas aufgebaut wurden, mußten dem Drängen der zu Spekulanten und Schleichhändlern entarteten Bourgeoisie geopfert werden. „Freie Wirtschaft" ist wieder Trumpf in Europa. Umsonst warnten die verständigsten Vertreter des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Verfechter der „Planwirtschaft": Rathenau, die Sozialdemokraten Wissel, Neurath usw. Das Interesse der einzelnen Kapitalisten erwies sich wieder einmal stärker als die Interessen der Gesamtheit der kapitalistischen Klasse. Die Anarchie der Wirtschaft ist wieder im vollen Gange.**)

Es ist nur selbstverständlich, daß, obwohl seit zwei Jahren fortwährend über „Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige" gesprochen und geschrieben wird; obwohl diese Art der Sozialisierung Regierungsprogramm aller sozialdemokratischen und halbsozialdemokratischen Regierungen Mitteleuropas ist; obwohl unzählige Kommissionen eingesetzt und eine Unmenge von Papier verschwendet wurde, — bisher kein einziger „reifer" Industriezweig sozialisiert wurde, wobei wir natürlich sehr gut wissen, daß eine kapitalistische Sozialisierung an der Produktionskrise blutwenig ändern würde . . .

Die gegenseitige Absperrung der Staaten Kontinentaleuropas verschärft die Produktionskrise in unerhörter Weise. Jeder Staat will selbstgenügsam sein, jeder will alles auf eigenem Territorium produzieren. Industrien entstehen künstlich auf absolut unvorteilhaften Standorten; alle Industriebetriebe mit den besten Standortverhältnissen müssen stillgelegt werden, weil die Kohle oder irgendein Hilfsmaterial im Nachbarstaat abgeschnitten wird . . .

---

*) Der kapitalistische Staat hat sich überall unfähig erwiesen, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die vielgerühmte „Produktive Arbeitslosenunterstützung" in Deutschland gab im ganzen 61 000 Arbeitslosen 4—5 Monate lang Beschäftigung.

**) Tausende von Arbeitern sind in der Industrie der landwirtschaftlichen Maschinen entlassen worden, weil der Absatz für die großen Lagerbestände fehlt, infolge der hohen Preisforderungen, welche die Landwirte nicht bewilligen werden. „Vorwärts" vom 8. XII.

Die Produktionskrise ist — wenn unsere einleitenden allgemeinen Ausführungen stichhaltig sind —, die Grundlage aller anderen Krisenerscheinungen; die Teuerung, das fortwährende Neuschaffen von fiktivem Kapital, die ununterbrochene Vermehrung des Papiergeldumlaufes in allen diesen Ländern sind Folgen der Produktionskrise.

Die Teuerung hält fortwährend an. Leider fehlen uns momentan die statistischen Daten in diesen Ländern. Aber wir wissen, daß die Teuerung in England, dessen Wirtschaft immerhin noch gesunder ist als jene Kontinentaleuropas, erst im Mai zu einem vorläufigen Stillstand kam. Die Kosten der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters zeigen noch immer eine aufsteigende Tendenz; in Frankreich wurden die staatlichen Zuschüsse zu den Lebensmitteln gleich nach den Wahlen eingestellt. Italien kann die jährliche Ausgabe von 7 Milliarden Lire zur Verbilligung des Brotes auch nicht länger tragen, ebensowenig wie das „arme Oesterreich". Würde sich auch auf dem Weltmarkt ein Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Preise ergeben, — was wir nicht glauben, für die Länder Kontinentaleuropas wird dies durch die ständige Verschlechterung der Valuta gegenüber den Staaten des amerikanischen und englischen Wirtschaftsgebiets mehr als wettgemacht . . .

Die ständige Krise der Produktion etabilisiert unweigerlich die Krise des Geldes. Die Notenbanken aller Staaten dieser Wirtschaftsgruppe werfen monatlich neue und neue Milliarden von Papiergeld in die Wirtschaft hinein. Konkrete Zahlen sind in jeder bürgerlichen Zeitung allwöchentlich zu finden. *)

Die Papiernoten haben sich ganz und gar von ihrer metallischen Basis losgelöst, ihr Kurs schwankt infolge der Spekulation unaufhörlich. Das Geld hat aufgehört die verbindlichste gesellschaftliche Form der Arbeitszeit, Maß der Preise zu sein. Seine Wertbeständigkeit hat im In- und Auslande aufgehört. **) Jeder Kauf und Verkauf artet in Spekulation aus. Ja,

*) Am tollsten wird die Sache in Polen getrieben. Ende Oktober 1918 war der Notenumlauf eine Milliarde Mark; Anfang 1919 fünf Milliarden; 1. Juli 1920 bereits 26 Milliarden; zwei Monate später, Anfang September, aber bereits 78 Milliarden. „Vossische Zeitung" vom 15. IX. 1920.

**) Die Schwankungen in der Bewertung der ausländischen Valuten sind enorm. Die Valutaspekulation feiert Orgien. Es ergeben sich ganz unverständliche Situationen. So notierte man am 14. September 1920 in Berlin: Auszahlung Spanien 850, spanische Noten hingegen 950. Die kleinen Spekulanten hatten sich auf den Ankauf der spanischen Banknoten geworfen. Umgekehrt: telegraphische Auszahlung Helsingfors notierte 180, finnische Noten hingegen nur 140. „Berliner Tageblatt" vom 15. IX. 1920.

das Geld hat in vielen Gebieten aufgehört allgemeines Zirkulationsmittel, absolutes Kaufmittel zu sein. Die Bauern, die bereits eine Unmenge Papiergeld aufgestapelt haben, weigern sich, für Geld Lebensmittel zu verkaufen. Sie fordern Tauschgüter, wie in Rußland . . .

Die Flut des Papiergeldes vermehrt sich unaufhaltsam. Das Defizit im Staatshaushalt Frankreichs, Italiens beträgt beiläufig die Hälfte, bei Oesterreich und Polen das Drei- bis Fünffache der Einnahmen. Es gibt keinen bürgerlichen Staatsmann oder Finanzmann, der auch nur eine vernünftige Idee hätte, auf welche Weise der Haushalt dieser Staaten ins Gleichgewicht gebracht werden könnte.

Jetzt gelingt es nicht einmal mehr, die Lücke durch die Schaffung von fiktivem Kapital auf die nächste Generation abzuwälzen. Niemand will mehr Staatsanleihen zeichnen. Die Bourgeoisie hat kein rechtes Vertrauen mehr zu der Zahlungsfähigkeit des Staates. Der böhmische Staat hatte schon frühzeitig bei Gelegenheit der Notenabstempelung zum Mittel der Zwangsanleihe gegriffen. Ebenso Ungarn. Aber der Ertrag reichte nur für einige Monate. Es mußte bald wieder zur Notenpresse gegriffen werden.

So sehen wir den ganzen Abgrund des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaft vor uns. Als Unterbau die Verminderung der Produktionsmittel, des ganzen aufgehäuften Reichtums an materiellen Gütern einerseits; die Verminderung der Arbeitsleistung infolge der Verringerung der arbeitsfähigen Elemente relativ zur Gesamtbevölkerung der faktisch Arbeitenden infolge der ungeheuren Vermehrung des fiktiven Kapitals, der Unterernährung des ganzen Proletariats. In schärfster Form tritt dies in der Kohlenkrise hervor.

Der Kohlenmangel verursacht eine Produktionskrise in allen übrigen Produktionszweigen. Die Krise der Produktion führt zur fortgesetzten Neuschaffung von fiktivem Kapital durch den Staat, zur grenzenlosen Vermehrung des Papiergeldes, zur Geldkrise. Das Bestreben der einzelnen Staaten, sich durch Absperrung gegen die Ausfuhr von Gütern zu schützen, drängt die Produktion auf ungünstige Standorte und verschärft die Produktionskrise. Als Gradmesser der Krise fungieren: die Teuerung einerseits, die stetig sich vergrößert, die Arbeitslosigkeit anderseits.

* * *

Innerhalb dieses einheitlich skizzierten Bildes ergeben sich natürlich bei einer eingehenderen Analyse spezielle Züge, Ver-

schiedenheiten zwischen den einzelnen Ländern. Wir können unschwer drei Entwicklungslinien unterscheiden:

1. Das ganze kontinentaleuropäische Wirtschaftsgebiet gerät in immer größere Abhängigkeit von den englisch-amerikanischen Wirtschaftsgebieten. Bei Frankreich und Italien ist es vor allem die direkte, in die Milliarden gehende Verschuldung an England und Amerika; in den anderen Ländern, vor allem in den Randstaaten Rußlands, aber auch in Ungarn, Rumänien, Polen und Deutschland, die Anlage englischen Kapitals in industriellen und Verkehrsunternehmungen. Die Randstaaten sind de facto englische Kolonien; in Lettland erwägt man bereits, die Valuta unter englische Kontrolle zu stellen. In Mitteleuropa hat England die ganze Donauschiffahrt an sich gerissen. Die Abhängigkeit des ganzen Blocks von den englischen und amerikanischen Wirtschaftssystemen zeigt das große Disagio, welches die Valuta aller dieser Länder gegenüber England und Amerika zeigt.

2. Innerhalb des kontinentaleuropäischen Systems sehen wir das erfolgreiche Streben Frankreichs und Italiens, die besiegten Länder durch Kapitalanlage auszubeuten. Obwohl selbst an realem Kapital Mangel leidend, ermöglicht es der hohe Stand ihrer Valuta, in den besiegten Ländern, Fabriken, Eisenbahnen, Grundbesitz und Aktien jeder Art um einen Spottpreis anzukaufen. So sehen wir französisches Kapital in der westdeutschen Schwerindustrie, bei den Großbanken Wien und Budapest Fuß fassen. Italienisches Kapital wird in Ungarn als Bankkapital angelegt (Ungarisch-Englische Bank, Ungarisch-Italienische Bank usw.). Diese Neuanlage von Kapital verändert aber nur die Verbreitung des Mehrwerts innerhalb der einzelnen Staaten des Wirtschaftsgebiets, ohne an der Krise etwas zu ändern.

3. Endlich sehen wir die agrarischen Länder im Osten dieses Gebiets — Ungarn, Serbien, Rumänien — bemüht, ihren Ueberschuß an Lebensmitteln monopolartig auszunutzen und ihre westlichen Nachbarn durch Ausfuhrverbote und Ausfuhrprämien auszubeuten. Sie versuchen auf diese Weise den ihnen vom Auslandkapital entzogenen Mehrwert zurückzuerobern. Am schlimmsten sind die Staaten der Mitte — Deutschland, Oesterreich, Polen — daran, welche weder Kapital im Auslande anlegen noch Lebensmittel ausführen können; sie werden beiderseits ausgebeutet, vom westlichen Räuberkapital und von den östlichen Lebensmittelwuchern . . .

* *
*

Die ökonomische Krise führt zu einer schweren sozialen Krise. Hunderttausende von kleinen Handwerkern sind im Kriege zugrundegegangen, wurden ins Proletariat hinabgeworfen. Die ganze große Schicht der Festangestellten: Staatsbeamten, Privatangestellte, Intellektuelle wurden proletarisiert, da ihr Gehalt mit der fortschreitenden Entwertung des Geldes nicht im entferntesten Schritt hielt. Das Proletariat selbst, aufgepeitscht durch den Rückgang seiner Lebenshaltung einerseits, in seinem Selbstbewußtsein gestärkt durch seine im Kriege gewonnene Fertigkeit in der Handhabung der Waffen anderseits, immer klarer begreifend, daß es auf kapitalistischer Basis unmöglich ist, einen Ausweg aus der Krise zu finden, wird unwiderstehlich auf die revolutionäre Bahn gedrängt. Die blutig niedergeschlagene Proletarierdiktatur in Ungarn, die sich stets wiederholenden bewaffneten Aufstände in Deutschland, die revolutionäre Enteignung der Fabriken und Güter in Italien zeigen den Weg zur Lösung der Krise.

E. Varga.

Die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Welt hat eine Stufe erreicht, auf der die fernere Hebung der Produktivkräfte nur durch die Organisation einer einheitlichen Weltwirtschaft möglich ist.

Die moderne Produktion ist aus den Rahmen der einzelnen Länder herausgetreten und steht nun in deutlichem Widerspruch zu dem Mangel an Zusammenhang, der sich im Wirtschaftswesen der einzelnen Länder geltend macht. Das Ergebnis solcher Zustände sind denn auch kolossale soziale Erschütterungen.

Die Frage der „Weltwirtschaft" beschäftigte die bürgerliche Volkswirtschaftslehre in der letzten Zeit recht stark, doch gelangte man dabei nicht weiter als bis zu trivialen Redensarten und einer rein scholastischen Untersuchung des Begriffs der Weltwirtschaft. Das kapitalistische System stand und steht in ausgesprochenem Widerspruch zu dem einen Naturgesetz folgenden Bestreben, eine einheitliche Weltwirtschaft zu organisieren. Der Zerfall des gesamten kapitalistischen Systems ist daher unausbleiblich.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist überaus schwer; die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, die vor dem imperialistischen Weltkrieg bestanden, werden nicht wiederhergestellt, sondern zerfallen vollständig. Die Leiter der kapitalistischen Politik und die Ideologen der Bourgeoisie dachten, die Epoche nach dem Kriege werde eine Zeit ungeahnten kapitalistischen Aufschwunges sein; die drohenden Widersprüche, die vor Ausbruch des Krieges die Atmosphäre verdickten, würden in den Flammen des Krieges aufgehen und dem weiteren Aufblühen und Wohl des Kapitalismus kein Hindernis in den Weg stellen.

Aber die kapitalistischen Politiker wurden in ihren Berechnungen getäuscht. Die gegenwärtige Lage ist nicht besser, sondern schlechter als vor fünf Jahren.

Die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse geben uns ein klares Bild von der Sackgasse, von der verzweifelten Lage, in der die „kapitalistische Weltwirtschaft" sich befindet; sie zeigen, daß eine neue, noch viel größere Krise der kapitalistischen Welt heranreift. Wir stützen uns hier auf ziffernmäßige Angaben, die zum größten Teil der englischen Zeitschrift „The Economist" entnommen sind.

Die vorhandenen Angaben über die größten Staaten führen uns vor allen Dingen ein Bild der finanziellen Krise, die diese kapitalistischen Staaten durchmachen, vor Augen. Die Ausgaben in ihren Budgets übersteigen die Einnahmen um ein Bedeutendes.

Die nachstehende Tabelle zeigt uns die gegenwärtige Lage der Länder, die als Sieger aus dem imperialistischen Kriege hervorgegangen sind, sowie der besiegten Staaten. Während in der Vorkriegszeit (1913—1914) fast in allen Ländern die Ausgaben den Einnahmen entsprachen oder die letzteren sogar etwas höher waren als die ersteren, weist die Periode 1913—1920 ein unverhältnismäßig hohes Anwachsen der Ausgaben gegenüber den Einnahmen auf: die Ausgaben übersteigen die Einnahmen des Staates zwei- und sogar fünfmal.

S T A A T S B U D G E T.

(In Tausenden Pfund Sterling).

	1913		1914		1918	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
England (Schluß des Finanzjahres am 31. März.....	—	—	197 493	198 423	2696221	707 235
Frankreich (Kalenderjahr)	202 677	203 670	—	—	2181484	335 145
Italien (30. Juli).....	—	—	125 169	126 409	1066223	820 233
Vereinigte Staaten Nordamerikas (30. Juni)	—	—	140 051	146 935	1793306	834 527
Deutschland	—	—	—	—	3832700	756 500
Oesterreich.....	130 717	130 718	—	—	—	—

	1919		1920	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
England (Schluß des Finanzjahres am 31. März.....	2 579 301	889 021	1 665 763	1 339 571
Frankreich (Kalenderjahr)	1 976 560	452 000	—	—
Italien (30. Juli).....	—	—	—	—
Vereinigte Staaten Nordamerikas (30. Juni)	3 073 072	929 520	2 295 335	1 463 601
Deutschland	—	—	—	—
Oesterreich.....	bis 454018	151 261	—	—

Besonders scharf sticht in dieser Hinsicht die Lage Frankreichs hervor, dessen Staatsausgaben die Einnahmen 1918 siebenmal überstiegen und 1919 beinahe fünfmal. Diese katastrophale Lage ist übrigens eine der Ursachen der zynischen, raubgierigen, reaktionären Politik, die Frankreich führt.

Aber auch in England und selbst in den Vereinigten Staaten Nordamerikas sind die Ausgaben zwei- bis dreimal höher als die Einnahmen. Dasselbe sehen wir in Deutschland und in Deutsch-Oesterreich.

Wie ist dieses Defizit zu decken? Die Antwort ist klar: durch Anleihen, durch Besteuerung, durch Ausraubung anderer Länder. Und diesen Weg haben alle kapitalistischen Staaten denn auch tatsächlich betreten. Sie belasten die Volksmassen mit riesigen Steuern und verstärken ihre Raubpolitik.

Eine zweite Tatsache, die uns die gegenwärtige Lage einschätzen hilft, ist der Stand des internationalen Handels. Es versteht sich, daß der Krieg den Warenaustausch der Welt gestört hat, daß viele Länder von einander isoliert wurden und infolge des Einstellens der Ein- und Ausfuhr in eine unmögliche wirtschaftliche Lage gerieten. Das Ende des Krieges aber hat diese Lage fast nicht geändert. Die verarmten, erschöpften Länder Europas haben kaum etwas, das sie auf den Weltmarkt werfen könnten. Dagegen bereichert sich Amerika ungeheuer; es hat nicht nur seine sämtlichen Reichtümer behalten, sondern ist in der Entwicklung der Produktion und in der Eroberung des ersten Platzes auf dem Weltmarkt weit vorausgeschritten. Wenden wir uns wiederum den Zifferangaben zu, so sehen wir, daß in allen kapitalistischen Staaten Europas die Einfuhr bedeutend größer ist als die Ausfuhr. Ein Vergleich der Ein- und Ausfuhr zu verschiedenen Zeiten zeigt deutlich, daß das Anwachsen der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr von Jahr zu Jahr zunimmt. (Siehe nächste Seite).

Am schlechtesten erweist sich wiederum die Lage Frankreichs und Italiens; etwas besser steht es um England, während die Lage Amerikas recht gut ist. In Frankreich ist die Lage 1913, vor dem Kriege, wenn auch nicht glänzend, so doch ziemlich gut balanziert; die Einfuhr übersteigt die Ausfuhr verhältnismäßig nicht zu sehr (ungefähr um 25 %). 1917 ändert die Lage sich scharf; Frankreich führt um drei- und einhalbmal mehr ein, als es ausführt. 1918 übersteigt die Einfuhr die Ausfuhr bereits fast um das Fünffache. 1919 verringert dieser Unterschied sich einigermaßen, dennoch aber ist die Einfuhr zwei- und einhalbmal größer als die Ausfuhr und auch vom absoluten Standpunkt ist der Unterschied gestiegen.

AUSSENHANDEL

(In Tausenden Pfund Sterling.)

	1913			1917			1918			1919		
	Ausfuhr	Einfuhr	— +	Ausfuhr	Einfuhr	— +	Ausfuhr	Einfuhr	— +	Ausfuhr	Einfuhr	— +
Deutschland	509 965	560 356	— 50 371	} Einstellung des Außenhandels infolge abgebrochener Verbindung.								
Oesterreich-Ungarn . .	115 129	141 433	—26 234									
Frankreich	252 560	336 840	—84 280	153 542	652 479	—498 937	188 907	892 055	—703 148	848 526	1 191 140	—842 614
	ohne	Wieder	export									
Italien.	100 157	145 511	—45 354	132 341	559 608	—427 267	133 788	641 547	—507 759	207 545	660 666	—453 121
England	525 245	659 160	—133 915	527 080	994 387	—467 307	501 409	1 285 206	—783 797	798 375	1 467 580	—669 207
										vor-	läufige	Ziffern.
Vereinigte Staaten Nordamerikas (Schluß des Wirtschaftsjahres 30. Juni)	485 701	862 602	+128 099	1 258 010	531 871	+726 139	1 183 942	589 131	+594 811	1 445 017	619 175	+825 842

Anmerkung: 1) Wo nur möglich, sind die Summen des Sonderhandels angeführt, d. h. der Ausfuhr von Artikeln einheimischer Produktion und der Einfuhr für inneren Verbrauch.

2) 1 Pfd. Strl. = 20 Mark = 24 Kronen = 25 Francs = 25 Lire = 5 Dollar.

In Italien bietet sich uns ein ähnliches Bild: vor dem Kriege beträgt der Unterschied zwischen Ein- und Ausfuhr 30 %, 1917 beläuft sich der Unterschied auf das Vierfache, 1918 übersteigt der Import den Export fünfmal, 1919 dreimal.

In England hält sich das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr recht fest; im Zeitraum 1917—1919 ist der Import nicht mehr als zweimal so hoch als der Export.

Nur die Vereinigten Staaten Nordamerikas eroberten von Jahr zu Jahr immer mehr den Weltmarkt und vergrößerten ihre Ausfuhr. Der Export übersteigt den Import um das Zwei- und Zweieinhalbfache und erreicht 1919 die Riesenziffer von 825 Millionen Pf. Sterl.

Nehmen wir die absoluten Ziffern, so sehen wir, daß die Ausfuhr aus Frankreich im Laufe der Jahre (mit Ausnahme des Jahres 1919) stetig fiel, die Ausfuhr Englands fast unverändert blieb und Amerika seine Ausfuhr immer mehr vergrößerte.

Wir überzeugen uns somit, daß Europa von Jahr zu Jahr immer mehr durch Amerika vom Weltmarkt verdrängt wird.

Es entsteht eine Sachlage, die ungeheure Folgen nach sich ziehen kann. Der wachsende Einfluß Amerikas veranlaßt England, sich auf einen neuen Kampf vorzubereiten. In der kapitalistischen Welt bildet sich ein tiefer Spalt; am Horizont tauchen die ersten Anzeichen eines neuen imperialistischen Krieges zwischen England und Amerika auf, der unvermeidlich ausbrechen wird, wenn die Entwicklung der sozialen Revolution der Existenz seiner Inspiratoren nicht ein Ende macht.

Die innere wirtschaftliche Lage der kapitalistischen Länder ist überaus schwierig.

Um unseren Aufstellungen einen festen Untergrund zu geben, wollen wir auch hier einige Ziffernangaben anführen. In erster Reihe müssen wir die überaus kennzeichnende Erscheinung erwähnen, daß die Banken in allen Ländern die Geldemission eingestellt und den Diskontfuß stark erhöht haben. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, ist der Diskontsatz gegenwärtig anderthalb- und sogar zweimal höher, als er vor dem Kriege und selbst noch im Jahre 1918 war.

Eine besonders große Erhöhung macht sich 1920 bemerkbar. In der Vorkriegszeit betrug der Diskontfuß durchschnittlich 3—4 %, 1918 bis 4 oder 5 % und gegenwärtig erreicht er eine Höhe von 6 %; in einigen Ländern steigt der Diskontsatz sogar bis auf 8 %.

Veränderung des offiziellen Diskontfußes:

	Die letzte Erhöhung erfolgte:	Offizieller Diskontfuß
Schweiz	22. August 1919	5 %
Spanien	10. November „	5 %
Norwegen	13. „ „	8 %
Schweden	18. Dezember „	6 %
Finnland	18. März 1920	7 %
England	15. April „	7 %
Frankreich	22. März „	8 %
Dänemark	8. April „	6 %
Belgien	16. „ „	7 %
Italien	29. „ „	5½ %
Vereinigte Staaten Nordamerikas	12. Mai „	6 %

In besonders bedrängter Lage befindet sich Frankreich, wo der amtliche Diskontfuß 8 % beträgt, England, wo der offizielle Diskontsatz seit dem 15. April d. J. auf 7 % gestiegen ist, und unter den kleinen Ländern Norwegen mit 8 %; aber auch in den übrigen Ländern ist der Diskontfuß auf 6 % gestiegen. Der Zufluß des Kapitals in die Industrie wird immer geringer.

Ein zweites Kennzeichen der schwierigen inneren Lage der kapitalistischen Staaten ist das Steigen der Preise. Die Rohstoffpreise haben die Preise der fertigen Erzeugnisse bedeutend überholt.

Die Preise der Erzeugnisse der bearbeitenden Industrie sind auf das drei- bis vierfache gestiegen, die Rohstoffpreise bis auf das fünf- bis sechsfache und in bezug auf einige Rohstoffe (z. B. Leinsaat) sogar auf das zehnfache.

Der Markt weist einen scharfen Mangel an Roh- und Heizstoffen auf. Unter solchen Bedingungen ergibt sich in der kapitalistischen Weltwirtschaft ein unleugbares Mißverhältnis, ein klarer Widerspruch.

Die Kolonialfrage ist ein ferneres Problem, über das der Weltkapitalismus gestrauchelt ist und das er zu lösen nicht imstande ist. Die Kolonialfrage steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Marktfrage. Als Ergebnis des imperialistischen Weltkrieges ist einer der größten Rivalen und Wettbewerber — Deutschland — vom Weltmarkt beseitigt worden; seine Kolonien sind aufgeteilt; Deutschland selbst ist zur Quelle geworden, um das wirtschaftliche Wohl des bürgerlichen Frankreich wiederherzustellen, und wird von ihm auf das gewissenloseste ausgebeutet. Trotzdem läßt die Konkurrenz, wie wir sehen, keinen Augenblick nach. Im Gegenteil, obwohl die Zahl der Nebenbuhler zusammengeschrumpft ist, entbrennt der Kampf mit neuer, un-

geahnter Kraft. Wir haben gesehen, daß Amerika auf das erfolgreichste mit Europa konkurriert, daß es in bezug auf Ein- und Ausfuhr an erster Stelle steht. Niemand anders als Amerika versorgt und kreditiert Europa. England und Frankreich — von den kleinen Ländern gar nicht zu reden — werden in den Hintergrund gedrückt. Der Mangel an Absatzmärkten einerseits, der Rohstoffmangel anderseits treiben die Staaten in eine Sackgasse und zwingen sie, nach einem Ausweg zu suchen. Es gibt aber nur einen Ausweg, und zwar: Beseitigung des Rivalen. Man braucht kein Prophet zu sein, um einen neuen großartigen Zusammenstoß unter den Welträubern vorauszusehen. Der Kampf um die Absatzmärkte, der Kampf um die Kolonien ist notwendiger geworden als je zuvor. Und tatsächlich, die Vorbereitungen dazu sind bereits in vollem Gange. Amerika weiß nur zu gut, daß es seine Lage in dem erbitterten wirtschaftlichen Kampf nur dann festigen kann, wenn es sich auf eine Waffenmacht stützt, die ihm ein Uebergewicht über seine Rivalen verleihen kann; es hat sich daher die Aufgabe gestellt, zur größten Seemacht zu werden. Seine Flotte ist in den letzten Jahren gewaltig gewachsen.

1914 betrug der Tonnengehalt der englischen Handelsflotte 18 900 000 Tonnen, der amerikanischen Flotte dagegen nur 2 000 000 Tonnen. 1920 beträgt der Tonnengehalt der englischen Handelsflotte 18 100 000, der amerikanischen — 12 400 000. Die englische Flotte hat sich infolge des Unterseekrieges um 800 000 Tonnen verringert, während die amerikanische Flotte im Gegenteil um 10 380 000 Tonnen, d. h. um 500 % gewachsen ist.

In dem Bericht des amerikanischen Marineressorts heißt es: „Das Marineministerium verfolgt eine Seekriegspolitik, laut welcher die Flotte der Vereinigten Staaten ebenso stark werden muß wie die machtvollste Flotte, die irgendeine andere Macht in der Welt besitzt. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir unsere Flotte von Jahr zu Jahr unseren Geldmitteln entsprechend verstärken. Dieses Ziel muß um jeden Preis spätestens 1925 erreicht sein. (Siehe den Artikel des Gen. Pawlowitsch in Nr. 188 der „Prawda.")

England, das soeben erst seinen Rivalen Deutschland vernichtet hat, sieht die Gefahr ein, die ihm aus dem Wachstum Amerikas entsteht, und mobilisiert seine Kräfte. Der gesamte Flottenbau und die Ausführung des Marineprogramms verlaufen im Zeichen der Vorbereitung zu diesem Kampf.

Es liegt somit auf der Hand, daß ein neuer bewaffneter Zusamenstoß zwischen den beiden Hauptmittelpunkten der kapitalistischen Welt — Amerika und England — heranreift. Die neue Explosion der kapitalistischen Welt wird auf das eifrigste vor-

bereitet; sie muß notgedrungen erfolgen, es sei denn, daß der Sieg der sozialen Weltrevolution ihr zuvorkommt.

Der gegenwärtige Stand der Dinge bestätigt diese Schlußfolgerung unbedingt. Dort, wo die Kapitalisten schwach sind, siegt das Proletariat bereits; der Ansturm der revolutionären Arbeiterklasse wird immer stärker.

Rußland, wo günstige Bedingungen vorlagen, wo es eine im Kampf abgehärtete Kommunistische Partei (die Bolschewiki) gab, wo die herrschende Klasse sich in einem Zustand äußerster Zersetzung befand und die breiten werktätigen Massen zu stärkster Empörung getrieben waren, kam es daher in erster Reihe zur Umwälzung.

Nunmehr stürmen die Wogen der sozialen Revolution gegen die alten kapitalistischen Pfeiler an, und England steht ebenso wie Italien, Deutschland und selbst Frankreich an der Grenze der Umwälzung. Neue wirtschaftliche Beziehungen sind vorläufig nur in Rußland hergestellt, wo die Sowjetmacht ihr dreijähriges Jubiläum feiert.

In Sowjetrußland hat die neue wirtschaftliche Ordnung festen Boden gewonnen. Das Wirtschaftswesen liegt in den Händen der Arbeiter. Die Verwaltung des Wirtschaftswesens ist auf neuer Grundlage aufgebaut.

Sowjetrußland ist jedoch gezwungen, seine internationalen wirtschaftlichen Beziehungen mit Ländern zu unterhalten, wo der Kapitalismus herrscht.

Bis das Proletariat auch in den anderen Ländern siegt, ist eine solche Sachlage unvermeidlich.

Es ist klar, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Technik, bei der Arbeitsleistung im Weltmaßstabe eine wirtschaftliche Isolierung unbedingt schädlich ist. Wie wahr diese Behauptung ist, geht schon aus dem Mißerfolg hervor, den die Ententeregierungen mit der Durchführung der Blockade Sowjetrußlands erlitten. Die Blockade, die Sowjetrußland ungeheuren Schaden zugefügt hat, hat auch dem Wirtschaftswesen der kapitalistischen Länder einen empfindlichen Schlag versetzt. Sie hat ihre Nachteile in verhältnismäßig kurzer Zeit gezeigt.

Sowjetrußland ist mit einer Reihe von Ländern in Handelsbeziehungen getreten. Diese Beziehungen werden aber einen ganz anderen Charakter tragen, sobald in dem einen oder anderen Lande eine Umwälzung sich vollzieht und das Proletariat das Ruder der Macht in seine Hände nimmt: in diesem Fall werden die Beziehungen auf dem Grundsatz der einheitlichen Wirtschaft aufgebaut sein.

Die Tatsachen, auf die wir oben hingewiesen haben, bestätigen bloß den Charakter der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, die einerseits unvermeidlich zur Zerstörung des kapitalistischen Systems, andererseits zur Errichtung einer neuen wirtschaftlichen Ordnung — einer einheitlichen wirtschaftlichen Organisation der Welt auf sozialistischer Grundlage — führt. Die soziale Revolution ist nunmehr zur Tatsache geworden, die keiner Beweise bedarf. Ihren Ausdruck findet sie bereits in der Form sozialer Neubildungen, die schon eine Geschichte hinter sich haben, wie Sowjetrußland oder zeitweilige soziale Formierungen, die dem Widerstand der Kapitalisten nicht Stand zu halten vermochten, wie Sowjetungarn und einige Gebiete Deutschlands. Aber die sozialistische Weltrevolution findet auch in der revolutionären Massenbewegung der Arbeiterklasse ihren Ausdruck, einer Bewegung, die die ganze Welt ergriffen hat.

Die Gründung der III. Kommunistischen Internationale, die jetzt in allen Ländern ihre Organisationen hat, ist ein deutliches Kennzeichen des neuen geschichtlichen Zeitraums, in den wir getreten sind. Charakteristisch an der III. Internationale ist gerade die Tatsache, daß sie eine einheitliche, organisierte Kraft der revolutionären Aktion vorstellt, die sich bewußt das praktische Ziel stellt, die kapitalistische Ordnung zu stürzen. Der objektive Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und der Massencharakter der Arbeiterbewegung, der in der Errichtung der Dritten Kommunistischen Internationale am deutlichsten zutage tritt, haben somit eine neue Aufgabe in den Vordergrund gestellt — die Klärung der Probleme der Organisation des Wirtschaftslebens in internationalem Rahmen und auf neuer Grundlage.

Der Sieg des Proletariats, sei es auch nur in einigen Ländern, wird unverzüglich zur Einführung einer gemeinsamen Verwaltung und Regelung des wirtschaftlichen Lebens dieser Länder führen. Der Sieg im Weltmaßstabe aber wird die Möglichkeit schaffen, an die Organisation einer einheitlichen Weltwirtschaft zu gehen. Wir können gegenwärtig natürlich nicht voraussehen, welche konkrete Formen diese Organisation annehmen wird. Die allgemeinen Umrisse dieses Systems und die Aufgaben, die bei der Errichtung der Sowjetordnung in einer Reihe von Ländern auf dem Gebiet der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen erwachsen, lassen sich jedoch schon jetzt festlegen. Die Hauptaufgaben auf dem Gebiet der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen des Proletariats werden folgende sein:

Erstens, die Einführung einer einheitlichen wirtschaftlichen Politik. Das bedeutet vor allem, daß wir in der Nationalisierung

der Produktionsmittel, der Betriebe und Werke, der Transportmittel, der Banken usw. eine einheitliche Richtung verfolgen müssen. Die Kompromißlerelemente der Arbeiterbewegung werden natürlich bestrebt sein, auf dem wirtschaftlichen Gebiet dieselbe opportunistische Stellung einzunehmen, die sie auf politischem Gebiet behaupten. In dieser Frage wird man fest auftreten müssen, denn von ihrer Entscheidung wird die Grundlage abhängen, auf der die sozialistische Ordnung errichtet wird.

Als in Sowjetrußland die Nationalisierung der Produktion durchgeführt wurde, erhob die Bourgeoisie der ganzen Welt ein fürchterliches Geheul; was nur an Lüge erdacht werden konnte, wurde in dieser Beziehung gegen Sowjetrußland vorgebracht. Die sozialkompromißlerischen Elemente blieben hinter den bürgerlichen Führern nicht zurück und kämpften ihrerseits mit allen Mitteln gegen die Wirtschaftspolitik an, die in der Nationalisierung der Betriebe, des Transports usw. durchgeführt wurde. In ihrem Bestreben, diese Frage in einer Weise zu lösen, die die Interessen der Bourgeoisie nicht beeinträchtigen würde, werden diese Kompromißler sich natürlich allem widersetzen, was der kapitalistischen Ordnung wahrhaft einen Schlag versetzen kann. Das siegreiche Proletariat muß aber die Leitung des Wirtschaftslebens in seine Hände nehmen, und deshalb muß es den Kapitalisten gleich zu Anfang die Betriebe entreißen und eine neue sozialistische Verwaltung einführen.

Eine zweite Frage ist die Frage der Bauernschaft. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat diese Frage bereits eingehend behandelt und die allgemeine Richtlinie festgesetzt, die die Kommunisten auf diesem Gebiet verfolgen müssen. Die Einzelheiten der Taktik und Politik in dieser Hinsicht werden in den einzelnen Ländern natürlich verschieden sein; die allgemeine Richtlinie jedoch, die dahin geht, die Bauernmasse für die Sowjetmacht zu gewinnen, sie als aktive Kraft in die sozialistische Aufbauarbeit hineinzuziehen, muß klar und bestimmt festgesetzt werden.

Als dritte tritt augenscheinlich die Frage der Verteilung der Arbeitskräfte unter den verschiedenen Ländern auf. Die Uebergangszeit ruft natürlich eine Beschränkung der Produktion hervor, so daß zahlreiche Arbeiter auf den Arbeitsmarkt geworfen werden. Andererseits empfindet eine ganze Reihe von Industriezweigen in verschiedenen Ländern einen Mangel an Arbeitskraft. Den Beginn dieser Erscheinung können wir jetzt in dem Drang der Arbeiter verschiedener Länder nach Sowjetrußland beobachten. Die ersten organisierten Schritte in diesem Sinne sind bereits unternommen

In der Zukunft, wenn die Sowjetregierung in einer Reihe von Ländern eingeführt wird, werden wir die Frage der Verteilung der technischen, qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskraft in weitem Maßstabe aufwerfen und ihr bestimmte Organisationsformen verleihen müssen.

Viertens wird ein zweckentsprechendes internationales Organ geschaffen werden müssen, das die Produktionsmittel, die Rohstoffe und die Fabrikate zu verwalten hat. Die Form des Kaufs und Wiederverkaufs, die jetzt auf dem Weltmarkt besteht, wird natürlich absterben und durch zweckentsprechende organisierte Befriedigung der Bedürfnisse der einzelnen Länder ersetzt werden.

Dies alles zusammen genommen setzt die Festlegung eines einheitlichen Planes der Weltwirtschaft voraus, eines einheitlichen wirtschaftlichen Planes, der die zweckentsprechende Verteilung der Heiz- und Rohstoffe, der technischen Produktionsmittel und der Arbeitskräfte vorsieht. Dieser Plan darf kein papierner Entwurf, keine Resolution bleiben, sondern muß eine genaue Berechnung der vorhandenen Mittel und Kräfte vornehmen und organisiert im allgemeinen Weltmaßstabe durchgeführt werden.

Das etwa wären die Grundlagen der neuen internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, die den Weg zur Errichtung einer einheitlichen Weltwirtschaft weisen.

W. Miljutin.



Zur Charakteristik des Parlamentarismus.

Die Frage des Parlamentarismus bildete in taktischer Hinsicht bekanntlich eine der ältesten Fragen der sozialistischen Praxis im Zeitalter der Zweiten Internationale. Unter den revolutionären Marxisten herrschte niemals auch nur der geringste Zweifel darüber, daß eine soziale Revolution auf parlamentarischem Wege unmöglich durchgeführt werden kann. In diesem Punkte schieden sie sich scharf sowohl von den nichtmarxistischen Sektionen der sozialistischen Bewegung, als auch von den Strömungen im eigenen marxistischen Kreise, die durch die Initiative Bernsteins formell zutage traten und entwickelt worden sind. Auch im Kreise der revolutionären Marxisten selbst zeichneten sich die Ansichten über das Wesen des Parlamentarismus durch Unbestimmtheit, um nicht zu sagen Verworrenheit aus. Nachdem die revolutionären Marxisten dann schließlich nach recht langwierigem Streit bei sich das Prinzip festgestellt hatten, daß die sozialistischen Parteien immerhin am parlamentarischen Kampfe teilnehmen müssen (obgleich die Revolution auf dem nichtparlamentarischen Wege der Massenaktion gemacht werden muß), und zwar zu agitatorischen und organisatorischen Zwecken, gaben die revolutionären Marxisten sich doch nur schlecht oder eigentlich überhaupt nicht Rechenschaft darüber, was denn mit dem Parlament geschehen solle, wenn das Proletariat auf diesem oder jenem Wege die politische Macht erobert hat. Wenn bei diesem oder jenem diese Frage zu jener Zeit aufgetaucht wäre, so hätte man ihm wahrscheinlich mit der gewöhnlichen Ausflucht geantwortet: „das ist Zukunftsmusik". Die Sache war eigentlich die, daß sogar die revolutionären Marxisten die Lehre von Marx und Engels über den Staat und die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats vergessen hatten und in der parlamentarischen Republik auch die künftige Form des Staatswesens erblickten. Es mußte erst die Sowjetform des Staatswesens als politischer Ausdruck der Diktatur des Proletariats entstehen; auf dem Gebiet der Theorie mußte Lenin erst diese Lehre dem Dunkel der Vergessenheit entreißen und sie wieder neuschaffen, damit in ihrem Lichte nicht nur die Antwort, sondern auch die Frage selbst über die Zukunft der Parlamente und des parlamentarischen Regimes zur Klarheit gelangte Nicht nur für alle revolutionären Marxisten, sondern auch für die vorgeschrittensten

Schichten der Arbeitermassen in allen Ländern wurde es völlig klar, daß die parlamentarischen Institutionen mit der bürgerlichen Ordnung ein Ganzes bilden und daß sie daher keinen Raum haben in der politischen Organisation einer Gesellschaft, in der die Macht dem Proletariat gehört. Der frühere „demokratische" Fetischismus verflog, und das Parlament verlor seinen Zauber. So verblassen die Theaterdekorationen bei Tageslicht und verwandeln sich in grob bemalte Fetzen.

Jetzt ist uns vieles verständlich geworden, was wir früher nicht bemerkt hatten, und jetzt sind wir imstande, eine Analyse des Parlamentarismus, seines Wesens und seines Apparates zu geben, die der Wirklichkeit entspricht und sogar für diejenigen überzeugend ist, die noch immer in den alten Illusionen befangen sind. Davon gibt es sogar auf dem linken Flügel der Unabhängigen nicht wenige, und an ihnen hält sich das ganze Zentrum aufrecht und in bedeutendem Maße sogar der rechte Flügel der sozialdemokratischen und Arbeiterparteien im Westen. in England und Amerika. Wir wollen versuchen, in kurzer Form diese Analyse zu geben, in der Hoffnung, daß sie durch Arbeiten anderer Mitarbeiter der „Kommunistischen Internationale" vervollständigt wird.

Der ursprüngliche Typus des Parlaments war bekanntlich die Ständevertretung, die zu der Zeit entstand, als auch innerhalb der feudalen Gesellschaft ein einflußreiches Bürgertum sich zu bilden begann, mit dem die eine oder die andere der beiden Parteien, die damals um die Macht rangen — Aristokratie und Monarchie — vorteilhaft ins Einvernehmen treten konnte. In England wurde das Bürgertum zur Teilnahme an der Vertretung von den „Baronen" herangezogen, d. h. von den feudalen Gutsherren, in Frankreich von den Königen selbst. Dementsprechend blieb in England, nachdem es gelungen war, den Absolutismus mit vereinten Kräften zu stürzen, das Parlament bestehen, während in Frankreich der Absolutismus sich mit Hilfe der Bourgeoisie dem Landadel unterwarf und dann allmählich auch mit der Vertretung aufräumte. Das englische Bürgertum zeigte sich weitblickender als das französische, wie es auch heute noch weitblickender ist.

Als Ergebnis des Kampfes zwischen der emporwachsenden und erstarkten Bourgeoisie und dem Feudaladel, der sich überlebt hatte, entstand das moderne Parlament: in Frankreich wurde die Ständevertretung künstlich wieder zum Leben erweckt, wurde aber sofort abgewürgt und durch eine ständelose Volksvertretung ersetzt, in England nahm sie eine besondere Form an, indem sie zwar bestehen blieb, aber die ausschlaggebende Stimme an den

„dritten Stand" abtrat, der sich des „Unterhauses" voll und ganz bemächtigte. Hier wie da war die konkrete parlamentarische Form bedingt durch die geschichtliche Eigenart des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Adel: in Frankreich befand sich der Adel in engem Bündnis mit dem Absolutismus, während er in England formell immer noch als Verbündeter der Bourgeoisie galt.

Bekanntlich hat die Bourgeoisie, indem sie den Ständecharakter der Vertretung als ein der Idee der Gleichheit vor dem Gesetz und der Souveränität der Person nicht entsprechendes Prinzip beseitigte, statt dessen die Klassenungleichheit aufgestellt und das Privilegium der Geburt durch das Privilegium des Besitzes ersetzt. Aus dem Gutsherrenparlament wurde auf diese Weise ein Bürgerparlament, und in diesem Stadium stand sein Charakter als Vertretung der besitzenden Klassen außer jedem Zweifel. Dem Volke, d. h. den „niederen Ständen", war der bürgerliche Charakter des Parlaments damals klar wie Sonnenlicht.

Diese Offensichtlichkeit verschwindet, als unter dem Ansturm dieser selben „niederen Stände" die Bourgeoisie genötigt wird, das Wahlrecht zu „demokratisieren", indem sie den Vermögenszensus und die anderen bürgerlichen Vorbehalte (Bildung, Wohnort) mildert und sodann aufhebt, und indem sie auch solche künstliche Arten der Vertretung aufhebt wie die Wahl nach Kurien, die öffentliche Stimmabgabe usw. Man erhält den Eindruck, daß das Parlament wirklich eine Vertretung des ganzen Volkes ist, eine lebendige Verkörperung und ein Mikrokosmos der „Nation", der alle Regungen der Volksseele und des Volkswillens um so getreuer und rascher wiedergibt, je vollkommener der Wahlmechanismus ist, je freier er ist von jeglichen überlebten alten Zensus- usw. Formen, wofür eben die Arbeiterschaft und sogar die bürgerliche Demokratie kämpft.

Dieser Eindruck wäre vollkommen zutreffend, wenn die „Nation" tatsächlich aus Einzelpersonen bestände. Tatsächlich aber besteht sie aus Klassen, und dieser Umstand verändert die ganze Lage. Denn worin besteht das Wesen des demokratischen Parlamentarismus? Darin, daß er alle Staatsbürger vor der Wahlurne gleich macht, daß er sie nicht nur in ständelose, sondern sozusagen auch klassenlose Wahleinheiten verwandelt, daß er alle Standes- und Klassenunterschiede verwischt und wie mit einem weichen Schleier umhüllt, daß er die Gesellschaft — in politischer Hinsicht — atomisiert, sie in gesonderte, vereinzelte Einheiten auflöst, die er aus ihrer Klassenbegrenzung und Klassenumgebung herausgreift und aufs Geradewohl vor der Wahlurne aufstellt, ohne innere Verbindung, wie die Puppen. Kurz gesagt, der demo-

kratische, d. h. der bürgerliche Parlamentarismus hat die staatsbürgerliche Gesellschaft nicht nur von den Ständeunterschieden befreit, sondern auch Verhältnisse geschaffen, durch die alle Klassenzusammenhänge künstlich zerrissen werden, sobald es um den konkreten Aufbau der Staatsgewalt geht.

Und dieser Umstand eben sichert in sehr bedeutendem Maße die politische Gewalt der Bourgeoisie. Für die Bourgeoisie nämlich, deren Klassenbewußtsein sich schon zur Zeit ihrer Revolutionen kristallisiert und sich seither infolge dauernden Besitzes der Macht noch mehr gefestigt und in einen mächtigen Instinkt verwandelt hat, bildet dieses künstliche Zerreißen der Klassenzusammenhänge durch den parlamentarischen Wahlapparat keine Gefahr; denn jeder einzelne Bourgeois, wie isoliert er auch von seiner Klasse sein mag, gedenkt doch dauernd seiner Klassenzugehörigkeit, fühlt sie sehr deutlich und handelt in jeglicher Lage dementsprechend. Anders der Arbeiter. Wo er noch unter der Gewalt der Bourgeoisie lebt, da zeigt schon diese Tatsache an sich, daß sein Klassenbewußtsein ungenügend entwickelt ist und nur auf die Reihen seines Vortrupps beschränkt ist; denn wenn es anders wäre, hätte er bereits die Revolution gemacht. In Wirklichkeit erringt, wie es die Revolutionserfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, die breite Masse der Arbeiter das Klassenbewußtsein erst im Prozeß der Revolution selbst und festigt es durch mehr oder weniger dauernden und tatsächlichen Besitz der Macht. Unter solchen Umständen ist nur seine Verbindung mit seinem Milieu, nur seine Teilnahme am Kollektivleben seiner Klassenorganisationen imstande, seine Handlungen objektiv wie subjektiv auf den richtigen Klassenweg zu lenken. Die Sache ist eben die, daß der Arbeiter in seinen Organisationen, in der Mitte seiner Klassengenossen nicht nur eine zahlenmäßige Unterstützung findet: er bildet dort eine Zelle im Kollektiv, das wie jedes Kollektiv durch seine eigene einheitliche Psychologie wirkt, und er löst sich darin auf nach den Gesetzen der organischen Vermischung, die nicht eine einfache Summe von Größen und sogar nicht einmal eine einfache Resultante ergibt, sondern eine neue geistige Kraft, die alle Zellen wie ein einheitliches Ganzes mit erhöhter Intensität und Schnelligkeit in Bewegung bringt. Als Teil dieses Kollektivs findet sogar der Durchschnittsarbeiter in sich genug sittliche Standhaftigkeit und Lebendigkeit des Verstandes, um den bürgerlichen Einflüssen zu widerstehen — den materiellen und geistigen, den unpersönlichen und den persönlichen — die zur Zeit der Wahlen eine besondere Kraft erlangen. Daraus erklärt sich u. a. auch der Erfolg, den die linkssozialistischen Kandidaturen in den Arbeiterkurien beim Wahl-

system nach Kurien fast ständig gehabt haben. Umgekehrt aber verfällt der aus seinem natürlichen Kollektiv herausgerissene, von seinen Klassenmitbrüdern isolierte Arbeiter, — und zwar nicht nur der Durchschnittsarbeiter, sondern häufig auch der vorgeschrittene Arbeiter — den erwähnten bürgerlichen Einflüssen und den besonderen Wahleinwirkungen. Wie ein vom Magnet losgerissenes Stück Eisen oder ein aus der Kette herausgefallenes Glied fällt er schwer nach unten in das bürgerliche Milieu, aus dem er sich früher mit großer Mühe durch Zusammenschluß mit anderen, die ihm gleich sind, geistig und sittlich befreit hatte. Hier liegt die Ursache der von unserem Standpunkt aus unbefriedigenden, aber für die Bourgeoisie höchst befriedigenden Ergebnisse, die eine Volksabstimmung oder eine Wahl zur verfassunggebenden Versammlung gewöhnlich zur Folge hat.

Es ergibt sich, daß gerade der demokratische Parlamentarismus — und zwar in um so höherem Grade, je vollkommener er ist, d. h. je vollkommener er sich von jeglichen bürgerlichen Anhängseln freimacht, die die völlige Zersplitterung der Klassen in ihre Atome vor der Wahlurne behindern — ein vortreffliches Bollwerk für die Macht der Bourgeoisie ist. Indem sie die Vertretungen „entständigte“ und alle Staatsbürger in ihren Wahlrechten gleichmachte, unabhängig von Herkunft, Beschäftigung, Klasse und anderen sozialen Merkmalen, sicherte sie sich die Herrschaft in den Parlamenten nicht nur gegen den Feudaladel, sondern auch gegen die Arbeiterklasse. So wirkt die Dialektik der politischen Institutionen!*)

Es wird unter solchen Umständen völlig klar, wenn man von der Eroberung der Parlamentsmehrheit durch die Arbeiter spricht, wie es sogar der verstorbene Bebel getan hat (in seiner berühmten Rede gegen Jaurès auf dem Amsterdamer Kongreß) und wie das die Opportunisten jeder Färbung in der modernen sozialistischen Bewegung noch heute tun, daß das einfach Schnickschnack ist: in dem Augenblick, wo das Klassenbewußtsein der Arbeiter sich so stark verbreitet und einen solchen Grad der Spannung erreicht, daß sogar die atomisierende Wirkung des parlamentarischen Wahlmechanismus sich ihm gegenüber als machtlos erweist, werden schon nicht mehr Wahlen auf der Tagesordnung stehen, sondern revolutionäre Aktionen, und nicht der Wahlzettel, sondern die Schußwaffe, und die Chronik des parlamentarischen

*) Sie drückt sich ebenso darin aus, daß wir beim Sowjetsystem zum Kurialsystem, zu den indirekten Wahlen und zur öffentlichen Stimmabgabe zurückkehren. Eine Verneinung der Verneinung!

Regimes wird mitten im Satze abbrechen, wie das in unseren Oktobertagen geschehen ist.

* * *

Mir scheint, daß diese Seite des parlamentarischen Mechanismus — eine Seite, die von ihm absolut untrennbar ist — bei der Definierung des Wesens des modernen demokratischen Regimes die entscheidende Rolle spielt: er ist bürgerlich und kann nichts anderes sein. Alle anderen Seiten haben nebensächliche Bedeutung und tragen sozusagen einen dienenden Charakter; aber auch sie sind hinreichend interessant, um unsere Aufmerksamkeit zu verdienen.

Die wichtigste von ihnen ist, daß sogar in den demokratisch-parlamentarischen Ländern die Bourgeoisie sich „auf alle Fälle" durch Institutionen und Bestimmungen verschiedener Art gepanzert hat, die darauf berechnet sind, den Willen des Volkes zu obstruieren, zu verfälschen oder zu täuschen. In einigen Ländern ist das die ausgedehnte Exekutivgewalt des Staatsoberhaupts; in anderen Ländern das Vetorecht, das demselben zusteht; in noch anderen die ausgedehnten Diskretionsvollmachten der Regierung und der Administration; in den meisten die Existenz eines zweiten gesetzgebenden Hauses, dessen Personalbestand entweder durch die Geburt oder durch Ernennung oder durch indirekte Wahl auf lange Fristen bestimmt wird; überall handelt es sich um die tatsächliche Entfernung der militärischen und diplomatischen Angelegenheiten aus dem Kompetenzkreise des Parlaments usw. Besonders originell sind alle diese Schutzinstitutionen gerade in dem Lande, wo das Parlament über besondere Macht verfügt, wo, wie man sagt, das Parlament alles tun kann, was es will, ausgenommen höchstens die Verwandlung eines Mannes in ein Weib und umgekehrt. Ich spreche von England, diesem ältesten, idealsten parlamentarischen Lande, von wo sich unser ganzer moderner Parlamentarismus ausgebreitet hat. Ja, auch dort gibt es ein „Oberhaus" und sogar ein Veto des Königs. Aber als die liberalen Anhänger dieses Parlamentarismus uns versicherten, daß alle diese Anhängsel — checks and balances, wie die Engländer sie nennen — in Wirklichkeit unwirksam seien, da haben sie, wie man sagt, ganz mächtig daneben gehauen. Zu jener Zeit, als im Parlament noch ungeteilt nur zwei bürgerliche Parteien herrschten, die Regierung und Opposition spielten und nach jedem heißen Gefecht, das bei den Liberalen des Kontinents ein ehrfürchtiges Zittern hervorrief, sich im Büffet zum großen Entzücken dieser selben unschuldigen Seelen [illegible]rten — in jenen idyllischen Zeiten hatten diese Anhängsel

allerdings das Aussehen malerischer Ornamente, Ueberbleibsel, die niemand brauchte, die niemand nützten. In Wirklichkeit freilich spielten sie schon damals eine wichtige Rolle, da sie der einen oder anderen Partei, d. h. der Bourgeoisie als Ganzes wesentlich halfen, das ehrenwerte Publikum zu betrügen. Wenn es z. B. der Regierungspartei passierte, bei den Wahlen sich für diese oder jene Reform so sehr festzulegen, daß das gegebene Wort auf keine Weise gebrochen werden konnte und die entsprechende Gesetzvorlage eingebracht werden mußte, so stand das Oberhaus ihr zu Diensten, um sie an der Durchführung ihrer Absicht zu hindern oder sie doch nicht anders als in entstellter Form auszuführen. Wir sind nicht schuld, sagte die Regierung; das ganze Hindernis besteht im verdammten Oberhaus. Und wenn das hartnäckige Publikum darauf hinwies, daß man ja dem Uebel abhelfen könne durch „Schaffung" neuer Peers, die mit der geplanten Maßregel sympathisieren, wie dies aus verschiedenen Anlässen und ohne jeden Anlaß vielfach üblich sei, dann trat das Veto des Königs auf den Plan, der sich weigerte, einer solchen künstlichen Schaffung einer Regierungsmehrheit im Oberhause zuzustimmen. Diese betrügerischen Kniffe wurden natürlich besonders oft von den Liberalen angewandt, die sich durch Freigebigkeit bei Wahlversprechungen auszeichneten und die daher in bedeutend höherem Grade als ihre konservativen Opponenten bestrebt waren, zur gegebenen Zeit das Oberhaus — als Reserve — durch neue Lords gerade aus den konservativen Schichten zu ergänzen, wie die statistischen Daten beweisen.

Genau dieselbe Rolle spielte zu jener glücklichen Zeit auch die Opposition. Wenn es nötig war, eine Gesetzvorlage zu begraben oder bis zur Unkenntlichkeit zu entstellen, die von der Regierung dem Volke versprochen worden war, so kam die Opposition der Regierung zu Hilfe, erhob ein Zetergeschrei, brachte „Abänderung" auf „Abänderung" an, obstruierte, drohte mit den verschiedensten irdischen und himmlischen Strafen, agitierte im ganzen Lande, simulierte fast die Absicht, eine Revolution anzuzetteln, und „nötigte" letzten Endes die glückliche Regierung, die Vorlage zurückzuziehen oder entsprechend zu verändern. Daher fühlt sich die Regierung in England nie unglücklicher, als wenn auf den Bänken der Gegner eine an Zahl oder an Begabung schwache Opposition sitzt. Die Opposition ist ein notwendiges Staatsinstitut zur Hintergehung des Publikums; aus diesem Grunde heißt sie in England die „Opposition Seiner Majestät", wie die Regierung sich „Regierung Seiner Majestät" nennt. Daher kommt es übrigens auch, daß Lloyd George, der bei den Wahlen im Dezember 1918 eine gewaltige

Mehrheit erhielt und sich dadurch vor eine regelrechte chambre introuvable gestellt sah, unaufhörlich an Neuwahlen denkt, um einen Teil seiner Anhänger an die liberale Opposition abzutreten.

So war es, sage ich, in früherer Zeit, als es im englischen Parlament noch keine Arbeiterpartei gab. Ihr Erscheinen im Jahre 1906 wirkte auf die Beziehungen zwischen den beiden bürgerlichen Parteien und enthüllte sofort die materielle Bedeutung der erwähnten Anhängsel. Ihren Traditionen treu, beschlossen die Liberalen, die Arbeiter durch eine riesenhafte Seifenblase zu blenden und warfen zu diesem Zweck die Frage über die keiner Arbeit entspringenden Einkünfte der Gutsbesitzer und über ihre exemplarische Bestrafung durch eine Bodensteuer auf. Der Urheber dieser großen Idee war kein anderer als Lloyd George, damals noch junger Radikaler, der sich zur Zeit des Burenkrieges durch seine Agitation gegen die Hyänen des Finanzkapitals auf den Goldgruben in Transvaal hervorgetan und etwas später, als Handels- und Arbeitsminister, bei den Verhandlungen mit den einen Generalstreik beabsichtigenden Eisenbahnern ungewöhnliches Betrügertalent an den Tag gelegt hatte. Als patentierter Gegner der Plutokratie und gleichzeitig als Meister der Kunst, die Arbeiter an der Nase herumzuführen, begann Lloyd George, damals schon Finanzminister, den Feldzug gegen die Landlords mit solcher Wut, daß diese wirklich erschraken und mit derselben Wut in Opposition traten. Wenn die Landlords ihren Gegner besser gekannt und vorausgesehen hätten, daß seine ganze Drohung enden würde mit einer operettenhaften Besteuerung der Ländereien in der Höhe eines halben Penny vom Pfund ihres Kapitalwerts, so daß die Kosten der Eintreibung den Ertrag der Steuer übersteigen, dann hätten sie ihr Feuer wahrscheinlich gemäßigt und sich dem von Lloyd George begonnenen Spiel in entsprechender Weise angeschlossen. Aber einerseits war Lloyd George selbst noch ein unerfahrener Staatsmann und verstand seine Ausfälle nicht mit den Forderungen des traditionellen Kampfes gegen die Opposition in Einklang zu bringen; andererseits erschraken die Konservativen sehr ernstlich vor der neuerstandenen Erscheinung einer politisch selbsttätigen Arbeiterklasse und vergaßen in ihrem Schreck die alte Praxis. Es kam zu einem ernstlichen Zwist zwischen beiden Parteien, und die alten Knochen des englischen Parlamentarismus wurden plötzlich lebendig. Das Oberhaus scheute sich nicht, die Vorlage Lloyd Georges der Regierung ins Gesicht zurückzuschleudern und die Auflösung des Parlaments zu erzwingen, und als die Regierung, in den Besitz der Parlamentsmehrheit zurückgekehrt, sich an den König wandte mit dem Ansuchen, die

zur Brechung des Widerstandes des Oberhauses erforderliche Anzahl neuer Peers zu ernennen, da erfuhr sie eine runde Ablehnung. Damit nicht genug, wurde der Regierung auch noch zu verstehen gegeben, daß der König, auch falls die Maßregel von beiden Häusern angenommen werden sollte, ihr die Sanktion verweigern würde, und so war die Regierung abermals genötigt, das Parlament aufzulösen und an die Wähler zu appellieren. Die Sache drohte eine gänzlich unerwartete und für beide interessierte Seiten unerwünschte Wendung zu nehmen; aber in diesem Augenblick starb glücklicherweise der König, und an seinem Sarge fielen die feindlichen Brüder einander gerührt in die Arme und begruben ihren Streit zusammen mit der sterblichen Hülle.

So sieht der demokratische Charakter und die „Allmacht" des englischen Parlamentarismus aus! Wenn schon bei der bloßen Drohung, daß eine der bürgerlichen Parteien der anderen auf den Fuß treten könnte, die doch ihre liebliche Schwester ist, mit der zusammen sie Leid und Freud des bürgerlichen Familienherdes geteilt hat, die altertümlichen Anhängsel plötzlich anfangen zu lärmen und ihr Dasein kundzutun, so kann man sich leicht ihr Verhalten in dem Falle vorstellen, wenn die Gefahr nicht von seiten irgend eines Schönredners wie des kleinen Lloyd George, der Karriere machen will, sondern von seiten einer ernstgestimmten Arbeiterklasse plötzlich beide zugleich bedrohen würde!

Aber auch das Unterhaus selbst, diese Trägerin des englischen Parlamentarismus, enthält ganz unabhängig von allen checks und balances, mit denen die umsichtige Bourgeoisie es umgeben hat, in sich selbst eine gehörige Anzahl derartiger „Anhängsel". Das erste, was einem während einer Sitzung Eintretenden ins Auge fällt, ist die Gestalt des Herrn „Speaker" auf einem hohen Thron in riesiger Perücke, Mantel, schwarzen Strümpfen, kurzen Hosen und Schnallenschuhen. „Eine seltsame, aber recht unschuldige Maskerade", denkt der Eingetretene, „noch ein malerisches kleines Ornament im altertümlichen Geschmack, wie die wunderlichen Engländer es lieben". Allein o weh! auch dieses Anhängsel gehört keineswegs zu den unschuldigen! Die altertümliche Kleidung und der Thron des Speakers sind Symbole seiner traditionellen Macht, die eine entsprechende hypnotische Wirkung auf jeden ausüben soll, der die geheiligte Schwelle des Parlamentstempels überschreitet. Und seine Macht ist kolossal — man kann sagen unbeschränkt. Er ist nicht nur der Bewahrer der alten und neuen Traditionen des Hauses, seiner Geschäftsordnungen, Gebräuche, seines Tons und Benehmens, sondern auch der einzige Richter in allen strittigen Punkten dieser selben Geschäftsordnungen, Ge-

bräuche usw., einschließlich der Frage, wer sprechen darf und wer zu schweigen hat. Da die Redner nicht vorgemerkt werden, entscheidet der Speaker allein darüber, wem das Wort gehört, und er entscheidet dies auf patriarchalische Weise durch „Bemerken mit dem Blick". Natürlich braucht er Redner, die ihm unangenehm sind, eben nicht „mit dem Blick zu bemerken", aber nach der herrschenden Theorie, die sich auf volles Vertrauen zur richterlichen Unparteilichkeit des Inhabers dieser hohen und altersgrauen Würde gründet, kommen solche Fälle von Fälschung nicht vor. Und in der Tat, solange im Unterhause homerische Wettkämpfe zwischen den beiden bürgerlichen Parteien vorfielen, spielten die Speaker nur sehr selten ein falsches Spiel und erwarben sich dadurch den Ruf unbestechlicher und unparteilicher Sachwalter. Jetzt aber, wo die parlamentarische Harmonie beständig durch Dissonanzen gestört wird — früher anläßlich des Krieges, jetzt im Zusammenhang mit Rußland — läßt der Speaker sehr häufig die Bittsteller, die sich ihm mit den Blicken ins Gesicht einbohren, ihm zuwinken und die Finger heben, um das Wort zu erhalten, unbeachtet, und wenn er ihnen schon die Möglichkeit gibt, sich auszusprechen, so unterbricht er sie unter dem Vorwande, daß sie vom Thema abschweifen, liest ihnen den Text über parlamentarischen Anstand und Unanständigkeit vor, macht sie durch seine Bemerkungen verwirrt und setzt sie schließlich auf den Platz. Wehe dem Frevler, der es wagen würde, dem Speaker zu widersprechen, seinem Befehl nicht zu gehorchen oder ihm Mißtrauen auszudrücken: ein Schrei des Entsetzens würde den Saal erfüllen, und der Unglückliche befände sich augenblicklich jenseits der geheiligten Schwelle in Begleitung des „Gentlemans vom schwarzen Stabe", eines anderen Abkömmlings des Mittelalters, der jedoch die sehr moderne achtunggebietende Macht eines parlamentarischen Pedells besitzt. In Wirklichkeit hat nie ein Sterblicher und auch kein Halbgott — nicht einmal ein Irländer — es gewagt, die geheiligte Person des Speakers durch Worte oder Taten anzugreifen. Er ist der alte Oberpriester der Auguren, der aus den Eingeweiden wahrsagt, den die herrschende Klasse in den Mittelpunkt des „demokratischen" Parlamentarismus gestellt hat, um ihre Interessen zu wahren, und der nur mit dem Parlament selbst stürzen wird.

Eine andere „Einzelheit" des englischen Parlamentströdels. Der Sitzungssaal des Unterhauses ist nicht groß und faßt kaum etwas mehr als die Hälfte der gegenwärtigen Mitgliederzahl. Seine Form ist die eines Rechtecks und die Mitglieder sitzen zu beiden Seiten des Speakers, mit einem breiten Durchgang zwischen ihnen sowie quer durch den Saal am entfernten Ende, dem Speaker gegen-

über. Wenn sich aus irgend einem Grunde mehr Mitglieder versammeln, müssen viele von ihnen an den Seitenwänden oder hinter dem Throne des Speakers zusammengedrängt stehen. Lehnstühle und Pulte gibt es nicht: man sitzt auf Bänken. Der Saal ähnelt äußerlich mehr einer Kapelle als einem gesetzgebenden Hause und wird erleuchtet durch ein mildes, gleichförmiges, gedämpftes Licht, das durch das matte Glasdach eindringt. Eine Rednertribüne gibt es nicht. Man spricht vom Platze aus, und zwar bemüht man sich, halblaut zu sprechen. Lautes Sprechen würde sofort die Aufmerksamkeit auf sich lenken, und die Abgeordneten selbst würden den Redner, der sich hinreißen läßt, zur Ordnung rufen. Das eben ist der berüchtigte „Kammerton", der in jeder Weise beobachtet werden muß, wenn man nicht für einen schlecht erzogenen Menschen gelten will. In ihren Reden müssen sich die Redner an den Speaker wenden und nicht an den Opponenten: von diesem, wie von den Kammermitgliedern überhaupt, sprechen die Redner in der dritten Person, indem sie sie nicht beim Namen nennen, sondern als „ehrenwerter" oder „sehr ehrenwerter Gentleman" bezeichnen (je nach dem Rang), oder als „ehrenwerter Freund" (wenn der erwähnte zur Partei des Redners gehört), oder als „gelehrter Freund" (wenn der Erwähnte Jurist ist), oder als „tapferer Gentleman" (wenn der Erwähnte im Heer oder in der Flotte gedient hat), oder endlich einfach als „ehrenwertes Mitglied" von diesem und diesem Wahlkreis. Nur der Speaker allein darf als Disziplinarmaßregel einen Abgeordneten beim Namen nennen, und seine dreimalige Anrede eines Abgeordneten mit Namennennung zieht seinen Ausschluß aus dem Hause nach sich. Endlich sei noch bemerkt, daß ein Abgeordneter, der den erwähnten Durchgang zwischen den beiden Bankreihen durchquert, verpflichtet ist, stehen zu bleiben, sich mit dem Gesicht dem Speaker zuzuwenden, ihm eine tiefe Verbeugung zu machen und dann erst seinen Weg fortzusetzen.

Dies alles erscheint als malerisches Altertum, das schon längst jeglichen realen Sinn eingebüßt hat. In Wirklichkeit aber haben wir auch hier eine schlau maskierte Bastion der bürgerlichen Macht vor uns. Das äußere Dekorum, das geheimnisvolle Licht, das halblaute Sprechen, das Fehlen einer Rednertribüne — alles ist darauf berechnet, zu verhindern, daß die Kammer zur Volksversammlung wird, die „Wogen der Leidenschaft" zu bändigen, parlamentarische „Szenen" unmöglich zu machen. Ein dorthin geratender neuer Abgeordneter fühlt sich sofort an Händen und Füßen geheimnisvoll gefesselt und verliert die Stimme, und der schon daran Gewohnte ist es nur deshalb so geworden, weil er sich der Hypnose hingegeben hat und selbst an ihr teilnimmt. Der breite Durchgang

zwischen beiden Bankreihen beugt tätlichen Beleidigungen vor, und demselben Zweck dient der unverletzliche Brauch, in ihm auf halbem Wege stehen zu bleiben und sich vor dem Speaker zu verneigen. Die geringen Ausmaße und die Form des Saales endlich dienen der Intimität, der „Enge und Freundschaft", und zwingen jede neue Partei, auf den schon seit langer Zeit eingenommenen Bänken der einen oder anderen bürgerlichen Partei Gastfreundschaft zu suchen, dadurch in Beziehungen zu ihr zu treten und sich mit ihr gewissermaßen sogar zu identifizieren. Für die Kundgebung revolutionären Temperaments ist das englische Parlament der unbequemste und undankbarste Ort der Welt, und das hat die regierende Bourgeoisie eben gerade nötig.

Der Leser möge mir vergeben, daß ich diese malerischen und beinahe leichtfertigen Kleinigkeiten in einem theoretischen Artikel berühre, der in einem so bedeutenden Organ wie die „Kommunistische Internationale" erscheint. Aber das englische Parlament nimmt selbst unter den bürgerlichen Parlamenten eine Sonderstellung ein angesichts der fast abergläubischen Achtung, die ihm sowohl von den Liberalen als auch sogar von den Menschewiki verschiedener Färbungen gezollt wird. An ihm ist das Wesen des demokratischen Parlamentarismus am besten erkennbar. Wenn so der englische Parlamentarismus aussieht — ein Parlamentarismus, der sich in der Praxis von Jahrhunderten herausgebildet hat und von den kunstreichsten Händen englischer bürgerlicher Meister ausgeschmückt ist, die erfahren sind in der Wahl der Farben und der Zeichnung und daher wie kein anderer alles Grobe, Entlarvende und Provozierende zu vermeiden verstehen — wie muß dann der Parlamentarismus anderer Länder aussehen, wo es keine solche Virtuosen der Maskierungskunst gibt und wo daher die nackte Unverfälschtheit des bürgerlichen Wesens herrscht?

Solange die breiten Volksmassen noch fortfahren, an die parlamentarischen Institutionen zu glauben, wäre es unsererseits der reine Wahnsinn, denselben fernbleiben zu wollen: das hieße der Bourgeoisie in die Hände spielen, die nichts sehnlicher wünscht, als daß sie im ungeteilten Besitz des Parlaments belassen wird. Aber indem wir ins Parlament gehen, müssen wir seinen betrügerischen Charakter unermüdlich und furchtlos aufdecken, damit die Massen ihre Illusionen in kürzester Zeit überwinden.

Th. Rotstein.

Der Friede mit Polen.

Oberflächlich betrachtet könnte es den Anschein erwecken, als habe Rußland eine militärische Niederlage erlitten und sei im Begriff, sich einen Gewaltfrieden diktieren zu lassen, während das kapitalistische Polen einen Siegestriumph feiert. Vom Standpunkt der revolutionären Entwicklung aber sehen sich die Dinge ganz anders an.

Der Krieg wurde dem polnischen Staat von den Imperialisten aufgezwungen, aber die polnische Bourgeoisie fand alsbald Vergnügen an dem Kriegsspiel und betrieb es nun schon in ihrem eigenen Interesse. Der leitende Beweggrund lag vor allem in dem Haß gegen die proletarische Ordnung und in der Furcht, daß die Idee des Kommunismus von dem Nachbarstaat aus in Polen eindringen könnte. Es war „die Furcht vor der bolschewistischen Ansteckung". Die polnische Bourgeoisie hatte gute Gründe, die Wiederherstellung eines kapitalistischen Rußlands zu ersehnen, denn es steht außer Zweifel, daß die Industrie Polens auf der Grundlage seiner wirtschaftlichen Verbindung mit Rußland entstand und sich entwickelte. Hier in diesem Lande fand Polen seinen riesigen Absatzmarkt, von hier erhielt es einen großen Teil seiner Rohstoffe. Die Vorteile, die Polen aus dieser Verbindung zog, verschwinden natürlicherweise, falls Rußland ein proletarischer, antikapitalistischer Staat bleibt. Diese Vorteile würden wieder einsetzen, wenn es ihm gelingen sollte, die verhaßte proletarische Ordnung niederzuringen. Die polnischen Aristokraten besitzen riesige Latifundien in der Ukraine und in Weißrußland, und ihre Interessen erfordern begreiflicherweise, daß das Recht des Grundbesitzes in dieser Gegend erhalten und der Grund und Boden den Bauern wieder entrissen werde. Aber auch die Clique der Intellektuellen, die dank den besonderen Umständen, unter denen der neue polnische Staat entstand, einen gewaltigen Einfluß ausübt, ist an den imperialistischen Siegen im Osten interessiert, denn die Vergrößerung der Randstaaten oder die Bildung von Pufferstaaten unter polnischer Herrschaft stellt ihr Betätigung und Posten in Aussicht. Endlich muß in Betracht gezogen werden, daß die Parteien und Cliquen, die einander die Macht in Polen streitig machen, an dem Kriegszustand ein lebhaftes Interesse haben. Die Kamarilla des Staats-

oberhaupts und Oberbefehlshabers Pilsudzki stützt sich auf die Soldateska und verliert mit dem Friedensabschluß ihre Macht; die Clique Dmowskis, des archireaktionären Dmowski, fürchtet, die Arbeiter und Bauern könnten nach dem Friedensschluß der reaktionären Ordnung die Macht entreißen. Es stellten sich dem Frieden daher riesige Hindernisse in den Weg.

Es lag auf der Hand, daß nur eine entscheidende Niederlage die polnische Bourgeoisie zur Vernunft bringen und sie aus dem Kriegstaumel erwecken konnte. Eine solche Niederlage wurde ihr denn auch zuteil. Der Vorstoß der Roten Armee bis zu den Toren von Warschau hat der polnischen Bourgeoisie einen heilsamen Schrecken eingejagt und sie dem Frieden geneigt gemacht. Aber die Erfolge der Roten Armee waren nicht von langer Dauer, sie konnte dem Gegenangriff nicht standhalten und mußte sich zurückziehen. Wen die Schuld an dieser Niederlage trifft, darüber gehen die Meinungen stark auseinander, und hier ist auch nicht der geeignete Ort, um ein Urteil darüber zu fällen. Es genügt zu sagen, daß dieser Vorstoß der Roten Armee, wenn ihr Erfolg auch kein dauernder war, doch zum Frieden geführt hat. Die Tendenzen in Polen haben eine grundlegende Veränderung erfahren. Die Arbeiter und Bauern fordern nachdrücklichst den Frieden, und auch die kleinbürgerlichen Elemente sind der Kriegsabenteuer müde. Die Regierung sieht sich daher gezwungen, trotz des von Frankreich ausgeübten Drucks und der Gefahr, sich der Rache der Franzosen auszusetzen, den Frieden abzuschließen. Die Sowjetregierung zeigte sich bereit, den Frieden auf der Grundlage abzuschließen, daß sie weite, nicht von Polen bevölkerte Landstrecken und solche, in welchen die Polen nicht mehr als 10% der Bevölkerung ausmachen, abtrat; die Sowjetregierung fügte sich darein, diese Gebiete dem polnischen Staat zu überlassen. Dem Anschein nach liegt hierin ein großer Erfolg für Polen, tatsächlich jedoch stellten diese Siege keine Verstärkung, sondern eine Schwächung des bürgerlichen polnischen Staates dar. Jedem politisch Bewanderten ist es klar, daß Polen nie imstande sein wird, sich diese Gebiete zu assimilieren. Wir haben es hier mit „irländischen Verhältnissen" zu tun: der weißrussische Bauer wird nie mit der Herrschaft des polnischen Großgrundbesitzes zufrieden sein, und kaum entfernt sich der polnische Schlachtschitz, so schwindet auch die Grundlage des polnischen Einflusses in diesen östlichen Gebieten. Die weißrussische Bauernschaft hat im Zeitraum der Sowjetherrschaft gar manches gelernt; sie ist gezwungen worden, aus ihrer Passivität herauszutreten. Sie ist zwar vom proletarischen Standpunkt aus nicht direkt revolutionär, wird sich der Wiederaufrich-

tung der alten Ordnung jedoch mit aller Gewalt, und sei es durch eine Revolution, widersetzen.

Die revolutionäre Bewegung in Polen nimmt zusehends zu. Erhält Polen also Gebiete, die der bürgerlichen Macht nur die größten sozialen und nationalen Schwierigkeiten bereiten können, so wird die Lage der bürgerlichen Regierung zweifelsohne unhaltbar. Sowjetrußland kann daher getrost und ohne Skrupel auf den Frieden eingehen, denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Polen kann Polen den Krieg nicht wieder aufnehmen. Jeder Druck, den Frankreich zugunsten des Krieges ausüben wollte, wird auf den entschiedensten Widerstand der verschiedenen polnischen Elemente stoßen. Auf diese Weise wird das Ziel, daß Rußland mit seinem Vorstoß gegen Warschau anstrebte — die Sicherung des Friedens um jeden Preis — erreicht sein.

Wie werden die Verhältnisse in Polen sich in der nächsten Zukunft entwickeln? Es ist durchaus nicht leicht, diese Frage mit Bestimmtheit zu beantworten. Aber alles deutet darauf hin, daß die Arbeiterbewegung mit dem Ende des Krieges neue Kraft gewinnen wird. Ausreichende Anzeichen hierfür ließen sich während des Verweilens der Roten Armee auf polnischem Boden beobachten. Die Fabrikarbeiter und auch die Landarbeiter zeigten vom ersten Augenblick an, daß sie auf der Seite der revolutionären Ordnung stehen, und die Bauern, die von dem Krieg zweifelsohne schwer heimgesucht wurden, haben trotz ihrer Passivität in der kurzen Zeitspanne der revolutionären Ordnung gelernt, wie sie ihre Interessen gegenüber den Schlachtschitzen zu verteidigen haben.

Es wird nunmehr die Aufgabe der Kommunistischen Partei sein, diese neuen Möglichkeiten, die der Frieden bietet, voll auszunutzen.

Die Sowjetisierung Polens durch den Sieg der Roten Armee hätte die Entwicklung der Revolution in Europa gewiß bedeutend vorwärts gebracht. Da dieses Ziel aber nicht erreicht wurde, gehen wir jetzt einer Periode entgegen, die offensichtlich in weniger stürmischem Tempo verlaufen wird. Sowjetrußland erhält nunmehr die Möglichkeit, im Friedenszustand seine Lage zu festigen, das bürgerliche Polen dagegen wird durch den Frieden revolutioniert werden.

J. Marcßlewski.

Wann und unter welchen Bedingungen sollen Arbeiterräte gebildet werden.

Dieser Frage waren meine Leitsätze gewidmet, die von dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau angenommen wurden. Diese Leitsätze haben aber ebenso wenig Glück gehabt, wie meine anderen Leitsätze, die den Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale gewidmet waren. Sie werden ebenso umgedeutet und verzerrt, wie die 21 Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, die gegenwärtig in fast allen Parteien so lebhaft diskutiert werden.

Die Entwicklung der Ereignisse in einigen Ländern, besonders in Deutschland und Italien, hat während der letzten Wochen ein vorzügliches Tatsachenmaterial geliefert, durch welches meine Gedanken über die Bedingungen der Bildung von Sowjets am besten illustriert werden.

Wir haben in den Leitsätzen zur Frage der Eroberung der Sowjets gesagt, daß mit der Sowjetidee sorgsam umgegangen werden muß, daß mit ihr nicht gespielt werden soll. Wir haben gesagt, daß man keinesfalls unbedeutende, bisweilen geradezu treibhausartige Organisationen, die in einigen Ländern unter dieser Marke entstanden sind, Sowjets nennen kann. Wir haben gesagt, daß die erste Vorbedingung zur Bildung wirklicher Arbeitersowjets das Vorhandensein eines revolutionären Massenaufstiegs ist, der bereit ist, die Eroberung der Macht durch das Proletariat auf die Tagesordnung zu stellen.

Es versteht sich, daß niemand von uns ein solches Thermometer hat und haben kann, das genau bestimmt, daß in einem gewissen Lande in einem gewissen Augenblick die revolutionäre Stimmung schon so hoch gestiegen ist, daß man ohne jegliches Risiko die praktische Parole geben kann, zur Wahl der Sowjets zu schreiten. Wenn die Bewegung reift und sich entwickelt, sind wir selbstverständlich dem Risiko ausgesetzt, daß wir uns ein wenig übereilen und diese Aufforderung zu früh erlassen. Anderseits sollen wir aber auch eine andere Gefahr nicht vergessen: wenn wir den Augenblick vorüber gehen lassen und uns verspäten, wenn wir

die Arbeiter nicht rechtzeitig zur Bildung von Sowjets auffordern. Das kann der Revolution unvergleichlich mehr schaden.

Zwei Beispiele illustrieren am besten diesen Standpunkt.

In Deutschland haben unsere Genossen aus der K. P. D. vor zwei Monaten die Parole unverzüglicher Bildung von Arbeitersowjets ausgegeben. Das war die Zeit, als die Rote Armee der Sowjetrepublik vor den Toren von Warschau stand, als Ostpreußen in Aufregung war, als die revolutionäre Stimmung in Deutschland mit jedem Tage stieg, als in England die ungeheure Bewegung unter dem Banner des Aktionsrates entstand, als mit einem Wort die größten Ereignisse zu erwarten waren. Nach einiger Zeit wurde die Kriegsgöttin der Roten Armee der Sowjetrepublik abhold. Im Zusammenhang damit begann die revolutionäre Stimmung auch in Deutschland abzuflauen. Die Aufforderung der K. P. D. zur Bildung von Sowjets hatte fast gar keinen praktischen Erfolg. Unsere deutschen Genossen mußten den Arbeitern jetzt sagen, daß es in Anbetracht der allgemeinen Bedingungen eben nicht möglich sei, Arbeitersowjets zu bilden, daß aber die allgemeine Propaganda für die Sowjets fortzusetzen und diese Propaganda in die breitesten Schichten des Proletariats hineinzutragen sei.

Hatten unsere deutschen Genossen recht? War ihre Aufforderung zur Bildung von Sowjets nicht ein Fehler? Hatten sie sich nicht zu sehr beeilt? Nein, und tausendmal nein! In dem Augenblick, als die K. P. D. zur Bildung von Sowjets aufforderte, waren die objektiven Vorbedingungen dazu zweifellos vorhanden. Das Rad der Geschichte dreht sich in unserer Zeit sehr schnell. In einigen Wochen verändert sich die Situation bisweilen aufs entschiedenste. Das war auch diesmal der Fall. Dennoch war das Verhalten der K. P. D. durchaus richtig, und die Arbeiterklasse Deutschlands hat durch diese Parole nichts verloren. Die deutschen Genossen dagegen haben gewonnen. Die Situation hatte sich verändert. Die Arbeitersowjets erwiesen sich im Augenblick als unmöglich, und die breiten Schichten der Arbeiter Deutschlands bekamen eine anschauliche Lehre, welche Vorbedingungen zur unverzüglichen Bildung von Sowjets notwendig sind. Die Aufgabe der K. P. D. bestand darin, unverzüglich wieder zur systematischen und dauernden Propaganda für die Sowjetidee überhaupt überzugehen.

Ein anderes Beispiel bietet Italien. Vor einigen Wochen erhob sich in Italien im Zusammenhang mit der Metallarbeiterbewegung eine breite revolutionäre Woge. Die Arbeiter Italiens ergriffen Besitz von Fabriken und Werken. Die Kleinbauern schritten zur

Besitzergreifung aller Ländereien. In den Städten herrschte eine allgemeine Gärung. Die bürgerliche Regierung fühlte sich so unsicher, daß sie fast das Ruder ihren Händen entgleiten ließ. Die revolutionäre Woge stieg mit jedem Tage.

Mußten die italienischen Genossen damals die Parole unverzüglicher Bildung von Arbeitersowjets ausgeben? Unseres Erachtens hätten sie es unbedingt tun sollen. Taten sie es nicht, so erfüllten sie nicht ihre direkte Pflicht. Vielleicht wäre auch in Italien die Aufforderung zur unverzüglichen Bildung von Sowjets nicht verwirklicht worden. Vielleicht wäre auch in Italien infolge einer ganzen Reihe von Bedingungen unser völliger Sieg in der gegebenen Situation unmöglich gewesen. Dennoch waren die italienischen Kommunisten in einer solchen Situation, unter solchen objektiven Vorbedingungen verpflichtet, die Arbeiter zur Bildung von Arbeitersowjets aufzufordern.

Man hat uns gesagt, daß einige italienische Sozialisten sich geweigert hätten, die Arbeiter in diesem Augenblick zur Bildung von Sowjets aufzufordern. Sie hätten sich auf meine Leitsätze, die in dieser Frage vom II. Kongreß der III. Internationale angenommen wurden, berufen. Ganz irrigerweise! Dieser Hinweis hält der Kritik durchaus nicht stand. Niemals und nirgends habe ich gesagt und konnte ich sagen, daß man nur dann zur Bildung von Sowjets auffordern solle, wenn der Sieg schon errungen, oder wenn der Sieg uns durchaus sicher ist. So wird die Revolution nicht gemacht. Eine solche Garantie können wir nicht haben. Es ist immer ein gewisses Risiko vorhanden. Man soll nicht vergessen, daß die Sowjets nicht nach dem Siege gebildet werden, sondern während des Kampfes, im Verlauf der Organisation des Sieges. Die Geschicklichkeit der Arbeiterführer soll darin bestehen, den Augenblick richtig einzuschätzen und die Arbeiter unter dem Banner der Sowjets zu mobilisieren. Die italienischen Sozialisten, die die Arbeiter in einer solchen Situation nicht zur Bildung von Sowjets auffordern wollten, haben bewiesen, daß sie entweder nicht an die Revolution glauben, oder nicht verstehen, wie die Revolution organisiert werden muß.

Die Propaganda für die Sowjetidee machen wir immer und überall, unabhängig von den Pendelschwingungen, unabhängig von dem Grade des Steigens und Sinkens der revolutionären Woge. Wir fordern zur Bildung von Sowjets auf, wenn die revolutionäre Woge sich ausbreitet und wenn wir einigermaßen ernste

Hoffnungen haben, daß unsere Aufforderung gehört, unterstützt und verwirklicht wird.

Diejenigen unserer Genossen, die ehrliche Anhänger der proletarischen Revolution sind, sollen keinen Augenblick außer Acht lassen, daß die Sowjets die Hauptform, der Hebel der proletarischen Bewegung sind. Gewiß muß jeder Hebel geschickt benutzt werden. Wir werden aber niemals lernen, diesen Hebel zu benutzen, wenn wir allemal, wenn er benutzt werden soll, ängstlich die behandschuhten Hände in die Tasche stecken. Die italienischen Genossen, wir sind überzeugt davon, werden es verstehen, ihren Fehler bei der ersten passenden Gelegenheit gutzumachen. Gerade Italien ist das Land, wo die Parole der Bildung von Arbeitersowjets am reifsten ist und die meisten Aussichten auf Erfolg hat.

G. Sinowjew.

Stettin, 23. Oktober 1920.

Die koloniale Revolution.

(Die Erfahrung Turkestans.)

I.

Die Sowjetmacht hat zum erstenmal in der Praxis die Entsklavung der Kolonien zu verwirklichen. Welch schweres Problem sie hierin zu lösen hat, zeigt uns die Erfahrung mit Turkestan, die in so manchen Beziehungen lehrreich ist. Insbesondere lehrreich ist sie für die englischen Proletarier, die am nächsten Tage nach der sozialen Revolution auf eine analoge Situation stoßen und einen erbarmungslosen Kampf gegen das Kolonisationssystem zu führen haben werden.

Von allen „Randgebieten" des früheren Zarenreichs kann Turkestan wohl am ehesten unter den Begriff „Kolonie" gefaßt werden. Fünfzig Jahre lang übte der Abschaum der zaristischen Beamtenwelt hier eine Herrschaft des Raubes, der Gewalttat, der Bestechung und des Mordes aus. Schon in alten Zeiten entstand das folgende charakteristische Liedchen über Turkestan:

Ach, Asien, du arme,
Du leidensreiche Welt,
Wer sind deine Herren,
Wo ist all dein Geld?

Der „Pristaw" (Polizeiaufseher) und sein Dolmetscher, der gewöhnlich aus dem Kreise der grobfäustigen Beys stammte, stellten die höchste Macht im Lande vor. Je nach der Höhe der Bestechungssumme ließen sie Recht und Gerechtigkeit walten; mit der ganzen Grausamkeit „machthabender" Koloniengründer führten sie eine gutsherrschaftlich-bürokratische „Zivilisation" im Lande ein. Der Grund und Boden der kirgisischen Nomaden wurde zum „Staatsfond" erklärt und mit russischen Bauern besiedelt. Namentlich nach der Revolution von 1905—07 begann die Zarenregierung die meuternden Bauern aus dem Süden Rußlands in großen Massen nach Turkestan abzuschieben. Sie wurden auf Kosten der Kirgisen alsbald im Lande heimisch und bildeten sich zu wahren „Gutsbesitzern nach dem Ideal Stolypins" heraus. Hunger und Einziehung zu militärisch-strategischen Arbeiten führten im Jahre 1915 zu einem Aufstand der Kirgisen. Eine die Gebiete Semiretschje und Syr-Darja sowie den Bezirk Dschisak des Gebiets Samarkand umfassende Erhebung wurde von Truppen und den eigens hierfür bewaffneten russischen Ansiedlern mit Feuer und Schwert unterdrückt. Besucht man die Orte, wo die

„Beschwichtigungsarbeit" vollbracht wurde, so starren einem noch jetzt die „Denkmäler des Jahres 1916" entgegen: niedergebrannte Dörfer, tote Ruinen, zerstörte Lehmwände . . . Auch jetzt noch flößen sie den landlosen Eingeborenen abergläubischen Schrecken ein: kein Mensch siedelt sich an diesen verruchten Orten an.

Jahrzehnte hindurch erzog die Zarenregierung die eingewanderte russische Bevölkerung Turkestans in wahrhaft russischem „kolonisatorischem" Geiste, und gewann sie für sich durch allerhand almosenhafte Zugeständnisse und durch die Möglichkeit, die Eingeborenen in rücksichtsloser Weise auszubeuten und nach Belieben zu unterdrücken. Selbst die russischen Eisenbahnarbeiter machten in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Andererseits unterstützte die Zarenregierung mit ihrer gesamten Politik die reaktionäre mittelalterliche Ordnung des Orients, hielt die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf und machte die kulturelle Selbstbestimmung der Massen unmöglich. Turkestan war eine Baumwollplantage, und das Kapital der russischen Großmacht wandte hier fast ausschließlich die Methode der „ursprünglichen Akkumulation" an. Die russischen Baumwollfirmen besaßen im Ferghan- und im Syr-Darja-Gebiet eine bedeutende Anzahl von Bureaus und Fabriken zur Reinigung der Rohbaumwolle, aber dieses „importierte" Kapital bildete nur das Gegenstück zu dem inneren wirtschaftlichen Stillstand und der sklavischen Abhängigkeit der Landarbeiter und kleinen halbproletarischen Heimarbeiter von den Beys. Der aus zaristischen Beamten bestehende Verwaltungsapparat war seinerseits nur ein Ueberbau über dem feudal-patriarchalischen Ausbeutungssystem, das sich unter den Eingeborenen eingebürgert hatte. Die Bezirksaksakalen (Vorsteher), die Arykaksakalen und die Miraben (Wasserverteiler), sowie die Beys, die den Polizeiaufsehern und den Gerichtshöfen als Dolmetscher dienten, bildeten die unterste Stufe der administrativen Leiter.

Die Fürsorge für die kulturellen Bedürfnisse der Stammvölker Turkestans lag in den Händen der Ostroumow, russischer Missionäre. Mit echt polizeilichem Eifer verfolgten diese selbst das unschuldigste und gesetzmäßigste Hervortreten der fortschrittlichen muselmännischen Intellektuellen, der „Dshadiden"; ihr Fanatismus führte aber nur dazu, daß die traditionelle Religion des Landes noch größeren Einfluß gewann.

Turkestan war eine Kolonie der zaristischen Bureaukratie und des russischen Kapitals; das bestimmte sein ganzes wirtschaftliches und kulturelles Aussehen. Hierin lag die Hauptursache seiner mittelalterlichen, fast vorsintflutlichen Rückständigkeit.

II.

Unter solchen Bedingungen konnte die revolutionäre Bewegung in Turkestan natürlicherweise nicht festen Fuß fassen. Alle revolutionären

Ausbrüche waren nichts weiter als gedämpfte Nachklänge allgemeinrussischer Ereignisse und beschränkten sich auf die herrschende Nation. Hierhin gehören die Geschehnisse unter den Okkupationstruppen in den Jahren 1905—07, die Ereignisse in Kuschka . . . In die zweite Reichsduma sandte Turkestan den Sozialdemokraten und Menschewik Naliwkin, aber auch er war ein ehemaliger Vizegouverneur. Ein Massenklassenkampf konnte nicht aufkommen, der koloniale Druck trat alles nieder. Bis zum Jahre 1917 gab es keine einzige Partei in Turkestan. Nach der Februarrevolution tauchten sie alle auf — die Kadetten, die Sozialrevolutionäre, die Sozialdemokraten, alle — mit Ausnahme der Bolschewiki. Aber ihr Einfluß ging nicht weiter als die Eisenbahnlinie. Im September 1917 kam es zu Ereignissen in Taschkent: die Soldaten der alten Armee empörten sich, und die Macht ging auf kurze Zeit, bis zum Eintreffen der von Kerenski zur Beschwichtigung der Aufständischen hingesandten Truppen, aus den Händen des Generals Korownitschenko zum Sowjet über. Das war aber nur eine Episode. Eine revolutionäre Massenbewegung konnte in der alten Zarenkolonie nicht aufkommen.

Die Bolschewiki betraten erst nach der Oktoberrevolution die öffentliche Arena. Der erste Kongreß der bolschewistischen Organisationen erfolgte im Juni 1918.

Es fragt sich nun, wer denn eigentlich in Turkestan mit seiner Sklavenherrschaft sich unter das Banner der Sowjetmacht und der Partei der Bolschewiki stellen konnte.

In erster Reihe waren es die Eisenbahnarbeiter, die sich den Bolschewiki und den links gerichteten Sozialrevolutionären anschlossen, nach ihnen aber — kamen (insbesondere zu den linken Sozialrevolutionären) die kleinen Beamten, die „wahrhaft-russischen" Kleinbürger und die Wucherer von Semiretschensk, mit einem Wort, alle Schichten der „herrschenden" Nation.

Die Arbeiter betraten den Weg der Revolution, weil ihr Klassengefühl sie dazu trieb. Es mangelte ihnen jedoch an der reichen Erfahrung im Klassenkampf, die die Arbeiter Petrograds, Moskaus und des Urals in illegaler revolutionärer Arbeit, während der Februarrevolution, in der Periode des Kampfes mit der bürgerlich-kompromißlerischen Koalition und im Augenblick des Sieges über die letztere erworben hatten. Es hielt schwer, die Sowjetmacht in einem Lande zu errichten, wo 95% der Bevölkerung Sklaven waren, wo es keine Großindustrie gibt und wo die Ueberreste des dunkelsten Mittelalters und der primitiven patriarchalischen Familienordnung noch fortbestehen, umsomehr als die Arbeitermassen selbst durch die Besiedlungspolitik durch und durch verdorben waren. Man argumentierte so: da das Proletariat in Turkestan fast ausschließlich durch die russischen Eisenbahner vertreten ist, so müssen diese auch die

proletarische Diktatur verwirklichen. Dem Dorfwucherer von Semiretschensk und der russischen kleinbürgerlichen Beamtenschaft eröffnete diese Formel die weitesten Aussichten; die Sowjetmacht wurde zur Schutzwaffe für ihre „nationalen" Interessen. Der Wucherer von Semiretschensk erweiterte unter dem Anschein des Klassenkampfes sein „Recht", die kirgisischen Ländereien an sich zu reißen und die kirgisischen Landarbeiter auszubeuten, während die städtischen Kleinbürger mit „Requisitionen", „Konfiskationen" und „Kontributionen" sich auf die muselmännische Bevölkerung stürzten.

Infolge der eigenartigen Bedingungen in Turkestan führte die Oktoberrevolution dazu, daß die muselmännischen unbemittelten Massen bei den Beys-Manapen Schutz suchten.

„Wird die russische Freiheit wohl bald ein Ende nehmen?" — fragten die Kirgisen nach dem Oktober 1917. In Verwirklichung der weitschauenden Pläne der Entente wurde Turkestan alsbald mit Hilfe der weißgardistischen Kosakenoffiziere von Sowjetrußland isoliert; das russische Proletariat verlor die Möglichkeit, den Gang der Ereignisse in dem von allen Seiten in einen Ring eingezwängten Turkestan zu beeinflussen. Die Front bildete sich auf der Linie der nationalen Klasseneinteilungen: gestützt auf die Turkmenen, errichtete das russische weißgardistische Offizierkorps die Aschabader Front. In Kokand verkündeten die Beys und Mullahs die Autonomie; es entstanden die Fronten von Fergan und Basmatsch. Im Norden begannen die Kirgisen, vom Hunger getrieben, von den Beys-Manapen (Stammvätern) aufgestachelt, zu Dutow und Koltschak überzugehen. Zu gleicher Zeit entstand in Semiretschje, wo zwischen den Kosaken und den russischen Ansiedlern wegen der Besitzergreifung der kirgisischen Ländereien seit altersher ein „Kampf der Stände" geführt wurde, eine neue Front, mit den Ansiedlern auf der einen, den Kosaken auf der anderen Seite. Die unmittelbaren Anführer des Bürgerkrieges waren wie überall die weißgardistischen Offiziere, die gegenrevolutionären Spitzen der Kosakenschaft und die Beys. Sie hätten jedoch keinen Erfolg unter den Massen gehabt, wenn die „wahrhaft-russischen" Kolonisatoren sich nicht unter das Banner der Revolution eingeschlichen und durch teilweise Fortsetzung der alten Politik unter dem Aushängeschild der Sowjetmacht die Empörung der Eingeborenenmassen hervorgerufen hätten.

Die Abberufung des revolutionärsten proletarischen Teils der russischen Bevölkerung an die Fronten verstärkte die Stellung der „Eingeschlichenen" noch mehr. Die Bolschewiki hatten die ganze Zeit über gegen die linken Sozialrevolutionäre zu kämpfen, unter deren gastfreundliches Banner alle Liebhaber leichter Bereicherung und alle Abenteurer strömten. Von einer Politik der linken Sozialrevolutionäre kann gar nicht die Rede sein: ihre ganze „Politik" lief auf die politische Formu-

lierung der Gelüste der verschiedenen Kategorien der Eingeschlichenen hinaus.

Im Januar 1919 brach in Taschkent ein weißgardistischer Aufstand aus, der mit der Ermordung der angesehensten aktiven Kommunisten und dem Uebergang der Truppen Ossipows zu den Weißen endete. Das reif gewordene Geschwür begann aufzubrechen. Aber auch jetzt wurde nicht der richtige Weg zur Reinigung der Partei- und Sowjetorganisationen eingeschlagen. Im Gegenteil, man schloß in unsinniger Weise die kommunistischen mit den links-sozialrevolutionären Organisationen zusammen. Nächst den linksgerichteten Sozialrevolutionären entfalteten die Daschnaken, die Vertreter der armenischen Handelsbourgeoisie, eine weitgehende Tätigkeit: sie machten sich den nationalen Antagonismus zunutze, um mit der muselmännischen Bourgeoisie ihr „geschäftliches" Hühnchen zu rupfen.

Während der ersten anderthalb Jahre der Revolution in Turkestan war die Sowjetmacht die Macht der neuen Stadt über die alte und über das muselmännische flache Land. Der staatliche Versorgungsapparat bediente nur die russische Bevölkerung; nur die Russen wurden bewaffnet; nur die Russen hatten ein Anrecht auf die Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse. Es versteht sich, daß unter solchen Verhältnissen kein zentralisierter proletarischer Staatsapparat geschaffen werden konnte. Ueberall herrschte Partisanentum, alle Fragen wurden durch Veranstaltung von Versammlungen beschlossen, die Staatswirtschaft wurde auf das weitgehendste von Abenteurern ausgebeutet. Am meisten gewann natürlich der Wucherer von Semiretschensk bei dieser Sachlage. Auf Kosten der unbemittelten Kirgisen rundete er seinen Besitz erheblich ab; in der Gestalt der Partisanengruppen erhielt er eine bewaffnete Stütze und wurde zum unbeschränkten Herrn im eigenen Hause.

III.

Die Abenteurer, die sich unter die kommunistischen Elemente eingeschlichen hatten, führten neben ihrer nationalen eine ausgesprochene Kriegspolitik. Sie hatten es durchaus nicht eilig, sich an Sowjetrußland anzuschließen und behaupteten, die Aschabader Front sei viel wichtiger als die Akzubiner Front. Es läßt sich kaum daran zweifeln, daß eine geübte weißgardistische Hand diese Politik leitete.

Der Vorschub der weißgardistischen Banden zum Aralsee rief unter den Eisenbahnern eine Reaktion gegen diese Politik hervor und gab einer großen revolutionären Begeisterung Raum. Neue Kräfte stürzten sich gegen die Akzubiner Front, und der Durchbruch des Orenburger „Pfropfens" wurde unvermeidlich.

Zu gleicher Zeit änderte die Sowjetmacht und die Kommunistische

Partei ihr Verhalten zur eingeborenen Bevölkerung und umgekehrt. Die Muselmänner wurden allmählich in Sowjet- und Parteiorganisationen zusammengeschlossen. Das muselmännische Gebietsbureau ward zum organisierenden Mittelpunkt dieser Bewegung und verwandelte sich in eine Art von muselmännischem Kommissariat, an das man sich mit allen Klagen und Eingaben wenden konnte. Der III. Parteitag ward zum Wendepunkt. Auf diesem Parteitag erlitten die „Kolonisatoren" eine Niederlage, obgleich diese Niederlage eigentlich nur eine parlamentarische war. In den einzelnen Ortschaften führten noch immer die Männer der alten Epoche das Regiment. Dennoch war selbst das ein bedeutender Schritt vorwärts. Während auf dem I. turkestanischen Parteikongreß nicht mehr als ein Muselmann vertreten war (und selbst dieser kam aus Moskau), bestand auf dem III. Kongreß schon die Hälfte der Delegierten aus Muselmännern. Der Anschluß an das Zentrum und das Eintreffen der Kommission des Allrussischen Zentralexekutivkomitees und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands in Sachen Turkestans (der „Turkkommission") aus Moskau war von ausschlaggebender Bedeutung für die Festigung des Zutrauens der breiten Massen der Eingeborenen zur Sowjetmacht. Die Frage der nationalen Selbstbestimmung der Stammvölker Turkestans und der Anerkennung der Selbständigkeit der Turkestanischen Republik wurde auf eine praktische Grundlage gestellt. Laut Beschluß der III. muselmännischen kommunistischen Landeskonferenz und der V. Landeskonferenz der Partei vom Januar 1920 werden der muselmännische und der russische Teil der Kommunistischen Partei Rußlands, die bis dahin getrennt waren, zusammengeschlossen.

Dies ist aber nur ein kleiner Anfang der wahren Selbstbestimmung der werktätigen Massen: der Kirgisen, Usbeken und Turkmenen. Die Ausmerzung der kolonisatorischen Vergangenheit und die unerbittliche Reinigung der lokalen Sowjet- und Parteiorganisationen von den Elementen, die sich dort eingeschlichen haben, wird eine langwierige schmerzhafte Operation sein. Um sie erfolgreich durchzuführen, muß vor allen Dingen den Wucherern von Semiretschensk die Möglichkeit genommen werden, die Kirgisen auszubeuten.

Anderseits führt die „nationale Selbstbestimmung" in der ersten Zeit dazu, daß die Herrschaft über die Sowjetinstitutionen und den Parteiapparat an vielen Stellen in die Hände der besitzenden ausbeuterischen Elemente der Eingeborenen — der Beys, der Manapen, der Vertreter des Handelskapitals und der früheren Dolmetscher der zaristischen Beamten übergeht. Diese sind bestrebt, die traditionellen Methoden des Orients in bezug auf Unterdrückung und Ausbeutung der unbemittelten Bevölkerung mittels persönlichen Terrors usw. in die Sowjetorganisationen hinüberzuretten. Obgleich diese Vertreter der eingeborenen Bevölkerung auch einen Eid auf die nationalen Interessen leisten, sind sie tatsächlich

keineswegs Träger der nationalen Selbstbestimmung, denn mehr als an allem anderen ist es ihnen an der Spekulation gelegen. Sie verstehen es vorzüglich, sich bei den Kolonisatoren beliebt zu machen, wobei sie aus der „Dezentralisation" der Macht großen Vorteil ziehen, und gehen mit ihnen ein Bündnis zur Fortsezung der alten Politik ein, ohne sich um die Aufhebung der nationalen Ungleichheit in bezug auf Sprache, Versorgung der Bevölkerung mit allem Nötigen, Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse usw. auch nur im geringsten zu kümmern.

Die Tatsache, daß die Macht nach dem Durchbruch des „Orenburger Pfropfens" zum Teil auf diese Leute überging, erklärt sich aus der voraufgegangenen kolonisatorischen Praxis, die in der ersten Zeit nach ihrer Einstellung nur solche „nationale" Vertreter hochbringen konnte; nur sie vermochten es, als erste an die Oberfläche des sozialen Lebens emporzuschwimmen. Sie lenkten den „Schutz der nationalen Interessen" in die Linie des geringsten Widerstandes und führten ihn nicht weiter als zum Kampf für ihre „eigenen" Leute, für die „nationalen" Beamten in den Staatsinstitutionen. Die Kraft dieser Elemente liegt natürlich nicht in ihrer kulturellen Entwicklung. Sie sind nicht einmal imstande, die Zusammenarbeit, wenn auch nur mit dem intellektuellen Lehrpersonal, in Gang zu bringen. Ihre Kraft liegt vielmehr in den Ueberbleibseln der patriarchalischen Familienordnung, in den Ueberresten der Leibeigenschaftsbeziehungen, in der Unterstützung, die die muselmännische Geistlichkeit, die „Ulema", ihnen zuteil werden läßt.

Aus dieser flüchtigen Skizze der Lage in Turkestan nach seiner Befreiung aus dem weißgardistischen Ring ergibt sich klar und deutlich die Notwendigkeit, den Kampf an zwei Fronten zu führen: gegen die Kolonisatorenherrschaft einerseits, gegen die Uebermacht der Beys andererseits.

Mit Hilfe der vorgeschrittenen Elemente der eingeborenen Werktätigen begann das russische Proletariat diesen Kampf auf internationalem Klassenboden unmittelbar nach der Herstellung der Verbindung mit Turkestan.

Die russische Rote Armee zog die betrogenen Massen Turkestans auf ihre Seite (die Turkmenen gingen zur Sowjetmacht über, eine ganze Reihe von bachmatschischen Truppenteilen in Fergan schloß sich der Roten Armee an); sie brachte den Sieg an den Fronten.

Das russische Proletariat begann das Werk des revolutionären Aufbaus auf der Grundlage der nationalen Selbstbestimmung der werktätigen Stammvölker Turkestans.

IV.

Auf dem Wege zur nationalen Selbstbestimmung und zur Selbstbestimmung der Klassen haben die werktätigen Massen der eingeborenen

Völker Turkestans die verruchte koloniale Vergangenheit zu überwinden. Die Kolonialherrschaft erschwerte die Annäherung der Werktätigen der ehemaligen machthabenden Nation an die Werktätigen der unterdrückten Völkerschaften erheblich. Daher die Herrschaft der kolonisatorischen Elemente in der ersten Periode der Revolution in Turkestan. Gehörte doch fast die ganze russische Bevölkerung zum kolonialen Unterdrückungsapparat.

Zudem erhielt die reaktionäre Macht die veraltete soziale Ordnung unter den eingeborenen Völkern aufrecht, isolierte die kirgisischen, sartischen, usbekischen und turkmenischen Massen von dem Weltprozeß der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Stammbevölkerung Turkestans besteht aus Kirgisen, die in den Gebieten Syr-Darja und Semiretschensk leben, aus Usbeken und Sarten in den Gebieten Samarkand und Ferghan und aus Turkmenen im transkaspischen Gebiet. Am schwächsten ist die Klassendifferenzierung unter den Turkmenen. Nur etwa die Hälfte der Turkmenen betreiben Ackerbau, die übrigen führen ein Nomadenleben und beschäftigen sich hauptsächlich mit Viehzucht. Die patriarchalische Familienordnung hält sich unter ihnen sehr fest. Lohnarbeit besteht fast gar nicht. Die Ausbeutung eines Turkmenen durch den anderen fußt auf der Benutzung des lebenden und toten Inventars, an dem es den Unbemittelten fast gänzlich fehlt. Das Handelskapital ist hauptsächlich durch Elemente anderer Nationen, durch Perser und Armenier, vertreten. Der nationale Haß richtet sich denn auch gegen diese.

Die Klassenpolitik in Turkestan muß in erster Reihe in staatlicher Unterstützung der Unbemittelten mit lebendem und toten Inventar bestehen, denn diese Frage ist seit der Ruinierung der Bevölkerung zuerst durch den imperialistischen und darnach durch den Bürgerkrieg zur Hauptfrage geworden.

Die kirgisische Bevölkerung hat, wenn auch in geringerem Maße, ebenfalls noch nicht mit dem Nomadenleben gebrochen. Ihr Uebergang zum ansässigen Leben wurde bis jetzt dadurch überaus erschwert, daß die russischen Ansiedler die besten Ländereien an den Wasserwegen ergriffen hatten. Die überwiegende Mehrzahl der Kirgisen gehört zu den halbproletarischen Unbemittelten, die von ihren früheren Stammvätern, den Manapen, sowie von den russischen Wucherern ausgebeutet werden. Das Absterben der alten Familienordnung vollzieht sich langsam, wenngleich nicht nur innerhalb der Familiengemeinde, die noch bis heute die juridische Eigentümerin der Ländereien der Familie ist, sondern auch zwischen den reichen und den armen Familien eine Abschichtung sich deutlich geltend macht. Die kirgisischen Unbemittelten beginnen zu verstehen, wo ihre Interessen liegen. Schon 1917 betätigten sich zwei soziale Organisationen unter den Turkestaner Kirgisen: die eine, das

sogenannte „Kirgisische Revolutionskomitee“ (nicht zu verwechseln mit dem höchsten Sowjetorgan der autonomen Kirgisischen Republik), vereinigte die besitzenden Oberschichten, die andere, die unter dem Namen „Fucharta“ auftrat, organisierte die Unterschichten. Die kirgisische unbemittelte Bevölkerung hat keine Lust mehr, für die russischen Wucherer zu arbeiten, die bereits einen ungewohnten Mangel an Lohnarbeitern bei der Bestellung ihrer Felder empfinden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ostvölkern sind die Kirgisen wenig religiös. Die Geistlichkeit übt keinen großen Einfluß aus und bildet auch keine besonders bevorzugte Kaste.

Die einflußreichste nationale Gruppe unter der eingeborenen Bevölkerung sind die Usbeken und die Sarten. Die grundlegende Masse unter ihnen bilden die werktätigen Dekanen (die Bauern, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Beys befinden). Das Handelskapital ist hier stark entwickelt und streckt seine Fühler nicht nur nach den werktätigen Dekanen, sondern auch nach den kleinen Heimarbeitern, den Halbproletariern in Stadt und Land aus. Die Märkte dienen als Knotenpunkte des wirtschaftlichen Lebens, als Organisationsmittelpunkte des öffentlichen Lebens.

Das Religionsgesetz „Schariat“ heiligt den Handel als gerechtes und nützliches Werk und sanktioniert sozusagen das Bündnis zwischen Kirche und Reichtum, zwischen dem geistlichen Stand, dem „Ulema“ und den Beys. Die Religion des Orients, der Islam, ist eine soziale und politische Religion. Der Schariat und der Asat (Grundgesetze) sehen alle Einzelheiten der bürgerlichen und Familienordnung vor. Hieraus erhellt, weshalb das Werk des revolutionären Aufbaus in Turkestan auf schwer überwindliche Hindernisse stößt. Die Usbeken sind ein Volk mit mittelalterlicher, orientalischer Kultur, die sich im theokratischen Buchara noch völlig unangetastet erhalten hat. Buchara ist der Sitz der religiösen Gelehrsamkeit in diesem Teile des Ostens und übt gegenwärtig, dank dem Schmuggelhandel, auch auf die Gebiete Samarkand und Ferghan seinen Einfluß aus Im Namen des Islams treten die Ferghaner Basmatschen auf. Die Beys aber erklären zu gleicher Zeit frei und offen, „die Anarchie werde dauern, solange die Bolschewiki bestehen“. Die englisch-weißgardistischen Spitzel, die den Orient überfüllen, hüllen sich ebenfalls in das Gewand der religiösen Reaktion und singen dasselbe Lied. Der Kampf für die kulturelle Selbstbestimmung der Usbeken und Sarten (die bis jetzt weder eine nationale Literatur, noch die neue Schreibweise oder moderne Schulen haben, da die Beys und Ulemas dagegen sind) wird somit unabwendbar zum Klassenkampf. In Kokand mit seinem Handel und seiner Industrie gibt es etwa zehntausend muselmännische Proletarier, von denen Hunderte, ja Tausende an den Eisenbahnen und in den Unternehmen arbeiten; das Land

zählt Tausende und Abertausende halbproletarischer Heimarbeiter und endlich Hunderttausende werktätiger Dekanen; sie wollen den Druck der räuberischen Basmatschen, die von den Beys unterstützt werden nicht mehr dulden. Dieses sind denn auch die wahren Elemente der Sowjetmacht in Turkestan — gemeinsam mit den unbemittelten Kirgisen und Turkmenen.

Trotz der Rückständigkeit der wirtschaftlichen Lage ist die Organisation von Sowjets der Werktätigen keine Utopie. Diese Sowjets bestehen bereits, und die unbemittelte Bevölkerung, die die Befreiung von der alten Knechtschaft immer sehnlicher herbeiwünscht, macht sie zu ihren Stützpunkten im Kampf gegen die Beys. Der Zusammenschluß des Kleingewerbes im Rahmen der öffentlich organisierten Industrie, die staatlich- genossenschaftliche Organisation der kleinen Heimarbeiter, der Handwerker und der werktätigen Dekanen, die keine fremde Arbeit ausbeuten — das ist die Losung, die die unbemittelte Eingeborenenmasse sich immer mehr zu eigen macht. Die wirtschaftliche Zerrüttung läßt keinen andern Ausweg zu, und die Massen begreifen, daß, abgesehen von der Sowjetmacht in Turkestan nur eine feudale Anarchie mit unbeschränkter Herrschaft der Begs, Manapen und Beys bestehen könnte.

Der Weg der Revolution im Orient ist schwer. Die Revolution muß hier ganze geschichtliche Epochen überspringen. Aber es gibt für die Ostvölker keinen anderen Ausweg als die Sowjetrevolution.

G. Safarow.

Sowjetrußland und die englisch-französische Ränke im Osten.

1. Der Kampf um das Schwarze Meer und den Kaukasus. – Die Bakufrage.

Das Bestehen Sowjetrußlands hindert die imperialistischen Mächte an der Verwirklichung ihrer räuberischen Pläne im Osten. Um die Aufmerksamkeit Rußlands von der revolutionären Arbeit im Osten abzulenken, hetzen England und Frankreich Polen gegen uns. Um die Annäherung Sowjetrußlands an den erwachenden Orient zu verhindern, unterstützen England und Frankreich Wrangel, befestigen und stärken sie das menschewistische Georgien und das Armenien der Daschnakzutjun.

Der Kampf gegen Sowjetrußland ist ein Kampf gegen den revolutionären Orient und umgekehrt: der Kampf gegen den Orient ist ein Kampf gegen Sowjetrußland.

Weshalb sind England und Frankreich so sehr an der Unterstützung Wrangels interessiert? Weil, solange die Krim in Wrangels Händen ist, das Hinterland der revolutionären Türkei bedroht ist und Sowjetrußland den anatolischen Revolutionären nicht zu Hilfe kommen kann. Dadurch, daß sie Wrangel helfen und in der Krim einen Stützpunkt haben, erhalten England und Frankreich die Möglichkeit, in jedem beliebigen Augenblick im Rücken der roten anatolischen Armee, im Rücken der Truppen Kemals Landungstruppen auszusetzen und jede Verbindung der Türkei mit Sowjetrußland über das Schwarze Meer abzuschneiden. Andererseits ist unser Hinterland bedroht, solange Kleinasien sich in den Händen der Expeditionstruppen der Verbündeten befindet. Wenn der europäische Imperialismus das menschewistische Georgien und das daschnakzutjunische Armenien mit Waffen, Geld und Getreide unterstützt, so tut er es, um die Barriere zu verstärken, die das revolutionäre Rußland und den Kaukasus von der revolutionären Türkei, von Persien und Indien trennt. Die griechische Okkupation Thraziens und Adrianopols verfolgte das Ziel, die revolutionäre Türkei und Sowjetrußland vom revolutionären Balkan zu isolieren. Ueberall errichtet der Imperialismus solche künstlichen Sperren gegen uns, aber alle diese Sperren werden unter den Schlägen der Volksmassen der Krim, Georgiens, Armeniens, Thraziens und Griechenlands zusammenstürzen.

Der Kapitalismus gräbt mit seiner Politik sich selbst das Grab; jedoch

um den Tod des Kapitalismus zu beschleunigen, müssen die Völker des Ostens sich vereinigen und Hand in Hand mit Sowjetrußland der Weltbourgeoisie den letzten Schlag versetzen. Der revolutionäre Osten muß ein enges Bündnis mit Sowjetrußland eingehen.

Die Uebergangsform zur vollen Vereinigung der werktätigen Massen wird die Föderation der Sowjetstaaten sein.

Die türkischen Genossen sprachen sich in ihrem Schreiben an die Sowjetregierung dahin aus, daß die Dardanellenfrage von den Schwarzmeerstaaten, ohne Beteiligung Wrangels und der Entente, gelöst werden solle.

Wir können nicht umhin, diesen Gedanken zu bewillkommnen, denn seine Verwirklichung wäre der erste Schritt zur Föderation aller Völker und Länder, deren Gebiete am Schwarzen Meer gelegen sind.

Solange der Bosporus und die Dardanellen sich in den Händen des kapitalistischen Europas befinden, solange die englischen Geschwader freien Zugang zum Schwarzen Meer haben, werden die Ukraine und Sowjetrußland im Kampf gegen die internationale Gegenrevolution und deren Söldlinge verbluten. Erst von dem Augenblick an, wo das Schwarze Meer in die Hände der Sowjetstaaten übergehen und das rote türkische Banner oder das Banner der Sowjetföderation der Schwarzmeerstaaten über Konstantinopel wehen wird, werden wir ein friedliches Leben beginnen und uns schöpferischer Arbeit widmen können.

Die Versuche Englands, Sowjetrußland völlig zu isolieren und es vom Osten zu trennen, beschränken sich nicht auf die obigen Maßnahmen. England begnügt sich nicht damit, die christlichen Staaten Griechenland, Armenien, Georgien, die Wrangelsche Krim als Barriere gegen uns zu benutzen, sondern ist bestrebt, auch die muselmännischen Massen in den Kampf gegen uns hineinzuziehen. Gestützt auf die besitzenden Klassen — die Grundbesitzer, die Großkaufleute, die Schieber und die höhere Geistlichkeit Bucharas, Afghanistans, Persiens und zum Teil auch des Ottomanischen Reiches, errichtet das imperialistische England gegen uns eine Front von Kleinasien über das nordöstliche Persien (Chorossan), über Afghanistan, das gebirgige Buchara, wohin der Emir von Buchara geflüchtet ist, und über die russischen Pamiren bis zum aufständischen Ferghan. Mit der Verwirklichung dieses Planes schließt England die strategische Umzingelung Sowjetrußlands ab, isoliert die vor England liebedienernden Länder von dem Einfluß Sowjetrußlands und erhält die Möglichkeit, die revolutionäre Bewegung in Indien und in der Türkei auf das unbarmherzigste zu unterdrücken.

Um die Kemalisten endgültig niederzuringen und die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Türkei zu verhüten, ist England bestrebt, den Sultan zu seinem Werkzeug zu machen, indem es ihm im Kampf gegen die Kemalisten Unterstützung verspricht und den Panislamismus schürt. Die Agenten Englands entwickeln

in Kleinasien eine weitgehende Propaganda, wobei sie sich hinter dem Namen des Sultans verschanzen und das Gold nicht sparen. Die englischen Agenten organisieren Aufstände gegen Kemal und dessen bolschewistische Verbündete. Sie stellen sie als Gottlose und Feinde des muselmännischen Glaubens dar, die angeblich in die Moscheen eindringen, den muselmännischen Frauen die Schleier vom Gesicht reißen, durch ihr Vorgehen in Aserbeidshan, Buchara, Turkestan und Nordpersien die muselmännischen Gefühle und religiösen Anschauungen verletzen. Dieser gesamte Lügen- und Verleumdungsfeldzug trägt seine Früchte, und Kemal sieht sich gezwungen, die von den englischen Agenten im Namen des Sultans provozierten gegenrevolutionären Aufstände mit äußerster Strenge zu unterdrücken. Die Agenten der Entente verbreiten das Gerücht, daß bald der Sultan selbst nach Kleinasien kommen, das heilige grüne Banner des Propheten aufrollen und zum Kriege gegen die Bolschewiki ausziehen werde. In der Türkei selbst verhalten sich die besitzenden Klassen äußerst mißtrauisch zu Kemal und neigen zur Entente hin. Die Vertreter dieser sozialen Schicht, Ferid Pascha und seine Schleppenträger, sind bereit, England im Kampf gegen Kemal mit aller Kraft zu unterstützen. Sie versprechen, im Fall Anatolien von den Truppen der Verbündeten erobert und diese Provinz dem Sultan übergeben würde, den Verbündeten zweimalhunderttausend Soldaten zum Kampf gegen die Bolschewiki zur Verfügung zu stellen. Ferid Pascha übernimmt es, dieses Heer nach der Niederwerfung Kemals und dem Uebergang der Macht in die Hände des Sultans in Anatolien aufzutreiben. Der türkische Offiziosus erklärt, zum Schutz Bulgariens, Serbiens und Mazedoniens, wie auch der französischen, englischen und italienischen Kolonien gegen einen Angriff vom Norden aus sei eine starke antibolschewistische Türkei unbedingt notwendig. Die türkischen Reaktionäre versuchen Europa zu überzeugen, daß Griechenland nicht imstande sei, die Rolle eines starken Schutzwalls gegen die bolschewistische Gefahr zu übernehmen und daß nur eine starke, erneute, um den Sultan vereinigte Türkei als derartige Sperre dienen könne. Die englischen Agenten unterstützen diese Pläne, ohne natürlich an die Möglichkeit der Auftreibung eines großen türkischen Heeres gegen Sowjetrußland zu glauben. Andererseits können die englischen Staatsmänner sich nicht der Einsicht verschließen, daß eine derartige Armee sich leicht gegen die Verbündeten selbst und in erster Reihe gegen die Griechen wenden könnte. Auf jeden Fall aber, um der Türkei irgend welche, wenn auch nur papierene Zugeständnisse zu machen für das Smyrnasche Vilajet, das in griechischen Händen bleibt, für Syrien, das in eine französische Kolonie verwandelt wird, für Mesopotamien, auf das die Engländer selbst Anspruch erheben, weist England die Türkei auf ihre geschichtlichen Anrechte, auf das von türkischen Stämmen bevölkerte Aserbeidshan, den Kaukasus und Turkestan hin. Als Antwort auf das Bestreben, die werktätigen Massen des Ostens

um Sowjetrußland zusammenzuschließen, beginnt England mit der panislamitischen Bewegung zu kokettieren und bemüht sich, die ganze muselmännische Welt gegen uns aufzuhetzen, um den panislamitischen Strom vom Westen nach dem Osten abzulenken. England bereitet einen heiligen Krieg der Muselmänner gegen Sowjetrußland vor, treibt Intrigen im Kaukasus, in Turkestan und Ferghan, unterstützt die Basmaken (ferghanische Räuber), die Verheerungen anrichten und bereits mehrere Dutzend Rohbaumwollfabriken in Ferghan niedergebrannt haben. Auf diese Weise versucht England, unsere ohnehin schwierige wirtschaftliche Lage noch zu verschlimmern und uns von den Naphta- und Baumwollquellen abzuschneiden.

England ist somit einerseits bestrebt, uns mit einem eisernen Ring feindlicher Staaten zu umgeben, die die Rolle von Puffern zwischen Sowjetrußland und den englischen Besitztümern und Kolonien im Osten spielen sollen; andererseits stachelt es die muselmännische Welt gegen uns auf und stößt sie in einen heiligen Krieg gegen Sowjetrußland hinein. In der Verwirklichung dieses Planes verfolgt England nicht nur das Ziel, die Zugänge zu Indien, dem Persischen Meerbusen und dem Bosporus zu schützen, es verfolgt auch aggressive Ziele.

Das kapitalistische England kann die glückliche Zeit nicht vergessen, als es Baku mit seinen Naphtaquellen in Händen hielt und in räuberischer Weise Millionen und Abermillionen Pud Naphta in die Metropole ausführte, wobei es gleichzeitig Rußland von dem flüssigen Brennstoff abschnitt, dessen Besitz für Rußland eine Lebensfrage war. Bekanntlich verbrauchte Rußland in der Vorkriegszeit für den Eisenbahn- und Industriebetrieb alljährlich 360 000 000 Pud Naphta und 2 Milliarden Pud Kohle, die teils aus dem Donezbecken, teils aus England stammten. Wenn die Unterstützung, die Kaledin und Denikin zuteil wurde und die Wrangel jetzt erhält, in erster Reihe das Ziel verfolgte und verfolgt, Sowjetrußland von der festen Kohle, diesem Brot der Industrie, abzuschneiden, so besteht eines der Hauptziele der gesamten Orientpolitik und insbesondere der Kaukasuspolitik Englands darin, sich der flüssigen Kohle von Baku zu bemächtigen und die russische Sowjetrepublik dieses ihr so nötigen Brennstoffs zu berauben.

Von diesem Standpunkt aus ist der Krieg zwischen der Föderation der Sowjetrepubliken und dem Weltimperialismus ein Krieg um die feste und flüssige Kohle. Die Sowjetrepubliken streben danach, den festen und flüssigen Brennstoff um jeden Preis in ihren Händen zu behalten, denn ohne ihn ist es unmöglich, die zerrüttete Wirtschaft wieder aufzurichten und einen blühenden kommunistischen Staat, einen Staat der siegreichen Arbeit zu errichten. Die kapitalistischen Mächte und in erster Reihe England sind dagegen bestrebt, uns dieser Brennstoffe zu berauben, erstens um unsere Eisenbahnen zum Stillstand zu bringen, alle unsere Fabriken lahmzulegen und die Arbeitermassen der Sowjetföderation mit dem Strang

des Hungers und der Kälte zu erdrosseln, zweitens, um das Naphtamonopol in ihre Hände zu bekommen, die Dividenden der Naphtatrusts zu erhöhen und den Gewinn der Petroleumkönige und -barone zu vergrößern.

Es ist somit offensichtlich, daß die Verteidigung des Bakuer Bezirks und der Zugänge zu den Naphtaquellen eine heilige Aufgabe des Proletariats von Baku und der werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen von ganz Aserbeidshan ist. In der Durchführung dieser Aufgabe können die werktätigen Massen Aserbeidshans auf die tatkräftige Unterstützung der russischen, ukrainischen, tatarischen und baschkirischen Republiken, mit einem Wort — auf die Unterstützung der werktätigen Massen der Allrussischen Föderativen Republik rechnen. Die russischen, ukrainischen, tatarischen, baschkirischen Rotarmisten und Aspiranten, die hier in Baku in vollem Bewußtsein der Bedeutung ihres Postens Wache halten, werden die Tore der Stadt im Falle der Gefahr unter Einsatz ihres Lebens verteidigen, denn Baku ist zugleich die geistige Feste der proletarischen Revolution im Osten und ein machtvolles wirtschaftliches Reservoir, das die proletarischen Republiken mit der überaus wertvollen Naturgabe, dem Naphta, versorgt, ohne welches unsere wirtschaftliche Wiedergeburt unmöglich ist. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß nicht nur das Schicksal der werktätigen Massen der Allrussischen Föderativen Republik, sondern auch die Zukunft der III. Internationale in bedeutendem Maße davon abhängt, in wessen Händen Baku sich befindet, diese von nun an heilige Stadt, wo vor kurzem der erste Kongreß der Ostvölker tagte, dessen Vertreter gelobten, ihr Leben hinzugeben für Sowjetrußland, dieser Vorhut im Kampf gegen den Weltimperialismus für die Befreiung der werktätigen Massen des gesamten Westens und Ostens. Und die III. Internationale ist überzeugt, daß jeder Arbeiter, jeder Rotarmist, der auf diesem Vorposten unserer Ostfront steht, seine Pflicht erfüllen wird.

2. Die Rolle Georgiens und Armeniens im Plane der Abwürgung Sowjetrußlands.

Das wichtigste Werkzeug des Weltimperialismus und des räuberischen Englands im Kampfe gegen die Föderation der Sowjetrepubliken sind zwei kleine bürgerliche Staaten des Kaukasus, die an Sowjetaserbeidshan grenzen, nämlich: das menschewistische Georgien und das daschnakzutjunische Armenien. Georgien und Armenien sind das eiserne Schloß, der schwere Riegel an dem von der Allrussischen Föderation nach dem Osten führenden Tor, das die Entente zugeworfen hat. Vom Standpunkt des internationalen Imperialismus findet das Bestehen Armeniens und Georgiens seine einzige Rechtfertigung gerade in der Mission dieser beiden Staaten, als Puffer, als undurchdringliches Gitter zu dienen zwischen dem

revolutionären Rußland und Sowjetaserbeidshan einerseits und dem erwachenden Orient, in erster Reihe der Türkei und Persien — andererseits.

Gleichzeitig werden die armenisch-georgischen Truppen, die der kapitalistische Westen eifrig mit Waffen, Bekleidung und allem Nötigen versorgt, als Kerntruppen der Armee betrachtet, die die Entente an der kaukasischen Front gegen Sowjetrußland aufzustellen beabsichtigt, um Baku mit seinen Naphtareichtümern an sich zu reißen.

Das menschewistische Georgien und das daschnakzutjunische Armenien übernehmen bereitwillig die Rolle von Lakaien des internationalen Kapitalismus und träumen davon, zu Henkern Sowjetrußlands zu werden. Ihre innere Lage, die Unmöglichkeit, als unabhängige Republiken selbständig zu bestehen, treibt die Regierungen dieser beiden Länder in die gewagtesten Abenteuer. Vorläufig halten sich diese beiden Staaten nur dank der Geld-, Brot- und Waffenunterstützung, die die Entente ihnen zukommen läßt. Was Georgien anbelangt, so lebt es von den riesigen Heeresbeständen, die von der kaukasischen Armee und den russischen öffentlichen Kriegshilfsorganisationen dort zurückgelassen wurden. Das Eigentum dieser letzteren allein wurde nach Vorkriegspreisen auf 500 Millionen Rubel, d. h. nach jetzigen Preisen 50 Milliarden Rubel geschätzt. Und doch ist das bloß ein geringer Teil der Bestände, die Georgien im Augenblick der Erklärung seiner Unabhängigkeit an sich riß. Ferner darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß Georgien ein wertvolles Eisenbahninventar und die während der Kriegsjahre gut ausgestatteten Kohlengruben von Tkwibul und Nachschir erhielt, ohne einen Kopeken der Staatsschuld zu übernehmen.*)

Es versteht sich, daß ein kleiner Staat wie Georgien unter solchen Bedingungen einige Jahre lang sorgenfrei von den Beständen existieren kann, die die kaukasische Armee und die öffentlichen Organisationen zurückgelassen haben. Der normale Haushalt eines kleinen, in Ausdehnung und Bevölkerung Georgien ungefähr gleichkommenden Staates (Georgien zählt etwa 2½ Millionen Bevölkerung), wie Serbien oder Griechenland, betrug in der Vorkrieszeit nach dem Kurs, der vor dem Jahre 1914 bestand, nicht mehr als 100—120 Millionen (nach heutiger Valuta etwa 12 Milliarden) Rubel jährlich und zwar bei recht bedeutender Staatsschuld. Was Wunder daher, daß Georgien diese zwei letzten Jahre von den 100—150 Milliarden Rubel (nach heutigem Kurs) leben konnte, deren es sich nach seiner Abtrennung von Rußland bemächtigt hatte. Aber natürlich wird das nicht lange so weitergehen können.

Gleich den bürgerlichen Regierungen aller kapitalistischen Länder, für die der unmittelbare Raub seit dem Ausbruch des Krieges zur hauptsäch-

*) Siehe den Artikel Chudadows „Aserbeidshan und Georgien" im Organ des Volkswirtschaftsrats der Aserbeidshanischen Sozialistischen Föderativen Republik „Die Volkswirtschaft" Nr. 3—4 vom August 1920.

lichsten Lebensquelle wurde, die die Sorgen um die Hebung der produktiven Kräfte des Landes, um die Verbesserung des Eisenbahnverkehrs usw. in den Hintergrund rückten, träumen Georgien und Armenien davon, ihre trostlose wirtschaftliche Lage durch einen Krieg, durch ein Eindringen in Sowjetaserbeidshan aufzubessern. Wenn die vereinigten Kräfte der Entente Aserbeidshan ergreifen, hoffen die georgischen Menschewiki und die armenischen Daschnaken auch ihr Schärfchen ins Trockene zu bringen.

Eine aufmerksame Durchsicht der armenisch-georgischen Tagespresse läßt über die räuberischen Pläne der bürgerlichen Nachbarstaaten Aserbeidshans keinen Zweifel übrig. Die menschewistische Presse Georgiens und Armeniens führt eine erbitterte, erbarmungslose Hetze und Provokationskampagne gegen Sowjetrußland. Die Daschnaken klirren mit den Waffen.

Im Parlament zu Eriwan und in den Spalten der offiziösen Presse wird frei und offen der Krieg gegen Aserbeidshan und Sowjetrußland gepredigt. In ihrer kriegerischen Stimmung hat die Daschnakenregierung sogar einer Friedenskonferenz mit der Aserbeidshaner Sowjetrepublik entsagt. Die Daschnakenregierung kann in dieser Politik gegenüber dem Nachbarstaat auf die vollste Unterstützung der kapitalistischen Mächte der Welt rechnen. Die armenische Bourgeoisie wird vollauf mit weißem Mehl versorgt, das die Lieferanten der Entente ihr über Batum und Eriwan zustellen. Die daschnakische Armee und Polizei ist mit Mauserrevolvern und Gewehren neuesten Systems, angefertigt im Jahre 1920, ausgerüstet, in auswärtige Militäruniform gekleidet, und wird über dasselbe Batum unaufhörlich mit Kriegsmaterial und Zubehör versorgt.

Das daschnakische Armenien will Sowjetaserbeidshan überfallen. Und nicht nur Aserbeidshan. Die Daschnaken träumen davon, die Türken aus den Armenien benachbarten Vilajets zu vertreiben und einen bedeutenden Teil Kleinasiens an sich zu reißen. Die armenische Presse propagiert die Idee eines Bündnisses mit dem Griechenland von Venizelos und fordert die griechische Armee auf, Trapesund zu besetzen. „Die Türkei liegt in Trümmern", — schreiben die armenischen Tagesschriftsteller. — „Man muß sich auf diesen Trümmern befestigen und ein Groß-Armenien gründen."

Die Daschnaken haben mit Georgien ein militärisches Verteidigungsbündnis gegen Aserbeidshan und Sowjetrußland geschlossen. Ohne Unterstützung Georgiens hätten die Daschnaken nicht gewagt, sich so herausfordernd zu verhalten, wie sie es in bezug auf die Sowjetrepubliken Rußland und Aserbeidshan tun. „Im Namen der Interessen der Menschheit muß Aserbeidshan — der Sklave der Türkei — vernichtet werden", schreibt der daschnakische Offiziosus („Mschak" vom 31. August). „Die beiden vorgeschrittenen und organisierten, Europa bekannten Demokratien — Georgien und Armenien müssen vom Wort zur Tat übergehen, um der bolschewistischen Gefahr vorzubeugen." („Slowo" vom 19. Aug.)

Es fragt sich nun, wie Georgien sich uns gegenüber verhält. Trotzdem die georgischen Menschewiki mit Armenien durch ein Kriegsbündnis gegen Rußland verbunden sind, sehen sie sich dennoch gezwungen, eine gewisse Vorsicht walten zu lassen und ihre Absichten zu verschleiern. Die Stimmung des georgischen Proletariats ist derartig, daß keine georgische Regierung sich erdreisten würde, den Volksmassen den Plan eines Ueberfalles auf Sowjetrußland zu eröffnen. Schon allein der Gedanke eines Krieges gegen das russische Volk und die russischen Arbeiter, mit denen die Proletarier Georgiens jahrzehntelang Hand in Hand gegen die Zarenherrschaft und die Kapitalisten gekämpft haben, würde dem georgischen Proletariat als Unding erscheinen. Dieser Umstand veranlaßt die menschewistische Regierung Georgiens, äußerlich Neutralität zu bewahren und von allzu offener Provokation in bezug auf Aserbeidshan Abstand zu nehmen. Das hindert die georgischen Menschewiki jedoch nicht, alles zu tun, was von ihnen abhängt, um die Sowjetmacht im Kaukasus zu stürzen und einen Ueberfall auf Aserbeidshan vorzubereiten. Wir wissen, welche energische Unterstützung das menschewistische Georgien Wrangel zuteil werden ließ, als es den von den Bolschewiki verfolgten Ueberresten der Armee Denikins die Möglichkeit gab, sich ruhig in einem georgischen Hafen einzuschiffen und samt allen Waffen und Gepäck nach der Krim abzusegeln. Die Hauptstadt Georgiens Tiflis ist die Basis der Mussawatisten (aserbeidshanische Nationalisten), die bis zur Errichtung der Sowjetmacht Aserbeidshan regierten und deren sehnlichster Wunsch es ist, nach Verjagung der Kommunisten mit Hilfe der armenisch-georgischen Truppen ihre Herrschaft im Lande wieder aufzurichten. In demselben Tiflis wurde unter tatkräftiger Mitwirkung der georgischen Menschewiki die sogenannte Gebirgsregierung zusammengestoppelt, die auf die Macht in Dagestan, Tschetschen und Inguschetien Anspruch erhob. Das nachstehende Telegramm aus Wladikawkas vom 26. September ist überaus kennzeichnend für die Intrigen der georgischen Menschewiki im Kaukasus:

„Bei der Durchsicht des Gepäcks eines Kuriers des georgischen Konsulats in Wladikawkas fand man für mehr als zwei Milliarden Wertsachen in Paketen, die an Gegetschkori adressiert und mit dem Siegel der georgischen Regierung versehen waren. Es wurden 5 Pud Silber, 10 Pund Gold, 5 Millionen Zarengeld und viele Brillanten und andere Wertsachen vorgefunden. Ferner fand man eine Korrespondenz, die die Beteiligung Georgiens an der Tätigkeit der Banden im Nordkaukasus bestätigt. Es stellt sich heraus, daß Georgien ein Netz von Spionageorganisationen in Rußland unterhält und allerhand Generäle mit Geldmitteln versorgt, sowie verschiedene Aufträge für Wrangel ausführt. Wir sehen somit, daß Georgien ebenso wie Armenien bestrebt ist, die Sowjetmacht im Kaukasus zu untergraben, und einen Ueberfall auf Aserbeidshan vorbereitet. Zu diesem Zweck zieht Georgien seine Truppen an den Grenzen zusammen,

schließt mit Armenien einen Kriegsvertrag ab, bezieht Waffen und alle erforderliche Munition für seine Armee von der Entente. Da angesichts der brüderlichen Gefühle des georgischen Proletariats für die werktätigen Massen Rußlands alle diese Kriegsvorbereitungen sich jedoch als gänzlich ungenügend erweisen, um einen Krieg gegen Sowjetaserbeidshan zu wagen, versuchen die georgischen Menschewiki, eine geeignete psychologische Atmosphäre für einen Krieg gegen Rußland zu schaffen und mit aller Kraft einen Umschwung in der Stimmung des georgischen Proletariats herbeizuführen. Zu diesem Zweck, eigens zur Vorbereitung des Ueberfalls auf die Sowjetrepubliken, werden aus dem Ausland die Führer der verräterischen gelben II. Internationale, Kautsky, Huysmans, Renaudel, Vandervelde und andere Renegaten hinzitiert. Die georgische Presse benutzt die Ankunft dieser teuren Gäste, dieser angesehensten Vertreter und „verdienstvollen Männer" des „internationalen (!)" Proletariats, die Georgien mit ihrem Besuch beehrt haben, um einstimmig die in Georgien herrschende paradiesische Ordnung zu loben. Sie stellt diese Ordnung den Schrecken des bolschewistischen Regimes gegenüber und schimpft, was das Zeug hält, über den bolschewistischen Zentralismus, der angeblich alle Nachbarstaaten Rußlands bedroht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Kautsky und Vandervelde durch ihren Besuch Georgiens bewußt oder unbewußt — das ist für uns nicht wesentlich — den georgischen Chauvinisten in die Hände gespielt haben und den Zielen der letzteren, einen Angriff auf Rußland vorzubereiten, dienen.

Worin besteht die raison d'être, der Sinn der Reise nach Georgien, die die Delegation der gelben Internationale unternahm? Die bolschewistische Ordnung — sagen die Kautsky, Scheidemann und ihre georgischen Choristen — hat endgültig bankerott gemacht. Schon weht der Todesodem über ihr, und die Frage der neuen Ordnung, die die bolschewistische ersetzen wird, ist bereits zur akuten Tagesfrage geworden. Welche Ordnung eignet sich für Rußland am besten, was kann die werktätigen Massen vor Hunger, Kälte und dem endlosen Krieg mit den Weltmächten und den Nachbarstaaten retten? Auf diese Frage wird eine entsprechende Antwort gegeben: in Rußland muß dieselbe Ordnung, dasselbe menschewistische Paradies eingeführt werden, das in Georgien mit seiner konstituierenden Versammlung, seiner „unabhängigen" Presse usw. besteht. Die demonstrative Reise der Führer der II. Internationale nach Georgien verfolgte den Zweck, einerseits die europäische öffentliche Meinung und die kapitalistischen Regierungen in entsprechender Richtung zu beeinflussen, andererseits die Sympathien des georgischen Proletariats für das bolschewistische Rußland zu dämpfen und die Stellung der menschewistischen Regierung zu festigen.

Die Gefahr, die uns von seiten Georgiens und Armeniens droht, wäre ernst, diese beiden Staaten hätten uns zusammen mit Wrangel und

dem weißgardistischen Polen schon längst angegriffen, wenn sie nicht mit einem Umstand hätten rechnen müssen.

3. Die Stellungnahme der Volksmassen Georgiens und Armeniens zur Sowjetmacht.

Die Volksmassen Georgiens und Armeniens bringen der Idee der Sowjetmacht warme Sympathie entgegen. Dutzende von Vertretern Armeniens und Georgiens wohnten dem Kongreß der Ostvölker in Baku bei und gelobten gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern des Kongresses, Sowjetrußland vor den Angriffen des Weltimperialismus zu beschützen. Viele armenische und georgische Delegierte mußten eine ganze Reihe von Hindernissen überwinden, zahlreiche Wachtposten an den Grenzen ihres Landes umgehen, ehe sie nach Baku gelangten. Einigen dieser Delegierten gelang es, sich in die Heimat zurückzuschmuggeln, während andere an der Grenze angehalten und nicht in das Land hineingelassen wurden. Man erklärte sie für verbannt. Die Tatsache, daß Dutzende georgischer und armenischer Delegierter sich zum Kongreß nach Baku begaben, obwohl sie wußten, welche Unannehmlichkeiten ihnen bevorstanden, liefert einen glänzenden Beweis von der warmen Sympathie, die die werktätigen Massen Georgiens und Armeniens für Sowjetrußland und Aserbeidshan hegen. Hunderttausende georgischer und armenischer Bauern harren voller Ungeduld, daß die Truppen der Roten Armee ihnen zu Hilfe kommen, um die bürgerliche Regierung zu stürzen und die Sowjetordnung im Lande zu errichten. Wiederholt habe ich von georgischen und armenischen Bauern zu hören bekommen: „Wenn die Türken oder Tataren zu uns kommen, werden wir uns bis zum letzten Blutstropfen schlagen; die russischen Rotarmisten aber sind unsere Brüder, wir werden nicht gegen sie kämpfen."

Wir können natürlich nicht empfehlen, die Sowjetisierung Armeniens und Georgiens mit den Bajonetten unserer Rotarmisten durchzuführen. Ein derartiger Versuch wäre ein verbrecherisches Abenteuer. Wir wünschen keineswegs, dem Beispiel der georgischen Menschewiki und der armenischen Daschnaken zu folgen, die da schlafen und träumen, wie sie mit den Waffen der georgischen Volkswehr und der armenischen Revolverhelden der Sowjetordnung in Aserbeidshan wohl den Garaus machen und im ganzen Kaukasus eine bürgerliche Ordnung einführen könnten. Wir sagen nur eins: Allein die Sowjetisierung Georgiens und insbesondere Armeniens, dieser übelriechenden Eiterbeule an den Grenzen des Kaukasus und der Türkei, dieses verachtungswürdigen Herdes der gesamten kaukasischen Gegenrevolution, kann die Ruhe an den Grenzen Sowjetaserbeidshans gewährleisten und uns die Möglichkeit geben, zur friedlichen Arbeit im Kaukasus zu schreiten, ohne uns aus Furcht vor einem verräterischen Dolchstoß in den Rücken immerfort umsehen zu müssen.

Der Sturz der daschnakischen Regierung und die Errichtung der Sowjetmacht in Armenien, die die armenischen Bauern und Arbeiter so sehnlich herbeiwünschen, wird eine riesige internationale Bedeutung haben und überaus günstig auf unsere Lage zurückwirken.

Kemal ist gegenwärtig in einer sehr schwierigen Lage. Die Griechen haben Sinaw besetzt und rücken nach dem Innern Kleinasiens vor. Nach dem griechischen Kriegsbericht vom 28. September nähern sie sich Kutaidi und Afium Karagissar, dieser überaus wichtigen Zentralbasis der Kemalschen Armee, von der sie nur noch 40 Kilometer trennen. In Adan ist ein armenisches Korps zum Vorschub nach dem Innern Anatoliens konzentriert. Truppen sollen zu einem Angriff an der Ostfront in Trapezund gelandet werden. Anatolien wird in einen eisernen Ring eingezwängt. Die türkischen nationalen Streitkräfte sind nicht imstande, ernsten Widerstand zu leisten, da es ihnen an Patronen und Geschossen fehlt. Vor etwa drei Monaten schrieb der Offiziosus der französischen Regierung „Le Temps" wie folgt: „Wenn wir uns darauf beschränken, die Truppen Kemals nach dem Nordosten, an die Grenzen Sowjetrußlands, zu treiben, so machen wir Sowjetrußland zum Schiedsrichter in der türkischen Frage. Es müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, daß die zurückweichenden türkischen Truppen sich mit der Sowjetarmee verbinden." Diese Maßnahmen hat Armenien durchzuführen. Mit einem zuverlässigen Hinterland in der Gestalt Georgiens, reichlich mit Bekleidung und Munition versorgt, wartet Armenien auf eine günstige Gelegenheit zum Losschlagen.

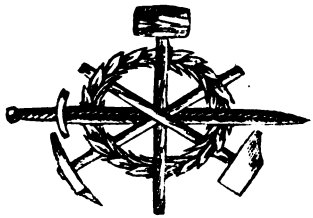
4. Die bevorstehende Revolution in Armenien.

Die Sowjetrevolution in Armenien wird dem Vorstoß, der mit den vereinten Kräften der englisch-persischen Truppen und des daschnakischen Armeniens (möglicherweise auch Georgiens) vorbereitet wird, vorbeugen; sie wird die Militärbasis vor Baku bedeutend erweitern und sie uns endgültig sichern. Sie wird die gegenrevolutionären Hoffnungen der Mussawatisten und der Gebirgsregierung, die Sowjetordnung in Aserbeidshan und im ganzen Kaukasus zu stürzen, vernichten, dem englischen Einfluß im persischen Aserbeidshan ein Ende machen und günstige Bedingungen für die Verlegung unserer revolutionären Tätigkeit dorthin schaffen. Sie wird den Plan Englands, der dahin geht, einen kurdischen Pufferstaat gegen uns zu schaffen, vernichten und überhaupt der ganzen kapitalistischen Machenschaft der strategischen Einzwängung Sowjetrußlands in einen eisernen Gürtel von Kleinasien aus über das nordöstliche Persien (Chorossan), Afghanistan, das gebirgige Buchara und die russischen Pamiren bis zu dem basmakischen aufrührerischen Ferghan ein Ziel stecken. Die Sowjetrevolution in Armenien bedeutet den Durchbruch der Front, die das

kapitalistische England gegen uns errichtet. Und — last but not least — wird die sowjetistische Umwälzung in Armenien der erste Schritt sein zur Errichtung einer Sowjetföderation des Kaukasus — Georgiens, Armeniens und der anatolischen Türkei, einer Föderation, die zum Kern werden wird, um den sich die übrigen Orientstaaten in naher Zukunft zusammenschließen werden.

M. Pawlowitsch.

Baku.



Die politische Lage in Deutschland.

I.

Es ist in Deutschland und im Ausland oft die Frage erörtert worden, ob eigentlich die Novembererhebung des Jahres 1918 eine Revolution gewesen sei oder nicht. Die Frage ist natürlich so nicht richtig gestellt und kann so garnicht beantwortet werden. Daß sie aber gestellt wird, ist der Beweis dafür, daß in der Gedankenvorstellung derer, die sie stellen, das Bewußtsein deutlich wird, daß der ganzen revolutionären Bewegung Deutschlands ein zwiespältiger Charakter eigentümlich ist. Sie ist keineswegs ein ununterbrochenes Crescendo des Proletariats und ein Decrescendo der Bourgeoisie. Beide sind ursprünglich als subjektive Faktoren — und nicht etwa die Bourgeoisie nur als Objekt — in die Novembererhebung eingetreten. Auch die Bourgeoisie verfolgte in der Novembererhebung positive Ziele. Aus diesem Grunde kann man die Frage, ob die Novemberrevolution eine Revolution überhaupt gewesen sei, dann verneinen, wenn man Revolution im engsten proletarischen Sinne versteht. Die Novembererhebung war weder eine rein proletarische Bewegung in bezug auf die mitbeteiligten Kräfte, noch in bezug auf die von ihr verfolgten Ziele. Die Bewegung trug vielmehr durchaus die Züge aller früheren revolutionären Bewegungen: daß in allen bewegten und bewegenden Kräften das Proletariat, daß in den Zielen die Bourgeoisie überragt.

Was waren im Grunde die Ziele, die die Bourgeoisie in der Novembererhebung verfolgte? Zunächst ein rein opportunistisches. In geschickter Propaganda hatten Engländer und Amerikaner der deutschen Bourgeoisie nahegelegt, Frieden zu schließen nach Verjagung der Hohenzollern und nach Zerstörung des „deutschen Militarismus". Dem reuigen Sünder, der diese bösen Erzfeinde und Erzsünder von sich abgetan hatte, sollte der Himmel der Wilsonschen 14 Punkte offen stehen. Die Novembererhebung war das Sündenbekenntnis der deutschen Bourgeoisie und die Begründung ihres Anspruchs auf Eingang in das himmlische Reich des Völkerbundes. Es ist hier nicht der Ort, festzustellen, daß und aus welchen Gründen diese Rechnung falsch war und falsch bleiben mußte: es genügt die Feststellung der Tatsache, daß die Jagd nach diesem Phantom der eine Grund war, aus dem die deutsche Bourgeoisie in die Novembererhebung mit eintrat.

Freilich nicht der einzige. Denn angesichts der militärischen Niederlage hatte die deutsche Bourgeoisie auch alle Veranlassung, darüber nach-

zudenken, wie das kam. Und letzten Endes konnte man sich sagen, der Niederlage Ursache lag in jener Verbindung zwischen Bourgeoisie und Junkertum, die das Charakteristikum der deutschen Staatsentwicklung seit 1848 und verschärft seit 1870 gewesen war. Es war ein Staat, der in seinen sozialen Grundlagen von Jahr zu Jahr mehr kapitalistisch geworden war, der in seiner kapitalistischen Entwicklung weiterschritt, bis zur höchsten Stufe kapitalistischer Entwicklung, dem Imperialismus, der alle imperialistischen Methoden der Kapitalverpflanzung, des Erwerbs kapitalistischer Interessensphären, der Gewinnung von Rohproduktenländer etc. anwandte. Und dieser selbe Staat, dessen kapitalistische Organisation innen straffer war als irgendwo, und dessen Hunger nach fremdem Gut infolgedessen stärker war, legte die politische Führung in die Hände der agrarischen Junkerklasse, die so hochkapitalistische Politik führte mit politischen Mitteln des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit, mit bismarckschen und vorbismarckschen Methoden. Man hat einmal — zumal in dem Jahrzehnt glänzenden Aufstiegs der deutschen Macht unmittelbar vor dem Kriege — jene Verbindung von hochentwickeltem Kapitalismus und Militarismus im Potsdamer Sinn für eine besonders glückliche Entwicklung gehalten. Der Krieg hat die deutsche Bourgeoisie eines anderen belehrt. Denn all die Mängel, die, im einzelnen kleiner oder größer, vereint zum Zusammenbruch der deutschen Macht geführt haben — Starrheit und Ungelenkigkeit, fehlender Blick für eigene und fremde Eigentümlichkeiten, völliges Versagen im äußeren und inneren Propagandadienst, völlige Beschränkung auf plumpe Lüge und ebenso plumpe Gewalt — all diese Mängel resultierten daraus, daß die einer agrarischen Junkerklasse eigentümlichen, aus ihrer Zeit und ihrem Zeitalter übernommenen politischen Mittel dem Zeitalter kapitalistisch-imperialistischer Politik nicht genügten. Sie waren den überlegenen Mitteln einer vollentwickelten Bourgeoisie, wie England, Amerika, Frankreich sie repräsentierten, nicht gewachsen. So ist die deutsche Bourgeoisie gescheitert an der Halbheit und Unentschiedenheit der Revolution von 1848. Daß sie damals ihre unbeschränkte Herrschaft nicht zu erringen verstand, besiegelte ihr Schicksal im Jahre 1918.

Damit ist der zweite und tiefere Grund dafür aufgezeigt, daß auch die deutsche Bourgeoisie in der Novemberrevolution positive Ziele suchte. Die Revolution von 1848 mußte nachgeholt und gründlicher erledigt werden, als es 1848 geschehen war. Es war also hier in Deutschland kein anderes Problem, als es in Rußland im Frühjahr 1917 war: Vollendung der bürgerlichen Revolution. Wie die Dinge in Deutschland lagen, stellte sich die Bourgeoisie diese Nachholung als eine leidlich einfache Stütze vor. Wirtschaftlich hatte sie ja die Macht in Händen, und die Staatsmaschinerie stellte sich auch willig in den Dienst der besonderen kapitalistischen Interessen. Flottenvorlagen, Zollsystem und Steuersystem hatten das bewiesen. Es schien ihr das Problem erschöpft, wenn an Stelle der alten Personen

mit den alten Anschauungen, mit den alten Methoden und dem alten Potsdamer Geist neue Personen mit neuen Anschauungen, mit neuen Methoden und mit dem Geist der Berliner Börse treten würden. Das parlamentarische System sollte ihr diese Männer liefern, wie auch in den westlichen kapitalistischen Staaten das parlamentarische System sie lieferte. Und man erwartete, daß das parlamentarische System diese Leute liefern würde, von heute auf morgen, so wie die Kuh Milch gibt.

Das Parlament in Deutschland hat bis jetzt diese Leistung nicht vollbracht. Die Männer, die es lieferte, waren die Erzberger, Scheidemann und Konsorten, also durchaus alte Gesellen, die Schuhputzer der alten Herren. Und auch das Parlament hatte es nicht fertig gebracht, über Nacht aus den Schuhputzern von Soidisant-Staatsmännern wirkliche Staatsmänner zu machen. Auch die Kuh gibt ja nicht über Nacht Milch. Sie muß mindestens vorher ein Kalb haben, und das nimmt einige Zeit in Anspruch.

II.

Ist damit der Umfang des Teiles festgestellt, der in der Novembererhebung bürgerlich war, und gezeigt, wie diese Teilströmung der Novembererhebung bereits zum Stillstand gekommen ist, ohne ihr Ziel zu erreichen, so ist zugleich auch die proletarische Teilströmung aufgezeigt, die in der Novembererhebung mit jener bürgerlichen zusammengeflossen war.

Das Proletariat in seinen Massen war, wie schon oben gesagt, in der Novemberrevolution mit der Rolle zufrieden, die es in allen bürgerlichen Revolutionen zuvor gespielt hatte: die Rolle der bewegenden Kraft, die eigene Ziele nicht hat.

In nichts hat sich der konterrevolutionäre Charakter des Krieges deutlicher gezeigt, als darin, daß er die Desorganisation der Massen zu dem Grade getrieben hat, den sie im November 1918 erreicht hatte. Nicht der Belagerungszustand und die Strenge der Militärgesetze haben dem Proletariat als solchem während des Krieges geschadet. Zerschlagen war die Klasse als solche dadurch worden, daß sie in den Ideologien der Vaterlandsverteidigung etc. ihr eigenes Klassenziel aus den Augen gelassen hatte. Die deutsche Arbeiterschaft, deren Selbstlob vor dem Kriege ausgedrückt ward durch das Wort „klassenbewußt", war vollständig klassenvergessen geworden, so daß sie in diese große revolutionäre Bewegung vielleicht noch nicht einmal mit soviel Erkenntnis ihrer besonderen proletarischen Ziele eintrat, wie die englischen Levellers des 17. oder die Jakobiner des 18. Jahrhunderts. Zwei Menschenalter proletarischer Selbsterziehung und die ganze Organisationsarbeit der Sozialdemokratischen Partei vor dem Kriege schienen umsonst geleistet zu sein. Es sind die

besonderen objektiven Verhältnisse dieser Revolution daran schuld, daß das Proletariat auf dieser Stufe nicht stehen blieb.

Es ergab sich sowohl aus der wirtschaftlichen wie aus der politischen Entwicklung der Revolutionszeit, daß das Proletariat seine besonderen, der Bourgeoisie entgegengesetzten Ziele habe. Politisch mußte das Proletariat bald erkennen, wie die „revolutionären Ziele" der Bourgeoisie Schemen waren. Da war zunächst das eine pazifistische Ziel, der Wilsonfriede. Er ward dem Proletariat als ein revolutionärer angepriesen, von Erzberger nicht minder als von Scheidemann, Kautsky und Haase. Zwar sprachen alle wirklichen Tatsachen gegen die tatsächliche Wirklichkeit jenes Zieles. Die Waffenstillstandsbedingungen sprachen gegen den Pazifismus. Man tröstete sich mit der noch immer bestehenden Erregung des Kampfes. Die schrittweise Ausplünderung in den „Verlängerungen" des Waffenstillstandes sprach weiter gegen den Pazifismus. Man tröstete sich mit dem Frieden. Der Friedensvertrag von Versailles hätte — so sollte man meinen — allen pazifistischen Salbadereien der Kautsky und Konsorten ein Ende machen müssen. Aber der Glaube versetzt bekanntlich zuweilen Berge, und so sind die Kautsky etc. weiter stark im Glauben geblieben und harren des Tages, da er Berge versetzen wird. Sie beriefen und berufen sich: gegen Clemenceau auf Millerand, gegen Lloyd George auf Keynes oder Asquith, gegen Wilson auf Hitchcock; derzeit ist Nitti der Abgott. Die Herren Millerand, Asquith, Hitchcock, Nitti werden so zu ihrem Erstaunen bemerken „qu'on est toujours le pacifiste de quelqu'un". Für die deutsche Arbeiterklasse ist aber die pazifistische Illusion in das Nichts zerronnen, das sie von Anfang an war.

Nicht anders ging es mit dem anderen Ziele, das die Bourgeoisie zu Beginn der revolutionären Bewegung zu bieten hatte: die Umgestaltung des bürgerlichen Staates in eine bürgerliche Republik. Hier zeigte sich noch deutlicher, daß eine Revolution ein ander Ding ist, als ein „Systemwechsel", ein Wechsel zweier Hemden. Denn in zweierlei mußte die bürgerliche Republik das Proletariat enttäuschen.

Was aus der Novemberrevolution herausgekommen war, war keine bürgerliche Republik. Sie glich einer bürgerlichen Republik nicht mehr, als der Schneider Zettel einem Löwen gleicht, wenn er das Löwenfell übergeworfen hat. Zu einer bürgerlichen Republik gehört mehr, als daß man an Stelle Wilhelms Ebert und an Stelle Bethmanns Scheidemann setzt. Auch zur bürgerlichen Republik gehört das ganze Siegesbewußtsein, die ganze Kraft und der ganze Wille einer Klasse, die im Aufsteigen ist. Alle die Eigenschaften, die die Bourgeoisie in Holland, in England, in Frankreich in der Revolution entwickelte, als sie aufsteigende Klasse war. Aber alles zugleich Eigenschaften, die die Bourgeoisie heute nicht mehr entwickeln kann, da sie absterbende Klasse ist. Ob der inneren Schwäche der absterbenden Bourgeoisie konnte und kann diese deutsche „Republik"

nie eine bürgerliche Republik werden, und die Richtigkeit dieser These wird in Deutschland durch die Ereignisse jedes Tages erwiesen. Die deutsche Bourgeoisie ist nicht mehr imstande, weder die Methode noch die Männer aus ihrem Schoß hervorzubringen, die den deutschen Staat zu einer bürgerlichen Republik machten. So mußte diese „Novembererrungenschaft" der „deutschen Republik" alle enttäuschen. Die Bourgeoisie, die in der Republik nichts anderes sah, als das verhüllte Alte, und sich wieder nach dem unverhüllten Alten — mit seinen vollen Fleischtöpfen — zurücksehnte; die Proletarier, die ihren Traum von der „bürgerlichen Republik", den sie am 9. November 1918 noch für Leben genommen hatten, zerrinnen sahen.

Das Proletariat sah sich aber noch in anderer Weise getäuscht. Die Novemberrevolution von 1918 war für die breiten Massen kein bewußter revolutionärer Akt, sondern die stimmungsmäßige Reaktion auf Krieg und Niederlage gewesen. Als sie die Flinte hinwarfen, glaubten sie, sie hätten ihre „Revolution" begonnen und zugleich vollendet. Daß man einen vierjährigen Krieg nicht von sich tun kann, wie man einen langen Schlaf von sich tut, indem man die Augen reibt, daß man nach vier Jahren eines solchen Krieges nicht das Leben an dem Punkte fortsetzen kann, an dem man am 4. August 1914 stehen geblieben war, daß hinter dem Problem „Ende des Krieges" sich das viel gewaltigere Problem „Ende des Kapitalismus" erhob, — das alles sahen die Proletariermassen damals noch nicht.

Von beiden Illusionen: daß die Republik, die am 9. November 1918 ward, eine „bürgerliche" sein werde, daß eine Republik, wie sie auch aussehe, die den Kapitalismus unberührt lasse, überhaupt wertvoll sei — von diesen beiden Illusionen mußte das Proletariat sich befreien.

III.

Verhältnismäßig leicht hat sich das deutsche Proletariat von der Illusion der „bürgerlichen Freiheit" befreit. Es ist das einzige historische Verdienst von Noske, die Zerstörung dieser Illusion gründlich besorgt zu haben. Wo waren jemals in Deutschland zuvor solche Zustände gewesen, wie unter Noske? Wo hatte Wilhelm, der „vieux poltron", jemals solches gedacht oder geschwätzt, was Noske später tat? Durch die Straßen zogen die Stahlbehelmten und haben im Januar in Berlin Hunderte ermordet. Ueber ganz Deutschland hin liegen Tausende toter Proletarier, deren Leben auf Noskes Seele lastet. Im März 1919 war Noske es, der die Methoden von 1914 in Belgien nach Berlin verpflanzte, der damals die Schwindelnachricht von den 60 ermordeten Schutzleuten in Lichtenberg in die Welt setzte und auf Grund dieser von seinen Untergebenen erfundenen Lüge einen Mordbefehl herausgab, der es jedem Soldaten erlaubte, zu erschießen,

wen er vor die Flinte bekam, der in seiner nächsten politischen Umgebung den Meuchelmord als politische Waffe einführte und alle Meuchelmörder, die Mörder von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches in seiner Umgebung duldete, der im Januar 1919 im Namen der Preßfreiheit ein paar hundert Proletarier totschlagen ließ, um dann auf Monate hinaus alle ihm und seinen Junkern feindliche Presse zu unterdrücken, der die Zuchthäuser, die Gefängnisse, die Festungen füllte, wie noch keine militärische Kanaille je zuvor, der Tausende auf Grund der Schwindelnachrichten, die seine Spitzel ihm lieferten und deren Verlogenheit er kannte, in die Schutzhaft sandte. An diesem „Sozialdemokraten" hat das deutsche Proletariat gelernt, was „bürgerliche Freiheit" sei, und hat seine Illusionen darüber verloren. Die Noskeperiode ist für das deutsche Proletariat zu Ende. Nicht in dem Sinn, daß nicht noch einmal ein Schlächter seines Zeichens in Deutschland an die Macht kommen könnte, wohl aber in dem Sinne, daß man zu solchen Schandtaten, die Massen frech verhöhnend, sagen könnte: „Im Namen des Sozialismus".

Schwieriger und bei weitem nicht so weit vorgeschritten ist die Zerstörung jener anderen Illusion des Proletariats: als sei der Wiederaufbau der Gesellschaft auf kapitalistischer Grundlage noch möglich. Hier liegt die eigentliche Aufgabe der proletarischen Revolution und die eigentliche Aufgabe der Kommunistischen Partei.

IV.

Es hat seine guten Gründe, weswegen das Proletariat an das Verständnis dieser seiner eigentlichen Aufgabe, der Ersetzung des Kapitalismus durch den Kommunismus, nur sehr langsam herantrat. Denn mit der Plumpheit, mit der Noskes Eisenfaust die „bürgerliche Freiheit" demaskierte und kompromittierte, demaskierten sich die anderen kapitalistischen Fesseln nicht. Und so müssen in einem Stadium, in dem die „bürgerliche Freiheit" bereits von allen Proletariern begriffen ist, große Scharen des Proletariats erst um das Verständnis des Problems des Kommunismus ringen. Sind sie in der Beurteilung der einen Erscheinungsform des Kapitalismus einig, so sind die deutschen Proletarier in der Beurteilung des Gesamtproblems des Kapitalismus noch getrennt.

Woher diese Trennung kommt? Der Krieg hat nicht alle Schichten des Proletariats gleichermaßen getroffen. Nicht nur einzelne Individuen aus allen Schichten, sondern ganze Schichten des Proletariats hatte der Krieg nicht getroffen. Ja, für viele Proletarier war der Krieg, wie für die Kapitalisten, eine glänzende Konjunktur gewesen. Vor dem Schützengraben behütete ganze Kategorien gefährdeter Arbeiter die Reklamation, vor Arbeitslosigkeit behütete sie die aufs äußerste gesteigerte Kriegsproduktion, vor Hunger — die unverhältnismäßig hohen Löhne, die auch

ihnen erlaubten, aus dem Schleichhandel zu beziehen, was sie brauchten. Hindenburg und Ludendorff verstanden ihr Geschäft. Mit Geld kauften sie alles: Geschütze, Gewehre, Munition und Pulver nicht anders als Proletarierseelen. Die Kriegskorruption griff über auf große Teile des Proletariats. Und als der Krieg zu Ende war, trat nicht das ein, was viele von uns erwarteten, daß die gesteigerte Produktion sofort zusammenbrechen werde. Ganz im Gegenteil. Die Produktion ward auf allen Gebieten gesteigert, soviel als die an sich geschwächte Arbeitskraft des Proletariats es zuließ. Die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft ging spielend vor sich. Die sinkende Valuta verlockte das Ausland, alles zu kaufen, was in Deutschland nicht niet- und nagelfest war, und kaufte selbst das noch. Der ungeheure Hunger nach Waren im Inlande — man hatte ja vier Jahre Blockade hinter sich — war kaum zu stillen. Geld war vorhanden in Hülle und Fülle. Die Reichsbank druckte Noten Tag und Nacht. Die ungeheuren Valutagewinne und die völlige Freiheit in der Festsetzung ihrer Preise ließen die Kapitalisten auch an den Löhnen nicht geizen. Verlangten die Arbeiter mehr, so wurde mehr gezahlt; in der Form von „Teuerungszuschlägen" wurden die höheren Löhne vom Ausland und von deutschen Konsumenten wieder eingezogen. So hat auch der Kapitalismus zunächst das Problem lösen können, das unlösbar erschien: die Aufnahme der Millionen Proletarier, die aus den Schützengräben in die Fabriken zurückkehrten.

Es war klar, daß diese wirtschaftliche Scheinkonjunktur dem Proletariat den Zusammenbruch des Kapitalismus verhüllte und ihm seine historische Aufgabe, den Kommunismus, verschleierte. Die ersten Anläufe verloren sich, als im Frühjahr 1919 jene Hochkonjunktur einsetzte. Nur eine, freilich wachsende, Avantgarde des Proletariats durchschaute die Zusammenhänge. Die Masse des Proletariats aber gab ihre ersten Versuche zur Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht, die Arbeiter- und Betriebsräte, wieder auf. Die Masse des Proletariats stand den Drängern, den Rufern zur Pflicht, den Kommunisten, ablehnend, ja vielfach feindlich gegenüber.

Noch eine Schicht war, die sich überhaupt vom Proletariat losgelöst hatte. Der Krieg hatte Hunderttausende von Proletariern sozial und sittlich entwurzelt. Die vierjährige „Tätigkeit" auf allen Schlachtfeldern der Welt hatte sie zu Landsknechten gemacht. Der Krieg war ihr Metier, und dazu der Krieg auf ihre Fasson. Rauben, stehlen, plündern, morden: sie waren auch „bei dem Hauptmann Des Adrets in die Lehre gegangen", und betrieben den Krieg mit Gleichmut.

„Jeder First, der raucht und dampft und lodert,
jeder Tote, der im Graben modert,
jeder Schuß — Schicksalsschluß."

Sie waren bereit, weiter zu wirken, wo man sie hieß, gegen wen man sie hieß, für jeden, der sie bezahlte.

Die Kriegs- und Revolutionsgewinne der deutschen Bourgeoisie reichten auch dazu aus, ein paar Hunderttausend solcher ins Lumpenproletariat gesunkener Existenzen zu kaufen. Das waren die weißen Garden, die im Auftrag und für Rechnung der deutschen Bourgeoisie es unternahmen, das deutsche Proletariat zur Raison zu bringen.

V.

In der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands sind die schwersten Leidenstage des deutschen Proletariats eingetragen. Die deutsche Kommunistische Partei ist an Zahl anfangs nicht groß gewesen und konnte im Laufe ihrer Geschichte auch nicht wachsen. Sie hat aber trotzdem, wie vielleicht keine Partei in der proletarischen Bewegung, ihre Aufgabe erfüllt: im Kampf gegen bürgerliche Reaktion, wie im Kampf gegen scheinrevolutionäre, in Wirklichkeit reaktionäre Entgleisungen im Proletariat.

Vom Januar 1919 an hat die Kommunistische Partei die Opfer des revolutionären Kampfes allein getragen. Mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begann die Reihe derer, die aus unserer Mitte ins Grab sanken. Hunderte folgten ihnen. Unsere Organisationen waren das Ziel Tausender von Spitzeln, die teils behördliche, teils private Organisationen auf uns losließen. Unsere Presse wurde unterdrückt; an unseren Organisationen tobte sich die Wildheit der Konterrevolution aus. Die Kommunisten haben, den Veliten gleich, die Wut der Feinde auf sich gelenkt; in ihrem Schutze konnten die Massen der Proletarier sich fassen, sich in Organisationen zusammenfinden, geistig und politisch aufmarschieren. Kein Unabhängiger, der gerecht denkt, wird leugnen, daß die Verfolgungen, die wir aushielten und auf uns lenkten, ihnen die Möglichkeit gaben, sich organisatorisch auszubauen. Als Noske diesen seinen Irrtum einsah — im Januar 1920 —, als er nachholen wollte, was er versäumt hatte, nämlich die Proletariermassen zu zersprengen, die sich in der U. S. P. gesammelt hatten — vielfach Kommunisten —, da war es zu spät. Die Organisation war zu groß geworden; auch ein Noske konnte sie nicht mehr zerschlagen.

In derselben Zeit, in der die Kommunisten diese große und schwere Pflicht erfüllten, hatten sie zugleich eine andere Aufgabe zu erfüllen.

Wie schon oben angeführt, hatte die nach Beendigung des Krieges einsetzende Scheinkonjunktur dazu geführt, daß große Schichten des Proletariats dem Kommunismus verständnislos, wenn nicht feindlich gegenüberstanden. Es wäre — historisch gesehen — unbegreiflich, wenn diese Tatsache nicht auch in den vorwärtsdrängenden Teilen gewisse Verirrungen und Abweichungen vom revolutionären Wege hervorgerufen hätte. Dem

Temperament nach sind das oft nicht die schlechtesten Genossen: Kommunismus freilich kann neben dem Temperament der Ueberlegung nicht entbehren.

Diese Genossen nun, die sahen, wie weite Kreise des Proletariats zurückgeblieben, ablehnend oder abweisend waren, verfielen nun auf alle möglichen und unmöglichen Versuche, diese Erscheinung, deren wirkliche Ursache sie nicht sahen, zu erklären und zu beheben.

Als nächstliegende Erklärung verfiel man auf den Verrat der „Führer", die schuld daran waren, daß die Revolution nicht voranging. Von diesem Verrat der „Führer", der „Bonzen", schritt man weiter zu allerhand Rezepten und Versuchen, der proletarischen Revolution Kampfer einzuspritzen, sie zu beschleunigen.

Zunächst: weil die „Bonzen" die Organisation verraten hatten, galt es eine Organisation ohne „Führer", ohne „Bonzen", zu schaffen. Man kann nicht sagen, daß diese Organisationserfinder in Deutschland besonderes Geschick entwickelt hätten. Bis jetzt haben wir nichts anderes von diesen „führerlosen" Organisationen erlebt, als Manifeste, Artikel und Kundgebungen von „Führern", die dann von den Organisationen desavouiert werden mußten, und ein Gemisch von Meinungen, daß es fast euphemistisch ist zu sagen: soviel Köpfe, soviel Sinne. Denn mancher dieser Köpfe hat mehrfache Sinne bezw. Unsinne.

Bedenklicher waren politisch die anderen Entgleisungen, die die Tatsache der ablehnenden Haltung und des zurückgebliebenen Zustandes der Proletariermassen einfach damit aus der Welt schaffen wollten, daß sie sie nicht sahen. Wo für uns Kommunisten die gewaltige Aufgabe entstand, diesen Massen die Augen für den Kommunismus zu öffnen, sahen die anderen wieder nur eine Organisationsfrage. Wo wir es für die Pflicht hielten, von jeder Möglichkeit Gebrauch zu machen, jene abseits stehenden Proletariermassen zu gewinnen, in jedem Stadium ihres politischen Erwachens bei ihnen zu stehen, sahen unsere Entgleisten ihre Aufgabe darin, abseits vom Proletariat sich zur Sekte zu formieren. Wo wir es für unsere Pflicht hielten, in die Proletariermassen zu gehen, und gerade dahin zu gehen, wohin jene Proletariermassen blickten, in die Parlamente und die Gewerkschaften, da hielt es unsere „Opposition" für angebracht, gerade dort nicht hinzugehen, wo die Proletariermassen standen. Dabei war die Frage des Parlamentarismus nur von untergeordneter Bedeutung. Die Frage des Verbleibens in den Gewerkschaften aber war eine andere Frage von Leben und Tod für die Kommunistische Partei. In Deutschland sind heute vielleicht 8 Millionen Proletarier organisiert. Aus den Gewerkschaften herauszugehen, d. h. darauf verzichten, diese Proletarier in ihrem täglichen Kampfe gegen den Kapitalismus und gegen ihre eigene Bourgeoilie kommunistisch zu schulen, das wäre gewesen, den Kommunismus von der Erde auf den Mond zu verlegen. Hier mußten wir die Existenz der Kom-

munistischen Partei verteidigen, indem wir in der schärfsten Form, d. h. durch Spaltung, diese Verirrung als Verirrung kennzeichneten.

Es war eine Verirrung, wenn man an Stelle des Kampfes in den und um die proletarischen Massen revolutionäre Rezepte sucht. Hat man einmal begonnen, Rezepte zu suchen, so weiß natürlich, wo viel kluge Erfinder beisammen sind, jeder ein besseres Rezept. Der eine predigt, man müsse „die Parteien abschaffen", der andere predigt die Verständigung mit den mißvergnügten Offizieren, der dritte schlägt Seite an Seite mit Hindenburg und Ludendorff die „revolutionäre Durchbruchsschlacht", der vierte will eine Räterepublik Rheinland-Westfalen „unter französischem Protektorat". Und weil — versteht sich — jedes dieser Rezepte seinen Haken hat, und weil — versteht sich — jeder Erfinder sein Rezept für das bessere, ja für das allein mögliche hält, besteht die Tätigkeit dieser Erfinder darin, sich gegenseitig die Unmöglichkeit dieser Rezepte darzutun. Jeder tut das mit Erfolg, und sie haben jedenfalls damit eines erreicht: ihre neue Partei ist zwar nicht „ohne Bonzen", aber jedenfalls ohne Führer.

Indem die Kommunistische Partei in der Zeit ihrer schwersten Verfolgung diesen Kampf durchgeführt hat, hat sie dem deutschen Proletariat den anderen großen Dienst erwiesen. Denn niemand wird bestreiten: hätten wir Kommunisten den Kampf gegen solche Abirrungen nicht so entschlossen aufgenommen, so wäre die Krankheit in der U. S. P. ausgebrochen; wer weiß mit welchen Verwüstungen im Gefolg. Indem wir diese Krankheit durchmachten, haben wir den Massen in der U. S. P. diese Krankheit erspart. Und wir haben damit in hohem Sinne unsere Aufgabe erfüllt: an der Spitze des revolutionären Proletariats zu stehen.

VI.

Auch der Altweibersommer des Kapitalismus ist jetzt vorüber. Vorüber die Zeiten, wo die Scheine die Waren und die Waren die Scheine jagten, eine tolle Jagd, in der die Kapitalisten verdienten, wie noch nie zuvor. Die Industrien stehen still. Der Auslandsmarkt ist abgeschnürt. Das Sinken der Devisen und das Steigen der deutschen Preise haben den deutschen Warenmarkt teurer als den Weltmarkt gemacht. Der deutsche Inlandsmarkt ist in seiner Kraft gebrochen. An sich und trotz allem Steigen haben die Löhne nicht Schritt gehalten mit dem Steigen der Preise; die Befriedigung auch nur der allergeringsten Bedürfnisse an Kleidern oder Schuhen oder Möbeln hat alle Reserven aufgezehrt. Die Krise ist über Deutschland hereingebrochen. Einzelne Industrien liegen völlig darnieder. Die Holzindustrie hat begonnen. Die Leder-, speziell Schuhindustrie, ist gefolgt. Die Metallverarbeitung schloß sich an. Die Textilindustrie war die nächste, die daran glauben mußte. In allen diesen Industrien wird nur noch 30 oder 24 Stunden die Woche gearbeitet. Manche, wie Textil- und

Schuhindustrie, stehen weiterhin still. Die Zahl der Arbeitslosen wächst. Der Wahnsinn des Kapitalismus erreicht seinen Gipfel. Auf der einen Seite Hunderttausende, bald Millionen Proletarier, die nach Arbeit und Brot schreien, auf der anderen Seite die Kapitalisten, die die Betriebe einschränken oder stillegen. Stillegen nicht wegen Ueberfluß an Waren; angesichts der bittersten Not und des schärfsten Mangels an allen Waren schließen sie die Pforten; denn rauchende Schornsteine geben keine Profite mehr. Viele sind schon dazu übergegangen, die Maschinen auf Abbruch zu verkaufen: die Zeit der Kriegs- und Revolutionsgewinne ist vorüber und — nach uns die Sintflut.

Jetzt erst enthüllt der Kapitalismus dem Proletariat das Gesicht, das ihm die andere Illusion, von der wir sprachen, den Glauben an den kapitalistischen Wiederaufbau, nehmen wird. Jetzt wird die Umstellung der Wirtschaft nicht nach Kapitalprofitinteressen, sondern nach den Lebensbedürfnissen der breiten Massen, die Losung der Stunde. Jetzt erst können die breiten Massen des Proletariats begreifen: nur der Kommunismus kann uns retten.

Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion gleichzeitig mit wachsender Verschuldung des bürgerlichen Staates. Man braucht zwar, wenn die Welt stirbt, nicht mehr die Richtigkeit des pythagoräischen Lehrsatzes zu beweisen. Aber doch ein paar Zahlen. Die Schuld des deutschen Reiches betrug vor dem Kriege zirka 5 Milliarden Mark. Sie beträgt heute ca. 220 Milliarden. Davon sind ca. 90 Milliarden konsolidiert, 130 Milliarden schwebend. An eine Umwandlung der schwebenden Schuld in eine konsolidierte denkt kein Mensch mehr. Der letzte Versuch, den Erzberger unternahm und der noch in die Blütezeit der Revolutionskonjunktur und in eine Zeit höchster Geldflüssigkeit fiel, ergab einen kläglichen Erfolg von zirka 4 Milliarden. Das Reichsbudget wurde von Erzberger auf 24,5 Milliarden in Einnahmen und 25,5 Milliarden in Ausgaben vorgelegt. Die Einnahmen, wenn sie überhaupt eingehen, was frühestens zu Anfang des nächsten Jahres der Fall ist, werden höchstens 10 Milliarden einbringen. Die inzwischen eingetretene Krise, deren Verluste natürlich jeder Kaufmann in seiner Steuererklärung mit einkalkuliert, werden das Ergebnis noch weiter schmälern. Die Ausgaben sind aber im ordentlichen Etat infolge unumgänglich nötiger Lohn- und Gehaltserhöhungen auf 28 Milliarden gestiegen. Dazu kommen aber die Defizite der Eisenbahnen usw. Das Gesamtdefizit für das laufende Etatsjahr berechnet der Reichsfinanzminister auf zirka 50 Milliarden.

Woher nehmen? Bisher hatte der Finanzminister zwei Quellen. Ein mal die Notenpresse. Dann der Verkauf von Schatzwechseln an die im Gelde schwimmenden Industrie- und Handelskapitalisten. Diese Quelle ist versiegt. Nicht nur versiegt. Industrie und Handel sind selbst in Kreditnöten. Sie treten an die Bank mit Forderungen heran. Das Reich hat

keine andere Quelle mehr als die Notenpresse. Reich und Einzelstaaten, Gemeinden, Industrielle, Handel — alles lebt von der Notenpresse. Und das monatliche Bedürfnis des Reiches allein schätzt sein Minister auf 5 Milliarden Mark.

Und hinter all dem drohend die Forderungen der Entente. Wenn sie nichts anderes verlangte: nur die zerschossenen und in Brand gesteckten Häuser, die abgesägten Obstbäume, die ausgesoffenen Weinkeller, die gestohlenen Teppiche und Antiquitäten, die geraubten Maschinen — wie, woher, wovon nehmen?

Und unsere Bourgeoisie schreit noch immer: Wiederaufbau!

Wiederaufbauen werden andere Kräfte müssen als die, die zerstörten.

VII.

Die deutsche Bourgeoisie im Klassenkampf hat bis jetzt die gleichen Eigenschaften gezeigt wie die deutsche Bourgeoisie im Weltkriege. Brutal und kannibalisch in unvorstellbarem Maße, verlogen, gewalttätig, aber nicht ohne organisatorisches Geschick. Rein organisatorisch hat sie sich nach ihrem Zusammenbruch im November 1918 ungemein rasch wieder auf die Beine gestellt, wobei ihr allerdings die nicht unbeträchtlichen organisatorischen Fähigkeiten der aus dem Proletariat hervorgegangenen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer zu Hilfe kamen. Mit diesen Fähigkeiten verbindet sie aber — wie im Weltkrieg — einen seltenen Mangel an politischer Begabung und an politischem Blick. Sie kennt auch im Klassenkampf nur die stumpfe Gewalt — wie im Weltkriege. Daß auch im Klassenkampf die gewiß unumgänglichen, offenen Kämpfe nur Teile eines politischen Vorgangs sein können, begreift sie nicht. Als sie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet hatten, triumphierten sie: Spartakus hat ausgeblutet!

Als sie im März 1919 und im Mai in Berlin die Unruhen niedergeworfen hatten, dachten sie, der Kommunismus sei zu Ende. Gewiß mochte die schönste Theorie neben den starken Tatsachen, die der Weltkrieg geschaffen hatte, zerschellen; aber die deutsche Bourgeoisie hat noch nicht einmal einen Versuch gemacht, neben ihren brutalen militärischen Kampf einen politischen zu stellen. Man log „Spartakus" entweder um in eine Räuberbande, oder man log ihn tot. Das war alles.

Dieses Fehlen jedes politischen Kampfes auf seiten der Bourgeoisie war nicht ohne Wirkung. Es war der Verzicht der Bourgeoisie, gewisse Klassen zu gewinnen, die früher für den Gang der Revolutionen meist entscheidend, heute jedenfalls noch von großer Bedeutung sind: das Kleinbürgertum, das in Deutschland durch die große Armee mittlerer und kleinerer Beamten eine ganz besondere Rolle spielt.

Diese Schichten, die Beamten zumal, waren vielleicht die einzigen, die

in der Novemberrevolution einen wirklichen Akt der Befreiung sahen und noch sehen. Es bestand aber stets die große Gefahr, daß gerade diese Kreise bald wieder in ausgesprochen reaktionäre Stimmung zurückfallen würden. Ihnen hat eigentlich erst der Kapp-Putsch die Augen geöffnet. Er stellte sie unmittelbar und Aug in Auge wieder dem alten Militarismus gegenüber. Sie erschraken vor dem Gespenst. Die Abwehr des Kapp-Putsches war die erste Tat, die diese Schichten aktiv auf der Seite der Revolution fand. Ihnen zweifellos — es gehören die großen Kreise der Büroangestellten dazu — ist es zu verdanken, daß die Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen nicht die Katastrophe erlebt hat, die sie, allein auf ihre frühere Wählerschaft, das Industrieproletariat, gestellt, erlebt haben würde. Diesem Umstand ist es auch zu danken, daß in diesen Wahlen die Gegenrevolution nicht die Stimmenzahl erreicht hat, die die Gegenrevolution erwartete. Die französischen Wahlen von 1850 haben sich nicht wiederholt, und die Chancen für den „gesetzlichen" Staatsstreich sind zwar nicht vorüber, aber geringer geworden, als man sie vor Wochen einschätzen konnte. Das Bild, das aus den Reichstagswahlen herauskam, ist ein getreues des heutigen Deutschland. Die revolutionäre Arbeiterschaft auf der einen, die Gegenrevolution auf der anderen Seite, sind aufmarschiert. Die Januarwahlen von 1919 ergaben nur eine Markierung dieser Feinde. Die Januarwahlen von 1919 ergaben das gewaltige Überwiegen der großen Schichten, die zwischen Revolution und Gegenrevolution, teils unberührt, teils unklar, sich dehnten.

Ein politisches Niemandsland. Das ist in den fünf Vierteljahren der Revolution von beiden Seiten besiegt worden. Es ist in Deutschland nur noch ein schmaler Damm, der die beiden großen Streitenden, Arbeit und Kapital, trennt.

Revolutionen schreiten schnell; es wird nicht mehr lange dauern, und der Damm wird reißen. Dann wird der Kampf beginnen, der zum ersten Mal die Streitenden in geordneter Schlachtlinie sehen wird.

Paul Levi.

Das deutsche Proletariat und seine Revolution.

Teure Genossen! Vorkämpfer des Weltproletariats! Euer Kampf, der nun schon jahrelang Tag um Tag geführt wird, ein Kampf, wie die Geschichte seinesgleichen noch nicht gekannt hat, Euer beispielloser Opfermut, Eure Standhaftigkeit, Eure heldenhafte Rote Armee, Eure genialen Führer — das alles zusammen hat Euch die Durchführung einer Sache

möglich gemacht, die die ganze Welt für unausführbar hielt. Ihr habt gegen die inneren und äußeren Feinde gekämpft, Ihr habt Hunger und Kälte ertragen in der festen Ueberzeugung, daß der Tag kommen wird, an dem das Weltproletariat und vor allem das deutsche Proletariat Euch folgen wird.

Es gab und gibt auch heute noch Leute, die Euch sagen, daß Eure Hoffnungen, daß das Internationale Proletariat in Reih' und Glied mit Euch gehen wird, vergeblich sind. Die das sagen, sind entweder kleinmütige, feige Opportunisten oder offensichtliche Verräter. Das Weltproletariat wird zu Euch kommen, und nicht fern ist der Tag, an dem die siegreiche deutsche Arbeiterklasse in der glücklichen Lage sein wird, mit Euch ein Bündnis auf Leben und Tod zu schließen.

[1] In den nachstehenden Zeilen seien in Kürze die Ursachen dargelegt, die den Lauf der deutschen Revolution hemmten.

Vor allem muß auch auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die revolutionäre Bewegung in Deutschland unter ganz anderen Bedingungen vor sich ging als in Rußland. Die Vorhut der russischen Arbeiterklasse hatte sich in langjährigem, aufopferungsvollem Kampf bewährt. In der bolschewistischen Partei fand die werktätige Bevölkerung Rußlands schon gleich am Anfang der Revolution einen tatkräftigen, weitsichtigen Führer. Die Namen Lenins, Trotzkis und vieler anderer flößten den Aufständischen Vertrauen ein. Diese Namen an und für sich bedeuteten schon ein Programm.

Ganz anders lagen die Dinge in Deutschland. Die rasche Entwicklung des Kapitalismus, die sich im Laufe von Jahrzehnten vollzog, schuf den Boden für die Verständigungspolitik, an die sich die Sozialdemokratie, wenn nicht in Worten, so doch der Tat nach stets hielt. Zwar gab es Genossen, die klar sahen, was vor sich ging, und stets auf die Gefahren hinwiesen, die hieraus für die Partei entstanden. Die routinierte Parteibureaukratie verstand es jedoch stets, die scharfe gründliche Kritik dieser Genossen auf den Parteitagen unschädlich zu machen, indem sie ihrerseits radikale Resolutionen einbrachte. Uebrigens sagten die Theoretiker der deutschen Sozialdemokratischen Partei sehr genau die Katastrophe des Jahres 1914 voraus, die unsere Partei völlig zerstörte. Mit wenigen Ausnahmen sanktionierten die meisten Mitglieder der Partei den Verrat, den die Parlamentsfraktion an dem internationalen Sozialismus verübte.

Hinter Franz Mehring, Klara Zetkin, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und einigen anderen, die das verlassene Banner des internationalen Sozialismus mutig hochhoben, stand anfangs eine nur unbedeutende Gruppe revolutionärer Internationalisten, wenn diese auch die größte Tatkraft, Entschlossenheit und Opfermut an den Tag legte. Alles, was in Deutschland gegen den Imperialismus unternommen wurde, die gesamte illegale Propaganda, die zu verschiedenen Massenaktionen (Streiks, Kundgebungen) führte — das alles ging von dieser Gruppe aus, die dann nach dem vor

Karl Liebknecht veröffentlichten Schreiben mit der Unterschrift „Spartakus" unter den Arbeitern als der „Spartakusbund" bekannt wurde.

Es versteht sich, daß die Spartakisten den grausamsten Verfolgungen ausgesetzt wurden und daß das illegale Band, das sie zusammenhielt, in einem fort zerstört wurde und immer wieder von neuem geknüpft werden mußte.

Als darauf, im Frühjahr 1917, in Gotha die „Unabhängige Partei Deutschlands" (U. S. P. D.) gegründet wurde, schloß sich ihr auch der Spartakusbund an. Politisch jedoch bewahrte er seine volle Unabhängigkeit und hörte auch nach der Organisationsverbindung nicht auf, an der flauen Politik der „Unabhängigen" scharfe Kritik zu üben. Die Folgewidrigkeit und Unentschlossenheit der Taktik der U. S. P. D. während des Krieges ist allgemein bekannt. Bis zum November 1918 war diese Politik eine Politik des feigen Pazifismus. Nach dem November aber, nachdem in Deutschland die Revolution ausgebrochen war, wurde sie zu offenem Verrat an dem Proletariat. Es muß immer wieder betont werden, daß der 9. November 1918 ein Ergebnis nicht so sehr der revolutionären Begeisterung wie der militärischen Niederlage war. In diesen Tagen, als die deutsche Bourgeoisie moralisch geschlagen war und zeitweilig ihre ganze Macht einbüßte, war es von größter Wichtigkeit, das Proletariat von den Illusionen zu befreien, die ihm noch geblieben waren, es darauf hinzuweisen, daß seine wichtigste Aufgabe darin bestehe, die halbe Revolution in eine ganze zu verwandeln. Die Unabhängigen aber, die infolge ihrer Opposition gegen den Krieg während der Jahre 1916—18, wie auch infolge ihrer revolutionären Redensarten sich unter der Arbeitermasse des Rufs erfreuten, wahre Revolutionäre zu sein, diese Unabhängigen traten zusammen mit den Scheidemännern, diesen vielfachen Verrätern am Sozialismus, in die Regierung ein. Hiermit begingen sie einen doppelten Fehler: erstens verstärkten sie bei den Arbeitern gerade die Illusion, die sie zerstören sollten, nämlich die Illusion, daß sie die Revolution schon gemacht hätten. Andererseits erwiesen sie den Scheidemännern eine offensichtliche Unterstützung, die den letzteren gestattete, gleich in den ersten Tagen der Revolution offen für die Bourgeoisie einzutreten. Wäre die in den ersten Tagen der Revolution veröffentlichte Verkündigung der Volksbeauftragten, die die Aushändigung der Waffen forderte und das Privateigentum als unantastbar erklärte, wäre diese Verkündigung in den Augen des revolutionären Proletariats durch den Namen Haases nicht legalisiert worden, so hätte das Berliner Proletariat zweifellos recht bald begriffen, worum es sich handelte, und hätte dem gegenrevolutionären Ränkespiel ein Ende gemacht.

Dies war das erste objektive Verbrechen der U. S. P. D. gegen die deutsche, wie auch gegen die Weltrevolution. Alles, was nachher folgte: die Weigerung, diplomatische Beziehungen mit der Sowjetregierung anzu-

knüpfen und anderes — all dieses war nur ein unvermeidliches Ergebnis ihrer anfänglichen Politik.

Die leidenschaftliche Kritik, die die Spartakisten besonders scharf in den Spalten der „Roten Fahne" übten, führte zur Bildung einer starken Oppositionsströmung im Innern der U. S. P. D. selbst. Andererseits begannen viele unter den Spartakisten selbst eine Organisationsabspaltung von den Unabhängigen zu fordern. In der zweiten Hälfte des Monats Dezember trugen sich die Vertreter der Opposition unter den Unabhängigen schon ernsthaft mit dem Plan, eine eigene Partei zu gründen, die einen Zwischenplatz zwischen der U. S. P. D. und dem Spartakusbund einnehmen würde.

Aeußere Umstände veranlaßten die Führer des Spartakusbundes, einen konstituirenden Kongreß der Kommunistischen Partei Deutschlands einzuberufen. Der Kongreß erwies sich als zahlreich besucht, aber nächst erfahrenen, erprobten Kommunisten gab es hier auch Anarchisten, Syndikalisten und Leute, die nur aus ihrer Stimmung heraus zu Revolutionären geworden waren. Rosa Luxemburg sah klar die Gefahr, die die Vereinigung so verschiedener Strömungen in einer einzigen Partei bot, und zudem in einer Partei, die nur unter der Voraussetzung engster innerer Verbindung aller ihrer Mitglieder und strengster Disziplin imstande wäre, ihre Aufgaben zu lösen. Sie glaubte jedoch, daß sich aus diesen mannigfaltigen Strömungen nach kurzer Zeit eine starke, wahrhaft revolutionäre Bewegung entwickeln würde. Die gleichen Erwägungen veranlaßten die Zentrale, von der Aufwerfung der Vertrauensfrage Abstand zu nehmen, als der Antrag der Zentrale über den Boykott der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung mit drei Viertel der Stimmenzahl abgelehnt wurde.

Es kam aber anders. Aeußere Umstände verhinderten die Kommunistische Partei, alsbald zu einer Massenpartei zu werden, wie ihre Führer es erwartet hatten. Während sich die deutsche Bourgeoisie auf eine starke gegenrevolutionäre Bauernschaft stützen konnte und ihr zudem der bureaukratische Gewerkschaftsapparat zur Verfügung stand, konnte das Proletariat infolge seiner Unreife sich nicht so bald befestigen. Die Unabhängigen traten daher aus der Regierung aus und kehrten zu ihrer früheren Oppositionspolitik zurück. 5 Tage nach der Gründung der Kommunistischen Partei begannen in Berlin die blutigen Januartage. Die Hoffnungen, daß es möglich sein würde, eine neue Organisation auf breiterer und festerer Grundlage zu schaffen, wurden zerstört, unsere besten Genossen ausgerottet. Tausende unserer Genossen wurden hinter Schloß und Riegel gesetzt, unsere Presse in Berlin, wie auch in vielen anderen Städten, unterdrückt.

Anfang März erhob sich im ganzen Reich eine neue Revolutionswelle, die in Berlin begann, sich durch Braunschweig, Bremen, die Rheinprovinzen, Westfalen, Mittel- und Süddeutschland wälzte und in München ihren Höhe-

punkt erreichte. Und wiederum mußten die Kommunisten die Schläge, die gegen das ganze Proletariat gerichtet waren, aufnehmen. Daß es unter derartigen Verhältnissen überaus schwer hielt, einen festen Organisationskern zu bilden, versteht sich von selbst. Es muß jedoch gesagt werden, daß es unseren Genossen trotz aller Gefahren und Schwierigkeiten gelang, das in einem fort auseinandergehende Band unter den verschiedenen Teilen der Partei aufrecht zu erhalten und zu erneuern.

Zu diesen Schwierigkeiten kamen auch noch andere. Es fehlt dem deutschen Proletariat gänzlich an revolutionärer Erfahrung; das Proletariat stellte sich die Revolution daher stets als eine unablässig fortschreitende Bewegung vor, die mit dem Siege des Proletariats endet. Als Noske, dieser Gallifet der deutschen Revolution, diese Zierde der II. Internationale, mit Hilfe seiner weißen Garde das Schlachtfeld eroberte und der Bourgeoisie die Möglichkeit gab, neue Kräfte zu sammeln, machten sich unter den Arbeitern Enttäuschung und Abspannung bemerkbar. Dadurch wurde der Boden für die Propaganda solcher Leute wie Wolffheim, Laufenberg, Rühle u. a. vorbereitet. Die antiparlamentarische Stimmung der Arbeitermassen, wie auch den Haß der Arbeiter gegen die Gewerkschaftsbureaukratie geschickt ausnutzend, versuchten diese Männer, die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in neue Bahnen zu lenken. Ihre Propaganda des nationalen Bolschewismus, wie auch ihr Auftreten gegen den Zentralismus und gegen die selbständige Existenz der Kommunistischen Partei erwiesen sich als nicht sonderlich gefährlich. Dafür aber agitierten sie um so eifriger gegen die Teilnahme an der parlamentarischen Tätigkeit und an den Gewerkschaften.

Die Kommunistische Partei war einer ernsten Gefahr ausgesetzt, da wichtige konkrete Fragen von einzelnen Teilen der Partei in ganz verschiedener Weise gelöst wurden. Nach der deutschen Revolution strömten die Arbeiter in großen Massen den Gewerkschaften zu. Während die Gewerkschaften vorher etwa eine Million Mitglieder gezählt hatten, stieg die Zahl der letzteren gegen Ende des Krieges auf acht Millionen. Ohne dieser Strömung auch nur im geringsten Rechnung zu tragen, gab die Kommunistische Partei in Berlin und Hamburg die Parole aus: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ Diese Parole fand nicht den geringsten Anklang unter den Massen. Sie führte nur dazu, daß die Partei sich abseits von der Massenbewegung stellte und ihr die Gefahr drohte, zu einer Sekte zu entarten.

Alle diese schwierigen Umstände bildeten den Gegenstand der Erörterung auf den Sitzungen des Parteitages in Heidelberg.

Wir sind stolz darauf, sagen zu können, daß fast in allen 14 wichtigen Fragen des II. Kongresses der III. Internationale (Parlamentarismus, Gewerkschaftsbewegung, Rolle der Partei) auf dem Heidelberger Parteitag gerade die Beschlüsse in Aussicht genommen waren, die der II. Kongreß

der III. Internationale gefaßt hat. Die in Heidelberg durchgeführte Operation des Ausschlusses Wolffheims, Laufenbergs, Rühles, Schröders, Wendels war zwar schmerzhaft, erwies sich aber zugleich als heilsam.

Es versteht sich, daß das Hervortreten taktischer Gegensätze in einer Partei, die illegal bestand, der kommunistischen Bewegung Abbruch tun mußte, umsomehr, als die Presse der U. S. P. D., deren Organe mit wenigen Ausnahmen legal bestanden, diesen Umstand in denkbar demagogischer Weise ausnutzte. Aber auch in diesem Falle bestätigte sich die alte Wahrheit, daß man eine zeitweilige Krankheit zum Vorschein kommen lassen müsse, um sich in der Zukunft wohler zu fühlen. Die Kommunistische Partei gewann seitdem festen Boden unter den Füßen, sie festigte und erweiterte ihren Einfluß im ganzen Reich. Nur in Berlin und Hamburg müssen noch einige Schwierigkeiten überwunden werden.

In den Märztagen, zu Anfang der Revolution, trat unsere Bewegung in Berlin nur schwach hervor. Es ist größtenteils diesem Umstand zuzuschreiben, daß unsere Partei auch jetzt keinen bedeutenden Einfluß in Berlin besitzt; in allen anderen Städten aber zählen wir viele Anhänger. Uebrigens muß man sagen, daß die Bewegung auch in Berlin selbst schon vom toten Fleck fortgerückt ist. Wir haben dort einige tausend aktiver Genossen, die ebenso wie die Genossen in den übrigen Gebieten des Reichs in den Gewerkschaften und Betriebsräten eine eifrige Agitation für die Partei betreiben. Wenn wir gegenwärtig in ganz Deutschland nur 92 000 Mitglieder zählen, so müssen wir in Betracht ziehen, einerseits, daß wir erst seit April legal bestehen, andererseits, daß im Bürgerkriege etwa 20 000 Proletarier, und unter ihnen unsere besten Mitarbeiter, getötet wurden. Zieht man alle diese Umstände in Betracht, so muß anerkannt werden, daß wir vollen Grund haben, auf die Ergebnisse unserer Arbeit stolz zu sein, umsomehr, als wir schon längst Gelegenheit hatten, uns zu überzeugen, daß unsere Erfolge nicht nach der Mitgliederzahl unserer Partei gemessen werden können. Als kennzeichnend für uns kann die Tatsache gelten, daß es uns gelungen ist, die deutsche Arbeiterklasse in bedeutendem Maße zu revolutionieren. Wenn ungefähr eine Million deutscher Arbeiter jetzt bereitwillig und aktiv für die Diktatur des Proletariats und die III. Internationale eintreten, so müssen wir hierin in erster Reihe die Ergebnisse der Propaganda sehen, die die Mitglieder der Kommunistischen Partei führen. Der Uebergang des revolutionären Flügels der U. S. P. D. zu unserer Stellung, d. h. zur Stellung der III. Internationale, ist nur mehr eine Frage der Zeit, vielleicht sogar nur eine Frage weniger Monate.*) Die Vertreter dieses Flügels, Däumig und Stöcker, erklärten bereits in Moskau, daß sie die Beschlüsse des Kongresses bedingungslos annehmen

*) Wie bekannt, ist die Voraussagung des Verfassers nun, nach dem Parteitag in Halle, schon zur vollendeten Tatsache geworden. Die Red.

und dafür eintreten würden, daß ihre Partei vor allen Dingen sich gründlich von dem opportunistischen Element säubere und zum aktiven Mitglied der III. Internationale werde. Nun, da die K. A. P. D. (deren Vertreter Rühle und Merges an dem Moskauer Kongreß nicht teilnahmen, augenscheinlich weil sie die Richtigkeit der von dem Kongreß aufgestellten Leitsätze wohl anerkannten) sich im Zustand völliger Zersetzung befindet, da die revolutionären Massen der U. S. P. D. ebenfalls auf dem Wege zum kommunistischen Lager sind, haben wir Grund zu erklären, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Kommunistische Partei auch ziffernmäßig in einem dem Rufe des deutschen Proletariats entsprechenden Grade stark sein wird.

Wir können Tag und Stunde, an dem das deutsche Proletariat die Freiheit erlangen wird, nicht feststellen; aber wir können dem russischen Proletariat sagen, daß die innere und äußere Lage in Deutschland unerträglich ist, daß große entscheidende Kämpfe unvermeidlich sind und daß das deutsche Proletariat, von der Idee der Revolution beseelt, in diesen Kämpfen mit vollem Vertrauen an einen endgültigen Sieg handeln wird.

Die deutsche Bourgeoisie stöhnt jetzt unter dem Joch des Versailler Friedensvertrags. Ihre außenpolitische Bedeutung ist gleich Null. Das einzige, was ihr noch bleibt, ist, zum Makler der amerikanischen Kapitalisten zu werden. Im Innern des Landes hat die Krise des Kapitalismus den Höhepunkt erreicht. Die Betriebe, von deren Versorgung mit Rohstoffen so viel geredet wird, denen es angeblich an Arbeitskraft mangelt, schließen ihre Pforten, weil die Fabrikate nicht gekauft werden, und die Arbeiter darben und sterben, weil sie nichts zu kaufen imstande sind.

So ist jetzt die Lage in Deutschland. Das deutsche Proletariat begreift, daß es nur ein Rettungsmittel, nur einen Ausweg gibt: die Weltrevolution. Das deutsche Proletariat wird zusammen mit Euch, mit Eurer unvergleichlichen Roten Armee, eine Brücke zwischen Deutschland und Rußland bauen, und alle räuberischen Pläne der internationalen Gauner werden schmählichen Schiffbruch erleiden. Die Basis der proletarischen Revolution vom Rhein bis zum Ural wird sich stark genug erweisen, um dem Proletariat die Möglichkeit zu geben, den verbrecherischen Kapitalismus in der ganzen Welt zu vernichten, um endlich den Schritt zu tun, den Friedrich Engels als Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit bezeichnet.

J. Walcher.

Die kommunistische Bewegung in Turin.

Eines der Mitglieder der italienischen Delegation, die vor kurzem aus Sowjetrußland zurückkehrte, teilte den Turiner Arbeitern mit, daß in Kronstadt über der zum Empfang der Delegation errichteten Tribüne die Losung geprangt habe: „Es lebe der Turiner Generalstreik vom April 1920."

Diese Mitteilung wurde von den Arbeitern mit großer Freude und Genugtuung aufgenommen. Die meisten Vertreter der Delegation, die sich nach Rußland begeben hatte, waren Gegner des Generalstreiks, der im April stattgefunden hat. In ihren Aufsätzen gegen den Streik behaupteten sie, die Turiner Arbeiter hätten sich in diesem Falle von einer „Illusion" verleiten lassen und die Bedeutung dieses Streiks überschätzt.

Die Turiner Arbeiter vernahmen daher mit Freude von der Teilnahme der Kronstädter. Sie sagten sich: „Unsere russischen kommunistischen Genossen haben die Bedeutung des April besser verstanden und eingeschätzt als die italienischen Opportunisten; unsere russischen Genossen haben den italienischen Opportunisten hiermit eine wohlverdiente Lehre gegeben."

Die Turiner Aprilbewegung war tatsächlich ein großartiges Ereignis in der Geschichte nicht nur des italienischen, sondern auch des europäischen Proletariats, ja sogar in der Geschichte des Proletariats der ganzen Welt.

Zum ersten Mal unternahm das Proletariat in Turin den Kampf um die Kontrolle über die Produktion, ohne durch Hunger und Arbeitslosigkeit dazu unmittelbar gezwungen zu sein. Zudem war es nicht nur eine Minderheit, die als Vorhut der örtlichen Arbeiterschaft in den Kampf trat — nein, die gesamte Masse der Turiner Arbeiter nahm den Kampf auf und unterstützte ihn trotz härtester Entbehrungen und größter Opfer entschlossen bis zum Ende, ohne zu wanken.

Die Metallarbeiter streikten einen Monat lang, die übrigen Arbeiter 10 Tage.

Der zehntägige Generalstreik ergriff das ganze Gebiet Piemont, d. h. etwa eine halbe Million Industriearbeiter und Bauern, und zog somit ungefähr vier Millionen der Bevölkerung in unmittelbare Mitleidenschaft.

Die italienischen Kapitalisten spannten ihre ganze Kraft an, um die Turiner Arbeiterbewegung zu unterdrücken; sämtliche Mittel der bürgerlichen Ordnung wurden ihnen zur Verfügung gestellt. Die Arbeiter dagegen standen ganz allein im Kampf, ohne jede Unterstützung von dem sozialistischen Zentrum oder dem Syndikatenkongreß; ja, die Führer der

Gewerkschaften und der Partei verhöhnten die Arbeiter und taten ihr möglichstes, um die revolutionären Ausbrüche zu unterdrücken, in denen die italienischen Arbeiter und Bauern ihre Solidarität mit den Turiner Brüdern kundtaten und ihnen zu Hilfe kommen wollten. Die Arbeiter verloren aber trotzdem nicht den Mut. Sie ertrugen die ganze Schwere der kapitalistischen Reaktion, bewahrten die Disziplin bis zum letzten Augenblick und blieben selbst nach der Niederlage dem Banner des Kommunismus und der Weltrevolution treu.

Die Propaganda der Anarchisten und Syndikalisten gegen die Parteidisziplin unter den Arbeitern und gegen die Diktatur des Proletariats hatte selbst dann keinen Erfolg, als der Ausstand infolge des von den Führern verübten Verrats mit einer Niederlage endete. Die Turiner Arbeiter schworen in ihrem Herzen vielmehr, den revolutionären Kampf zu verstärken und ihn nun an zwei Fronten zu führen: einerseits gegen die siegreiche Bourgeoisie, andererseits gegen die verräterischen Führer.

* * *

Das revolutionäre Bewußtsein und die revolutionäre Disziplin, die die Proletariermassen von Turin an den Tag legten, finden ihren geschichtlichen Untergrund in den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, unter welchen der Klassenkampf in Turin sich entwickelt.

Turin ist ausschließlich eine Stadt der Industrieproduktion. Fast drei Viertel seiner Bevölkerung, die eine halbe Million zählt, besteht aus Arbeitern und einer Handvoll kleinbürgerlicher Elemente. Außerdem hat Turin eine kompakte Masse von Angestellten und Technikern, die in den Betrieben arbeiten und in Verbänden organisiert sind, also mit zur Arbeitskammer gehören. Sie führten die großen Streiks zusammen mit den Arbeitern durch, so daß, wenn auch nicht alle, so doch die meisten unter ihnen, schon längst die Psychologie des wahren, gegen das Kapital, für die Revolution und den Kommunismus kämpfenden Proletariers sich zu eigen gemacht haben.

Die Turiner Produktion ist, von außen betrachtet, durchaus zentralisiert und einheitlich. Die metallurgische Industrie, die etwa 50.000 Arbeiter und 10.000 Angestellte und technisches Personal beschäftigt, steht an erster Stelle. In der zu diesem Industriezweig gehörenden Firma „Fiat" allein arbeiten 35.000 Arbeiter, Angestellte und Techniker; die Hauptwerke der Firma zählen 16.000 Arbeiter, die ausschließlich nach dem letzten Ergebnis der modernen Technik gebaute Automobile anfertigen.

Die gesamte metallurgische Industrie von Turin ist auf die Automobilproduktion eingestellt. Die meisten Arbeiter sind entweder qualifizierte Kräfte oder Fachleute; trotzdem aber besitzen sie nicht die kleinbürgerliche Psychologie der qualifizierten Arbeiter anderer Länder, z. B. Englands.

Die Automobilproduktion, die den ersten Platz in der metallurgischen Industrie einnimmt, drängt zugleich auch andere Produktionszweige, wie die Holzbearbeitungsindustrie und die Gummiproduktion, in den Hintergrund.

Die Metallarbeiter bilden die Vorhut des Turiner Proletariats. Dank den Eigenheiten dieses Produktionszweiges wird jede Bewegung daher automatisch zur Massenbewegung und erhält einen politischen und revolutionären Charakter, selbst wenn sie anfangs nur von gewerkschaftlichen Zielen ausging.

Turin besitzt nur eine bedeutende Gewerkschaftsorganisation, die 90.000 Mitglieder zählt, nämlich die Arbeitskammer. Die bestehenden anarchistischen und syndikalistischen Gruppen sind kaum der Erwähnung wert, denn sie üben gar keinen Einfluß auf die Massen aus. Die Massen stehen fest und bestimmt auf Seiten der Sektion der Sozialistischen Partei, die zum größten Teil aus kommunistischen Arbeitern besteht.

Der organisierten kommunistischen Bewegung stehen folgende Kampforganisationen zur Verfügung: die Parteisektion, die 1500 Mitglieder zählt, 28 Bezirksorganisationen mit 10.000 Mitgliedern und 28 sozialistische Jugendorganisationen mit 2000 Mitgliedern.

In jedem Betrieb besteht eine ständige kommunistische Gruppe mit ihrem eigenen führenden Zentrum. Die Gruppen vereinigen sich je nach der Ortslage der Betriebe in Bezirks- und Stadtviertelgruppen und endlich in der Parteisektion mit einem leitenden Ausschuß, der die gesamte organisierte kommunistische Bewegung der Stadt in den Händen hält und die Führerschaft über die Arbeitermasse ausübt.

Bis zur bürgerlichen Revolution, die die gegenwärtige bürgerliche Ordnung in Italien schuf, war Turin die Hauptstadt eines kleinen Staates, der Piemont, Ligurien und Sardinien umfaßte. Zu jener Zeit herrschte in Turin die Klein- und Heimproduktion und der Handel vor. Als Italien zum vereinigten Königreich mit der Hauptstadt Rom wurde, schien Turin in Gefahr, seine frühere Bedeutung einzubüßen. Jedoch bewältigte die Stadt bald die wirtschaftliche Krise, ihre Bevölkerung verdoppelte sich, und sie wurde zu einer der größten Industriestädte Italiens. Man kann sagen, daß Italien drei Hauptstädte hat: Rom als Verwaltungszentrum des bürgerlichen Staates, Mailand als Mittelpunkt des Finanz- und Handelslebens des Landes (sämtliche Banken, Büros und Finanzinstitutionen sind in Mailand konzentriert) und endlich als Industriezentrum Turin, wo die Industrieproduktion die höchste Entwicklung erreicht hat. Mit der Verlegung der Residenz nach Rom verließ die gesamte intellektuelle Klein- und Mittelbourgeoisie, die dem Aeußeren des neuen bürgerlichen Staates einen bestimmten Stempel aufdrückte, die Stadt Turin. Die Entwicklung der Großindustrie zog die Blüte der italienischen Arbeiterschaft nach Turin. Der Entwicklungsprozeß dieser Stadt ist vom Stand-

punkt der Geschichte Italiens und der italienischen proletarischen Revolution überaus interessant.

Das Turiner Proletariat wurde somit zum Führer des geistigen Lebens der italienischen Arbeitermassen, die mit allen möglichen Banden: Herkunft, Familie, Tradition, Geschichte und endlich mit geistigen Banden (jeder italienische Arbeiter strebt mit ganzer Seele danach, in Turin zu arbeiten) mit der Stadt verknüpft sind.

Was wir hier gesagt haben, erklärt die Tatsache, daß die Arbeitermassen ganz Italiens selbst gegen den Willen ihrer Führer bestrebt waren, ihre Solidarität mit dem Generalstreik in Turin zum Ausdruck zu bringen: sie sahen in dieser Stadt den Mittelpunkt, die Hauptstadt der kommunistischen Revolution, das zweite Petrograd der italienischen proletarischen Revolution.

* * *

Während des imperialistischen Krieges 1914—1918 machte Turin zwei bewaffnete Aufstände durch: der erste Aufstand, der im Mai 1915 ausbrach, wollte verhindern, daß Italien sich dem Krieg gegen Deutschland anschließe (bei dieser Gelegenheit wurde das Volkshaus Casa del Popolo von der Polizei bis auf den Grund zerstört); der zweite Aufstand erfolgte im August 1919 und nahm die akute Form eines bewaffneten revolutionären Kampfes an.

Die Nachricht von der Märzrevolution in Rußland wurde in Turin mit unbeschreiblicher Freude aufgenommen. Die Arbeiten weinten vor Erregung, als sie erfuhren, daß die Zarenregierung durch die Kraft der Petrograder Arbeiter gestürzt war. Die Turiner Arbeiter aber ließen sich durch die demagogische Phraseologie Kerenskis und der Menschewiki nicht hinters Licht führen. Als im Juli 1917 die von dem Petrograder Sowjet nach Westeuropa entsandte Militärmission in Turin eintraf, wurden ihre Delegierten Smirnow und Goldenberg, die vor einer fünfzigtausendköpfigen Volksmenge auftraten, mit ohrenbetäubenden Rufen: „Es lebe Genosse Lenin! Es leben die Bolschewiki!“ empfangen.

Goldenberg war von dieser Begrüßung nicht sonderlich erbaut; es schien ihm unbegreiflich, auf welche Weise Gen. Lenin sich solche Popularität unter den Turiner Arbeitern erworben hatte. Und dabei darf nicht vergessen werden, daß dieser Vorfall nach der Unterdrückung des Juliaufstandes in Petrograd sich ereignete, daß die bürgerlichen italienischen Zeitungen von Artikeln mit wütenden Ausfällen gegen Lenin und die Bolschewiki strotzten, die als Banditen, Intriganten, als Agenten und Spione des deutschen Imperialismus bezeichnet wurden.

Vom Beginn des italienischen Krieges (24. Mai 1915) bis zu dem Tage, von dem wir weiter unten berichten werden, führte das Turiner Proletariat keine einzige Massenkundgebung durch.

Die großartige Versammlung, die zu Ehren des Petrograder Sowjets der Arbeiterdeputierten veranstaltet wurde, leitete eine neue Aera der Massenbewegung ein. Kaum ein Monat verging, als die Turiner Arbeiter mit der Waffe in den Hand gegen den italienischen Imperialismus und Militarismus sich erhoben. Der Aufstand brach am 23. August 1917 aus. Fünf Tage lang kämpften die Arbeiter in den Straßen und auf den Plätzen der Stadt. Die Aufständischen, denen Gewehre, Granaten und Maschinengewehre zur Verfügung standen, besetzten sogar einige Stadtviertel. Drei- bis viermal versuchten die Arbeiter, sich des Zentrums der Stadt, wo die städtischen Institutionen und das Militärkommando sich befanden, zu bemächtigen, aber die zwei Kriegs- und Reaktionsjahre hatten die früher starke Organisation des Proletariats untergraben. Die Arbeiter, die zehnmal schlechter bewaffnet waren als ihre Gegner, wurden besiegt. Vergebens hatten die Arbeiter auf Unterstützung von den Soldaten gehofft; die Soldaten ließen sich durch die Insinuation, daß der Aufstand von den Deutschen hervorgerufen sei, irreführen.

Die Volksmasse errichtete großartige Barrikaden, grub Laufgräben, umgab ihre Stadtviertel mit Stacheldrahtverhauen mit elektrischem Strom und schlug fünf Tage lang alle Angriffe der Truppen und der Polizei zurück. Ueber 500 Arbeiter fielen in den Kämpfen, über 2000 von ihnen wurden schwer verwundet. Nach der Niederlage wurden die besten Elemente der Arbeiterklasse verhaftet und aus Turin ausgewiesen. Als der Aufstand zu Ende war, verlor die Bewegung zwar an revolutionärer Intensität, die Stimmung der Massen aber blieb nach wie vor kommunistisch.

Als Beweis diene folgendes: Unmittelbar nach dem Augustaufstand wurden die Neuwahlen zu dem Verwaltungsrat des Verbandes der Gewerkschaften, einer riesigen, ausschließlich den Arbeitern gehörenden Organisation, die ein Viertel der gesamten Bevölkerung von Turin umfaßt, anberaumt. Zum Verbande gehören der Verband der Eisenbahnergenossenschaften und die Allgemeine Assoziation der Arbeiter (eine riesige Arbeiterorganisation). Lange Jahre hindurch spielte die Sozialistische Sektion die Führerrolle im Verwaltungsrat, nun aber erwies die Sektion sich außer stande, eine weitgehende Agitation zu entwickeln und in die Arbeitermassen einzudringen. Das Kapital des Verbandes bestand hauptsächlich aus Eisenbahnaktien, die zum größten Teil den Eisenbahnangestellten und deren Familien gehörten. Das Wachstum des Verbandes erhöhte den Aktualwert der Aktien von 50 auf 700 Lire. Die Partei vermochte die Aktionäre jedoch zu überzeugen, daß eine Arbeitergenossenschaft nicht das Wohl einzelner Personen, sondern die Verstärkung der revolutionären Kampfmittel zum Ziele habe, und die Besitzer der Aktien

begnügten sich daher mit einem Gewinn von 3½% des Nominalwertes des 50 Lirepapiers und nicht des realen Wertes, der 700 Lire betrug. Nach dem Augustaufstand wurde mit Hilfe der Polizei und der bürgerlich-reformistischen Presse ein Eisenbahnerausschuß gebildet, der eigens das Ziel verfolgte, der Sozialistischen Partei die Vorherrschaft im Verwaltungsrat zu rauben. Den Aktionären wurde versprochen, daß man ihnen unverzüglich die Differenz von 650 Lire zwischen dem Nominal- und dem Aktualwert jeder Aktie auszahlen würde; es wurden den Eisenbahnern verschiedene Vorrechte bei der Verteilung der Waren versprochen. Die verräterischen Reformisten und die bürgerliche Presse setzten alle Propaganda- und Agitationsmittel in Bewegung, um die Genossenschaft aus einer Arbeiterorganisation in eine kommerzielle Institution von kleinbürgerlichem Charakter zu verwandeln. Die Arbeiterklasse wurde allerhand Verfolgungen ausgesetzt. Die Zensur unterdrückte die Stimme der Sozialistischen Sektion. Ungeachtet aller Verfolgungen und Martern aber erhielten die Sozialisten, die auch nicht um ein Haarbreit von ihrem Standunkt abgewichen waren, daß die Arbeiterkooperation ein Mittel zur Führung des Klassenkampfes sei, wiederum die Mehrheit in den Genossenschaften. Es wurden von 800 Stimmen 700 für die Sozialistische Partei abgegeben, obgleich die Wähler größtenteils Eisenbahner waren und man erwartet hätte, daß sie nach der Niederlage des bewaffneten Augustaufstandes einiges Schwanken und sogar reaktionäre Tendenzen an den Tag legen würden.

* * *

Nach Abschluß des imperialistischen Krieges schritt die proletarische Bewegung rasch und entschlossen vorwärts. Die Arbeitermasse von Turin sah ein, daß die geschichtliche Periode, die mit dem imperialistischen Kriege begann, grundverschieden war von der Epoche, die dem Kriege vorausging. Die Turiner Arbeiterschaft begriff nur zu gut, daß die III. Internationale eine Organisation des Weltproletariats ist zur Führung des Bürgerkrieges, zur Eroberung der politischen Macht, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, zur Einsetzung einer neuen Ordnung in den Produktions- und sozialen Beziehungen. Revolutionäre, wirtschaftliche und politische Probleme wurden auf den Arbeiterversammlungen lebhaft erörtert. Die besten Kräfte der kommunistischen Vorhut vereinigten und organisierten sich, um eine Wochenschrift kommunistischer Richtung, die „Ordine Nuovo" (Neue Ordnung) herauszugeben. Die Polemik, die in den Spalten dieser Zeitschrift geführt wurde, bezog sich auf mehrere Fragen: auf die Gründung einer revolutionären Organisation der Massen, die dazu beitragen sollte, die Gewerkschaften unter das Banner des Kommunismus zu ziehen; die Verlegung des industriellen Kampfes aus der Sphäre des Kampfes für

die Verbesserung der Lebensbedingungen, für Neueinführungen und Reformen in der Industrie — in die Sphäre des revolutionären Kampfes für die Kontrolle über die Produktion und für die Diktatur des Proletariats. Auch die Frage der Betriebsräte wurde auf die Tagesordnung gesetzt.

In den Turiner Betrieben hatten zwar auch schon früher kleine, von den Kapitalisten anerkannte Arbeiterausschüsse bestanden, und einige von ihnen hatten bereits den Kampf gegen den Bureaukratismus, den reformistischen Geist und die Loyalitätsbestrebungen der Syndikate aufgenommen. Der größte Teil dieser Ausschüsse war aber nur ein Geschöpf der Gewerkschaften: die Liste der Kandidaten für die Ausschüsse wurden den Betriebsversammlungen von den gewerkschaftlichen Organisationen vorgelegt, wobei opportunistisch gesinnte qualifizierte Arbeiter gewählt wurden, die den Fabrikherren nie „lästig wurden" und jede Massenbewegung im Keim erstickten. Die Anhänger der „Ordine Nuovo" forderten in ihrer Propaganda und Agitation vor allem die Umgestaltung der Betriebsräte, die Wahl der Kandidaten für diese Ausschüsse aus den Tiefen der Arbeitermasse und nicht aus den Spitzen der Gewerkschaftsbürokratie. Ferner forderten sie, daß die Arbeiterausschüsse für die Kontrolle über die Produktion, für die Bewaffnung und militärische Vorbereitung der Massen, für deren wirtschaftliche und politische Ausbildung kämpfen sollten. Sie sollten weder die frühere Rolle von Wachthunden spielen, die die Interessen der herrschenden Klassen schützen, noch die Aktion der Massen gegen das kapitalistische Betriebsregime unterdrücken.

Die Propaganda für die Betriebsräte wurde von den Massen mit großer Begeisterung aufgenommen: im Verlauf eines halben Jahres wurden in sämtlichen metallurgischen Fabriken und Werken Betriebsräte gewählt; im Rat des Metallarbeiterverbandes erhielten die Kommunisten die absolute Mehrheit; die Idee der Betriebsräte und des Kampfes für die Kontrolle über die Produktion wurde von der Mehrheit des Kongresses und den meisten zur Arbeitskammer gehörenden Gewerkschaften anerkannt und angenommen.

Die Organisation der Betriebsräte beruht auf folgenden Grundsätzen: in jeder Fabrik, in jeder Werkstatt wird auf der Grundlage der Vertretung (und nicht auf der alten Grundlage des bürokratischen Systems) ein Organ gewählt, das die Macht des Proletariats verwirklicht, gegen die kapitalistische Ordnung kämpft und die Kontrolle über die Produktion durchführt, wobei es die gesamte Arbeitermasse in den revolutionären Kampf für die Errichtung eines Arbeiterstaates hineinzieht. Der Betriebsrat muß auf dem Grundsatz des Industrialismus aufgebaut sein; er muß für die Arbeiterklasse ein Prototyp der kommunistischen Gesellschaft sein, zu der sie durch die Diktatur des Proletariats gelangen wird; in dieser Gesellschaft wird es keine Einteilung in Klassen geben, sämtliche sozialen Beziehungen werden nur von den Bedürfnissen der Produktionstechnik und der hiermit v

bundenen Organisation geregelt werden, nicht aber einer organisierten Staatsmacht sich unterordnen. Die Arbeiterschaft muß einsehen, wie hehr und schön das Ideal ist, für das sie kämpft und sich selbst opfert; sie muß einsehen, daß gewisse Etappen zur Erreichung dieses Ideals notwendig sind; sie muß die Notwendigkeit der revolutionären Disziplin und Diktatur anerkennen.

Jeder Betrieb ist in Zünfte eingeteilt; jede Zunft führt einen bestimmten Teil der Arbeit aus; die Arbeiter jeder Zunft wählen einen Delegierten mit imperativem und bedingtem Mandat. Die Versammlung der Delegierten des ganzen Betriebes bildet einen Rat, der aus seinem Bestande einen Vollzugsausschuß wählt. Die Versammlung der politischen Sekretäre der Vollzugsausschüsse bildet den Zentralbetriebsrat, der aus seinem Bestande ein Stadtkomitee wählt zur Organisation der Propaganda, zur Ausarbeitung des Arbeitsplanes, zur Begutachtung der Pläne und Vorschläge der einzelnen Betriebe und sogar einzelner Arbeiter und endlich zur Führung der gesamten Bewegung. Einige Aufgaben der Betriebsdelegierten tragen einen streng technischen und sogar einen industriellen Charakter, wie z. B. die Kontrolle über das technische Personal, den Ausschuß von Leuten, die sich als Feinde der Arbeiterklasse zeigen, der Kampf mit der Betriebsleitung zur Erzielung von Rechten und Vorrechten, die Untersuchung der Produktivität des Betriebes, seines Umsatzkapitals usw. Zu allen diesen Aufgaben kommt noch die Aufgabe, die Arbeiterklasse militärisch vorzubereiten, alle vom Standpunkt des bewaffneten Kampfes tauglichen Elemente genau zu verzeichnen, Gruppen und Abteilungen zu bewaffneter Massenaktion zu bilden.

Die Betriebsräte faßten rasch festen Fuß. Die Massen nahmen diese sozialistische Organisationsform freudig auf, schlossen sich um die Vollzugsausschüsse zusammen und unterstützten sie kraftvoll in dem Kampf gegen die kapitalistische Autokratie. Obgleich weder die Industriellen noch auch die Gewerkschaftsbürokratie die Ausschüsse und Räte anerkennen wollten, erzielten sie doch bedeutende Erfolge; sie vertrieben die Geheimagenten und Spione der Kapitalisten aus den Fabriken; sie knüpften mit den Angestellten und dem technischen Personal Beziehungen an, um Auskünfte finanziellen und industriellen Charakters über die Angelegenheiten des Betriebes zu erlangen; sie konzentrierten die Disziplinargewalt in dem Betrieb tatsächlich in ihren Händen und zeigten den verstreuten, uneinigen Arbeitermassen, was die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Produktion bedeutet. Am deutlichsten trat die Tätigkeit der Räte und Ausschüsse bei den Streiks im Innern der Betriebe zutage; diese Streiks verloren ihren zufälligen, impulsiven Charakter und wurden zum Ausdruck der bewußten Aktivität der revolutionären Massen. Die technische Organisation der Räte und Ausschüsse, ihre Aktionsfähigkeit vervollkommnete sich dermaßen, daß es möglich wurde, eine 16tausendköpfige, über 42

Unternehmen der „Fiat"-Zentralwerke verstreute Arbeitermasse in fünf Minuten zum Niederlegen der Arbeit zu veranlassen. Am 3. Dez. 1919 lieferten die Betriebsräte einen anschaulichen Beweis ihrer Fähigkeit, Massenbewegungen in großem Maßstabe zu leiten: auf Verfügung der sozialistischen Sektion, die den ganzen Mechanismus der Massenbewegung der Arbeiter in Händen hielt, mobilisierten die Betriebe ohne jede vorherige Vorbereitung im Laufe einer einzigen Stunde 120 000 Arbeiter, wobei jeder Betrieb seine eigenen Proletarierbataillone bildete. Eine Stunde später ergoß sich die proletarische Armee einer Lawine gleich über die Stadt bis zum Zentrum und verjagte die Schufte, die sich Nationalisten und Militaristen nennen, von den Straßen und Plätzen.

* * *

An der Spitze dieses Kampfes der Arbeitermassen für die Errichtung der Betriebsräte standen die zur Sozialistischen Sektion gehörenden Kommunisten und die Arbeitersyndikate; außerdem nahmen an dieser Bewegung auch die Anarchisten teil, die sich bestrebten, ihre pompöse Phraseologie der klaren, deutlichen Sprache der marxistischen Kommunisten entgegenzustellen.

Die Bewegung stieß jedoch auf den erbitterten Widerstand der zentralen und lokalen Gewerkschaftsfunktionäre, des Komitees der Sozialistischen Partei und der Zeitung „Avanti". Die Polemik, die diese Leute führten, gründete sich auf den Unterschied zwischen dem Begriff der Betriebsräte und der Räte als solcher. Ihre Schlußfolgerungen trugen einen rein theoretischen, abstrakten, bürokratischen Charakter. Hinter ihren erhabenen, lauten Phrasen verbarg sich der ausgesprochene Wunsch, die direkte Beteiligung der Massen an dem revolutionären Kampf zu verhüten, der Wunsch, die Vormundschaft der Gewerkschaftsorganisationen über die Massen zu erhalten. Die Genossen aus dem Parteiausschuß weigerten sich, irgend welche Initiative zur Vorbereitung lokaler Aktionen zu ergreifen, bevor ein einheitlicher Aktionsplan für das ganze Land durchgeführt würde; sie taten aber nichts, um sich einen Plan auszuarbeiten und vorzubereiten.

Der Plan einer Plattform wurde mit Hilfe der an der Spitze der Bewegung stehenden Kommunisten von den Arbeitern selbst auf den Betriebsversammlungen ausgearbeitet und vorbereitet, so daß dem Zentralkomitee nur übrig blieb, diesem Material eine endgültige Form zu verleihen, die Tagesordnung festzusetzen und die überaus lange Resolution auszuarbeiten. Diese Bewegung kann daher mit vollem Recht als reine Arbeiterbewegung bezeichnet werden und als Beweis der hohen Entwicklungsstufe dienen, die das Turiner Proletariat auf dem Gebiet der Industrie erreicht hat.

Es gelang der Turiner Bewegung aber nicht, aus dem Rahmen einer lokalen Bewegung herauszutreten, da der gesamte bürokratische Mecha-

nismus der Gewerkschaften aufgeboten wurde, um zu verhindern, daß die Arbeitermassen der übrigen Teile Italiens dem Beispiel der Stadt Turin folgten. Die Turiner Bewegung wurde verspottet, verhöhnt, auf jede mögliche Art und Weise verleumdet und kritisiert. Diese scharfen Ausfälle der Gewerkschaftsorgane und der Sozialistischen Partei gaben den Kapitalisten neuen Mut, so daß sie in der Wahl der Mittel zum Kampf gegen das Turiner Proletariat und gegen die Betriebsräte sich keine Schranken mehr auferlegten. Die im März in Mailand abgehaltene Konferenz der Industriellen arbeitete einen Angriffsplan aus; die unmittelbaren „Beschützer der Arbeiterklasse", ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aber ließen diese Tatsache unbeachtet. Von allen verlassen, seinem Schicksal preisgegeben, war das Turiner Proletariat gezwungen, ganz allein, mit eigenen Kräften gegen den nationalen Kapitalismus und die Staatsmacht zu kämpfen. Turin wurde von einem ganzen Heer von Polizisten (etwa 20 000) überschwemmt; rings um die Stadt wurden Befestigungen errichtet; an allen strategischen Punkten wurden schwere Geschütze, Kanonen und Maschinengewehre aufgefahren. Und als der ganze Kriegsapparat in geeigneter Weise vorbereitet war, begannen die Kapitalisten, die Arbeitermasse zum Hervortreten aufzustacheln. Es ist wahr, angesichts der überaus schweren Kampfbedingungen wollte das Proletariat die Herausforderung nicht annehmen; als es sich jedoch erwies, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich war, trat das Proletariat mutig hervor und forderte, daß der Kampf bis zum siegreichen Ende geführt werde.

Die Metallarbeiter streikten einen Monat lang, die übrigen Arbeiter 10 Tage; in der ganzen Provinz stockte das Industrieleben; der Verkehr stand still. Das Turiner Proletariat war jedoch von den übrigen Teilen Italiens abgeschnitten; die Zentralorgane der Arbeiter unternahmen keinen einzigen Schritt zu seiner Unterstützung; sie erließen nicht einmal einen Aufruf an das italienische Volk, um die Bedeutung des Kampfes der Turiner Arbeiter darzulegen; der „Avanti" wollte nicht das Manifest der Turiner Parteisektionen in seinen Spalten veröffentlichen. Ja, sobald die Turiner Genossen die Grenzen der Stadt überschritten, begegnete ihnen Verhöhnung, nannte man sie Anarchisten und Abenteurer. Zu jenem Zeitpunkt sollte in Turin gerade eine Sitzung des Nationalrats der Partei stattfinden; man verlegte die Sitzung jedoch nach Mailand, da eine „vom Generalstreik ergriffene Stadt" als ungeeigneter Platz für sozialistische Debatten bezeichnet wurde.

In diesem Vorfall trat die ganze Machtlosigkeit der zur Führung der Partei berufenen Männer zutage; während die Arbeitermasse in Turin mutig die Betriebsräte, die erste auf Vertretung beruhende, die proletarische Macht verkörpernde Institution verteidigte, arbeitete man in Mailand theoretische Pläne und Methoden zur Bildung von Räten als Form der von dem Proletariat eroberten politischen Macht aus und überließ zu

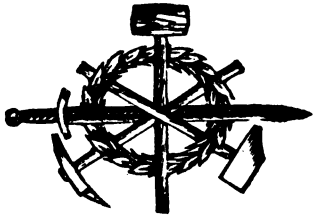
gleicher Zeit das Turiner Proletariat seinem Schicksal, gab der geharnischten Bourgeoisie die Möglichkeit, die bereits eroberte Arbeitermacht zu zerstören.

Die italienischen Proletariermassen gaben ihrer Solidarität mit den Turiner Genossen auf verschiedene Weise Ausdruck: die Eisenbahner von Pisa, Livorno und Florenz weigerten sich, die nach Turin kommandierten Truppen zu befördern; die Hafenarbeiter und Matrosen von Livorno und Genua sabotierten und hielten den Schiffsverkehr auf; in vielen Städten trat das Proletariat gegen den Befehl der Gewerkschaften in den Ausstand.

* * *

Der Generalstreik von Turin und Piemont stieß auf Sabotage und Widerstand bei der Bürokratie der Gewerkschaftsorganisationen und selbst bei der Partei. Er war aber dennoch von gewaltiger erzieherischer Bedeutung für das gesamte Proletariat Italiens, denn er zeigte, daß die praktische Vereinigung der Arbeiter und Bauern möglich sei, er eröffnete den Bauern, wie auch den Arbeitern das Kampffeld und bewies die dringende Notwendigkeit, anzukämpfen gegen den gesamten bürokratischen Mechanismus der Gewerkschaftsorganisationen, die eine Stütze bilden für die opportunistische Arbeit der Parlamentarier und Reformisten zur Erstickung und Vernichtung jeder Bewegung der werktätigen Massen.

Gramsci



Frankreich und die kommunistische Revolution.

Die Lage in Frankreich ist ebenso revolutionär wie überall, ja vielleicht sogar revolutionärer als in vielen Ländern. Weshalb bricht denn dort keine Revolution aus? Weshalb gestattet das Proletariat Frankreichs seinen eigenen Organisationen mit der reaktionärsten Bourgeoisie der Welt zusammenzuarbeiten? Weshalb ist es zu kleinmütig, einen Teil der Verantwortung für die gegenrevolutionäre Politik Europas auf sich zu nehmen?

* * *

Gegenwärtig sind die Bedingungen des Klassenkampfes für den Kapitalismus weit günstiger als für das Proletariat.

Von seiten der Kapitalisten wird der Kampf von einer Gruppe geführt, die im Kriege erstanden und durch den Sieg erstarkt ist. Diese Gruppe ist mit allen Eigenschaften der Jugend und der neu erworbenen Macht ausgestattet. Das Kleinbürgertum, das die Hauptstütze der konservativen Republik bildet, hat völligen Schiffbruch erlitten. Seine berühmte Sparsamkeit hat den Wert verloren. Das Kleinbürgertum hat eben nichts weiter im Säckel als russische Papiere und die französische Anleihe. Andererseits wird auch der Kleinhandel immer schwieriger. Die kleinen Gehälter wollen nicht mehr steigen. Mit einem Wort, die Lebensteuerung hat diese Klasse untertauchen lassen, hat sie proletarisiert. Sie hat sich selbst überlebt. Tatsächlich vergegenwärtigt sie sich aber noch nicht, was ihr zugestoßen ist. Sie verharrt in demselben Geisteszustand wie vor dem Kriege, trotzdem ihre Lage sich geändert hat. Noch immer bewahrt sie ihre hündische Anhänglichkeit an eine Ordnung, die ihr nichts weiter bietet als Elend. Politisch ist das Kleinbürgertum tot. Die Bauernschaft hat das alte Bündnis, das sie 1880 mit ihm einging und von dem die radikale Partei zehrte, gelöst. (Die Bauernschaft stimmte am 16. November zusammen mit der Großbourgeoisie). Der Prozeß Caillaux war in dieser Hinsicht von großer Bedeutung, denn er war das Symbol der Hinrichtung des Kleinbürgertums. Es war nicht nur ein Prozeß gegen eine einzelne Person; es war eine Anklage, die sich gegen eine ganze Politik richtete,

und das ultrakonservative Kleinbürgertum wurde in diesem Prozeß in der Person seines Führers verurteilt.

Der Methode der Versöhnlichkeit, Sanftmut, Weisheit, „Jovialität", die der französische Kapitalismus unter dem vorherrschenden Einfluß des Kleinbürgertums in der Vorkriegszeit durchführte, folgt die gewalttätige Methode der vor nichts zurückschreckenden Großbourgeoisie. Das Liebäugeln mit dem Sozialismus ist zu Ende, zu Ende ist auch die Blockpolitik und die Zeit der „weltlichen, demokratischen und sozialen Republik". Die Reaktion, die 1913 mit der Wahl Poincarés ihr Reifezeugnis erlangte, hat sich infolge des wirtschaftlichen Untergangs des Kleinbürgertums gestärkt und geklärt.

Heute gehört die Macht dem Großkapital, einer Klasse, die sich den Beinamen „Todesprofitler" erworben hat, weil ihre erste Reichtumsernte aus dem Blute der Soldaten aufgegangen war. Die neue Abgeordnetenkammer zählt 130 Millionäre, unter denen etwa 30 je mehr als 100 Millionen besitzen.

Einer Kammer von Advokaten und praktizierenden Dorfärzten ist eine Kammer von Schiebern und Großindustriellen gefolgt. Diese „Kaste" hat einen doppelten Beweggrund, zur äußersten Rechten, zum Klassenkampf und zur Diktatur hinzuneigen. Einerseits schwillt ihre Brust voller Stolz über ihre jüngst erworbene Pracht, der glänzende Stand ihrer persönlichen Angelegenheiten erfüllt sie mit Zuversicht. Andererseits aber flößt der traurige Zustand der Staatsbilanz ihr Besorgnis ein. Sie selbst ist reich, aber das Land, von dem sie lebt, ist bankrott. Frankreichs Finanzen sind dermaßen zerrüttet, daß nichts, keine einzige Teilmaßnahme sie wieder in die Höhe bringen kann. Trotz all ihres Erfolges können die „Profitler" sich daher von dem Gespenst der Revolution nicht freimachen. Sie greifen deshalb zu folgender Politik: leben, aushalten, in verzweifelter Verfechtung ihrer Sache das Land sabotieren, da eine nationale Revolution nicht ohne riesige Opfer unternommen werden kann; endlich sich die Macht durch Gewalt erhalten; dem Ausland gegenüber ebenso handeln wie im Innern des Landes, Europa ebenso behandeln wie Frankreich, entschlossen gegen den Kommunismus vorgehen, ihm um jeden Preis den Sieg streitig machen, ihn zu erschöpfen versuchen. Diese Politik des entschlossenen Seeräubers hat die neue französische Bourgeoisie keinen Augenblick lang aufgegeben. Mit großer Folgerichtigkeit wendet sie sie unter allen Bedingungen an. Politisch und wirtschaftlich wird ihr Vorgehen durch keinerlei Opposition, durch keinen Streit in bezug auf Tendenzen gestört. Die Namen der Politiker, die die Macht ausüben, sind von keiner Bedeutung. Es gibt nicht einmal eine Schattierung unter ihnen. Die kleinbürgerlichen Politiker aus der Vorkriegszeit haben sich den Anforderungen der neuen Kaste wohl zu unterordnen gewußt. Die Wenigen, die es nicht zur rechten Zeit zu tun verstanden, wurden zermürbt. Der wachsende Einfluß der „Action Fran-

çaise" und ihrer Theoretiker der Gewalt macht sich stark geltend unter den Republikanern, die in so ernst zu nehmenden Leuten wie Emilie Buré, dem Redakteur des „Eclair" und André Lefèvre, dem gegenwärtigen Kriegsminister, autoritative und hellsichtige Führer gefunden haben. Dank ihnen erhält das französische Proletariat täglich neue nützliche und grausame Lehren über den unerbittlichen Klassenkampf.

Die Macht des französischen Kapitalismus stützt sich jetzt nicht mehr wie vor dem Kriege auf das Kleinbürgertum und die mittelmäßig begüterte Bauernschaft. Sie beruht nunmehr auf dem Bündnis der mittleren Bauernschaft und des Großkapitals. Dieses Bündnis ist aber recht zerbrechlich. Bereits lassen die Ursachen eines Bruchs sich voraussehen. Und fürwahr, die Frage der Staatsschulden wird schon morgen zum Streit Anlaß geben. Wer wird die vierhundert Milliarden bezahlen? Am 16. November hieß es: Deutschland. Heute weiß man aber, daß Deutschland nicht zahlen wird. Anderseits können das Kleinbürgertum und das Proletariat zusammen es beim besten Willen nicht bewältigen. Es bleiben also die Kleingrundbesitzer und die Großkapitalisten. Aber die Kapitalisten werden sich wohl hüten, mit der Zahlung herauszurücken; sie sind an der Macht, und sie stemmen sich mit aller Kraft dagegen. Der Tag, an dem das Ausland Zahlung fordern wird, der Tag, an dem die Zinsen für die Anleihen nicht mehr durch Aufnahme neuer Anleihen zu Wucherpreisen getilgt werden können, wird folglich ein Unglückstag für das Kleinbauerntum sei. Schon ist es in der Getreidefrage zu einem Zusammenstoß gekommen. Die Bauern haben die Schlacht verloren. Auch in der Steuerfrage haben sie den kürzeren gezogen. Das neue Budget ist so weise geplant, daß es dazu angetan ist, den Steuereinnehmer in einen denkbar beredten revolutionären Propagandaführer zu verwandeln. Auch in der Frage der Staatsschuldentilgung werden die Bauern geschlagen werden. Die Besteuerung ihres Gewinns macht ja keine Schwierigkeiten: mit dem Grund und Boden läßt sich eben nicht falsch spielen wie mit Karten.

Wie es scheint, sind diese Erwägungen einem Teil der Bauernmasse, der am 16. November für die Revolution stimmte, bereits in den Sinn gekommen. Denn wenn die Mehrheit auch dagegen stimmte, sah man doch zum erstenmal eine Minderheit aus einigen Hunderttausenden Stimmen das sozialistische Programm verfechten. Gewisse westliche Departements, die sich bis dahin unserer Propaganda hermetisch verschlossen hatten, liehen uns beträchtliche Unterstützung. Endlich gibt es in jedem Dorf eine Gruppe gewesener Soldaten aus dem imperialistischen Kriege. Diese Leute sind voller Haß gegen den Krieg, das Heer, die Offiziere und bieten fruchtbaren Boden für antimilitaristische Propaganda. Der Antimilitarismus ist der Quartiermacher des Kommunismus im Dorf. Die Sozialistische Partei hat das bis jetzt nicht in Betracht gezogen. Sobald eine eifrige Propaganda in diesem Sinne beginnt, kann man auf

ernstere Ergebnisse rechnen. Ebenso ist man zu der Annahme berechtigt, daß in einer sich zersetzenden Gesellschaft, in der die Reichtümer mit märchenhafter Geschwindigkeit auftauchen und versinken, der gegenwärtige Wohlstand der Bauern eine Krise durchmachen wird, die zum Bruch zwischen den mittleren Bauern und den Kapitalisten führen muß.

Was die Arbeiterklasse betrifft, so gleicht ihre Lage so ziemlich der Lage der Arbeiter in den übrigen Ländern Westeuropas. Die Löhne sind zwar gestiegen, halten aber mit der wachsenden Lebensteuerung nicht Schritt. Anderseits hat die Arbeiterklasse unter den Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiden, denn die kapitalistische Anarchie weiß den Mangel an Arbeitskraft mit Arbeitslosigkeit in Einklang zu bringen. Und endlich hat die Arbeiterschaft eine nervenerregende Wohnungsnot durchzumachen, die immer größeren Umfang annimmt. Seit 1914 wird nichts mehr gebaut, da die Besitzer kein Interesse daran haben. Die Baupreise haben sich verzehnfacht, die Mieten aber sind nur um das Dreifache gestiegen. Im Ergebnis sind 600 000 Pariser Proletarier in 26 000 möblierten Zimmern zusammengepfercht, die schon 1914 zum Abbruch bestimmt waren. In Städten wie St. Nazaire, Nantes, St. Etienne, Havre usw. ist die Lage noch trostloser.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung verschlimmert sich mit jedem Tage. Die Bourgeoisie kümmert sich nicht im geringsten darum. Sie ergreift keinerlei Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose, des Krebses, des Syphilis, die sich zu Epidemien ausgewachsen haben und gleich einer Lawine auf das Volk herabstürzen. Die für den Unterhalt der Rennpferde bewilligten Kredite sind höher als die Summen, die für die Tuberkulosen ausgeworfen werden. Die Kriegsinvaliden beziehen Hungerpensionen und sterben wie die Fliegen, zur großen Genugtuung des Finanzministers, der in seinem Budgetvoranschlag mit einer bedeutenden Verringerung des Ausgabepostens für Pensionen rechnet. Den Alkoholiker protegiert man. Ich hörte mit eigenen Ohren, wie zwei normannische Unternehmer einander zur Trunksucht „ihrer" Arbeiter beglückwünschten. Und doch ist das ein Laster, das die normannische Rasse fast zugrunde gerichtet hat.

Die Bourgeoisie organisiert die Produktion ebenso wenig wie die Finanzwirtschaft oder die Gesundheitspflege. Da sie nur produziert, um Profit herauszuschlagen, nicht aber, um ernste Bedürfnisse zu befriedigen, spezialisiert sie sich auf die Erzeugung von Luxusartikeln. Es werden Tausende von Automobilen produziert, aber fast gar keine landwirtschaftlichen Maschinen.

Andererseits führen die Bourgeoisie und ihre Regierung eine Politik des Aus- und Wiederverkaufs. Die amerikanischen Vorräte, Waren, die viele Milliarden wert waren, wurden vernichtet oder verschleudert, damit die Lebensmittelteuerung nur ja nicht falle. Die Handelsflotte ist in einem

kläglichen Zustand. Die Schiffsbesitzer verdienen mehr an dem Mangel an Fahrzeugen, als sie durch den Bau neuer Schiffe verdienen würden. Die Stahlpreise steigen unaufhaltsam, aber kein einziges Werk arbeitet mit Volldampf.

Mit einem Wort, ohne Kredit, ohne Produktion, ohne Neubeschaffung von Verkehrsmitteln lebt das bürgerliche Frankreich von der Gnade des Auslands.

Die Gebiete, die während des imperialistischen Krieges von dem Feinde besetzt waren, befinden sich in besonders schlimmer Lage. Die Unzufriedenheit der Massen ist dort recht stark. Wird der Kommunismus dort den Einfluß der verräterischen opportunistischen Führer und des gelben Syndikalismus niedergerungen haben, so kann man hoffen, daß die Revolution in diesen Gebieten eine wertvolle Stütze findet, die zudem von außerordentlicher strategischer Bedeutung sein wird.

Die Häuser sind dort nicht wieder aufgebaut worden. Die Arbeitslosigkeit ist groß; sie wird von den Unternehmern selbst organisiert, denn sie wollen den Arbeitern den Achtstundentag, den diese sich erobert haben, wieder entreißen, den Zehnstundentag wieder zu Ruhm und Ehren bringen. Clemenceau hat für den Krieg gegen Sowjetrußland die Milliarden verausgabt, die für die vom Kriege heimgesuchten Gebiete bestimmt waren. Diese Nachricht, die vor kurzem an die Öffentlichkeit gelangte, wird ihre Wirkung auf die unbefriedigten Massen nicht verfehlen.

* * *

Die Zunahme der Zahl der Syndikalisten und Sozialisten beweist, daß die Massen zu einer revolutionären Bewegung hinneigen. Es ist überdies eine bekannte Tatsache, daß die neuen Mitglieder der Organisationen sich gewöhnlich um die Linke der Bewegung gruppieren. Zahlreiche Proletarier sind von der Haltung der Sozialistischen Partei angeekelt und würden sich sofort einer kommunistischen Partei anschließen, um an der Vorbereitung einer revolutionären Aktion mitzuwirken. Meine zahlreichen Propagandareisen durch die Provinzen gestatten mir, den Wert dieses neuen Geschlechts der (wie Herr Jouhaux sich voller Verachtung ausdrückt) „im Kriege geborenen" Revolutionäre richtig einzuschätzen. Es sind Leute, deren Namen noch keinen Klang haben; noch sind sie verstreut, ungeschult; sie besitzen nichts als einen kommunistischen Instinkt. Aber wenn sie sich zusammenschließen, wird ihre Kraft von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die revolutionäre Bewegung in Frankreich schleppt sich jetzt langsam vorwärts. Ihre Geschichte besteht aus einer Reihe von Niederlagen. Es konnte aber auch nicht anders sein. Und die Aussichten für die Zukunft sind noch düsterer als die Gegenwart, wenn

nicht Ordnung und Disziplin zu Hilfe kommen, um die großen Schätze, die große Freigebigkeit, die unnütz verschwendet wird, in die richtigen Bahnen zu lenken.

Vor allem fehlt es in Frankreich an einer kommunistischen Atmosphäre. Es fehlt die Doktrin. Kaum, daß es in ganz Frankreich sechs Marxisten gibt. Es sind keine Schriften vorhanden. Es gibt kein Zentrum, weder zum Studium, noch zur Aktion. Die Massen werden in keiner Weise zur Aktion vorbereitet. Ist eine Bewegung reif, so bricht sie eben aus und wird sich selbst überlassen. Niemand weiß, woher und wohin. Es genügt, daß einige verantwortliche Revolutionäre ins Gefängnis geworfen werden, und eine ganze Föderation geht flöten. Das Schreckgespenst der Bourgeoisie ist die „Verschwörung". Unsere besten Genossen sind wegen angeblicher „Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates" eingekerkert worden. Unsere wahre Schuld aber liegt darin, daß keine einzige Verschwörung auch nur in Aussicht genommen wurde. Man improvisiert einen Streik und überläßt ihn dann seinem Schicksal. Wird das halbe Dutzend Leute, die den Streik führen können, hinter Schloß und Riegel gesetzt, so ist alles verloren.

Es mangelt an „Führern". Eine ganze Generation ist in dem Verrat vom 4. August 1914 untergegangen. Die wenigen Überlebenden (Merrheim, Dumoulin, Bourderon) haben sich fast sämtlich der Mehrheit der Partei angeschlossen. Unter den linken Syndikalisten ist es noch nicht zur Einigung in der Programmfrage gekommen. Das mag wohl der Grund sein, daß die Agenten der Bourgeoisie noch immer die Führerrolle in der Allgemeinen Konföderation der Arbeit innehaben.

Die Kommunisten besitzen zwar Disziplin und gruppieren sich in recht fester Einigkeit um ihr Programm. Aber ihr Wachstum, das heute recht schnell vonstatten geht, war am Anfang ein recht langsames. Ihre Bewegung beginnt kaum die Anker zu lichten. Das Komitee der III. Internationale, um das die revolutionären Kräfte sich zusammenschließen, hat noch nicht Muße gefunden, sich in allen Provinzen ordentlich zu organisieren. In den großen Arbeiterzentren des Nordens hat es erst vor wenigen Wochen Gruppen organisiert. Die Männer im Komitee der III. Internationale — Loriot, Monatte, Souvarine — sind zäh und fest; auf ihre Überzeugungstreue kann man sich ruhig verlassen. Die drei Sekretäre des Komitees sitzen leider im Gefängnis. Ihren Geist aber fühlt man in der „Santé". Hier wurde die Kommunistische Partei geboren, die aller Voraussicht nach auf dem nächsten Kongreß der Sozialistischen Partei ihr Banner errichten wird. Die Aufgabe dieser Partei ist zu gleicher Zeit Massenaktion und Parteitätigkeit, Agitation und Propaganda. Es wird ihre Aufgabe sein, eine kommunistische Universität — das unumgängliche Treibhaus der Propagandaführer — sowie die marxistische Bibliothek, die Presse für Kampf und Aufklärung zu gründen, deren Vorläufer wir bereits

in dem „Bulletin Communiste" (Chefredakteur Souvarine) und in der „Revue Communiste" (Chefredakteur Rappoport) besitzen.

Im Parlament gibt es nicht mehr als drei bis vier revolutionäre Abgeordnete. Paul Vaillant-Couturier, der am 16. November 1919 von den Arbeitern des ersten Pariser Wahlbezirks gewählt wurde, hat als erster revolutionäre Methoden im französischen Parlament eingeführt. Nicht daß er viel im Parlament selbst tut. Er arbeitet vielmehr unmittelbar unter den Massen. Er ist vor allem ein ständiger Propagandaführer im Dienst der Arbeiterorganisationen. Vor kurzem wollte die Regierung dieser lauten, ihr ungelegen kommenden Tätigkeit durch einen Prozeß ein Ende machen. Das hätte aber zu einer revolutionären Rede von der Parlamentstribüne geführt (zu einer Rede, die die Kammer über sich ergehen lassen müßte, einer Rede über die Verletzung der Unantastbarkeit); auch fürchtete die Regierung, der Prozeß könnte zu laut werden. Sie ließ die Sache daher ruhen. Wollen wir hoffen, daß Cachin, durch die russische Revolution und den Kongreß der III. Internationale zum Kommunismus bekehrt, sich auf die Seite Vaillant-Couturiers stellen wird.

Neben der kommunistischen Bewegung wirkt erfolgreich und kraftvoll eine Organisation der gewesenen Soldaten aus dem kapitalistischen Kriege, die „Association Républicaine des Anciens Combattants" (ARAC). Der Vorsitzende ist Henri Barbusse. Die Organisation dient zugleich als Pflug zum Aufackern des revolutionären Bodens auf dem flachen Lande und in den Provinzen und als Versammlungsmittelpunkt für die jungen Elemente der linken Opposition, die den Kampf gegen die alten örtlichen Führer des gelben Sozialismus und Syndikalismus aufgenommen haben. So war es dank der ARAC, daß ich vor einigen Wochen im Norden, wohin es den revolutionären Vorkämpfern nie durchzudringen gelang, eine Tournée von Versammlungen vornehmen konnte, in deren Verlauf der Verrat sämtlicher lokaler Machthaber zum erstenmal seit 1914 aufgedeckt wurde.

* * *

Es läßt sich nicht bestreiten, daß dieser Kampf gegen den konterrevolutionären Sozialismus und Syndikalismus recht schwierig ist, obgleich die der Befreiung harrenden Massen diesen notwendigen Kampf mit Freude begrüßen. Man muß auch den Führern des gelben Sozialismus und Syndikalismus die verdiente Anerkennung zollen, daß sie ausgezeichnet zu manövrieren verstehen und ihren Widersachern in der Kunst des Durchschlüpfens bei weitem voraus sind. Außerdem haben sie noch einen alten Vorrat an Popularität aus der Vorkriegszeit feilzubieten, der sich noch immer der Kundschaft der alten Parteimitglieder erfreut. Und endlich ziehen sie Abwesende zur Stimmenabgabe heran, wenig klassenbewußte

Proletarier, die eine blaue oder rote Karte kaufen, sich aber nicht dazu herbeilassen, das Leben der Organisationen, in die sie sich eingeschrieben haben, zu teilen.

Tatsächlich befinden sich noch alle Festen der Arbeiterklasse in den Händen der Agenten der Bourgeoisie.

Die sozialistische Gruppe im Parlament ist fast durchgängig kleinbürgerlich-konservativ, ihre erste politische Haltung von Bedeutung war ihre Stimmabgabe für Deschanel. Sie hat diesen Schritt nie durch die geringste sozialistische Gebärde widerrufen.

Es ist Brauch und Regel geworden, daß die sozialistischen Abgeordneten sich zusammen mit den bürgerlichen Ministern in der Öffentlichkeit zeigen, ihnen zu Ehren Bankette veranstalten, Toaste auf sie ausbringen, die Aufrufe zugunsten der Anleihen unterschreiben, den Vorsitz bei patriotischen Festen übernehmen und ihre Opposition gegen die bestehende Ordnung auf weisen, höflichen Einspruch von der Tribüne aus beschränken. Nicht daß sie von Klassenhaß frei wären, aber ihr Haß hat die Arbeiterklasse zum Objekt. In ihrem Machtbereich verfolgen sie die aktiven Revolutionäre, und fordern von den Polizeibehörden, daß sie unsere Versammlungen verbieten. Bekleiden sie den Posten eines Stadthaupts, so geben ihre Gemeinden den streikenden Arbeitern keine Versammlungsräume. Wenn ich Zeit hätte, könnte ich manche Geschichte zum Besten geben, um das gesellschaftliche Leben und Treiben der Parlamentsgruppe zu veranschaulichen.

Diese Gruppe wird nie revolutionär, nie kommunistisch sein. Weder ihre Zentrumsmänner, noch ihre Rechtsstehenden. Übrigens besteht zwischen dem Zentrum und der Rechten in Frankreich kein historischer Unterschied. Die einen waren während des Krieges Pazifisten, die anderen Chauvinisten. Aber die einen wie die anderen sind gegenrevolutionär gestimmt. Diese Behauptung bezieht sich nicht nur auf die Parlamentsgruppe, sondern auf die gesamte Partei. Wenn ich es in bezug auf die Parlamentsgruppe hervorhebe, so geschieht es deshalb, weil in ihr die ganze Kraft des Zentrismus und der Rechten liegt.

Wenn die sozialistischen Abgeordneten auch unfähig sind, das revolutionäre Handwerk auszuüben, so können sie der Revolution doch einen wichtigen Dienst leisten, indem sie offiziell mit einem linken bürgerlichen Block zusammenarbeiten. An dem Tage, wo sie die proletarische Bewegung von ihrer Anwesenheit befreien, werden sie sich naturgemäß der Linken des bürgerlichen Radikalismus anschließen, wo man sie mit offenen Armen empfangen wird.

Uns aber wird es sehr gelegen kommen, wenn die Politik der Bourgeoisie die Folgerichtigkeit einbüßt, die man ihr jetzt zuerkennen muß. Die Bildung eines linken bürgerlichen Blocks, die in diesem Augenblick unmöglich ist, wird möglich werden, sobald die Trennung in der Partei

sich vollzieht. Und selbst wenn es diesem Block nicht gelingen sollte, die Macht zu erobern, so wird er doch drohend genug sein, um der rechtsstehenden bürgerlichen Regierung insbesondere in der Außenpolitik einen Hemmschuh anzulegen. Die Entferung der Verräter aus der Parlamentsgruppe verspricht somit einen doppelten Vorteil: erstens die Säuberung der Partei und zweitens die Verbesserung der revolutionären Bedingungen in der französischen Politik.

Die Säuberung der sozialistischen Stadtbehörden muß ebenso unerbittlich durchgeführt werden wie die Reinigung der Parlamentsgruppe. Frankreich hat etwa 150 sozialistische Stadtbehörden; die größten Städte des Landes sind „rot". Aber das Unglück ist, daß die Gewählten weniger „rot" sind als ihre Wähler. Ich glaube kaum, daß von hundert Stadträten auch nur einer Kommunist oder selbst Sozialist ist. Eine große Anzahl von ihnen ist der Bestechung zum Opfer gefallen. Die ehrlichsten unter ihnen begnügen sich damit, als konservative Spießbürger aufzutreten. Ob unentgeltlich oder gegen Bezahlung, arbeiten sie alle in größter Ergebenheit mit der Bourgeoisie zusammen. Ich könnte Hunderte von Tatsachen wiedergeben, will mich aber nur auf zwei kleine Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit beschränken. Kurz vor meiner Abreise nach Rußland beschloß die Konferenz der sozialistischen Stadtbehörden, die lokalen Steuern zu erhöhen, um die Ausgaben der konzessionierten Straßenbahn-, Elektrizitäts- und Gasgesellschaften zu decken.

Die Konferenz stellte sich auf den Standpunkt, daß man lieber die Arbeiterklasse mit Steuern und Abgaben überbürden müsse, als daß man die kapitalistischen Aktiengesellschaften dem Bankrott aussetze.

Ein Zentrumssozialist, Herr Henri Sellier (der dank den bürgerlichen Stimmen beinahe zum Referenten über das Budget der Stadt Paris gewählt worden wäre; es fehlte nur eine Stimme zu seiner Wahl) schlug selbst die Vergrößerung der Zahl der Schutzleute in den Pariser Vororten vor. Diese Schutzleute haben sich bei der Niedermetzelung der Arbeiter in Gentilly recht nützlich erwiesen.

In der Provinz geschehen noch viel ergötzlichere Dinge. Die französische Bourgeoisie kann auf die Treue der sozialistischen Stadtbehörden ebenso fest bauen wie auf die Ergebenheit ihrer eigenen Munizipalitäten. Ausnahmen kommen selten vor, und doch muß man ihrer erwähnen, denn sie sind von bezeichnender Bedeutung. Zu solchen Ausnahmen gehört das Vorgehen von Bouthonnier und Delagrange in Périgneux, Clamanien in Bobigny, Cordon in St. Ouen, Duchanel in Bourges, sowie das Vorgehen von fünfzig sozialistischen Stadtverwaltungen im Arrondissement Valenciennes (im Kohlengrubengebiet von Angin). Man sieht somit, welch ungeheuren Beistand ein gutgeleiteter Fernsprecher zwischen den Gemeinden und gut ausgenutzte kommunale Gelder der Revolution leisten könnten.

Die Syndikate und Genossenschaften befinden sich gänzlich in den Händen der Gegenrevolutionäre. Die Gehälter der Syndikatsfunktionäre sind weit mehr gestiegen, als die Löhne der Gewerkschaftsmitglieder. Man nannte mir vor kurzem recht bürgerliche Ziffern, wie 1 200 und 1 500 Frcs. monatlich (den Nebenerwerb miteingerechnet). Auch dort gibt es Profitler von kleinem Maßstabe. Die „Aktiven" sind befriedigt und weise; sie sind gute Ladenhüter und weigern sich, zu ihren Waffen zu greifen, wie sie vorgeben, aus Furcht, dieser Waffen verlustig zu gehen. Sie stehen gewöhnlich in denselben Beziehungen zu den Arbeitgebern, wie die sozialistischen Stadträte zu den Präfekten und die sozialistischen Abgeordneten zu den Ministern. Sie sind mehr oder weniger offen (je nachdem sie ihre zahlenden Mitglieder weniger oder mehr fürchten) für die Zusammenarbeit der Klassen. Einige von ihnen übten während des Maistreiks groben Verrat, wie z. B. Guillet und Challoix vom nördlichen Verkehrsnetz, Jacquot von dem Beleuchtungssyndikat und Passerieu von dem Syndikat der Elektrizitätsarbeiter, die am letzten Mai, als der Streik in vollem Gang war, klar und offen die Order zur Wiederaufnahme der Arbeit ausgaben. Das Büro der Konföderation der Arbeit deckte sie. Bis jetzt hatte man im Kampf gegen diese Leute einen harten Stand. Die meisten Syndikatsmitglieder lesen die bürgerliche Presse, besuchen die Versammlungen nicht, sind nie „aktiv"; sie beteiligen sich nicht an den Wahlen in den Syndikaten. Eine bedeutende Minderheit liest die „Humanité", die den Verrat der Syndikalisten nie auch nur mit einem einzigen Wort erwähnt. Nur eine kleine Minderheit kennt die „Vie Ouvrière". Dieser kleinen, tapferen, aktiven Minderheit gelang es denn auch, Bidegaray zu töten und sich der Eisenbahnföderation zu bemächtigen. Das Fehlschlagen des Maistreiks, der infolge von Mangel an Grundsätzen bei den einen, von Mangel an Zuversicht bei den anderen, infolge des Verrats gewisser Leute und der ungenügenden revolutionären Vorbereitung der Massen verloren wurde, hat unsere Genossen auch der Eisenbahnföderation verlustig gemacht. Das ist ein schwerer Schlag. Wollen die Revolutionäre sich der Allgemeinen Konföderation der Arbeit bemächtigen, so bedürfen sie einer planmäßigen Organisation. Es wird eine der Aufgaben der Kommunistischen Partei sein, in jedem Syndikat eine kommunistische Gruppe oder Zelle zu bilden, die einen erbitterten Kampf gegen die gelben Gewerkschaftsfunktionäre zu führen und sich darauf vorzubereiten hat, beim Ausbruch einer Krise ihren Platz einzunehmen.

In den Genossenschaften haben wir noch keine Gruppen. Die rechtsstehenden Elemente sind dort unumschränkte Herrscher. Diese Tatsache ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da die Genossenschaften in Frankreich im Lauf der letzten 3—4 Jahre einen großen Aufschwung erfahren haben. (Übrigens ist das ein Zeichen, daß das Kleinbürgertum im Verfall begriffen ist.)

Mit einem Wort, wenn in Frankreich, wo die Vorbedingungen für eine Revolution vorhanden sind, noch keine kommunistische Revolution ausgebrochen ist, so liegt es an dem Mangel an Organisation. Massen und Kader, die nötige Begeisterung und der erforderliche Opfermut sind vorhanden. Es fehlen die Doktrin, die Beweisführungen, die Disziplin.

Die Kommunistische Partei steht vor der Aufgabe, das Fehlende zu beschaffen. Sie wird diese Mission aber nur dann erfüllen können, wenn sie auch nicht eine Unze bürgerlich-politischer Elemente in sich enthält und wenn sie sämtliche in dem Syndikalismus, dem Sozialismus und dem Anarchismus verstreute revolutionäre Elemente des Proletariats zu sich heranzieht.

Raymond Lefèvre.

Bulgarien nach dem imperialistischen Kriege.

Es ist schwer, ein volles und erschöpfendes Bild des wirtschaftlichen und finanziellen Ruins, den der Krieg uns hinterlassen hat, in seinem wirklichen Ausmaß zu zeichnen. Die bulgarische Regierung veröffentlicht keinerlei statistische Daten, weder über die Opfer noch über die Ausgaben, auch nicht über die durch den Krieg verursachten Zerstörungen. Die Bourgeoisie fürchtet sich einfach, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, so erschütternd und hoffnungslos ist diese Wahrheit. Aber sie kann die Wahrheit auch nicht verbergen, und wir wollen versuchen, sie in diesen Zeilen darzulegen.

Der Direktor des bulgarischen statistischen Instituts Kirill Popow berechnete die Zahl der Opfer der beiden Balkankriege von 1912 und 1913 für das bulgarische Volk auf 58.000 Tote und 105.000 Kriegsbeschädigte. Ueber die Opfer des imperialistischen Krieges, der dreimal länger dauerte als der Balkankrieg, machte der bulgarische Minister Dr. St. Danew am 15. März 1919 folgende Angaben:

„Den Berechnungen aus dem vorigen Jahr zufolge haben wir im letzten Kriege ungefähr 110.000 Mann an Toten, Verstorbenen und Vermißten verloren. Wenn wir hier die Verluste aus dem ersten Kriege hinzufügen, so erhalten wir eine Zahl, wie sie im Vergleich zur Bevölkerungszahl keine einzige kriegführende Macht aufzuweisen hat. Für uns ist das auch noch deshalb ein furchtbarer Schlag, weil unsere Volkswirtschaft primitiv ist; wir arbeiten nicht mit Maschinen, sondern mit den Händen und mit Vieh. Das Vieh aber hat auch in bedeutendem Grade gelitten. Für unsere Wirtschaft ist der Krieg also katastrophal zerrüttend und zerstörend gewesen."

Die Zahlen Danews beziehen sich jedoch auf Ende 1917. Die Opfer von 1918 sind darin nicht enthalten. Wenn man alle die Opfer der Kriege von 1912—1919 zusammenfaßt, so sind es 200.000 Tote und 200.000 Invaliden. Um sich die kolossale Höhe dieser Opfer klarzumachen, braucht man nur daran zu erinnern, daß laut den Angaben von 1915 (den letzten, über die wir verfügen) die Zahl der Männer im Alter von 20—50 Jahren im ganzen 713.419 betrug. Ohne jeden Zweifel gehörten die getöteten und verwundeten Soldaten gerade zu dieser Kategorie, denn diese Altersklasse dient eben als Kriegsmaterial. Somit erreicht die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten die Hälfte der gesamten arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung.

Aber die Toten, Verwundeten und Vermißten sind nicht die einzigen Kriegsopfer. Der Krieg schlug die Volksmassen mit Degeneration, Hunger, Epidemien und Tod. Die Epidemien, der Flecktyphus, die spanische Grippe u. a. haben Hunderttausende von Opfern gefordert. Die Sterblichkeit stieg von 21,8 pro Tausend im Jahre 1905 auf 23,8 im Jahre 1915 und 36,5 im Jahre 1918.

Außer der Entziehung von Arbeitskräften für immer büßte die Produktion während des Krieges aber auch die Arbeitskraft aller mobilgemachten Arbeiter, Bauern und Handwerker ein. Es waren 857.053 Personen, was 19,25% der Gesamtbevölkerung und 38,83% der ganzen männlichen Bevölkerung ausmacht. Industrie und Ackerbau wurden also während des Krieges der Arbeitskraft fast der gesamten arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung beraubt.

Während des Krieges verringerte sich die bearbeitete Bodenfläche um über 30%, und der Gesamtertrag der landwirtschaftlichen Produktion fiel um 40—50%. Die Hebung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit erweist sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen als unmöglich, weil die Bauern fast die Hälfte des Arbeitsviehs verloren haben und das abgenutzte landwirtschaftliche Inventar nicht erneuert werden kann. Die Handwerksproduktion wurde ebenfalls lahmgelegt und kann ebenfalls nicht wiederhergestellt werden, weil es an Rohmaterial und Kredit mangelt. Die bulgarische Industrie, mit Ausnahme der Webereien und der Mühlen, die für den Kriegsbedarf arbeiteten, wurde stillgelegt und lebt jetzt nicht wieder auf, wegen Mangel an Rohmaterial, Halbfabrikaten, Maschinenteilen usw. und auch an Kapital, da die Bourgeoisie es jetzt vorzieht, das Kapital zur Spekulation zu verwenden.

Der wirtschaftliche Ruin des Landes wurde durch den völligen finanziellen Ruin ergänzt. Die Staatsschuld Bulgariens ist von 670 Millionen Lei im Jahre 1911 auf 27 Milliarden im Jahre 1919 gestiegen. Ueber diese Schulden sagte Finanzminister Danew am 15. März im Parlament: „Diese Erhöhung unserer Staatsschuld bildet einen so kolossalen Sprung, wie er in keinem anderen Lande anzutreffen ist, nicht einmal in einem, das durch den Krieg am meisten gelitten hat. . . Wir haben dem Kriege unseren ganzen nationalen Wohlstand geopfert."

In Wirklichkeit jedoch übersteigt die Nationalschuld bedeutend das gesamte Nationalvermögen des Landes, das im Jahre 1911 auf 10 Milliarden nach dem damaligen Geldwert berechnet wurde, während des Krieges aber hat sich das Nationalvermögen wesentlich verringert. Ein wahrheitsgetreues Bild vom finanziellen Ruin des Landes erhält man aus dem Vergleich folgender Daten: im Jahre 1911 erreichte das Staatsbudget 180 Millionen Lei, im Jahre 1920 aber gegen 5 Milliarden Lei. Zur Deckung dieses kolossalen Ausgabenbudgets stehen an Einnahmen kaum eine Milliarde zur Verfügung, und auch diese nur durch 3—5 malige Erhöhung der

indirekten Steuern. Das Budget Bulgariens wird also mit einem Defizit von 4 Milliarden Lei abschließen.

Die bürgerlichen Finanzminister Bulgariens stehen ratlos vor diesem völligen Staatsbankrott und sind nicht imstande, irgend einen Ausweg zu zeigen.

* * *

Aber der Krieg, der dem Volke den finanziellen und wirtschaftlichen Ruin, zahllose Opfer, Elend, Hunger, Epidemien und Tod gebracht hat, erwies sich als ergiebige Quelle rascher Bereicherung für ein Häuflein von „Patrioten", Kapitalisten und Bankiers. Er beschleunigte wohl den Prozeß der Proletarisierung der kleinwirtschaftlichen Massen, aber in gleichem Maße den Prozeß der Konzentrierung des Kapitals. Nie vorher hat die bulgarische Bourgeoisie solche Einkünfte realisiert, so fette Geschäfte gemacht, solchen unbekümmerten Raub verübt und solche Reichtümer aufgehäuft wie während des Krieges.

Die Anhäufung von Kapital in den Händen der Bourgeoisie hat die Zahl der Aktiengesellschaften und Banken rasch vermehrt. So gab es z. B. vor dem Balkankriege von 1912 in Bulgarien 157 Banken und Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 100 Millionen Lei, am 1. Mai 1919 aber laut der offiziellen statistischen Zählung bereits 381 Banken und Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 867,6 Millionen Lei. Einen großen Teil dieses Kapitals bildet der Fonds der Bankoperationen (355 Millionen) und Handelsoperationen (311 Millionen) und nur ein kleiner Teil ist in der Produktion angelegt (96 Millionen). Jetzt aber übersteigt das Kapital der Banken und Aktiengesellschaften eine Milliarde Lei.

Aber nicht alles angehäufte Kapital ist in den erwähnten Banken und Aktiengesellschaften angelegt. Die Einzahlungen in die Nationalbank sind von 214 Millionen im Jahre 1913 auf 646 Millionen im Jahre 1918 gestiegen, und mindestens ebensoviel, wie in unsere Banken und Aktiengesellschaften eingezahlt wurde, ist in Obligationen unserer und ausländischer Staatsanleihen sowie in fremden europäischen Banken angelegt. Ein anderer Teil des angehäuften Kapitals, und zwar zweifellos der größte, ist im Privathandel angelegt, in Unternehmen, Immobilien, oder er befindet sich noch ohne Anwendung in den Händen der Besitzer.

Die während des Krieges angehäuften großen Reichtümer sind konzentriert in den Händen einiger hundert oder tausend von Großkapitalisten, Bankiers, Schiebern, Unternehmern und Fabrikanten. Unter den alten und neuen Millionären befinden sich die hervorragendsten Vertreter der Bourgeoisie; die Führer aller rechten und „linken" Parteien nehmen an den Banken als „Aktionäre" und Verwaltungsmitglieder teil. Die bankkapitalistischen Gruppen sind völlig zu Herren des gesamten Handels und der Indu-

strie geworden. Sie kaufen alle Lebensmittel, Kleider und Rohstoffe auf; sie sind zu vollkommenen Beherrschern des inneren Marktes geworden und diktieren willkürlich hohe Preise. Die kapitalistische Macht, die diese Besitzer des Großfinanzkapitals während des Krieges erreicht haben, gibt ihnen eine gewaltige wirtschaftliche Macht, und sie verfügen tatsächlich über die politische Macht im Staate.

Der imperialistische Krieg hat den Ruin der werktätigen Volksmassen vollständig gemacht, sie in noch tieferes Elend gestürzt und zugleich Reichtum und Kapital der Bourgeoisie vergrößert. Der Krieg hat den sozialen Abgrund noch mehr vertieft, der die Klasse der Bourgeoisie von den Arbeitern und wenigbesitzenden Klassen trennt. Die Klassengegensätze haben sich verschärft, und die Wellen des revolutionären Kampfes des Proletariats steigen immer höher und erfassen immer stärker die werktätigen Massen des bulgarischen Volkes.

Der Versailler Friedensvertrag zerstört unwiderbringlich die Illusionen der nationalistischen Bourgeoisie von einem „Großbulgarien". Bulgarien verliert alle während des Krieges von ihm besetzten Länder: Mazedonien fällt an Serbien, die Dobrudscha an Rumänien, Thrazien an Griechenland; dieser Vertrag trennt sogar Gebiete des alten Territoriums ab (einige Städte und ein Dutzend Dörfer fallen an Serbien). Der Pariser Frieden legt Bulgarien eine Kontribution von 2 250 000 Goldfranken auf, was über 10 Milliarden Lei ausmacht. Der Vertrag legt Bulgarien auch noch eine Reihe anderer Verpflichtungen auf: im Laufe von 5 Jahren sind an die Nachbarn alljährlich zu liefern 40 000 Hausst. Großvieh, 33 000 Hausst. Kleinvieh, 50 000 Tonnen Steinkohle usw. Als Sicherung setzt der Vertrag eine Reihe von Garantien fest: die Einkünfte von den Kohlengruben, Wäldern und Flüssen, von den Staatsmonopolen, Eisenbahnen, Häfen, Zöllen und überhaupt alle staatlichen Einnahmen und Abgaben. Der Vertrag sichert den Ententekapitalisten die ausgedehntesten kommerziellen, wirtschaftlichen und sonstigen Vorrechte im Lande; er vernichtet endgültig die gesetzgeberische, administrative und gerichtliche Souveränität des bulgarischen Staates und verwandelt Bulgarien in eine Kolonie des Ententeimperialismus.

Die Regierungen der Entente, die das bulgarische Volk in einen Sklavenstamm verwandeln, der mehrere Generationen lang für seine Eroberer arbeiten muß, entwaffnen es gleichzeitig auch, damit es die Sklavenketten nicht zu zerbrechen vermag. Der bulgarischen Bourgeoisie ist es gestattet, eine Anzahl Truppen zu unterhalten, die zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft erforderlich sind. Trotz des leeren Lärms, den die bulgarische Bourgeoisie gegen den Friedensvertrag erhebt, ist sie bereit, sich ihm zu unterwerfen. Ihr wahres Bestreben ist jetzt, sich der Herrschaft der europäischen Kapitalisten und Bankiers völlig anzupassen, unter dem Schirm des europäischen Imperialismus ihre Klassenherrschaft fortzusetzen

und in „Frieden und Ruhe" die während des Krieges geraubten Reichtümer zu verdauen. Die bulgarische Bourgeoisie ist bestrebt, die ganze Last und alle verhängnisvollen Folgen des Friedensvertrags auf die Arbeiter und wenigbesitzenden Klassen abzuwälzen; wenn sie es zulassen, so werden sie sich zu ewiger Sklaverei und ewigem Elend verdammen. Doch nein, die werktätigen Massen, die organisiert sind unter der Führung der Kommunistischen Partei, führen den Kampf und bereiten sich darauf vor, die Herrschaft des Kapitalismus zu stürzen und sich von der doppelten Ausbeutung zu befreien, von ihrer „patriotischen" Bourgeoisie und von dem europäischen Imperialismus.

* * *

Die nationalistische Politik der bulgarischen Bourgeoisie hat mit einem unerhörten Zusammenbruch geendet. Die Bourgeoisie hat ihre „nationalen" Ideale verloren, und andere besitzt sie nicht. Der Bankerott des Sozialismus ist auch ein Bankerott der ganzen Politik, ein Bankerott des ganzen bürgerlich-monarchistischen Regimes. Die Bourgeoisie hat das Land zum Finanzkrach geführt, die ökonomischen Grundlagen der Volkswirtschaft ruiniert und alle Stützen der kapitalistischen Gesellschaft von Grund aus ins Wanken gebracht.

Als Begleiterscheinungen des wirtschaftlichen und finanziellen Ruins des Landes herrschen Teuerung, Arbeitslosigkeit und Entwertung des Papiergeldes. Teuerung gab es in Bulgarien auch schon vor dem Kriege, aber während des Krieges und namentlich nach dem Kriege hat sie eine ungeheuerliche Ausdehnung angenommen. Alle lebensnotwendigen Produkte sind im Vergleich zu den Vorkriegspreisen durchschnittlich 20—25 mal teurer geworden. Der Krieg, der die Konzentration des Kapitals förderte, hat die Macht der kapitalistischen Monopole zu einer kolossalen Höhe entwickelt.

Die Arbeitslosigkeit, die ständige Begleiterin der kapitalistischen Produktion, die bei wirtschaftlichen Krisen eine bedeutende Ausdehnung annahm, hat jetzt infolge der Zerstörung der Produktion durch den Krieg und durch allgemeine Verkehrsstockung ein ganz unerhörtes Maß erreicht. Die bürgerliche Gesellschaft, die auch bei gewöhnlichen Wirtschaftskrisen nicht imstande war, mit der Arbeitslosigkeit fertig zu werden, ist jetzt der massenhaften Arbeitslosigkeit gegenüber vollständig hilflos.

Zur Zeit des Krieges, als die produktiven Kräfte des Landes zerstört wurden und die Produktion der öffentlich-notwendigen Produkte auf ein Minimum fiel, griffen die kapitalistischen Staaten zu einer kolossalen Ausgabe von Papiergeld. Bekanntlich muß der Staat, um den Normalkurs dieses Geldes aufrecht zu erhalten, es durch einen goldenen Barschatz sichern. Unter normalen Verhältnissen gewährte der allgemeine Kredit

des Staates die Möglichkeit, diesen Barschatz auf die Hälfte und sogar auf ein Drittel der Gesamtsumme aller in Umlauf gesetzten Kreditscheine zu verringern. Aber während des Krieges gaben fast alle Staaten um mehrere Dutzend mal mehr Papiergeld heraus, als ihr Goldschatz betrug. Und dennoch gibt es nur wenig Staaten, die die Ausgaben von Papiergeld bis zu solcher Höhe getrieben haben wie Bulgarien. Statt 110 Millionen Lei Papiergeld, die bis zum Jahre 1911 ausgegeben worden waren, erreicht sein Umlauf jetzt 3½ Milliarden, und das bei einem Goldschatz von nur 40 Millionen. Die Ausfuhr von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Bulgarien beträgt jetzt kaum ein Drittel der Einfuhr von Industrieerzeugnissen; mit anderen Worten, die Handelsbilanz Bulgariens ist stark passiv, und es besteht gar keine Aussicht auf ihre baldige Besserung. Unter solchen Umständen wird es begreiflich, daß der bulgarische Lei unsicher ist und alle Anstrengungen der bulgarischen Regierung, seinen Kurs aufzubessern, nicht das geringste Ergebnis haben. Aber die Entwertung des bulgarischen Geldes bildet auch ein unübersteigliches Hindernis für die Erneuerung des Warenaustausches mit dem Auslande und für die Wiederherstellung der Industrie, angesichts der Unmöglichkeit, Maschinen, Halbfabrikate usw. einzuführen.

Die Zerstörung der Produktion und die tiefgehende Wirtschaftskrise haben die kapitalistische Ordnung in eine ausweglose Lage gebracht. Alle Anstrengungen der bürgerlichen Regierungen, die klaffenden tiefen Wunden am Körper der bürgerlichen Gesellschaft zu schließen, sind Palliativmaßregeln. Nur der Sturz der Klassenherrschaft der Bankiers- und Kapitalistenbanden und der ganzen Bourgeoisie und die Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiter und minderbemittelten Klassen wird der neuen revolutionären Macht die Möglichkeit geben, nach Enteignung der Banken und der industriellen und landwirtschaftlichen Großunternehmen die Produktion wiederherzustellen und einen regelrechten und normalen Austausch der Erzeugnisse ins Werk zu setzen.

Der imperialistische Krieg hat nicht nur das wirtschaftliche Leben der Völker zerstört, er hat auch alle im Laufe eines ganzen Jahrhunderts errungenen politischen Freiheiten begraben. Die Herrschaft des Finanzgroßkapitals, die die kapitalistische Epoche des Kapitalismus eröffnet hat, eröffnete gleichzeitig auch eine Epoche der zunehmenden Reaktion. Um die äußeren Eroberungsziele des Imperialismus zu erreichen, steigerten die herrschenden Klassen den Militarismus auf ein kolossales Maß, und um den eigenen Volksmassen ihre imperialistische Politik aufzuzwingen, ersetzten sie das konstitutionell-parlamentarische Regime durch eine Militär-Polizeidiktatur. Der Krieg hat die letzten Rechte der Demokratie weggefegt, die Parlamente haben sich in blinde Werkzeuge der militaristischen Reaktion verwandelt. Es begann ein Regime des Kriegszustandes

und der wütenden Zensur. Alle Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse wurden vernichtet.

Der Waffenstillstand und Friede haben den Völkern die vernichteten Rechte und Freiheiten nicht zurückgegeben. Im Gegenteil, um ihre durch das katastrophale Kriegsende ins Wanken geratene Herrschaft zu bewahren, verschärft die durch die herannahende Revolution erschreckte Bourgeoisie ihre Diktatur, um die revolutionäre Gesinnung der Arbeiter und der minderbemittelten Klassen in Blut zu ertränken.

Ein Teil der bürgerlichen Partei, die sog. russophile Partei, ist bereits während des Balkankrieges. der unter dem Schutze des russischen Zarismus begann, endgültig diskreditiert worden. Ein anderer Teil, die germanophile Partei, erlebte ihr volles Fiasko während des europäischen Krieges, in den Bulgarien an der Seite der Zentralmächte hineingezogen wurde. Nach dem völligen Verlust des Vertrauens der Volksmassen zog die Bourgeoisie nach dem Kriege die „linken" Parteien zu sich heran. Im Laufe der zwei Jahre nach Beendigung des Krieges haben alle sogenannten Linksradikalen, weitherzige Sozialisten und „Ackerbauer", sich am Staatsruder abgelöst. Die Aufgabe dieser Parteien war und ist die Rettung der zerrütteten Herrschaft der Bourgeoisie. Darum haben sie sehr bald alle Versprechungen demokratischer und sozialer Reformen beiseite geworfen, und die letzten Reste konstitutioneller Freiheiten und demokratischer Traditionen zertreten. Und sie sind wie alle Renegaten diensteifrige Werkzeuge der Bourgeoisie und des Monarchismus und die niederträchtigsten, erbittertsten Feinde der Arbeiter und wenigbesitzenden Klassen geworden. Die „Republikaner" Al. Stambulinski und R. Daskalow wurden zu treuuntertänigen Ratgebern des Zaren Boris, die „weitherzigen" Sozialisten J. Sakysow und K. Pastuchow verwandelten ihr „demokratisches" Programm in militärpolizeilichen Terror und blutiges Eingreifen gegen die kämpfenden werktätigen Klassen; die Radikalen verwirklichten ihre Methode des „von unten auf zur Macht" dadurch, daß sie vom Zarenschloß in die Macht eingesetzt und von den Wählern gestürzt wurden.

* * *

Unter solchen Umständen wird es begreiflich, warum der Unwille der werktätigen Massen mit jedem Tage wächst. Arbeitslosigkeit, Teuerung und Entwertung des Papiergeldes machen die Lage dieser Massen immer schwerer und unerträglicher. Die Regierungen der Bourgeoisie wollen und können dem darbenden Volke nicht helfen. Die Massen hegen nicht das geringste Vertrauen zur Bourgeoisie und ihren Parteien. Seit die „weitherzigen" Sozialisten in ihrer Eigenschaft als Minister ihre Hände mit Arbeiterblut besudelt haben und in schmählichster Weise durchgefallen sind — bei den letzten Parlamentswahlen im März 1920 fiel die

Zahl ihrer Stimmen von 80 000 auf 40 000 und die Sitze im Parlament von 39 auf 9 — seitdem vertraut die Bourgeoisie alle Macht dem Volksbund der Ackerbauer an. Gegenwärtig vertritt er die Dorfschieber, die während des Krieges durch die Spekulation mit landwirtschaftlichen Produkten reich geworden sind. Auch einen Teil der unaufgeklärten Kleinbauernschaft zieht er mit sich. Nachdem die Bourgeoisie die Städte verloren hat, in denen die Kommunisten zur herrschenden Partei geworden sind, hat sie alle Hoffnungen auf das Dorf gesetzt, wo sie die letzten Reserven zur Unterstützung ihrer wankenden Herrschaft findet. Aber die kommunistische Partei dringt auch in die Dörfer ein und stört die Berechnungen der Bourgeoisie. Die Regierung der Dorfbourgeoisie, die von allen bürgerlichen Parteien unterstützt wird, ruft die Unzufriedenheit nicht nur der städtischen, sondern auch der ländlichen werktätigen Massen hervor. Sie hält sich aufrecht mit Hilfe von Gendarmen, Kriegsgerichten, Zensur und Diktatur.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei im Lande, die das wachsende Vertrauen der werktätigen Massen genießt und ihre Reihen rasch vermehrt. Sie organisiert und leitet den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der minderbemittelten Bauern, die zusammen den größten Teil des Volkes ausmachen. Die Kommunistische Partei bereitet die Werktätigen zur Durchführung ihrer geschichtlichen Aufgabe vor — der Eroberung der Macht, der Errichtung der Diktatur der Arbeiter- und Bauernräte und der Organisierung der Produktion auf kommunistischer Grundlage. Wann der Augenblick der Revolution eintreten wird, können wir nicht voraussagen, das hängt von unserem Erfolg im Dorfe ab, wie überhaupt von der Verschärfung der Wirtschaftskrise im Lande, von der Lage auf dem Balkan und von der allgemeinen internationalen Lage. Aber was wir positiv wissen, das ist, daß die Krise sich mit jedem Tage mehr verschärft und daß die Bourgeoisie mit jedem Tage mehr ihre wachsende Machtlosigkeit und völlige Unfähigkeit beweist, der geschaffenen Lage Herr zu werden. Die Kommunistische Partei ist die einzige, die ihre Kräfte vermehrt und fähig ist, im Augenblick des revolutionären Entscheidungskampfes die Massen zu führen, ihnen klare und bestimmte Losungen zu geben, alle Kräfte der Revolution zu organisieren und zum Sieg zu führen.

* * *

Die benachbarten Balkanstaaten, die dem Lager der Sieger zugezählt werden, befinden sich in keiner besseren Lage als Bulgarien. Das serbische Volk hat dem Kriege ungeheure Opfer gebracht, es ist völlig ruiniert und eine Beute der französischen Bankiers, eine Kolonie des Imperialismus der Entente geworden. Den Sieg der Entente hat in Serbien ein Häuflein von

Kapitalisten und Schiebern ausgenutzt, der größte, erdrückende Teil des serbischen Volkes aber versinkt in tiefem Elend. Die Anstrengungen der herrschenden Klique in Serbien, die Südslaven unter dem Zepter der Karageorgiewitsch mit Waffengewalt zu „vereinigen", werden an dem Kampf der Montenegriner, Bosniaken, Kroaten und der Serben um ihre Unabhängigkeit scheitern. Die serbische Bourgeoisie erweist sich als ebenso unfähig, das Volk aus der tiefen finanziellen und wirtschaftlichen Krisis und dem Ruin zu retten, in die sie es gestürzt hat; sie macht es noch immer mobil und entsendet es zur Unterdrückung der Aufstände in die okkupierten Gebiete, wodurch sie es neuen Kriegen und Katastrophen entgegentreibt.

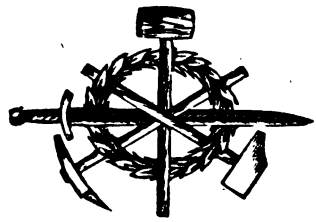
Rumänien ist ebenfalls beraubt und verwüstet. Jetzt besitzen englische Gesellschaften seine Naphthaquellen und Salzbergwerke. Das rumänische Volk hat sich im Kriege nur eins erarbeitet: zur Sklaverei für die Gutsherren ist noch die Sklaverei für den Ententeimperialismus hinzugekommen. Die herrschende bojarisch-kapitalistische Klique hält ihre Macht mit Hilfe von Truppen, Gendarmerie und schrankenlosester Tyrannei aufrecht.

Griechenland ist ebenfalls eine hilflose Beute der französischen und englischen Bankiers. Zur Verwirklichung seiner Eroberungsziele führt Griechenland auch jetzt noch Krieg mit der Türkei. Die Regierungen der Entente behandeln die neuen „Großzarentümer" auf dem Balkan: Serbien, Rumänien und Griechenland, wie ihre Kolonien, entzweien sie untereinander zwecks finanzieller und wirtschaftlicher Unterjochung und benutzen ihre Völker als Kanonenfutter für ihre imperialistischen Pläne zur Erdrosselung der Revolution: gestern in Ungarn, heute in Rußland. Das ist das Schicksal der „Sieger" auf dem Balkan.

Das Balkanproletariat ist der einzige treue Wächter der Interessen und der Unabhängigkeit der Balkanvölker geblieben. Die andauernden Bruderkriege haben die internationale Solidarität des Balkanproletariats nicht zerstört. Es ist einmütig in seinem Kampf für den Sturz des bankerotten bürgerlichen Regimes und der Balkandynastien. Die Bourgeoisie beendet ihre reaktionäre, verräterische, blutige Rolle in der Geschichte als Henker im Solde der fremden Eroberer: mit Hilfe des Imperialismus der Entente unterdrückt sie ihre Völker und stellt sich zum Entgelt der Entente völlig zur Verfügung für gegenrevolutionäre Feldzüge in Ost- und Südeuropa. Indem die Balkanbourgeoisie sich offen ins Lager der internationalen Gegenrevolution begibt, zeigt sie klar den Weg zur Befreiung der Arbeiter und der wenigbesitzenden Klassen auf dem Balkan — er liegt in ihrer Vereinigung unter dem Banner der sozialen Revolution des internationalen Proletariats. Mehr als je bestätigt sich heute die Wahrheit, daß der Sieg der internationalen Revolution den geknechteten Völkern Befreiung und Vereinigung bringen wird. Die Verwirklichung der

sozialistischen Sowjetrepublik in Bulgarien und den anderen Balkanländern, ihre Vereinigung zur Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik des Balkans und ihre Eingliederung in die Sozialistische Sowjetrepublik der Welt, mit einem Wort — der volle Sieg des Sozialismus und Kommunismus — das ist das große Ideal das Kampfes für die Befreiung des Balkanproletariats und der Balkanvölker von der wirtschaftlichen politischen und nationalen Knechtschaft.

Chr. Kabakischejew.



Der Moskauer Kongreß und die revolutionäre Bewegung in der Schweiz.

Die Kongresse der II. Internationale pflegten sich auszuzeichnen durch ihre Bedeutungslosigkeit für die praktische Politik aller Länder. Man kann zusammen, nicht um internationale Aktionen zu beschließen, sondern lediglich um festzustellen, daß jede Landespartei ihre Politik nach eigenem Gutdünken durchführen wolle und dürfe. Da keiner sich von den anderen ins Spiel reden ließ, fand es jeder in der Ordnung, daß auch die anderen sich nichts drein reden ließen. Jede Landespartei sah im höchsten Kirchturm ihres Staates oder Stäätchens den Polarstern der Weltpolitik, und als die so eingedrillten Truppen im August 1914 von der Weltgeschichte zu gemeinsamer Aktion aufgerufen wurden, kam es, wie es kommen mußte: statt miteinander liefen sie gegeneinander.

Die Kongresse der III. Internationale zeigen ein anderes Bild. Auf ihnen wird nicht nur beraten, sondern auch beschlossen. Und die Beschlüsse orientieren sich weniger nach dem momentanen Tagesgeschmack dieser oder jener Landespartei, als nach den Notwendigkeiten der gesamten Weltlage. In der II. Internationale dominierten die Teile und ließen überhaupt kein handlungsfähiges Ganzes entstehen, in der III. Internationale dominiert das große Ganze, und jeder ihrer Teile hat sich zu fügen.

Der II. Kongreß von Moskau wird nicht verfehlen, in der inneren Politik aller auf ihm vertretenen Länder große Veränderungen hervorzurufen. Und nicht zuletzt in der inneren Politik der Schweiz.

Das gegenwärtige Stadium der Weltrevolution verlangt dringend in jedem Lande nach einer revolutionär aktionsfähigen Partei, welche die Gesamtheit aller ehrlichen und konsequenten Revolutionäre umfassen soll. Es ist klar, daß eine solche Partei ihre Tatkraft sofort einbüßt, wenn sie mit den schwankenden Gestalten der Zentrumsopportunisten belastet ist. Von den offenen Sozialpatrioten der Rechten gar nicht zu reden. Die schweizerische sozialdemokratische Partei ist hiernach keine revolutionäre Partei. In allen bisherigen revolutionären Epochen der schweizerischen Politik, in den Novembertagen 1917 und den Generalstreiks von 1918 und 1919, hat sie auch tatsächlich konterrevolutionär gewirkt. In allen Fragen

wirklich revolutionärer Propaganda, in der Armeeagitation, der Bauernagitation, der Jugendagitation, hat sie eine konterrevolutionäre Stellung eingenommen.

Die Bekämpfung dieser Partei, ihre Spaltung, ist das Gebot der Stunde. Grimm und Greulich, Zentrum und Rechte, müssen dorthin gedrängt werden, wo sie innerlich stehen: zum Grütlianertum, zur alten gelben Internationale. Die revolutionären Arbeiter aber, die noch in dieser Partei sind, müssen sofort und entschlossen zur III. Internationale übergehen, die in der Schweiz bisher nur vertreten war durch die politisch gesunde, numerisch aber nicht vollzählige Kommunistische Partei. Sozialdemokratische Parteilinke und Kommunistische Partei haben sich zu vereinigen zu einem Gebilde, das organisatorisch und politisch nichts anderes sein kann, als die Fortsetzung der schon bestehenden Kommunistischen Partei der Schweiz auf breiterer Grundlage.

Dementsprechend hat auch das Büro des Exekutivkomitees der III. Internationale nach Anhörung von Vertretern der sozialdemokratischen Linken und der Kommunistischen Partei folgenden Beschluß gefaßt:

„Auch in der Schweiz soll während der vier Monate (seit dem Weltkongreß) eine vereinigte kommunistische Partei gebildet werden.

Zu diesem Ziele soll ein gemeinsames Aktionskomitee gebildet werden: zwei Vertreter der Linken, zwei der jetzigen Kommunistischen Partei, wenn möglich auch ein Vertreter des Exekutivkomitees der III. Internationale. Dieses Aktionskomitee muß sich verpflichten, die Beschlüsse des II. Weltkongresses während der angegebenen Zeit durchzuführen." (Moskau, den 11. 8. 20.)

In derselben Sitzung wurde auch die Aufnahme der Kommunistischen Partei der Schweiz in die III. Internationale bestätigt. Gegen beide Beschlüsse protestierten die Vertreter der Parteilinken und verlangten nochmalige Behandlung durch die Vollversammlung der Exekutive. Dieselbe bestätigte indes in ihrer Sitzung vom 17. 8. 1920 die Beschlüsse des Büros, wodurch sie also in Kraft treten und für jeden Anhänger der III. Internationale bindend sind.

Vielen Leuten der Parteilinken mag das schwer ankommen, sich in aller Form unter die Fittiche der so ablehnend behandelten K. P. zu stellen. Aber die III. Internationale verlangt von ihren Mitgliedern noch weit schwerere Opfer, als das Aufgeben eines politischen Eigendünkels. Wer dazu nicht fähig ist, wer nicht imstande ist, das Interesse der Weltrevolution höher zu schätzen als seine höchsteigene, gekränkte Leberwurst, der beweist damit vor aller Welt, daß er mit der III. Internationale innerlich nichts gemein hat. Er mag wählen zwischen Grimm und Greulich, aber er hat nicht mehr zu wählen zwischen der II. und der III. Internationale. Für die letztere ist er abgetan und erledigt. Wir verlieren nichts an ihm, und er — das mag ihm ein Trost sein — nichts an uns.

Auf welche Art die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei geschehen soll, darüber braucht man sich kaum lange zu streiten. Es ist selbstverständlich, daß die noch in der alten Partei gebliebenen Kommunisten die unerträglich gewordene Gesellschaft nicht einfach gesenkten Blickes verlassen, wie eine sittsame Jungfrau ein anstößiges Lokal. Die Kampagne für Spaltung der Partei muß eine großzügige Werbeaktion für den revolutionären Kommunismus sein. Die Parteilinke hat die Pflicht, auf dem kommenden außerordentlichen Parteitag den revolutionären Standpunkt in voller Schärfe zu vertreten. Sie müssen diesem Parteitag ein gemeinsam mit der Kommunistischen Partei ausgearbeitetes Programm vorlegen, das den Beschlüssen des Moskauer Kongresses in allen Punkten entspricht und in einzelnen Punkten noch darüber hinausgehen kann. Dieses Programm muß nicht nur die rücksichtslose Durchführung aller Aufnahmebedingungen in die III. Internationale enthalten, die Ausarbeitung aller Vorschriften für kommunistische Parlamentsmitglieder usw., es muß auch und in dürren, aber unzweideutigen Worten den Ausschluß aller dagegenstimmenden Elemente nach sich ziehen. Dabei wäre es grundfalsch, das Hauptaugenmerk auf den Quantitäterfolg zu richten. Die Hauptsache ist, daß die Partei nicht etwa aus Versehen zwischen Zentrum und Rechter, sondern, wie es die Logik der Tatsachen fordert, zwischen Zentrum und Linker entzweigeht. Die ganze Zentrumsführerschaft, die Grimm und Graber, die Schmiede von Olten und Aarau, der Regierungsschneider von Basel und Schaggis Trost in Tränen, sein Trostel, sie alle und vielleicht auch die Leute um Webs müssen unbedingt nach rechts gedrückt werden, müssen vor den Augen des ganzen Landes mit Greulich und Gustav Müller zusammengeklebt werden, damit das tote Gewicht dieser wenigstens ehrlichen Sozialpatrioten allen künftigen Flugversuchen ihres unehrlichen Wortrevolutionarismus von vornherein wie Blei in den Flügeln sitzt. Mag dabei auch eine Anzahl Arbeiter, die noch im Banne des Personenkultus stehen, vorläufig noch drüben bleiben, das ist ein Schaden vorübergehender Art. Was heute in der Schweiz not tut, ist eine prinzipienreine, revolutionstreue kommunistische Partei, ist ein gesunder Kern, gleichgültig ob mit oder ohne Schale. Wir brauchen für den Anfang nicht große Zahlen, sondern Qualität. Der Gang der Ereignisse wird dann schon dafür sorgen, daß die Qualität in Quantität umschlägt.

Für ein solches Programm auf dem sozialdemokratischen Parteitag eine Mehrheit zu gewinnen, daran denken wir nicht im Traum, und auch unsere Freunde in der Parteilinken werden sich wenig Illusionen darüber machen. Sollte der liebe Gott ein Wunder tun und uns doch eine Mehrheit geben, so wird die Kommunistische Partei gewiß nicht zögern, die gesäuberte Sozialdemokratische Partei als unverhoffte reiche Braut heimzuführen. Aber am dürren Holz der Grimm und Graber geschehen keine Wunder mehr. Unser kommunistisches Programm wird wohl in der

Minderheit bleiben, und dann gibt es für jeden ehrlichen Anhänger der III. Internationale nur noch eine Losung: Heraus aus der Sozialdemokratie, hinein in die geeinigte Kommunistische Partei!

Die Schweizer Arbeiterschaft wird also in kurzer Zeit über eine einheitliche, vollständige und aktionsfähige revolutionäre Partei verfügen. Damit tritt auch die revolutionäre Tätigkeit des Schweizer Proletariats in eine neue Phase. Wenn die Weltrevolution es ruft, wird es seine Pflicht erfüllen können.

J. H.

Von der Redaktion. Die Redaktion hofft, daß die Gruppe Nobs und andere Genossen aus dem Linken Flügel im entscheidenden Augenblick dennoch endgültig mit den Rechten brechen und uns helfen werden, eine einheitliche, starke kommunistische Partei in der Schweiz zu bilden.

Der Kampf der Gewerkschaften in Estland.

I.

Die Gewerkschaftsbewegung in Estland ist mit dem ganzen Klassenkampf der estnischen Arbeiter so eng verknüpft, daß es völlig falsch wäre, vom Gewerkschaftskampf im allgemeinen Sinne des Wortes zu sprechen. Nur der Revaler Buchdruckerverband und einige Dorpater Verbände haben streng an der Gewerkschaftslinie festgehalten.

Die Gewerkschaften, die im November 1918 beim Zerfall der deutschen Okkupationsgewalt und beim Herannahen des Klassenkrieges wiedererstanden, wurden in eine neue Lethargie versenkt durch den weißen Terror, dessen Sturzwelle nach dem Rückzug der Roten im Januar und Februar 1919 über Estland dahinbrauste. Im März versetzte die Säbeldiktatur der estnischen Bourgeoisie der Demokratie den letzten Stoß, und im April wurde auf den Knochen des Proletariats die Konstituante errichtet. Die Menschewiki und Arbeitsparteiler, die in diesem gottgefälligen Hause 71 Sitze von 120 einnahmen und die Macht ergriffen, setzten im Mai ihre Truppen gegen das rote Petrograd und Pskow und gegen Sowjetlettland in Bewegung. Zur selben Zeit begannen diese „sozialistischen" Parteien mit dem Proletariat „ihrer" Republik zu liebäugeln. Es wurde — nach dem Ausdruck der Urheber selbst — etwas ähnliches wie eine Amnestie erlassen. Aber kaum fühlte die Arbeiterklasse eine gewisse Milderung des Terrors, da verwandelte sie die armseligen demokratischen Freiheiten sofort in ein Werkzeug ihres Kampfes gegen die Bourgeoisie.

Der erste Akt der Regierung der Menschewiki und Arbeitsparteiler war die Verhaftung des Präsidiums des Zentralrats der Revaler Gewerkschaften und die Veröffentlichung der bewußt erlogenen Beschuldigung, das Präsidium sei vom „äußeren Feind" mit 4 Millionen Rubeln gekauft worden. Diese Verhaftung und Provokation riefen einen wirtschaftlichen Streik hervor. Die Revaler Fabriken und Betriebe traten in den Ausstand und forderten die Befreiung der Verhafteten. Am 15. Mai beschlossen 126 Delegierte der Revaler Gewerkschaften gegen zwei Stimmen bei drei Enthaltungen, das Organ der Menschewiki „Sotsialdemokrat" unter Boykott zu erklären. Der Boykott des „Sotsialdemokrat" wurde zur legalen Form der Agitation gegen die Sozialverräter. Dieser Boykott

wurde dann von allen Revaler Gewerkschaften sowie den Zentralräten von Pernau und Arensburg bestätigt und verringerte die Auflagenhöhe des Blattes um 60%.

Die Verhaftungen im Mai zeigten den Arbeitern augenfällig, daß die Leitung eines wirtschaftlichen Streiks durch eine legale Zentrale unmöglich ist. Das wurde in Betracht gezogen, und der sehr hartnäckige Novemberstreik verlief schon von Anfang an unter der Leitung eines illegalen Streikkomitees.

Die erwähnte Delegiertenversammlung legte auch die Grundlage der weiteren Taktik der Gewerkschaften fest. Es wurde beschlossen, daß die Gewerkschaften sich in keinerlei Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium einlassen sollten, solange die verhafteten Mitglieder des Zentralrats noch nicht befreit waren, und daß die Gewerkschaften in jeder Weise gegen die Versuche ankämpfen sollten, den Zentralrat in eine gefügige Kommission des Arbeitsministeriums zu verwandeln. Die Verhafteten wurden zwar bald freigelassen: aber angesichts ständiger und wiederholter Verhaftungen und anderer Repressalien traten die Revaler Gewerkschaften bis ins Frühjahr 1920 hinein in keinerlei Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Arbeitsministerium ein; sie beschränkten sich nur darauf, diesen ehrlichen Maklern in schriftlicher ultimativer Form die neuen Tarifsätze mitzuteilen. Die Richtigkeit dieser Taktik wurde im Juni l. J. bestätigt, als die langdauernden Verhandlungen zu denselben Ergebnissen führten, die auch ohne Verhandlungen erreicht worden waren — die vom Fiskus und vom Fabrikantenverband erhöhten Tarifsätze betragen 25 bis 40 Prozent der Tarifsätze des Zentralrats der Gewerkschaften. Das Unternehmerminimum des Arbeitslohns beträgt gegenwärtig 34—60 Mark, der Minimalsatz der Gewerkschaften dagegen 153 Mark. Genau ebenso war das Verhältnis im vorigen Jahr. Wir wollen damit nicht sagen, daß die Weigerung, in Verhandlungen einzutreten, zum taktischen Prinzip erhoben ist.

Die Ereignisse im Juni und Juli 1919 waren ein Hexenzirkel von Wirtschaftsleben und Politik: jeder wirtschaftliche Streik war von Verhaftungen begleitet, und die Verhaftungen riefen Proteststreiks hervor. Daher konnte auch das Organ des estnischen Zentralrats der Gewerkschaften „Töö Hääl" keine theoretische Polemik mit den Menschewiki über die Aufgaben der Gewerkschaften führen, sondern mußte den politischen Kampf der Gewerkschaften gegen die Regierung der Sozialverräter geistig leiten. Der Zentralrat wurde allen weißgardistischen Demokraten ein Dorn im Auge. Sie haßten ihn als den Mittelpunkt des konsequenten und revolutionären Klassenkampfes und fühlten, daß sich in ihm ein Revale der Konstituante verbirgt. Die Menschewiki bekämpften den Zentralrat aber überdies auch noch rein aus Parteirücksicht, denn die Bourgeoisie schätzt sie nur so weit, als es ihnen gelingt, die Arbeitermassen zum Narren zu

halten. Sogar der von den Menschewiki als Waffe gegen den Zentralrat geschaffene Eisenbahnerverband entgleiste im Juli den Händen dieser Agenten der Bourgeoisie. Im Juli war dann auch der Zerfall der menschewistischen Organisationen, die in den schrecklichen Tagen des Wütens des weißen Terrors geschaffen worden waren auf den Fabriken und Betrieben in Reval vollendet. Im August wandte sich die städtische Arbeiterklasse bereits offen von der Partei der Agenten der Bourgeoisie ab.

Das zeigte sich auf dem Kongreß der Gewerkschaften Estlands am 30. bis 31. August 1919. Unter 412 Delegierten gehörte ein verschwindendes Häuflein von 30 Mann den Menschewiki an. Die menschewistischen Minister ließen den ganzen Staatsapparat spielen, um sich des Kongresses zu bemächtigen. 2 Monate vor dem Kongreß wurde das Organ der Gewerkschaften „Töö Hääl" verboten. Die Versuche, es unter anderem Namen zu erneuern, scheiterten am geheimen Verbot des sozialdemokratischen Ministers des Innern an die Druckanstalten, das Organ der Gewerkschaften zu drucken. Das Organ der Sozialrevolutionäre stellte einige Wochen vor dem Kongreß sein Erscheinen ein.

Der Kongreß wurde sofort eine einheitliche Demonstration gegen die Sozialdemokraten. Bei der Ehrung des Andenkens der Opfer des weißen Terrors durch Aufstehen erhoben sich auch die Menschewiki „Die Henker ehren das Andenken ihrer schuldlosen Opfer! Nieder mit den Henkern des Proletariats! Fort mit den Sozialverrätern!" — tönte es im Sturm aus dem Munde von neun Zehnteln des Kongresses. Der erste Tag dieses historischen Kongresses endete würdig mit einer Resolution, in deren Schlußabsatz den Menschewiki die Tür gewiesen wurde.

„Der Kongreß verurteilt und stellt vor der ganzen estnischen Arbeiterklasse und dem Weltproletariat die Renegaten des Sozialismus, die estnischen Sozialdemokraten, an den Pranger, die die besten Ideale des Proletariats für Ministerportefeuilles verkauft haben und dadurch zu Handlangern der Bourgeoisie und zu Verrätern am Proletariat geworden sind. Die estnischen Sozialdemokraten haben an der Vergewaltigung des Zentralrats der Gewerkschaften und seines Organs nach Kräften mitgeholfen und niemals protestiert, wenn das estnische Proletariat wie zur Zeit der Zaren unterm Joche stöhnte. Sie haben vielmehr selbst die Anwendung von noch schwereren und härteren Repressalien gefordert. Darum sind sie aus der Einheitsfront des Proletariats ausgeschlossen. Der Kongreß spricht hiermit sein letztes Wort über sie und anerkennt sie als ungebetene Gäste auf dem Kongreß des Proletariats."

Nach Anhörung dieses Urteilsspruchs verließen die Menschewiki den Kongreß und sagten dem Kongreß ihr letztes Wort — in Isborsk.

Die Resolution des Kongresses über die Aufgaben der Gewerkschaften ist von entscheidender Bedeutung für den ganzen weiteren Kampf der estnischen Arbeiterklasse um die Abwälzung der Diktatur der Bourgeoisie.

„Die Gewerkschaften müssen zu revolutionären Organisationen der Arbeiter werden, die in den Arbeiterkreisen die Erkenntnis von der Unvermeidlichkeit der sozialistischen Umwälzung großziehen. Die Gewerkschaften müssen die leitenden Organisationen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Kampf der Arbeiter werden."

„Als Richtlinien für ihre weitere Politik erkennen die Gewerkschaften die Beschlüsse der III. Internationale an."

„Die Gewerkschaften machen es sich zur Aufgabe, mit allen Mitteln gegen die Bestrebungen der Jammersozialisten anzukämpfen und den Arbeitern ihre Schädlichkeit klarzumachen."

Diese Auszüge sind völlig hinreichend, um die Stellungnahme der Gewerkschaften zu kennzeichnen. Der Sozialhenker und Innenminister Hellat hat später lügenhaft erklärt, daß gerade diese Resolution als Ursache für die Auseinanderjagung des Kongresses gedient habe. Diese Resolution wurde am Morgen angenommen, auseinandergejagt aber wurde der Kongreß um Mitternacht, als eine Resolution angenommen worden war, die das Wesen des Krieges der estnischen bürgerlichen Republik gegen Sowjetrußland entlarvte und den unverzüglichen Friedensschluß forderte.

Mit dem Gesang der Internationale und den Rufen: Nieder mit den sozialdemokratischen Henkern! — unterwarfen sich die Delegierten der physischen Gewalt der eingedrungenen weißgardistischen Soldaten und verließen den Sitzungssaal. Der ganze vom Kongreß gewählte estnische Zentralrat der Gewerkschaften und das Präsidium des Kongresses wurden verhaftet. Gleichzeitig fanden auch in der Stadt Verhaftungen statt, und gegen Morgen wurden 102 Proletarier auf die Reise geschickt — nach Isborsk.

Sogar im Jahre der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und der unerhörten Schandtaten des Admirals Horthy hebt sich die Heldentat des sozialdemokratischen Innenministers Hellat vom blutigen Hintergrunde des weißen Terrors ab. 75 von den 102 wurden in der Richtung zur roten Front abgeschickt, wobei die Sache absichtlich so eingefädelt wurde, daß die „Ausgewiesenen" unter die Kugeln der Roten geraten sollten. Nach Ausplünderung der „Ausgewiesenen" setzte man sie aus dem Panzerzug hinaus und befahl ihnen, einem Waldrand zuzulaufen, der vom Panzerzug beschossen wurde. Nur infolge eines blinden Zufalls wurde dieser „Dessant" von den Rotarmisten nicht niedergeschossen. Aber 26, die zu diesem Zweck besonders ausgesucht worden waren, wurden in Isborsk erschossen. Ihre Kleider und ihr Geld teilten die Henker unter sich. Es fielen Veteranen der Bolschewiki wie Gen. J. Tippo. Es fielen die hervorragendsten Funktionäre der estnischen Gewerkschaftsbewegung, wie Gen. M. Koolmeister, Annus, J. Allik. Es fiel der junge, talentvolle und feurige Ed. Hammer, der dem Kongreß vorgeschlagen hatte, sich auf die Plattform der III. Internationale zu stellen. Es fiel auch der zu Hause

ergriffene linke Sozialdemokrat W. Masik, dem gegenüber sein Parteigenosse Hellat außer politischer Gegnerschaft auch eine persönliche Erbitterung hegte. Es fielen die Proletarierhelden, die dem Proletariat das Vermächtnis hinterließen: zu kämpfen und zu siegen!

Hellat aber erklärte vorsichtig in der Konstituante: alle 102 sind gegen Quittung den Sowjettruppen übergeben worden — wir sind natürlich nicht verantwortlich dafür, was ihnen im kommunistischen Rußland zustoßen kann.

Nach 1 bis 2 Tagen begannen in Revai grauenhafte Gerüchte umzulaufen über die blutige Hinmordung der Ausgewiesenen in Isborsk. Ich gestehe, daß man es nicht glauben wollte, obgleich die Vernunft zu glauben gebot. Aber da trifft ein Genosse ein mit der Nachricht, daß die „Helden" vom Panzerzug auf dem Trödelmarkt in Walk Kleider verkauft hätten, in deren Taschen sich Dokumente eines Kongreßmitgliedes fanden . . . Allmählich wurde alles aufgedeckt.

Gegenwärtig sind die hervorragendsten dieser physischen Mörder schon längst mit dem „Freiheitskreuz" ausgezeichnet.

II.

Dieser wilde Pogrom versetzte den Gewerkschaften einen Schlag, dessen ganze Schwere auf die Revaler Gewerkschaften fiel, denn neun Zehntel der der Verbannung Unterworfenen und aller Ermordeten waren Revaler. Erst im April 1920 wurde es möglich, wieder einen Revaler Zentralrat der Gewerkschaften zu organisieren; auf seiner ersten Sitzung wurde die Summe der siebenmonatlichen hartnäckigen Arbeit zur Wiederherstellung der Verbände gezogen. Der Metallarbeiterverband, der zur Zeit des Kongresses 3400 Mitglieder hatte, zählte zum April 1700; an Ausgewiesenen und Ermordeten hatten die Metallarbeiter 36 aufzuweisen. Der Verband der Schneiderelarbeiter, der 1200 Mitglieder gezählt hatte, hatte 1000 Mitglieder verloren und zählte zum April 500. Die Holzarbeiter wiesen im April 460 Mitglieder auf gegen früher 1700. Der Verband der Arbeiter der chemischen und Papierfabriken — 626 gegen 1400. Und so weiter. Insgesamt wurden im April 1920 in den Revaler Gewerkschaften 16000 Mitglieder gezählt, gegenüber 30 000 im August 1919. Das waren die Ergebnisse der von den Menschewiki vorgenommenen Zerschmetterung. Und da beschuldigen die Menschewiki die Kommunisten in frecher Weise, daß sie die Verbände zersplittern, indem sie in die Gewerkschaftsbewegung Politik hineintragen.

Nach der Auseinanderjagung des Kongresses und der Vernichtung des estnischen Zentralrats erklärten die Menschewiki in der Person Hellats zynisch in der Konstituante, es werde ein neuer Kongreß versammelt werden, der die Gewerkschaftsbewegung ins richtige Fahrwasser steuern

solle. Der „Sotsialdemokrat" rief zur Organisierung eines Zentrums auf, dem „die Interessen der Arbeiter teuer wären" und das die Arbeiter nicht auf den Weg des „Abenteurertums und verdächtiger Ränke" locken würde. Aber alle diese Voraussagungen der Sozialhenker sollten nicht in Erfüllung gehen . . .

Die Beschlüsse des ersten Kongresses wurden zum Streitruf und Leitstern für den ganzen Kampf des Proletariats im Rahmen der Gewerkschaften. „Rache an den Henkern!" — das wurde der Kampfruf aller ehrlichen Arbeiter. Trotz aller Einschüchterungen, direkter Drohungen, Verhaftungen, Haussuchungen und — niedriger Anerbietungen gelang es den Sozialverrätern nicht nur nicht, sich der Gewerkschaften zu bemächtigen, sondern sie wurden folgerichtig auch noch aus ihren letzten Stellungen hinausgeworfen.

So forderte der Revaler Zentralrat auf seiner ersten Sitzung am 22. April 1920 kühn die Bourgeoisie heraus, indem er (mit 55 Stimmen gegen 2 bei einer Stimmenthaltung) folgenden Beschluß faßte:

1) Alle Beschlüsse und Resolutionen des ersten Gewerkschaftskongresses werden als richtig anerkannt;

2) es wird gegen den Beschluß der Konstituante über den Eintritt der estnischen Republik in den Völkerbund protestiert und erklärt, daß das Proletariat dem Völkerbund die III. Internationale entgegenstellt;

3) es wird die Aufhebung des Kriegszustandes, die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, die volle Amnestie und das Recht der ungehinderten Rückkehr nach Estland für alle Anhänger der III. Internationale gefordert;

4) Vereinigung mit den Proletariern aller Länder, unter der hoch erhobenen Fahne der Arbeiterklasse, auf der geschrieben steht: „Es lebe die III. Internationale".

In den Protokollen der vereinigten Sitzungen der Vorstände der Revaler Gewerkschaften, der Betriebsältesten und des Zentralrats spiegelt sich wie in einem Kaleidoskop unsere ganze „demokratische" Wirklichkeit ab. Da ist auf Befehl der sozialdemokratischen Behörden vom Gebäude der Gewerkschaften die rote Fahne mit der Aufschrift „Proletarier aller Länder vereinigt euch" entfernt worden, und die Sitzung protestiert und fordert, daß die Fahne an ihren früheren Platz zurückgebracht werde. Da ist ein Protest gegen die Besuche der Agenten des sozialdemokratischen Sicherheitsdienstes in der Zentrale der Gewerkschaften und die häufigen Aufforderungen an die Mitglieder der Zentrale, im Bureau des Sicherheitsdienstes zu erscheinen, und der Beschluß: „Der Zentralrat der Gewerkschaften setzt die Regierung der Republik davon in Kenntnis, daß die Vertreter der Arbeiter gewählt worden sind, um die Interessen der Arbeiter zu schützen, nicht aber, um die Laufjungen der Sicherheitsleute zu spielen, und er verlangt, daß man die Arbeitervertreter in Ruhe lassen

möge." Und so weiter, ein endloser und hartnäckiger Freischärlerkrieg. Aber es kommt auch zu einer Massenaktion. Durch das kombinierte Vorgehen der Gewerkschaften und der illegalen Revaler kommunistischen Organisation wird die Sozialdemokratische Partei genötigt, ihren Anhängern zum 1. Mai die Parole zu geben: bleibt zu Hause! Und als die Arbeiter am 1. Mai 1920 durch die Straßen von Reval defilierten, sagten sie sich mit dem Gefühl hoher Befriedigung: die Kainssöhne haben sich dennoch geschämt!

In der zweiten Hälfte des Mai, als der wirtschaftliche Streik heranzureifen begann, wurde der Zentralrat von Hellat aufgelöst unter dem feigen Vorwand, daß er kein bestätigtes Statut habe.

Am 8. Juli beschloß die vereinigte Sitzung der Revaler Gewerkschaften und der Betriebsältesten, Delegierte zum zweiten Weltkongreß der III. Internationale zu entsenden, für den Fall aber, daß die Regierung die Pässe verweigern sollte, dem im Auslande lebenden Gen. Pögelmann, dem ältesten estnischen kommunistischen Publizisten, ein Mandat zuzustellen. Die Revaler Gewerkschaften haben sich um den Preis des Blutes ihrer besten Vertreter zweifellos das Recht erworben, der III. Internationale anzugehören.

III.

Besonders müssen die Etappen der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung unter den Landarbeitern hervorgehoben werden. Die ersten Gewerkschaften auf dem flachen Lande entstanden Anfang 1919 auf Anregung der Menschewiki, die den weißen Terror zu dem Versuch benutzten, gefügige Verbände zu organisieren. Aber schon auf dem 1. Kongreß der Gewerkschaften verließen nur 10 Delegierte der Landarbeiter den Kongreß als Menschewiki. Ich schätze, daß auf dem Kongreß viermal mehr Delegierte geblieben sind. Alle Dokumente des Kongresses wurden eine Kriegsbeute Hellats, die Mitglieder des Präsidiums sind ermordet, und daher können wir die genaue Zahl nicht ermitteln.

Am 8. bis 10. Mai l. J. fand in Reval ein Kongreß der Landarbeitergewerkschaften statt, auf dem 88 Verbände durch 141 Delegierte vertreten waren. Die Gesamtzahl der Verbände betrug 119. Eine interessante Einzelheit: nur 12 Verbände waren Abonnenten des „Sotsialdemokrat".

Dieser Kongreß hat keine einzige menschewistische Resolution gefaßt. Angenommen wurden die Resolutionen der Partei der unabhängigen Sozialisten (der ehemaligen Sozialrevolutionäre), die kurz vorher beschlossen hatte, sich der III. Internationale anzuschließen. Dieser Kongreß offenbarte die revolutionäre Stimmung des Landproletariats, die sich mit jedem Tage bestimmter zu revolutionärem Bewußtsein kristallisiert. Als Beweis dafür dient das rasche Anwachsen der kommunistischen Gruppen auf dem Lande,

trotz der wütenden Verfolgungen. Dieser Fortschritt ist von entscheidender Bedeutung im Kampf der estnischen Arbeiterklasse für die Selbstbefreiung, denn die städtische Arbeiterklasse ist infolge des Zerfalls der Industrie numerisch zu schwach, um der Bourgeoisie den Todesstoß zu versetzen.

Ein estnischer Kommunist.

Reval, Juli 1920.

Einiges über die Lage in Japan.

Die Gesamtbevölkerung des japanischen Reiches betrug nach den Angaben von 1909 im ganzen 66 256 000. In den letzten Jahren ist ein alljährlicher Zuwachs von 650 000 zu verzeichnen (was im Prozentverhältnis 13,4 Prozent bis 15,7 Prozent pro 1000 ausmacht). Wenn dieses Prozentverhältnis sich nicht ändert, so wird die Bevölkerung sich nach 70 Jahren verdoppelt haben. Gegenwärtig beträgt die Bevölkerung im eigentlichen Japan 333,4 auf die Quadratmeile.

Nach den Angaben von 1913 beträgt die Gesamtmenge des angebauten Landes in Japan 13 150 000 Acres; davon kommen 7 150 000 Acres auf die bewässerten Reisfelder und 6 000 000 Acres auf Trockenkulturen. Jeder Japaner verbraucht durchschnittlich 5 Büschel (ein Büschel gleich 35,36 Liter) Reis in normalen Jahren. In den letzten Jahren erreichte die Reisernte in Japan durchschnittlich 325 000 000 Büschel (eingerechnet Korea und Formosa). Aber schon im Jahre 1907 wurden 10 000 000 Büschel ausgeführt. Die Gesamtzahl der Landwirte beträgt 6 000 000. Der durchschnittliche Anteil auf jede Familie umfaßt 2,2 Acres. Die Reisfelder nehmen 57 Prozent des gesamten bearbeiteten Bodens ein; auf Weizen entfallen 33 Prozent.

Die Grundbesitzer verteilen sich nach der Größe ihres Besitzes folgendermaßen:

unter	1	Acre . . .	2 339 550
über	1	„ . . .	1 245 377
„	2	„ . . .	882 124
„	6	„ . . .	267 609
„	10	„ . . .	125 794
„	20	„ . . .	41 378
„	100	„ . . .	2 967
		Zusammen .	4 904 799

Zahl der auf eigenem Boden Arbeitenden	1 764 181
Zahl der sowohl auf eigenem als auch auf Pachtboden Arbeitenden	2 173 867
Zahl der Pächter	1 500 000
Zahl der Landtagelöhner und bei Forstarbeiten Beschäftigten .	2 500 003

Der ständige Bevölkerungszuwachs und die Verminderung der Nahrungsmittel ziehen für Japan die Notwendigkeit nach sich, die Ausdehnung

seiner Besitzungen zu vergrößern. Um die Zahl der Bevölkerung zu verringern, hat die Regierung versucht, Auswanderer nach Amerika, auf die Sandwichinseln, nach Australien und einen Teil auch nach Südamerika zu entsenden. Aber alle diese Länder haben mit Ausnahme von Südamerika zu Einschränkungsmaßregeln gegen die Einwanderung der Japaner gegriffen. Infolgedessen richtete die Regierung ihre Blicke nach China und Sibirien und begann die Auswanderung des Bevölkerungsüberschusses nach Westen zu fördern. Auf diese Weise benutzte sie ihre Untertanen zur Verwirklichung ihrer imperialistischen Bestrebungen — um sich das nordöstliche Asien zu unterwerfen.

Das japanische Volk wird durchtränkt vom Gift der imperialistischen Propaganda und ist bereit, die Eroberungsabsichten seiner Regierung hinsichtlich China und Sibirien zu unterstützen. Die Japaner sind infolgedessen eine kapitalistische und imperialistische Nation ersten Ranges. Der Imperialismus Japans gründet sich auf die wirtschaftliche Notwendigkeit für die regierenden Klassen und stellt vom Standpunkt des japanischen Volkes aus etwas anderes dar als der Imperialismus Englands, Frankreichs und Amerikas.

Der Mikado übt die höchste Vollzugsgewalt aus, wobei er sich der Ratschläge und der Hilfe des Ministerkabinetts bedient; die gesetzgebende Gewalt verwirklicht er zusammen und im Einvernehmen mit dem Reichsparlament (in dem nur die Besitzenden ihre Vertreter haben können) und die Gerichtsgewalt auf Grund der Gesetze der Gerichtsbehörden, deren Mitglieder von ihm selbst ernannt werden.

In Japan besteht der sogenannte „Geheime Rat der Henro", der aus Vertretern der höchsten Aristokratie besteht und mit dem sich der Mikado über besonders wichtige Staatsangelegenheiten berät. Der Kaiser ist das Oberhaupt des Heeres und der Flotte; es steht bei ihm, Krieg zu erklären und Frieden sowie internationale Verträge zu schließen.

So sieht die japanische „konstitutionelle" Monarchie aus!

Der Mikado ist eine geheiligte Person, und die Japaner sind sehr stolz darauf, daß die kaiserliche Dynastie ununterbrochen seit dem Jahre 660 vor Chr. besteht. Er dient ihnen als Objekt eines religiösen Kultus, und sie sind bereit, auf seinen Befehl zu sterben.

Die Idee von der Heiligkeit der kaiserlichen Person wird den Japanern von Kindheit an eingeimpft, und sie bemerken gar nicht, daß eben der Kapitalismus und nichts anderes die reale Macht ist, die die Tätigkeit der Regierung lenkt, und daß er die Quelle ihrer immer mehr anwachsenden Notlage ist. Jeder, der Japan besucht, sieht in allen Hauptstücken die neuesten Errungenschaften der Technik und Industrie. Wissenschaft, Kunst und Literatur stehen in Blüte. 98,2 Prozent der Bevölkerung verstehen zu lesen und zu schreiben. Und dabei sind die Arbeiter genötigt, wie die Sklaven 10 bis 15 Stunden täglich zu arbeiten.

In Wirklichkeit besteht in Japan die Leibeigenschaft noch fort. Die geknechtete Stellung der japanischen Arbeiter und Bauern, die ihrer Natur nach unabhängig und mannhaft sind, erklärt sich nicht nur durch die Idee von der Göttlichkeit des Mikados und die Demut, die dem Volke von klein auf durch die Schule und durch die Zeitungen anerzogen wird, sondern auch durch die modernen Maßregeln des so hoch entwickelten Kapitalismus, der die gesamte Presse in allen ihren Abarten seiner Kontrolle unterworfen hat und mit ihrer Hilfe eine gewandte Propaganda gegen den Trade-Unionismus und sogar gegen die „demokratische" Agitation führt, auch die in Japan sehr entwickelte Wohltätigkeit und die philantropischen Institutionen für seine Interessen ausnutzt; gleichzeitig wird man schwerlich irgendwo in der Welt ein so trefflich organisiertes System des Polizeispitzeltums finden wie in Japan, das gewissenhaft jegliche Art Gewalt anwendet zur Unterdrückung auch der unbedeutendsten Bewegung, die eine wirtschaftliche Organisierung der Arbeiter oder eine politische Revolution zum Ziele hat.

Ist nun hieraus zu schließen, daß keinerlei Hoffnung auf einen Erfolg der kommunistischen Propaganda in Japan besteht? Nein! Die Propaganda unter den Bergleuten, die in entsetzlichen Verhältnissen und ewiger Gefahr leben, könnte wohl Erfolg haben. Diese Leute sind immer unzufrieden, aber da sie die wahre Ursache ihrer Unzufriedenheit nicht verstehen, so wissen sie nicht, wie sie handeln und was sie unternehmen sollen.

Es wäre hoffnungslos, ihnen Religion zu predigen, ebenso vermag auch die Kunst sie nicht zu trösten, aber sie werden auf die Worte desjenigen lauschen, der ihnen sagt, wie sie mehr Reis und Fleisch erhalten können. Insgesamt gibt es ungefähr 500 000 Bergleute, und sie sind tapfer und revolutionär gestimmt.

Die Bergleute in Fukuoka, der Südostprovinz Japans, haben Bomben in die Waggons mit Truppen geworfen, die zur Unterdrückung des Streiks in den benachbarten Gruben abgingen. Das war eine förmliche Schlacht zwischen Soldaten und Bergleuten.

Große „Reisunruhen" fanden im Jahre 1918 in Japan statt. In einer kleinen Hafenstadt spielte sich folgendes ab. Ueber 200 Frauen begaben sich zu den Reishändlern und verlangten die Einstellung der Reisausfuhr. Sie setzten es durch, daß Preise festgesetzt wurden, die dem Selbstkostenpreis des Reises entsprachen. Die Kunde verbreitete sich über das ganze Land. Am nächsten Morgen folgte man in 18 verschiedenen Provinzen ihrem Beispiel, und das Volk erhielt den Reis zu einem Preise, der nicht höher war als der Selbstkostenpreis der Ware. Sogar die gutorganisierte Polizei war nicht imstande, den neugeschaffenen Zustand zu bekämpfen. Wenn sich zu dieser Zeit irgend jemand gefunden hätte, der die Massen hätte leiten und auf den richtigen Weg weisen können, so hätten wir in Japan bereits die Revolution. Alle Bergbaubezirke sind

Mittelpunkte von Arbeiterunruhen. Eine gut organisierte revolutionäre Propaganda unter den Bergleuten würde unverzüglich gute Ergebnisse zeitigen. Man darf nicht vergessen, daß in Japan eine sehr starke Propaganda für das allgemeine Wahlrecht geführt wird und daß die Arbeiter und Bauern die Rede-, Versammlungs- und Preßfreiheit fordern. Diesen Umstand müssen wir benutzen.

Die japanische Arbeiterbewegung steht unter der Kontrolle der Regierung und der Kapitalisten. Die Arbeiterführer werden von den Kapitalisten bestochen und betrügen die Arbeiter unaufhörlich. In den Arbeiterverbänden gibt es gewiß viele radikal gesinnte Elemente. Aber die Mehrheit der Arbeiter wird von den Führern getäuscht, und sie können nichts über die raschen und tiefen Veränderungen wissen, die in der Arbeiterbewegung in Europa vorgehen; die Radikalen aber, die darüber unterrichtet sind, haben nicht die Möglichkeit, ihre Ansichten zu äußern.

Hier folgen einige Angaben, die auf die Lage der Arbeiterklasse schließen lassen.

Aerztlich geprüfte Industrie- und Betriebsarbeiter . . .	1 425 256
Aerztlich nicht geprüfte Industrie- und Betriebsarbeiter	316 193
Bergleute	500 000
Landtagelöhner und Forstarbeiter	2 500 000
Schiffarbeiter	500 000
Eisenbahner	200 000
Weber und Handwerker	1 000 000
Zimmerleute und Steinmetze	500 000
Sonstige Arbeiter	500 000
Zusammen . .	7 440 000

Tabelle der Streikbewegung.

Jahreszahl	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden
1914	50	7 904
1915	64	7 852
1916	108	8 413
1917	398	57 309
1918	427	66 457
1919 bis zum März	48	5 600

Obgleich die Führer die Arbeiterbewegung auf falsche Wege leiten und die Regierung sie darin unterstützt, steigt die Zahl der Streiks. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß es in Japan keine Möglichkeit gibt, radikale Ideen zu propagieren, daher ist es notwendig, jetzt den Grund zu einer rein kommunistischen Presse zu legen. Gleichzeitig müssen einige Arbeiterorgane für die revolutionäre Propaganda ausgenutzt werden. So-

lange wir noch nicht stark genug sind, muß der Druck außerhalb Japans erfolgen. Selbstverständlich ist Vorsicht und Heimlichkeit erforderlich. Zugleich aber muß mit der illegalen Propaganda begonnen werden, und zwar in erster Linie unter den Bergleuten und Matrosen. Letztere können dann die Flugblätter, Aufrufe und Zeitungen überallhin befördern und verbreiten.

Wir müssen einen Weg suchen zu ständiger und enger Verbindung mit der III. Kommunistischen Internationale, um Propaganda zu machen und von ihr die erforderlichen Hinweise sowie Hilfe zu erhalten. Wir unsererseits werden ihr Nachrichten über das politische und Arbeiterleben in Japan und den anderen Staaten des Fernen Osten übermitteln.

J. K.

Rosa Luxemburg und Leo Tyszko vor der zaristischen Themis*).

Die besten Kämpfer des deutschen Kommunismus, die unvergeßlichen Führer der internationalen Revolution — Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Tyszko — fielen durch die Hand der weißen Sozialdemokratie Deutschlands. Die Helden des Kommunismus sollten den Händen der Sozialdemokraten, die die Interessen des Kapitals gegen die proletarische Revolution verteidigen, nicht lebendig entkommen.

Die Führer des deutschen Proletariats befanden sich mehr als einmal in den Klauen der zaristischen Selbstherrschaft in Rußland und der Kaisermacht in Deutschland, stets aber entkamen sie lebend den Händen der Agenten der Monarchie. Den Jüngern Scheidemanns aber fiel die schmachvolle Rolle zu, zu Henkern der Führer der Arbeiterklasse zu werden.

Die dem Archiv des Warschauer Militärbezirksgerichts entnommenen und von dem Morschansker Komitee der Kommunistischen Partei Rußlands dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale übermittelten Gerichtsakten in Sachen Rosa Luxemburg und Leo Jogiches gewähren uns eine interessante Einsicht in einen Lebensabschnitt dieser großen Märtyrer der proletarischen Revolution.

Die Verfaffung.

Vor uns liegen die von der Gendarmerieverwaltung des Gouvernements Warschau geführten Untersuchungsakten in Sachen der Rosalie Luxemburg, alias Anna Matschke und Leo Jogiches, alias Otto Engelmann, die auf Grund der §§ 102, 129 und 132 des Strafgesetzbuches unter Gericht gestellt wurden. Die Untersuchung begann am 18. März 1906 und wurde am 12. Oktober desselben Jahres abgeschlossen. Die Akten umfassen 202 Bogen. In medias res gelangen wir durch die überaus geheime Zuschrift des Chefs der Abteilung zum Schutz der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit in Warschau vom 5. März 1906, in der es heißt: „Da infolge vorhandener Agenturnachrichten die aus Berlin eingetroffenen und unter den Namen

* Die Redaktion dankt den Morschansker Genossen bestens für die Zusendung des wertvollen Materials.

Anna Matschke und Otto Engelmann hier in der Pension der Gräfin Walewska (Jaßnaja 1) lebenden Vertreter des ausländischen Komitees der hiesigen sozialdemokratischen Partei zu dem Zweck hergekommen sind, um im Weichselgebiet Agrarunruhen zu organisieren und unter dem Namen Anna Matschke die bekannte Rosa Luxemburg sich verbirgt, die in der Liste des Polizeidepartements unter Nr. 331 genannt ist und auf deren Anregung unter anderem die am 14. April 1904 an der Dworjanskaja im Vorort Wolja beschlagnahmte Geheimdruckerei der sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauens ausgestattet wurde, wurden die genannten Personen am 19. Februar durchsucht und verhaftet". Darauf folgt eine Liste der den Verhafteten abgenommenen Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Handschriften.

„Außerdem wurden den besagten Personen die Rußlandpässe abgenommen, deren Stempel zeigen, daß die Matschke sich am 18. Dezember in Warschau meldete und Engelmann am 21.; weitere Stempel auf dem Paß des letzteren bezeugen, daß er Warschau häufig besucht. Bei dem Verhör erklärte die Matschke kategorisch, daß dies ihr wahrer Name sei, aber nachdem man durch Veranstaltung einer Haussuchung bei der im Hause Nr. 9 an der Selnaja wohnhaften Hannah Luxemburg einer Photographie habhaft wurde, auf der Hannah Luxemburg eigenhändig vermerkt hatte, daß diese Photographie ihre Schwester Rosa Luxemburg vorstellt, und nachdem die in das Lokal der Geheimpolizei hinzitierte Hannah Luxemburg in Gegenwart von Zeugen aussagte, daß die Matschke ihre Schwester sei, war die letztere schließlich gezwungen, ihren wahren Namen zu nennen, was denn auch zu Protokoll genommen wurde."

Der Kessel der Revolution, in dem es am 9. Januar 1905 mit dem Auftreten des Proletariats in Petersburg zu brodeln begann, war auch 1906 noch im Sieden. Das polnische Proletariat hatte die Petersburger Arbeiter gleich in den ersten Tagen durch Massenstreiks unterstützt und schritt seitdem unentwegt in der Vorhut der russischen Revolution. Der revolutionäre Kampf des polnischen Proletariats entwickelte sich unter der Führung der Sozialdemokratie Polens und Litauens, die erfolgreich gegen den von der Polnischen Sozialistischen Partei geschürten nationalistischen Taumel ankämpfte; die erprobten Kämpfer der polnischen Sozialdemokratie, Genossin Luxemburg und Genosse Tyszko eilten zum revolutionären Kampfplatz, wo sie nach zwei Monaten der zaristischen Geheimpolizei in die Hände fielen.

Am 19. Februar erfolgte die Verfügung des Chefs der Warschauer Geheimpolizei, Oberstleutnant Schewjakow, die Matschke und Engelmann bis zur Aufklärung der näheren Umstände auf Grund des § 21 der Maßnahmen zum Schutz der Staatsordnung und der öffentlichen Sicherheit als Personen, die die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdeten, in Schutzhaft zu nehmen.

Das Verhör.

Das erste Protokoll des Verhörs der Matschke datiert vom 25. Februar. Sie sagte aus: „Ich kam Mitte Dezember vorigen Jahres als Mitarbeiterin mehrerer ausländischer Preßorgane nach Rußland, um mich über die öffentliche Bewegung in Polen zu unterrichten.“ Auf demselben Protokoll ist von der Hand der Genossin Luxemburg vermerkt: „Ich heiße Rosa Luxemburg und nicht Anna Matschke.“ Augenscheinlich war sie beim Verhör vom 25. Februar von Hannah als Schwester bezeichnet worden.

Am 29. März wurde Rosa Luxemburg von dem Rittmeister der Gendarmerie Suschkow verhört. Sie sagte aus, sie sei 33 Jahre alt, in Samostje, Gouv. Ljublin geboren, „erkenne keinen Glauben an“ (wie es im Protokoll heißt), sei Kaufmannstochter, Jüdin preußischer Unterschaft, Doktor Juris, lebe ständig in Berlin, Preußen, halte sich zeitweilig in Warschau auf. Ihre Beschäftigung bestehe in politischer Mitarbeit an der Redaktion des „Vorwärts“ in Berlin, sie erhalte sich durch eigenen Erwerb. 1908 habe sie sich von ihrem Mann, namens Lübeck, geschieden, ihre Eltern seien tot. Von ihren Geschwistern sei Nikolaus, 46 Jahre alt, Kaufmann in London, Maximilian, 40 Jahre alt, Inhaber des Büros unter der Firma „Luxemburg & Co.“ in Warschau, Joseph, 38 Jahre alt, Arzt in Warschau, ihre Schwester Anna, 42 Jahre alt, arbeite im Geschäft des Bruders Maximilian. Sie selbst sei 1879 geboren, habe 1887 in Warschau das II. Mädchengymnasium absolviert und an der Universität Zürich ihren Doktor Juris gemacht; 1889 sei sie zur Ausbildung nach Zürich gefahren und lebe seitdem ständig im Auslande, größtenteils in der Schweiz; in letzter Zeit lebe sie in Berlin. 1903 sei sie in Preußen oder Sachsen, sie erinnere sich nicht in welcher Stadt, wegen Beteiligung an der Wahlagitation gerichtlich belangt worden, und habe im Gefängnis zu Zwickau, Sachsen, eine zweimonatliche Haftstrafe verbüßt.

Rosa erkannte sich der ihr zur Last gelegten, in den §§ 102 und 132 vorgesehenen Verbrechen nicht für schuldig. § 102 richtet sich gegen die Beteiligung an einer Tätigkeit, die sich bewußt zum Ziele stellt, die von den Grundgesetzen festgesetzte Regierungsordnung in Rußland oder irgend einem Teile Rußlands gewaltsam abzuändern, § 132 bezieht sich auf die Aufbewahrung von Druckschriften zwecks Verbreitung, die, wie nachgewiesen, zum Aufruhr und zum Sturz der im Reiche bestehenden Gesellschaftsordnung aufstacheln.

Ich gehöre — erklärte Rosa — zur Deutschen Sozialdemokratischen Partei, deren Ziel es ist, das Leben des deutschen Volkes auf sozialistischer Grundlage aufzubauen. Diese Partei entspricht ihrem Grundgedanken nach den in anderen Ländern bestehenden ähnlichen Parteien; vom praktischen Standpunkt aus steht sie jedoch in keiner Beziehung zu den letzteren . . . Ich kam hierher mit dem Paß meiner Bekannten Anna Matschke, die in [illegible] lebt und ebenfalls zur Deutschen Sozialdemokratischen Partei

gehört, denn ich befürchtete, die Polizei, der mein Name und meine Tätigkeit als Sozialdemokratin im Ausland bekannt sind, könnte meine Verwandten in Warschau behelligen . . . In demselben Hause an der Jaßnaja, wo ich Wohnung genommen hatte, lebte auch mein Bekannter, Otto Engelmann, der vor mir aus Deutschland eingetroffen war; ich weiß, daß Engelmann Berichterstatter der „Leipziger Volkszeitung" ist und ebenfalls hierher kam, um Material für seine Korrespondenzen zu sammeln."

Am 29. März erfolgte die Verfügung, Rosa im Warschauer Untersuchungsgefängnis in Haft zu setzen.

An demselben Tage wurde auch Engelmann verhört. Er erkannte sich ebenfalls „nicht schuldig" und erklärte ebenso wie Rosa Luxemburg, er sei nach Warschau gekommen, um Material für Berichte an deutsche Zeitungen zu sammeln; in Warschau sei er mit seiner Bekannten, Rosa Luxemburg, zusammengetroffen.

Der zaristischen politischen Polizei kam die deutsche bürgerliche Presse zu Hilfe. Gleich nach der Verhaftung begann sie eine Hetze gegen Rosa; sie war es auch, die Rosa bei den russischen Behörden anzeigte. Bereits am 17. März n. St. erschien in der Abendausgabe der Berliner „Post" eine Notiz über Rosa Luxemburg, und seitdem verging kein Tag, an dem die Zeitung nicht Anzeige über sie gemacht hätte. Das bürgerliche Blättchen griff einige ungeschickte Ausdrücke des sozialdemokratischen „Vorwärts" auf, der unter anderem schrieb: „Als im Dezember eine erbitterte Reaktion im Zarenreiche einsetzte, konnte sie (Rosa) diese Schrecken nicht mehr ertragen. Es duldete sie nicht mehr in unserer Mitte; sie hielt es für ihre Pflicht, ihre Person ihren Idealen zum Opfer zu bringen". Möglicherweise hatte das bürgerliche Blättchen recht, wenn es behauptete, „der Vorwärts habe der russischen Staatsanwaltschaft mit seiner Anzeige einen so wertvollen Dienst geleistet, daß er auf einen Dank in der Presse Anspruch erheben könne." Und die „Post" frohlockte, daß die Deutschen diese „Megäre" auf so glückliche Art losgeworden seien.

Unter dem 31. März teilt der Chef der Warschauer politischen Polizei dem Chef der Gouvernementsgendarmerieverwaltung mit, „Rosalie Luxemburg sei nach Rußland gekommen, um Agrarunruhen zu organisieren und den Geist der infolge der Ereignisse vom Dezember vorigen Jahres stark niedergedrückten Revolutionäre zu heben."

Die Bedienung der möblierten Zimmer der Walewska, wo die Matschke und Engelmann verhaftet wurden, sagte aus, „die beiden seien augenscheinlich gut bekannt gewesen, da sie häufig zu verschiedener Zeit bei einander geweilt hätten. Sie habe nicht bemerkt, daß jemand von den anderen Mietern die beiden besuchte oder daß jemand aus der Stadt zu ihnen kam. Die Matschke und Engelmann seien in der Nacht stets zu Hause gewesen. In die Stadt seien sie gewöhnlich um die Mittagszeit gegangen, gegen Abend aber immer zurückgekehrt."

Am 27. Mai untersuchten mehrere Aerzte den Gesundheitszustand der im X. Pavillon untergebrachten Luxemburg. Die Aerzte Baranowski und Sommer und der Arzt des Pavillons, Tumma, gelangten zu dem Schluß, daß „die Luxemburg an Blutarmut, hysterischen und neurasthenischen Erscheinungen und an einem Magen- und Darmkatarrh mit Lebererweiterung leide und einer Mineralwasser- und Bäderkur unter entsprechenden hygienischen und diätetischen Bedingungen bedürfe."

Am 29. Mai beantragte der Staatsanwalt der Warschauer Gerichtskammer, gegen Rosa Schutzmaßnahmen zu ergreifen, die nicht den Verlust der Freiheit nach sich ziehen würden. Am 2. Juni reichte Rosas Bruder, der Arzt, ein Gesuch um ihre Freilassung gegen Kaution ein.

Inzwischen setzte die „Post" ihre niederträchtige Hetze gegen Rosa und deren „Sekretär" Jogiches unbeirrt fort.

So schrieb die Zeitung z. B. am 14. Juni: „Als Rosa Luxemburg vor etwa vier Jahren den bekannten hiesigen Anarchisten Lübeck, einen Arbeiter, heiratete, geschah es ausschließlich zu dem Zweck, auf diese Weise die preußische Untertanschaft zu erlangen; am Tage der Trauung trennte sich die dankbare Frau wieder von ihrem Gatten, um sich mit festen Freundschaftsbanden mit Herrn Jogiches zu verknüpfen. Die edle Rosa lebte vier Jahre lang hier in Berlin mit diesem Jogiches".

Diese Ausfälle hetzten die zaristische Sicherheitspolizei immer wieder auf die Spur und wurden von den Behörden gegen die Angeklagten ausgenutzt.

Am 3. Juni sagte Rosa in Ergänzung ihrer früheren Angaben aus, sie habe sich 1897 in Basel mit dem preußischen Untertan Gustav Lübeck verehelicht. „Die Ehe wurde vor dem Standesamt, aber nicht nach religiösem Ritus vollzogen. Ich erinnere mich dessen nicht genau, aber glaube, es war im Jahre 1902, daß ich mich von meinem Mann scheiden ließ. Die Scheidung wurde auf das Urteil des Berliner Zivilgerichts hin vollzogen".

„Angesichts des Umstandes, daß die Krankheiten, an denen die Luxemburg leidet, einer besonderen Kur bedürfen, die mit den Gefängnisbedingungen unvereinbar ist, und daß die Umstände dieser Angelegenheit die Ersetzung der gegen die Luxemburg ergriffenen Schutzmaßregel — der Schutzhaft — durch eine minder strenge gestatten", einigte sich Rittmeister Suschkow am 5. Juni mit dem Staatsanwaltsgehilfen des Warschauer Bezirksgerichts, Tschechowski, dahin, „die besagte Luxemburg gegen eine Kaution von 3000 Rubel in Freiheit zu setzen".

Unter dem 15. Juni unterschreibt derselbe Suschkow eine Verfügung über Annahme der von dem in Warschau wohnhaften Kaufmann zweiter Gilde, Maximilian Luxemburg, gestellten Kaution von 3000 Rubel und über Befreiung Rosas aus der Haft unter der Bedingung, daß die Angeklagte in Warschau bleibe.

Inzwischen gelang es der Warschauer Gendarmerie dank den Hinweisen der „Post", die Persönlichkeiten Engelmanns festzustellen.

Am 15. Juni schreibt der Chef der Warschauer Gendarmerieverwaltung dem Chef der Wilnaer Verwaltung wie folgt: „Aus den hier beigefügten Photographien Engelmanns und des im Zirkular des Polizeidepartements vom 16. April 1891 erwähnten Kleinbürgers der Stadt Wilna, Leo Jogiches, geht hervor, daß Jogiches und Engelmann ein und dieselbe Person sein können. Ich ersuche Sie daher, durch ein in § 1035 der Vollstreckungsgesetze vorgesehenes Verhör der in Wilna lebenden Anverwandten des besagten Jogiches unter Vorweis der Photographie Engelmanns festzustellen, ob diese Photographie Leo Jogiches darstellt und im Bejahungsfalle ausfindig zu machen, wann letzterer aus Wilna in das Ausland reiste, wo er lebte und womit er sich beschäftigte".

Der am 2. Juli von der Gendarmerieverwaltung verhörte Wilnaer Kleinbürger Paul Jogiches erklärte, die ihm vorgewiesene Photographie stelle nicht seinen Bruder Leo dar. „Von unserer Familie sind jetzt nur noch ich und mein Bruder Leo am Leben, letzterer lebt im Ausland, da er krank ist. Alle anderen Mitglieder unserer Familie, meine Mutter Sophie, meine Schwester Emilie und mein Bruder Ossip sind tot".

Gestützt auf ein Zeugnis Dr. Sommers, des Oberarztes am Warschauer städtischen Sankt-Stanislaus-Krankenhause, daß sie einer Karlsbader Kur bedürfte, suchte Rosa Luxemburg um Erlaubnis nach, zur Kur in das Ausland zu fahren. Sie verpflichtete sich dabei, nach Warschau zurückzukehren, sobald die Gendarmerie- und Gerichtsbehörden es verlangen würden. Suschkow erklärte, die Untersuchungsbehörden hätten gegen die Ausreise der Luxemburg nichts einzuwenden.

Am 15. Juli aber unterschrieb Suschkow die nachstehende Verfügung: „Auf Grund der vorgenommenen Durchsicht der Untersuchungsakten und angesichts des Umstandes, daß erstens, wie aus Punkt 33 des Haussuchungsprotokolls hervorgeht, bei Rosa Luxemburg unter anderen verbrecherischen Druckschriften der Nummern 44 und 48 der Zeitung „Kraßnoje Snamja" vom Jahre 1906, des Organs der Sozialdemokratie Polens und Litauens aufgefunden wurden; daß zweitens diese Nummern einen von der besagten Luxemburg verfaßten Artikel unter dem Titel „Ein offenes Schreiben an Herrn Daszinski oder die Polnische Sozialistische Partei am Scheidewege" enthalten, in welchem die Verfasserin den Brief Daszinskis kritisiert und ihrerseits zum Aufruhr und zum Sturz der im Reiche bestehenden Gesellschaftsordnung aufstachelt, und endlich, daß diese Nummern der „Krasnoje Snamja" schon Verbreitung gefunden haben, ist Rosalie Luxemburg unter § 129 des Strafgesetzbuches unter Verhör zu nehmen, unabhängig von der laut § 102 und 132 desselben Gesetzbuches gegen sie erhobenen Anklage".

Am 18. Juli wurde Rosa Luxemburg, die noch nicht die Möglichkeit ge-

funden hatte abzureisen, noch einmal verhört. Sie erklärte: „In bezug auf die Anklagen, die auf Grund des § 129 gegen mich erhoben werden, wünsche ich keinerlei Aussagen zu machen und lehne es ab zu antworten, ob ich mich für schuldig halte oder nicht".

Vom 27. Juli datiert ein durchaus bemerkenswertes Gesuch des Bruders Tyszkos Paul an den Chef der Warschauer Gendarmerieverwaltung. Das Gesuch lautet: „Auf Euer Hochwohlgeboren Zuschrift an mich durch die Wilnaer Gendarmerieverwaltung, derzufolge ich am 31. Juli nach Warschau zu kommen habe als Zeuge in Sachen einer mir völlig unbekannten Person, in einer Angelegenheit, in der ich bereits von der Wilnaer Gendarmerieverwaltung verhört wurde, habe ich die Ehre, folgendes zu erklären: 1. die besagte Zuschrift Euer Hochwohlgeboren wurde mir erst am 29. Juli zur Kenntnis gebracht; mir blieb somit zur Reise nach Warschau ein eintägiger Termin, der bei meiner Kränklichkeit und meinen Geschäften, die verschiedene Anordnungen erfordern, überaus kurz war; 2. ich halte es für meine Pflicht zu erklären, daß der jetzige Aufenthaltsort meines im Auslande weilenden Bruders Leo mir bekannt ist; ich stehe in unmittelbarem Briefverkehr mit ihm und lasse ihm die einlaufenden Zinsen für sein Vermögen zugehen; dieses tat ich noch im vorigen Juni, als ich ihm 167 Rubel Zinsen überwies. Bin ich denn aber wirklich verpflichtet, seinen Aufenthaltsort der Gendarmerieverwaltung mitzuteilen und dadurch eine gesetzliche Verfolgung wegen einstiger Entziehung von der Wehrpflicht auf ihn heraufzubeschwören, einzig und allein um besagte Verwaltung zu überzeugen, daß die Person, die sich für meinen Bruder ausgibt oder für ihn gehalten wird, nicht mein Bruder ist? Ich glaube, daß kein einziges Gesetz mich dazu verpflichtet. Zudem bin ich laut Gesetz berechtigt, der Aufforderung des Gerichts nicht Folge zu leisten, wenn der Ort, an den ich hinzitiert werde, mehr als 20 Werst von dem Kreis entfernt ist, in dem ich lebe. Überdies wären meine Reise, die Auszahlung von Reisespesen usw. an mich angesichts des von mir erwähnten Umstandes, der für sich selbst spricht, jetzt schon nutzlos. 3. In meiner Aussage vor dem Rittmeister der Wilnaer Gendarmerieverwaltung verneinte ich die Identität meines Bruders mit der mir vorgelegten Photographie; ich erwähnte dabei, daß es mir wünschenswert wäre, dem Orginal persönlich gegenübergestellt zu werden, um die Person, die sich für meinen Bruder ausgibt, bloßzustellen oder um die Gendarmerieverwaltung zu überzeugen, daß er es nicht ist, und dadurch die Vermögensrechte meines wahren Bruders zu schützen. Jetzt aber halte ich angesichts dieser meiner Erklärung an Euer Hochwohlgeboren ein persönliches Gegenüberstellen mit der mir unbekannten Person für überflüssig. 4. Sollte die besagte, mir unbekannte Person trotz dieser meiner Erklärung auf ihrer Aussage beharren oder auch noch weiter von den Behörden für meinen Bruder gehalten werden, so könnte dieser Umstand dazu führen, daß einer fremden Person ein Anrecht auf unser

Vermögen zugesprochen wird; dieses auf dem Zivilwege rückgängig zu machen, würde aber schwer, wenn nicht gar unmöglich sein. Ich würde in diesem Falle zur Bloßstellung der Person um einen einmonatlichen Termin nachsuchen, damit ich zwecks persönlicher Gegenüberstellung nach Warschau kommen könnte. Widrigenfalls, d. h. wenn diese Person nicht fortfahren sollte, sich für meinen Bruder auszugeben, habe ich die Ehre, Euer Hochwohlgeboren untertänigst zu bitten, mich von der Reise und der persönlichen Gegenüberstellung mit der mir unbekannten Person zu befreien, da es dann schon ganz überflüssig wäre".

Aus diesem Gesuch erhellt, daß der Bruder des Gen. Tyszko auf jede erdenkliche Art bestrebt war, einer Zusammenkunft mit Engelmann auszuweichen. Vermutlich sah er voraus, daß er seinen Bruder wiedererkennen würde.

Am 12. August benachrichtigte der Untersuchungsrichter den Rittmeister Suschkow, daß Engelmann eingestanden habe, sein wahrer Name sei Leo Jogiches. Seine Erklärung wurde durch die Zeugenaussagen seines Bruders Paul Jogiches und Maximilian Luxemburgs bestätigt. Beide erkannten in dem ihnen gegenübergestellten Mann, der sich anfangs Engelmann genannt hatte, Leo Jogiches wieder.

Am 16. August nochmals von Suschkow verhört, sagte Jogiches aus: „Ich heiße Leo Jogiches und nicht Otto Engelmann, wie ich in meinen ersten Aussagen nannte. Meine Eltern sind tot. Ich habe nur einen leiblichen Bruder, Paul Jogiches, der 47 Jahre alt ist und in Wilna lebt. Ich wollte meinen wahren Vor- und Familiennamen anfangs nicht angeben, da in Rußland eine Untersuchung gegen mich eingeleitet war und ich mich der über meine Person verhängten polizeilichen Aufsicht entzogen hatte. Über die mir vorgelegten Briefe, die bei der Haussuchung gefunden wurden, wünsche ich keine Erklärung zu geben".

Am 17. August unterzeichnete Suschkow die Verfügung über Befreiung Jogiches unter Kaution von 2500 Rubel; am 22. August gab er den Befehl, Jogiches aus der Haft zu entlassen, da Maximilian Luxemburg die Kaution gestellt hatte.

Mit der Befreiung Jogiches führten die Behörden jedoch eine Komödie auf. Er wurde nicht freigelassen. Unter dem 2. September schreibt Maximilian Luxemburg an Suschkow: „Da der eines Staatsverbrechens angeklagte Leo Jogiches trotz der von mir gestellten Kaution sich noch immer in Haft befindet, habe ich die Ehre, Euer Wohlgeboren zu bitten, mir die erwähnte Kautionssumme zu retournieren und Jogiches wiederum, wie vor Niederlegung der Kaution, dem X. Pavillon der Warschauer Festung zuzuschreiben". Am selben Tage verfügte Suschkow „angesichts dessen, daß Luxemburg somit den von ihm als Kautionssteller übernommenen Pflichten Jogiches gegenüber entsage", die Kaution zurückzugeben und

Jogiches im X. Pavillon der Warschauer Festung in Haft zu setzen (tatsächlich war er gar nicht entlassen worden).

Zu gleicher Zeit machte die Frage der Untertanschaft Rosa Luxemburgs den Behörden viel Kopfzerbrechen.

Unter dem 8. Juni schreibt der russische Generalkonsul in Berlin an den Chef der Warschauer Gouvernementsverwaltung wie folgt: „Da die Ehe, auf die Rosa Luxemburg sich bezieht, vor dem örtlichen Beamten des Standesamtes vollzogen wurde, so müßte sie ihr tatsächlich das Recht der deutschen Staatsangehörigkeit verleihen. Nach russischem Gesetz aber würde sie noch nicht den Verlust der russischen Untertanschaft zur Folge haben, da hierfür eine Trauung nach religiösem Ritus erforderlich ist. Wie ich annehme, kann die Feststellung der Tatsache, daß die besagte Person in Deutschland standesamtlich getraut wurde, daher noch nicht die entstandene Frage lösen. Ich erlaube mir deshalb die Meinung auszudrücken, daß man von Rosa Luxemburg fordern müsse, sie solle einen Beweis vorlegen, daß sie nach jüdischem Ritus getraut worden sei; zum mindesten aber sie solle angeben, welcher Rabbiner die Trauung vollzogen habe, damit man einen Trauschein von ihm erlange. Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß ich nicht Gelegenheit hatte, in deutschen Zeitungen zu lesen, Rosa Luxemburg habe sich hier nur standesamtlich trauen lassen, um die Möglichkeit des Aufenthaltes in Deutschland zu gewinnen und habe nie mit ihrem Manne gelebt".

In Beantwortung einer Anfrage des Chefs der Warschauer Gouvernementsgendarmerieverwaltung teilt der Vizedirektor des Departements für allgemeine Angelegenheiten am 2. September diesem mit, die Eingehung einer Ehe mit einem Ausländer verleihe einer russischen Untertanin wohl die auswärtige Untertanschaft, jedoch sei unter der Ehe eine nach religiösem Ritus vollzogene Ehe zu verstehen. „Falls Rosalie Luxemburg somit der Ehezeremonie, die das Gesetz von russischen Untertanen fordert, sich nicht unterzogen hat, so können weder die von ihr in Basel eingegangene Zivilehe, noch die später erfolgte Lösung derselben im Bereich Rußlands irgendwelche juridische Kraft haben, weshalb die Luxemburg denn auch als russische Untertanin zu betrachten ist".

Am 11. September richtete Jogiches folgendes Gesuch an den Chef des Wilnaer Militärbezirks: „Ich befinde mich im politischen Gefängnis und bin in einer politischen Sache zur Verantwortung gezogen worden, die in kurzem vor dem Warschauer Militärbezirksgericht verhandelt werden soll. Da unabhängig hiervon die Anklage gegen mich erhoben wird, daß ich mich durch Flucht vom Wilnaer Konzentrationspunkt im Juni 1890 (ich habe vergessen, an welchem Tage) der Wehrpflicht entzogen habe, so bitte ich Sie, die Untersuchungsakten über diese Flucht baldmöglichst dem Gendarmerierittmeister Suschkow (an die Adresse der Warschauer Gouvernementsgendarmerieverwaltung) zuzustellen, der die Untersuchung

meiner politischen Sache führt, damit die beiden Anklagen, wie das Gesetz es fordert, vom Gericht zusammen behandelt werden können".

Am 19. September sagte Jogiches aus: „Ich wurde 1867 in Wilna geboren. 1890, ich weiß nicht mehr, in welchem Monat, wurde ich von den Wilnaer Militärbehörden zur Wehrpflicht einberufen. Im Juni desselben Jahres stellte ich mich, verließ aber am selben Tage eigenmächtig den Konzentrationspunkt. Ich lebte in verschiedenen Städten Rußlands und danach einige Jahre im Ausland. Welcher Militärabteilung ich zugezählt werden sollte, wurde mir nicht gesagt. Ich leistete keinen Eid. Am 19. Februar d. J. wurde ich als eines politischen Verbrechens angeklagt verhaftet und im X. Pavillon der Warschauer Festung untergebracht".

Unter den Akten finden wir ein Duplikat eines von Leo Jogiches ausgestellten Formulars der Wilnaer Wehrpflichtsbehörde. Aus dem Formular geht hervor, daß Jogiches am 17. Juni 1867 geboren wurde, 2 Arschin $5^2/_8$ Werrschok von Wuchs war und eine Brustbreite von $18^3/_8$ Werschok besaß. Er war für den aktiven Dienst tauglich befunden; „eine bestimmte Beschäftigung besaß er nicht".

Am 13. September teilt die Gendarmerie Maximilian Luxemburg durch den Pristaw (Polizeibeamten) mit, daß seine Schwester Rosa, für die er hafte, nicht später als am 23. September in der Kanzlei der Gouvernementsgendarmerieverwaltung zum Verhör sich einzufinden habe.

Am 4. Oktober n. St. richtet Rosa Luxemburg von Berlin aus folgendes Schreiben an die Warschauer Gendarmerieverwaltung: „Durch meinen Bruder Maximilian erhielt ich Ihre Aufforderung, zum 6. d. M. zum Verhör zu erscheinen. Angesichts meines Gesundheitszustandes, über den ich ein ärztliches Zeugnis beifüge, kann ich nicht zum Verhör nach Warschau kommen. Zudem wäre es schon deshalb überflüssig, daß ich ausschließlich zum Zweck des Verhörs die Reise unternehme, weil ich, wie ich im voraus erklärte, keinerlei Aussagen zu geben wünsche oder geben werde. Überdies kann, insofern es nötig ist, jemand aus der russischen Botschaft oder dem Konsulat mich hier verhören. Meine Adresse kann jederzeit bei meinem Bruder erfahren werden".

Rittmeister Suschkow erkannte am 26. September das ärztliche Zeugnis, das Rosa ihrem Schreiben beigelegt hatte, nicht für gültig an, da es nicht von der zuständigen Behörde beglaubigt war. Er teilt daher dem Kautionssteller Maximilian Luxemburg mit, daß das Zeugnis durch ein vom Konsulat beglaubigtes ersetzt werden müsse.

Als man Jogiches beim Verhör am 3. Oktober eine Reihe von Manuskripten vorlegte, die man ihm bei der Haussuchung abgenommen hatte, erklärte er: „Die laut Angabe des Verhörenden bei mir aufgefundenen Manuskripte in polnischer Sprache unter den Titeln „Das Volk gegen die Priester" und „Unsere Sache" gehören nicht mir und sind auch nicht von mir geschrieben. Ich erhielt sie von einem Herrn in Warschau, dessen

Namen ich nicht nennen kann. Ich hatte noch keine Zeit gefunden, mich mit dem Inhalt der Manuskripte bekannt zu machen.' Die Aufschriften auf den gedruckten Blättern „Vom heutigen Tage an. Was weiter, Nr. 3" sind nicht von mir geschrieben; wer sie geschrieben hat, weiß ich nicht. Am 4. Oktober fügte Jogiches hinzu, die gedruckten Blätter seien nicht bei ihm aufgefunden worden; die Übersetzung der ihm vorgelegten Briefe der Nummern 93, 99—108 entspräche an vielen Stellen nicht dem polnischen Original.

Der frühere Pristawgehilfe Kowalski, der die Haussuchung bei Jogiches vorgenommen hatte, erklärte, er hätte die bei Engelmann und bei der Matschke aufgefundenen Sachen in zwei besondere Pakete eingewickelt; er erinnere sich nicht, wem die Korrekturabzüge, die im Haussuchungsprotokoll nicht einzeln erwähnt waren, gehörten; dem Äußern nach glaube er jedoch, sie bei einer der Haussuchungen in den möblierten Zimmern der Walewska gefunden zu haben.

Am 9. Oktober schreibt Jogiches an Suschkow: „Während des Verhörs am 4. d. M. erklärten Sie, die mir abgenommenen Photographien würden mir am selben Tage zurückerstattet werden, ich habe sie aber bis jetzt nicht erhalten. Bitte mir die beiden Photographien, die ich bei dem letzten Verhör zu Gesicht bekam, sowie die dritte Photographie, die mir bei der Haussuchung abgenommen wurde und auf der zwei Damen abgebildet sind, so bald wie möglich wieder einzuhändigen. Ich halte es ferner für notwendig, folgende Tatsache festzustellen: bei dem letzten Verhör erklärte ich Ihnen mündlich, vergaß aber später, es im Protokoll zu vermerken, daß bei der Haussuchung keine einzige Druckschrift in mehr als einem Exemplar vorgefunden wurde und daß die Behauptung, eine der Nummern des „Czervony Sztandart" sei in zwei Exemplaren aufgefunden worden, folglich falsch ist. Ferner sind im Protokoll des letzten Verhörs die Worte „von einem Herrn" (Worte, die ich unter Ihrem Diktat mechanisch hinschrieb) durch die Worte: „von einer Person" usw. zu ersetzen. Ich bitte diese Erklärung, die ich für wichtig halte, den Akten beizufügen".

Suschkow war jedoch der Ansicht, daß „die in diesem Brief enthaltene Erklärung von keiner wesentlichen Bedeutung für die Angelegenheit sei" und beschloß, keine weiteren Untersuchungen vorzunehmen.

Die Voruntersuchung wurde somit abgeschlossen; die Akten wurden am 12. Oktober dem Chef der Warschauer Gendarmerieverwaltung unterbreitet. Die Gendarmeriebehörden übergaben die Sache dem Militärbezirksgericht.

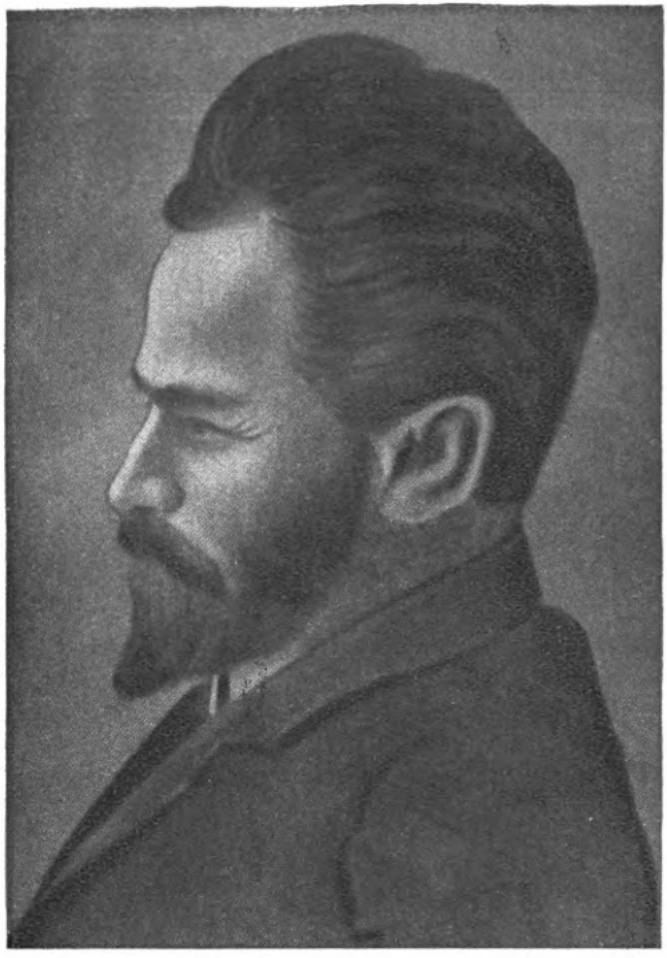
Am 1. November 1906 wird im höchsteigenen Namen des Truppenkommandierenden des Warschauer Militärbezirks — des berühmten Generaladjutanten Skalon — folgendes Dokument an den Militärstaatsanwalt des Warschauer Militärbezirks gesandt:

„Laut der von der Gendarmerie vorgenommenen Untersuchung ist



Leo Jogiches (Tyschko)

Die Aufnahme wurde im Archiv der Schutzpolizei-abteilung Kalisch (aus dem Jahre 1907) gefunden



Leo Jogiches (Tyschko)

Die Aufnahme wurde im Archiv der Schutzpolizei-abteilung Kalisch (aus dem Jahre 1907) gefunden

gegen den Kleinbürger Leo Jogiches (alias Otto Engelmann) und die Kaufmannstochter Rosalie Luxemburg (alias Anna Matschke) die Anklage zu erheben, daß sie im Jahre 1906 der Kampforganisation der sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauen beitraten, welche Organisation sich das Ziel stellt, die durch die Grundgesetze in Rußland festgelegte monarchistische Regierungsform durch bewaffneten Aufstand zu stürzen und auf diese Weise die Autonomie Polens zu erzielen — ein Verbrechen, das in § 102 des Strafgesetzbuches vorgesehen ist. Für besagte verbrecherische Handlung werden der Kleinbürger Leo Jogiches (alias Otto Engelmann) und die Kaufmannstochter Rosalie Luxemburg (alias Anna Matschke) laut Gutachten der ihnen untersteliten Staatsanwaltschaft und auf Grund von Punkt 1, § 17 der Bestimmungen hinsichtlich der Gegenden, über die der Kriegszustand verhängt ist und der §§ 260 und 262, Buch XXIV der Militärgesetze vom Jahre 1869, Ausgabe 3, von mir dem Warschauer Militärbezirksgericht überantwortet."

Am 4. November wurde die „Anklageakte in Sachen der deutschen Staatsangehörigen Rosa Luxemburg und Leo Jogiches" abgefaßt und von dem Staatsanwaltsgehilfen des Warschauer Militärbezirksgerichts, Oberstleutnant Sabelin, unterschrieben. Wir führen hier nur einige besonders bemerkenswerte Stellen an:

„Während der Voruntersuchung wurden den Gendarmeriebehörden Übersetzungen von Artikeln aus der deutschen Zeitung „Die Post" zur Verfügung gestellt; aus diesen Artikeln geht hervor, daß Rosa Luxemburg sich nach Rußland begab, um die revolutionäre Bewegung im Lande zu unterstützen und daß sie schon drei Monate lang eine revolutionäre Propaganda führt. Die Zeitung bezeichnet die Angeklagte als blutdürstige Heldin und gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, daß Deutschland die Rosa Luxemburg losgeworden ist. Ferner ist in den Artikeln gesagt, daß Rosa Luxemburg nach Rußland kam, um den Sturz der bestehenden Regierungsordnung und die Revolution zu fördern."

„Die den Akten beigefügten Auszüge aus derselben Zeitung, „Die Post" zeigen, daß ein gewisser Jogiches zusammen mit Rosa Luxemburg nach Rußland abreiste; beide reisten mit falschen Pässen. Jogiches verfolgte mit seiner Reise dasselbe Ziel wie die Luxemburg."

„Den Angeklagten wurde eine Korrespondenz abgenommen, deren Inhalt bezeugt, daß sie zur Sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens gehören und zu Agitationszwecken im Interesse dieser Partei nach Rußland kamen. Nach vorgenommenem Vergleich der Handschriften in vielen dieser Briefe, Aufzeichnungen und Manuskripte wurde von Sachkundigen festgestellt, daß viele dieser Schriftstücke von den Angeklagten Rosa Luxemburg und Jogiches geschrieben sind. Von den Zeugen in dieser Sache sagten die in Warschau lebenden Bauern Januschko Schimanski und Naumjuk aus, sie hätten bei der Haussuchung in den möblierten Zimmern

der Walewska gesehen, daß bei den Angeklagten ein Paket Zeitungen und verschiedene Blättchen gefunden wurden. Diese Aussage bestätigten auch die Polizeiaufseher der Stadt Warschau, Martschenko und Kulitzki. Ersterer fügte hinzu, Jogiches (Engelmann) habe dem Pristaw, der die Haussuchung leitete, bei der Verhaftung 75 Rubel für seine Befreiung und die Vernichtung des bei ihm aufgefundenen Materials angeboten; ihm selbst habe Jogiches 50 Rubel angeboten. Die Haussuchung leitete der Pristawsgehilfe Kowalski."

Am 9. November wendet sich Jogiches an das Warschauer Militärbezirksgericht mit der Bitte, „zur Gerichtsverhandlung in meiner Angelegenheit zu berufen: 1. einen Sachkundigen nach Gutdünken des Gerichts, der feststellen wird, daß die mir zur Last gelegten Aufzeichnungen nicht von meiner, sondern von der Hand meiner Mitangeklagten geschrieben sind, deren Handschrift der meinigen sehr ähnlich ist; 2) einen Uebersetzer, der die russische und polnische literarische Sprache vollkommen beherrscht und die Fehler, die in die Uebersetzung einiger Dokumente sich eingeschlichen haben, verbessern könnte."

Das Gericht beschloß am 11. November, „die Bitte des Angeklagten Jogiches über Berufung eines Sachkundigen abzulehnen, da eine Expertise der Handschriften von keinerlei Bedeutung für das Wesen der Anklage ist, in bezug auf den Uebersetzer aber dem Angeklagten mitzuteilen, daß ein solcher am Gericht vorhanden sei".

Unter dem 13. November ordnet der Militärrichter Koselkin an, man solle Maximilian Luxemburg mitteilen, daß seine Schwester Rosa im Lauf von zehn Tagen zur Entgegennahme der Abschrift der Anklageakte vor Gericht zu erscheinen habe, widrigenfalls man annehmen werde, daß sie sich dem Gericht entziehe.

Von dem 1. (14.) Dezember datiert folgende Eingabe Rosa Luxemburgs an das Militärbezirksgericht: „Ich habe die Ehre, ein ärztliches Zeugnis über meine Krankheit vorzulegen und füge hinzu, daß ich das Sanatorium am 12. Dezember neuen Stils verlassen kann, danach aber, laut ärztlicher Vorschrift, etwa sieben Tage lang voller Ruhe bedarf, so daß ich nicht früher als zum 26. Dezember in Warschau werde eintreffen können. Ich bitte das Militärbezirksgericht daher, die Einhändigung der Abschrift der Anklageakte bis zum genannten Tage aufzuschieben."

Unter den Akten finden wir noch ein interessantes Dokument, in dem Generalmajor Koselkin dem Staatsanwalt der Gerichtskammer mitteilt, daß dem Abschluß eines gesetzlichen Geschäfts mit dem Eigentum des Angeklagten Leo Jogiches durch den letzteren von seiten des Gerichts keine Hindernisse im Wege stehen, es sei denn, daß solche Hindernisse von seiten der Behörden, deren Machtbefugnis Jogiches unterstellt ist, bestehen.

Die Anklageakte in Sachen der Flucht Jogiches vom Militärdienst da-

tiert vom 15. Dezember; Jogiches wird für dieses Verbrechen dem Militärbezirksgericht überliefert.

Das Militärbezirksgericht prüfte die oben erwähnte Eingabe Rosa Luxemburgs und beschloß am 18. Dezember wie folgt: da die Angeklagte Luxemburg sich dem Erscheinen vor Gericht entzieht, „ist ihre Angelegenheit auszuschließen und eine Anzeige über Nachforschung nach ihr zu veröffentlichen. Die Kaution, die zur Sicherung des Erscheinens Rosalie Luxemburgs vor Gericht gestellt wurde, ist zu beschlagnahmen und dem Kapital des Alexanderkomitees für Verwundete zuzuwenden, wovon der Kautionssteller Maximilian Luxemburg in Kenntnis zu setzen ist."

Die Gerichtsverhandlung in Sachen des Gen. Jogiches.

Am 28. Dezember fand endlich unter Vorsitz des Militärrichters, Generalmajor Koselkin, der temporären Gerichtsmitglieder, des Obersten des Kexholmer Leibgarderegiments Goldobin und des Oberstleutnants des 6. Pontonbataillons Jerofejew die Gerichtsverhandlung in Sachen Leo Jogiches statt. Die Obliegenheiten des Anklägers erfüllte der Staatsanwaltsgehilfe Oberst Sabello, die Verteidigung des Angeklagten führten die vereidigten Rechtsanwälte Sokolow und Popesko.

Der Angeklagte verweigerte die Beantwortung der ihm gestellten Fragen, da der Vorsitzende ihn mit „du" anredete. Die Zivilverteidiger ersuchten, daß der Angeklagte Jogiches, der in der einen Anklageakte als deutscher Staatsangehöriger, in der anderen als Kleinbürger bezeichnet war, mit „Sie" angeredet werde. Das Gericht beschloß darauf, „angesichts dessen, daß es in den Akten heißt, der Angeklagte sei vor 15 Jahren als Einberufener vom Wilnaer Konzentrationspunkt geflüchtet, was auch von dem Angeklagten selbst zugegeben werde, daß er in den Akten als russischer Untertan bezeichnet werde und daß keine Angaben vorlägen, auf Grund deren er als deutscher Reichsangehöriger zu betrachten wäre, das Gesuch der Verteidiger abschlägig zu bescheiden und die Zivilverteidiger zu warnen, daß man ihnen das Recht der Verteidigung entziehen werde, falls sie wie in diesem Falle Fragen der Disziplin aufwürfen."

Die Verteidiger suchten nach, daß zu Protokoll genommen werde, der Vorsitzende habe den Angeklagten die ihm gestattete Erklärung nicht beendigen lassen. Das Gericht beschloß: „zu Protokoll zu nehmen, daß Angeklagter laut seiner Erklärung außerstande sei, zu antworten oder irgendwelche Erklärungen zu machen, weil der Vorsitzende ihn mit „du" anrede und daß der Vorsitzende angesichts dessen die Debatten über diese Frage schließe, dem Angeklagten jedoch nicht verboten habe, sonstige Erklärungen und Eingaben zu machen".

Nach kurzer Darlegung der Anklage fragte der Vorsitzende den Angeklagten, ob er sich schuldig bekenne. Der Angeklagte ließ die Frage unbeantwortet.

Nach der Anklagerede des Staatsanwaltsgehilfen sprachen die Verteidiger. Dem Angeklagten wurde das letzte Wort gewährt, aber er schwieg. Die Diskussion wurde für beendigt erklärt, und die Türen des Gerichtssaals wurden geöffnet.

Die Verkündung des Urteils in seiner endgültigen Form wurde auf den 30. Dezember um 10 Uhr morgens festgesetzt. Der Angeklagte bevollmächtigte die vereidigten Rechtsanwälte Popesko und Sokolow, die Kassationsklage in beiden Angelegenheiten einzureichen.

Der endgültige Urteilsspruch, der am 1. Januar 1907 um 9 Uhr abends in Kraft trat, lautete wie folgt:

„1) Für seine erste Flucht vom Militärdienst, die über 15 Jahre dauerte und von einem Überschreiten der Grenze begleitet war und für die Beteiligung an einer Gemeinschaft, die das Ziel verfolgte, die durch die russischen Grundgesetze festgesetzte Regierungsform abzuändern und einen Teil des russischen Gebiets von Rußland abzutrennen — Verbrechen, die in den §§ 128, Teil I, 131 und 133, Kapitel XXII der Militärgesetze vom Jahre 1869, Ausgabe 3 und in § 102, Teil I, des Strafgesetzbuches vom Jahre 1903 vorgesehen sind, ist der Angeklagte, Leo Jogiches, aus dem Militärdienst und dem Militärstande auszuschließen, der Standesrechte zu entheben und auf acht Jahre Zwangsarbeit zu verschicken mit den in §§ 25, 28, 29, 30, 31, 34 und 35 des Strafgesetzbuches vom Jahre 1903 vorgesehenen Folgen; 2) sämtliche Sachbeweise in dieser Angelegenheit sind in den Akten zu belassen, da sie im Falle der Ermittlung der in derselben Angelegenheit angeklagten Rosa Luxemburg nötig sein könnten. Vorsitzender Militärrichter Generalmajor Koselkin". Das Urteil wurde am 2. Januar 1907 vom Generaladjutanten Skalon bestätigt.

Am 1. Januar reichte Rechtsanwalt Sokolow dem Obermilitärgericht eine Kassationsklage gegen das Urteil des Warschauer Militärbezirksgerichts ein.

Die Kassationsklage gelangte aber nicht an die Adresse. Das Dokument trägt die bedeutungsvolle Aufschrift: „Auf Grund des § 1401, Buch XXIV der Militärgesetze vom Jahre 1869, Ausgabe 3, halte ich es nicht für nötig, die Angelegenheit der Kassationsinstanz zu überantworten. 2. Januar 1907. Generaladjutant Skalon".

Nach dem Urteilsspruch.

Nachdem die Diener des Zaren den Genossen Tyszko erledigt hatten, machten sie sich auf die Suche nach Rosa Luxemburg.

Am 23. Januar 1907 teilt der Warschauer Oberpolizeimeister dem

Militärbezirksgericht mit, ihre äußeren Kennzeichen seien laut Angaben vom Juli 1906 folgende: Wuchs — mittelgroß, Haarfarbe — schwarz, Augen — grüngrau, Nase und Mund — gewöhnlich, Gesichtsform — länglich, auf der rechten Wange am Munde ein Muttermal. In einer zweiten Zuschrift an den Militäranwalt des Warschauer Militärbezirksgerichts fügt der Oberpolizeimeister als weitere Kennzeichen hinzu: klein von Wuchs, Brünette, 30 Jahre alt, mittelmäßig stark, sehr langsamer Gang.

Am 23. März 1907 benachrichtigte der Gerichtsanwalt den Staatsanwalt, daß der zu 8jähriger Zwangsarbeit verurteilte Leo Jogiches aus der Warschauer Korrektionshaftabteilung geflüchtet sei. Am 12. Mai übermittelt der Oberpolizeimeister dem Gericht Angaben über seine äußeren Kennzeichen, datierend vom Jahre 1899: Wuchs — 2 Arschin 5¼ Werschok, Brustmaß — 18¼ Werschok, Fußsohlenlänge — 17¼ Werschok, Kopfhaar — rötlich, gelockt, ein dünnes rötliches Bärtchen, Gesicht — länglich, mager, bleich, Augen — grau, macht einen ziemlich kränklichen Eindruck.

Das Warschauer Militärbezirksgericht ergriff darauf Maßnahmen zur Ermittlung des Eigentums der geflüchteten Luxemburg und Jogiches.

Rosa wurde einzig und allein dank ihrer Freilassung gegen Kaution wegen Krankheit vor dem drakonischen Urteil des Zarengerichts gerettet. Kein Zweifel, auch sie wäre dem Schicksal des Gen. Tyszko nicht entgangen und zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden.

Tyszko rettete sich durch glückliche Flucht aus den zaristischen Gefängnismauern. Aber die Vorkämpfer des Kommunismus, die in den Revolutionsjahren 1905—1906 den Henkern im Solde der zaristischen Regierung lebendig entkamen, fielen durch die Hand der Agenten der weißen deutschen Sozialdemokraten während der proletarischen Erhebung, die sich gegen die Festen des Kapitalismus in Deutschland richtete.

Die Zarendiener saßen über ihre Häftlinge zu Gericht, sie schafften sie nicht durch Lynchjustiz beiseite, sie beobachteten ihnen gegenüber die Gebote einer wenn auch ungerechten Justiz.

Die Ritter der Demokratie, die Helden der II. Internationale, hielten es für überflüssig, selbst die heuchlerischen Gebote der bürgerlichen Gesetzlichkeit zu beobachten, als die Führer des deutschen Kommunismus ihnen in die Hände fielen. Durch Schüsse in den Rücken machten die im Solde Scheidemanns und Noskes stehenden Offiziere dem Leben der Führer des deutschen Proletariats, der Vorkämpfer des internationalen Kommunismus, ein Ende.

Den Kampfgenossen aus der russischen Revolution der Jahre 1905 und 1906 war es beschieden, in der proletarischen Weltrevolution, die 1917 einsetzte, den Tod zu finden. Ihr Andenken wird den kommenden Generationen der befreiten Menschheit heilig sein.

W. Bystrjanski.

Die russische Botschaft in London*).

Das Schreiben wurde der Beratung bei dem Oberregierenden am 21. Mai unterbreitet.

Eine Abschrift ist auf dem Geheimwege dem temporären Leiter des Ministeriums des Äußeren zu senden; in meinem Namen ist die Aufforderung an ihn zu richten, dem Botschafter Nabokow den Empfang des Briefes mitzuteilen und ihm meinen Dank auszudrücken. 22. V. 19. Wologodski.

Sehr geehrter Peter Wassiljewitsch!

Ich benutze diese „sichere Gelegenheit", um Ihnen zu schreiben, obgleich ich mir wohl bewußt bin, daß mein Brief während der Wochen, die er unterwegs sein wird, einen großen Teil seines Interesses einbüßen kann. Zudem kann eine Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage begreiflicherweise nicht erschöpfend und überzeugend sein, ohne daß man ihr eine Beschreibung der voraufgegangenen Ereignisse, die die jetzigen Verhältnisse beeinflußt haben, vorausschickt. Eine derartige „geschichtliche Darlegung", wenn auch nur der letzten 18 Monate, ist jedoch eine so schwierige Aufgabe, daß sie nur in einem „dicken" Bande, nicht aber in einem einzigen Brief gelöst werden kann. Meine Darlegung wird daher notgedrungen schematisch sein. Vor allem muß ich erwähnen, daß ich die Botschaft in London seit Januar 1917 leite. Ich trat mein Amt somit noch unter der Zarenherrschaft an und habe beide provisorischen Regierungen (Lwows und Kerenskis) überdauert; seit dem November 1917 vertrete ich Rußland ... anfangs ohne Regierung und nun unter einer von England nicht anerkannten Regierung. Fürwahr, es ist ein Experiment, das in den Annalen der Diplomatie seinesgleichen nicht hat. Ich hoffe jedoch fest, daß ich zur Zeit, wo Sie dieses Schreiben erhalten, wiederum als „wohlakkreditiertes" Haupt einer Botschaft dastehen werde, die eine anerkannte russische Regierung vertritt. Vor einigen Tagen sandte ich Ihnen ein Telegramm, in dem ich mich bemühte, Sie in gedrängter Kürze über die Grundlage des englischen Opportunismus in bezug auf Rußland aufzuklären. Ich will nunmehr versuchen, dieses Telegramm zu ergänzen.

---

*) Wir bringen dieses Schreiben als interessantes Dokument, das die internationale Politik der Gegenrevolution beleuchtet. **Die Redaktion.**

Die erste russische Revolution fiel beinahe mit der Ernennung Lloyd Georges zum Premierminister zusammen (sie erfolgte zwei Monate später). Lloyd George begrüßte den Regimewechsel in Rußland aufrichtig und sandte — auf meinen persönlichen Rat hin und sogar unter meiner redaktionellen Mitwirkung — ein Glückwunschtelegramm an Lwow. Seine „Freude" war jedoch nicht von langer Dauer. Nach einem kurzen Zeitraum blutloser Feste und friedlicher Verwirklichung der Grundsätze der Freiheit und Gleichheit trat in Rußland die aufrührerische Zeit der Herrschaft Kerenskis ein. Inzwischen verfolgte England, das gezwungen war, immer beharrlicher und angestrengter gegen die Deutschen zu kämpfen, immer größere Opfer zu bringen, mit wachsender Unruhe den jedem Beteiligten offensichtlichen Zerfall der russischen Front, die Agitation der Bolschewiki und die geschwätzige Unfähigkeit Kerenskis. Die Stockholmer Konferenz vom August 1917, die zum Teil dank meiner gewagten Beharrlichkeit nicht zustande kam, führte zu noch größerer „Abkühlung". Nach der historischen Moskauer Beratung (vom August 1917) wurde es selbst den Blinden klar, daß die Tage der Herrschaft Kerenskis gezählt waren und daß Rußland einer Zeit des Aufruhrs, der Anarchie und ihres Mitläufers, des Terrors, nicht entgehen könne. Hier beginnt eigentlich die Periode des gegenseitigen Mißverstehens zwischen Rußland und den Verbündeten, eines Mißverstehens, das sich während der Zeit der bolschewistischen Herrschaft immer mehr vertiefte. Wir sahen deutlich, daß Rußland, das mehr als zweieinhalb Jahre unter Bedingungen gekämpft hatte, wie keine einzige andere Nation sie ertragen hätte, sich überhoben hatte, schwer krank und zu weiteren Opfern unfähig war. Aber unserem gegebenen Wort bis zu Ende treu, setzten wir den Kampf mit einer Selbstverleugnung fort, wie sie nur dem russischen Volk eigen und möglich ist, und wollten unsere physische Kraftlosigkeit nicht eingestehen. Die Verbündeten jedoch, die sich von der Größe unserer Opfer keine Rechenschaft ablegten, begannen uns wegen der neuen Bürde, die unsere Lähmung ihnen auferlegte, zu hassen. Als die bolschewistische Umwälzung erfolgte, bestand unter den Verbündeten keine Einigkeit in bezug auf Rußland; es ging ihnen das Verständnis dafür ab, daß es ebenso wichtig und unaufschiebbar sei, uns in der Bekämpfung der Anarchie und des Terrors beizustehen, wie gegen die deutsche Koalition zu kämpfen. Unter den Verbündeten machte sich völlige Unstimmigkeit geltend. Übrigens sind zum Teil wir selbst daran schuld. Verkündeten doch viele russische „Autoritäten", die Herrschaft Lenins und Trotzkis werde nicht länger als fünf Tage, zwei Wochen, einen Monat dauern. Monate vergingen, und Europa sah keine Anzeichen eines aktiven Widerstandes gegen diese Herrschaft. Die englische Regierung nahm gleich zu Anfang einen falschen Weg, fiel gleich zu Anfang auf die freche Erpressung der Bolschewiki hinein. Aus Furcht vor Gewalttätigkeiten der Bolschewiki gegen den englischen Botschafter und die Bot-

schaftsmitglieder, Gewalttätigkeiten, die zu gleicher Zeit zweifellos einen allgemeinen Haßausbruch gegen Rußland zur Folge gehabt hätten, mußte England, um den greisen Botschafter zu schützen, darauf eingehen, daß ein bolschewistischer „Botschafter" in London zugelassen werde. (Uebrigens stand dieser „Botschafter", Finkelstein-Litwinow, bereits auf der Liste der „unerwünschten" Russen, die auf Beharren der Polizei aus England ausgewiesen werden sollten.) Durch diesen Erfolg ermutigt, setzten die Bolschewiki die Erpressung fort und forderten für ihren „Botschafter" das Recht, Kuriere und chiffrierte Telegramme zu schicken, ein Recht, dessen ich zu gleicher Zeit beraubt wurde. Auf demselben Wege der Erpressung erzielten sie die Konfiszierung aller russischen Staatsfonds, darunter auch der verhältnismäßig unbedeutenden polnischen Kredite, die auf unserer laufenden Rechnung in Londoner Banken standen. Wir leiden noch jetzt schwer unter dieser „Beschlagnahme", die mit vielen erniedrigenden Unannehmlichkeiten verbunden ist. Die schwersten Tage (oder vielmehr Monate) hatten wir nach dem Frieden von Brest-Litowsk durchzumachen, als Rußlands Unfähigkeit, aktiv gegen Deutschland zu kämpfen, dem letzteren soweit freien Spielraum gab, daß Paris und damit auch ganz Frankreich unter das Damoklesschwert gerieten. Rußlands Name wurde zum Bannfluch. Man durfte nicht erwarten, daß Staatsmänner, die mit angehaltenem Atem zweimal täglich auf offizielle Berichte von der Front harrten, Aufmerksamkeit, Interesse und Sympathie zeigen sollten für den Prozeß der Wiederaufrichtung Rußlands, der schon damals einsetzte, einer Wiederaufrichtung, die mit Ihrem Namen so eng verknüpft ist. Schon seit Dezember 1917 suchte ich die hiesige Regierung beharrlich von der Notwendigkeit zu überzeugen, Rußland bewaffnete Unterstützung zukommen zu lassen. Die verwickelten Ursachen, die die langsame Durchführung und die Halbheit der Maßnahmen der Verbündeten in dieser Hinsicht hervorriefen, sind Ihnen natürlich bekannt. Die Unmöglichkeit, die westliche Front zu schwächen, die Notwendigkeit, Italien zu „retten", die Schwierigkeit, die einander diametral entgegenlaufenden Programme Japans und Amerikas in Einklang zu bringen — dies alles hatte zur Folge, daß erst im Juni unbedeutende Streitkräfte nach dem Norden und nach Wladiwostok gesandt wurden.

Ich muß Ihnen sagen, daß ich bis zum 11. November, d. h. bis zu dem Augenblick, wo die Heere der Verbündeten, darunter auch das russische Heer, das gemeinsame Ziel — der Kampf gegen Deutschland — verband, nicht aufhörte, auf der Entsendung von Truppen nach Rußland zu beharren. Von dem Augenblick an, wo dieses gemeinsame Ziel aufhörte, stellte ich mich fest und bestimmt auf den Standpunkt, daß ich nur solche Hilfe nachsuchen dürfte, die wir bezahlen könnten. Für das auf unsere Veranlassung in Rußland vergossene Blut der Soldaten der Verbündeten aber würden wir mit Jahren, mit Jahrzehnten der Erniedrigung zahlen müssen. Wir würden zu einem Persien, zu einem Mexiko werden. Ich

habe Ihnen diesen Standpunkt übrigens in meiner Depesche mit genügender Klarheit dargelegt. Ich glaube fest und unerschütterlich daran, daß die Wiedergeburt Rußlands von innen kommen muß und wird. Wir brauchen mechanische Hilfe, unsere Freiheit aber können wir uns nicht mit den Bajonetten von Ausländern zurückgewinnen.

Im November vorigen Jahres erfolgte der plötzliche dramatische Zusammenbruch Deutschlands und seiner Verbündeten, der Westeuropa völlig unerwartet kam. Es war zwar schon einige Monate lang klar gewesen, daß die wurzelfaulen Trabanten Deutschlands — Oesterreich und die Türkei — kaum noch am Leben waren und daß nur ein entscheidender Sieg ihres Satrapen sie vor dem Sturz in die Tiefe bewahren konnte. Freude, Seufzer der Erleichterung ergossen sich über ganz England. Diese Stimmung hielt aber nicht lange an.

Der Winter trat ein, und all die Opfer, die Entbehrungen und Unbequemlichkeiten im Alltagsleben, mit denen die Bevölkerung dank der gehobenen patriotischen Stimmung 4 Jahre lang sich zufrieden gegeben hatte, wurden noch empfindlicher. Es hält überaus schwer, Ihnen in diesem Schreiben ein genaues Bild der verwickelten sozialen Beziehungen zu entwerfen, in die der vierjährige Krieg grundlegende Veränderungen hineingebracht hat, und Ihnen die Schwierigkeiten aufzuzählen, die die Regierung auf dem Wege zur sogenannten Rekonstruktion wird überwinden müssen. Tatsache aber ist, daß es nur wenig Zufriedene gibt. Der friedliche Bürger fragt sich: „Was haben wir durch diesen Krieg gewonnen?" Die Antwort aber bleibt vorläufig aus. Wie schön die Beschlüsse der Pariser Konferenz über den „Völkerbund" auch sein mögen, für den Alltagsmenschen sind sie dennoch zu nebelhaft; er sieht keinen realen, unmittelbaren Vorteil in ihnen. Vielleicht stehen wir hier auch vor dem „Idol von Belvedère", die Menge aber schätzt ihn dennoch „nach dem Gewicht" ein. Dies, Peter Wassiljewitsch, ist der psychologische Zustand, kraft dessen wir keinen Aufschwung der freundschaftlichen Gefühle für Rußland und keine Bereitwilligkeit zu ferneren Opfern erwarten können. Dies sind die Beweggründe, die Lloyd George veranlaßten, gemeinsam mit Wilson die unmögliche und niederträchtige (durch ihre Abgedroschenheit zugleich beleidigende) Idee der Konferenz auf den Prinzeninseln auszuhecken. Ich muß erwähnen, daß ich genau an dem Tage zu einer Zusammenkunft mit Ssasonow in Paris eintraf, als der berüchtigte Funkspruch veröffentlicht wurde. Auf der Beratung im Hotel der Botschaft sprach ich mich scharf für die Notwendigkeit einer unverzüglichen, empörten Absage aus. In Paris bleiben wollte und konnte ich nicht. Ohne mich ist die Botschaft in London kopflos. Ich habe hier eine enge Verbindung mit den russischen Gesellschaftskreisen hergestellt (mit Ausnahme der äußersten Rechten, die kaum nennenswert ist, und der bolschewikisierenden linken Sozialrevolutionäre, sowie mit Ausnahme Kerenskis, dessen taktloses Auf-

treten ihn hier stark kompromittiert hat; übrigens ist er jetzt zur Ruhe gekommen und unschädlich geworden). Diese russische Gesellschaft ohne Direktiven, ohne Information und vorsichtige, freundschaftliche Leitung zu lassen, halte ich für unmöglich. Ich blieb im ganzen drei Tage in Paris, wobei die dort befindlichen amtlichen englischen Kreise einen starken Druck auf mich auszuüben suchten, um mich von der Annehmbarkeit dieses unwürdigen Planes — der Versöhnung mit den Bolschewiki — zu überzeugen. Ich antwortete ihnen, daß jede Ueberredung aus dem einfachen Grunde zwecklos sei, weil, sollte es ihnen auch gelingen, mich zu überreden, alles, was es in Rußland Ehrliches und Denkendes gibt, sich unverzüglich von mir lossagen würde. Ich begreife vollkommen die Verblüffung, die der Plan Wilsons und Lloyd Georges in Ihnen hervorgerufen hat. Aus allem, was ich hier gesagt habe, werden Sie verstehen, daß Lloyd George sich nicht entschließen konnte, eine ausgeprägt feindselige aktive Politik gegen die Bolschewiki zu beginnen, da er fürchtete, dabei im Schlamm stecken zu bleiben. Wilsons Beweggründe können weniger leicht entschuldigt werden. Er hat keine Ahnung von Rußland, von der russischen Geschichte und Psychologie; er glaubt gewissenhaft daran, daß die „Revolution in Rußland sich vollziehen müsse" und daß eine Unterstützung aller, die gegen die Bolschewiki kämpfen, einer Unterstützung der „Reaktion" im Sinne der Rückkehr zur alten Ordnung gleichkomme. Es ist unmöglich, ihn zu überzeugen. Es fragt sich nun aber, weshalb die europäischen Mächte sich so gehorsam Wilson unterordnen. Einfach deshalb, weil sie materiell von Amerika abhängig sind. Wilsons Stern ist übrigens schon im Untergehen begriffen. Die Regierungen, die Presse und sogar die Straße haben in ihrer Liebedienerei vor ihm „des Guten zu viel getan", und alle diese Elemente sind nun über sich selbst aufgebracht. Auch in Amerika selbst wächst die Opposition gegen Wilson und nimmt drohenden Umfang an. Für uns, die wir das Banner des Großen Rußland im Ausland aufrechthalten, besteht die Schwierigkeit der Lage darin, daß wir dieses Banner, d. h. die Würde Rußlands als Großmacht, mit unseren dringendsten Lebensbedürfnissen in Einklang bringen müssen. Da unsere früheren Verbündeten wissen, daß wir materiellen Beistand nötig haben, sind sie geneigt, unsere Würde nicht genug zu schonen. In dieser Hinsicht besteht denn auch eine gewisse Unstimmigkeit zwischen mir und der Pariser Konferenz. die auch noch jetzt in einem Maße zur Ergebung hinneigt, das ich für übertrieben halte. Es ist klar, daß ohne Rußland kein „Völkerbund" denkbar ist. Es ist nicht minder klar, daß England und insbesondere Frankreich wenn nicht im Gutem, so im Bösem versuchen werden, von uns herauszubekommen, was wir ihnen schulden. Sie können es aber nur dann bekommen, wenn eine nüchterne Staatlichkeit in Rußland behauptet. „Glaubt nicht," sagte ich jüngst einem Wilson henden: „daß Rußland erblindet und auf Krücken den Palast des

Völkerbundes betreten wird, den ihr baut. Rußland wird erst dann kommen, wenn ihr aufhören werdet, baltische Föderationen, eine unabhängige Ukraine, ein unabhängiges Georgien, Litauen und Großpolen vom Stapel zu lassen, d. h. Rußland bei lebendigem Leibe zu zerstückeln." Uns Russen ist es natürlich widerwärtig, wenn unwissende Weise aus der Zahl der Schicksalsgötter der Welt, wie Wilson und Lloyd George, jetzt altklug ein unabhängiges Estland, Kurland, Lettland voraussagen, Bessarabien großmütig Rumänien zusprechen usw. Im Grunde genommen ist aber keine Gefahr dabei. Denn diese frisch- (und halb-) gebackenen „Mächte", die sich selbständig gemacht haben, werden sich einer ganz anderen Zuhörerschaft gegenüber sehen, wenn sie um . . . das notwendigste Attribut der Staatlichkeit, das Budget, zu demselben England kommen!!! Uns können die zweihundert Milliarden falscher Kassenscheine, die die Bolschewiki gedruckt haben, doch nur gelinden Schrecken einjagen, denn zuguterletzt wird das erschöpfte Europa doch nach dem Rohstoff, ohne den es nicht leben kann, zu uns kommen. Hierin, Peter Wassiljewitsch, wird die verantwortlichste und schwierigste Aufgabe unserer Staatlichkeit bestehen: sich loszukaufen, ohne in Sklaverei zu geraten. Wie mir scheint, ist es nur dann möglich, wenn nicht nur alle politischen Parteien sich wahrhaft zusammenschließen, sondern auch die gesamte werktätige Kraft der Intellektuellen angespannt wird.

Die Aufgaben der russischen Diplomatie haben sich von Grund auf verändert. Aus einer abgeschlossenen Kaste, die Rußland oberflächlich kannte, es oberflächlich liebte, müssen wir zu wahren Beschützern nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Rußlands werden.

Wie ich vor einigen Tagen depeschierte, ist der gegenwärtige Augenblick in England uns sehr günstig. Das neue Parlament ist soeben eröffnet worden, so daß es sich noch nicht voraussagen läßt, in welche Parteien und Gruppen es zerfallen wird. Die Wahlen verliefen während des „Siegestaumels" und ergaben eine riesige Mehrheit für Lloyd George als den „Sieger im Kriege". Um sich diese Mehrheit zu bewahren, wird er jedoch „seine Versprechungen erfüllen müssen". Hierhin gehören die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitermassen und die Eintreibung der „vollen Zahlung" von Deutschland. Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Zerrüttung hatte die bolschewistische Propaganda hier einen gewissen Erfolg; die Regierung verhielt sich ihr gegenüber nicht nur nachsichtig, sondern förderte sie eigentlich selbst durch ihr Liebäugeln mit den russischen Bolschewiki. Nach einer Reihe unerwarteter, rein anarchistischer Streiks ist die Regierung jetzt zur Besinnung gekommen; sie hat die Gefahr eingesehen und eine verschärfte Agitation und Propaganda gegen den Bolschewismus eingeleitet. Im Falle eines auch nur teilweisen Erfolges des Bolschewismus, selbst ohne die bei uns stattfindenden Ausfälle

von Grausamkeit und Roheit, würde England sich ja in der Tat der Gefahr aussetzen, unterzugehen: denn es hätte tatsächlich nichts, womit es sich ernähren könnte. In dem neuen Parlament gibt es fast gar keine Anhänger des russischen Bolschewismus; dagegen finden wir eine recht bedeutende Anzahl von Freunden Rußlands — Freunde, deren Beweggründe natürlich eher utilitarisch als abstrakt wohlwollend sind, d. h. Leute, die einsehen, daß Rußland früher oder später sich aufrichten und seine Freunde selbst wählen wird und daß England schlimm dran sein wird, wenn wir unser Wohlwollen dann Deutschland zuwenden. In Paris sind jetzt die Polen eifrig an der Arbeit. Ihr Streben geht dahin, aus Polen nach dem Rezept Dmowskis einen „Pufferstaat" zu machen, der Rußland fernhalten soll. Wie naiv . . . aber wiederum nicht gefährlich, denn die kulturelle Kraft Rußlands wird nach dem Schwarzen Meer gerichtet sein. Übrigens will ich nicht weissagen . . . Nach einem Monat wird sich vieles aufklären.

Ich bitte Sie, mich durch ein kurzes Telegramm von dem Empfang dieses Briefes zu benachrichtigen. Zum Schluß gestatten Sie nur noch, den persönlichen Wunsch auszudrücken, daß Sie so oft als möglich Nachrichten über die allgemein-politische Lage geben mögen. Die Engländer schenken den Stimmen aus Rußland, den Meinungen derjeniger, die tatsächlich an der Wiederaufrichtung Rußlands arbeiten, mehr Gehör als irgend einer Versammlung russischer Leute im Auslande. Je eher die russischen Vertreter im Auslande zu wahren Vertretern der staatlichen Aufgaben der russischen Regierung werden, umso erfolgreicher wird unsere Aufgabe gelöst sein. Die materiellen Schwierigkeiten — der Mangel an Geldmitteln, der unsere Tätigkeit insbesondere in London, wo die Beeinflussung der gesellschaftlichen und parlamentarischen Kreise so überaus wichtig ist, stark behindert, müssen beseitigt werden.

Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen, Peter Wassiljewitsch, auch ferner Erfolg, Kraft, Selbstvertrauen und Energie. Zum Glück bin ich trotz aller durchlebten seelischen Qualen keinen Augenblick in der Überzeugung an die baldige Wiedergeburt Rußlands wankend geworden; ich möchte gern das Gefühl haben, daß auch Sie diese Stimmung teilen. In aufrichtiger Hochachtung und wärmster Sympathie

Ihr Nabokow.

16. Februar 1919.

Der internationale Rat der Roten Gewerkschaften

Zwei Monate der Arbeit.

I.

Die Ära der sozialen Revolution stellt an die Gewerkschaften der ganzen Welt nicht minder große Anforderungen als an die politischen Parteien. Die Gewerkschaften, die der spontanen Bewegung der Massen Ausdruck verleihen, reagieren auf jede Regung der Massen und spiegeln jede Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse wider. Millionen von Arbeitern strömen daher den Gewerkschaften als ihrem einzigen Zufluchtsorte zu. Aber auch die Gewerkschaften selbst stürzen sich in große Streiks und kämpfen intensiver als je zuvor. Die wirtschaftlichen Probleme, die der unverzüglichen Lösung harren, stellen sie Auge in Auge vor die großen politischen Tatsachen und zwingen sie, neue Funktionen zu übernehmen, ihre Ziele zu ändern und zur Waffe des Proletariats im revolutionären Kampf zu werden. Teilstreiks entwickeln sich zu Generalstreiks, immer häufiger sehen sich die Gewerkschaften gezwungen, der Staatsmacht offen den Fehdehandschuh hinzuwerfen.

Aber auch die Wogen der politischen Probleme, die aus dem Wettstreit der Imperialisten erwachsen, stürmen durch die Gewerkschaften und machen sie zum Kampffeld und Stützpunkt der verschiedenen Parteien. Die in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Massen sehen sich daher gezwungen, ihre Wahl zwischen den Reformisten und den Revolutionären zu treffen. Also setzte der erbitterte Kampf um eine neue Richtung in den Gewerkschaften ein.

Wir haben es hier mit einem Problem zu tun, das ebenso international wie national ist, denn, wie wir wissen, ist das Amsterdamer Büro der Gewerkschaften, das einen Sammelpunkt der Reformisten darstellt, zum überaus machtvollen Werkzeug in den

Händen der internationalen Kapitalisten geworden. Seine Führer, die die Arbeiterschaft während des Krieges verrieten, verfolgen seit dem Ende des imperialistischen Krieges eine nicht minder verräterische Politik. Der Krieg zertrümmerte die II. Internationale und zeugte die III. Kommunistische Internationale. Was die II. Internationale für die politische Bewegung der Arbeitermassen war, das ist die Amsterdamer Internationale für die Gewerkschaftsbewegung. Da es den Kapitalisten und ihren Trabanten nicht gelingen will, die II. Internationale wieder aufzurichten und sie in eine bedeutende Kraft gegen die Arbeiterschaft zu verwandeln, richten sie nun ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Gewerkschaften als ein Mittel, um die Arbeiterbewegung auf den Weg des Reformismus zu lenken und die ihrem revolutionären Endziel entgegenstrebenden Arbeiter niederzuringen. Die Gewerkschaftsinternationale, deren Vertreter das Amsterdamer Büro ist, kann daher nicht als Kämpfer für die Interessen der Arbeiter betrachtet werden. Im Gegenteil, sie ist zur machtvollen Stütze der Bourgeoisie im Kampf gegen die revolutionären Massen geworden.

Die Arbeiter der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen müssen nun ihre Entscheidung treffen, wie die revolutionären sozialistischen Parteien der II. Internationale es taten, als sie sich von dem Einfluß der Reformisten zu befreien, und endlich die Kommunistische Internationale zu gründen beschlossen. Einige revolutionäre Gewerkschaften verließen schon die Amsterdamer Internationale, bevor wir zu diesem kritischen Augenblick gelangten. Diese Verbände waren von Anfang an durchaus revolutionär gestimmt. Die Zuspitzung des Kampfes festigt ihren Entschluß, der Amsterdamer Internationale fernzubleiben, und veranlaßt sie zu gleicher Zeit, eine neue Gewerkschaftsinternationale zu errichten. Angesichts dieser klar ausgedrückten Tendenz und der Notwendigkeit des Zusammenschlusses, von der alle diese Gewerkschaften durchdrungen sind, spitzt sich auch die Frage zu, welcher politische Weg zu wählen sei: ob man in der Amsterdamer Internationale bleiben solle, um sie von innen heraus zu sprengen, oder ob man diese Internationale verlassen solle. Die revolutionären Gewerkschaften zu überreden, der Amsterdamer Internationale beizutreten (selbst wenn das Amsterdamer Büro einwilligen würde, sie aufzunehmen), ist ein Ding der Unmöglichkeit. Der Umstand dagegen, daß in der Gewerkschaftsbewegung — der nationalen und der internationalen — eine starke reaktionäre Bürokratie sich eingebürgert hat, die auf diese Weise einen doppelten Stützpunkt des Reformismus bildet, würde auf unabsehbare Zeit hinaus die Vereinigung der revolutionären Kräfte zum politischen Kampf gegen

die internationale Gewerkschaftsbürokratie hintanhalten. Die Geschwindigkeit, mit der der wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse sich in einen revolutionären Kampf verwandelt, veranlaßt uns, die Arbeiter ohne Aufschub unter das revolutionäre Banner zu rufen. Die Gewerkschaften sind Massenorganisationen. Ein Sieg innerhalb einer nationalen Organisation, ihre Loslösung von dem Amsterdamer Büro und ihr Anschluß an ein neues leitendes Zentrum schwächt daher die Kraft des Reformismus und bedeutet eine Verstärkung der revolutionären Kraft. Der Weg, den die revolutionären Parteien mit der Gründung der Kommunistischen Internationale betraten, muß auch als der Weg anerkannt werden, den die revolutionär organisierten Massen zu gehen haben.

Somit entsteht deutlich das Problem der Vereinigung der revolutionären Kräfte der außerhalb des Amsterdamer Büros stehenden Gewerkschaften mit den Kräften, die sich von dem Büro loslösen können, sobald sie ihren Zielen und Ansichten nach revolutionär werden. Die Vereinigung aller linksgerichteten Kräfte der Gewerkschaften gegen die rechtsstehenden wird zur Kampfordnung des Tages. Die Organisationsformen sind tatsächlich weniger wichtig als die Ziele und Aufgaben, und die konservativen Vorurteile spielen keine große Rolle, wenn es nur an revolutionärer Aktion nicht fehlt.

Diese Sachlage wurde von dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale vorausgesehen, aber erst seit dem zweiten Kongreß 1920 reifte die Zeit der Tat heran.

II.

Im Juni 1920 begannen die Delegierten zum Kongreß in Moskau einzutreffen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale benutzte sofort die Anwesenheit von Delegierten der Gewerkschaften in Rußland und berief eine Konferenz von Vertretern Großbritanniens, Italiens und Rußlands ein, um über die Schritte zu beraten, die zur Verwirklichung ihrer Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung in der ganzen Welt zu unternehmen wären.

Der Konferenz wohnten die folgenden Genossen bei: Sinowjew (Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale), A. Losowski, M. Tomski, G. Zyperowitsch, W. Schmidt (Mitglieder des Vorstands der Allrussischen Zentrale der Gewerkschaften), G. Melnitschanski (Mitglied des Moskauer provisorischen Gewerkschaftsrats), Daragona und Guiseppe Bianci (Italienische Allgemeine Konföderation der Arbeit), Enrico Dugoni (Föderation der Landarbeiter Italiens), Emilio Colombino (Italienische Metall-

arbeiterföderation), Robert Williams (Föderation der Transportarbeiter Großbritanniens), A. A. Purcell (Britischer Trade-Union-Kongreß).

Gen. Sinowjew legte den Standpunkt des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale dar. Er wies auf die ernste Gefahr hin, die der revolutionären Bewegung des Proletariats in allen Ländern durch das Zerstörungswerk der Amsterdamer Internationale droht, um die sich noch immer Millionen von Arbeitern scharen. Er erklärte, daß die „gelbe" Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften keineswegs nur eine technische Organisation der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist. Sie ist vielmehr durch die Sozialkompromißler Jouhaux, Legien, Appleton und Konsorten und durch das Washingtoner Arbeitsbüro mit dem Völkerbunde eng verknüpft. Die Amsterdamer Internationale ist nun ein politisches Werkzeug in den Händen der Entente, ja, sie ist das stärkste Werkzeug, das der Entente noch geblieben ist. Es ist daher Aufgabe des revolutionären Proletariats, ihr diese Waffe zu entwinden und sie zu zertrümmern. Gen. Sinowjew wies auf die Notwendigkeit hin, eine Rote Gewerkschaftsinternationale zu errichten, die Hand in Hand mit der Kommunistischen Internationale unter dem Banner des Kommunismus kämpfen soll und forderte zur Anspannung aller Kräfte gegen die Amsterdamer Internationale auf. Er führte aus, daß die Zeit für eine derartige Organisation und einen derartigen Kampf reif sei. Seiner Ansicht nach sei es überaus wichtig und zugleich ausführbar, unverzüglich eine Sektion der Gewerkschaftsbewegung zu gründen, die Hand in Hand mit der Kommunistischen Internationale wirken würde, so daß die Sektion zur Zeit des II. Kongresses bereits eine vollendete Tatsache sein würde. Es beständen viele Gewerkschaften, die außerhalb des Amsterdamer Gewerkschaftsbüros stehen. Der III. Allrussische Gewerkschaftskongreß habe sich bereits der III. Internationale angeschlossen, und eine Anzahl anderer Gewerkschaften außerhalb Rußlands hätten sich bereits für den Beitritt zur III. Internationale erklärt. Die Organisation dieser Sektion als Opposition gegen die „gelbe" Gewerkschaftsinternationale würde nicht nur die Beziehungen der Gewerkschaften, Syndikate usw. zur Frage der Diktatur des Proletariats klären, sondern würde auch den bereits begonnenen Prozeß der Loslösung der Arbeitermassen in der ganzen Welt von der gelben Internationale fördern, die ihre ganze Kraft auf die Unterstützung der gegenrevolutionären Entente richtet.

Die Konferenz erkannte an, daß eine derartige Organisation notwendig sei, und beschloß die Ergreifung von Maßnahmen zur Verbreitung der Idee, zur Organisation eines provisorischen Aus-

schusses und zur Einberufung eines Weltkongresses der Gewerkschaften. Es wurden noch mehrere andere Konferenzen abgehalten, denen außer den obenerwähnten auch noch Vertreter der Gewerkschaften Spaniens, Südslawiens, Bulgariens, Frankreichs, Georgiens beiwohnten Alle diese Vertreter mit Ausnahme von Williams und Purcell (die prinzipiell zwar einverstanden waren, deren Mandate jedoch nicht so weit reichten, um sich im Namen ihrer Organisationen einer neuen Internationale anzuschließen) beschlossen, einem provisorischen Rat der Roten Gewerkschaftsinternationale beizutreten. In den Debatten machte sich anfangs eine starke Meinungsverschiedenheit zwischen den Mitgliedern syndikalistischer Organisationen und den Mitgliedern der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung bemerkbar. Diese Spaltung wurde noch verschärft, als die Delegierten der Shop Stewards und der I. W. W. sich den Syndikalisten anschlossen. Die letztgenannte Gruppe war der Ansicht, daß die Vorschläge in bezug auf den provisorischen Rat und die Aufnahmebedingungen der Internationale dazu angetan seien, die Reformisten zu ermutigen und den Zusammenschluß der linksgerichteten Organisationen, wie der Shop Stewards, der Syndikalisten und der I. W. W. hintanzuhalten.

Schließlich wurden die Meinungsverschiedenheiten jedoch fast ganz ausgeglichen, und nach dem Abschluß des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale gründeten die Gewerkschaftsdelegierten, die dem Kongreß beigewohnt hatten, einen provisorischen Rat der Roten Internationale der Gewerkschaften. Zu diesen Delegierten gehörten: M. Tomski, von sämtlichen Gewerkschaften Rußlands, Schablin, von den Gewerkschaften Bulgariens, Pestana, von den spanischen Syndikalisten, Milkitsch, von der Südslawischen Konföderation, A. Madsen von dem Norwegischen Industrieverband, Jarokoschiharo von den amerikanischen I. W. W., Colombino, Bianci und D'Arragona von der Italienischen Allgemeinen Konföderation der Arbeit, J. T. Murphy von den britischen Shop Stewards, Mikadse von den Gewerkschaften Georgiens, H. Maring von der Transportarbeiterföderation Hollands, S. Sturm von den deutschen Syndikalisten, H. Maring von den Transportarbeitern Holländisch-Ostindiens und A. Rosmer von den französischen Syndikalisten. Der Rat wählte einen provisorischen Vollzugsausschuß aus den Genossen Tomski, Rosmer und Murphy. Darauf entwarf und veröffentlichte der Rat einen allgemeinen Aufruf an die Gewerkschaften in der ganzen Welt und nahm die folgenden provisorischen Statuten des Internationalen Rats der Gewerkschaften an.

Benennung.

Die laut Beschluß der Vertreter der Gewerkschaften verschiedener Länder gegründete temporäre internationale Organisation trägt den Namen „Provisorischer Internationaler Rat der Roten Internationale der Gewerkschaften".

Ziele.

Der Provisorische Internationale Rat der Roten Internationale der Gewerkschaften stellt sich folgende Aufgaben:

1. Weitgehende Propaganda und Agitation für die Ideen des Klassenkampfes, der sozialen Revolution, der Diktatur des Proletariats und der Massenaktion zwecks Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des bürgerlichen Staates.

2. Bekämpfung der Politik der Verständigung mit der Bourgeoisie und der die Gewerkschaftsbewegung der Welt vergiftenden Hoffnung auf einen friedlichen Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

3. Zusammenschluß der revolutionären Klassenelemente der Gewerkschaftsbewegung zum entschiedenen Kampf gegen das dem Völkerbunde angeschlossene Internationale Arbeitsbüro, sowie gegen das Programm und die Taktik der Amsterdamer Internationalen Föderation der Gewerkschaften.

4. Ergreifung der Initiative in den wichtigsten Augenblicken des internationalen Klassenkampfes und Aufbringung von Geldern zur Unterstützung der Ausständischen in bedeutenden sozialen Zusammenstößen.

5. Sammlung sämtlicher Materialien, Angaben und Schriftstücke, die für die internationale Gewerkschaftsbewegung kennzeichnend sind, und Informierung aller zum Internationalen Rat gehörenden Organisationen über die Lage in den verschiedenen Ländern.

6. Herausgabe von Büchern und Broschüren über die Fragen der internationalen Arbeiterbewegung.

Bestand.

Der Rat besteht aus je einem Vertreter Rußlands, Großbritanniens, Italiens, Spaniens, Südslawiens, Bulgariens, Frankreichs, Georgiens und Deutschlands und anderer Organisationen, die sich dem Internationalen Rat der Gewerkschaften anschließen werden. Zum Rat gehört ebenfalls ein Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Der Rat wählt eine Exekutive aus drei

Personen, darunter den Generalsekretär des Rats, und einen Vertreter in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Preßorgan.

Der Rat gibt ein Organ in vier Sprachen heraus, das die Benennung „Bulletin des Provisorischen Internationalen Rats der Roten Gewerkschaftsinternationale" trägt.

Kongreß.

Zur Teilnahme an dem internationalen Kongreß werden nur solche Organisationen aufgefordert, die in ihren Ländern einen revolutionären Klassenkampf führen und für die Diktatur des Proletariats sind.*)

Das System der Vertretung zum internationalen Kongreß ist wie folgt: jede Gewerkschaft, Föderation usw. mit weniger als 500 000 Mitgliedern entsendet je zwei Delegierte; die Organisationen, deren Mitgliederzahl 500 000 übersteigt, schicken einen weiteren Delegierten für je 500 000 organisierte Mitglieder. Die internationalen Büros einzelner Produktionsverbände oder Gewerkschaften können je einen Delegierten mit beratender Stimme entsenden.

Sitz.

Bis zum Zusammentritt des internationalen Kongresses, der zu einem möglichst frühen Zeitpunkt des Jahres 1921 anberaumt werden soll, hat der Internationale Rat seinen Sitz in Moskau. Der Ort der Tagung des Kongresses ist von dem provisorischen Rat festzusetzen.

* * *

Der Rat hielt noch mehrere Sitzungen ab, auf denen auch verschiedene andere zeitweilige Regeln und Instruktionen in bezug auf die Geschäftsführung des Rats angenommen wurden. Inzwischen trafen mehrere Delegationen von Gewerkschaften anderer Länder in Moskau ein und unterhandelten mit dem Rat über ihren Beitritt. Zu diesen Delegationen gehörten die Vertretung der italienischen

*) Was diejenigen revolutionären Gewerkschaftsorganisationen betrifft, die noch nicht mit genügender Klarheit zur Diktatur des Proletariats Stellung genommen haben, wie z. B. die I. W. W. und einige syndikalistischen Organisationen, so beauftragt der Rat das Büro, einen Aufruf an sie zu richten mit dem Ersuchen, diese Frage allen ihren Sektionen zur Erörterung vorzulegen. Zu gleicher Zeit werden diese Organisationen zur Beteiligung an dem internationalen Kongreß aufgefordert.

Syndikalisten, des Zentralausschusses der Gewerkschaften Deutschlands und der amerikanischen Gewerkschaften. Die italienischen Syndikalisten schlossen sich nach einem recht langen Meinungsaustausch über die Stellung der italienischen Konföderation der Arbeit dem Rat an. Erst nachdem die Syndikalisten sich darüber klar geworden waren, daß die Konföderation der Arbeit unverzüglich das Amsterdamer Gewerkschaftsbüro verlassen und offen die Politik des Rats anerkennen müsse, faßten sie den Beschluß, dem Rat beizutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind noch zu keinem Entschluß gekommen, doch sehen sie immer mehr ein, daß der Anschluß an den Rat der einzige Weg ist, der ihnen offen steht, wenn sie der Revolution treu bleiben wollen. Inzwischen wird der Rat auf dem in den nächsten Wochen abzuhaltenden Kongreß der Betriebsräte in Deutschland vertreten sein und sich mit einem unmittelbaren Aufruf an die dort versammelten Mitglieder wenden.

Es werden ferner Schritte unternommen, um mit anderen deutschen Organisationen und mit den Organisationen Österreichs und der Schweiz in direkte Verbindung zu treten. Wir hoffen, in den nächsten Monaten auch mit Australien, Neu-Seeland, Südafrika, Amerika die Verbindung herzustellen und die gesamte organisierte Propagandatätigkeit in die Bahnen zu lenken.

In England hat der organisierte Feldzug zugunsten der Roten Gewerkschaftsinternationale bereits begonnen. Ein Ausschuß wurde gebildet und Manifeste wurden erlassen, in denen die britischen Gewerkschaften in unzweideutiger Form aufgefordert werden, ihre reformistischen Tendenzen aufzugeben und sich dem revolutionären Kampf der internationalen Arbeiterklasse anzuschließen.

Ihrer großen revolutionären Aufgabe, die sie so erfolgreich begonnen haben, getreu, haben die russischen Gewerkschaften sich mit derselben Begeisterung, die ihre ursprünglichen Bestrebungen in dieser Richtung kennzeichnet, dem Internationalen Rat angeschlossen. Sie haben Gelder für die Ausständischen anderer Länder gesammelt und diese auch in anderer Weise unterstützt. Jede russische Gewerkschaft hat sich an die entsprechenden Arbeiter anderer Länder mit einem besonderen Aufruf, sich der proletarischen Revolution anzuschließen, gewendet.

III.

Der provisorische Rat hat bereits mit der Organisation der Propogandaarbeit begonnen und Aufrufe an die organisierten Arbeiter Englands, Amerikas, Deutschlands, Indiens und Frank-

reichs erlassen. Der Rat hat auch Vorkehrungen zur Herausgabe folgender Broschüren getroffen: „Produktionsverbände und Gewerkschaften", „Die Geschichte der russischen Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt", „Die Tätigkeit der Gewerkschaften in Rußland", „Außergewerkschaftliche Organisationen", „Die Tarifpolitik in der Industrie (Löhne und Bezahlung in natura)", „Weshalb wir das Prämierungssystem (in Rußland) anwenden", „Die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei", „Die Gewerkschaften und die Sowjets", „Die Gewerkschaften, die Rote Armee und die Volksmiliz", „Die kulturelle und aufklärende Tätigkeit der Gewerkschaften", „Die Gelben und die Roten" (die geschichtlichen Tendenzen in der Gewerkschaftsinternationale), „Die Arbeitergesetzgebung und die Gewerkschaften", „Die Wechselbeziehungen zwischen der Gewerkschafts- und der Kommunistischen Internationale", „Die Gewerkschaften und die Intellektuellen", „Die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion", „Was die Amsterdamer Internationale für die Arbeiterklasse getan hat", „Der Burgfriede und die Gewerkschaften". Ferner werden die nötigen Vorbereitungen zur Herausgabe des „Bulletins" des Internationalen Rats getroffen, das zweimal monatlich in vier Sprachen erscheinen soll.

Zur Vorbereitung der Literatur und zur Durchführung der Propaganda werden je nach den Eigenheiten der Bewegung in den einzelnen Ländern verschiedene Maßnahmen ergriffen werden. In den Ländern, wo ein schroffer Antagonismus zwischen den Gewerkschaften besteht, wird man auf anderem Wege an die Organisierung der Propaganda gehen müssen als in denjenigen Ländern, wo die Bewegung einheitlicher und der Antagonismus weniger groß ist. Der Rat trifft Maßnahmen, um in jedem Lande ein zentrales Propagandakomitee zu gründen, dessen Mitglieder aus den revolutionären Gewerkschaften und, wo nur möglich, aus der Kommunistischen Partei zu werben sind. Sollte es nötig sein, so wird der Rat nicht zögern, mehr als ein Nationalkomitee zu gründen. Diese Komitees sollen durch Aufrufe, Arbeiterorgane, Gewerkschaftskonferenzen, Pressepolemik, Einladung von Rednern, Verbreitung von Literatur und allgemeine Agitation in den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung überhaupt weitgehende Propaganda machen. Sämtlichen Abteilungen der Gewerkschaftsbewegung wurden Rundschreiben gesandt mit der Aufforderung, Resolutionen folgenden Inhalts anzunehmen:

1. Die unterzeichnete (Abteilungs- oder Komitee-) Versammlung der . . . Organisation fordert den Vollzugsausschuß auf, die Be-

ziehungen der Organisation zu dem Amsterdamer Gewerkschaftsbüro abzubrechen.

2. Die unterzeichnete (Abteilung oder Komitee-) Versammlung der . . . Organisation fordert den Vollzugsausschuß dieser Organisation auf, die nötigen Schritte zur Wahl von Delegierten zu dem von der Gewerkschaftsinternationale für das Jahr 1921 einberufenen Weltkongreß der Gewerkschaftsorganisationen zu unternehmen. Die Delegierten sind zu bevollmächtigen, sich im Namen dieser Organisation zur Durchführung der Politik der Roten Gewerkschaftsinternationale zu verpflichten und den etwaigen Aufforderungen des Vollzugsausschusses der Roten Gewerkschaftsinternationale zur Aktion Beistand zu leisten.

Außerdem ist eine Reihe anderer Maßnahmen in verschiedener Richtung ergriffen worden. Wie sehr die Zeit für die Organisation unserer Internationale herangereift ist, geht schon aus der Aufnahme hervor, die die Ankündigung der Gründung der Internationale in verschiedenen Ländern gefunden hat. Die Föderation der Gewerkschaft von Basel und Genf begrüßt die Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale und erklärt ihren Beitritt zu derselben. Der Verband der Syndikate von Marseille hat sich ebenfalls für die Moskauer Internationale erklärt und sogar vorgeschlagen, sich von der französischen Konföderation der Arbeit loszulösen. Die französischen Eisenbahner, die die Frage, ob Amsterdam oder Moskau, lebhaft erörterten, haben sich vorläufig mit 155 000 gegen 116 000 Stimmen zugunsten der Amsterdamer Internationale ausgesprochen. Wenn man in Betracht zieht, daß in diesen Organisationen vorläufig fast gar keine Propaganda zu unseren Gunsten betrieben wurde, so muß man anerkennen, daß diese Ergebnisse geradezu erstaunlich sind. Der vor kurzem in Aserbeidshan abgehaltene erste Kongreß der Gewerkschaften des Orients hat sich für die Rote Gewerkschaftsinternationale erklärt und einen Ausschuß ernannt, der gemeinsam mit unseren Vertretern die Einberufung eines Kongresses aller Gewerkschaften der Türkei, Anatoliens, Armeniens, Persiens und Georgiens vorbereiten soll.

Der Rat hat ebenfalls für seine Vertretung auf dem bulgarischen Gewerkschaftskongreß und für die Beschickung des balkanischen Gewerkschaftskongresses, der in kurzem in Bulgarien stattfinden soll, Sorge getragen. Aber auch der Ferne Osten ist von dem provisorischen Rat in Erwägung gezogen worden; der Rat hat Maßnahmen ergriffen, um die sibirischen Gewerkschaften zusammenzuschließen und ihren Organisationsplan zu vereinheitlichen. Es werden Schulen zur Ausbildung der Funktionäre in Gewerkschafts-

fragen und zur Verbreitung der Gewerkschaftspropaganda im gesamten Osten eröffnet.

Zur Erleichterung der Arbeit des Rats in Rußland sind Abteilungen des internationalen Rats in Petrograd, Archangelsk und Odessa gegründet worden. Der Rat hat ungeachtet der großen Schwierigkeiten infolge des Mangels an Arbeitskräften seine eigene Informationsabteilung der Arbeit gegründet. Unsere Tätigkeit während dieser zwei Monate, die der Ausarbeitung von Plänen und dem Ausbau des technischen Apparats für den unverzüglichen Beginn der Propagandatätigkeit gewidmet war, hat uns die allseitige warme Sympathie der Gewerkschaftsorganisationen eingebracht. Selbst da, wo noch keine Verbindung mit uns hergestellt ist, wird schon allein die Anzeige von der Gründung unseres Rats freudig begrüßt. Fürwahr, der revolutionäre Geist ist in die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt eingedrungen. Die Parole der sozialen Revolution ist angenommen, der Eintritt der Gewerkschaften in die revolutionäre Aktion ist zur Tatsache geworden. Nun ist es an den kommunistischen Parteien aller Länder, die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale mit vollem Eifer auszuführen, in die Gewerkschaften einzudringen, die Führerschaft in den Gewerkschaften zu erringen und sie unter dem Banner der Roten Gewerkschaftsinternationale zusammenzuschließen.

Mitglied des provisorischen Vollzugsausschusses der Roten Gewerkschaftsinternationale.

J. T. Murphy.

Korrespondenzen der „Kommunistischen Internationale".

Brief aus Südslawien.

Um die Bedingungen der kommunistischen Bewegung in Südslawien und die in der letzten Zeit erzielten Erfolge zu verstehen, muß man sich mit der jüngsten Geschichte der sozialistischen Parteien in Südslawien bekannt machen.

Seit der Gründung Südslawiens strebte die Serbische Sozialdemokratische Partei — die stärkste Partei im Lande — danach, sämtliche sozialdemokratischen Bezirksparteien, die bosnische, kroatische, slowenische, wojewodinsche, dalmatische u. a. zu vereinigen. Der vorjährige Kongreß, der zwischen dem 20. und 25. April 1919 in Belgrad stattfand, verkündete den Zusammenschluß der sozialistischen Parteien Südslawiens auf dem Boden der III. Internationale und der bedingungslosen Verwerfung des Ministerialismus. Diese Vereinigung konnte jedoch im Laufe des vorigen Jahres nicht verwirklicht werden, da die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie in den neu angeschlossenen Provinzen (Kroatien und Slowenien) eine separatistische Politik führte. Auf dem II. Kongreß, der zwischen dem 20. und 25. Juni 1920 in Wukowar abgehalten wurde, beantragte der Vollzugsausschuß unserer (der Kommunistischen) Partei die Annahme neuer, auf dem Grundsatz strenger Parteizentralisation beruhender Statuten. Die überwiegende Mehrheit des Kongresses sprach sich für diese Statuten aus. Gleichzeitig wurde die Sozialistische Arbeiterpartei Südslawiens (die Partei der Kommunisten) laut Beschluß des Kongresses von Wukowar in die Kommunistische Partei Südslawiens umgetauft.

Der Kongreß von Wukowar endete mit einem glänzenden Sieg der Kommunisten und der Annahme der von den Genossen Filippowitsch und Shiwko Iwannowitsch vorgeschlagenen Leitsätze und mit der völligen Niederlage von Topalowitsch und der von ihm geführten Zentrumsgruppe, die sich nach dem Kongreß die „Opposition" zu nennen begann. Die Feste der Zentrumsmänner ist Sagreb. Während alle Bezirksparteiausschüsse, auf den Beschluß des Kongresses von Wukowar hin, ihre Tätigkeit einstellten, fährt der Gebietsausschuß von Sagreb zu funktionieren fort, gibt die

Zeitung „Nowaja Istina“ heraus, die er als Organ der tatsächlich nicht mehr bestehenden Sozialistischen Arbeiterpartei der Kommunisten bezeichnet, und führt einen niederträchtigen Feldzug gegen die Kommunistische Partei Südslawiens. Eine bedeutende Rolle unter den Renegaten von Sagreb spielt der auch in Rußland nicht unbekannte gegenrevolutionäre Advokat Radoschewitsch, der von einem Häuflein typischer Gewerkschaftsbürokraten unterstützt wird. Ohne seine unbedingt ablehnende Stellungnahme zum Bolschewismus zu verbergen, versucht er, mit der III. Internationale zu kokettieren, um seinen Einfluß auf die Massen nicht zu verlieren.

Die Gruppe von Radoschewitsch hat aber nur in Sagreb Anhänger; das Proletariat Kroatiens dagegen ist kommunistisch gesinnt.

Von der Gruppe der Zentristen trennte sich auf dem Kongreß von Wukowar eine kleine, aus etwa 15—20 alten Bürokraten der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen bestehende Gruppe ab, deren Führer Laptschewitsch ist. Diese Gruppe befindet sich noch immer unter dem Einfluß der veralteten Ideen der II. Internationale.

Im großen und ganzen kann der Sieg der Kommunisten in Südslawien als voll und endgültig angesehen werden. Die Massen haben sich fast ganz von den Sozialpatrioten losgesagt, die sich in heller Verzweiflung durch die Gründung einer auf der Plattform einer nichtbestehenden Internationale, einer Zwischeninternationale, einer zwischen der zweiten und dritten stehenden „unabhängigen sozialistischen Partei“, zu retten suchen. Natürlich wird ihnen auch dies nichts helfen, denn die kommunistische Bewegung wird unentwegt weiter wachsen und selbst die rückständigsten Gebiete erfassen. So hat z. B. Slowenien, das in politischer Hinsicht bis jetzt von den anderen Gebieten getrennt dastand und erst zum Kongreß von Wukowar zum erstenmal einen Vertreter entsandte, der Kommunistischen Partei nunmehr ungefähr 12 000 organisierte Arbeiter zugeführt.

Äußerlich findet der Erfolg der Kommunistischen Partei in der ständigen Zunahme ihrer Mitgliederzahl seinen Ausdruck. Den letzten Angaben zufolge zählt die Partei nahezu 65 000 Mitglieder, darunter 20 500 in Serbien und Mazedonien, 7 424 in Bosnien, 3 335 in Wojewodien, 2 092 in Dalmatien, 15 500 in Kroatien und 11 790 in Slowenien.

Es bestehen 18 Parteiblätter. Ferner wird für die nächste Zukunft das Wiedererscheinen der theoretischen Zeitschrift „Borba“ in Aussicht genommen. Die Tätigkeit unseres Bücherverlags erweitert sich allmählich. Gegenwärtig wird das „Programm der Kommunisten“ Bucharins gedruckt. In Zukunft beabsichtigen wir, jeden Monat zwei Bücher erscheinen zu lassen.

Das größte Hindernis für die Entwicklung der kommunistischen Propaganda in Südslawien ist der große Mangel an tatkräftigen und erfahrenen Parteifunktionären. Die junge Generation hat noch keine bedeutenden

Kommunisten geliefert, die in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung eine Führerrolle einnehmen könnten. Dies veranlaßt uns, unsere Energie zu verzehnfachen.

Viel Aufmerksamkeit widmen wir der Frage der Vervollkommnung und Erweiterung unserer illegalen Organisationen. Nach unserem glänzenden Sieg auf dem Kongreß in Wukowar beschloß die Bourgeoisie, ein Ausnahmegesetz gegen uns zu erlassen; dieses Gesetz soll in den nächsten Tagen im Parlament erörtert werden. In zwei Gebieten — in der Wojewodine und in Dalmatien — ist die legale Tätigkeit unserer Partei völlig unmöglich geworden.

Was die Gewerkschaftsbewegung betrifft, so wurde auf der vor kurzem abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaften Südslawiens beschlossen, daß jede Gewerkschaft ihre eigene Konferenz einzuberufen habe, worauf ein allgemeiner Kongreß der Arbeiterverbände Südslawiens organisiert werden wird. Dieser Kongreß ist für Dezember d. J. in Aussicht genommen. Südslawien besitzt gegenwärtig ungefähr 150 000 organisierte Arbeiter, die in den Gewerkschaften zusammengeschlossen sind.

Die Stimmung der breiten Volksmassen Südslawiens ist der kommunistischen Propaganda durchaus günstig. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse ist überaus schwierig. Die größte Plage ist die Teuerung. So sind die Preise für Brot und Fleisch z. B. im Vergleich zum Jahre 1914 auf das dreißigfache, für Zucker auf das hundertfache gestiegen usw. Während ein Pfund Brot 14—15 Dinar (ein Dinar — ein Franc) kostet, beträgt der Durchschnittslohn nicht mehr als 30 Dinar. Das Elend der werktätigen Massen Südslawiens wird durch Arbeitslosigkeit und Aussperrungen noch verschärft.

Im Lande herrscht eine zügellose Reaktion. Von den Ideen des Militarismus, Feudalismus und Klerikalismus beseelt, hat die Bourgeoisie den Kopf erhoben; auf die Entente gestützt, verfolgt sie in grausamer Weise die Kommunisten und hetzt die zurückgebliebensten Elemente des Landes (die Muselmänner Bosniens, die Arnauten Albaniens) zum Kampf gegen die Kommunisten auf.

Allein je mehr die Bürgerlichen ihre Kräfte gegen das Proletariat Südslawiens konzentrieren, umso einmütiger und fester schließen sich die Ausgebeuteten zu entschlossenem Kampf unter dem Banner der Kommunistischen Partei zusammen. Wir wissen wohl, daß unsere Partei noch nicht völlig erstarkt ist, daß sie an ihrer Organisation und ihrem inneren Aufbau noch viel zu arbeiten hat und vor allen Dingen die Zentristen und überhaupt alle nichtkommunistischen und pseudokommunistischen Elemente aus ihrer Mitte ausschließen muß. Wir wissen wohl, daß es uns an erfahrenen Parteifunktionären, an materiellen und technischen Mitteln fehlt, aber wir glauben fest an unsere Kraft und an den Erfolg unserer großen Freiheitsbewegung; wir sind überzeugt, daß jetzt, wo die Morgenröte einer neuen

Zukunft heraufzieht, wo die Moskauer Internationale zum Leuchtstern für alle unterdrückten und geknechteten Völker der Welt geworden ist, daß jetzt der Kommunismus unbedingt siegen muß.

J. K.

Brief aus Rumänien.

Der Kongreß der Rumänischen Sozialistischen Partei, der am 1. August stattfinden sollte, ist aufgeschoben worden. Der neue Termin wird nach den Bezirkskonferenzen in Bukowina, Ardjal und Banat festgesetzt werden.

Der Kongreß wurde aus folgenden Beweggründen von dem Zentralrat der Partei aufgeschoben:

1. Die Bezirksparteisekretäre in Bukowina, Ardjal und Banat, die mit parlamentarischer Tätigkeit beschäftigt waren, hatten nicht die Möglichkeit, die nötigen Materialien und Berichte für den Kongreß vorzubereiten.

2. Viele Organisationen in den annektierten Gebieten waren infolge des Kriegszustandes außerstande, ihre Mitglieder durch Presse und Versammlungen mit den auf dem Kongreß zu erörternden Fragen bekannt zu machen.

3. Der Kriegszustand verhinderte die Durchführung regelrechter Wahlen.

4. Es fehlte die nötige Zeit zur Übersetzung der Kongreßmaterialien, ohne die aber viele die rumänische Sprache nicht beherrschende Delegierte außerstande sein würden, an der Arbeit des Kongresses teilzunehmen.

5. Da in dem „Regierungsanzeiger" ein Befehl über Aufhebung des Kriegszustandes, der Zensur usw. veröffentlicht wurde, tauchte die Möglichkeit auf, die Kongreßfragen zunächst auf lokalen Versammlungen zu erörtern.

Dies sind die Erwägungen, die der Zentralrat der Partei den Massen angibt; es ist jedoch offenbar, daß sie nicht die wahren Beweggründe zum Aufschub des Kongresses sind. Seit Beendigung des Krieges haben die sozialistischen Parteien in der ganzen Welt Zeit und Möglichkeit zur Einberufung nicht nur eines, sondern mehrerer Kongresse gefunden. Sogar die Griechische Sozialistische Partei, die sich unter brutaler militärischer Herrschaft entwickelt, hat es bereits fertiggebracht, zwei Parteitage abzuhalten. Nur der Zentralrat der Rumänischen Sozialistischen Partei, der die Partei provisorisch, weil ohne Mandat vom Kongreß, leitet, übt die Führerschaft jahrelang ohne Kongreß aus.

Der Zentralrat der Partei schiebt den Kongreß nun schon zum zweitenmal auf. Anfangs sollte er während der Ostertage stattfinden. Die inneren

Verhältnisse waren dieselben wie später: Kriegszustand, Zensur usw. Die Organisationen waren ebensowenig vorbereitet, und viele Mitglieder der Partei beherrschten die rumänische Sprache nur sehr mangelhaft. Davon war aber damals keine Rede. Der Kongreß wurde unter anderem Vorwande verlegt: der Zentralrat der Partei rechtfertigte sich damit, daß die Partei ihre ganze Kraft auf die angesichts der Auflösung des Parlaments bevorstehende Wahlkampagne richten müsse, der Parteitag aber viel intellektuelle Kraft und Geldmittel verschlingen würde. Nach der Ansicht der Kommunisten dagegen, die den Wunsch der breiten proletarischen Massen ausdrückten, wäre der Parteitag durchaus zeitgemäß gewesen. Aus Anlaß der Wahlen beriefen alle Parteien ihre Kongresse ein, nahmen eine Durchsicht ihrer Programme vor und paßten diese dem Zeitgeist und den Bedürfnissen des Augenblicks an. Nur die Rumänische Sozialistische Partei verschob den Kongreß und trat ohne bestimmte Losungen in die Wahlkampagne ein.

Der Zentralrat der Partei hatte versprochen, den Kongreß bald nach Abschluß der Wahlen abzuhalten. Aber die Wahlen veränderten die Sachlage, gestalteten sie für die in der Partei vorherrschenden Opportunisten und Zentristen ungünstiger. Sie erlitten eine Niederlage, wodurch die Stellung der Kommunisten gefestigt wurde. Der Wunsch einer unverzüglichen Einberufung des Kongresses wurde allgemein und dringlich. Unter dem starken Druck dieses Wunsches der Massen sah der Zentralrat der Partei sich gezwungen, den Kongreß auf den 1. August festzusetzen. Vielen der Parteiführer kam es aber ungelegen, daß der Kongreß zu einer Zeit stattfinden sollte, wo unsere Freunde aus dem Norden an unsere Tür pochen und aus den Massen immer häufiger der Ruf ertönt: „Es lebe die III. Internationale! Es lebe die Revolution!“ Und nun trat ein unglücklicher Zufall ein: es wurden Massenverhaftungen der Kommunisten vorgenommen, die Kommunisten wurden auseinandergetrieben und eingeschüchtert. Inwiefern die Sozialverräter hierbei mitwirkten, ist uns unbekannt. Wie dem auch gewesen sei, die Verhaftungen und die wütende Hetze des Militärs und der Polizei gegen die Kommunisten führten zur Festigung der jetzigen unerquicklichen Lage in der Partei und zum weiteren Aufschub des Kongresses; sie retteten die Verräter an der Sache der internationalen sozialen Revolution.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Parteitag dennoch zustande kommen wird; auch die Bezirkskongresse in Banat, Ardjal und Bukowina werden abgehalten werden. Es wird aber eine Schiebung dabei gemacht werden. Die Bezirkskongresse werden unter Mitwirkung der Behörden und unter Leitung der Herren Grigorowitsch, Shiumanka, Fluerasch vorbereitet und eröffnet werden. Gewinnen sie aber auf den Bezirkskongressen die Oberhand, so haben sie dank ihrer schmutzigen Machenschaften die Aussicht, auch auf dem Parteitag zu triumphieren.

Beiläufig will ich auf eine andere Erscheinung hinweisen, die für die Richtung des Zentralrats der Partei kennzeichnend ist. Auf dem Manifest der Kommunistischen Balkan- und Donauföderation an die Völker Bulgariens, Griechenlands, Rumäniens und Südslawiens fehlt die Unterschrift des Zentralkomitees der Rumänischen Sozialistischen Partei. Das rumänische Proletariat bleibt somit von der allgemeinen revolutionären Front der Balkan- und Donauländer abgeschnitten. Die Verantwortung hierfür fällt vollinhaltlich auf die Rumänische Sozialistische Partei und in erster Reihe auf ihr Zentralkomitee, das bis jetzt nichts getan hat, um das rumänische Proletariat mit der allgemeinen revolutionären Bewegung in den Nachbarländern in Verbindung zu setzen.

Die Bourgeoisie, die eine Zeitlang den Kopf verloren und die Hoffnung aufgegeben hatte, ist begeistert. Und sie hat vollen Grund dazu. Nach langem Kampf zwischen den Kommunisten und den „Sozialisten" aller Gattungen haben die letzteren dennoch den Sieg davongetragen. Und das in einem Augenblick, wo eine organisierte, festgefügte und aktive kommunistische Partei mehr als nötig ist. Die Kommunisten sind auseinandergerissen, verstreut, geschwächt. Die uneigennützigsten aktiven Mitglieder schmachten im Gefängnis, die Organisationsbande unter den einzelnen kommunistischen Gruppen sind zerstört, die Organisationen selbst stehen unter der Aufsicht und dem Terror der Polizei und der Spione.

Die Genossen aus der kommunistischen Linken dürfen dem jüngsten Verrat des Zentralrats der Partei jedoch nicht tatenlos gegenüberstehen. Die folgenden Maßnahmen müssen ergriffen werden:

1. Sie müssen die Verbindung mit allen kommunistischen Kräften herstellen und unverzüglich an die Organisation einer kommunistischen Linken der Partei gehen.

2. Die Linke muß unverzüglich zur Vorbereitung des Kongresses schreiten.

3. Die Linke muß ihr eigenes Organ und ihren eigenen Bücherverlag gründen.

Das einzige Mittel, um die polizeilichen Verfolgungen unwirksam zu machen, ist die Verwandlung der kommunistischen Bewegung in eine Massenbewegung, die sich nicht auf diese oder jene illegale Gruppe, sondern auf eine offene Organisation stützen kann. Die kommunistische Bewegung wird dem weißen Terror gegenüber größere Widerstandskraft gewinnen, wenn die Partei sich offen als kommunistische Partei erklären wird.

Brief aus China.

Ende 1918 befand sich China in einem erbitterten Bürgerkrieg. Im Süden war eine provisorische revolutionäre Regierung organisiert worden, die sich den erbarmungslosen Kampf gegen die Pekinger Regierung zum Ziel setzte. An der Spitze der Regierung des Südens stand anfangs der bekannte Führer der ersten chinesichen Revolution Sun-Jat-Sen. Da an der südlichen Regierung aber auch Vertreter der alten Bürokratie teilnahmen, so kam es nach einiger Zeit zu Zusammenstößen. Sun-Jat-Sen trat aus der Regierung Kantons aus und nahm seitdem keinen offiziellen Anteil an der Verwaltung des Landes. Die südliche Regierung setzt ihren Kampf gegen Peking auch jetzt noch fort. Dieser Kampf wird unter den von der Gruppe Sun-Jat-Sen ausgeworfenen Losungen geführt. Die Hauptlosungen sind: Wiedereinsetzung des früheren Parlaments und des früheren Präsidenten in ihre Rechte und Verabschiedung der Pekinger Regierung.

Der Kampf geht mit wechselndem Erfolg vor sich. Es steht jedoch außer Zweifel, daß die südliche Regierung mehr Grund hat, auf Erfolg zu hoffen, obgleich die Aussichten vom finanziellen Standpunkt aus dem Norden günstiger sind. Laut kürzlich eingelaufener Nachricht haben die Truppen des Südens Chuan, d. h. die zentralen Provinzen, besetzt und nähern sich Peking.

Als die frühere reaktionäre Pekinger Regierung 1915 zum erstenmal in die Koalition der verbündeten Länder gegen Deutschland eintrat, versprach sie China als Ergebnis der Beteiligung am Kriege allerhand Vorteile. Die revolutionären Parteien erhoben Einspruch, jedoch vergeblich. Der Krieg wurde erklärt. Das chinesische Volk glaubte dennoch an die Aufrichtigkeit dieser Versprechungen und sah der Versailler Konferenz mit großen Hoffnungen entgegen. Wie groß war daher seine Enttäuschung, als die Versailler Konferenz China nicht nur nichts gab, sondern auch noch die Rechte Japans auf die chinesischen Gebiete, die es sich während des Krieges angemaßt hatte, ratifizierte. Als die chinesische Delegation von der Versailler Konferenz heimkehrte, setzte eine starke Bewegung gegen die Regierung und gegen Japan ein. An der Spitze dieser Bewegung standen die in Verbänden organisierten Studenten, deren Mittelpunkt sich in Schanghai befand. Sie begannen eine weitgehende Agitation durch Manifestationen, Streiks, Eingaben usw. und forderten unter anderem den Boykott der japanischen Waren. Die Ergebnisse waren jedoch sehr unbedeutend. Die Bewegung wurde mit Gewalt unterdrückt, viele Mani-

festierende wurden erschossen. Dennoch muß dieser Bewegung eine wichtige Bedeutung zugemessen werden, denn sie war es, die den revolutionären Geist unter den Massen erweckte. In letzter Zeit sind die Studenten zur Einsicht gekommen, daß sie aus eigener Kraft nichts erzielen können, und haben daher begonnen, die Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen. Die Arbeiter ihrerseits begannen als Vertreter des unlängst entstandenen Industrieproletariats ihre Kraft zu zeigen. So fand z. B. im vorigen Jahr in Schanghai eine Reihe von Streiks statt, die jedoch nur auf wirtschaftlichen Forderungen beruhten.

Die Sozialistische Partei in Schanghai wird unter den Arbeitermassen immer mehr populär. Sie steht auf marxistischem Standpunkt. Das Organ „Wochenblatt" ist der beste Beweis dafür, daß die Bewegung ernst zu nehmen ist. Das Blatt macht unermüdlich für die Ideen des Sozialismus Propaganda, die es den Ideen des Nationalismus entgegenstellt. Es fordert ferner ein unverzügliches Bündnis mit Sowjetrußland und protestiert gegen den chinesisch-japanischen Vertrag vom vorigen Jahre, der die Besetzung Sibiriens zum Ziele hat. Das „Wochenblatt" betont in jedem seiner Artikel, daß das Proletariat die Bourgeoisie stürzen muß und die nationalistischen Grundsätze der bürgerlichen Demokratie den Grundsätzen der Internationale Platz zu machen haben. Die Zeitung ist sehr populär.

In China läßt sich der Anfang eines Zusammenschlusses nicht nur des Industrieproletariats, sondern auch der Handwerker beobachten. Die gegenwärtige kritische Lage der europäischen Industrie hat auch auf China zurückgewirkt. China ist mit großen Massen ausländischer Waren überschwemmt, die örtliche Industrie steht still, und das chinesische Proletariat befindet sich in trostloser Lage. Obgleich in China kein Großgrundbesitz besteht, kann man beobachten, daß die reichen Bauern die kleinen Landparzellen aufzukaufen beginnen; dies führt zur Entstehung einer Dorfarmut, die sich begreiflicherweise dem Stadtproletariat anschließen wird. Gegenwärtig ist China eine Reihe fast autonomer Provinzen unter der Herrschaft von Generalgouverneuren, die in ihrem Gebiet allmächtig sind. Sämtliche Gouverneure der Provinzen gehören gleich den Oberhäuptern der Regierung zur militaristischen Partei „Anfu", d. h. zur Partei der früheren militärischen Bürokraten, die auch noch während der Herrschaft der Dynastie zum größten Teil hohe Posten bekleideten. Sie zeigen sich der Pekinger Regierung gegenüber ziemlich selbständig; wenn sie diese Regierung im Kampf gegen den Süden unterstützen, so geschieht es aus persönlicher Berechnung. Die Finanzen befinden sich völlig in den Händen der Gouverneure, die die Einnahmen je nach ihrem Gutdünken der Zentralregierung aushändigen. Es versteht sich, daß die Geldmittel der Regierung daher so unbedeutend sind, daß sie gezwungen ist, zu Anleihen, hauptsächlich bei Japan, zu greifen. Da Anleihen aber nicht unentgeltlich gegeben werden, so erwirbt Japan immer größere Rechte und materielle

Vorteile in China. In vielen chinesischen Provinzen benimmt Japan sich wie in einem besiegten Lande. Anderseits führen die autokratische Macht der Gouverneure und das Bestehen einer zwei Millionen zählenden, schlecht disziplinierten Armee, die sich nur dem unterordnet, der Geld hat, zu voller Anarchie im Lande. Die revolutionäre und oppositionelle Stimmung der Massen ist daher leicht begreiflich. Die gesamte Opposition gegen die zwei in China bestehenden Regierungen ist in der Gestalt ihrer Hauptvertreter in Schanghai konzentriert. Sun-Jat-Sen mit seiner Gruppe der Anhänger der ersten Revolution hält sich dort auf. Dort befinden sich auch die Zentralföderation der Studenten, die Arbeiterverbände und die sozialistische Partei. Diese drei Gruppen stellen im Kampf gegen Japan, gegen die chinesische Regierung und die Bourgeoisie eine einheitliche, von starkem revolutionärem Geist getragene Organisation vor.

Fassen wir zusammen, was wir eben gesagt haben, so müssen wir hervorheben, daß China gegenwärtig einen günstigen Boden für die Verbreitung revolutionärer Ideen bietet. Die Kommunistische Internationale muß dieser Tatsache ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Unterstützung der chinesischen Revolution ist nicht nur für China, sondern auch für die gesamte revolutionäre Bewegung der Welt von Wichtigkeit, denn eine weitgehende, tiefe revolutionäre Bewegung der Arbeitermassen in China ist das einzige, was dem japanischen Imperialismus, der sich in Asien stark befestigt hat, der eine Hand nach Sibirien, die andere nach den Inseln des Stillen Ozeans und sogar nach Südamerika ausstreckt, entgegengestellt werden kann.

K. K.



Der erste Kongreß der persischen Kommunisten der Partei „Adalat".

Im Sommer dieses Jahres wurde in Enseli unter dem Vorsitz des Gen. Aga-Sade der erste Kongreß persischer Kommunisten der Partei „Adalat" eröffnet.

Im Namen des Aserbeidshaner Zentralkomitees der K. P. R. begrüßt Gen. Viktor den Kongreß. „Genossen", sagt der Redner, „dieser Kongreß hat eine gewaltige Bedeutung für das wiedererstehende Persien, für die Wiederherstellung der Macht der Werktätigen. Um dieses Ziel zu erreichen, werdet Ihr hier bedeutend mehr arbeiten müssen, werdet Ihr bedeutend mehr Kraft und Energie aufwenden müssen, als in den kapitalistischen Ländern. Gerade in Persien werdet Ihr eine andere, vorsichtigere und biegsamere Taktik einhalten müssen, die durch die persischen Verhältnisse bedingt wird. Die kommunistische Taktik ist anpassungsfähiger, und sie wird bedingt durch die Lebensverhältnisse, durch die Kampfbedingungen."

Im Namen der persischen roten Truppenteile begrüßt Gen. Abukow den Kongreß.

Der Redner hebt in seiner Rede hervor, daß die Befreiung der Werktätigen in Persien nur durch Waffengewalt möglich ist. „Jetzt, wo das einstmals große und freie Persien sich in den Klauen des englischen Imperialismus befindet und sich aus diesem Joch zu befreien strebt, wird es dieses Ziel nur mit Waffen in der Hand erreichen. Ganz Persien ist von dem revolutionären Brand ergriffen. Zur Zeit, da der Kampf direkt auf persisches Gebiet übertragen worden ist, müßt Ihr, die hier versammelten aktiven Kämpfer, alle diese einzelnen revolutionären Kräfte in ein gemeinsames Strombett sammeln."

Gen. Aga-Sade beantragt, das Andenken der gefallenen persischen

Kommunisten durch Aufstehen zu ehren. Er hebt die Rolle dieser Kämpfer für die Befreiung der Werktätigen hervor und erwähnt den Gen. Kafar-Sade, den Gründer der Partei „Adalat" (Die Delegierten erheben sich).

Das Wort erhält Gen. Sultan-Sade (Delegierter Turkestans). „Die Organisationsarbeit der Partei „Adalat" in Turkestan hat erst kürzlich begonnen — Anfang Februar. Nachdem wir mit den Gen. Alichanow und Fatalow zusammengetroffen waren, sind wir bestrebt gewesen, unsere ganze Arbeit auf die persische Frage zu konzentrieren. Aus unseren Ermittlungen geht hervor, daß über ganz Turkestan eine gewaltige Menge armer Perser verstreut ist, an Arbeitern gegen 100 000, die um die kommunistische Partei „Adalat" gruppiert werden mußten.

Zu diesem Zweck hat die Organisation in Turkestan Hilfsorgane an 52 Orten geschaffen: in den Städten und Dörfern sind überall Parteikomitees gegründet worden. Im April dieses Jahres wurde in Taschkent die erste Parteikonferenz einberufen, auf der gegen 7000 organisierte persische Kommunisten vertreten waren. Noch vor der Einberufung der Konferenz war mit der Organisierung einer persischen Roten Armee aus allen Waffengattungen begonnen worden.

Wenn heute Meschhed, dieser Herd der Gegenrevolution, von uns Konferenz war mit der Organisierung einer persischen Roten Armee aller Waffengattungen begonnen worden.

Zweite Sitzung.

Vorsitzender: Gen. Alichanow.

Der Bericht der Mandatkommission wird entgegengenommen. Von den vorgelegten Mandaten hat die Kommission 48 Mandate anerkannt, die der Kongreß bestätigte.

Die Entgegennahme der Berichte aus den verschiedenen Orten wird fortgesetzt.

In Daghestan gibt es ein Komitee der Kommunistischen Partei Irans, die 500 Mitglieder zählt. Die Agitationsarbeit wird in die Wege geleitet.

Der Berichterstatter Gen. Seid-Kuli-Hudand-Sade spricht von den Arbeiten der Partei in Seidschan. Obgleich der Berichterstatter nach Seidschan ernannt worden war, blieb er infolge der Ereignisse in Enseli und Rescht in Enseli zurück und hielt nur die Verbindung mit Seidschan aufrecht.

Dort befindet sich alle Macht in den Händen der Demokraten, die sich zu den Adalisten feindlich verhalten, daher arbeitet die „Adalat" nur illegal und hält nach Möglichkeit die Verbindung mit dem flachen Lande aufrecht. Wir haben Arbeiter zu agitatorisch-organisatorischer Arbeit in die Dörfer entsandt.

Der Berichterstatter Gen. Dshabar spricht von der Arbeit der Partei

„Adalat" in Resecht. Vor dem Eintreffen der Roten Armee gab es in Resecht zwei illegale Gruppen von 25 bezw. 12 Personen. Nach dem Einzug der Roten Armee begann die Reschter Organisation unter den Kosaken und Gendarmen zu arbeiten, sowie auch unter den Arbeitern. Die Truppenteile verhalten sich zu uns mit großer Sympathie; gegenwärtig haben wir sowohl unter ihnen als auch unter den Arbeitern bis zu 10 Parteigruppen mit einer Gesamtzahl von etwa 2000 Mitgliedern und Mitfühlenden.

Der Berichterstatter Numan-Hussein spricht über die Arbeit der Partei in Ardabil, wo es recht schwierig war zu arbeiten, da sich die ganze Macht in den Händen der Demokraten befand. Nach dem Eintreffen der Roten Armee in Ardabil erschienen bei uns viele Bauern und Arbeiter, die in Baku gewesen waren, und baten um Waffen. Damals wurden auch unsere verhafteten Genossen befreit. Die Stimmung der Bauern in der Umgegend ist revolutionär. An Mitgliedern gibt es ungefähr 150 Personen.

Der Berichterstatter Gen. Ahund-Sade spricht über die Arbeit der Partei in Astar. Anfangs wurde in Astar illegal gearbeitet, aber nach dem Eintreffen der Roten Armee begannen wir legal zu arbeiten und unsere Agitationsarbeit unter den Bauern zu entwickeln. Die Bauern verhalten sich zu uns mit großer Sympathie, und wir stehen in enger Verbindung mit ihnen. Mitglieder gibt es hier 95.

Über die Tätigkeit des Verbandes der Arbeiter- und Bauernjugend in Enseli spricht Gen. Tschilingarjan. Vor dem Eintreffen der Roten Armee in Enseli gab es eine Gruppe aus 8 Personen. Nach dem Einzug der Roten Armee wurde Enseli zum Mittelpunkt für unsere Arbeit. Der Umstand, der unsere Arbeit hindert, ist der Mangel an Arbeitern für die verschiedenen Orte. Die eingetroffenen Genossen — Russen — sind mit den persischen Verhältnissen wenig vertraut und daher wird ihnen die Arbeit schwer. Wir haben eine Verbindung mit dem Gebietskomitee hergestellt und eine Theatersektion gegründet. Zur Arbeit unter den Bauern sind lokale Kräfte nötig, die vorläufig fehlen. Es sind 10 Mann vorbereitet worden zur Absendung nach Baku und zur Absolvierung eines Instruktorenkursus. An Mitgliedern gibt es vorläufig etwa 100 Personen.

Das Wort erhält Gen. Sultan Sade.

Der Berichterstatter weist auf die Finanzlage des Landes hin; wenn man das Budget Persiens mit 36 Mill. Rbl. (alter Nominalkurs) annimmt, so wird diese ganze Staatseinnahme, die aus den armen Bauern herausgesogen wird. von den Favoriten des Schahs vertan.

Andererseits wird Persien von den ausländischen Kapitalisten geplündert, die in ihrem Interesse jegliche Initiative im Lande ertöten. Eine solche Lage erzeugt eine revolutionäre Stimmung unter der Bevölkerung und bestimmt die Pflicht der Führer.

Dann geht der Redner zu den unter den Massen herrschenden Stimmungen über und sagt: Wenn man die Bevölkerungszahl Persiens mit

15 Millionen ansetzt, so gehören 1 Million zu den Seids und Geistlichen, etwa 3 Millionen sind Nomaden, 3 Millionen sind Händler, die an der Produktion ebenfalls keinen Anteil nehmen, und dann die übrigen 8 Millionen — Bauern und Handwerker, die faktisch die Bevölkerung Persiens ernähren. Aktive Teilnehmer an der Produktion gibt es also insgesamt 8 Millionen, aus denen der Mehrwert herausgepumpt wird und auf die wir uns stützen müssen. Diese schwere, freudlose Lage der Bauern einerseits und die ständige Verbindung mit dem Proletariat von Baku andererseits, schaffen einen durchaus günstigen Boden für die revolutionäre Arbeit.

Gegenwärtig gibt es in Persien keine Revolution, da die Masse im allgemeinen an der revolutionären Bewegung nicht teilnimmt. Die Losungen, die jetzt im Interesse der Revolution ausgegeben werden müssen, lauten:

Kampf gegen die Engländer!

Kampf gegen die Regierung des Schah!

Kampf gegen die Chans und Großgrundbesitzer!

Wenn man auch nur eine von diesen Losungen streicht, wird die Revolution in Persien keinen Erfolg haben.

Dritte Sitzung.

Vorsitzender: Gen. Mir-Bachi-Kasimow.

Das Korreferat über die gegenwärtige Lage hält Gen. D. Neinaschwili.

Der Redner spricht von der Kolonialpolitik Englands, Frankreichs und der anderen kapitalistischen Länder und sagt, daß die Versklavung der Völker des Ostens noch niemals ein solches Maß erreicht habe. Aber der Hauptgegner Englands und Frankreichs ist gegenwärtig Sowjetrußland. Darum müssen sich die revolutionären Kräfte aller Länder um Sowjetrußland gruppieren.

Zu unserer Arbeit in Persien übergehend, sagt der Redner: Zahlen und Tatsachen beweisen, daß die Bauernschaft, auf die wir uns stützen müssen, weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht, während sie in Rußland 90 Prozent bildet.

Das Proletariat von Baku ist eine große Macht für den Osten, aber das bedeutet nicht, daß die örtliche Bevölkerung keine Aktivität im Revolutionskampf an den Tag legen soll.

Die Bourgeoisie ist hinreichend selbstbewußt und organisiert. Es ist klar, daß sie die armen Schichten in den Kampf hineinziehen kann, wenn sie sich gegen die Engländer erhebt. Diese Kraft müssen wir benutzen gegen die englische Faust. Wir sind keineswegs gegen die nationale Befreiungsbewegung, und wir unterstützen sie, nur wenn sie andere Völker zu unterjochen strebt, dann sind wir gegen sie.

Alle revolutionären Elemente müssen gegen die Engländer gerichtet werden. Eine andere Taktik kann es für uns nicht geben. Für die kommunistische Revolution in Persien ist die Zeit noch nicht gekommen. Im Jahre 1905 sprach Lenin nicht von der sozialen Revolution, sondern von der demokratischen Republik.

Ihr werdet hier vor allem die nationale Bewegung ausnutzen müssen; dann erst wird die Klassentrennung zum Vorschein kommen und der Augenblick eintreten, wo revolutionäre soziale Losungen auszugeben sind, vorläufig aber organisiert Euch und bereitet Euch darauf vor, die Führer der persischen Revolution zu werden.

Das Wort erhält Gen. Obuchow.

Ein wütender Gegner der kommunistischen Bewegung ist gegenwärtig England — das bürgerliche England. Wenn die Kommunisten der englischen Bourgeoisie im Osten einen Schlag versetzen, so bringen sie damit die Weltrevolution vorwärts. Der englische Imperialismus muß mit allen Mitteln geschlagen werden. Sollten die Chans verwendbar sein, so wollen wir sie unterstützen; sollten die Bourgeois sich erheben — wir werden auch sie unterstützen. Alle Mittel sind erwünscht zum Kampf mit dem englischen Imperialismus.

Die Bourgeoisie Persiens, sowohl im Norden als auch im Süden, ist in gleichem Maße interessiert an der Vertreibung der Engländer aus Persien; dasselbe kann man von den Handwerkern und Kleinhändlern sagen. England erschlägt durch seine Produktion die Handwerker und verwandelt sie in Proletarier. Die Bauernschaft äußert sich nicht gegenüber den Engländern, sie kennt nur die örtlichen Chans. Die Masse der Bauern kann sowohl gegen England als auch gegen Rußland benutzt werden, je nachdem, wie die Agitation geführt und die Sache angefaßt wird. Daraus ergibt sich, daß in den Kampf gegen den englischen Imperialismus bei gewandter Agitation sowohl die Gutsbesitzer Nordpersiens als auch die Bourgeoisie und die Bauernschaft hineingezogen werden kann. Das einzige, was ernste Bedenken erregen kann, ist das Auftreten des Revolutionärs Kutschuk-Chan und das Entstehen der Sowjetmacht auf persischem Gebiet. Und wenn die Bourgeoisie jetzt nicht gegen England geht und Kutschuk-Chan nicht unterstützt, so erklärt sich das daraus, daß hier in Persien fälschlicherweise eine Sowjetmacht geschaffen worden ist (ich meine das Revolutionskomitee in Astar). Wir müssen diesen Fehler wieder gutmachen und danach streben, die schwankenden Kräfte davon zu überzeugen, daß die Sowjetmacht faktisch weder die Gutsbesitzer noch die Bourgeoisie bedroht, dann werden sie die nationale Befreiungsbewegung unterstützen. Darum darf kein Auftreten gegen die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie stattfinden. Die einzige Losung lautet gegenwärtig: Nieder mit den Engländern! Nieder mit der Schahregierung!

Der Kongreß nimmt folgende Resolution an:

1. Der Weltkrieg hat die Produktionskräfte des Kapitalismus zerstört und zu einer Weltkatastrophe geführt.

2. Die bürgerliche Welt ist nicht imstande, die Produktionskräfte der Weltindustrie mit den alten kapitalistischen Mitteln wiederherzustellen.

3. Im Gegenteil, der im Weltmaßstabe entbrennende blutige Kampf zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie verstärkt noch mehr den Zerfall der kapitalistischen Industrie.

4. Dieser Umstand verstärkt noch mehr die Räuberei der europäischen und insbesondere der englischen Bourgeoisie.

5. Aus diesem Grunde ist eine volle Versklavung der Türkei, Persiens, Afghanistans und Indiens durch die europäischen Kapitalisten zu bemerken.

6. Es ist die Pflicht der Kommunistischen Partei Irans, den Weltkapitalismus Hand in Hand mit Sowjetrußland zu bekämpfen, in Persien alle Kräfte zu unterstützen, die sich gegen die Engländer und gegen die Schahregierung erheben, sie zu entschlossenerem Kampfe anzutreiben, die Arbeiter- und Bauernmassen in den aktiven Kampf hineinzuziehen und die Elemente zu paralysieren, die den Revolutionskampf fürchten, aber an der Vertreibung der Engländer aus Persien interessiert sind.

7. Gleichzeitig gilt es, unsere eigene Physiognomie nicht zu verlieren, unsere Organisationen zu entwickeln, sie zu festigen, Einfluß auf die Massen zu gewinnen, um in dem Augenblick, da die Klassengegensätze zum Vorschein kommen, an die Spitze der Arbeiter- und Bauernmassen zu treten im Kampf um die Macht, um das Land.

8. Unsere Losung im gegenwärtigen Augenblick kann nur lauten: Kampf mit dem englischen Imperialismus, mit der Schahregierung und mit allen, von denen sie unterstützt werden!

Manifest der Kommunistischen Balkan-Donauföderation.

An die werktätigen Klassen der Balkan- und Donauländer.

Arbeiter, arme Bürger und Bauern!

Die Kommunistischen Parteien Bulgariens, Griechenlands, Rumäniens und Südslawiens, die während des Weltkrieges von einander getrennt waren, reichen einander nun abermals brüderlich die Hand zu gemeinsamem Kampfe. In diesem feierlichen Augenblick, wo wir die gewaltsam zwischen uns aufgerichteten Scheidewände überwinden, halten wir es für unsere Pflicht zu erklären, daß wir jetzt einiger und geschlossener sind, denn je.

Während des wütenden, blutigen Zwists und des rasenden nationalistischen und chauvinistischen Wirbelsturms sind wir dem internationalen revolutionären Sozialismus und der brüderlichen Einigung der Balkan- und Donauvölker treu geblieben. Jetzt erklären wir, daß wir einen internationalen Teil der Kommunistischen Internationale bilden und daß wir ihr Programm und ihre Taktik voll und ganz teilen. Zusammen mit allen Werktätigen, die die rote Fahne des Proletariats tragen, begrüßen wir auf das Wärmste die russische Revolution und ihre große Schöpfung — die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik. Wir erklären unsere völlige Solidarität mit den für ihre Befreiung vom kapitalistischen Joch kämpfenden Arbeitermassen der ganzen Welt, und wir sehen im Triumph der internationalen Revolution der Arbeiter und armen Bauern die Rettung der Balkan- und Donauvölker von jeglicher Ausbeutung und jeglichem Druck.

Arbeiter und Bauern!

Die Imperialisten und Kapitalisten aller Länder haben zusammen mit ihren gekrönten Dienern in verbrecherischem Leichtsinn den Weltbrand entfacht, und jetzt, zwei Jahre nach dem Abschluß des „Friedens", sind sie nicht imstande, ihn zu löschen.

Die Balkan- und Donauländer bilden seit dem Jahre 1912 den Schauplatz fürchterlichsten Blutvergießens und grauenhaftester Verwüstung. Aber jetzt stehen die Völker dieser Länder vor der

Gefahr neuen Elends. Um ihr Räuberwerk im Osten zu vollenden und die Herrschaft des Kapitals in der ganzen Welt zu sichern, setzen die Imperialisten der Entente den Krieg gegen die Völker des ehemaligen Türkischen Reiches fort und hören nicht auf, die Russische Sowjetrepublik zu bekämpfen. Aber da die englischen, französischen, italienischen Arbeiter nicht mehr ihr Blut für die Interessen der Kapitals vergießen wollen, so nehmen die Regierungen dieser Länder ihre Zuflucht zum billigen Blut der Balkan- und Donauvölker, das die Bourgeoisie dieser Länder stets bereit ist, ihnen für ein kleines Almosen zu verkaufen. Die griechischen Arbeiter und Bauern sind das erste Opfer des Imperialismus der Entente und des Panhellinismus. Vor anderthalb Jahren haben sie in reichem Maße ihr Blut in Südrußland vergossen im Interesse der internationalen Gegenrevolution — gegen den Bolschewismus. Jetzt bedecken sie mit ihren Leichen die thrazischen Felder und kleinasiatischen Berge, als willenlose Werkzeuge der englischen, französischen und griechischen Bourgeoisie. Nach der Niederlage der polnischen gegenrevolutionären Truppen haben die englischen und französischen Imperialisten alles aufgeboten, um die rumänischen Arbeiter und Bauern in den Krieg gegen die siegreiche Rote Armee hineinzuziehen. An der Vorbereitung dieses teuflischen Planes nehmen auch die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten teil, die in blutigen Abenteuern den einzigen Ausweg aus der furchtbaren Krise im Innern des Landes und das einzige Mittel zur Unterdrückung der revolutionären Energie der Massen sehen. Den vom Kriege entkräfteten Völkern Südslawiens droht ebenfalls das Gespenst eines neuen Blutvergießens. Sie empfinden ebenfalls den Druck der großen westlichen „Verbündeten", die sich ihrer ebenso wie der Rumänen zum Kampf gegen die russische Revolution bedienen wollen. Andererseits rufen die italienischen und südslawischen Imperialisten beständig Zusammenstöße hervor, um die Herrschaft über das Adriatische Meer und über Albanien zu erlangen, und sie drohen jeden Augenblick den Brand eines neuen Krieges zwischen ihren Völkern zu entfachen. Auch dem besiegten bulgarischen Volke droht Gefahr. Sein Blut besitzt noch Wert, und unter der Form einer Revision des Friedensvertrags fuchteln die europäischen Imperialisten vor den Augen der bulgarischen Bourgeoisie abermals mit der zerfetzten Fahne der „nationalen Ideale" herum. Und die verkrachten und mit Schande bedeckten herrschenden Klassen sind bereit, das Blut der bulgarischen Arbeiter und Bauern noch einmal zu verkaufen.

Aber die Balkan- und Donauvölker sind jetzt schon nicht mehr das, was sie vor dem Kriege waren. Die entsetzliche Erfahrung

des anhaltenden Blutvergießens und der Zerstörung hat ihnen die Augen geöffnet, und das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern zeigt ihnen den rettenden Weg. Zusammengeschlossen unter der roten Fahne der kommunistischen Parteien und vereiningt in der Kommunistischen Balkan-Donauföderation erklären sie, daß sie es nicht mehr zulassen werden, daß man sie wie eine Herde Schafe zur Schlachtbank führt, um der räuberischen Interessen der Balkan-Donau- und der Weltkapitalisten willen. Mit allen Mitteln werden sie sich jedem Versuch widersetzen, sie abermals in einen Krieg zu stürzen, und mit allen Kräften werden sie für die Beendigung des Blutvergießens kämpfen. Mögen die herrschenden Klassen wissen, daß jegliches blutige Abenteuer ihrerseits die Revolution der Werktätigen beschleunigen wird, die ihnen die Macht aus den Händen reißen wird, um sie den Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten zu übergeben.

Andererseits haben die Imperialisten der Entente die Balkan- und Donauländer in eine Basis und ein Hinterland verwandelt für die Aktionen gegen die internationale proletarische Revolution. Hier organisierten sie im vorigen Jahr den Feldzug zur Einkreisung der Ungarischen Sowjetrepublik und zu ihrer blutigen Unterdrückung mit Hilfe der rumänischen Oligarchie. Das Proletariat der Balkan- und Donauländer, das das ungarische Proletariat begeistert begrüßte, als es das Joch seiner Gutsbesitzer und Kapitalisten von seinem Nacken abwarf und seinen eigenen proletarischen Staat gründete, drückt ihm jetzt, in den Tagen des grausamsten Terrors und schwerer Prüfungen seine tiefste Sympathie und seine Bereitschaft aus, ihm auf jede Weise zu helfen. Hier haben im vorigen Jahr die Räuber der Entente mit Hilfe ihrer Balkanlakaien auch ihren schmählichen Feldzug gegen Sowjetrußland organisiert, der von der revolutionären Wucht der Roten Armee zerschmettert wurde. Seit dieser Zeit ist die Balkanhalbinsel in ein Hinterland der russischen Gegenrevolutionäre verwandelt worden. An Denikin und Wrangel werden von hier Munition und Waffen geschickt, hier werden Freiwillige für sie angeworben . . . Die Balkanregierungen, die sich mit der Russischen Sowjetrepublik formell nicht im Krieg befinden, unterstützen die russischen Gegenrevolutionäre politisch, materiell und in militärischer Hinsicht. Die Arbeiter und Bauern der Balkan- und Donauländer, die Gefühle tiefer Sympathie und Dankbarkeit zum großen russischen Proletariat und Bauerntum hegen für ihre große Initiative und ihre machtvolle Unterstützung, erklären, daß ihre Länder nicht als Schauplatz dienen können für die Organisierung eines Feldzugs gegen die Russische Sowjetrepublik. Sie wünschen Frieden mit Sowjetrußland und schleunigste Her-

stellung normaler Beziehungen zu ihm. Sie fordern die Ausweisung aller russischen Gegenrevolutionäre aus ihren Ländern und die sofortige Einstellung jeder direkten oder indirekten Unterstützung der Armee Baron Wrangels. Aus den Balkan-Donauländern darf kein Geschoß abgesandt werden, das gegen die ruhmreiche Rote Armee Verwendung finden könnte.

Balkan- und Donauländer!

Viele gaben sich der Hoffnung hin, daß der Weltkrieg die vereinzelten und unterdrückten Völker vereinigen werde. Um der nationalen Vereinigung willen sind auch die Balkanvölker in den Krieg hineingezogen worden. Jetzt ist es allen klar geworden, daß der Krieg diese Aufgaben nicht gelöst, sondern die Völker nur noch mehr zersplittert und einer noch schlimmeren Unterdrückung unterworfen hat. Das bulgarische Volk ist in grausamster Weise zerstückelt und zerspalten worden. Seine kompakten Massen in Mazedonien, in Dobrudsha und in Thrazien befinden sich unter fremdem Joch. Unter dem Druck der rumänischen Oligarchie seufzen bedeutende nationale Minderheiten: Bulgaren und Türken in der Dobrudsha, Russen in Bessarabien, Ungarn und Deutsche in Siebenbürgen, Slawen im Banat usw. Der südslawische Monarchismus und Imperialismus hat eine grausame Macht ausgedehnt über Mazedonien und einen Teil von Albanien, über Ungarn und Deutsche in der Wojewodschaft und über italienische Bevölkerungsgruppen in Dalmatien. Die griechische Oligarchie, bis zur Selbstvergessenheit berauscht vom Ideal des Byzantinischen Reichs, hat ihrer Herrschaft große Massen von Bulgaren, Türken und Albaniern unterworfen und setzt in Kleinasien den Raub ausgedehnter fremder Gebiete noch fort. Die italienischen Imperialisten haben das albanische Volk in ihren herzlosen Klauen zusammengepreßt und suchen es endgültig zu versklaven. Aber die Methoden des imperalistischen Krieges haben auch den Siegern keine völlige nationale Einigung sichern können. Außerhalb der Grenzen Südslawiens sind unter italienischem Joch bedeutende Gruppen von Slawen verblieben, und eine bedeutende Anzahl von Griechen in Konstantinopel und an anderen Orten verbleiben ebenfalls außerhalb der Grenzen des griechischen Staates.

Folglich hat der imperialistische Krieg den Völkern eine neue Versklavung, eine neue Zerrissenheit gebracht, hat die Idee der Vereinigung der Völker und ihrer Zusammenarbeit kompromittiert, neue Quellen internationaler Feindschaft geschaffen und den Samen neuer, noch schrecklicherer Zerwürfnisse und Kriege ausgestreut.

Die kommunistischen Parteien der Balkan- und Donauländer

erklären sich, wie schon vor dem Kriege, so auch jetzt als Feinde jeglicher nationaler Bedrückung und Gegner der Versklavung eines Volkes oder eines Volksteiles durch ein anderes Volk. Wir verkündigen die vollste nationale Freiheit und Gleichheit aller Balkan- und Donauvölker und das Recht eines jeden von ihnen, auf Selbstbestimmung. Zugleich aber erklären wir, daß bei dem herrschenden nationalen Zwist in diesen Ländern die Vereinigung dieser Völker nur im Rahmen einer Föderativen Balkan-Donausowjetrepublik möglich ist, die allein imstande wäre, ihren Völkern gleiche Rechte und die gleiche Entwickelungsmöglichkeit zu sichern. Der erste bedeutende Schritt zu ihrer Vereinigung ist von den kommunistischen Parteien unternommen worden, die die Kommunistische Balkan-Donauföderation gebildet haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Stadt- und Landproletariat, zusammengeschlossen in den kommunistischen Organisationen und in der kommunistischen Föderation zum gemeinsamen Revolutionskampf, nach der Eroberung der Macht und der Bildung von Arbeiter- und Bauernräten unverzüglich zur Schaffung einer Sozialistischen Balkan-Donausowjetrepublik schreiten wird, in der alle Völker und Gebiete freie, gleichberechtigte und sich selbst verwaltende Mitglieder sein werden.

Arbeiter! Arme Bürger und Bauern!

Nirgends sind die zerstörenden Folgen des Weltkrieges so schrecklich und gewaltig gewesen, wie auf dem Balkan. Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Serbien, mit einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 22 Millionen, haben im Kriege an Gefallenen und Verstorbenen etwa 2 700 000 Mann verloren, d. h. 12,5 Prozent ihrer Gesamtbevölkerung. Alle Balkangebiete, die Kriegsschauplätze gewesen sind, sind buchstäblich verwüstet, ruiniert und ausgeplündert. Das landwirtschaftliche Inventar ist zerstört, das Arbeitsvieh fortgetrieben oder vernichtet. Die Bevölkerung des Balkan ist nicht imstande, jetzt auch nur zwei Drittel des Bodens zu bearbeiten, den sie vor dem Kriege bearbeitet hat. In nicht geringerem Grade hat der Zerstörungsprozeß auch die anderen Gebiete der Volkswirtschaft ergriffen. Die Wälder sind ausgehauen und vernichtet, die Bahnen wie alle Verkehrs- und Verbindungsmittel zerstört. Die Naphtaquellen und Schächte sind zerstört und beschädigt, die Maschinen und Instrumente in den Industrieunternehmungen vernichtet oder abgenutzt. Dem ganzen Wirtschaftsleben dieser Länder ist ein schwerer, zerschmetternder Schlag versetzt. Die Kriege haben alle Kulturerrungenschaften der Balkanländer zunichte gemacht, ihren relativen Wohlstand vernichtet und sie in tiefes Elend gestürzt.

Nicht weniger schwer ist der finanzielle Zusammenbruch der Balkanstaaten. Bulgarien ist eine riesige Kontribution auferlegt worden, und die übrigen Balkanstaaten sind belastet mit entsprechenden Teilen der Schulden jener Mächte, deren Gebietsteile ihnen angegliedert worden sind. Die Schulden der Balkanstaaten erreichen jetzt viele Milliarden. Gleichzeitig sind die Staatsbudgets zu unglaublicher Höhe gestiegen. Diese Budgets, die von der ruinierten Volkswirtschaft nicht getragen werden können, schließen mit riesigen Defizits ab, zu deren Deckung die Balkanregierungen keine anderen Mittel und Quellen besitzen, als den unbegrenzten Druck von Papiergeld. Aber das verschärft die finanzwirtschaftliche Krise nur noch mehr. Somit droht also allen Balkanländern der unvermeidliche Bankrott.

Aber die wirtschaftliche Zerrüttung und der finanzielle Zusammenbruch der kleinen Staaten sind notwendige Vorbedingungen für ihre wirtschaftliche Unterjochung, und die räuberischen Kapitalisten der Entente haben ihren Eroberungsfeldzug bereits begonnen. Sie eignen sich unverfroren alle Quellen des Reichtums der erschöpften Balkanvölker an. Sie haben sich der wichtigen Wasserader, der Donau, sowie der ganzen Donau- und Seehandelsflotte bemächtigt; sie haben Absichten auf die rumänischen Naphthaquellen, über deren Aufteilung zwischen England und Frankreich bereits ein Sondervertrag abgeschlossen ist; sie kaufen die Aktien der industriellen und kommerziellen Großunternehmen auf, haben ausgedehnte Ländereien erworben und legen ihre Räuberhand auf alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Balkan- und Donauländer.

Trotz des entsetzlichen Ruins der Volkswirtschaft während des Krieges fand andererseits eine schwindelnd rasche Anhäufung riesiger Reichtümer in den Händen der Balkanbourgeoisie statt. Wie aus dem Boden gestampft entstanden eine Menge von Banken, Aktiengesellschaften und Großfirmen mit Millionenkapital, die eine zügellose und rasende Spekulation begannen und den ganzen Handel faktisch monopolisierten. Die auf Kosten der Volksmassen erworbenen Kapitalien werden nicht zur Hebung und Verbesserung der produktiven Kräfte des Landes verwandt, sondern zu rasender Spekulation benutzt, die mit jedem Tage die Teuerung erhöht, somit bilden sie ein Mittel, den breiten werktätigen Volksmassen die letzten Pfennige aus der Tasche zu ziehen.

Die sozialen Folgen aller dieser Erscheinungen machen sich schon geltend. Die Balkan- und Donauvölker sind bereits in zwei feindliche Gesellschaftsklassen geteilt. Auf der einen Seite steht das Häuflein von Bankiers, Schiebern, Händlern, Fabrikanten und Gutsbesitzern, die über große Reichtümer verfügen, im Luxus leben

und die Zeit in ununterbrochenen Schwelgereien hinbringen, auf der anderen Seite — die gewaltigen Massen der städtischen und ländlichen Arbeiter und Angestellten, der besitzlosen und besitzarmen Stadt- und Landbewohner, die erliegen unter der Last übermäßiger Arbeit und Arbeitslosigkeit, die chronisch hungern, den Epidemien und sozialen Lastern zum Opfer fallen, degenerieren, verelenden und umkommen wie die Fliegen. Die zwischen diesen beiden Klassen stehenden Mittelschichten zersetzen sich rasch und gehen entweder in die eine oder die andere Klasse über. Während sich der Bourgeoisie die Aussicht auf grenzenlose Bereicherung, auf ein luxuriöses, schwelgerisches Parasitenleben eröffnet, gähnt vor den werktätigen Massen ein Abgrund schwarzen Elends; für sie sind nur Krankheiten, Leiden und der Tod vorauszusehen. Diese soziale Krise, die gegenwärtig alle Völker durchmachen, hat in den Balkan- und Donauländern unerträglich schwere Formen angenommen.

Bürger, werktätige Bauern! Wie gedenken die herrschenden Klassen der Balkanländer die entsetzliche wirtschaftliche Zerrüttung zu überwinden; wie gedenken sie dem Finanzbankrott vorzubeugen; wie werden sie ihre Völker von der ihnen drohenden wirtschaftlichen Versklavung retten; wie werden sie die schweren sozialen Folgen des Krieges beheben?

Zum Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung wissen sie nur ein Rezept: völlige Freiheit und unbeschränkte Macht des Kapitals. Und sie proklamieren schon die Notwendigkeit des „freien" Handels, was soviel ist wie die unkontrollierte und unbegrenzte Ausraubung der Volksmassen. Sie tasten die Arbeitsschutzgesetze an und suchen die Arbeiterorganisationen anzugreifen, um die unbeschränkte kapitalistische Ausbeutung wiederherzustellen. Aber die Arbeiterklasse will sich der unbeschränkten Ausbeutung nicht mehr unterwerfen. Tagtäglich brechen nie dagewesene Konflikte aus, die die ganze Produktion erschüttern. Es wird klar, daß unter der Herrschaft des Kapitals keinerlei Produktion noch Aufbau möglich ist. Der Kapitalismus wird der wirtschaftlichen Zerrüttung nicht Herr werden: er wird sie nur noch mehr vergrößern.

Um einem Finanzbankrott vorzubeugen, wissen die Kapitalisten kein anderes Mittel, als eine endlose Besteuerung der breiten Arbeitermassen mit indirekten Steuern. Die Besteuerung der Kapitalisten und Großeinnahmen ist nur ein Mittel, um den Volksmassen Sand in die Augen zu streuen. Aber die Erhöhung der indirekten Steuern steigert die Lebensteuerung nur noch mehr und verschärft noch mehr die soziale Krise. Die sozialen Konflikte

und Zusammenstöße werden mit jedem Tage häufiger. Es ist klar, daß keinerlei indirekte Steuern den Staat vom Finanzkrach retten können. Der Bankerott der Balkanstaaten ist unvermeidlich, die kapitalistischen Klassen sind nicht mehr fähig, die Staaten zu verwalten.

Die Balkanbourgeoisie ist auch nicht imstande, der wirtschaftlichen Versklavung des Balkans durch fremde Kapitalisten zu widerstehen. Im Gegenteil, sie trägt noch dazu bei. Sie unterstellt ihre eigenen Reichtümer einer fremden Flagge. Ihre einzige Sorge ist es jetzt, sich einen entsprechenden Teil von den Produkten der Volksarbeit zu sichern. Die Balkanbourgeoisie führt ihr verräterisches Werk eifrig zu Ende. Sie beweist vor der ganzen Welt ihre Unfähigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung der Balkanvölker zu leiten.

Unterstützt von den Sozialpatrioten und Kompromißlern, die dem Proletariat und dem Sozialismus noch einmal untreu geworden sind, versuchte die Bourgeoisie durch das Versprechen grundlegender Reformen die Erregung des Volkes zu beruhigen. Aber das Reformwerk der Sozialpatrioten brach bald zusammen, und die ganze soziale Politik der Bourgeoisie erwies sich als ein neuer Betrug. Die grausame Ausbeutung der Arbeit verstärkt sich unaufhörlich, die Uebeltaten und die Willkür der Kapitalisten breiten sich immer mehr aus, die landlosen Bauern bleiben auch weiter ohne Land, die Teuerung wächst, die werktätigen Massen verkommen im Elend. Gleichzeitig wächst auch ihre Empörung. Die Massen veranstalten Demonstrationen, protestieren, drohen . . . Als Antwort darauf haben die Balkanregierungen, die getreuen Diener der Kapitalisten und Gutsherren, ihre wahre Natur gezeigt; sie haben zur Unterdrückung des Volksunwillens mit Waffengewalt und zur Niederwerfung der Unruhen durch die Militärdiktatur gegriffen.

Auf dem Balkan herrscht jetzt schwarze politische Reaktion. Unter ihrem Schutz haben die griechischen Imperialisten ihr neues blutiges Werk in Thrazien und Kleinasien begonnen, ohne auf irgendwelche Proteste zu achten. Die südslawische, monarchistische und imperialistische Oligarchie, die nicht den Mut hat, die Wahlen vermittelst der zügellosen Militärdiktatur durchzuführen, ersäuft die mächtige Arbeiterbewegung in Blut. Das bulgarische Stadt- und Landproletariat seufzt unter dem grausamen Joch der dünkelhaften und zynischen Dorfbourgeoisie, die die Staatsgewalt zur Befriedigung ihrer räuberischen Gelüste benutzt. Die rumänischen Gutsherren und Kapitalisten, die die Maske von Volksbeglückern vorgenommen haben, greifen zu gewissenlosen Ver-

suchen, um die Massen zu demoralisieren, und zum Terror, um die Verbindung zwischen den eroberten Ländern und Altrumänien zu festigen und den starken Unwillen der Arbeiter niederzuhalten. Kriegszustand, Zensur, Rechtlosigkeit, Standgerichte — das ist das Regime, dem die Balkan- und Donauländer unterworfen sind.

Die Spitze der militaristischen Reaktion der Kapitalisten und Gutsherren ist ausschließlich gegen die kommunistische Bewegung gerichtet. Nicht umsonst haben die kommunistischen Parteien, die aus den aufgeklärtesten, idealsten und ergebensten Elementen des Stadt- und Landproletariats bestehen, den Haß der herrschenden Klassen auf sich gelenkt. Durch die scharfe Kritik der bürgerlichen Ordnung und der bürgerlichen Politik aller bürgerlichen, kleinbürgerlichen und sozialpatriotischen Parteien erwecken die Kommunisten das revolutionäre Bewußtsein der werktätigen Massen; sie organisieren und vereinigen alle Bedrückten und Ausgebeuteten zu wohlausgebildeten Kampforganisationen; sie stehen stets in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung. Die kommunistischen Parteien unterdrücken, heißt auf lange hinaus die revolutionäre Bewegung der werktätigen Massen unterdrücken. Deshalb werden die Kommunisten aller Balkanländer den grausamsten Verfolgungen ausgesetzt und sind als vogelfrei erklärt: überall sind die Gefängnisse überfüllt mit Kommunisten, die Kriegsgerichte fällen über sie drakonische Urteile. Zur Ausrottung des Kommunismus sind alle Mittel erlaubt. Aber trotz alledem wächst die kommunistische Bewegung in den Balkan- und Donauländern gigantisch empor; die kommunistischen Parteien wachsen und erstarken ununterbrochen. Die Arbeiter und die bedrückten Massen brechen alle Beziehungen zu den bürgerlichen Parteien ab, wenden sich verächtlich weg von den Sozialpatrioten, diesen Verrätern am Sozialismus und an der Arbeiterbewegung, und schließen sich offen den kommunistischen Parteien an. In den Balkanländern ist schon keine Arbeiter- und Volksbewegung außerhalb des Kommunismus, außerhalb der Kadres der kommunistischen Parteien mehr möglich.

Arbeiter und Bauern!

Die Herrschaft des Kapitalismus und der kapitalistischen Gutsbesitzerklassen nähert sich rasch ihrem historischen Ende.

Die wirtschaftliche Zerrüttung, der Finanzbankrott, die soziale Degenerierung, die wirtschaftliche und politische Sklaverei der werktätigen Massen — das sind ihre Ergebnisse. Und als Folge von alledem — eine tiefe soziale und politische Krise. Unfähig, damit fertig zu werden, sind die herrschenden Klassen nur noch darum besorgt, wie sie ihre Macht bewahren können. Sie haben

eine Epoche der schonungslosen kapitalistisch-militärischen Diktatur eröffnet.

Der einzige Ausweg aus dieser Lage ist, wie die große russische Revolution gezeigt hat; die Revolution der Arbeiter- und Bauern der Balkan- und Donauländer. Die gegenwärtig herrschende Klasse der Kapitalisten und Gutsherren muß gestürzt, die Staatsgewalt muß ihren Händen entrissen und den organisierten Arbeiter- und Bauernräten übergeben werden. Statt der kapitalistischen und gutsherrlichen Diktatur zur Bedrückung der werktätigen Massen muß die Diktatur der gewaltigen Volksmehrheit — die Diktatur der Arbeiter und besitzarmen Bauern — aufgerichtet werden, zwecks unverzüglicher Enteignung und Uebergabe an das arbeitende Volk aller großen Landwirtschaften, kapitalistischen Unternehmungen, Fabriken, Banken und Privatkapitalien und zwecks Annullierung der Staatsschulden. Durch die Diktatur können die werktätigen Klassen, die sich auf eine einige, geschlossene und disziplinierte rote Arbeiter- und Bauernklasse stützen, die Arbeit endgültig von allen kapitalistischen Fesseln befreien und an die Errichtung einer neuen kommunistischen Gesellschaft gehen, in welcher derjenige, der arbeitet, essen, und der, welcher schafft, regieren wird.

Die Revolution der Arbeiter und Bauern der Balkan- und Donauländer ist unvermeidlich. Sie reift rasch heran. Massenstreiks, Demonstrationen und blutige Zusammenstöße zeugen von der sich ausbreitenden Unzufriedenheit der werktätigen Massen mit der gegenwärtigen kapitalistisch-gutsherrlichen Ordnung. Die Massenabstimmung für die kommunistischen Parteien bei den Wahlen zeigt anschaulich, wohin die Blicke der Werktätigen gerichtet sind. Die kommunistischen Parteien des Balkans organisieren ihre Kräfte schnell, und die Vereinigung dieser Parteien zu einer Kommunistischen Balkan-Donauföderation zeigt, daß sie die Entwicklungsbedingungen der proletarischen und Bauernrevolution in ihren Ländern klar erfassen. Der Bourgeoisie, die in jedem einzelnen Lande auf die Gefahr eines feindlichen Ueberfalls im Falle einer inneren Revolution hinweist, stellen sie die kommunistische Einigkeit der werktätigen Massen in allen Balkan- und Donauländern gegenüber. Dem unvermeidlichen Zusammenschluß der gegenrevolutionären Bourgeoisie des Balkans in dem Augenblick, wo die Revolution ihre Herrschaft bedrohen wird, setzen die kommunistischen Parteien des Balkans gegenüber die revolutionäre Einheitsfornt der Arbeiter und Bauern des Balkans und ihre brüderliche Solidarität mit dem revolutionären Proletariat der ganzen Welt.

Bürger und arbeitende Bauern des Balkans und der Donauländer!

Die proletarische Revolution ist die unvermeidliche und unaufschiebbare Aufgabe des Augenblicks, den wir durchleben. Sie ist entbrannt im Schoße des großen russischen werktätigen Volkes, sie hat in dem unermeßlichen Lande der ehemaligen russischen Zaren vollkommen triumphiert und ihre Flammenzungen lecken schon an den zerfallenden Organismen der kapitalistischen Staaten Mittel- und Westeuropas und Amerikas mit ihren ausgedehnten kolonialen Besitzungen.

Alle ausgebeuteten, versklavten und geknechteten Volksmassen des Ostens und der ganzen Welt erwachen und erheben sich zum Kampf gegen den Weltkapitalismus und Imperialismus. Die Grundlagen der machtvollen kapitalistischen Staaten sind ins Wanken geraten. An der Spitze dieses gigantischen Kampfes steht die große russische Sowjetrepublik mit der Kommunistischen Internationale, die die kommunistischen Parteien aller Länder vereinigt. Pflicht aller Werktätigen ist es, sich unter die entrollte kommunistische Fahne zu stellen. Es ist die Pflicht der werktätigen Massen und der bedrückten Völker der Balkan- und Donauländer, sich zusammenzuschließen in den Reihen der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Balkan-Donauföderation, um den großen Kampf für den Triumph des Kommunismus zu beginnen.

Nieder mit der kapitalistischen und gutsherrlichen Balkan- und Donaubourgeoisie!

Nieder mit der internationalen Gegenrevolution!

Es lebe die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Kommunistische Balkan-Donauföderation!

Es lebe die internationale Revolution!

10. August 1920.

Die Kommunistische Balkan-Donauföderation.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens:
D. Blagojew, W. Kolarow, Chr. Kabaktschejew,
G. Dimitrow, T. Lukanow, N. Penow, T. Kirkowa.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Südslawiens.
W. Miritsch, W. Topitsch, D. Marjanowitsch,
D. Zekitsch, S. Miloikowitsch, L. Stefanowitsch,
P. Pawlowitsch, S. Markowitsch, F. Filippowitsch.

Für das Zentralkomitee der Sozialistischen
(Kommunistischen) Partei Griechenlands:
N. Dimitratos.

An die Arbeiter aller Länder.

Resolution der vereinigten Sitzung der Vorstände der Revaler Gewerkschaften und der Arbeiterältesten am 23. August 1920.

Brüder! Am 3. August d. J. begann auf allen Revaler Betrieben, Fabriken und Werkstätten ein wirtschaftlicher Streik gemäß dem einstimmigen Beschluß der vereinigten Sitzung der Gewerkschaftsleitungen und der Arbeiterältesten vom 29. Juli, angesichts dessen, daß die Kapitalisten und ihre Regierung sich geweigert hatten, die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter auch nur zu erörtern.

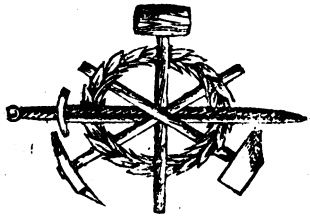
Schon in der Nacht auf den 4. August begannen die Verhaftungen. Der Generalgouverneur veröffentlichte eine Verfügung, laut welcher die Eisenbahner und die Post- und Telegraphenbeamten im Streikfalle auf administrativem Wege mit Haft bis zu 3 Monaten bestraft werden. Aber da die Streikbewegung nichtsdestoweniger um sich griff, so erklärte die Regierung am 6. August, daß die Teilnahme an einem Streik unter die Militärgerichtsbarkeit fällt, und steigerte die Strafmaße nach den vom Zaren übernommenen Paragraphen des Strafgesetzbuches bis zur Todesstrafe. Gleichzeitig wurden Panzerzüge herbeigeholt, um den Streik zu unterdrücken. Es begannen Massenverhaftungen unter den Arbeitern. Es begann eine bestialische Hetze gegen die Maschinisten: sie wurden mit den Bajonetten zur Arbeit gezwungen. Während der Erholungszeit hielt man sie in einem Schuppen unter Bewachung wie Sklaven.

In der Nacht auf den 9. August verurteilte das Feldkriegsgericht den Vorsitzenden des Eisenbahnerverbandes und viele Mitglieder der Verbandsleitung zu Gefängnisstrafen von 2½ bis 4 Jahren. 23 Arbeiter wurden auf administrativem Wege zu insgesamt 56 Monaten Gefängnis verurteilt. 61 Arbeiter, darunter Vorstandsmitglieder des Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten, wurden in verriegelten Güterwagen an die Grenze gebracht, um nach Rußland ausgewiesen zu werden.

Alle Vorstandsmitglieder der Verbände der Eisenbahner und der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten, mit Ausnahme der gelben, und viele Gewerkschaftsführer befinden sich in der Verbannung, und beide Verbände sind für die ganze Dauer des Kriegszustandes geschlossen worden, der, wie es scheint, bis zum letzten Tage des Lebens der kapitalistischen Regierung Estlands andauern wird.

Infolge dieser maßlosen Willkür und bestialischen Gewalttat der Regierung wurde der Streik unterdrückt, der zwei Wochen dauerte und mit der vollen Niederlage der Arbeiter endete. Die Kapitalisten zahlen ihnen nach wie vor 50 Mark täglich, während wir 296 Mark fordern. Daraus kann man schließen, wie nützlich für die Klasse der Bedrücker der sogenannte „demokratische" Staat ist, der auf Grund des vom Zaren übernommenen und auf gegenrevolutionärem Wege wiederhergestellten „allgemeinen Gouvernementsgesetzbuches" verwaltet wird.

Arbeiter aller Länder! Auf die Entente und in erster Linie auf die englische kapitalistische Regierung stützt sich die Diktatur der Bedrückerclique in Estland. Euer Kampf zum Sturz Eurer „eigenen" Regierung wird auch uns helfen, den Kampf mit der Diktatur der Bourgeoisie in Estland siegreich zu Ende zu führen. Darum erhebt Euch zum Kampf unter dem Banner der Dritten Internationale!



VON DER TÄTIGKEIT DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE



Offenes Schreiben an alle Mitglieder der Unabhängigen Partei Deutschlands.

An den Außerordentlichen Parteitag in Halle.

Genossen!

Euer Parteitag in Halle soll einen Beschluß fassen, der eine weltgeschichtliche Bedeutung haben wird. Seit einigen Wochen ist Eure gesamte Parteipresse mit der Erörterung der Frage über die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale beschäftigt, die von dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale ausgearbeitet wurden. Der größte Teil Eurer Zeitungen, die sich in den Händen von Bureaukraten und Opportunisten befinden (geradeso wie in den guten alten Zeiten der Vereinigten Sozialdemokratischen Scheidemannpartei), entstellen diese Bedingungen und versuchen, Euch von der einheitlichen internationalen proletarischen Gemeinschaft loszureißen, um Euch wie früher in den Händen der rechten Führer zu belassen. Am Vorabend des Parteitages, der für Euch eine so ungeheure Bedeutung haben wird, hält es das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale für seine Pflicht, sich mit vorliegendem Schreiben an Euch zu wenden, das aus unseren Verhandlungen mit Eurer Zentrale und den Diskussionen, die jetzt in Eurer Presse stattfinden, das Fazit ziehen soll.

Vor dem Eintreffen der Delegierten der Zentrale der U. S. P. D. in Moskau.

Erinnert Euch, wie sich die Sache vor dem Eintreffen der Delegierten Eurer Zentrale in Moskau verhielt. Nach Eurem Leip-

ziger Parteitag, auf welchem durch den Druck der Arbeiter, trotz des Widerstandes der opportunistischen Führer, ein prinzipieller Beschluß über den Anschluß Eurer Partei an die Kommunistische Internationale gefaßt wurde, wandte sich das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit einem offenen Schreiben an Eure Partei. Wir legten in diesem Schreiben genau und ausführlich dar, worin die rechten Führer der Partei vom Sozialismus abweichen. Wir stellten die Frage, was die Diktatur des Proletariats ist, welche Eure rechten Führer als Lippenbekenntnis anerkennen, in der Tat aber jeden Tag und jede Stunde sabotieren. Wir stellten die Frage, ob man die Idee der Sowjetmacht mit der Idee der „reinen Demokratie", d. h. die Idee der Sowjetrepublik mit der Konstituante, vereinigen könne. Und wir wiesen nach, daß eine solche Vereinigung, die von Hilferding und Konsorten gepredigt wurde, nichts anderes ist als ein Versuch, die Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie, also Feuer mit Wasser zu vereinigen. Wir stellten in diesem Brief die Frage, ob eine solide proletarische Partei, die die sozialistische Revolution in einem Milieu vorbereitet, wo die Bourgeoisie bis zu den Zähnen bewaffnet ist, wo die Weißgardisten unsere besten Führer ermorden, wo der Belagerungszustand gegen die Arbeiterklasse in jedem beliebigen Augenblick die Schlinge um den Hals der Partei zuziehen kann, ob die Partei in einem solchen Milieu ohne illegale Organisation auskommen kann. Einige Monate lang verzögerten die rechten Führer Eurer Partei die Veröffentlichung unseres Schreibens. Sie verheimlichten es absichtlich vor Euch, und nach einigen dringenden Anfragen unsrerseits, warum unser Schreiben nicht veröffentlicht werde, wies die Zentrale Eurer Partei auf den lächerlichen Grund hin, daß in Deutschland Papierkrise herrsche. Dann wandten wir uns über die Häupter Eurer rechten Führer hinweg an die örtlichen Organisationen mit der Aufforderung, die Sabotage der Hilferding und Crispien zu brechen und Delegierte von den örtlichen Organisationen auf unseren Kongreß zu entsenden. Etwa um dieselbe Zeit brachen die Dittmann und Hilferding nach Schluß der Wahlkampagne für den Reichstag ihr Gelübde des Schweigens und veröffentlichten, allerdings in stark verkürzter und vollkommen tendenziöser Darstellung, unser Schreiben, auf das uns die Zentrale Eurer Partei eine Antwort erteilte, die ganz und gar im Geiste des Renegaten Kautsky verfaßt war.

Um die Reise der Vertreter großer örtlicher Organisationen der Unabhängigen Partei zu uns zu verhindern, beschlossen die rechten Führer Eurer Zentrale, auf einen Kompromiß einzugehen und sahen sich gezwungen, selbst nach Moskau zu kommen. Den

Anschluß an die III. Internationale suchten sie trotzdem zu verhindern, nicht bloß durch eine Verschiebung des Kampffeldes der Auseinandersetzung und durch willkürliche Auslegung der Aufnahmebedingungen. Nein, auch durch Verleumdung und Beschimpfung Sowjetrußlands und des russischen Proletariats.

Verhandlungen in Moskau.

Die Delegation Eurer Zentrale bestand, wie Euch bekannt ist, aus vier Personen: Crispien und Dittmann, die Führer des rechten, und Däumig und Stöcker, die Vertreter des linken Flügels. Wir wissen nicht, aus welchen Gründen, aber im Namen der Partei traten wenigstens im Anfang nur die beiden ersten auf. Erst nach Beendigung des Kongresses, auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, als wir die Frage direkt stellten, trennten sich Däumig und Stöcker völlig von Crispien und Dittmann.

Die Verhandlungen mit den Delegierten der Unabhängigen Partei in Moskau dauerten lange. Diese Delegierten nahmen auf unsere Aufforderung hin mit beratender Stimme an der Arbeit des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale teil. Sie nahmen auch an der Arbeit der wichtigsten Kommissionen des Kongresses teil, die die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale ausarbeiteten. Und schließlich wurde mit ihnen auf mehreren Sitzungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale eingehend diskutiert. Ein Teil der Delegierten des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale hielt die Zulassung solcher Leute wie Dittmann und Crispien zu einem kommunistischen Kongreß für eine Schande. Dieser Teil der Delegierten forderte von uns, daß wir solche Leute nicht zum Kongreß zulassen sollten. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale konnte sich mit diesem Einspruch nicht einverstanden erklären. Wir ließen Eure gesamte Delegation zum Kongreß zu, darunter auch die rechten Führer, erstens aus Achtung vor Euch, Arbeiter der U. S. P. D. Wir wußten und wir wissen, daß Hunderttausende von Arbeitern, die in den Reihen der Unabhängigen Partei organisiert sind, im Herzen mit uns sind und die Ansichten der Kommunisten teilen. Wir wissen, daß Tausende und Abertausende von Euch noch jetzt in den „republikanischen" Kerkern schmachten, weil sie ehrlich die Sache der Revolution verteidigt haben. Solange Ihr selbst Eure rechten Führer nicht verjagt habt, wollten wir keinen einzigen Schritt tun, der unter uns Zwietracht säen konnte. Und dann — wir verheimlichen es Euch nicht, Ge-

nossen — hatten wir noch ein anderes Ziel. Wir wollten die Crispien und Dittmann den Vertretern des internationalen revolutionären Proletariats Auge in Auge gegenüberstellen. Wir wollten sie den Vertretern der kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt leibhaftig zeigen, wie sie sind. Wir wollten Crispien und Dittmann zwingen, Farbe zu bekennen. Wir wollten ihnen die Möglichkeit nehmen, sich diplomatisch hinter literarischen Formeln zu verstecken, und wir haben dieses Ziel erreicht.

Der wichtigste ideelle Träger der gegenrevolutionären Anschauungen unter den rechten Führern der Unabhängigen Partei ist, wie bekannt, Karl Kautsky. Dieser Renegat des Sozialismus ist während der letzten Jahre der Prophet aller schwankenden Elemente des „Zentrums" in allen Ländern. Die Werke Kautskys werden mit gleichem Vergnügen von der gegenrevolutionären Bourgeoisie der ganzen Welt zitiert. Als das Bureau der Zweiten Gelben Internationale unlängst die Partei Scheidemanns nach ihren Anschauungen über die Demokratie befragte, sandten Scheidemann und Konsorten in einem Umschlag die letzte Broschüre Kautskys mit dem Vermerk, daß die deutsche Sozialdemokratie völlig die Anschauung Kautskys teile. In allen weißgardistischen Organen der russischen Zarengeneräle, die von Baron Wrangel in der Krim herausgegeben werden, die früher von Denikin in Südrußland herausgegeben wurden, usw., finden wir unzählige Abdrucke der Artikel Kautskys.

Als wir Crispien und Dittmann die Frage stellten, wie sie sich zu den Werken Kautskys verhalten, haben Crispien und Dittmann so manches Mal öffentlich erklärt, daß sie mit Kautsky nichts gemein haben, daß Kautsky gar keinen Einfluß in der Partei der Unabhängigen habe. Jedoch alle Delegierten, die auf dem Kongreß anwesend waren, konnten sogleich feststellen, daß dieselben Crispien und Dittmann in den wichtigsten Fragen des internationalen Sozialismus, ohne es selbst zu merken, Wort für Wort die Grundideen Kautskys wiederholten, desselben Kautsky, der angeblich gar keinen Einfluß auf die deutschen Unabhängigen hat.

Für uns ist Kautsky selbstverständlich nicht als einzelnes Individuum, nicht einfach als Schriftsteller wichtig. Wir wissen ja, daß es so ist, daß unter Euch Arbeitern die Ideen Kautskys keinen Erfolg haben, daß Ihr Kautsky selbst mit der Verachtung straft, die dieser alte Renegat verdient. Aber die Politik der Oberschichten Eurer Partei, die Politik des rechten Flügels der Zentrale Eurer Partei, vertritt zweifellos gerade die Ideen Kautskys, als deren Verbreiter Hilferding auftritt. Kautsky ist wichtig für uns als Vertreter einer ganzen Richtung, die ihrem Wesen nach durch-

aus reaktionär, den Interessen der proletarischen Revolution durchaus feindlich ist.

Nach Beendigung der Arbeiten des Kongresses, als die Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale bereits genau ausgearbeitet waren, stellten wir Euren vier Vertretern offiziell die Frage, wie sie sich zu diesen Bedingungen verhalten. Die Genossen Däumig und Stöcker antworteten, daß sie mit den angenommenen Bedingungen völlig solidarisch seien und innerhalb der Partei dafür kämpfen würden, daß sich die Partei unverzüglich unter diesen Bedingungen an die Kommunistische Internationale anschließt. Crispien und Dittmann konnten sich nicht entschließen, direkt verneinend zu antworten. Sie erklärten, daß sie im großen und ganzen mit den Bedingungen einverstanden seien und nur ihr Bedauern über die beiden letzten Punkte dieser Bedingungen äußern müßten, die ihres Erachtens unnütz die Forderungen verschärften. Als sie aber nach Deutschland zurückgekehrt waren, wandten sie sich in schärfster Weise dagegen. Dittmann und Crispien erklärten für schwarz, was sie selbst gestern für weiß erklärt hatten, und begannen eine wütende Hetze und Demagogie gegen die Kommunistische Internationale und Sowjetrußland.

Warum sich die rechten Führer der Unabhängigen mit der Einberufung des außerordentlichen Parteitages beeilen.

Die von dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale gefaßten Beschlüsse erstrecken sich auf die wichtigsten Fragen, vor denen die Arbeiterklasse der ganzen Welt steht. Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat folgende Fragen behandelt: 1. Die Grundaufgaben des Kommunismus, 2. die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale, 3. die geschichtliche Rolle der Kommunistischen Partei vor und nach dem proletarischen Umsturz, 4. die Agrarfrage, 5. die Nationalitäten- und Kolonialfrage, 6. Gewerkschaften und Betriebsräte, 7. die Bedingungen der Bildung von Arbeiterräten, 8. der Parlamentarismus und seine Rolle in der proletarischen Revolution, 9. Statuten der Kommunistischen Internationale usw. Es dauert selbstverständlich einige Zeit, bis die vorgeschrittenen Arbeiter, die unseren Bruderparteien angehören, sich in diesen wichtigsten Fragen orientieren können. Angesichts dieser Tatsache hat der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale besonders betont,

daß er jeder Partei mindestens vier Monate Zeit zur Diskussion dieser Fragen läßt, damit alle Parteien dann einen Beschluß fassen können, der die Ansichten der Arbeiter auch wirklich zum Ausdruck bringt. Eure Partei, die etwa 1 Million Mitglieder zählt, bedarf selbstverständlich auch der Zeit, um alle diese Fragen zu erörtern.

Was haben aber die Hilferding und Dittmann getan? Sie haben absichtlich die Einberufung des außerordentlichen Parteitages beschleunigt. Sie haben den Vorschlag der linken Unabhängigen abgelehnt, diesen Parteitag erst etwa 2 Monate später einzuberufen, nachdem das Gros der Arbeiter, die Mitglieder der Partei, die Möglichkeit gehabt haben, die oben angeführten Fragen zu erörtern. Der außerordentliche Parteitag wurde anfangs auf den 20. Oktober festgesetzt, später aber auf den 12. Oktober. Es wurden Euch bloß etwa 3—4 Wochen der Zeit für die Diskussion gelassen, und auch während dieser Zeit wurde alles Mögliche getan, damit die Diskussion nur in den Oberschichten der Partei geführt werde.

Diese bewußte Gaunerei, die darauf gerichtet ist, die Meinung der bureaukratischen Oberschichten für die Meinung der Arbeitermassen anzugeben, ist dasselbe, was Scheidemann und Konsorten im Lauf einer Reihe von Jahren mit soviel Erfolg und soviel Gewandtheit in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie betreiben.

Die Crispien und Dittmann jammern jetzt auf allen Kreuzwegen über die „Diktatur" des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Sie geben sich als Apostel der Demokratie aus und verbergen ihre gegenrevolutionäre Kampagne gegen die Kommunistische Internationale dadurch, daß sie in Worten die „Interessen der Massen" verteidigen. Sie sind es, die angeblich die Interessen der Arbeiter gegen die „Diktatoren" verteidigen. In der Tat seht Ihr aber feige maskierte Versuche kleinbürgerlicher Diktatoren, die die Presse und den Parteiapparat in ihren Händen halten, den Arbeitern selbst die Möglichkeit zu nehmen, die wichtigsten Fragen zu erörtern, die der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale auf die Tagesordnung gestellt hat. Die Crispien und Dittmann wissen sehr gut, daß die Arbeiter für uns sind und nicht für sie. Sie wissen, daß sie nur plötzlich und mit Hilfe verschiedener Winkelzüge auf dem bevorstehenden Parteitag eine gefälschte Vertretung schaffen könnten, die zum bedeutendsten Teil aus Anhängern der Richtlinien Kautskys und Hilferdings bestehen würde.

Diese Machinationen sollt Ihr, Arbeiter der Unabhängigen Partei, zu entlarven verstehen.

Die grundlegenden politischen Probleme und die besonderen organisatorischen Fragen.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat, wie Ihr bereits wißt, Beschlüsse in allen wichtigsten politischen Fragen gefaßt. Er hat alle grundlegenden politischen Probleme aufgestellt, vor denen das gesamte internationale Proletariat steht. Er hat seine genaue und klare Antwort auf die Frage gegeben, was die Diktatur des Proletariats ist, wie um die Rätemacht zu kämpfen ist, wie die Kommunistische Internationale aufgebaut werden soll, was für eine Agrarpolitik die Arbeiter führen sollen, was für eine Stellung wir in der Nationalitäten- und Kolonialfrage einnehmen sollen, wie wir gegenwärtig den revolutionären Parlamentarismus einschätzen, wie wir uns zu den Gewerkschaften und Betriebsräten verhalten sollen. Er hat mit einem Wort alle brennenden grundlegenden politischen und theoretischen Fragen der modernen internationalen Arbeiterbewegung erörtert.

Ueber alles das gehen jetzt die Dittmann, Crispien und Hilferding absichtlich hinweg. „Wollen wir über etwas anderes reden", erklären Euch Eure rechten Führer. „Wollen wir über das Wetter reden, wollen wir über kleine organisatorische Fragen sprechen."

Diese Methode ist vollkommen verständlich. Die Ideologie der rechten Führer hat aufs schmählichste bankerott gemacht. Die Politik der Hilferding und Kautsky hat bereits ganz versagt. Sie können den Arbeitern nicht klar und deutlich sagen, worin ihre Anschauung in den oben angeführten grundlegenden politischen und theoretischen Tagesproblemen besteht. Sie wissen, daß 99 von hundert Arbeitern für uns sind, wenn gerade diese grundlegenden politischen Fragen vor den Arbeitermassen klar aufgerollt werden. Sie fürchten einen ehrlichen und offenen ideellen Kampf in diesen grundlegenden Fragen. Sie flüchten vor diesen Kämpfen, sie verstecken sich vor offener Polemik. Wie ein Dieb den Ort meidet, wo er einen Diebstahl begangen hat, so vermeiden diese alten, erfahrenen „Theoretiker" jene wichtigsten theoretischen Fragen, wo ihre Abtrünnigkeit und ihr Renegatentum den Arbeitern besonders in die Augen springt.

Daher haben die Dittmann und Crispien jetzt unsere ganze Diskussion mit ihnen auf einzelne organisatorische Fragen beschränkt. Die Diskussion über organisatorische Fragen ist gerade für die bürokratischen Oberschichten der Partei in höchstem Grade bequem. Wo es sich um Statutenklauseln, um Kleinigkeiten organisatorischen Charakters handelt, da fühlen sich die Bürokraten wie zu Hause. Für die bürokratischen Oberschichten der

Partei ist der einzige Ausweg aus der schwierigen Lage, die gesamte Diskussion auf kleine organisatorische Fragen zu beschränken. Für sie sind diese Debatten über organisatorische Fragen ein gefundenes Fressen. Eure Aufgabe, die Aufgabe der klassenbewußten Proletarier, besteht darin, die rechten Führer aus diesem Sumpf herauszuholen, in den sie geraten sind, ihnen nicht die Möglichkeit zu geben, die wichtigsten Fragen mit kleinlicher organisatorischer Scholastik zu behandeln, sie zu zwingen, klar und deutlich zu sagen, wie sie sich zu den grundsätzlichen Beschlüssen der Kommunistischen Internationale verhalten.

Organisatorische Fragen.

Jedoch über die organisatorischen Fragen haben auch wir mit Euch zu reden. Wir müssen den wirklichen Beschluß der Kommunistischen Internationale in diesen Fragen wieder herstellen und die absichtliche Entstellung der Tatsachen durch die Dittmann und Crispien entlarven.

Wir haben 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale aufgestellt. Es entsteht die Frage, warum überhaupt Bedingungen nötig waren, ob nicht alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, einfach zugelassen werden sollten.

Nein, Genossen! Das war unmöglich, und zwar aus folgendem Grunde.

Wir haben die gelbe II. Internationale zerschlagen. Die gelbe II. Internationale ist zu einer Leiche geworden. Nach ihrem Genfer Kongreß haben es sogar jene Sozialdemokraten bekannt, die ihr noch unlängst angehörten. In der gelben Internationale sind nur die Scheidemann und Noske einiger Länder geblieben. Die ehrlichen Arbeiter flüchten vor ihr wie vor der Pest.

In der internationalen Arbeiterbewegung kämpfen nun bereits seit einer Reihe von Jahren drei Richtungen. Eine von ihnen, die offene Richtung der gelben Sozialpatrioten, ist in der II. Internationale vertreten. Eine andere, die revolutionäre Massenbewegung der Proletarier aller Länder, ist jetzt in der III. Internationale vertreten. Die dritte mittlere Strömung, die Richtung des „Zentrums", hat noch ganz unlängst der II. Internationale angehört, versucht sich aber jetzt unter dem Einfluß des unerhörten Zusammenbruchs dieser gelben Internationale vor ihr zu verschanzen und sich an die III. Internationale anzulehnen, die die machtvollste proletarische Organisation der Welt ist.

In den Parteien des Zentrums, in Eurer Unabhängigen Partei

Deutschlands, in der Französischen Sozialistischen Partei, in der Sozialistischen Partei Amerikas usw. findet eine sehr starke Differenzierung statt. Die proletarischen Elemente der Parteien machen sich immer mehr und mehr von den verderblichen, verfaulten Ideen des „Zentrums" frei. Gleichzeitig bleiben die leitenden Organe der Partei gewohnheitsgemäß noch in den Händen der rechten Führer, die diese Macht in der Partei auf jede Art und Weise in ihren Händen zu erhalten bestrebt sind.

Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht zweifellos darin, die genannte Differenzierung zu beschleunigen und zu verstärken, den proletarischen Elementen dieser Parteien in der Befreiung von dem zersetzenden Einfluß des Reformismus zu helfen.

Und gerade deshalb können wir nicht alle in die Kommunistische Internationale aufnehmen, die einen entsprechenden Wunsch äußern. Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen Mode. Wir wollen nicht, daß unsere Kommunistische Internationale der eben bankrott gewordenen II. Internationale ähnlich wird. Weit öffnen wir die Tore der Kommunistischen Internationale für jede proletarische revolutionäre Massenorganisation. Wir überlegen es uns jedoch zehnmal, bevor wir die Tore der Kommunistischen Internationale vor den Ankömmlingen aus dem Lager der kleinbürgerlichen, bürokratischen, opportunistischen Oberschichten der Art Hilferding und Crispien öffnen. Wenn wir opportunistischen Elementen in die Kommunistische Internationale Zutritt gewähren, hört die Kommunistische Internationale auf, das zu sein, was sie ist — die internationale Kampforganisation der proletarischen Revolution.

Daher müssen wir bestimmte Bedingungen aufstellen, unter welchen einzig und allein der Zulaß dieser oder jener Parteien in die Reihen der Kommunistischen Internationale möglich ist. Diese Bedingungen sind aber bindend für die Parteien der ganzen Welt, für alle diejenigen Organisationen, die unserer internationalen Genossenschaft angehören wollen.

Einige von den durchtriebenen Diplomaten des rechten Flügels Eurer Partei haben ihre Berechnungen auf der Grundlage von zwei Plänen aufgebaut: würden wir sie nicht in die Kommunistische Internationale aufnehmen, so würden sie nach Deutschland zurückkehren, eine Verleumdungskampagne gegen Sowjetrußland beginnen und ein Geheul gegen unsere „Diktatur" und „Intoleranz" erheben. Würden wir sie bedingungslos in die Kommunistische Internationale einlassen, so würden sie nur dazu eindringen, um unsere internationale Kampforganisation von innen heraus zu zer-

setzen. Es geschah das erstere. Wir stellten diesen Leuten bestimmte Bedingungen, und da erfolgte die chemische Reaktion, die zu erwarten war. Jetzt fühlt Ihr den diese chemische Reaktion begleitenden Geruch, der Euch veranlaßt, Euch die Nase zuzuhalten.

Soviel wir nach den erhaltenen Zeitungen Eurer Partei urteilen können, haben die rechten Führer der U. S. P. systematisch und frech die Bedingungen entstellt und gefälscht, die der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellt hat. Führen wir einige Beispiele an. In einer der Bedingungen, die von dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellt wurden, heißt es, daß die Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, die Redaktion ihrer Zeitungen in die Hände zuverlässiger Anhänger des Kommunismus übergeben sollen. Das ist eine selbstverständliche Bedingung. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören, sollen kommunistische Zeitungen herausgeben und nicht sozialpatriotische. Kommunistische Zeitungen können aber nur von überzeugten Kommunisten redigiert werden. Was haben nun die Crispien und Hilferding aus dieser Bedingung gemacht? Sie stellen die Sache so dar, als ob wir gefordert hätten, Eure Organe sollten in die Hände der Spartakisten, der Mitglieder der jetzigen Kommunistischen Partei übergehen. Das ist selbstverständlich eine direkte Entstellung der Tatsachen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist völlig einverstanden damit, daß Eure Zeitungen von überzeugten Anhängern des Kommunismus redigiert werden, die bisher nicht Mitglieder des Spartakusbundes gewesen sind, sondern Mitglieder der Unabhängigen Partei waren und sind. Nimmt Eure Partei die Beschlüsse des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale an, schließt sie sich ehrlich und aufrichtig der Kommunistischen Internationale an, so heißt das, daß Ihr eigentlich zur Kommunistischen Partei geworden seid, und jedes Mitglied Eurer Partei, welches durch die Tat bewiesen hat, daß es den Ideen des Kommunismus ergeben ist, kann selbstverständlich Redakteur jedes beliebigen Organs Eurer Partei sein. Wir wünschen nur nicht, daß Eure Zeitungen auch ferner von solchen Leuten redigiert werden, wie Hilferding und andere Handlanger Kautskys, denn diese Leute sind bewußte Feinde der proletarischen Revolution. Es ist ihre Aufgabe, die Sowjetmacht zu sabotieren. Sie verwandeln Eure Organe in kleinbürgerliche philisterhafte Blättchen. Jeder klassenbewußte Berliner Arbeiter wird mit uns einverstanden sein, daß Eure Zeitung „Freiheit", die von Hilferding redigiert wird, kein Kampforgan ist, das die Massen zum Sturm gegen den Kapitalismus ruft, sondern ein kleinbürgerliches Blättchen, das

wutschnaubend gegen die Sowjetmacht loszieht, die Arbeitermassen langweilt und niederdrückt und den Glauben an den revolutionären Kampf untergräbt. Mögen Eure „Freiheit" und die anderen Organe Eurer Partei von einem beliebigen Mitglied Eurer Partei redigiert werden, wenn dieser Genosse nur ein wirklicher Revolutionär und ein wirklicher Anhänger der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats ist. Nehmt Eure Organe, die aus den Notgroschen der Arbeiter geschaffen sind, aus den Händen der Saboteure der proletarischen Revolution. Das war es, was der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale durch seinen Beschluß sagen wollte.

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Jede Richtung in der Politik wird gewöhnlich von dieser oder jener führenden Person vertreten. Die sozialpatriotische Richtung wird vertreten durch Scheidemann und Noske in Deutschland, durch Renaudel und Albert Thomas in Frankreich, durch Vandervelde und Huysmans in Belgien, die Richtung des schwankenden sozialpazifistischen Zentrums wird in Deutschland am krassesten durch Kautsky und Hilferding vertreten, in Frankreich durch Longuet, in Italien durch Turati und Modigliani usw. In seinem Beschluß hat der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale darauf hingewiesen, er hat diese Vertreter beim Namen genannt, da wir die verachtungswürdige Diplomatie vermeiden und immer die Wahrheit ins Gesicht sagen, da wir wünschen, daß die Arbeitermassen ihre treuen Führer, sowie die Führer der gegenrevolutionären Strömungen kennen.

In demselben Beschluß hat der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale ebenso offen erklärt, daß es sich für ihn nicht um Personen handelt, daß er dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gern gestattet, Ausnahmen für diejenigen einzelnen Personen zu machen, die bisher dem Zentrum angehört haben, jetzt aber geneigt sind, ihren Fehler anzuerkennen und sich ehrlich den Beschlüssen der III. Internationale unterzuordnen. Daraus ergibt sich wieder, daß es sich für die Kommunistische Internationale durchaus nicht um Personen handelt, sondern um die ganze Richtung. Die reformistische Richtung, die kautskyanische Richtung, das „Zentrum" ist eine gegenrevolutionäre Richtung, und sie kann nicht der Kommunistischen Internationale angehören. Das war es, was wir durch unseren Beschluß sagen wollten. Die Arbeiter der ganzen Welt sollen das wissen, und die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt werden mit unserer Wertung vollkommen einverstanden sein.

Was haben jedoch die rechten bürokratischen Oberschichten

Eurer Partei daraus gemacht? Dittmann, Crispien, Hilferding und Konsorten haben ein Klagelied in ganz Deutschland darüber angestimmt, daß wir irgend welche Proskriptionslisten jener Personen aufgestellt hätten, die ausgeschlossen werden sollen. Alle Tage erscheinen in der „Freiheit" und anderen ähnlichen Blättern Eurer Partei superkluge Artikel jener rechten Literaten und Führer, die sich selbst auch für Kandidaten der Proskriptionslisten halten. Einer Eurer rechten Führer hat ausgerechnet, daß insgesamt 60 Deputierte Eurer Parlamentsfraktion ausgeschlossen werden müßten. Um so schlimmer für sie, für jene Personen, die selbst fühlen, daß sie, falls die revolutionären Beschlüsse der Proletarier der ganzen Welt ehrlich durchgeführt werden, keinen Platz mehr haben in der proletarischen Partei. Wir müssen hier kategorisch und deutlich erklären: Die Kommunistische Internationale hat keine Listen von Personen, die ausgeschlossen werden müssen, aufgestellt und wird sie nicht aufstellen. Zum abertausendsten Mal wiederholen wir: Für uns handelt es sich nicht um Personen, für uns handelt es sich um eine bestimmte Richtung.

Besondere Empörung Eurer rechten Führer ruft die von dem II. Kongreß aufgestellte Bedingung hervor, welche den Ausschluß von Personen, die gegen die Bedingungen der Kommunistischen Internationale gestimmt haben, fordert. Ist es denn nicht etwas Selbstverständliches, daß nur Kommunisten zu einer kommunistischen Organisation gehören können? Wer mit uns in dieser oder jener einzelnen organisatorischen Frage nicht übereinstimmt, kann doch Mitglied der Kommunistischen Internationale sein und bleiben. Derjenige aber, der unsere Bedingungen im ganzen ablehnt, der sich prinzipiell gegen den Anschluß an die Kommunistische Internationale äußert — und solche gibt es unter den rechten Führern nicht wenig — der kann selbstverständlich nicht der III. Internationale angehören. Der Kommunistischen Internationale liegt es nicht an der Quantität; sie will, daß ihre Organisation eine Organisation von wirklich Gleichgesinnten, von Revolutionären, eine aus einem Stück gegossene Organisation sein soll.

Zentralismus.

Einen wichtigen Platz in allen Euren Diskussionen während der letzten Wochen hat die Frage des Zentralismus eingenommen. Die rechten Führer der Unabhängigen sind bestrebt, Euch die Sache so darzustellen, als ob die Kommunistische Internationale Eurer Partei und anderen Parteien jegliche Autonomie abspreche, als ob jetzt die Leitung der internationalen Arbeiterbewegung einzelnen

Personen übergeben werden solle. Auf diesem Gebiet begehen die rechten Führer absichtlich die empörendste Verzerrung der Tatsachen.

Wir wollen es erklären.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat einen Beschluß gefaßt, daß die Kommunistischen Parteien in allen Ländern auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden sollen. Und der II. Kongreß hat erklärt, was er unter demokratischem Zentralismus versteht. Punkt 14 des Beschlusses über die Rolle der Kommunistischen Parteien in der proletarischen Revolution lautet: „Die Kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus bildet die Wählbarkeit der oberen Parteizelle durch die untere, die unbedingte und unerläßliche Verbindlichkeit aller Vorschriften der übergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Parteizentrums, dessen Autorität allgemein anerkannt ist, für alle führenden Parteigenossen in der Zeit von einem Parteitag bis zum andern."

Die Sache ist klarer als klar. Die Kommunistische Internationale ist für die Wählbarkeit der obersten Parteizelle durch die unterste. Sie besteht aber darauf, daß die Partei zentralisiert sei.

Wer nicht umsonst über die Diktatur des Proletariats redet, wer versteht, daß der Kampf um die Diktatur des Proletariats unvermeidlich in den Bürgerkrieg ausläuft, wer bereit ist, auf diesen Bürgerkrieg einzugehen, um der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu geben, die Macht in ihre Hände zu nehmen, wer versteht, daß die Behauptung der Sowjetmacht mit einem langwierigen und hartnäckigen Kampf gegen eine ganze Welt von Feinden verbunden ist, der versteht auch, daß es zur erfolgreichen Führung dieses Kampfes notwendig ist, daß unsere Kräfte streng organisiert und zentralisiert werden. Ohne eine starke zentralisierte Partei ist die Arbeiterklasse im Bürgerkriege wie ein Mensch ohne Gliedmaßen.

Denkt an die Erfahrungen der deutschen Revolution seit ihren ersten Schritten. Wie viele Male hat die Arbeiterklasse Deutschlands mit Hunderten und Tausenden ihrer besten Kämpfer dafür büßen müssen, daß die Kräfte der Partei im entscheidenden Augenblick nicht organisiert waren und die Arbeiterklasse kein einheitliches Zentrum hatte. Die Erfahrung der großen russischen Revolution hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse ohne eine zentralisierte und machtvolle kommunistische Partei im Bürgerkriege nicht siegen kann. Wenn schon in der friedlichen organischen Epoche, als die Wahlkampagne der Höhepunkt in der Tätigkeit der Arbeiterparteien

war, eine gewisse Zentralisation der Partei nötig war, so ist jetzt, wo wir uns ganz und gar in der Epoche des Bürgerkrieges befinden, eine solche Zentralisation hundert mal notwendiger. Wer das nicht versteht, der versteht entweder nicht, was der Bürgerkrieg und der Kampf um die Diktatur des Proletariats ist oder verrät wissentlich die Interessen der Arbeiterklasse.

Als auf dem Kongreß von der Notwendigkeit des Zentralismus die Rede war, da erklärte niemand anders als Dittmann in einigen Reden ganz offiziell, daß er persönlich ein eifriger Anhänger des Zentralismus sei. Dittmann betonte, daß er in den Reihen der alten Partei mehr als 10 Jahre lang systematisch und planmäßig für den Zentralismus gekämpft habe. Dittmann und Crispien erklärten sich völlig solidarisch mit jenem Teil unseres Beschlusses, in welchem die Frage des Zentralismus behandelt wird. Gerade in dieser Frage wagten diese rechten Führer der Unabhängigen auf dem Kongreß nicht die geringste Opposition zu äußern. Dittmann sagte dabei nur eins: da sich die Zentrale der alten sozialdemokratischen Partei und überhaupt die Führer vom Schlage der Scheidemann in den Augen der deutschen Arbeiter so stark kompromittiert haben, macht sich unter diesen bisweilen ein mißtrauisches Verhalten zu allen Arten von Parteizentren überhaupt geltend. Die Durchschnittsmitglieder der Partei ziehen vor, daß ihre örtlichen Organisationen eine größere Autonomie gegenüber dem Zentrum genießen. Dittmann wies dabei auf das Beispiel mit dem „Vorwärts" hin, der seinerzeit von der Zentrale der Scheidemannpartei ungesetzlich den Berliner Arbeitern entrissen wurde, und zwar gestützt auf die Prärogativen der Zentrale. Dittmann und Crispien fügten dabei jedoch hinzu, daß sie es für ihre Aufgabe halten würden, in Deutschland für die Ueberwindung dieser Vorurteile gegen die Prinzipien des Zentralismus zu kämpfen.

Wir wissen sehr gut, warum in umfangreichen Kreisen der deutschen Arbeiterschaft als Ergebnis einer ganzen Kette von Betrügereien und ungeheuerlichen Verrätereien der deutschen rechten Führer wirklich Mißtrauen gegen die Prinzipien jeder Art von Zentralismus entstanden ist. Dieses Mißtrauen ist aber unseres Erachtens eine geschichtlich vorübergehende Erscheinung. Eine neue Epoche gebiert neue Führer und schafft ein neues Zentrum zur Leitung des revolutionären Kampfes des Proletariats. Wir schätzen das Mißtrauen des Gros der deutschen Arbeiter zu den verräterischen Zentren. Wir verstehen, daß dieses Mißtrauen ein Ergebnis der Enttäuschung über die alten politischen Führer ist, die die Sache der Arbeiterklasse im wichtigsten geschichtlichen Augenblick verraten haben. Wir sagen aber gleichzeitig zu den deutschen Ar-

beitern: die Zeit der heftigsten Klassenkämpfe ist gekommen. Es naht die Stunde, wo Ihr Euch in entscheidendem Kampf mit der gesamten kapitalistischen Welt zu messen habt. Ohne Eure Reihen organisiert zu haben, ohne eine eisern zusammengeschlossene Partei mit militärischer Disziplin geschaffen zu haben, die aus einem einheitlichen Zentrum geleitet wird von Personen, die das Vertrauen der Arbeiterklasse verdienen, könnt Ihr nicht siegen.

Wir verstehen, daß die deutschen Arbeiter sich nicht einem solchen Zentrum unterordnen wollen, an dessen Spitze Scheidemann und Noske oder Crispien und Dittmann stehen. Solchen Zentren kann man sich nicht unterordnen, und solche Zentren muß man zerstören. Gleichzeitig ist es aber notwendig, eine eigene kommunistische Arbeiterpartei zu schaffen, und in dieser Partei soll eiserner proletarischer Zentralismus das leitende Prinzip sein. So haben wir auch in dem Exekutivkomitee zu Dittmann und Crispien gesagt: solange in der Unabhängigen Partei Renegaten oder schwankende Elemente an der Macht verharren, werden wir den deutschen Arbeitern nicht raten, sich einem solchen Zentrum unterzuordnen. Wir werden ihnen aber raten, diese schwankenden Elemente aus ihrer Partei zu jagen und ein wirkliches proletarisches Zentrum zu schaffen, welches das völlige Vertrauen der Arbeiter genießen wird und weitgehende Rechte zur zweckmäßigen Leitung aller unserer Klassenkämpfe haben soll.

Das Prinzip des Zentralismus, das für jede Partei im besonderen das richtige ist, bleibt auch im internationalen Maßstabe bestehen. Die Kommunistische Internationale wird entweder als zentralisierte vereinigte Organisation existieren, oder sie wird überhaupt nicht existieren. Die Kommunistische Internationale ist eine einheitliche Arbeiterpartei der ganzen Welt, die in den verschiedenen Ländern ihre Abteilungen hat. Die Geschicke der Arbeiter der ganzen Welt sind jetzt aufs engste mit einander verknüpft. Der imperialistische Krieg hat eine Situation geschaffen, in welcher die Arbeiterklasse keinen einzigen ernsten Schritt unternehmen kann, ohne daß sich dieser in der gesamten Bewegung und in dem gesamten Kampf der Arbeiterklasse aller übrigen Länder widerspiegelte. Alle grundlegenden Fragen unseres Lebens werden jetzt im internationalen Maßstabe entschieden. Wir bedürfen einer Internationale, die der internationale Stab der Proletarier aller Länder ist. Wir können die Kommunistische Internationale nicht in einen einfachen Briefkasten verwandeln, wie es die zweite Internationale war, die einen so schmählichen Zusammenbruch erlitten hat. Der Kampf der Sowjetmacht Rußlands gegen die polnische Bourgeoisie in Litauen und Weißrußland hat die Gründung des Aktionsrats in London zur

Folge gehabt. An diesem einen Beispiel der letzten Tage allein ist ersichtlich, wie eng jetzt die Bewegung der Arbeiter eines Landes mit dem Kampf der Arbeiter der ganzen Welt verknüpft ist. Sagt man sich von der Idee des organisierten und planmäßigen internationalen Kampfes los, dann braucht man nicht die III. Internationale zu gründen, dann kann man sich vollständig mit einem beliebigen Informationsbüro begnügen, dann braucht man nicht aus der II. Internationale auszuscheiden.

Die „Diktatur" der Russen.

Die Kommunistische Internationale ist ja in Wirklichkeit nur eine „Diktatur der Russen", erklären Dittmann, Hilferding und Konsorten, und diese Erklärung wird auf jede Art und Weise von den Literaten der Partei Noske unterstützt, die in dem verachtungswürdigen „Vorwärts" schreiben. Derselbe Gedankengang wird auf jede Art und Weise von der bürgerlichen Presse entwickelt. Einzelne Vertreter der rechten Unabhängigen wie z. B. Breitscheid und Konsorten, sind soweit gegangen, daß sie Punkt 14 unserer Bedingungen, welcher lautet: „Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, jeder Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte bedingungslosen Beistand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unzweideutige Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepubliken, ferner müssen sie unter den zur Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln legal oder illegal Propaganda treiben, usw." als Versuch deuteten, Deutschland einen Krieg gegen Frankreich aufzudrängen! Weiter kann man nicht mehr gehen. Die rechten Unabhängigen sind augenscheinlich organisch nicht imstande zu begreifen, was die Idee der internationalen Solidarität tatsächlich bedeutet. Die rechten Unabhängigen nehmen wahrscheinlich an, daß die Sowjetrepublik Rußland für immer eine Oase in der bürgerlichen Wüste bleibt. Den rechten Unabhängigen fällt es nicht einmal ein, daß der eben zitierte Punkt auch den Fall einschließt, wenn Deutschland zur Sowjetrepublik wird und wenn die kommunistischen Parteien aller übrigen Länder verpflichtet sein werden, die Sowjetrepublik Deutschland zu unterstützen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale besteht aus den Vertretern von zwölf Parteien außer der Kommunistischen Partei Rußlands. In der Tat besteht das Exekutivkomitee schon jetzt aus einer größeren Anzahl von Parteien. Gegenwärtig

besteht das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale aus 21 Personen, darunter 5 Russen und 16 Vertreter einer ganzen Reihe anderer Länder: England, Frankreich, Amerika, Bulgarien, Norwegen, Schweden, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Italien usw. Auf dem zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale beantragten einige Vertreter großer Parteien (z. B. Serrati, der Vertreter der italienischen Partei), alle Angelegenheiten des Exekutivkomitees einfach dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands zu überlassen. Auch Vertreter anderer Parteien schlossen sich diesem Vorschlag an. Die Kommunistische Partei Rußlands selbst sagte sich davon los, die Leitung der Kommunistischen Internationale ausschließlich in ihre Hände zu nehmen. In der Mandatkommission des Kongresses wurden Erklärungen in dem Sinne gemacht, daß die Kommunistische Partei Rußlands, wenn man ihr spezifisches Gewicht und ihren Einfluß in Betracht zieht, mehr beschließende Stimmen auf dem Kongreß haben müßte, als die anderen Parteien. Die Kommunistische Partei Rußlands selbst entsagte einem solchen Vorrecht und bekam genau ebenso viel entscheidende Stimmen auf dem Kongreß, wie die Vertreter Deutschlands, Frankreichs und Englands. Alle wichtigsten Angelegenheiten in dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale werden unter Anteilnahme der Vertreter aller obengenannten Parteien erörtert. Bei einer solchen Sachlage über die russische Diktatur zu sprechen, ist eine wissentliche Entstellung der Tatsachen.

Ihr alle erinnert Euch, Genossen, daß das Exekutivorgan, das Internationale Sozialistische Büro der II. Internationale, ausschließlich aus Belgiern bestand. In der Kommunistischen Internationale liegt die Sache anders. Die Kommunistische Internationale hat ein Exekutivorgan geschaffen, in welchem ständig die Vertreter von mindestens 15 der wichtigsten Parteien arbeiten.

Die Vertreter der Kommunistischen Partei Rußlands auf dem Kongreß haben so manches Mal erklärt, daß sie sich sehr freuen würden, wenn es gelingen würde, das Exekutivkomitee nach Berlin oder nach Paris oder in irgend ein anderes großes europäisches Zentrum zu verlegen, und sobald der Sieg der Arbeiterklasse das gestatten wird, wird diese Frage zweifellos auf die Tagesordnung gestellt werden. Alle jene wütenden Seufzer und völlig unzulässigen Klagen über die vermeintliche Gewalt der russischen Kommunisten, die jetzt in den Spalten der rechten unabhängigen Zeitungen ertönen, sind einfach eine Aeußerung des niedrigsten Nationalismus und ein Versuch, die gröbsten chauvinistischen Instinkte der rückständigen Massen anzufeuern. Unter dem Geschrei

über die Diktatur der Russen verbirgt sich der Widerwille der Kleinbürger gegen jegliche proletarische Disziplin und die Unfähigkeit, sich nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat auf den Boden eines wirklichen proletarischen Internationalismus zu stellen.

In den Beschlüssen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale ist direkt gesagt, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale den angeschlossenen Parteien nur in solchen Fragen, in denen ein solcher Beschluß wirklich möglich ist, bindende Richtlinien geben soll. Es versteht sich von selbst, daß für jede einzelne Partei ein ganzes Gebiet solcher Fragen übrig bleibt, wo die Einmischung der Kommunistischen Internationale unzweckmäßig ist und auf welchem jede Partei autonom bleiben muß. Wer in der Tat und nicht nur in Worten Kommunist ist, wer ernstlich an dem internationalen Kampf des revolutionären Proletariats teilnehmen will, wer des Anschlusses an die III. Internationale nicht einfach als Deckmantel bedarf, der wird den wirklichen Sinn jenes Geschreis, das die rechten Unabhängigen gegen die russische Diktatur erhoben haben, vollkommen richtig einschätzen.

Die illegale Organisation.

In den Debatten, die in der Unabhängigen Partei stattfinden, spielt die Frage der illegalen Organisation eine große Rolle. Schon in unserem ersten Schreiben an die Unabhängige Partei vor etwa einem halben Jahr haben wir die Frage aufgestellt von der Notwendigkeit der Schaffung einer illegalen Organisation in einer Epoche, wo die Bourgeoisie das Bajonett auf die Tagesordnung gestellt hat, wo sie nicht vor dem Mord an den besten Führern der Arbeiterklasse zurückschreckt. Die Arbeiterklasse kann sich nicht im Glauben an eine langdauernde bürgerliche Legalität an irgend welchen Illusionen nähren. Die Arbeiterklasse ist verpflichtet, jede legale Möglichkeit auszunutzen. Sie soll aber zugleich eine illegale Organisation besitzen, die sie systematisch und planmäßig entwickeln und festigen muß.

Auf die Frage, die Euren rechten Führern direkt gestellt wurde, antwortete Dittmann, daß er die Notwendigkeit einer illegalen Organisation vollkommen anerkenne. Dittmann forderte nur vorsichtigere Formulierungen. § 4 der Aufnahmebedingungen ist sogar von Dittmann selbst formuliert. Dieser Paragraph lautet: „Die Pflicht zur Verbreitung der kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch

Ausnahmegestze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichkommen und mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale unvereinbar sein". Diese Formulierung, wiederholen wir, stammt von niemand anders, als von Dittmann selbst.

Jetzt haben aber die rechten Führer Kehrt gemacht. Hilferding, der Hauptvertreter der rechten Führer, erklärt, daß eine illegale Organisation unzulässig sei, da die Arbeitermassen in einer illegalen Organisation ihre Führer nicht kennen können. Hilferding und Dittmann gehen so weit, daß sie die demagogischen Phrasen der halbanarchistischen Schreihälse gegen die sogenannten Bonzen wiederholen. Hilferding und Konsorten gehen dabei so weit, daß sie sich auf niemand anders als auf Karl Marx berufen. Ihres Erachtens wiederholt derjenige, der eine zentralisierte illegale Organisation fordert, die Fehler des Lassalleanertums in seinem Kampf gegen den Marxismus. Marx würde sich wahrlich im Grabe umdrehen, wenn er diesen Hinweis des Spießbürgers Hilferding hören könnte. Auch in einer illegalen Organisation können und werden die Arbeiter ihre wirklichen Führer kennen. Zu Beginn des Krieges gründete Karl Liebknecht die Gruppe Spartakus, eine rein illegale Organisation, und doch wußte der beste Teil der Arbeiterklasse sehr gut, wer hinter dieser Organisation stand. Ein Versuch der rechten Führer, Euch deutschen Arbeitern von der planmäßigen Schaffung einer illegalen Organisation abzuraten, ist gleichbedeutend einem direkten Verrat an der Arbeiterklasse und der Übergabe des Banners an den Feind. Den deutschen Arbeitern nach den Kapptagen vorschlagen, sich ausschließlich auf die bürgerliche Legalität zu verlassen, das kann nur ein bewußter und unbewußter Verräter der Arbeiterklasse.

Über die Spaltung.

Die rechten Führer der Unabhängigen spalten die Arbeiterklasse gerade dadurch, daß sie sie hindern, eine einheitliche zentralisierte Partei zu schaffen, welche ein Teil der internationalen Organisation des Proletariats wäre, die in der Kommunistischen Internationale verkörpert ist. Wie seinerzeit Scheidemann und Noske die alte Sozialdemokratie in Verfolgung der Interessen der Bourgeoisie spalteten, so tun jetzt Hilferding und Dittmann. Dabei deklamierten Scheidemann und Noske wie jetzt Hilferding und Dittmann auf allen Gassen über ihre Liebe zur Einheit der Arbeiterklasse.

Auf dem Kongreß und in dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale haben wir den Delegierten Eurer Zentrale

offen gesagt: ob eine Spaltung in der Unabhängigen Partei Deutschlands stattfinden wird oder nicht, das hängt ganz und gar von den Arbeitern selbst ab. Wenn es den Arbeitern gelingt, ihre Partei schmerzlos von den Renegaten und opportunistischen Elementen zu reinigen, dann wird keine Spaltung der Partei nötig sein und die Sache wird sich ausschließlich auf das Unschädlichmachen der rechten Führer beschränken. Wenn aber ein bedeutender Teil der Arbeiter, die der Unabhängigen Partei angehören, den rechten Führern glauben und ihnen folgen wird, dann ist eine Spaltung unvermeidlich.

Es gibt geschichtliche Situationen, in denen eine Spaltung die heilige Pflicht jedes Revolutionärs ist. Das ist dann der Fall, wenn die Führer ihre Partei und die Arbeiterklasse verraten. War die Spaltung der Scheidemann-Sozialdemokratie im Jahre 1914 nicht die direkte und heilige Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters? War die Spaltung der russischen Bolschewiki von den Menschewiki, die auf der Seite der Bourgeoisie übergingen, nicht die heilige Pflicht der russischen Arbeiter? Ist die Spaltung von den französischen „Sozialisten", den Renaudel, Albert Thomas und den anderen französischen Scheidemännern und Hilferdingen, folglich nicht die heiligste Pflicht der klassenbewußten französischen Arbeiter? Die Spaltung von den rechten Führern in der Art Hilferding, Kautsky, Crispien, Dittmann, Breitscheid ist nicht im Interesse irgend einer legendenhaften „russischen Diktatur" notwendig, sondern in Eurem eigenen Interesse, im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung. Nehmt z. B. Italien. Die italienische Partei hat auch zu lange ihren rechten Flügel und die Vertreter des „Zentrums", die ideellen Brüder Hilferdings und Crispiens, geduldet. Jetzt aber, wo die entscheidende Stunde geschlagen hat, wo die italienischen Arbeiter von den Fabriken und Werken Besitz ergreifen, wo der Augenblick der wichtigsten Klassenkämpfe gekommen ist, was haben jetzt die Herren Turrati, Modigliani, Trampolini, d'Aragona und andere Anhänger des „Zentrums" in Italien getan? Im entscheidenden Augenblick gehen sie auf die Seite der Bourgeoisie über, halten die Arbeiter vom entscheidenden Kampf zurück, stellen ihnen ein Bein, versetzen ihnen Schläge in den Rücken. Die italienischen Anhänger des „Zentrums" spielen jetzt in Italien die gleiche verräterische Rolle, wie sie Kautsky und Konsorten in den unvergeßlichen Januartagen 1919 gespielt haben, als sie den Versuch machten, ehrliche Makler zwischen den rebellierenden Arbeitern und der Bande des Henkers Noske zu werden. Dasselbe wird auch in Deutschland geschehen, wenn Ihr Eure Reihen nicht von den schwankenden Elementen reinigt. Der Spaltung von den rechten

Führern bedürfen wir nicht aus irgendwelchen Erwägungen der Intoleranz oder Rache. Sie ist blutige Notwendigkeit, wenn wir im entscheidenden Augenblick fest, einig, unerschütterlich sein wollen. Wenn wir die Reformisten und die Anhänger des Zentrums in unseren Reihen verharren lassen, lassen wir den Feind im eigenen Hause, bereiten wir wissentlich unsere eigene Niederlage vor. Reinigung der Partei oder Spaltung, das hängt auch jetzt noch von Euch ab, Arbeiter der Unabhängigen Partei! Versteht Ihr, alle Führer fest und einmütig Eurem Willen unterzuordnen, versteht Ihr, diejenigen zu beseitigen, die unverbesserlich sind, die es mehr ins bürgerliche Lager zieht als in das Lager des Proletariats, dann wird die Sache ohne jegliche Spaltung verlaufen. Wenn aber ein Teil der Arbeiter auch jetzt noch so blind ist, daß er nach den schrecklichen Lehrstunden den „Führern" vom Schlage Hilferdings und Crispiens folgt, dann sollt Ihr es verstehen, Euch von diesem Teil abzuspalten. Je eher, je entschiedener Ihr das tut, desto eher öffnet ihr diesem Teile die Augen, desto eher kehrt er zu Euch zurück. Je schärfer Ihr die Frage stellt, desto leichter werden unsere irrenden Brüder sehend. Spaltung von den schwankenden rechten Elementen und Vereinigung mit dem gesamten internationalen revolutionären Proletariat, oder Vereinigung mit den schwankenden Elementen des kleinbürgerlichen „Zentrums" und Spaltung von dem internationalen revolutionären Proletariat. So steht die Frage. Deutsche Arbeiter, wählt!

Über die Autonomie.

Ob die Beschlüsse des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale die Autonomie der einzelnen Parteien stören?

Je nachdem, was man unter Autonomie versteht. Der Streit über die Autonomie ist kein neuer Streit. Jedes Mal, wenn sich die Opportunisten nicht der Mehrheit der Arbeiter fügen wollten, begannen sie über „Autonomie" zu lamentieren. Erinnert Euch, wie die Revisionisten von Baden, als sie im Landtag für das Staatsbudget und die Kriegskredite stimmen wollten, erklärten, daß sie „autonom" seien und daß die Partei sie nicht hindern könne, mit der Bourgeoisie zu fraternisieren. Erinnert Euch, wie der verstorbene August Bebel die Revisionisten von Baden dafür Nationalliberale nannte. Erinnert Euch, wie die Revisionisten bewiesen, daß die Parlamentsfraktion „autonom" sein müsse und nicht der Partei unterworfen sei.

Die gleichen Sitten wollen jetzt Hilferding und Crispien in der Internationale einführen.

Eine solche „Autonomie", die den Opportunisten die Möglichkeit geben würde, die Arbeiterklasse zu verraten, kann die Kommunistische Internationale nicht zulassen und wird es nicht tun.

Die Kommunistische Internationale anerkennt jedoch völlig die Selbständigkeit jeder Partei. Der Kommunistischen Internationale ist es niemals eingefallen, von dieser oder jener Partei zu fordern, wie es uns die Dittmann und Crispien grundlos unterstellen, daß sie in einem gewissen Monat oder zu einem gewissen Datum Revolution „mache".

Jeder klassenbewußte Arbeiter, der aufmerksam die Statuten der Kommunistischen Internationale und die Beschlüsse des zweiten Kongresses durchliest, wird anerkennen müssen, daß die Interessen der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes völlig gewahrt sind.

Perspektiven.

Was schlagen Euch die rechten Führer vor? Ihre Richtlinien sind nicht klar. In die Zweite gelbe Internationale gehen? Euch das vorzuschlagen, wagen sie bereits nicht mehr. Der Zusammenbruch der II. Internationale ist zu augenscheinlich, ihr Verrat an der Arbeiterklasse war zu niedrig. Eine neue, vierte Internationale gründen? Das wagen Euch die Hilferding und Crispien auch nicht mehr vorzuschlagen. In der internationalen Arbeiterbewegung gibt es keine Elemente, aus denen man eine solche Internationale bilden könnte. Die französischen Sozialisten weigern sich, diesen Weg zu gehen. Die Sozialisten anderer Länder werden ihn auch nicht gehen. Wenn es den Diplomaten und den Meistern dieser Kunst sogar gelänge, eine Art vierter Internationale zu errichten, so wäre das eine Eintagsfliege. Ohne Richtlinien, ohne ein bestimmtes System von Anschauungen, ohne einheitliche, konsequente Prinzipien wäre eine solche Internationale einem schnellen und schmählichen Tod geweiht.

Was können Euch die rechten Führer sonst vorschlagen? Auf einigen Versammlungen in Deutschland sind sie mit der Parole aufgetreten: die Notwendigkeit des Anschlusses an die III. Internationale anzuerkennen, aber Autonomie zu fordern und die aufgestellten Bedingungen abzulehnen. Das ist eine doppelsinnige und heuchlerische Form. Sie sagt dem Verstand und Gemüt des klassenbewußten Arbeiters nichts. Autonomie in den Grenzen, die für die gesunde Entwicklung eines jeden Landes notwendig sind, hat die Kommunistische Internationale anerkannt. Die rechten Führer brauchen keine derartige Autonomie. Sie brauchen eine Autonomie, die ihnen in Wirklichkeit die Hände dazu freimacht,

um ihre scheidemännische Politik fortzusetzen. Auf diese Bedingungen wird die Kommunistische Internationale niemals eingehen. Sogar die rechten Führer wagen nicht, die Grundprinzipien der Kommunistischen Internationale abzulehnen. Sie sind gezwungen, Versteck zu spielen, auszuweichen und zu heucheln.

Die strengen Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale brauchen wir gerade zu dem Zweck, die Möglichkeit der Absonderung wurzelfauler Elemente zu erlangen, die ihrem Geiste nach weder kommunistisch noch revolutionär sind. Die Bedingungen, die der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellt hat, sind darauf gerichtet, die natürliche Auswahl zu erleichtern und die Möglichkeit zu einer wirklich internationalen proletarischen Organisation zu geben.

Deutsche Arbeiter, fürchtet nicht den Bruch mit den rechten Führern! Mögen Hilferding und Kautsky sich mit Scheidemann und Noske vereinen, das ist der rechte Weg für sie. Die Tendenz der Entwicklung führt unzweifelhaft dazu, daß sich der rechte Flügel der Unabhängigen mit der Scheidemannpartei vereinigt. Der Arbeiterkern der Unabhängigen Partei zusammen mit den Spartakisten soll und kann dagegen eine einheitliche, machtvolle kommunistische Partei bilden, die Feste der Kommunistischen Internationale in Deutschland.

Laßt nicht die gesamte Diskussion auf kleine organisatorische Details konzentrieren. Verwerft die Vertuschung der grundlegenden prinzipiellen Fragen. Verlangt von Euren Führern die rechte Antwort auf die verfemten Fragen.

Diese Fragen sind:

Diktatur des Proletariats oder sogenannte „reine“ (in der Tat bürgerliche) Demokratie.

Sowjetmacht oder sogenannte demokratische (in der Tat bürgerliche) Republik.

Macht der Arbeiter oder Macht der Bourgeoisie.

Proletarische Revolution oder kleinbürgliche Revolution.

Weltrevolution oder kleinbürgerliche reformistische Flickschneiderei.

Vorbereitung bewaffneten Kampfes gegen die Bourgeoisie und Schaffung auch einer illegalen Organisation zu diesem Zweck, oder Lossagung vom entschiedenen Kampf gegen die Bourgeoisie und Herabsetzung der Partei zur Rolle einer Wahlmaschine.

Vorbereitung der Arbeiterklasse dazu, den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, und Terror des bewaffneten Proletariats gegen die verschwindende Minderheit der Ausbeuter zu diesem Zweck, oder Aufgabe der Positionen des Proletariats und dann un-

barmherziger weißer Terror des Häufleins der Ausbeuter, die die Arbeiterklasse niederschießen und die Möglichkeit der Erneuerung der Menschheit vernichten.

Die Kommunistische Internationale als internationale Kampforganisation der Arbeiter der ganzen Welt, oder eine schwindsüchtige prinzipienlose, mit Verlaub zu sagen Paradeinternationale, die die Arbeiterklasse nicht vor neuen Kriegen und neuen Katastrophen schützen kann.

So steht die Frage.

Genossen, in Euren Händen liegt die Entscheidung, ob Ihr ein Teil der organisierten revolutionären Arbeiter der ganzen Welt sein wollt, oder ob Ihr in der Gefangenschaft der kleinbürgerlichen Opportunisten verharren wollt, die unbewußte Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiter sind. Wählt!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale ist fest überzeugt davon, daß die klassenbewußten Arbeiter, die der Unabhängigen Partei angehören, diejenigen von sich stoßen werden, die sie hindern wollen, ein Teil der Kommunistischen Internationale zu werden. Die Kommunisten der ganzen Welt erwarten Eure Antwort.

Es lebe das gesunde revolutionäre Erwachen aller Arbeiterparteien!

Es lebe die Reinigung der Reihen der Arbeiterparteien von allen unzuverlässigen Elementen!

Es lebe die einige Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Kommunistische Internationale.

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.

Moskau, den 28. September 1920.

An die revolutionären Arbeiter Deutschlands!

Arbeiter! Proletarier!

Wir wenden uns an Euch in einer Stunde, die für den Gang der deutschen wie der Weltrevolution von großer Bedeutung ist. Das deutsche revolutionäre Proletariat steht an einem Wendepunkt.

In langen, schweren Kämpfen haben die deutschen Proletarier um den Kommunismus gerungen. Wir alle gedenken noch der Zeiten vor zwei Jahren, als die deutschen Proletarier aus dem Felde zurückkamen: des Krieges müd', nur dunkel ahnend, daß jetzt eine neue Welt sich auftun müsse, folgten sie dem Rufe derer, die ihnen die alten und inzwischen tausendmal verfälschten Phrasen der früheren Sozialdemokratie heruntersagten. Die großen Massen glaubten immer denen, die damals ihre Verführer waren, um später ihre Schlächter zu werden.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei war damals noch klein. Sie war entstanden aus der Opposition gegen den Krieg; sie vereinigte in sich die Pazifisten wie Bernstein und Ströbel, die bürgerlich-demokratischen Revolutionäre wie Ledebour und einen großen Troß von sozialdemokratischen Politikern wie Haase, Dittmann, Kautsky. Die glaubten, durch fleißigen parlamentarischen Protest und durch parlamentarisches Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen könne man die schweren Aufgaben der sozialen Revolution lösen. So saßen sie zusammen mit Ebert-Scheidemann-Landsberg in der Regierung der Volksbeauftragten, deren einziges Werk, das sie überdauert hat, die Neugründung der Macht der Bourgeoisie auf der Basis des wiederhergestellten Parlaments war.

Arbeiter! Genossen!

In jenen Tagen, da die großen Massen des deutschen Proletariats noch in sozialdemokratischen oder Hilferdingschen Illusionen befangen waren, glaubte ein Teil von ihnen, aus dieser Wirrnis heraustreten zu müssen.

Genossen von der K. P. D.!

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg haben damals Eure Fahne vorangetragen. Ihr tratet als eine kleine Schar damals zusammen. Ihr wart es, die damals mit in erster Reihe den Gedanken

des Kommunismus verteidigten. Ihr wart es, die damals in allen Kämpfen mit an der Spitze wart. Ihr wart es auch, die das Schwert der Gegenrevolution am schärfsten schlug. Eure Führer wurden Euch genommen. Die Zahl Eurer Toten ist riesengroß. Ihr seid in die Gefängnisse geschleppt worden; durch schwerste Verfolgung mußtet Ihr hindurch. Ihr hattet den Kampf um den marxistischen Geist in Euren eigenen Reihen. Ihr habt in herber Zucht Euch selbst geschult. Ihr seid würdige Erben des geistigen Schatzes geblieben, den Eure Toten Euch hinterlassen haben.

Genossen der U. S. P. D.!

Auch Eure Schule war lang und schwer. Auch Ihr habt gekämpft in diesen zwei Jahren in vielen, vielen Schlachten. Auch Euer Blut ist geflossen. Und Euer Weg war besonders schwer, weil Ihr in langem, zähem Ringen lagt mit den falschen und faulen Ideologien im eigenen Lager, denen der Hilferding, Kautsky und Konsorten. Ihr spanntet Eure Kräfte an, aber man fiel Euch in den Arm mit parlamentarischen „Aktionen". Ihr erhobt Euch zum Kampf gegen Eure Unterdrücker, aber man fing Eure Kraft auf mit der Phrase von der Demokratie. In den langen Monaten, da Noske auch über Euch die harte Herrschaft des Kapitals ausübte, da habt Ihr erkannt: es kann die Diktatur der Bourgeoisie nur niedergeworfen werden durch die Eisenfaust des Proletariats, durch die Diktatur des Proletariats. Die Tausende und Abertausende Eurer Brüder, die Ihr erschlagen vor Noske liegen sahet, haben Euch gelehrt: das Tor, das den Weg eröffnet aus Eurem Elend, kann nur geöffnet werden mit Gewalt; den Schrecken der Bourgeoisie und ihre weißen Garden könnt Ihr nur niederzwingen dadurch, daß Ihr mit Gleichem auf Gleiches schlagt.

Ein Teil Eurer „rechten" Führer hat sich dem entgegengestemmt. Diesen Lehren, die Ihr gewonnen habt aus dem Gang der deutschen wie aus dem der russischen Revolution, haben sie immer wieder die alten sozialpazifistischen und opportunistischen Phrasen entgegengehalten. Eure Kraft war so gelähmt. Die Führerschicht, die Euch noch immer an den Opportunismus fesselte, sog an Eurer Kraft.

Immer geschlossener stemmtet Ihr Euch als linker Flügel diesen Anschlägen entgegen. Jetzt aber habt Ihr die Stärke gefunden, das Band zu zerreißen. Ihr habt alle die, die sich zwischen Euch und den Kommunismus stellten, beiseite geschoben. Ihr habt das letzte Hindernis beseitigt. Genossen: Ihr seid jetzt dahin gekommen, wohin Ihr kommen mußtet, — zum Kommunismus — was wir und Ihr längst wußten.

Genossen von der K. A. P. D.!

Wir vergessen es nicht, daß viele von Euch mit allen anderen gekämpft und oft mit an der Spitze der Revolution gestritten haben. Viele, vielleicht die meisten von Euch, haben seinerzeit im Spartakusbund mit den anderen Kommunisten gestanden. Ihr lebtet späterhin in Trennung, ja in Feindschaft mit Euren früheren engsten Freunden. Ihr konntet Lehren, die diese aus dem Kampf der deutschen Revolution glaubten ziehen zu müssen, nicht teilen. Wir machen Euch daraus keinen Vorwurf. Wenn Ihr so tatet, dann handeltet Ihr im besten Glauben, der Revolution zu dienen. Wir aber, Genossen, glauben, daß Ihr noch einmal jetzt die ganze vergangene Zeit überdenken solltet. Vieles von dem, was Ihr damals für unwahr hieltet, hat sich als wahr herausgestellt. Ihr habt die Wolffheim und Laufenberg, die Euch damals führten, für Revolutionäre gehalten. Ihr mußtet sehen, wie sie ins Lager der Gegenrevolution entliefen. Ihr seid einem Otto Rühle gefolgt. Ihr mußtet sehen, wie dieser Wirrkopf Leuten der antibolschewistischen Liga zu Hilfe kommt. Ihr habt die Haltung der Kommunistischen Partei in der Frage des Parlamentarismus und der Gewerkschaften für fehlerhaft oder für noch schlimmer gehalten. Ihr mußtet sehen, wie die Kommunisten aller Länder in wochenlangen Beratungen auf dem Kongreß in Moskau diese Haltung sich zu eigen machten. Und wie die Führer, die Ihr nach Moskau gesandt hattet, es nicht einmal wagten, die Meinung, die sie vor Euch als die ihrige ausgaben, auch angesichts des Kongresses zu vertreten. Wir glauben, Genossen, daß auch Ihr die harte Schule der Zeit nicht spurlos durchgemacht habt. Wir hoffen, daß dieser unser Appell Euch veranlassen wird, noch einmal Euren Standpunkt zu überdenken und dann an dem großen Werke mitzuwirken, zu dem wir Euch rufen. In der vereinigten kommunistischen Partei ist auch Euer Platz.

Arbeiter, deutsche Proletarier!

So seid Ihr auf verschiedenen Wegen gegangen und doch einem Ziele zugewandert: dem Kommunismus. Eure Feinde haben sich bei jeder „Spaltung" gefreut über die Zersetzung der deutschen Arbeiterklasse. Jetzt sollen sie sehen, daß ihre Freude Wahnwitz war. Jetzt gilt es, ihnen zu zeigen, wie in dem Feuer vieler Kämpfe, die die Proletarier unter sich geführt haben, doch der Hammer geschmiedet wurde, der der Bourgeoisie auf das Haupt fällt: eine einheitliche, große kommunistische Partei.

Arbeiter, Genossen!

Zu diesem Zweck rufen wir Euch. Wir rufen Euch dazu in einer Stunde, die der Gefahr voll ist. Die deutsche Wirtschaft geht zugrunde. Tür und Tor schließen die Betriebe. Das Volk ver-

armt. Die Arbeitslosen liegen zu Hunderttausenden auf der Straße. Eine bis an die Zähne bewaffnete Bourgeoisie in starken Verbänden lauert auf die Stunde, in der sie hofft, Euch endgültig niederschlagen zu können. In Ostpreußen wie in Bayern haben sie starke Burgen ausgebaut. Täglich kann die Stunde kommen, die Euch zum Werk der Befreiung ruft. Zögert nicht, helft die einige Partei der deutschen Kommunisten schaffen!

Arbeiter! Genossen!

Es ist ein Werk zur Rettung der deutschen Revolution, zu dem wir Euch rufen. Es ist aber auch ein Werk zur Hilfe des internationalen Proletariats, das Ihr jetzt vollbringen sollt. Eure Brüder in allen Ländern leiden an den Krankheiten, an denen Ihr bis jetzt gelitten habt. Auch sie werden noch in Banden gehalten von allen Sozialverrätern und allen Sozialpazifisten. Auch dort ringen heute die revolutionären Proletarier schwer gegen ihre Feinde im eigenen Lager. Sie alle schauen auf Euch. Zeigt Euren Genossen, wie das Proletariat sich die Waffe schmiedet, mit der es seine Feinde zerschlägt.

Proletarier!

Denkt alle auch an Rußland. Denkt an die drei schweren Jahre, die das russische Proletariat jetzt leidet und kämpft für Euch. Denkt an die langen Jahre, die sie kämpften und ertrugen im festen Glauben: die Proletarier der Welt, die deutschen zumal, würden tun, was auch sie taten. Denkt daran, daß drüben im Osten die größte Tat vollbracht wurde, die je getan worden ist, seit es Unterdrückte gibt. Denkt daran, daß es nötig ist, das Schwert zu schmieden, daß diesen Vortrupp der Weltrevolution mit Euch zusammenführt. Denkt daran, wie eine Flut von Lügen und Verleumdungen dieses Werk zu besudeln sucht. Denkt daran, wie Eure Führer von gestern, die Dittmann, Ledebour, Wolffheim, Rühle Euch mit Kot bewarfen. Denkt daran, daß es gilt, die Proletarier zu sammeln, zu führen, zu dem größten Werk, das je einer Klasse übertragen ward.

Es ist die Kommunistische Internationale, die Euch ruft.

Arbeiter! Proletarier!

Vielleicht hat wieder, wie im Juli 1914, die Geschichte dem deutschen Proletariat das Schicksal der Arbeiterinternationale in die Hände gelegt. Das deutsche Proletariat hat damals seine Aufgabe nicht erkannt.

Zeigt, daß Ihr in Euren Leiden gelernt habt. An Euch ist es, das erste Bollwerk des Kommunismus in Westeuropa auszubauen.

Arbeiter! Genossen!

Erkennt die Größe Eurer Aufgabe. Es gilt, die revolutionären Proletarier Deutschlands, der Welt, zusammenzuschließen!

Es lebe die vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die deutsche Revolution!

Es lebe die Weltrevolution!

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.:

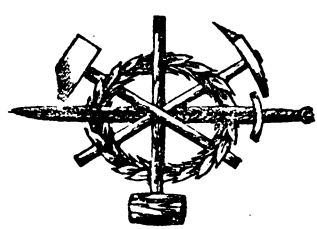
Ernst Däumig. Adolf Hoffmann. Wilhelm Koenen. Walter Stöcker. Bertha Braunthal. Otto Gäbel. Richard Müller. Kurt Geyer. Marta Arendsee. Emil Eichhorn. Paul Schindler.

Die Zentrale der K. P. D.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale

Vorsitzender G. Sinowjew.

Oktober 1920.



An den Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Liebe Genossen!

Ich begrüße den Parteitag der K. P. D. im Namen der Exekutive der Kommunistischen Internationale und im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands. Es ist mir leider die Möglichkeit genommen, diesem Eurem wichtigen Parteitage beizuwohnen. Ich muß mich daher mit diesen Zeilen begnügen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat eine schwere Zeit durchgemacht. Sie kann dennoch mit Stolz auf den zurückgelegten Weg blicken. Die Scheidung in der K. P. D., die riesige Umwälzung in den Parteiverhältnissen Deutschlands, die jetzt kommt, ist nicht zuletzt der klärenden Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands zuzuschreiben. Die moralische Stärke, die geistige Klarheit einer Arbeiterpartei wird eben nicht in den Siegestagen, sondern in den Epochen schwerer Krisen und Niederlagen erkannt und erprobt. Dieses Examen hat unsere Bruderpartei in Deutschland befriedigend abgelegt. Unserer Meinung nach ist es jetzt die erste Pflicht der K. P. D., der linken U. S. P. nicht engherzig gegenüberzustehen.

Das wichtigste Resultat hat die Kommunistische Partei Deutschlands erreicht. Die reformistischen und halbreformistischen Elemente der U. S. P. sind ausgeschieden, die Kerntruppe der Arbeiterschaft der U. S. P. steht zu uns, zum Kommunismus. Es handelt sich jetzt darum, dieser neuen, kommenden großen vereinigten Kommunistischen Partei voranzugehen, kommunistische Klärung in die Reihen dieser neuen großen Partei zu bringen; alles andere hat nur untergeordnete Bedeutung. Reminiszenzen aus der alten Zeit können die nötige Verschmelzung und geistige Klärung nur stören.

Auch gegenüber der K. A. P. D. bitten wir Euch, jetzt mit mehr Toleranz aufzutreten als bisher. Die K. A. P. D. hat ihre Wolffheim, Laufenberg und Rühle abgeschüttelt. Die K. A. P. D. hat dadurch ihren Willen, gegen die nationalistische Seuche zu kämpfen, ernst bewiesen. Mancher Führer der K. A. P. D. vertritt noch heute unmarxistische und unkommunistische Auffassungen in

der Frage der Gewerkschaften und des Parlamentarismus. Manche Elemente der Führerschaft der K. A. P. D. sind noch heute ein Hindernis für die Bewegung. Aber trotzdem sehen wir in den Reihen der Arbeiter, die zur K. A. P. D. gehören, gute, ernste, proletarische, revolutionäre Elemente. Um jeden Preis müssen wir diese revolutionären Arbeiter in unseren Reihen haben. Alles erforderliche Entgegenkommen muß ihnen nun entgegengebracht werden.

In die Reihen der vereinigten Kommunistischen Partei gehören nicht nur die Arbeiter aus der K. P. D. und der U. S. P., sondern auch die besten ehrlichen Arbeiter aus der K. A. P. D.

Nach dem Parteitag von Halle haben beide Parteien, d. h. die K. P. D. und die linke U. S. P. zusammen mit uns eine Anzahl von praktischen Fragen beraten und beschlossen. Wir bitten den Parteitag der K. P. D., diese Beschlüsse gutzuheißen.

Die Vereinigung aller kommunistischen Elemente in Deutschland zu einer geschlossenen großen Partei ist ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung. Der Spartakusbund hat seine Aufgabe erfüllt. Die Aufgabe des Spartakusbundes in der gegenwärtigen Stunde besteht darin, in der neuen, großen vereinigten Partei aufzugehen und dort die treibende Kraft zur kommunistischen Zusammenfassung zu sein.

Neue Kämpfe, neue Opfer, neue Leiden stehen ihnen bevor. Die Kommunistische Partei Rußlands, die gesamte Kommunistische Internationale ist voller Zuversicht, daß die deutsche Arbeiterklasse diesen riesigen Aufgaben gewachsen sein wird. Ein ewiges Gedenken den besten Vorkämpfern der K. P. D., alle Anerkennung den großen, historischen Verdiensten des Spartakusbundes! Es lebe die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, die einige Sektion der III. Internationale!

G. Sinowjew.

November 1920.

An die Bergarbeiter, an die revolutionären Kämpfer in England.

Mit der aufrichtigsten Bewunderung verfolgen die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt den Kampf, den Ihr gegen die stolzeste kapitalistische Burg unternehmt, die der Weltkrieg zurückgelassen hat. Die stolzeste Burg nicht zum wenigsten deswegen, weil gerade in England die Bürokratie der Gewerkschaften sich als die getreueste Stütze der Bourgeoisie erwiesen hat und weil die Bourgeoisie glaubt, sich auch weiterhin auf diese Stütze verlassen zu können.

In diesem Glauben sieht sich die Bourgeoisie getäuscht. Gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, getrieben von ihrer Not, aufgerüttelt durch den Zusammenbruch des Kapitalismus, sind die Arbeiter selbst zur Tat geschritten. Der Kampf ist entbrannt in einer Größe, die diesen Kampf der englischen Arbeiter würdig an die Seite stellt dem großen Kampfe der italienischen, den Kämpfen der deutschen Arbeiter.

Genossen!

Wir wissen, daß viele von Euch unser letztes Ziel, den Kommunismus, noch nicht erstreben. Wir wissen, daß viele von Euch glauben, daß der Kapitalismus Euch doch noch die Möglichkeit geben könne zum Aufbau einer menschenwürdigen Existenz für Euch und Eure Kinder. Wir wissen aber auch, daß viele von Euch aus diesem Eurem Kampfe lernen werden, was unsere Lehre ist: es gibt nur eine Rettung, den Kommunismus.

Euer Ministerpräsident, Herr Lloyd George, hat erst vor wenigen Wochen den Vertreter des russischen Proletariats, den Genossen Kamenew, über die Grenze gejagt. Er hat geglaubt, daß er damit den Bolschewismus über die englische Grenze gejagt habe. Herr Lloyd George hat sich geirrt. Genosse Kamenew ist gegangen, aber der Kommunismus ist geblieben. Der Kommunismus ist erwachsen aus Eurer Not und Eurer Unterdrückung.

Der Kommunismus ist es, der Euch heute ruft zu Euren großen Kämpfen und der Euch heute stellt in Reih' und Glied und

Schulter an Schulter mit den leidenden und kämpfenden Proletariern der ganzen Welt.

Unseren Wunsch für Euren Kampf und Euren Sieg im Namen von vielen Millionen Proletariern legen wir in die Worte:

Es lebe der Kommunismus!

Es lebe die Weltrevolution!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
G. Sinowjew.

Die Kommunistische Partei Italiens.
N. Bombacci.

Die Unabhängige Sozialistische Partei Deutschlands (U. S. P.).
A. D. Hoffmann.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (K. P. D.)
P. Levi.

Aufruf an die französischen Arbeiter.

Anläßlich des Kongresses der Allgemeinen Konföderation der Arbeit (C. G. T.).

Genossen!

Der außerordentliche Kongreß der C. G. T. tritt in einem Augenblick zusammen, in dem sich die Arbeiterklasse Europas wieder in einer Periode großer Bewegung befindet.

In England haben die Bergarbeiter der Regierung unter Androhung des Generalstreiks Forderungen unterbreitet. Die Arbeiter in ihrer Gesamtheit haben sich gegen die leitende Clique gewendet, die Gelüste zeigt, das Land in die Machenschaften des imperialistischen Polens zu verwickeln. Diese mächtige Bewegung konnte noch einmal von den reformistischen Führern eingeengt und in den Grenzen einer Teilaktion gehalten werden, wodurch sie ihre volle Wirkung nicht erreicht hat.

In Italien, wo die Arbeiterklasse schon so häufig ihren Willen,

dem kapitalistischen Regime ein Ende zu machen, geäußert hat, wo sie vor Ungeduld brennt, den Aufbau einer neuen Welt zu beginnen, in Italien ist das Proletariat heute in eine Aktion eingetreten, die für die Bourgeoisie eine deutliche Mahnung ist, daß es für sie keine Rettung mehr gibt.

So leuchtet bald auf diesem, bald auf jenem Punkt die Feuersbrunst auf. Aber unter der Asche schlummert sie überall. Sie ist Frucht und Vermächtnis des imperialistischen Krieges.

Euer gegenwärtiger Kongreß ist veranlaßt und beeinflußt durch den Mißerfolg des Eisenbahnerstreiks und des Generalstreiks, der jenen hätte unterstützen sollen, so wie der letztjährige Kongreß beeinflußt war von dem Mißerfolg, welchen der auf den 21. Juli festgesetzte Generalstreik in Frankreich erlitten hat. Ein Mißerfolg nach dem andern. Warum?

Letztes Jahr hat das schmachvolle Versagen in der letzten Minute Sowjetungarn an die rumänische Soldateska ausgeliefert; die Junker wurden zur Macht zurückgeführt, jene Junker, die sich durch einen fürchterlichen weißen Terror dafür rächten, daß sie für einen Tag aus ihren Privilegien hatten verjagt werden können.

Dieses Jahr sind die französischen Arbeiter selber die Opfer gewesen. Regierung und Unternehmer haben unsere besten Genossen ins Gefängnis oder aufs Pflaster geworfen, in der Hoffnung, damit die revolutionäre Bewegung für lange Zeit zu brechen.

Mißerfolg auf internationalem Gebiet, Mißerfolg auf nationalem Gebiet! Das französische Proletariat kann sich nicht damit abfinden, auch weiterhin regelmäßig von Niederlage zu Niederlage geführt zu werden. Es muß die Ursache dieser Mißerfolge bestimmen und dementsprechend handeln.

Die guten Leute, die, während die Bourgeoisie statt der Reformen ihre Maschinengewehre bereit stellte, uns den Reformismus predigten, die alten und neuen Anhänger des Sozialpazifismus in einer Zeit, wo der soziale Friede nicht mehr möglich ist, sie alle klagen die Kommunistische Internationale an, absichtlich eine Spaltung der Kräfte der Arbeiterschaft hervorrufen zu wollen. Sie erklären heuchlerisch, daß sie für die russische Revolution seien — sie wissen eben gut, daß die Arbeiter ihnen nicht erlauben würden, sich offen gegen sie zu erklären — aber gleichzeitig sind sie gegen die Kommunistische Internationale. Die Bourgeoisie, die ihre Bundesgenossen wohl kennt, beglückwünscht sie dazu sofort in ihrer Presse.

Die Kommunistische Internationale will die Kräfte der Arbeiterklasse nicht spalten. Sie rät davon ab, neben den reformistischen Gewerkschaften revolutionäre zu gründen; immer und immer wieder

sagt sie den Kommunisten, daß es deren Pflicht sei, in den reformistischen Gewerkschaften zu bleiben und zu kämpfen, und sie verurteilt die deutschen Genossen, die im besten Glauben eine entgegengesetzte Taktik angenommen haben.

Aber gleichzeitig hat sie die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als „gelb" gebrandmarkt, und gegenüber dieser Karrikatur einer Internationale, die nichts weiter ist als ein Anhängsel des Völkerbundes, hat sie eine wirkliche Internationale errichtet. Eine Organisation, deren König Gompers ist, in der Gompers ein Vetorecht ausübt, in der sich alle Verräter der II. Internationale wiederfinden, wo man Jouhaux und Legien endlich wieder versöhnt sehen kann, eine solche Gruppierung wird niemals eine Arbeiterinternationale sein. Auch sie könnte nur die Arbeiter aller Länder zur Niederlage führen und müßte alle Bewegungen, die einzuleiten sie sich gezwungen sieht, zum scheitern bringen.

In dieser Hinsicht sprachen wir so gut das tiefe Gefühl der Arbeiterklasse aus, daß der Aufruf für den Kongreß, auf welchem die Rote Internationale ihre definitive Verfassung erhalten wird, schon heute die Unterschriften der Vertreter der Zentralverbände von Rußland, Italien (Confédération Générale du Travail, und Union Syndicale Italiano), Spanien (Confédération Générale du Travail), Norwegen, Jugoslawien, Bulgarien, Georgien, der Transportverbände von Holland, der Shop Stewards und Workers Comitees von England, der I. W. W. von Amerika und Australien trägt.

Genossen!

Der französische Imperialismus ist nur deswegen so anmaßend und agressiv, er kann sich nur deswegen solche Herausforderungen erlauben, wie die Anerkennung von Wrangel — dies sogar gegen seinen Verbündeten, den britischen Imperialismus — weil er weiß, daß die französische Arbeiterbewegung gegenwärtig aus dem Geleise geworfen ist dank der Umschwenkung derjenigen, die an der Spitze der Gewerkschaftsverbände stehen.

Das erste Wort der Kommunistischen Internationale an den Arbeiter lautet: denke an den imperialistischen Krieg. Nur weil die Arbeiter von Frankreich allzu leicht die große imperialistische Schlächterei vergessen, weil sie nicht suchen, daraus eine Lehre zu ziehen, nur deswegen ist ihre Bewegung wehrlos den Angriffen dieser Bourgeoisie ausgesetzt — der stupidesten und borniertesten auf der Welt, die von ihren ersten Erfolgen berauscht ist.

Die Kommunistische Internationale sendet den organisierten Arbeitern Frankreichs und allen Opfern der Unterdrückung ihren brüderlichen Gruß.

Sie hofft, daß die Arbeiterorganisationen in der Erkenntnis,

daß es nunmehr gilt zu wählen zwischen Amsterdam und Moskau, die Resolution des Kongresses der Minderheit von Paris annehmen werden, in der es heißt: daß es nur eine Internationale der Revolution gibt, die Dritte, die Internationale von Moskau.

Sie ist sicher, daß die Arbeiterklasse Frankreichs, indem sie aus ihrer wiedergefundenen revolutionären Tradition neue Kräfte schöpft, bald zu glänzenden Siegen über die imperialistische Bourgeoisie schreiten wird und so den Platz wieder einnehmen wird, der so lange der ihrige war: den Platz der Avantgarde der internationalen Arbeiterbewegung.

Es lebe die wahre Vereinigung der Arbeiter aller Länder!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

G. Sinowjew. *A. Rosmer.*

Schreiben an die französischen Genossen.

Ich benutze die Gelegenheit meines Aufenthalts im Auslande, um mich mit nachfolgenden Zeilen an die französischen Genossen zu wenden.

Nach dem Beschluß, der auf dem Parteitag der deutschen Unabhängigen gefaßt wurde, erwartet die III. Internationale mit Ungeduld den Beschluß, der auf dem nächsten Kongreß der französischen Sozialisten gefaßt werden soll. Zu unserem größten Bedauern müssen wir bemerken, daß es auch bei Euch in Frankreich Leute gibt, die bestrebt sind, anstatt der großen prinzipiellen Fragen ausschließlich organisatorische und oft ziemlich unbedeutende Probleme zu diskutieren. In Deutschland handelten die rechten Unabhängigen durchaus bewußt in diesem Sinne, um den vorgeschrittenen Arbeitern nicht die Möglichkeit zu geben, sich in den wirklich wichtigen prinzipiellen Fragen zu orientieren, von denen das Geschick unserer Bewegung abhängig ist.

Warum greifen in Deutschland, in Frankreich, in einer ganzen Reihe anderer Länder die reformistischen und halbreformistischen Elemente des Sozialismus zu diesem beliebten Mittel: den Debatten über diese oder jene der 21 Bedingungen, den Deutungen dieser

oder jener verhältnismäßig unbedeutenden organisatorischen Einzelheit in diesem oder jenem Sinne? Das hat seine Gründe und zwar äußerst wichtige. Die Sache läßt sich folgendermaßen erklären: die Idee des Kommunismus zieht als ungeheurer Magnet die revolutionären Arbeiter der ganzen Welt an, das Beispiel der Sowjetrepublik Rußland leuchtet den Proletariern aller Länder wie ein Stern. Das morsche Fundament der Zweiten Internationale fällt vor aller Augen zusammen. Die vorgeschrittenen Arbeiter in Europa und Amerika haben eingesehen, daß nicht die berüchtigte „Demokratie" sondern die Diktatur des Proletariats der Rettungsanker für die unterdrückten Massen ist. Kurz gesagt, die wichtigsten Ideen der Dritten Internationale haben bereits unter den vorgeschrittenen Arbeitern der ganzen Welt gesiegt. Die Opportunisten sind ja dazu Opportunisten, um sich jeder Situation anzuschmiegen und anzupassen. Bei der jetzigen Sachlage sind die Herren Opportunisten gezwungen, sich den Anschein zu geben, daß sie für die Dritte Internationale sind. Sie können nicht zu den Arbeitern kommen und ihnen direkt sagen, daß sie die Idee der Diktatur des Proletariats ablehnen und der Weltrevolution nicht Hilfe leisten wollen, daß sie gegen die Unterstützung der Sowjetrepublik sind. Sie können den Arbeitern nicht mit den alten abgedroschenen Phrasen über das allgemeine Wahlrecht, die demokratische Republik, die allmähliche reformistische Tätigkeit, das langsame Vorgehen, die zagen Versuche, kommen. Die Herren Opportunisten wissen, daß die Arbeiter sich von ihnen abwenden würden, wenn sie mit offenem Visier den ideellen Kampf gegen uns beginnen, wenn sie den Arbeitern die volle Wahrheit über ihre bürgerlichen oder halbbürgerlichen Anschauungen sagen würden. Die Opportunisten wollen aber um jeden Preis innerhalb der Arbeiterbewegung bleiben, sie müssen um jeden Preis die Verbindung mit den Arbeiterparteien aufrecht erhalten, um die Möglichkeit zu haben, diese zu beeinflussen. Auf dem Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau habe ich den Artikel eines hervorragenden Führers der italienischen Opportunisten, F. Turati, zitiert, in welchem dieser ideelle Führer des italienischen internationalen Reformismus direkt erklärt: Ich will nicht aus der Italienischen Sozialistischen Partei austreten, das ist nicht vorteilhaft für mich. Solange ich innerhalb der Partei verbleibe, kann ich unter den breiten Massen meine Ideen verfechten.

Aus dieser Lage, wo die vorgeschrittenen Arbeiter in fast allen Ländern bereits ideell für die Kommunistische Internationale gewonnen sind, die alten Parteien aber noch ihre frühere organisa-
sche Hülle bewahren, aus dieser Lage entsteht jene eigentümliche

Erscheinung, die wir jetzt fast in ganz Europa beobachten. Anerkannte Opportunisten, anerkannte Kompromißler erklären, daß sie prinzipiell für die Dritte Internationale sind, nur mehr Autonomie für ihre Partei wünschen und einige der 21 Bedingungen ablehnen.

In Deutschland erklären solche anerkannte Renegaten wie Hilferding und solche anerkannte kleinbürgerliche Reformisten wie Crispien und Dittmann auf allen Kreuzwegen, daß sie „prinzipiell" für die Dritte Internationale sind, aber nur darauf bestehen, daß einige der 21 Bedingungen gemildert werden. In Amerika ist ein solcher anerkannter Opportunist wie Maurice Hillquith, der in Wirklichkeit mit Leib und Seele für die Zweite Internationale ist, gezwungen, an allen Ecken zu erklären, daß er „prinzipiell" die Dritte Internationale verteidigt, aber mehr Autonomie für seine Partei wünscht. In Italien — das gleiche Bild, und dasselbe beobachten wir jetzt auch in Frankreich.

Wenn ich nicht irre, so war es Bismarck, der einmal gesagt hat, etwas „prinzipiell" anzuerkennen, heiße für einen guten Diplomaten, es in der Tat abzulehnen. Nach diesem Rezept handeln jetzt viele Diplomaten des Sozialismus. Sie anerkennen die Dritte Internationale „prinzipiell", um sie in Wirklichkeit abzulehnen. In der Pariser Zeitung „Populaire" haben wir in einer ganzen Reihe von Artikeln die gleiche Methode beobachtet. Die tapferen Opportunisten wagen es nicht, den französischen Arbeitern direkt zu sagen, daß sie gegen die Dritte Internationale sind. Sie schwören auch in Gottes Namen, daß sie für die Dritte Internationale sind, aber nur mit der Bedingung, daß die vom Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale beschlossenen Aufnahmebedingungen „gemildert" würden.

Wieviel Lärm hat in der französischen Presse die Frage gemacht, ob für die französischen Genossen 9 oder 18 oder 21 Bedingungen bindend wären. Eigentlich ist aber diese Debatte keinen Heller wert. Die erste der 21 Bedingungen, die von mir verfaßt und von dem Kommunistischen Kongreß angenommen wurden, lautet: die gesamte Propaganda und Agitation in der Presse und auf den Versammlungen und in der gesamten Tätigkeit der Partei muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen. Eigentlich wäre diese eine Bedingung für uns vollkommen ausreichend, wenn wir gegen die Machenschaften der Diplomaten des Sozialismus gesichert wären, wenn wir die Ueberzeugung hätten, daß diese Bedingung durchgeführt wird. Die übrigen 20 Bedingungen könnten dann fortfallen, ja, wenn es auf der Welt keine reformistischen Herren Diplomaten gäbe, könnten wir vielleicht ohne jede Aufnahmebedingung in die Kommunistische Internationale auskommen.

Wir könnten einfach erklären, daß jede beliebige Partei, die sich für kommunistisch hält und deren Führer zur internationalen Arbeitergenossenschaft gehören, kommen und ihren Platz in der Kommunistischen Internationale einnehmen möge.

Warum haben wir das nicht gesagt? Wir konnten das nicht sagen, weil wir nach dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale, nach der ungeheuer schweren Krise, die der Sozialismus als Ergebnis des Krieges und des Verrats der sozialdemokratischen Führer durchlebte, bestrebt sein mußten, die Kommunistische Internationale vor unzuverlässigen Elementen zu verschließen. Wir brauchen einen Leuchtturm, wir brauchen eine Parole, wir brauchen ein Glaubensbekenntnis, nach welchem wir die Unsrigen erkennen und von Fremden unterscheiden können. Zu diesem Zweck haben wir die 21 Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale aufgestellt.

Wer ehrlich für die erste obenangeführte Bedingung ist, der wird auch für die übrigen 20 Bedingungen sein. Wer schwankt, ausweicht, verwirrt, diplomatisiert, der findet in jeder dieser Bedingungen 20 Hindernisse für sich und versucht mit einem Fuß in der Partei zu bleiben, mit dem anderen Fuß außerhalb der Partei.

Unser Rat, unsere Bitte an Euch, Genossen, ist: führt die gesamte Diskussion auf prinzipiellem Boden, zwingt den Gegner darüber zu sprechen, was das einzig Interessante in der jetzigen Diskussion ist — über die Diktatur des Proletariats, über das Sowjetsystem, über die Weltrevolution, über die gelben Führer des internationalen Gewerkschaftsrats, über die schädliche Rolle der Arbeiteraristokratie, über die Säuberung der Partei, über die Veränderung der gesamten parlamentarischen Tätigkeit, über die Bildung kommunistischer Zellen in allen Arbeiterorganisationen und über aufrichtige und ehrliche Unterstützung Sowjetrußlands nicht als Lippenbekenntnis, sondern durch die Tat, über die Vorbereitung der Ausrüstung der Arbeiter und der Abrüstung der Bourgeoisie usw.

Die 21 Aufnahmebedingungen sind aufgestellt, um den Weizen von der Spreu abzusondern, um die reformistischen und halbreformistischen Elemente zu zwingen, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Die 21 Bedingungen sind aufgestellt, um eine Reinigung in den Reihen unserer Arbeiterparteien durchzuführen. Man sagt, es gibt einige Pulver, die mit absoluter Sicherheit und mit Erfolg Wanzen und andere unangenehme Insekten vernichten. Wir hoffen, daß die vom Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale aufgestellten 21 Bedingungen mit gleichem Erfolg das Gebäude unserer Partei

von den Wanzen des Opportunismus und den Läusen des Reformismus säubern werden.

Welchen Wert das Lamento der rechten Elemente gegen die Moskauer Tyrannei, die Moskauer Peitsche und die russische Diktatur hat, welchen Wert das Gejammer der Rechten anläßlich der unsterblichen Prinzipien des Demokratismus hat, das haben die rechten Unabhängigen in Deutschland am besten bewiesen. Für uns Kommunisten ist es gar nicht wichtig, ob die in Frage kommenden Führer Crispien und Dittmann oder Presseman und Paul Faure heißen. Das, was heute die rechten Unabhängigen in Deutschland tun, werden morgen die rechten Elemente in Frankreich wiederholen. Was die rechten Unabhängigen in Deutschland getan haben, das ist Euch wohl bekannt. Sie haben den Parteitag absichtlich sehr schnell zusammenberufen, um den Arbeitern nicht die Möglichkeit zu geben, sich in den prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zu orientieren. Als sich dort etwa zwei Drittel des Parteitages für die 21 Bedingungen äußerten, erklärte der rechte Teil der alten, von dem Parteitage bereits aufgelösten Zentrale, daß die Mehrheit der Partei sich außerhalb der Partei stelle. Die rechten Unabhängigen ergriffen mit dem gleichen Zynismus Besitz von der Zeitung der Berliner Arbeiter, „Freiheit", wie es Scheidemann 1915 mit der Zeitung „Vorwärts" getan hat.

Jetzt ist es gewiß jedem Kinde klar, daß in Deutschland nicht um die Autonomie der deutschen Partei gestritten wurde (diese Autonomie hat die Kommunistische Internationale niemals angegriffen und wird es nicht tun). Es handelte sich darum, ob die deutsche Partei eine wirklich kommunistische Partei werden oder endgültig in eine opportunistische Kompromißlerpartei ausarten werde. Das gleiche und nichts anderes ist jetzt auch in Frankreich auf der Tagesordnung.

Die Kommunistische Internationale sagt den kommunistischen Arbeitern: niemals hat die Kommunistische Internationale die Autonomie der französischen Partei oder irgend einer anderen Partei angegriffen. Die Kommunistische Internationale sieht sehr gut ein, daß es ein großes Gebiet von Fragen gibt, auf welchem jede Partei ihre Angelegenheiten selbständig entscheiden muß. Die Kommunistische Internationale hat so manches Mal erklärt, daß das Exekutivkomitee nur in solchen Fragen bindende Beschlüsse fassen wird, die wirklich einen internationalen Charakter tragen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale besteht nicht allein aus der russischen Partei, sondern außerdem noch aus 14 Parteien. Die Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale werden erst gefaßt, nachdem sie mit den inter-

essierten Parteien diskutiert worden sind und werden immer vom Standpunkt der Interessen der internationalen Arbeiterklasse durchdacht. Die Kommunistische Internationale erklärt Euch ferner, französische Genossen, daß wir in dieser oder jener einzelnen organisatorischen Frage immer bereit sind, mit Euch zu verhandeln. Die einzige Bedingung, die wir als ultimativ betrachten, ist ein völliger und unbedingter Bruch mit den reformistischen Elementen, ein erbarmungsloser Ausschluß aller derjenigen aus der Partei, die sich nicht auf den Standpunkt der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats stellen wollen und können. Alles übrige ist für uns nebensächlich.

Einige „linke" Reformisten in Frankreich versuchen die Sache so darzustellen, daß sie mit der Kommunistischen Internationale in einigen organisatorischen Fragen nicht übereinstimmen, nichtsdestoweniger aber treue Freunde Sowjetrußlands bleiben. Die rechten Unabhängigen in Deutschland erklären dasselbe. Wir sagen Euch im voraus, französische Genossen: der Sozialist, der heute gegen die III. Internationale auftritt, wird morgen gezwungen sein, auch gegen Sowjetrußland aufzutreten. Das Beispiel der deutschen Unabhängigen hat das aufs beste bewiesen. Dieselben deutschen Unabhängigen haben ihre Zeitung bereits in ein schmutziges antibolschewistisches Blatt verwandelt, sie haben bereits einen Bund mit den russischen Menschewiki, d. h. mit der Gegenrevolution geschlossen. Sie halten bereits antibolschewistische Pogromreden im Geiste des Taugenichts Dittmann. Möge dieses abschreckende Beispiel Euch zur Lehre dienen. Unsere französischen Freunde müssen jetzt der Gruppe Longuet die direkte Frage stellen, ob Longuet und seine Gruppe in Frankreich dasselbe tun wollen, was Hilferding, Crispien und Dittmann in Deutschland getan haben. Ob sie sich auch weigern wollen, sich der Mehrheit der Partei unterzuordnen, ob sie auch eine rechte Partei bilden wollen, ob sie auch die Kardinalfragen der internationalen Bewegung durch unbedeutende organisatorische Streitigkeiten vertuschen wollen, ob sie auch den Sinn des französischen Proletariats durch chauvinistisches Geschrei gegen die Diktatur Moskaus und kleinliche organisatorische Scholastik umnebeln wollen. Mit gezücktem Schwert muß von Longuet und seinen Anhängern die Antwort auf diese Fragen gefordert werden und davon, was diese Gruppe uns antwortet, ob sie vollständig und bona fide alle Leitsätze und alle Bedingungen der Kommunistischen Internationale annimmt und sie ehrlich durchführt, nicht als Lippenbekenntnis, sondern durch die Tat, davon soll der Beschluß abhängig gemacht werden, der endgültig zu treffen ist.

Die Kommunistische Internationale rechnet mit Sicherheit auf

die französischen Arbeiter. Sie ist überzeugt, daß der gesunde Verstand der vorgeschrittenen französischen Proletarier die Blockade durchbrechen wird, die einige Führer vom Schlage Presseman usw. anzetteln wollen. Bald kommt die Zeit, wo das französische Proletariat den 50sten Jahrestag der Pariser Kommune feiern wird. Gestattet uns, die Ueberzeugung auszusprechen, daß die französischen Arbeiter zu diesem Jubiläum eine starke, zusammengeschlossene Kommunistische Partei, eine Sektion der Kommunistischen Internationale, haben, alle „Sozialisten" alter Marke, alle Sozialverräter und Sozialpazifisten aber in das Lager der Zweiten Internationale übergegangen sind. Das ist der rechte Ort für sie.

G. Sinowjew.

Mein Abschiedsbrief.

Zum erstenmal nach der russischen proletarischen Revolution waren wir in der Lage, eine unmittelbare öffentliche Diskussion mit den geistigen Vertretern des europäischen Opportunismus zu haben. Wozu sind wir nach Halle gekommen? Was war das Fazit und die Lehre von Halle?

Die russische Sowjetrepublik, die Ideen des Kommunismus, das Banner der Kommunistischen Internationale haben die Herzen der gesamten Arbeiterklasse Europas und Amerikas gewonnen. Im geistigen prinzipiellen Kampf sind die Scheidemänner, die Martow, die Noske, die Crispien, die Renaudel, die Dittmann, die Dissmann, die Bernstein, Kautsky und wie sie alle heißen, eigentlich schon längst geschlagen. Fast in allen Ländern der Welt sehen wir, wie jetzt Vertreter der sozialpatriotischen und sozialpazifistischen Richtungen auftreten, sich an die Brust schlagen und feierlich verkünden, sie seien für die Sowjetrepublik Rußland, sie seien „prinzipiell" für die III. Internationale. Auch während der letzten Monate der großen Kämpfe um die III. Internationale in Deutschland konnte die deutsche Arbeiterschaft dasselbe Bild beobachten. Die Crispien und Dittmann, die Hilferding und Breitscheid, die Dissmann und Ledebour wagten es nicht, offen aufzustehen und zu erklären: „Wir sind gegen die III. Internationale, wir sind gegen Sowjetrußland". Alle Debatten auf dem Parteitag in Halle versuchten die rechten Führer der U. S. P. auf das kleine organisato-

rische Gebiet zu verschieben. Warum? Ja, es ist klar: darum, weil sie den geistigen, wirklich prinzipiellen Kampf nicht aufnehmen können. Sie wissen ganz gut, daß die Herzen der deutschen Arbeiter mit uns sind. Würden sie der deutschen Arbeiterklasse offen die Parole vorschlagen: Gegen Sowjetrußland, gegen die Kommunistische Internationale! — so wären sie in kurzer Frist erledigt.

Eben darum versuchten sie, den Streit auf den Kopf zu stellen und die gar nicht so bedeutende Frage, ob 15 oder 18 oder 21 Bedingungen annehmbar sind, in den Vordergrund zu rücken. Dasselbe Bild wiederholt sich in allen anderen Ländern.

Wir kamen nach Halle, um dieses Spiel der Reformisten bloßzustellen, um es der Arbeiterklasse Deutschlands zu erleichtern, die Frage so zu stellen, wie sie wirklich steht: bürgerliche Demokratie oder proletarische Diktatur; kleinliche, halbbürgerliche Reformarbeit oder Weltrevolution; Verbrüderung nur in Worten, wie es in der II. Internationale war, oder Schaffung einer wirklichen Kampforganisation der internationalen Arbeiterklasse, d. h. der III. Internationale; Unterstützung der gelben Führer, der sogenannten Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, oder Schaffung einer wirklich proletarischen, einer wirklich kämpfenden Internationale der roten Gewerkschaften.

Dieses Ziel haben wir erreicht.

Um die rechten Führer der U. S. P. zu zwingen, Farbe zu bekennen, haben wir sie im Auftrage des Exekutivkomitees direkt aufgefordert, die Bedingungen zu formulieren, unter denen für sie der Anschluß an die III. Internationale annehmbar wäre. Die rechten U. S. P.-Führer haben dieses Angebot abgelehnt. Sie konnten nicht anders. Ihre wirklichen Bedingungen zu formulieren, hieße den Arbeitern Deutschlands einfach erklären: wir wollen keine Weltrevolution; wir sind nicht Anhänger der proletarischen Diktatur; wir wollen der Sowjetrepublik Rußland keine wirkliche Hilfe leisten; wir sind eigentlich für die II. Internationale. Aus diesem Grunde ist die rechte U. S. P. unserem Angebot ausgewichen. Und damit haben sich die rechten U. S. P.-Führer endgültig bloßgestellt.

Die rechten U. S. P.-Führer haben in Halle eine öffentliche Verbrüderung mit dem Führer der russischen Scheidemänner, Herrn Martow, vollzogen. Die rechten U. S. P.-Führer unterstützen die Menschewiki, d. h. die russische Gegenrevolution. Denn die russischen Menschewiki sind dasselbe, was Scheidemann und Noske in Deutschland sind. Die russischen Menschewiki waren es, die während des ersten Abschnitts der Revolution im Jahre 1917 die Petersburger Arbeiter niedergeschossen haben, Menschewiki waren es, die die Arbeiter ganz Rußlands zu entwaffnen versucht haben;

sie waren es, die den imperialistischen Krieg weitergeführt haben, die sich zu einfachen Werkzeugen der blutigen Entente gemacht haben.

Die rechte U. S. P. erklärt in der Resolution, die sie in Halle angenommen hat, sie wolle auch weiter die russische Sowjetrepublik unterstützen. Das ist aber eine Unwahrheit. Wer gegen die III. Internationale mit solchen schmutzigen Mitteln kämpft, wie es die Herren Hilferding, Crispien und Dittmann tun, der muß und wird auch die Sowjetregierung Rußlands mit denselben Mitteln bekämpfen. Die „Freiheit" ist schon zum ausgesprochenen schmutzigen, antibolschewistischen Blatt geworden. Die Pogromreden Dittmanns gegen Sowjetrußland werden schon mit Behagen von der Antibolschewistischen Liga abgedruckt. Je weiter dieser Prozeß fortschreitet, desto schlimmer wird es werden. Die rechte U. S. P. wird sich jetzt täglich als ausgesprochener Feind der russischen Revolution entpuppen.

Die Spaltung ist gekommen. Und wie gut ist es, daß sie endlich gekommen ist! Als wir uns das Bild von Halle genau betrachteten, erinnerte es uns lebhaft an die Kämpfe, die wir mit den Menschewiki vor zehn Jahren auszukämpfen hatten. Schon die Zusammensetzung des rechten und des linken Flügels des Parteitags war auffällig. Auf der linken Seite saßen im großen und ganzen Arbeiter, Proletarier, auf der rechten saß zwar auch ein Teil von Arbeitern, aber der bedeutendste Teil des rechten Flügels des Parteitags bestand aus Literaten, aus Parlamentariern, aus Advokaten usw., ganz dasselbe Bild wie bei uns in Rußland vor zehn Jahren.

Die Arbeiterklasse ist dafür, daß alle Intellektuellen, die wirklich auf dem Standpunkt des Kommunismus stehen, auch einen angemessenen Platz in der Bewegung einnehmen. Die Vergangenheit hat aber leider gezeigt, daß so manche Elemente dieser Intellektuellen ihren bürgerlichen Adam nicht abstreifen können und bis zur letzten Stunde die proletarische Revolution sabotieren.

Die große, erdrückende Mehrheit des Parteitages hat sich auf den Boden der III. Internationale gestellt. Was kam dann? Dann kam eine päpstliche Erklärung von Crispien und noch einem halben Dutzend seiner Genossen aus dem früheren Zentralkomitee. Dieses halbe Dutzend rechter Führer des Zentralkomitees, dessen Mandat schon erloschen war, hat sich angemaßt, den Parteitag auseinanderzujagen. Das also ist die „Demokratie"! Und diese Leute wagten es, von „Diktatur" zu sprechen!

Die „Freiheit", das Organ der Berliner Arbeiterschaft, ist von der rechten U. S. P. der revolutionären Arbeiterschaft einfach gestohlen worden. Die Geschichte wiederholt sich. Dasselbe, was die

Scheidemänner im Jahre 1915 mit dem „Vorwärts“ gemacht haben, machen jetzt die Hilferding, Crispien und Dittmann mit der „Freiheit“. Bei solcher Lage der Dinge wird es hoffentlich nicht mehr viel Arbeiter geben, die nicht einsehen, um was es sich handelt: nicht um die Autonomie, nicht um größere Selbständigkeit der Landesparteien, nicht um diese oder jene Bedingung, die die Kommunistische Internationale aufgestellt hat, sondern um das Ganze: Reformismus oder Kommunismus; proletarische Revolution oder halbbürgerlicher Pazifismus, darum handelt es sich.

Und das, was nach dem Parteitag von Halle gekommen ist, das war ein schönes Nachspiel zu allen Kämpfen. Der Vertreter der Kommunistischen Internationale wurde ausgewiesen. Die Debatten im Reichstag über diese Ausweisung zeigten eine geschlossene Front von den rechten U. S. P.-Leuten bis zu den Orgesch-weißgardistischen Abgeordneten. Herr Bernstein, der Vater des deutschen Opportunismus, meinte, das Asylrecht in Deutschland solle nicht für Unterdrücker, sondern für Unterdrückte da sein. Und Herr Bernstein hat sich sofort mit allen weißgardistischen Abgeordneten in dieser Frage geeinigt, daß der Vertreter der Kommunistischen Partei Rußlands und der Kommunistischen Internationale ein „Unterdrücker“, daß aber der Menschewik Martow, der Vertreter der russischen Scheidemänner, ein Unterdrückter sei. Wenn es noch eines offenkundigen Beweises bedurft hätte, daß die rechten U. S. P.-Führer sich mit den Scheidemännern, mit den Bürgerlichen und mit den Kappisten in jeder Minute in einer Front gegen den Kommunismus befinden, so war er durch diese Diskussion im Reichstage erbracht, in der ein Ledebour, der einen Protest gegen die Ausweisung heuchelte, von einer „kommunistischen Mörderzentrale“ log und damit bereits geistig die nächste Noskeparade, diesmal zusammen mit den rechten Unabhängigen, vorbereitete.

Ich wurde von Herrn Severing, Minister des Innern von Preußen, und Herrn Richter, Polizeipräsident von Berlin, ausgewiesen. Beide Herren sind Mehrheitssozialdemokraten, beide Herren sind alte Führer der freien Gewerkschaften. Ich muß mich bei diesen Herrschaften bedanken. Ich habe in meiner Rede in Halle die Worte ausgesprochen, manche gelbe Führer der Gewerkschaften seien viel gefährlicher und viel unsympathischer als die Orgeschleute. Dieser mein Ausspruch hat die große Entrüstung bei der Rechten hervorgerufen. Nun, die Herren Severing und Richter haben sich bemüht, eine glänzende Illustration dafür zu geben, daß meine Worte doch richtig waren, und dafür — meinen aufrichtigen Dank an die Herren Severing und Richter.

Zehn Tage lang wurde in der gesamten deutschen bürgerlichen

und sogenannten „sozialistischen“ Presse gehörig auf uns geschimpft. Aber je mehr Schimpfereien seitens der bürgerlichen und seitens der sogenannten „sozialistischen“ Presse vorgebracht wurden, desto mehr ist es, hoffe ich, der Arbeiterschaft Deutschlands klar geworden, wer ihre Feinde und wo ihre Freunde sind. Der Schmutz der „Deutschen Tageszeitung“, der „Freiheit“, des „Vorwärts“ und anderer Ausbeuterorgane kann uns selbstverständlich nicht erreichen.

Es wurde uns die Möglichkeit geraubt, mit der deutschen Arbeiterschaft unmittelbar zu sprechen. Dem Unterzeichner dieser Zeilen wurde sogar verboten, die Grabstätten von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu besuchen, um dort einen Kranz niederzulegen.

Jede Minute waren wir von Kriminalbeamten überwacht, von denen mir zum Trost gesagt worden ist, sie seien fast alle Mehrheitssozialdemokraten! Und dennoch hoffen wir aufrichtig, daß die deutschen Arbeiter uns verstanden haben, daß wir uns jetzt noch mehr befreundet haben, als es bis zu meiner Reise nach Deutschland der Fall war.

Die Bürgerlichen sind so dumm, daß sie immer denken, jede Spaltung in einer Arbeiterpartei komme ihnen zugute. Mit nichten! Wenn wir von einer gewissen Größe eine negative Größe abziehen, so wird die Zahl nicht kleiner, sondern größer. Wenn wir von einer revolutionären Partei den gegenrevolutionären Teil abtrennen, so wird eben diese revolutionäre Partei nicht schwächer, sondern stärker. Wenn man aus einem großen, starken Regiment ein paar Dutzend oder ein paar hundert Feiglinge ausstößt, so wird dieses Regiment kampffähiger und nicht schwächer. Das ist die Lage in der U. S. P. Das Ausscheiden der reformistischen und halbreformistischen Elemente wird die Arbeiterklasse Deutschlands nicht schwächen, sondern stärken. Das werden die Herren Bürgerlichen schon bald sehen können.

Neuen Kämpfen und neuen Opfern geht die Arbeiterklasse Deutschlands entgegen. Mit Spannung und mit Hoffnung werden wir die weitere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, von der wir so viel gelernt haben und noch lernen werden, verfolgen.

Im Namen der russischen Arbeiterschaft und im Namen der Kommunistischen Internationale spreche ich Euch die Gefühle tiefster Sympathie und proletarischer Freundschaft aus. Dieselben Gefühle, die Ihr mir trotz der mehrheitssozialdemokratischen Kriminalpolizisten entgegengebracht habt, werde ich nach Rußland bringen.

G. Sinowjew.

Berlin, November 1920.

An das italienische Proletariat.

Die Entwicklung stellt die Italienische Sozialistische Partei vor dieselben Aufgaben, die der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vor ihr entrollt hat.

Ein Streik nach dem andern, ein Aufstand nach dem andern bricht in Italien aus. Es ist soweit gekommen, daß die Arbeiter massenweise von Fabriken und Werken, Wohnhäusern usw. Besitz ergreifen. Die Arbeiterbewegung in Italien geht entscheidenden Kämpfen entgegen.

Wie in jeder bedeutenden Krise, so bringt auch in der jetzigen revolutionären Krise in Italien der Ausgang die starken und schwachen Seiten der Bewegung mit voller Deutlichkeit zutage.

Die italienische Bourgeoisie weicht zurück und der geriebenste Geschäftsmann der italienischen Bourgeoisie, der erprobte Betrüger Giolitti, gibt sich den Anschein, als ob er auf Zugeständnisse eingehe. Er sucht Zeit zu gewinnen, er ist bestrebt, die Bewegung zu lokalisieren. Er will die Bewegung diskreditieren und sie in ein Prokrustesbett zwingen. Und aus dem Prokrustesbett der engen wirtschaftlichen Forderungen will er die italienischen Arbeiter in eine Sackgasse treiben, damit die Bourgeoisie sie kleinkriegen könne.

Die italienischen Reformisten unterstützen, wie dies zu erwarten war, die Bourgeoisie. Nach Giolitti schlägt Euch nun auch der Führer der italienischen Reformisten, Herr D'Aragona, vor, Euch auf wirtschaftliche Forderungen zu beschränken. In einem besonderen Schreiben fordern Euch die Herren Turrati, Trampolini, D'Aragona auf, von der Besitzergreifung der Fabriken und Werke abzusehen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sagt Euch folgendes:

Durch die Besitzergreifung der Fabriken und Werke allein könnt Ihr nicht siegen. Die Bourgeoisie wird dafür sorgen, daß Ihr ohne Rohstoffe, ohne Geld, ohne Aufträge, ohne Markt bleiben werdet. Sie wird sich bemühen, die Bewegung bloßzustellen, um unter den Arbeitern Enttäuschung hervorzurufen.

Hieraus ziehen wir nicht den Schluß, daß Ihr die Fabriken und Werke nicht in Euren Besitz bringen sollt. Wir ziehen den Schluß, daß diese Besitzergreifung erweitert, verallgemeinert, im Reichsmaßstabe durchgeführt werden muß, mit anderen Worten — daß

die Bewegung erweitert werden muß bis zum allgemeinen Aufstand zwecks Sturz der Bourgeoisie durch die Besitzergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse und Organisation der Diktatur des Proletariats.

Nur darin liegt die Rettung. Andernfalls ist die Auflösung und der Zusammenbruch der begonnenen vortrefflichen Bewegung unvermeidlich. Selbst die gemäßigten englischen Trade-Unions haben es vermocht, einen „Aktionsrat" in London zu bilden. Ihr, italienische Arbeiter, müßt es nun verstehen, ganz Italien rasch und energisch mit Sowjets von Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und Matrosendeputierten zu bedecken. Ihr müßt ohne Aufschub Euch zu bewaffnen beginnen. Ihr müßt den Vertreter der Reformisten am Kragen packen und ihn hinauswerfen. Ihr müßt alle wahrhaft revolutionären Kräfte des Landes zusammenschließen.

Die italienische Partei muß im vollen Sinne des Wortes zur kommunistischen Partei werden, d. h. zu einer Partei, die zum Aufstand führt und diesen leitet. Ihr müßt es erreichen, daß Euer Kampf vereinigt und zentralisiert wird. Bleibt die Bewegung unzusammenhängend und unvereinigt, so wird der Sieg erheblich erschwert. Ihr müßt Euren Generalstab haben. Dieser Generalstab muß die reorganisierte, von den Reformisten gesäuberte kommunistische Partei sein. Die Arbeiterräte müssen von Kommunisten geleitet werden. Je stärker die Angriffskraft Eures revolutionären Kampfes sein wird, desto schneller werdet Ihr Euer Ziel erreichen. Es ist keine Zeit zu verlieren, die begonnene Bewegung muß erweitert werden.

Räumt die Verräter und die Schwankenden aus dem Wege!

Es leben die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten Italiens!

Es lebe die Besitzergreifung der Fabriken und Werke, begleitet von einem Aufstand zwecks Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse!

Es lebe die Bewaffnung der italienischen Proletarier!

Es lebe die Sowjetmacht in Italien!

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.
Vorsitzender G. Sinowjew.

Moskau, 22. September 1920.

Aus den Protokollen des Exekutivkomitees.

Die Sitzung vom 20. September.

Unter Vorsitz des Genossen Sinowjew fand am 20. September eine Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt. Auf der Tagesordnung standen: 1. Der Bericht über den Kongreß der Ostvölker in Baku und 2. die amerikanische Frage.

Der Kongreß der Ostvölker.

Gen. Sinowjew berichtete über den Kongreß in Baku. Zu diesem Kongreß, der auf Anregung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale einberufen war, trafen 1.891 Vertreter von 32 Nationalitäten ein. Viele der Delegierten hatten die denkbar größten Schwierigkeiten zu überwinden, um nach Baku zu gelangen. Die Eröfinung des Kongresses erfolgte am 1. September. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Gen. Sinowjew gewählt. Die folgende Tagesordnung wurde festgesetzt: 1. Die allgemeine politische Lage; 2. die Nationalitäten- und die Kolonialfrage; 3. die Agrarfrage; 4. die Sowjets im Osten und 5. die Organisationsfrage.

Ueber die erste Frage referierten die Gen. Sinowjew und Radek. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, gegen die Ententeimperialisten zu kämpfen, und riefen alle Werktätigen und Unterdrückten des Orients und des Westens zum heiligen Krieg gegen die imperalistische Bourgeoisie auf.

Wir erklären offen, sagt Gen. Sinowjew, daß wir die Verwirklichung des Kommunismus im Orient vorläufig noch für unmöglich halten und deshalb bereit sind, mit den nationaldemokratischen und revolutionären Elementen zusammenzuarbeiten, zu gleicher Zeit aber die noch schwache kommunistische Bewegung in den Orientländern unterstützen werden.

Der Kongreß in Baku bestand aus zwei Fraktionen: aus der kommunistischen Fraktion und der viel zahlreicheren Fraktion der Parteilosen. Die letztere zerfiel wiederum in zwei Gruppen: die wahrhaft parteilosen Elemente, zu denen die Vertreter der Bauernschaft und der halbproletarischen städtischen Bevölkerung gerechnet werden müssen, und die Personen, die sich als parteilos ausgeben, tatsächlich jedoch den bürgerlichen Parteien angehören. Einer dieser Delegierten, ein türkischer Pro-

fessor von der Partei „Einheit und Fortschritt", erklärte, sie brauchten von uns nichts weiter als Waffen.

Im Gespräch mit Enver Pascha, erzählt Gen. Sinowjew, fragte ich, ob man in der Türkei auch weiß, was ein Bolschewik ist.

Die Türken sagen, erwiderte mir Enver, ein Bolschewik ist ein Gegner Englands.

Wie verhalten sie sich aber dazu, daß die Bolschewiki gegen die Kapitalisten und Grundbesitzer kämpfen?

Das interessiert die Türken nicht, entgegnete Enver.

Natürlich ist dem nicht so. Der frühere türkische Höchstkommandierende spricht eben von seinem eigenen Parteistandpunkt aus.

Die Delegierten des Kongresses standen im großen und ganzen auf einer recht hohen Entwicklungsstufe. Die Vertreter der Kommunistischen Internationale erklärten auf dem Kongreß frei und offen, daß die Kommunistische Internationale eine Arbeiterorganisation sei und daß der kommunistisch organisierten Arbeiterklasse die Führerschaft im Kampf der unterdrückten Völker gehören müsse. Der Kongreß erklärte sich hiermit völlig einverstanden.

Ueber die Nationalitäten- und Kolonialfrage referierte Gen. Radek. In der Agrarfrage wurde nach dem Bericht des Gen. Skatschko eine Resolution angenommen, die zweifelsohne von großer praktischer Bedeutung sein wird. Gen. Weltmann-Pawlowitsch machte den Kongreß mit der Arbeit des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt. Gen. Bela Kun legte einen Bericht über neue Staatsformen vor, in dem er bewies, daß die Sowjetmacht auch dort möglich sei, wo es kein Industrieproletariat gibt. In diesem Sinne wurde eine Resolution über die Sowjetmacht im Osten angenommen.

In der Organisationsfrage entstanden in dem Präsidium, das aus 48 Mitgliedern bestand, anfangs Meinungsverschiedenheiten: ein Teil des Präsidiums schlug vor, ein Organ zu schaffen, das die bestehenden Sowjetbildungen im Orient kontrollieren und ihnen gegenüber die Rolle der höchsten Verwaltungs- und Berufungsinstitution spielen würde. Dieser Gedanke wurde jedoch abgelehnt. Der Kongreß beschloß anstatt dessen einen „Propaganda- und Aktionsrat der Ostvölker" zu schaffen. Dieser Rat, der sich aus 45 Mitgliedern zusammensetzt, hat seinen Sitz in Baku und hält seine Versammlungen nicht seltener als einmal in drei Monaten ab. Der Vorsitz besteht aus 9 Personen, größtenteils Kommunisten, unter ihnen sind zwei Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Die erste Sitzung des Propaganda- und Aktionsrats fand unmittelbar nach dem Kongreß statt. Auf dieser Sitzung wurde unter anderem beschlossen, ein eigenes Preßorgan herauszugeben. Zu Vertretern des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Rat wurden zeitweilig die Genossin Stassowa und Genosse Weltmann-Pawlowitsch

ernannt. Ferner wurde beschlossen, eine Delegation aus 40 Personen nach Moskau zu entsenden. Laut erhaltener Nachricht ist die Delegation bereits unterwegs. Der Kongreß in Baku zeichnet sich insbesondere dadurch aus, daß er in größerem Maße als je ein anderer Kongreß der Ausdruck der elementaren Kraft der Massen war.

Nach Entgegennahme des Berichts des Gen. Sinowjew beschloß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, das Verhalten der Vertreter des Exekutivkomitees auf dem Kongreß gutzuheißen und bestätigte die Ernennung der in Aussicht genommenen Vertreter im Propaganda- und Aktionsrat.

Über die amerikanischen kommunistischen Parteien.

Die Veranlassung zur erneuten Erörterung der Frage der amerikanischen kommunistischen Parteien im Exekutivkomitee bildete die Ankunft des Genossen N. G. aus Amerika.

Gen. N. G., der die Kommunistische Partei Amerikas vertritt, wies in seiner Rede darauf hin, daß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale über die wahre Sachlage in Amerika nicht genügend unterrichtet gewesen sei, als es den Beschluß über die Vereinigung der amerikanischen kommunistischen Parteien faßte. Zwischen den beiden Parteien beständen Unstimmigkeiten nicht nur in organisatorischen, sondern auch in prinzipiellen Fragen. Die Massen seien in beiden Parteien die gleichen, die Führer der Vereinigten Kommunistischen Partei (der früheren Kommunistischen Arbeiterpartei) seien jedoch Zentrumsmänner, ebenso wie die deutschen Unabhängigen. Gen. N. G. beklagt sich darüber, daß der Vereinigten Kommunistischen Partei der Vorzug gegeben wurde, obgleich sie ziffernmäßig kleiner sei als die Kommunistische Partei Amerikas.

Gen. N. G. erklärt sich mit dem von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gefaßten Beschluß über die amerikanischen Parteien im allgemeinen einverstanden, bittet jedoch um Vornahme folgender Abänderungen: den für die Vereinigung angesetzten letzten Termin auf den 1. Februar hinauszuschieben und zeitweilig einen Vertreter der Kommunistischen Partei Amerikas in das Exekutivkomitee aufzunehmen.

Gen. Bucharin, der dem Gen. N. G. erwidert, hebt hervor, daß wir die Vereinigte Kommunistische Partei deshalb so hoch einschätzen, weil sie eine wahrhaft amerikanische Organisation ist und das rein amerikanische Element ausersehen ist, eine entscheidende Rolle in der revolutionären Bewegung in Amerika zu spielen. Gen. Bucharin ist prinzipiell gegen eine Abänderung des gefaßten Beschlusses, hält es jedoch für möglich, einige Zugeständnisse zu machen, wie z. B. in der Frage der Verlängerung der für die Vereinigung festgesetzten Frist.

Nach kurzer Debatte wird eine von dem Gen. Sinowjew beantragte Resolution angenommen, laut welcher u. a. 1. die Frist für die volle Vereinigung der beiden amerikanischen Parteien bis zum 1. Januar 1921 verlängert wird, 2. das Exekutivkomitee ultimativ die Vereinigung der Parteien auf der Grundlage der auf dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenene Beschlüsse fordert.

Nach Annahme dieser Resolution wird die Sitzung geschlossen.

Die Sitzung vom 21. September.

Unter Vorsitz des Gen. Sinowjew fand eine Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale statt. Auf der Tagesordnung standen die folgenden drei Fragen: 1. Die kommunistische Bewegung in Griechenland, 2. die „Sozialistische Arbeiterpartei Palästinas" (Poalei Zion) und 3. die letzten Ereignisse in Italien.

Ueber die erste Frage referierte ein Delegierter der Kommunistischen Partei Griechenlands. Erst während des letzten Krieges entstand eine selbständige Arbeiterbewegung in Griechenland. Bis dahin waren die Arbeitermassen ein blindes Werkzeug in den Händen der bürgerlichen Politiker und unterstützten hauptsächlich die „Venizelisten". Die Verschlimmerung der Lage der Arbeiterklasse und der Einfluß der russischen Revolution führten zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Griechenlands, die im November 1918 ihren ersten Parteitag abhielt. Um dieselbe Zeit wurde auch die Allgemeine Konföderation der Arbeit gegründet, der die bedeutendsten Gewerkschaften und Arbeitsbörsen beitraten. Die neue Arbeiterpartei hatte mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen: es fehlte ihr an Geldmitteln, es mangelte an einem Kader vorgeschrittener Revolutionäre, die „liberale" Regierung verfolgte die Partei auf das grausamste.

Im April d. J. fand der zweite Parteitag statt, auf dem 1.320 Mitglieder verschiedener Parteiorganisationen und ungefähr 20.000 Mitglieder der zur Partei gehörenden Gewerkschaften vertreten waren. Der Parteitag nahm fast einstimmig einen Beschluß über den Beitritt der Partei zur III. Internationale an und billigte die Richtlinien der Balkankonferenz, an der auch ein Delegierter der griechischen Partei teilgenommen hatte. Auf demselben Kongreß beschloß die Partei, die Benennung „Kommunistische Partei Griechenlands" anzunehmen.

Die Allgemeine Konföderation der Arbeit, die Gewerkschaftsorganisationen mit einer Mitgliederzahl von insgesamt etwa 60.000 Mitgliedern umfaßt, weist unverkennbare Anzeichen einer Entwicklung in der Richtung des Kommunismus auf. Aus ihrem Bestand traten einige rechtsstehende Gewerkschaften aus, die von der Regierung unterstützt werden. Die

Regierung setzt ihre Verfolgung der Allgemeinen Konföderation der Arbeit fort.

Die Partei verfügt über das Wochenblatt „Der Arbeitskampf", das in Athen erscheint; außerdem gibt die Partei gemeinsam mit der Arbeitsbörse zwei Wochenblätter in Saloniki heraus, nämlich die „Stimme des Arbeiters" in griechischer Sprache und „Avanti" in spanisch-jüdischer Sprache. In Kavalla erscheint das Wochenblatt der Partei „Die Arbeit" und in Athen wird unter der Kontrolle der Partei das private Wochenblatt „Der Radikale" herausgegeben. Ferner hat die Partei 20 verschiedene kommunistische Broschüren veröffentlicht.

Am Schluß seines Berichtes ersuchte der griechische Delegierte das Exekutivkomitee um Fassung eines Beschlusses über die Aufnahme der Kommunistischen Partei Griechenlands in die Kommunistische Internationale.

Nachdem der griechische Delegierte eine Reihe von Fragen beantwortet hatte, die einzelne Mitglieder des Exekutivkomitees an ihn stellten, und offiziell erklärt hatte, daß die Partei sämtliche Beschlüsse beider Kongresse der Kommunistischen Internationale anerkenne und sich zu ihrer Durchführung verpflichte, beschloß das Exekutivkomitee einstimmig, die Kommunistische Partei Griechenlands in die Kommunistische Internationale aufzunehmen.

Ein Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei Palästinas (Poalei Zion) trat mit einem Bericht über die Tätigkeit seiner Partei hervor.

Der Referent wies darauf hin, daß die von ihm vertretene Partei ihrem Wesen nach die Kommunistische Partei Palästinas und Aegyptens vorstelle. Sie habe bloß aus taktischen Erwägungen die Benennung der Partei „Poalei Zion", die früher in Palästina bestanden hatte, nach Streichung des Wortes „jüdische" angenommen. Die Partei habe mit der nationalistischen Partei „Poalei Zion" nichts gemeinsam.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Palästinas wirkt unter allen Werktätigen Palästinas und Aegyptens, unter den Juden wie auch unter den Arabern. Die Partei hat hierbei große Schwierigkeiten zu überwinden, in erster Reihe das Mißtrauen der eingeborenen Bevölkerung gegen die europäischen Arbeiter. Trotzdem aber bestehen die Massen, auf die der Einfluß der Partei sich erstreckt, schon jetzt zum größten Teil aus arabischen Arbeitern. Unter den organisierten Mitgliedern der Partei bilden die jüdischen Arbeiter die Mehrheit.

Aus dem Bericht und der Diskussion, die ihm folgte, ging hervor, daß die Sozialistische Arbeiterpartei Palästinas den richtigen Weg der revolutionären Arbeit unter allen Werktätigen Palästinas und Aegyptens eingeschlagen, vorläufig jedoch noch nicht entschieden genug mit den bürgerlich-nationalistischen Vorurteilen gebrochen habe.

Das Exekutivkomitee faßte daher folgenden Beschluß.

„Indem das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale seinen früheren Beschluß über die Partei „Poalei Zion" bestätigt, begrüßt es den Beginn der revolutionären Bewegung in Palästina und schlägt der Sozialistischen Arbeiterpartei Palästinas (Poalei Zion) vor:

1. Die Beschlüsse des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale, insbesondere alle Punkte der Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale zu erörtern und durchzuführen;

2. die Benennung der Partei in entsprechender Weise zu ändern.

Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen wird die Frage der Aufnahme der Partei in die Kommunistische Internationale gestellt werden können."

Darauf berichtet Gen. Sinowjew dem Exekutivkomitee über die letzten Ereignisse in Italien.

Laut erhaltenen Nachrichten macht sich in der Arbeiterbewegung Italiens eine starke Belebung geltend: die Arbeiter ergreifen von den Industrieunternehmen, Wohnhäusern usw. Besitz. Die Reformisten und die Regierung bemühen sich, diese Bewegung auf den wirtschaftlichen Rahmen zu beschränken. Nach Ansicht des Gen. Sinowjew muß das Exekutivkomitee die Arbeiter Italiens darauf hinweisen, daß eine derartige Besitzergreifung der Unternehmen ohne Besitzergreifung der Macht zu vollem Mißerfolg verurteilt sei und daß die italienischen Arbeiter unverzüglich an die Errichtung von Sowjets der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen gehen müssen.

Der Entwurf eines Aufrufs an das italienische Proletariat, den Gen. Sinowjew vorschlägt, wird einstimmig angenommen.*)

Die Sitzung vom 27. September.

Unter Vorsitz des Gen. Sinowjew wurde eine Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale abgehalten.

Die Tagesordnung bestand aus folgenden Fragen: 1. Bericht über die Tätigkeit des Propaganda- und Aktionsrats der Ostvölker in Baku; 2. die Arbeit im Fernen Osten; 3. die Lage in Deutschland; 4. Bericht der Britischen Kommunistischen Partei.

Gen. Stassowa, Mitglied des Propaganda- und Aktionsrats in Baku, berichtete über den ersten Punkt der Tagesordnung. Sie erklärte, daß das Präsidium des Rats gegenwärtig intensiv mit technisch-organisatorischer Arbeit zur Einstellung und zum Ausbau des vom Bakuer Kongreß geschaffenen Apparats beschäftigt sei.

An der Erörterung der Frage der Arbeit im Fernen Osten beteiligten

*) Dieser Aufruf ist in der vorliegenden Nummer veröffentlicht.

sich japanische, chinesische und koreanische Genossen. Der japanische Delegierte wies darauf hin, daß Japan über 8 Millionen Arbeiter besitze, von denen 98 Prozent schreib- und lesekundig seien. Von Kindheit auf mit dem Gift des bürgerlichen Chauvinismus durchtränkt, tragen diese Arbeiter, ohne zu klagen, das Joch wirtschaftlicher und politischer Knechtung. In der letzten Zeit beginnt die Unzufriedenheit unter den Arbeitern infolge der Verschlimmerung ihrer wirtschaftlichen Lage zu wachsen; es sind sogar vereinzelte Aufstände der Bergarbeiter zu verzeichnen, die zu Zusammenstößen mit den Regierungstruppen führten.

Das Exekutivkomitee erkannte für notwendig an, in einer der Städte Sibiriens einen Kongreß der Völker des Fernen Ostens einzuberufen. Das Exekutivkomitee wird ein besonderes Manifest über die Einberufung dieses Kongresses und das Programm seiner Arbeit erlassen.

Nach einem Meinungsaustausch über die Lage in Deutschland und insbesondere über den bevorstehenden Parteitag der U. S. P. D. nahm das Exekutivkomitee den Bericht des Vertreters der Britischen Kommunistischen Partei über den stattgefundenen konstituierenden Kongreß dieser Partei entgegen. Auf dem Kongreß waren 102 lokale Organisationen vertreten, darunter 56 Gruppen der B. S. P. Der Kongreß nahm Resolutionen an über den Parlamentarismus (der Kongreß sprach sich einstimmig für die Ausnutzung der Parlamentstribüne aus), über den Beitritt zur Arbeiterpartei (Labour Party) u. a.

Aus den Beschlüssen des Kleinen Bureaus.

Ueber die Vereinigung der Organisationen Großbritanniens.

Das Exekutivkomitee bestätigt noch einmal den Beschluß vom 10. August über die Notwendigkeit der unverzüglichen Vereinigung folgender acht Organisationen: 1. der Vereinigten Kommunistischen Partei, 2. der Kommunistischen Partei, 3. der Shop-Stewards, 4. der schottischen kommunistischen Bewegung von Wales. 6. der irischen Kommunisten (auf föderativer Grundlage), 7. der Sozialistischen Arbeiterpartei (S. L. P.), 8. des linken Flügels der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.).

Der Vereinigungskongreß darf nicht später als am 1. Januar 1921 einberufen werden.

Das Exekutivkomitee fordert ultimativ die Erfüllung dieses Beschlusses.

Das Exekutivkomitee beauftragt den Gen. Quelch, diesen Beschluß zu veröffentlichen und allen Gruppen vorzuschlagen, den Beschluß durchzuführen.

Wahl des Sekretärs der internationalen kommunistischen Frauenbewegung.

In seiner Sitzung vom 8. August beschloß das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, Genossin Klara Zetkin zum Sekretär der internationalen kommunistischen Frauenbewegung und Genossin A. M. Kollontai zur Vertreterin zu wählen.

Beschluß in der Angelegenheit Fraina.

Eine Sonderkommission, bestehend aus den Genossen Rosmer (Frankreich), Rudnyanszky (Ungarn) und Bilan (Amerika), hat im Auftrag des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale die Anklagen gegen Fraina geprüft. Die Kommission hat diese Anklagen einstimmig als unbegründet anerkannt und dem Gen. Fraina ihr Vertrauen ausgesprochen.

Das Exekutivkomitee bestätigt einstimmig den Beschluß der Kommission.

Das Exekutivkomitee sieht keinen Grund, daß Gen. Fraina keinen verantwortlichen Posten in der amerikanischen Arbeiterbewegung einnehmen solle, da Gen. Fraina dieselben Rechte besitzt, wie jeder andere amerikanische Genosse.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale schlägt dem Gen. Nuorteva vor, seine Anklage gegen Gen. Fraina öffentlich durch die Presse zurückzunehmen.

Die Internationale der kommunistischen Jugend.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale und die Kommunistische Jugendinternationale.

I.

Verhindert durch die notwendige Behandlung dringender und wichtiger politischer und taktischer Fragen, hat der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale keine Zeit gefunden, das Problem der Kommunistischen Jugendbewegung und ihr Verhältnis zu der allgemeinen kommunistischen Bewegung in einer Sitzung des Plenum zu behandeln.

Das ist zu bedauern. Gerade die geringe Beachtung und Unterstützung, die heute noch verschiedene linkssozialistische und kommunistische Parteien der kommunistischen Jugendbewegung ihres Landes angedeihen lassen, erforderte die eingehende Erörterung der Aufgaben und der Organisation der kommunistischen Jugendbewegung durch den Kongreß. Es ist sicher, daß eine ausführliche Diskussion über alle Probleme der proletarischen Jugendbewegung vor dem gesamten Kongreß die Aufmerksamkeit nicht nur der Delegierten, sondern aller revolutionären Organisationen in weit größerem Maße auf die hohe Bedeutung der kommunistischen Jugendbewegung für die proletarische Weltrevolution gelenkt hätte, als es so durch die Erledigung dieser Frage in einer kleinen Kommission und dem immerhin engen Kreis des Exekutivkomitees der Fall ist.

Umso dringender erforderlich ist es deshalb heute, daß die Exekutive und die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien mit allem Ernste und aller Aufmerksamkeit an die rasche, praktische Erfüllung der Aufgabe herantreten, wie sie in den letzten, vom Exekutivkomitee anstelle des Kongresses angenommenen Thesen formuliert ist: unter den Mit-

gliedern der kommunistischen Parteien und den breiten Massen der Arbeiter die Idee der kommunistischen Jugendbewegung zu propagieren.

In einigen Ländern, so in der Schweiz, in Dänemark, in Amerika sind die früher sozialistischen und heute kommunistischen Jugendorganisationen durch einen erbitterten Kampf mit den zentristischen und sozialpatriotischen Parteien, der in eine rücksichtslose und brutale Verfolgung der Jugendorganisationen durch diese Parteien ausartete, derart geschwächt, daß sie unmöglich allein, aus eigener Kraft und nur mit ihren eigenen bescheidenen Mitteln, die kommunistische Propaganda unter der Arbeiterjugend in dem notwendigen Maße führen können. Hier müssen die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien oder die mit ihnen sympathisierenden Organisationen eingreifen und den schwer ringenden kommunistischen Jugendorganisationen alle nur mögliche Unterstützung angedeihen lassen. In anderen Ländern, so z. B. in Spanien und Belgien, sind die kommunistischen Jugendorganisationen im Kampf gegen die opportunistischen Elemente in der Arbeiterbewegung als Jugendorganisationen überhaupt untergegangen und haben sich als jungkommunistische Parteien konstituiert. Dieser Zustand kann natürlich nur ein provisorischer sein. In beiden Ländern wird es Aufgabe der neugeschaffenen Parteien sein, in Gemeinschaft mit der Moskauer Exekutive und unter Heranziehung aller revolutionären Elemente, sowohl der ehrlichen Revolutionäre von der sozialdemokratischen Linken wie der gesunden syndikalistischen Gruppen, starke kommunistische Parteien zu schaffen, während die Gruppen der jüngeren Parteigenossen zur Gründung neuer kommunistischer Jugendorganisationen verwendet werden können.

In England und Frankreich fällt die Bildung einheitlicher, fest organisierter und disziplinierter kommunistischer Parteien zusammen mit der Schaffung kommunistischer Jugendorganisationen. Aber während in Frankreich die kommunistische Opposition, im sozialistischen Jugendverband, die nach den letzten Berichten die Mehrheit haben soll, mit den festesten Kern der zu schaffenden Kommunistischen Partei Frankreichs bilden wird, müssen in England, wo erst seit der allerletzten Zeit schwache kommunistische Jugendgruppen bestehen, die Gruppen der erwachsenen Kommunisten und die neue Kommunistische Partei Englands sich der Förderung der kommunistischen Jugendbewegung mit aller Energie annehmen.

Aber auch in den Ländern, wo neben kommunistischen Parteien verhältnismäßig starke kommunistische Jugendorganisationen bestehen, z. B. in Schweden, Norwegen, Deutschland, Südslawien, Bulgarien, Italien etc., genügt ihr Organisationsapparat bei weitem nicht, allein die notwendige kommunistische Propaganda unter der Arbeiterjugend zu leisten. Auch hier können und müssen die kommunistischen Parteien mehr tun, als es bisher der Fall war. Mindestens müssen wie in Rußland alle gegenwärtig erscheinenden kommunistischen Zeitungen regelmäßig Berichte über die

kommunistische Jugendbewegung publizieren und mindestens eine ganze Seite jede Woche einmal der Jugendorganisation zur Verfügung stellen. Jede kommunistische Partei kann, ohne ihr finanzielles Budget zu gefährden, wenigstens einige Flugblätter und kleinere Agitationsschriften für die kommunistische Jugendbewegung im Jahre herstellen und außer durch die bestehenden Jugendvereine durch ihre Parteisektionen verbreiten lassen. Da in einer ganzen Anzahl Länder mehr Parteivereine wie Jugendgruppen bestehen, müssen die einzelnen Vereine durch die Parteizentrale angehalten werden, kommunistische Jugendgruppen in ihrem Orte zu schaffen. Auf allen Partei-, Redner- und Agitatorenschulen müssen die Teilnehmer mit der Geschichte und dem heutigen Stand der proletarischen Jugendbewegung bekannt gemacht werden. Wie auf vielen anderen Gebieten, ist auch hier Rußland vorbildlich; auf allen Arbeiterhochschulen und Universitäten finden Kurse und Vorlesungen über die proletarische Jugendbewegung statt. Es würde natürlich weit den Rahmen vorliegenden Artikels überschreiten, alle Mittel, die kommunistische Parteien zur Unterstützung der kommunistischen Jugendbewegung haben, aufzuzählen und im Detail auszumalen. Das kann besser und vorteilhafter durch besondere Instruktionen der Moskauer Exekutive an die kommunistischen Parteien geschehen. Was wir wollen, ist nur durch unsere kurzen Hinweise dafür zu wirken, daß die Beschlüsse der Exekutive, die zur Unterstützung der Jugendbewegung aufrufen, nicht papierne Beschlüsse bleiben, sondern daß sich auch auf diesem Gebiete die Kommunistische Internationale als eine Internationale der Tat, als die Internationale der praktischen Wirklichkeit bewährt. Wie im revolutionären Klassenkampf überhaupt, so genügen auch hier nicht gutgemeinte Sympathieerklärungen und Resolutionen, sondern einzig und allein praktische und energische Arbeit. Ganz besonders notwendig ist das tatkräftige Eingreifen der kommunistischen Parteien für die Jugendbewegung in Ländern, wo wie in Holland, Österreich etc. organisatorisch noch schwache kommunistische Jugendorganisationen gegen starke zentristische und sozialpatriotische Jugendverbände kämpfen.

Der Jugendbewegung kommt heute, in der Zeit gesteigerter revolutionärer Kämpfe, eine viel größere Bedeutung zu als je. Nicht weil die heutige junge Arbeitergeneration an und für sich revolutionärer und besser wäre als frühere Generationen. Vielleicht hatten die ersten Gruppen sozialistischer Agitatoren, die nicht wie die heutige Arbeiterjugend eine fertige Welt sozialistischer und kommunistischer Ideen, eine wissenschaftlich begründete Theorie vorfanden, persönlich viel schwerer zu ringen, um sich von der bürgerlichen Ideologie zu befreien, so daß ihre Entwicklung zu Kommunisten individuell eine größere Leistung ist, als die revolutionäre Agitation und Organisationsarbeit von kommunistischen Jugendgruppen. Aber die Masse der jugendlichen Arbeiter spielt heute gesellschaftlich eine ganz andere Rolle als vor Jahrzehnten, in der Zeit des

Aufkommens einer sozialistischen Arbeiterbewegung. Die mit dem Ausreifen des Kapitalismus zum Imperialismus einsetzende Tendenz zur Industrialisierung der Arbeiterjugend wurde vor allem durch den Krieg mächtig gefördert. In allen kapitalistischen Ländern und Industrien haben die letzten Jahre einen rapiden Rückgang der einen Beruf lernenden Lehrlinge und ein wahnsinniges Anwachsen der ungelernten Hilfs- und Fabrikarbeiter gebracht. Die Entwicklung der Technik ermöglichte immer mehr die Verwendung der körperlich weniger leistungsfähigen Frauen und Jugendlichen im Produktionsprozeß. Dasselbe war ja auch im Krieg der Fall, wo zum ersten Mal körperlich schwächliche 17, 16 und selbst 15jährige Kinder in Massen als Soldaten verwendet wurden. Dazu kommt, daß die langen Jahre Krieg und revolutionärer Kämpfe Millionen erwachsener Männer und Tausende der besten und tüchtigsten revolutionären Kämpfer verschlangen. Die Lücken in der Produktion und in den revolutionären Organisationen müssen und können nur von den Scharen der Jugendlichen ausgefüllt werden, die — meist zum Nachteil ihrer individuellen Entwicklung, aber gezwungen durch die eiserne Notwendigkeit — viel jünger als früher zu selbständiger organisatorischer Arbeit herangezogen werden. In Rußland ist eine Masse junger Leute, die in normalen Zeiten die Hochschulen besuchen würden, heute Leiter und Kommandant wichtiger wirtschaftlicher, politischer und militärischer Abteilungen.

Gleichzeitig versuchen die bürgerlichen Parteien und die imperialistischen Regierungen durch eine gesteigerte nationalistische Propaganda die Jugend weiter wie bisher für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Ihr dabei entwickelter Eifer wird nur durch die zentristischen und sozialpatriotischen Parteien überboten. Hauptsächlich die „Freiwilligen Armeen", die weißgardistischen Banden, werben mit Vorliebe unter den jungen Proletariern. Die kommunistischen Parteien können dem nicht tatenlos gegenüberstehen. Ganz abgesehen davon, daß sie aus anderen Ursachen alles Interesse haben, die durch ihre psychologischen Besonderheiten (Idealismus, Begeisterung, Kühnheit) für den revolutionären Kampf besonders geeigneten Jugendlichen für sich zu gewinnen.

Die Sammlung der Millionen junger Arbeiter in kommunistischen Jugendorganisationen und ihre kommunistische Erziehung und Bildung liegt nicht nur im Interesse der Jugendlichen, sondern im Interesse der gesamten kommunistischen Bewegung, einer raschen Durchführung der Revolution und des beginnenden Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft.

II.

Was der Kongreß nicht tun konnte, wurde vom Exekutivkomitee nachgeholt. Die Diskussion in der Exekutive über die proletarische Jugendbewegung endete mit der Annahme von Leitsätzen, die sicher die Zustim-

mung des Kongresses gefunden hätten, wie sie die Zustimmung aller kommunistischen Parteien finden werden.

Im Gegensatz zu der früheren Zweiten Internationale und ihren Parteien hatte sich das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale schon in früheren Aufrufen und Erlassen auf den Standpunkt gestellt, daß die proletarischen Jugendorganisationen vor allem politische Organisationen sind und demgemäß in erster Linie politische Erziehung zu leisten haben. Diese ihre Auffassung kommt auch in den angenommenen Leitsätzen mit aller wünschbaren Deutlichkeit und Klarheit zum Ausdruck. So in Abs. 3, der von den Aufgaben der kommunistischen Jugendorganisationen handelt und wo gesagt wird: die Aufgaben der K. J. O. bestehen in der kommunistischen Erziehung der Arbeiterjugend, in der aktiven Teilnahme am Kampfe zur Niederringung des Kapitalismus (in der Verteidigung der proletarischen Diktatur und im Sowjetaufbau nach Übernahme der Macht), im Kampf für die Reorganisation der Arbeit und der Bildung nach neuen sozialistischen Grundsätzen.

Auch im Absatz 4: Die praktische Teilnahme am politischen Tageskampf der Arbeiterklasse ist außer der theoretischen Bildung das wichtigste Element in der kommunistischen Erziehung der Arbeiterjugend. Darin unterscheiden sich die K. J. O. von den sozialpatriotischen und zentristischen Jugendvereinigungen. Ihr politischer Kampf hat außer der erzieherischen Bedeutung einen großen realen Wert für die internationale kommunistische Bewegung.

Die Zweite Internationale und ihre revisionistischen Parteien haben wiederholt gegen die politische Betätigung der Arbeiterjugend und sogar gegen ihre politische Erziehung in den sozialistischen Jugendorganisationen Stellung genommen. Besonders verhaßt war ihnen jede selbständige politische Regung der Jugendorganisationen, die in den Jahren vor dem Krieg, in den Tagen des höchsten Triumphes der revisionistischen und opportunistischen Taktik, die einzigen revolutionären Bewegungen und Organisationen in Westeuropa waren. In den Jahren 1908—1909 und später organisierten die revisionistischen Parteileitungen einen direkten Feldzug gegen die sozialistischen Jugendorganisationen, bald durch Vernichtung bestehender Jugendorganisationen, bald durch Schaffung neuer gegen die alten (Halle). Die damals von ihnen gegründeten sozialdemokratischen Jugendvereinigungen in Deutschland (Zentralstelle der Arbeiterjugend in Berlin, Vorsitzender Fritz Ebert), in Holland (Zentralstelle der Arbeiterjugend Hollands in Amsterdam), der Verband der sozialdemokratischen Jugend in Frankreich usw. sind heute die Gruppen, mit denen eifrige Apostel der letzten Überreste der Zweiten Internationale eine gelbe Jugendinternationale zu schaffen versuchen.

Die Verfolgung der selbständigen sozialistischen Jugendorganisationen durch die Zweite Internationale geschah nicht grundlos. Tatsächlich hatten

die revisionistischen Parteiinstanzen und Führer damals keinen schlimmeren und gefährlicheren Feind als den revolutionären Nachwuchs aus den Jugendorganisationen. Sie bemühten sich deshalb, die Arbeiterjugend, soweit als nur möglich von dem politischen Leben fernzuhalten. Die Haupttätigkeit ihrer Jugendvereinigungen war rein geselliger Natur, waren vor allem Wanderungen, Spiele, Turnübungen, Gesellschaftsabende und wenn es hoch kam, theoretische Unterrichtskurse. In Deutschland z. B. waren die proletarischen Jugendvereinigungen während der Zeit der revisionistischen „Jugendausschüsse", 1908 bis 1915, zu reinen Wander- und Spielklubs herabgesunken. Kein Wunder, daß eine derartige Jugend so leicht der chauvinistischen Hetze und dem kriegerischen Taumel zum Opfer fiel, wie es geschah.

Freilich ganz unterdrücken konnten selbst die mächtigen revisionistischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die revolutionären Jugendorganisationen und ihre politische Tätigkeit nicht. In den Ländern wie Schweden, Norwegen, Italien, Schweiz etc., wo schon vor der internationalen Aktion der II. Internationale gegen die revolutionären Jugendorganisationen starke Jugendorganisationen bestanden, scheiterten ihre Versuche vollkommen und führten wie in Schweden einige Jahre später zur Gründung einer eigenen, revolutionären linkssozialistischen Partei. Aber auch in Deutschland, dem typischen und vorbildlichen Lande des sozialdemokratischen Jugendpflegersystems, kam es schon 1913 zu starken oppositionellen Bewegungen gegen die Berliner Zentralstelle, die sich während des Krieges, vor allem in den Jahren 1915 und 1916, verstärkten und schließlich zu einer Spaltung der deutschen Arbeiterjugendbewegung und zur Gründung einer freien sozialistischen Jugendorganisation führten, die heute ihre Arbeit ganz nach kommunistischen Richtlinien leistet.

Die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung selbst ist der beste Beweis, daß die proletarische Jugend, sobald sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage erwacht ist und sich zu organisieren beginnt, so wenig auf den politischen wie auf den wirtschaftlichen Kampf verzichten kann. Stärker als alle schönen Theorien besorgter Jugendpfleger, die von einer frühzeitigen politischen Betätigung der Jugend eine „Schädigung und Vergiftung des Gemüts- und Seelenlebens" der Jugendlichen befürchten, wirken eben die brutalen wirtschaftlichen Gesetze und peitschen die am schlimmsten in einer kapitalistischen Gesellschaft ausgebeuteten jugendlichen Arbeiter auf, mit allen Mitteln und durch den Kampf auf allen Gebieten ihre entsetzliche Lage zu verbessern.

Grundsätzlich freilich unterscheiden sich die Interessen der Jugendlichen nicht von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse und normaler weise werden ihre Interessen mit denen der übrigen Klasse arHolland, samsten durch die dazu berufenen Parteien und Gewerkschaften die Frage Aber überall, wo revisionistische Parteien und Gewerk ren Phase

der Interessenvertretung der Arbeiter werden, müssen die Jugendlichen zuerst darunter leiden und gehen dann von sich aus, mitunter ohne die Unterstützung der Parteien und Gewerkschaften, ja sogar im Kampfe gegen sie, zu eigenen Aktionen über. Das war besonders während des Krieges der Fall, wo sowohl die national-sozialdemokratischen Parteien wie die internationale Organisation völlig versagten. Da waren es die sozialistischen Jugendorganisationen und ihre internationale Verbindung, die vorübergehend vollständig selbständig in großen revolutionären Massenaktionen den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führten.

Die Rolle, die die Jugendinternationale und ihre Organisationen während des Krieges spielten, kann und braucht die heutige Jugendinternationale nicht mehr zu spielen. Diese Aufgabe ist von einer dazu mehr geeigneten und stärkeren Organisation, von der Kommunistischen Internationale, übernommen worden. Aber immer noch gibt es Gebiete (Kampf zur wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiterjugend, antimilitaristische Propaganda in bürgerlichen Heeren, Erziehung der Jugend zur höchsten Internationalität durch gemeinsame Aktionen), wo die kommunistischen Jugendorganisationen im Einverständnis und mit der Unterstützung der Kommunistischen Internationale und ihrer Parteien eine Tätigkeit entwickeln, können und müssen, die nicht nur für die politische Erziehung und Schulung der Jugend von größtem Werte ist, sondern von dem allergrößten Wert und Vorteil für die gesamte revolutionäre Bewegung. Das erwiesene Unvermögen der französischen Regierung, größere Truppenmengen nochmals gegen Sowjetrußland in Marsch zu setzen, ist ein Erfolg der großzügigen antimilitaristischen und revolutionären Propaganda der französischen Jugendlichen unter den französischen Soldaten.

Da die Kommunistische Internationale nicht eine Internationale revisionistischer Organisationen, sondern eine internationale Verbindung revolutionärer Parteien, die eigentliche Organisation der proletarischen Revolution ist, kreuzen sich nicht wie bei der Zweiten Internationale ihre Interessen mit denen der revolutionären, begeisterten Jugend, sondern fallen mit ihnen zusammen.

Das verhindert auch, daß zwischen beiden Organisationen jene Kämpfe um die Organisationsform entbrennen können, wie es zwischen den sozialistischen Jugendorganisationen und den Parteien der II. Internationale der Fall war.

Für die alten sozialdemokratischen Parteien waren die selbständigen Jugendorganisationen die Herde der revolutionären Opposition gegen ihre Apoportunistische Führung und Politik. Für die Kommunistische Inter- Jugendinte sind organisatorisch selbständige kommunistische Jugendverbände

Die Verbecken der begeisterten revolutionären Kämpfer und Mitstreiter. durch die Zu[illegible]endorganisationen sahen mit Recht in den Jugend-

ausschüssen der alten Parteien Vormundschaftsbehörden, die ihnen mit dem Korporalstock sozialdemokratisches Wissen einbläuen wollten, in der Kommunistischen Internationale sehen sie die Organisation, die das gleiche für die ganze Klasse anstrebt, was sie nur unter der Jugend leisten können. Es unterliegt keinem Zweifel — solange die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern die tatsächlichen Träger der proletarischen Revolution bleiben, werden Konflikte zwischen ihnen und den kommunistischen Jugendorganisationen wegen organisatorischer Fragen nicht eintreten. Und wie die kommunistischen Jugendorganisationen und ihre Internationale sich stets nur als ein Teil der Kommunistischen Internationale gefühlt und danach gehandelt haben, so hat auch die Kommunistische Internationale die Notwendigkeit der organisatorischen Selbständigkeit der Jugendorganisation erkannt und als Voraussetzung bezeichnet für die kommunistisch-revolutionäre Erziehung der Jugend, im Gegensatz zu der opportunistischen kleinbürgerlichen Erziehung, wie sie durch die Methode der Jugendpfleger geschieht.

Die volle Übereinstimmung, die in diesem Punkte zwischen den Vertretern der Kommunistischen Internationale und denen der Kommunistischen Jugendinternationale herrschte, kommt auch zum Ausdruck in der Entschließung, gegenseitig Vertreter in die beiderseitigen Exekutivkomitees mit entscheidender Stimme zu entsenden.

III.

Gleich befriedigt dürfen die kommunistischen Jugendorganisationen mit dem politischen Resultat des Kongresses sein. Und das ist für die meisten kommunistischen Jugendorganisationen gleich wichtig. Stehen doch fast alle Organisationen der Jugendlichen in den noch kapitalistischen Ländern mit in den vordersten politischen Reihen. Sie sind in den politischen und taktischen Beschlüssen des Kongresses direkt und unmittelbar berührt. Die zur Beratung stehenden politischen und taktischen Fragen wurden sowohl auf internationalen wie auf nationalen Jugendkonferenzen, in der „Jugendinternationale" wie in den kommunistischen Jugendzeitungen der einzelnen Länder eingehend besprochen. Die auf dem Moskauer Kongreß gefaßten Beschlüsse und angenommenen Richtlinien entsprechen grundsätzlich vollkommen den Anschauungen, wie sie die Mehrheit der internationalen kommunistischen Jugendbewegung bisher vertrat.

Zu den besonders in der Jugendbewegung am heißesten umstrittenen Fragen gehörte die des Parlamentarismus. In der Freien Sozialistischen Jugendorganisation Deutschlands, in der Sozialistischen Jugend der Schweiz, im Kommunistischen Jugendverband Österreichs, in Holland, Belgien, Spanien, innerhalb der sozialistischen Jugend Italiens ist die Frage der Teilnahme oder Sabotage der Parlamente in der gegenwärtigen Phase

der proletarischen Revolution mit aller Leidenschaft besprochen und diskutiert worden. Dabei haben sich nur die belgischen Gruppen, die sich unterdessen als Kommunistische Partei konstituierten, grundsätzlich gegen eine Teilnahme am Parlament ausgesprochen.

Die schweizerischen Jugendgenossen, die das in einer Erklärung ihres Oltener Kongresses ebenfalls taten, hatten bereits vor dem Moskauer Kongreß ihren Beschluß revidiert und ihre Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen mit den heutigen Parteiverhältnissen in der Schweiz, wie wir glauben mit Recht, begründet. Die österreichischen Jugendgenossen nahmen die gleiche Stellung ein wie die Kommunistische Partei Österreichs und lehnten eine Teilnahme an den Wahlen mit dem Hinweis auf den entwicklungsfähigen revolutionären Charakter ihrer Arbeiterräte ab. Nur in Italien und Holland hat sich in letzter Zeit eine stärkere Tendenz unter den Jugendgenossen gezeigt, den Parlamentarismus grundsätzlich abzulehnen. Der internationale Jugendkongreß im November 1919 in Berlin hatte sich bekanntlich prinzipiell für die Teilnahme ausgesprochen, aber die konkrete Teilnahme von der besonderen politischen und revolutionären Situation der einzelnen Länder abhängig gemacht. Ähnlich ist auch die Entscheidung des Moskauer Kongresses gefallen. In den zur Frage des Parlamentarismus angenommenen Richtlinien werden alle kommunistischen Parteien zur Teilnahme an den Wahlen und zur Ausnützung der bürgerlichen Parlamente für eine revolutionäre kommunistische Propaganda angehalten, aber weiter gesagt: „Anderseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentssitzungen unter allen Umständen. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen abhängig". Soweit einzelne kommunistische Jugendorganisationen sich grundsätzlich gegen die Teilnahme an den Parlamenten ausgesprochen haben, werden sie nun als Mitglieder der Kommunistischen Jugendinternationale, wodurch sie gleichzeitig Mitglieder der Kommunistischen Internationale sind, ihre Stellung revidieren. Im übrigen werden die einzelnen Jugendorganisationen in Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei ihres Landes von Fall zu Fall Stellung nehmen.

Was die beschlossene Taktik in der Gewerkschaftsfrage betrifft, so entspricht die bisherige Stellung und Tätigkeit der Kommunistischen Jugendinternationale und ihrer Verbände vollkommen den angenommenen Beschlüssen. Die Nationalitäten- und Agrarfrage hat die kommunistische Jugendpresse weniger beschäftigt und nicht so unmittelbar berührt wie die kommunistische Jugendbewegung. Wichtiger für sie war die Hauptfrage des Kongresses, die Frage über die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution überhaupt und in Verbindung damit die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, die Aufnahmebedingungen für die Parteien, die Stellung der Kommunistischen Internationale zu den mit ihr sympathi-

sierenden Organisationen, die Organisation der Internationale und ihrer Parteien etc. Erfreulicherweise zeigte sich gerade hier, in der wichtigsten und bedeutungsvollsten Frage des Kongresses, eine völlige, prinzipielle Übereinstimmung zwischen der Mehrheit des Kongresses und der Fraktion der Jugenddelegierten, wenn man auch in gewissen taktischen Fragen, hauptsächlich in dem Verhalten gegen die Zentrumsparteien, differierte. Die Leitsätze über die Rolle der kommunistischen Parteien in der proletarischen Revolution und die Thesen über die Aufnahmebedingungen, wie sie in ihrer endgültigen Fassung formuliert sind, können und werden von der Kommunistischen Jugendinternationale begrüßt. Sie ermöglichen dem Exekutivkomitee sowohl die strengsten Forderungen nach rechts, an die mit der Internationale „sympathisierenden" zentristischen Parteien, und ihre „linken" Flügel zu richten und dadurch eine Versandung und Verflachung der Kommunistischen Internationale zu verhindern, wie die ehrlich revolutionären, aber theoretisch und politisch noch unklaren Massen der verschiedenen Industrieverbände zu entscheidenden Aktionen heranzuziehen. Gerade diese Stellung ermöglicht es dem Moskauer Exekutivkomitee, nicht nur die oberste Behörde einer internationalen kommunistischen Organisation, sondern die eigentliche Leitung aller proletarischen Revolutionäre, der oberste Kriegsrat der proletarischen Weltrevolution zu sein. Und das ist seine vornehmste Aufgabe.

Es ist klar, daß gerade diese Beschlüsse des Kongresses, die eine strenge Säuberung der bereits angeschlossenen Parteien (Italien), wie der sich zur Aufnahme meldenden Parteien (U. S. P. Deutschlands, Sozialistische Partei Frankreichs, Spaniens, die Linke der Schweiz etc.), eine straffe Zentralisation, eine fast militärische Disziplin, die größte revolutionäre Aktivität, die Schaffung illegaler Organisationen, internationale Disziplin gegen das Moskauer Exekutivkomitee etc., daß gerade diese Beschlüsse zu den lebhaftesten Auseinandersetzungen und zu schweren Kämpfen in fast allen Parteien führen werden. Und hier muß es sich zeigen, wie weit die kommunistischen Jugendorganisationen entwickelt sind. In richtiger Einschätzung der Situation wurden in den angenommenen Jugendthesen drei Entwicklungsstufen des Verhältnisses zwischen den kommunistischen Parteien und den kommunistischen Jugendorganisationen unterschieden. Eine Stufe, wo die sozialistischen Jugendorganisationen beginnen, sich von den alten revisionistischen sozialdemokratischen Parteien abzulösen — hier muß die völlige, auch politische Selbständigkeit der Jugendorganisation gefordert werden (Frankreich). Eine zweite Stufe, wo bereits kommunistische Jugendorganisationen bestehen und Parteien, die auf dem Wege sind, kommunistische zu werden (Italien) — hier haben die kommunistischen Jugendorganisationen die Aufgabe, in Gemeinschaft mit den kommunistischen Gruppen dieser Parteien den Entwicklungsprozeß zu beschleunigen. Und eine dritte Stufe, wo starke kommunistische Parteien

bestehen, die nach den Beschlüssen des Moskauer Kongresses wirken — hier werden die Jugendorganisationen in engster Fühlung und im Rahmen ihrer politischen Richtlinien wirken (Rußland).

Überschaut man die Parteiverhältnisse der meisten Länder, so kann festgestellt werden, daß die weitaus zahlreichsten kommunistischen Jugendorganisationen sich heute in der Situation der zweiten Phase befinden. Weder in Italien, noch in Schweden, Norwegen, Südslawien, Spanien etc. haben die der Kommunistischen Internationale angeschlossenen oder mit ihr sympathisierenden Organisationen eine Politik betrieben, die den revolutionären Anforderungen unserer Zeit, und den Beschlüssen in Moskau entspricht. Die Jugendorganisationen dieser Länder müssen deshalb mindest so viel politischen Spielraum haben, um einerseits Anstrengungen machen zu können, diese Parteien zu einer Änderung ihrer Taktik im Sinne der Moskauer Beschlüsse zu drängen und anderseits, wenn ihnen das nicht gelingt, selbst und eventuell im Gegensatz zu der Partei ihres Landes, nach diesen Beschlüssen leben und wirken zu können.

Von dem Eingreifen und der Tätigkeit der kommunistischen Jugendorganisationen hängt in den meisten Ländern viel für die rasche Verwirklichung der Moskauer Beschlüsse ab. Auf diese Aufgabe ist ihre ganze politische Kraft in den nächsten Monaten zu konzentrieren. Die Mithilfe bei der praktischen Verwirklichung der Moskauer Beschlüsse ist die vornehmste politische Aufgabe der kommunistischen Jugendorganisationen in der nächsten Zeit.

Das gilt auch für ihre eigene Taktik und Organisation.

Wenn die Kommunistische Internationale von ihren Parteien fordert, ihren Charakter auch im Namen durch die Bezeichnung „Kommunistische Partei" zum Ausdruck zu bringen, so darf die Kommunistische Jugendinternationale nicht zurückstehen, und eine ähnliche Forderung an ihre Verbände wird heute sicher die Zustimmung aller angeschlossenen Organisationen finden.

Wenn die kommunistischen Jugendorganisationen schon bisher die Elemente waren, die in jedem Lande eine lebhaftere Aktivität ihrer Partei, den Ausbau der illegalen Organisationen, die planmäßige geistige wie technisch-organisatorische Vorbereitung zu den letzten Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie forderten, so werden sie diese Forderungen für ihre eigene Tätigkeit anwenden. Auf dem Novemberkongreß wurde die Jugendinternationale stark zentralisiert, die letzten Monate erwiesen, daß das in einem noch größeren Maße geschehen muß.

Kurz, die Kommunistische Jugendinternationale wird, angefeuert durch den Verlauf des Moskauer Kongresses, alles tun, um auch weiterhin das getreueste Mitglied der Kommunistischen Internationale, ihre vorbildlichste

Organisation zu sein und aus ihren Reihen wie bisher die begeistersten Scharen der proletarischen Revolutionäre, die opferbereitesten Massen der jungen Soldaten der internationalen roten Armee stellen.

Willy Münzenberg.

Leitsätze über die Jugendbewegung.

Zum Zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale.

1. Die gesteigerte kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterjugend in allen Fabriken, Werkstätten und in der Heimindustrie, die zu ihrer geistigen und körperlichen Entartung führen muß; der Militarismus, dessen Lasten vor allem von der Arbeiterjugend getragen werden, die Gefahr der Durchdringung ihrer Reihen mit der bürgerlich-nationalistischen Ideologie durch Schule, Presse, bürgerliche Jugendvereine usw., sowie die psychologischen Besonderheiten des heranwachsenden Geschlechts haben in der ganzen Welt zur Gründung proletarischer Jugendorganisationen geführt.

2. Im Prozeß der Entwicklung der allgemeinen Arbeiterbewegung während und nach dem imperialistischen Kriege entstanden in allen Ländern kommunistische Jugendverbände, teils durch Übergang der alten sozialistischen Jugendvereinigungen in das Lager der Kommunistischen Internationale, teils durch deren Spaltung.

3. Die Aufgaben der K. J. O. bestehen in der kommunistischen Erziehung der Arbeiterjugend, in der aktiven Teilnahme am Kampfe zur Niederringung des Kapitalismus (in der Verteidigung der proletarischen Diktatur und im Sowjetaufbau nach Übernahme der Macht), im Kampf für die Reorganisation der Arbeit und der Bildung nach neuen sozialistischen Grundsätzen. Die K. J. O. fördern nach Möglichkeit die kulturelle Entwicklung der Arbeiterjugend im Sinne der marxistischen Weltanschauung und die körperliche Erziehung, die gegenwärtig vor allem der militärischen Vorbereitung dienen muß.

4. Die praktische Teilnahme am politischen Tageskampf der Arbeiterklasse ist außer der theoretischen Bildung das wichtigste Element in der kommunistischen Erziehung der Jugend. Darin unterscheiden sich die K. J. O. von den sozialpatriotischen und zentristischen Jugendvereinigungen. Ihr politischer Kampf hat außer der erzieherischen Bedeutung einen großen realen Wert für die internationale kommunistische Bewegung.

5. Die ganze Geschichte der proletarischen Jugendbewegung in allen Ländern beweist, daß nur in selbständigen, d. h. sich selbst verwaltenden Jugendorganisationen kühne und entschlossene revolutionäre Kämpfer und geschickte Organisatoren der proletarischen Revolution und der Sowjetmacht erwachsen. Die Selbsttätigkeit der Arbeiterjugend ist die erste Voraussetzung für ihre kommunistisch-revolutionäre Erziehung im Gegensatz zu der sozialpatriotischen Jugendpflege, durch die eine opportunistische, kleinbürgerliche Erziehung erreicht wurde. Für die kommunistische Erziehung der Jugend sind besondere Arbeitsmethoden notwendig, die den Eigentümlichkeiten ihrer Altersklassen entsprechen.

6. Die Beziehungen zwischen den K. P. D. und den K. J. O. nehmen nach den verschiedenen Situationen und dem verschiedenen Stand der Parteien in den einzelnen Ländern verschiedene Formen an. In einigen Ländern, in denen die Bildung kommunistischer Parteien noch im Flusse ist und die Jugendverbände sich erst von den sozialpatriotischen und zentristischen Parteien trennen, herrscht die Losung der absoluten politischen und organisatorischen Unabhängigkeit der Jugendbewegung, und in dieser Situation ist diese Losung objektiv revolutionär! Falsch ist die Losung der absoluten Unabhängigkeit in den Ländern, wo bereits starke kommunistische Parteien bestehen und die Losung der absoluten Unabhängigkeit von den Sozialpatrioten und Zentristen zur Irreführung der Jugend und gegen die K. P. J. ausgenutzt wird. Dort haben sich die K. J. O. auf den Boden des Programms der K. P. gestellt.

7. In allen Ländern, wo alte und aktive kommunistische Parteien bestanden, befestigte sich das Verhältnis zwischen K. P. und K. J. O. und nahm folgende Formen an: Die K. J. O. nahmen das Programm der K. P. an und wirkten im Rahmen ihrer politischen Richtlinien. Gleichzeitig hat dort die Jugend 1. ihre eigene zentralisierte Organisation, 2. bestimmt sie selbst die Methoden ihrer Organisations-, Agitations- und Propagandatätigkeit, 3. den Platz und die Formen ihrer Teilnahme am politischen Kampf, 4. bespricht sie allgemein politische Fragen. Zu diesem Verhältnis mit den K. P. müssen alle Jugendorganisationen kommen und zwar nicht durch den Zwang der Parteien, sondern durch Überzeugung und freie Entschließung der Jugendorganisationen.

8. Die K. P. unterstützten geistig und materiell die K. J. O., ohne diese Unterstützung mit kleinlicher Einmischung in die Tätigkeit der K. J. O. und mit der Jugendpflege zu verknüpfen. Die K. J. O. unterstützen ihrerseits die kommunistischen Parteien in ihrer gesamten organisatorischen (legalen und illegalen) und politischen Tätigkeit.

9. Die Kommunistische Internationale begrüßt die Bildung der Kommunistischen Jugendinternationale, deren grundsätzliche Aufgaben sind: Die zentralisierte Leitung der kommunistischen Jugendbewegung; die Unterstützung der nationalen kommunistischen Jugendverbände; die Bildung

kommunistischer Jugendverbände, wo noch keine bestehen; die internationale Agitation für die Ideen des Kommunismus und die Jugendbewegung.

10. Die Kommunistische Jugendinternationale ist ein Teil der Kommunistischen Internationale und ordnet sich als solcher den Beschlüssen des Kongresses der Kommunistischen Internationale und den politischen Direktiven ihrer Exekutive unter; sie führt dabei selbständig ihre Arbeit der Leitung, Organisierung, Festigung und Erweiterung der Jugendinternationale.

11. Die Kommunistische Jugendinternationale und ihre Verbände nehmen teil an den Kongressen der Kommunistischen Internationale. Die Exekutiven der K. I. und der Jugendinternationale tauschen gegenseitig Vertreter mit entscheidender Stimme aus.

12. Die Kommunistische Internationale bezeichnet es als eine Aufgabe ihrer Exekutive und der ihr angeschlossenen Parteien, unter den Mitgliedern der Parteien und den breiten Massen der Arbeiter die Idee der kommunistischen Jugendbewegung zu propagieren.



Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution.

Die ermordeten finnischen Kommunisten.

Der finnischen weißgardistischen Verschwörung in Petrograd vom 31. August fielen unsere teuren Genossen, die hervorragenden finnischen Kommunisten Jukka Rahja, Väino Jokinen, Tuomas Hyrskymurto, Konsta Linquist, Juho Theodor Viitasaari, Lisa Savolainen und Ferdinand Kettunen zum Opfer. Unter ihnen hat Jukka Rahja zu den Gründern der III. Internationale gehört und die Kommunistische Partei Finnlands auf beiden Kongressen der Kommunistischen Internationale vertreten. Wir glauben, dem internationalen Proletariat einige Worte sagen zu müssen über diese auf ihrem Posten für den Kommunismus gefallenen finnischen Kämpfer, deren Tod die Herzen der finnischen und russischen Proletarier, ja auch die Herzen der Proletarier der ganzen Welt mit Trauer erfüllen wird.

Jukka Rahja.

Jukka Rahja oder einfach Jukka, wie er in den Kreisen der Genossen hieß, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Finnlands, war einer der tatkräftigsten, entschlossensten und begabtesten Führer der finnischen Kommunisten. Die Provokateure, die ihn töteten, zielten mitten auf das Herz der Kommunistischen Partei Finnlands. Von klarem Geist und heißem Temperament, vereinte Gen. Rahja unermüdliche revolutionäre Energie mit regem, gesunden Geist. Seine politische Entwicklung vollzog sich im Laufschritt; in letzter Zeit begann er bereits den Platz eines theoretischen Führers in seiner Partei einzunehmen.

Dank seinem bedeutenden Rednertalent vermochte Gen. Rahja die weitgehendsten theoretischen Fragen in zündender Weise darzulegen, auf die verwickelten Fragen des gegebenen Augenblicks klare, allen verständliche Antwort zu geben. Von seinem Geist und seinem revolutionären



Jukka Rañja
1887 — 1920

Temperament durfte man für die Kommunistische Partei Finnlands noch vieles erwarten, aber die Kugel des Provokateurs machte seinem Leben ein Ende, als er mitten in der Arbeit stand.

Die äußeren Umrisse seines Lebens sind durchaus nicht kompliziert. Aber dieses Leben war voll tatkräftiger Arbeit, voller Kampf. Gen. Rahja wurde am 19. Juli 1887 zu Kronstadt geboren. Mit 13 Jahren trat er als Lehrling in eine Werstatt ein, die er als tüchtiger Metallarbeiter wieder verließ. Schon als Knabe gab er sich mit der Verbreitung illegaler Literatur ab und begann somit schon früh die revolutionäre Tätigkeit, die er bis an sein Ende fortsetzte. Sein ganzes Leben war der revolutionären Arbeiterbewegung gewidmet. Als er noch Lehrling war, wurde er schon in eine Delegation der Arbeiter des Kronstädter Hafens gewählt, die den Behörden verschiedene Forderungen vorlegen sollte. Späterhin gehörte er zum illegalen Parteikomitee in Kronstadt.

Nach dem mißglückten Aufstand vom Jahre 1905 flüchtete Gen. Rahja nach Finnland, wo er sich in Kuopio niederließ. Hier gelang es ihm, den Kursus einer technischen Schule durchzumachen, worauf er sein Handwerk wieder aufnahm. Er arbeitete auf Schiffen und in mechanischen Werkstätten in Kajana, Idensalmi und Kuopio.

Zu gleicher Zeit fuhr Jukka Rahja fort, warmen Anteil an der Arbeiterbewegung zu nehmen. Er trat hauptsächlich als Redner auf; noch heute gedenkt man in Savola seiner zündenden Reden. Mit besonderem Interesse beteiligte er sich an der Jugendbewegung. Er wurde sogar zum Mitglied des Rats des Jugendverbandes gewählt. Gleichzeitig betätigte er sich auch in dem Metallarbeiterverband. Als er 1910 nach Helsingfors kam, begann er in der örtlichen Abteilung des Jugendverbandes zu arbeiten.

1913 kehrte Gen. Rahja nach Petrograd zurück, wo er in einer Reihe von Werkstätten tätig war. Schon längst überzeugter Bolschewik, nahm er seine Beteiligung an der illegalen Parteitätigkeit wieder auf. 1917 gehörte Rahja zum Petrograder Komitee der Partei der Bolschewiki. Im selben Jahr nahm er an den revolutionären Kämpfen teil und wurde zur Zeit Kerenskis zusammen mit anderen Bolschewiki verhaftet.

Nach der Oktoberrevolution wurde Gen. Rahja von der Partei der Bolschewiki als Gehilfe des Oberkommissärs für finnische Angelegenheiten nach Finnland geschickt, wo er sogleich mit Eifer an die Bewaffnung der finnischen Roten Garde ging. Während der finnischen Revolution vom Jahre 1918 wurde Jukka Rahja, als er zusammen mit seinem Bruder Eino einen Zug mit Munition für die Rote Garde begleitete, in der Schlacht an der Station Kämärä, wo er den Angriff gegen die von den Weißgardisten besetzte Station leitete, schwer verwundet und mußte neun Monate im Hospital zubringen.

Jukka Rahja gehörte zu den Gründern der Kommunistischen Partei Finnlands, die 1918 in Moskau gebildet wurde; er war einer der vor-

geschrittensten und tatkräftigsten Führer der Partei. Bald nach der Gründung wurde er in das Zentralkomitee der Partei gewählt. Als Vertreter der Kommunistischen Partei Finnlands nahm er 1919 an dem konstituierenden Kongreß der III. Internationale teil; im Sommer d. J. wohnte er dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale als Mitglied bei.

Gen. Rahja hinterläßt eine tiefe Spur im Leben der Kommunistischen Partei Finnlands. Öffentlich trat er hauptsächlich als Redner auf; er zählte auf diesem Gebiet zu den besten. Gen. Rahja bot das Beispiel eines furchtlosen, stets tätigen und energischen revolutionären Kämpfers, der dem Kommunismus bis an sein Lebensende treu blieb.

Die finnische Partei hat durch seinen Tod einen schweren Verlust erlitten; sein Platz in der Partei wird sich nicht so leicht wieder füllen lassen. Das revolutionäre Proletariat wird das Andenken dieses treuen Genossen, der auf seinem ruhmreichen Posten fiel, stets hochhalten.

Väinö Jokinen.

Gen. Väinö Jokinen, ein zweites Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Finnlands, das der Kugel der Provokateure zum Opfer fiel, war ein bescheidener Mann, aber ein standhafter Kommunist, der dem finnischen revolutionären Proletariat mit seiner literarischen Arbeit unschätzbare Dienste erwiesen hat.

Gen. Jokinen wurde 1879 in Suoniemi, Finnland, geboren. Seine Eltern gehörten dem Arbeiterstande an. Nach Absolvierung des Tammerforser Lyzeums trat Jokinen 1899 in die Universität ein, wo er unter Hunger und Entbehrungen studierte. Durch Beharrlichkeit und Ausdauer erwarb sich der wissensdurstige Proletarier reiche Kenntnisse. Begabt wie er war, stürzte er sich mit großem Ernst auf die Wissenschaft und verfaßte ein astronomisches Werk, das zu großen Hoffnungen Anlaß gab. Seine revolutionäre Weltanschauung gestattete dem Gen. Jokinen jedoch nicht, sich ruhiger wissenschaftlicher und literarischer Tätigkeit hinzugeben. Es zog ihn zur revolutionären Arbeiterbewegung, der er sich denn auch in seiner Eigenschaft als Journalist voll und ganz widmete.

1905—1906 war Gen. Jokinen Redakteur des Arbeiterblattes „Kansan Lehti" in Tammerfors, 1906—1908 bekleidete er den Posten eines Redaktionssekretärs an der Zeitung „Tyomies" (Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei) in Helsingfors. 1908—1913 war er als Redakteur der Arbeiterzeitung „Hämen Voima" tätig und in den letzten fünf Jahren bis zur finnischen Revolution wirkte er als Chefredakteur der in Abo erscheinenden Zeitung „Sosialisti". Er war einer der besten Tagesschriftsteller Finnlands.

Neben seiner publizistischen Tätigkeit nahm er schon seit 1903 regen Anteil an der Arbeiterbewegung. Er gehörte den Arbeiterverbänden in

Tammerfors und Helsingfors an. 1917 wurde er zum Sekretär der allfinnischen Gewerkschaftsorganisation gewählt.

1908 wurde Gen. Jokinen zum erstenmal als Deputierter in den finnischen Landtag gewählt, und seitdem wurde er immer wieder gewählt. 1917 war er Vizevorsitzender in dem sogenannten „Mannerschen Landtag". (So nannte man in Finnland den 1916 zusammengetretenen Landtag, in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit bildeten und dessen Vorsitzender Gen. K. Manner war). In der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gehörte Jokinen zum damaligen marxistischen Flügel. Während des Bürgerkrieges in Finnland war er Vorsitzender des Hauptarbeiterrats, der dem russischen Zentralexekutivkomitee entsprach.

1918 kam Gen. Jokinen als Emigrant nach Rußland und nahm eine Anstellung im Permer Sowjet an. Durch die finnischen Kollektive Perms und Petrograds gehörte er zur Kommunistischen Partei Rußlands. Er war einer der Gründer der illegalen Kommunistischen Partei Finnlands und zählte seit 1919 zu den Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei. Außerdem war Gen. Jokinen Vorsitzender des Zentralbüros der finnischen Organisation der Kommunistischen Partei Rußlands. Er redigierte die Zeitschrift der finnischen Kommunisten „Kumous" und stand dem Verlag für finnische kommunistische Literatur als Leiter vor.

Gen. Jokinen entwickelte eine umfangreiche literarische Tätigkeit. Er beherrschte die fremden Sprachen vorzüglich und übersetzte viele marxistische Werke in das Finnische, wodurch er dem finnischen Proletariat die Möglichkeit gab, sich mit dem revolutionären Marxismus bekannt zu machen. Unter anderem hat er K. Marxens Broschüre „Der Bürgerkrieg in Frankreich" und „Das Kommunistische Manifest" übersetzt. Von ihm stammt auch die finnische Uebersetzung von Häckels „Welträtsel". Dank seiner gewaltigen Arbeitsfähigkeit, die ihn für alles Zeit finden ließ, gelang es ihm, etwa 100 Bücher und Flugschriften zu redigieren und dem finnischen Proletariat zugängig zu machen. Die weißgardistische Kugel tötete in seiner Person einen begabten, tätigen Literaten und Kommunisten von umfangreichem sozialen Wissen.

Von ruhigem und bescheidenem Charakter, strebte Gen. Jokinen nie nach führenden Posten, seine Begabung und die Umstände machten ihn jedoch zum Führer. Und er täuschte die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht. Er tat seine Pflicht bis zum Ende und starb den Tod der Ruhmreichen.

Tuomas Hyrskymurto.

Gen. Hyrskymurto war einer der eifrigsten Mitarbeiter der illegalen Kommunistischen Partei Finnlands. Als Leiter der Propagandaabteilung wirkte er nicht nur zum Nutzen des finnischen Proletariats, sondern auch

zum besten der Kommunistischen Internationale. Von Jugend auf kämpfte er gegen die Bourgeoisie und deren Anhänger. Die Kugel, die die Hand des Verräters gegen ihn abfeuerte, entriß ihn einem wirkungsvollen Leben.

Schon als Jüngling ging Gen. Hyrskymurto unter die Revolutionäre. In den trübsten Zeiten des Zarismus führte er gemeinsam mit anderen Genossen einen furchtlosen illegalen revolutionären Kampf zum Sturz der Zarenherrschaft und wurde dafür häufig von der finnischen Polizei und Gendarmerie verfolgt.

In den Reihen der legalen sozialdemokratischen Bewegung kämpfte Gen. Hyrskymurto mehr als 20 Jahre lang. Dank seiner feurigen Seele und seiner proletarischen, revolutionären Weltanschauung, wurde er zum vorgeschrittenen und tatkräftigen Vertreter des linken Flügels der Partei. Nach der russischen Februarrevolution nahm er tätigen Anteil an der Organisation der revolutionären Massen Finnlands, an deren Vorbereitung zu künftigen Ereignissen. Gemeinsam mit dem Gen. Lundberg, einem zweiten standhaften Aboer Revolutionär, wirkte er in Abo und Umgegend. Während des Generalstreiks vom November 1917 und nach dem Streik arbeitete er rastlos Tag und Nacht, denn revolutionäres Feuer brannte in seiner Seele. Hyrskymurto gehörte zur Zahl der Genossen, die unter der Arbeiterschaft im ganzen Lande für den Ausbau einer revolutionären roten Garde agitierten. Er verstand es, die schwankenden Parteiführer mit sich zu reißen.

Als die finnische Revolution ausbrach, als das Proletariat Südfinnlands sich in den Strudel der Revolution stürzte, befand sich auch Tuomas Hyrskymurto in seiner Vorhut. In Tammersfors und Toiala arbeitete er unermüdlich, heldenhaft, standhaft Tag und Nacht, ohne ein Auge zu schließen. Er war ein Proletarier, der die Bourgeoisie und deren weiße Garde von ganzem Herzen haßte. Und er kannte auch kein Erbarmen für sie, wenn die Interessen der Revolution auf dem Spiel waren. Während des Bürgerkrieges in Finnland war Gen. Hyrskymurto von dem Gedanken der proletarischen Diktatur durchdrungen und war bestrebt, diese Idee durchzuführen, soweit es von ihm abhing.

Nachdem die finnische Revolution unterdrückt wurde, wanderte Gen. Hyrskymurto nach Rußland aus. Im Oktober 1918, als nach Gründung der Kommunistischen Partei Finnlands eine systematische finnische revolutionäre Propaganda eingeleitet wurde, nahm er in der illegalen finnischen Partei einen verantwortlichen Posten ein. Die ganze Zeit hindurch arbeitete er mit unerschöpflicher Energie, ohne seine Kraft zu sparen. Es ist zum großen Teil seiner unermüdlichen Arbeit zu verdanken, daß das finnische Proletariat in den Besitz der umfangreichen Literatur gelangte, aus der es die Grundlagen des kommunistischen Wissens schöpfte.

Tuomas Hyrskymurto gehörte den Proletarierkreisen an. Seinem Beruf nach war er Gärtner. Aber auch auf sozialem Gebiet arbeitete er an dem

Ausbau eines herrlichen Zukunftsgartens, den er leider nicht mehr zu voller Blüte gelangen sah.

Sein Name wird aber für alle Zeiten in der Geschichte der finnischen Revolution geschrieben stehen.

Bis zum letzten Augenblick blieb Hyrskymurto der furchtlose Kämpfer, der er war. Als er sah, wie die gutbewaffneten Verräter seine unbewaffneten Genossen um ihn herum niedermetzelten, stürzte er sich (selbst unbewaffnet) auf einen der Hauptmörder, um ihm den Revolver zu entreißen, in diesem Augenblick aber streckte ihn die Kugel eines anderen Mörders nieder. Die finnische weißgardistische Bourgeoisie lechzte nach seinem Blut, und sie erreichte ihr Ziel.

Konsta Lindqvist.

Gen. Konsta Lindqvist, ein tätiger Mitarbeiter der illegalen Kommunistischen Partei Finnlands, gehörte zu den Vorkämpfern des finnischen Proletariats, die ihrer Idee bis zum letzten Atemzuge treu blieben. Er wurde 1880 in einer proletarischen Familie geboren. Nach Beendigung der Elementarschule fand er Arbeit an der Eisenbahn. Vor Ausbruch der finnischen Revolution arbeitete er als Maschinist in Kuopio.

Schon seit 1903 beteiligte sich Gen. Lindqvist an der finnischen Arbeiterbewegung. 1904 trat er in die finnische Sozialdemokratische Partei ein. In den Reihen der Arbeiterbewegung gehörte er zum linken revolutionären Flügel. 1905—1907 finden wir ihn in der illegalen Bewegung in der Rolle eines Agenten der finnischen Kampforganisation der Bolschewiki in Kuopio. Er wurde sogar von der finnischen Gendarmerie verhaftet und saß längere Zeit im Gefängnis.

Durch seine Tätigkeit zog er den Zorn der Eisenbahnbehörden auf sich; man versetzte ihn als Maschinist in die Stadt Kajana, wo er 1908 bis 1909 blieb. In Kajana arbeitete er als Sekretär in dem Bezirkskomitee der sozialdemokratischen Organisation. 1910 siedelte er nach Kuopio über, wo er einen bedeutenden Platz in der lokalen Arbeiterbewegung einnahm. Er beteiligte sich aktiv an der Herausgabe der örtlichen Arbeiterzeitung. Von 1911 bis 1918 war er Mitglied der Wahlkommission der sozialdemokratischen Organisation im Wahlbezirk des westlichen Teils des Gouvernements Kuopio. 1917 wurde er als sozialdemokratischer Deputierter in den sogenannten „Mannerschen Landtag" gewählt.

Während des Generalstreiks vom November 1917 nahm Gen. Lindqvist als Fachmann im Verkehrswesen regen Anteil an der Tätigkeit des Zentralen Revolutionsrats. Zur Zeit des finnischen Bürgerkrieges sehen wir ihn als Volksbeauftragten für das Verkehrswesen im Bestand der finnischen revolutionären Regierung. Unter den schwierigsten Bedingungen erfüllte er auch auf diesem Posten seine Pflicht.

Dank seiner Tatkraft und Entschlossenheit wurde er 1916 zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Eisenbahnmaschinisten gewählt und füllte diesen Posten bis 1918 aus. Es war zum großen Teil sein Einfluß, daß diese Gewerkschaft zur revolutionären Kampfmethode überging, ein Umstand, der besonders während des Klassenkampfes in Finnland zutage trat.

Im Frühjahr 1919 leitete Gen. Lindqvist die revolutionäre Arbeit in Petrograd und anderen Städten, wo Gruppen finnischer Emigranten sich befanden. 1919 arbeitete er in dem Industrieausschuß der K. P. F.; in letzter Zeit war er verantwortlicher Mitarbeiter der Kampforganisation der Partei.

Zur Kommunistischen Partei Finnlands gehörte Gen. Lindqvist seit ihrer Gründung im Jahre 1918. Seither war er auch Mitglied der Kommunistischen Partei Rußlands. Als wahrer Kommunist beteiligte er sich an sämtlichen Kongressen und Konferenzen der Kommunistischen Partei Finnlands. Unter den finnischen Revolutionären erfreute sich Gen. Lindqvist allgemeiner Achtung. Das revolutionäre Proletariat Finnlands wird nie die Arbeit vergessen, die er geleistet hat.

Lisa Savolainen.

Die Kugel der Verräter streckte die Genossin Lisa Savolainen in blühender Jugend nieder: sie war erst 24 Jahre alt. Genossin Savolainen wurde am 5. August 1897 in einer Arbeiterfamilie geboren. Nach Absolvierung einer fünfklassigen Schule wurde sie Büroangestellte. Während des finnischen Bürgerkrieges arbeitete Lisa Savolainen in der Gesandtschaft der Republik Finnland in Petrograd. Später arbeitete sie im Auftrag der Kommunistischen Partei Finnlands in Moskau und in letzter Zeit in Petrograd. Trotz ihrer Jugend war sie eine überzeugte, energische, klassenbewußte Kommunistin und nahm eine verantwortliche Stellung in der Partei ein. Sie gehörte mit zu den Gründern der Kommunistischen Partei Finnlands. Der verfrühte Tod dieser jungen, tatkräftigen Kommunistin ist ein schwerer Schlag für die Tätigkeit der finnischen Kommunisten in Petrograd.

Jußo Tßeodor Viitasaari.

Gen. Viitasaari, ein roter Offizier, hat trotz seiner Jugend für das revolutionäre Proletariat bedeutende Arbeit geleistet. Schon als Knabe schloß er sich dem Arbeiterverbande in dem heimatlichen Viitasaari (Gouv. Nikolaistadt) an. Als er nach Helsingfors übersiedelte, begann er an der dortigen Jugendbewegung regen Anteil zu nehmen. Seine Hauptarbeit galt der sozialdemokratischen Jugend Finnlands. Seit dem Jugendkongreß in Kotka

im Jahre 1909 nahm er an sämtlichen Kongressen des Verbandes teil und gehörte bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges zum Vorstand der sozialdemokratischen Jugendorganisation. Im Sommer 1917 war er zeitweise Sekretär des Verbandes.

Gen. Viitasaari betätigte sich auch eifrig in der Gewerkschaftsbewegung. Seinem Beruf nach Bäcker, bekleidete er verschiedene Posten in seinem Verbande und war unter anderem einige Jahre lang Mitglied des Vorstandes.

1915—16 war er Mitglied des Helsingforser kommunalen Parteikomitees. Nach der Februarrevolution arbeitete er in der von der Helsingforser Arbeiterschaft gewählten Stadtkommission.

Während der finnischen Revolution bekleidete Gen. Viitasaari viele verantwortliche Posten; so war er z. B. Mitglied des Hauptarbeiterrats und des Helsingforser Vollzugsausschusses der Arbeiter. Große Energie und Beharrlichkeit legte er als Leiter des elektrischen Straßenbahnverkehrs in Helsingfors an den Tag; dank seinen Bemühungen wurde der Verkehr wieder aufgenommen.

Nach der finnischen Revolution wanderte Gen. Viitasaari nach Rußland aus. Zuerst kam er nach Perm, wo er in die Rote Armee eintrat, ohne seine politische Tätigkeit fallen zu lassen. Nach Petrograd gekommen, trat er in die Offiziersschule ein, nach deren Beendigung er zum roten Offizier befördert wurde. Danach nahm er an den Kämpfen an der Nordfront teil. In dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Finnlands betätigte sich Gen. Viitasaari an der illegalen Parteiarbeit. Nebenbei eignete er sich ein recht umfangreiches Wissen an, das er bis zu seinem letzten Atemzug in den Dienst der revolutionären Arbeiterbewegung stellte.

Ferdinand Kettunen.

Gen. Ferdinand Kettunen, ein bedeutender Mitarbeiter der Kommunistischen Partei Finnlands, gehörte zu den alten Petrograder Revolutionären. Seit 1906 nahm er an der illegalen Parteiarbeit teil. Er wirkte größtenteils in den Werken und Fabriken, wo er als Metallarbeiter tätig war, insbesondere in den Leßnerschen Werken. Geboren wurde er am 18. Januar 1889.

Zur Zeit seiner illegalen Arbeit in Petrograd war Gen. Kettunen unter dem Namen „Fedjka" bekannt. Häufig wurde er von den Gendarmen und Arbeitgebern verfolgt und brachte auch einige Zeit im Gefängnis zu. In diesem Kampf wurde aus Gen. Kettunen ein fest überzeugter Revolutionär, ein furchtloser, unerschütterlicher Kommunist, ein energischer revolutionärer Arbeiter, der seine Parteipflichten ruhig und fest erfüllte. Die Kommunistische Partei Finnlands hat in ihm einen vorgeschrittenen, verläßlichen aktiven Mitarbeiter von revolutionärer Schulung verloren. Die

Kommunistische Partei Finnlands wird ihm, wie allen anderen Genossen, die an dem grauenvollen Tage des 31. August so tragisch ums Leben kamen, auf lange hinaus ein Andenken bewahren.

J. W. Säiniö.

Die Ironie des Schicksals wollte es, daß zusammen mit den obengenannten Genossen auch Gen. J. W. Säiniö getötet wurde, der die Ansichten der gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Finnlands auftretenden Opposition teilte. Als Bäcker von Beruf, lernte Säiniö schon in der Jugend das Elend der finnischen Arbeiter kennen. Das veranlaßte ihn, sich dem Klassenkampf des Proletariats anzuschließen. Gen. Säiniö bekleidete bis zur finnischen Revolution verantwortliche Posten im Bäckerverband.

Als Mitarbeiter der finnischen Gewerkschaftsbewegung war Genosse Säiniö stark dem Einfluß des Opportunismus ausgesetzt, trotzdem aber blieb er der Arbeiterbewegung treu. Als 1918 die Revolution in Finnland ausbrach, versäumte er nicht, ihr Beistand zu leisten, indem er an der Organisation des wirtschaftlichen Lebens der Sozialistischen Republik Finnland mitwirkte. Zusammen mit anderen finnischen Revolutionären kam er nach der Revolution nach Rußland, wo er zum aufrichtigen Anhänger der Sowjetmacht wurde.

Eines aber fehlte dem Genossen Säiniö: das wahre Wesen der proletarischen Diktatur blieb ihm unbegreifich. Unter dem Einfluß der Traditionen der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Bewegung, wollte er der proletarischen Diktatur einen „demokratischen" Inhalt verleihen. Deshalb konnte er auch nicht zum unerschütterlichen Kommunisten werden.

Augenscheinlich aber besaß Gen. Säiniö zu viel proletarische Solidarität und Achtung vor der Parteidisziplin; er gab sich nicht dazu her, das blutige Werk zu unterstützen, und die Kugel der Verräter verschonte auch ihn nicht.

Anmerkung: Alle diese Biographien der ermordeten finnischen Kommunisten sind verkürzt aus dem Finnischen übersetzt.

John Reed.

In dem Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, John Reed, der in der Nacht zum Sonntag, den 17. Oktober d. J., in Moskau dem Typhus erlag, haben die Internationale und insbesondere die amerikanische kommunistische Bewegung einen ihrer begabtesten, mutigsten Vorkämpfer verloren. Mit ihm schied auch einer der angesehensten Publizisten und Literaten Amerikas aus dem Leben.

Gen. Reed stammte nicht aus Proletarierkreisen: seine Vorfahren hatten viele Generationen hindurch zur amerikanischen „Elite" gehört; seine Eltern gehörten zu den bedeutendsten Vertretern der Bourgeoisie in den westlichen Staaten Amerikas und besaßen zahlreiche Konzessionen in der Stadt Portland (Staat Oregon), wo unser verstorbener Genosse am 22. Oktober 1887 geboren wurde. Seine Kindheit und Jugend verflossen in der luxuriösen Umgebung der amerikanischen Bourgeoisie. Seine Eltern, die seine hervorragende Begabung sahen, beschlossen, ihm eine gute Bildung zu geben, und sandten ihn an die aristokratische amerikanische Harvarduniversität, wo er literarischen Studien oblag und 1910 den Bakkalaureustitel mit Auszeichnung erwarb.

Trotz des bürgerlichen Einflusses der Professoren und der reaktionären Atmosphäre in den ihn umgebenden Kreisen der amerikanischen Bourgeoisie, traten die kennzeichnendsten Charakterzüge des Gen. Reed — seine Liebe zur wahren Freiheit und Gerechtigkeit und sein grenzenloser Mut in Geist und Tat — alsbald zutage. Schon auf der Universitätsbank begann er den Kampf für das Proletariat gegen die Klasse, der er selbst entsprungen war.

Er gehörte zu den Gründern des ersten Studentenklubs der Harvarduniversität, der in dieser Feste des amerikanischen Kapitals das Banner des Sozialismus erhob. Wenn er in den Ferien nach Hause kam, schockierte er die „anständige Gesellschaft" seiner Heimatstadt durch seinen unausgesetzten Verkehr mit dem „Mob" und sein Auftreten in den Versammlungen der I. W. W.

Nach Absolvierung der Universität widmete er sich der literarischen Tätigkeit. Dank seiner ungewöhnlichen Begabung und Leistungsfähigkeit wurde er alsbald zu einer der angesehensten Persönlichkeiten in amerikanischen literarischen Kreisen. Seine Gedichte, belletristischen Schöpfungen und geistreichen publizistischen Artikel lenktendie Aufmerksamkeit des Publikums und der Herausgeber auf ihn; es währte nicht lange, und er wurde Redakteur des radikalen Organs „The American Journal".

Als in Mexiko die Revolution ausbrach, begab sich Reed dorthin und

verbrachte fünf Monate in enger geistiger Gemeinschaft mit Villa, der zu jener Zeit an der Spitze der radikalen Strömung unter den mexikanischen Revolutionären stand. Was er dort sah und miterlebte, legte Gen. Reed in seinem ersten großen Werk „Mexiko im Aufstand" dar, das seinen Ruf als hervorragender Schriftsteller und Publizist ein für allemal festigte und mit seinen Enthüllungen über die Intrigen und räuberischen Absichten des amerikanischen Kapitals in Mexiko Sensation hervorrief. Bald darauf wurde er in der Eigenschaft eines verantwortlichen Mitarbeiters an die Redaktion des „Metropolitan Journal" und der angesehenen New Yorker Zeitung „The World" berufen. Seine Artikel wurden so hoch eingeschätzt, daß das Honorar, das er von diesen beiden Presseorganen bezog, bald das Honorar der meisten amerikanischen Journalisten überstieg; man zahlte ihm 25 000 Dollar jährlich. Nach einiger Zeit, als sich seine sozialistischen Ueberzeugungen herausgebildet hatten, entsagte er selbst diesem Verdienst, indem er aus prinzipiellen Erwägungen seine Verbindung mit der bürgerlichen Presse löste. Er mußte seine revolutionären Ueberzeugungen außerdem mit dem Verlust der Verwaltung des bedeutenden, von seinem Vater hinterlassenen Vermögens bezahlen.

1913, während des großen Textilarbeiterstreiks in Paterson (Staat New Jersey), der von den I. W. W. geleitet wurde, entwickelte Gen. Reed, obgleich er nominell nur als Berichterstatter auftrat, eine sehr aktive Tätigkeit, so daß er bald erkrankte. Während dieses Ausstandes wurde Reed verhaftet, weil er für die Arbeiter eintrat, als diese von den Söldlingen des Kapitals mißhandelt wurden. Im Gefängnis schrieb er eine satyrische Dichtung unter dem Titel „Das Hotel des Sheriffs Rutcliffe", in der er die Foltern und Niederträchtigkeiten des Gefängnisregimes in Paterson darstellte. Die Dichtung fand weite Verbreitung in Amerika und rief Sensation hervor. Nach seiner Freilassung verbot man ihm ein für allemal nach Paterson zurückzukehren. Reed aber ließ sich durch das polizeiliche Verbot nicht beirren, kam wieder und brachte eine so riesige Versammlung zustande, daß die Polizei sich an ihn nicht heranwagte. Darauf veranstaltete er in dem größten Lokal zu New York, in Madison Square Gardens, eine Darstellung des Kampfes des Patersoner Proletariats gegen das Kapital und die Polizei. Diese Darstellung machte einen derartig starken Eindruck, daß selbst die bürgerliche Presse es für nötig hielt, ihren Unwillen über die Grausamkeit und die Gewalttaten der Kapitalisten in Paterson zu äußern.

Bald danach machte Gen. Reed wiederum von sich reden, indem er die das amerikanische Raubkapital verkörpernde Firma des Milliardärs Rockefeller, die „Standard Oil Company" an den Schandpfahl nagelte und die Hinmordung der Arbeiter und andere Verbrechen, die diese Firma im Zusammenhang mit dem Ausstand der Arbeiter der Naphtaquellen in Bayonne verübt hatte, der Oeffentlichkeit preisgab. Der Eindruck, den diese Enthüllungen Reeds in den Spalten der New Yorker „Tribune" und



John Reed

„Metropolitan" hervorriefen, war so gewaltig, daß die Firma Rockefeller die Zeitung wegen Verleumdung verklagte. Eine Untersuchungskommission wurde eingesetzt, die die von Reed vorgebrachten Anklagen ausnahmslos bestätigte, so daß die Firma sich beeilte, die Sache zu vertuschen.

Im April 1914 stieß Reed wiederum mit dem „König der Milliardäre" zusammen. In den Bergwerken derselben Firma in Colorado brach ein Streik aus. Die Arbeiter wurden buchstäblich auf das Pflaster geworfen. Sie verschafften sich Zelte und schlugen in der Nähe der Stadt Ludlow ihr Lager auf. Die Agenten der Firma begossen die Zelte mit Petroleum, steckten sie in Brand und äscherten 20 Personen, größtenteils Frauen und Kinder, bei lebendigem Leibe ein. Reed war seit dem Beginn des Ausstandes am Platze. Er sammelte Material und Zeugenaussagen und läutete so energisch Sturm, daß er die gesamte Presse davon reden machte und die Regierung zwang, dazwischenzutreten und eine Kommission zur Untersuchung der Verbrechen einzusetzen.

Als der Weltkrieg ausbrach, begab sich Gen. Reed als Kriegsberichterstatter an den Kriegsschauplatz. Er war in Deutschland und Oesterreich, in Frankreich, Italien, der Türkei, Serbien usw. Stets drang er an die gefährlichsten Stellen durch. In Frankreich wohnte er der Schlacht an der Marne bei. Hier wäre er beinahe erschossen worden als Strafe dafür, daß er ohne Erlaubnis bis zur Schützenlinie vordrang, von wo aus er die so sorgsam geheim gehaltenen Einzelheiten des Gemetzels genau verfolgen konnte.

In Serbien machte er den ganzen Schrecken des serbischen Rückzugs mit. Wiederum hätte es ihm beinahe das Leben gekostet, da er infolge der erlittenen Entbehrungen schwer erkrankte. Er kam jedoch mit einer Operation davon, bei der er eine Niere verlor. Alles, was er im Kriege gesehen hatte, machte ihn zum überzeugten Internationalisten und Antimilitaristen. Er kehrte auf einige Zeit nach Amerika zurück, um eine Vorlesungstournee zu unternehmen. In seinen Vorlesungen enthüllte er die Grausamkeiten der Ententeländer sowie der Zentralmächte, wodurch er die Anhänger der einen wie auch der anderen gegen sich aufbrachte und die Massen der vorgeschritteneren Arbeiterschaft unter das Banner der Revolution zog. Das Material, das er in der Türkei und in den Balkanstaaten gesammelt hatte, bearbeitete er in seinem später erschienenen Werk „Der Krieg in Osteuropa". Nach Europa zurückgekehrt, kam er 1915 zum erstenmal nach Rußland. Hier wurde er wegen seiner gewagten Enthüllungen über die zaristischen Beamten und wegen einer Materialsammlung, die die Verwaltungsbehörden als unverkennbare Urheber der Judenhetzen darstellte, verhaftet und wiederum beinahe erschossen. Die Zarenregierung verheimlichte seine Verhaftung. Lange Zeit hindurch blieben die Nachforschungen, die die Vertreter der amerikanischen Regierung und Presse nach ihm anstellten, fruchtlos. Zuguterletzt aber

wurde er gefunden und befreit. Trotz dieser Erlebnisse gewann er Rußland sehr lieb und sagte, unbekümmert um den Spott seiner publizistischen Kollegen, das baldige Herannahen der russischen Revolution voraus.

1916 nach Amerika zurückgekehrt, nahm Gen. Reed seine Vorlesungs- und literarische Tätigkeit wieder auf und wirkte unter anderem als einer der ersten Schriftleiter der revolutionären Zeitschrift „The Masses", die späterhin in „The Liberator" umbenannt wurde. 1917, nach Eintritt Amerikas in den Krieg, begann die amerikanische Regierung zaristische Verwaltungsmethoden anzuwenden und die Arbeiter- und sozialistische Presse zu unterdrücken. Die Schriftleitung der „Masses", darunter auch Gen. Reed, wurde wegen eines Artikels mit scharf antimilitaristischem Inhalt, betitelt: „Bereite für deinen Sohn, den Soldaten, die Zwangsjacke vor" zur gerichtlichen Verantwortung gezogen. Gen. Reed, der von der Verhaftung der Redaktion der „Masses" nichts wußte, war inzwischen schon wieder in Rußland. Er traf bald nach dem Kornilowputsch ein und begann an Ort und Stelle den Zersetzungsprozeß des Kerenskiregimes und das Heranreifen der Oktoberrevolution zu studieren.

Besonders stark und unauslöschlich war der Eindruck, den die Organisation der russischen Betriebsräte und ihr Kampf gegen den damals noch bedeutenden kompromißlerischen Einfluß in den Gewerkschaften auf ihn machten. Er studierte eingehend die Entwicklung der Ereignisse an der Front, sowie in Petrograd und Moskau im Zusammenhang mit der Einberufung der Demokratischen Beratung, der Bildung des „Vorparlaments" und dessen Auflösung. Am 25. Oktober wohnte er erst der Eröffnung des historischen Zweiten Allrussischen Sowjetkongresses im Smolnyinstitut bei und eilte dann, als der Kampf am Winterpalais begann, dorthin, um zu beobachten, wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit dem Stadthaupt Schröder an der Spitze angezogen kamen, um zusammen mit dem Kabinett Kerenskis zu „sterben". Er lächelte oft über diese Tragikomödie und erzählte, wie die Matrosen und Rotarmisten diesen „Helden" gutmütig rieten, „sich den Märtyrerkranz an anderer Stelle zu suchen". Er war einer der ersten, der das Winterpalais betrat, und wohnte der Verhaftung der Regierung Kerenskis bei. Er war bei den Kämpfen bei Gatschina und Zarskoje-Sselo und bei dem Begräbnis der Opfer der Oktoberrevolution in Moskau zugegen. Späterhin beteiligte er sich an der Arbeit der Abteilung für internationale revolutionäre Propaganda am Volkskommissariat des Aeußern. Nach der unfreiwilligen Auflösung der Konstituierenden Versammlung, als ein bewaffneter Aufstand der Sozial- und anderer Gegenrevolutionäre erwartet wurde, bewachte Gen. Reed zusammen mit Bela Kun und anderen mit dem Gewehr in der Hand Tag und Nacht das Gebäude des Kommissariats des Aeußern.

Als er auf dem III. Allrussischen Sowjetkongreß auftrat, wußte er bereits, daß in Amerika gegen ihn eine Anklage wegen antimilitaristischer

Agitation anhängig gemacht war. Er beschloß, unverzüglich nach Amerika zu reisen und sich dem Gericht zu stellen, obgleich er wußte, daß ihm 20jährige Zuchthausstrafe bevorstehe, sollte man ihn auch nur laut einem einzigen der gegen ihn vorgebrachten Gesetzparagraphen schuldig befinden. Ende Januar 1918 reiste er über Finnland ab, wo er das von den finnischen Weißgardisten besetzte Gebiet durchkreuzen mußte. Nach langem Leidensweg traf er in Norwegen ein. Hier mußte er einige Monate bleiben, da die amerikanische Regierung sich fürchtete, ihm auch nur die Einreise zu gestatten, damit er sich beim Gericht melde und sich weigerte, seinen Paß zu visieren. Inzwischen wurde seine Angelegenheit in Amerika ohne sein Beisein verhandelt, die Geschworenen konnten jedoch zu keinem endgültigen Urteil kommen. Als es ihm endlich gelang, sich die Erlaubnis zur Einreise nach Amerika zu erwirken, stellte er sich sofort nach seiner Ankunft dem Staatsanwalt und forderte die Ansetzung der Gerichtsverhandlung. Nach seiner Verhaftung und Freilassung gegen Bürgschaft widmete er sich agitatorischer und literarischer Tätigkeit. Das Ergebnis war sein berühmtes Werk über die Oktoberrevolution unter dem Titel „Zehn Tage, die die Welt erschütterten". In diesem Werk sind seine Beobachtungen in Rußland und die zahlreichen Verfügungen, Dekrets usw., die er mitgenommen hatte, so geschickt ausgenutzt, die Ereignisse so richtig beleuchtet, daß man nicht umhin kann zu staunen, wie ein Mann fast ohne Kenntnis der russischen Sprache den Geist und die Bedeutung dieser historischen Ereignisse so richtig — viel richtiger als viele russische „Revolutionäre" — erfassen und einschätzen konnte. Gen. Lenin schreibt in seinem Vorwort zur neuen Auflage dieses Buches unter anderem wie folgt:

„Ich habe das Buch John Reeds „Zehn Tage, die die Welt erschütterten" mit größtem Interesse und ungeteilter Aufmerksamkeit gelesen und empfehle dieses Werk von ganzem Herzen den Arbeitern aller Länder. Es ist ein Werk, das ich in Millionen von Exemplaren verbreitet und in alle Sprachen übersetzt wissen möchte, denn es gibt eine richtige und ungewöhnlich anregende Darstellung der Ereignisse, die für das Verständnis von dem Wesen der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats von ernster Bedeutung sind."

Als die zweite Gerichtsverhandlung in seiner Angelegenheit stattfand, tat der Staatsanwalt alles, was in seinen Kräften stand, um von den Geschworenen, die ultrapatriotisch und dem „Vaterlandsverräter" gegenüber feindlich gestimmt waren, ein „schuldig" zu erzielen. Er ging sogar so weit, während der Gerichtsverhandlung ein Orchester vor dem Gerichtsgebäude patriotische Hymnen spielen zu lassen. Als Reed erklärte, er halte es für seine Pflicht, nur unter dem bolschewistischen Banner der internationalen sozialen Revolution zu kämpfen, fragte ihn der Staatsanwalt: „Würden Sie aber im jetzigen Krieg unter der amerikanischen

Flagge kämpfen wollen?" — „Nein", anwortete Gen. Reed kategorisch. — „Weshalb?". Als Antwort hierauf folgte ein einstündige leidenschaftliche Rede unseres Genossen, in der er in lebhaften Farben, in Worten, die selbst den unerschütterlichen, spießbürgerlichen amerikanischen Geschworenen zu Herzen gingen, all die Greuel und Grausamkeiten des im Interesse des Kapitals veranstalteten Weltblutbades schilderte, die er in Europa miterlebt hatte. Einige der Geschworenen waren bis zu Tränen gerührt, und John Reed wurde freigesprochen.

Darauf machte er sich unter Einsatz seiner ganzen Tatkraft daran, die sozialistische Bewegung in Amerika auf den Weg des Kommunismus zu lenken und gegen die Intervention in Sowjetrußland und die Blockierung der Sowjetrepublik anzukämpfen. Fast in allen größeren Städten Amerikas hielt er auf riesigen Versammlungen Ansprachen über die russische Revolution; unzählige Male wurde er verhaftet. In Philadelphia z. B. verbot man, das Lokal zu öffnen, in dem Reed vor einer riesigen, vieltausendköpfigen Volksmenge zugunsten Sowjetrußlands auftreten sollte. Trotz der Drohungen der Polizei stellte sich Reed auf eine herbeigeschaffte Kiste und begann seine Ansprache von der Höhe derselben auf der Straße. Die Polizei zog ihn herunter und hieb auf die Menge ein, aber selbst viele der anwesenden wenig aufgeklärten Soldaten gingen auf seine Seite über. Diese gesprengte Versammlung sollte einen gewaltigen revolutionierenden Einfluß auf die Arbeitermassen Philadelphias und anderer Städte ausüben. Im Zusammenhang mit dieser Versammlung wurde Reed wegen „Ordnungsstörung" vor Gericht gestellt. Als die Geschworenen ein Urteil auf Freispruch fällten, forderte der verblüffte Staatsanwalt, jeder der Geschworenen solle persönlich bestätigen, daß er für ein derartiges Urteil gestimmt habe. Die Geschworenen taten es. Dieser Vorfall raubte der Staatsanwaltschaft anderer Städte die Lust, den Gen. Reed wegen „Ordnungsstörung" gerichtlich zu belangen.

Nach seiner Rückkehr nach Amerika benutzte Gen. Reed seine Zugehörigkeit zur Amerikanischen Sozialistischen Partei, um an der Organisation des „linken Flügels" der Partei mitzuwirken. Er führte einen unerbittlichen Kampf gegen Hillquith, Berger und andere kompromißlerische Führer der Partei. Auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei in Chicago, im September 1919, war er auf der Seite der Delegierten, die darauf bestanden, daß man in der Partei bleiben solle, da sie darauf rechneten, daß entweder sie die ganze Partei für den Kommunismus gewinnen würden, oder aber der „linke Flügel" sich abspalten und den größten Teil der besten Mitglieder der Partei mit sich ziehen werde. Andere Genossen dagegen forderten, daß unabhängig von dem Kongreß der Sozialistischen Partei unverzüglich eine kommunistische Partei gegründet werde. Die kompromißlerischen Führer befahlen Reed und seinen Kameraden, den Kongreß sofort zu verlassen. Diese weigerten sich, und die Führer mußten die

Polizei zu Hilfe rufen, um Reed und seine Anhänger zum Verlassen des Sitzungssaales zu zwingen. Reed und andere Delegierte versuchten darauf, sich einem anderen Teil des linken Flügels anzuschließen. Infolge von Meinungsverschiedenheiten über die Organisation und zum Teil auch über die Taktik wurde keine Verständigung erzielt, und in Amerika entstanden zwei Parteien: die Kommunistische Partei und die Kommunistische Arbeiterpartei — die letztere mit Reed an der Spitze. Bis zur Entstehung dieser Parteien gehörte Reed zur Schriftleitung des Organs des linken Flügels der Sozialistischen Partei „The Revolutionary Age". Später redigierte er das Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei „The Voice of Labor", in dem er sich bestrebte, durch volkstümliche, in einer den Arbeitern zugänglichen Sprache abgefaßte Artikel den Boden für die Organisation eines Netzes von Betriebsräten zu ebnen zum Kampf gegen die verräterische Politik Gompers' und anderer Führer der A. F. of L. und gegen den Einfluß der Anarchisten auf die Organisation der I. W. W. Daneben setzte er seine literarische Tätigkeit fort und schrieb ein satyrisches Lustspiel auf Wilson, die Entente und die Versailler Friedenskonferenz, das großen Anklang unter den Massen fand.

Im Oktober 1919 beschloß er, sich wiederum nach Rußland zu begeben, um mit Hilfe des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an dem Zusammenschluß der beiden kommunistischen Parteien Amerikas mitzuarbeiten. Die Regierung verweigerte ihm die Erlaubnis zur Ausreise aus Amerika. Es gelang ihm aber trotzdem nach vielen gefahrvollen Abenteuern Ende vorigen Jahres illegal nach Rußland zu kommen. Hier nahm er an der Ausarbeitung der Bedingungen teil, unter denen die Vereinigung der kommunistischen Fraktionen Amerikas erfolgen sollte, schrieb für die „Kommunistische Internationale" und sammelte Material für seine künftige Arbeit in Amerika. In seiner Abwesenheit wurde in Chicago wieder einmal eine gerichtliche Verfolgung wegen seines Artikels über „Spione" gegen ihn eingeleitet, und er wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ungeachtet dessen und trotzdem die amerikanische Regierung die Möglichkeit besaß, das Urteil auf Grund anderer Gesetzparagraphen bis auf 20 Jahre Zuchthaus zu steigern, reiste Reed Anfang dieses Jahres wieder über Finnland nach Amerika ab. Doch ehe das Schiff, auf das er sich eingeschmuggelt, Zeit hatte, nach Schweden auszulaufen, wurde er von dem Matrosen, der ihm zur Abreise helfen sollte, verraten. Es folgte eine dreimonatelange Einzelhaft in finnischen Gefängnissen. Die Kunde von seiner Verhaftung drang schließlich nach Amerika. Er drohte mit Hungerstreik, worauf ihm die Möglichkeit gegeben wurde, nach Rußland zurückzureisen. Hier nahm er an der Arbeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale teil, wohnte als Vertreter der unlängst entstandenen Vereinigten Kommunistischen Partei Amerikas dem II. Kongreß der Kommunistischen Internationale bei und reiste gemeinsam mit anderen

Delegierten zum Kongreß der Ostvölker nach Baku. Nach Moskau zurückgekehrt, begann er eifrig Vorkehrungen zur Abreise nach Amerika zu treffen, obwohl er wußte, was ihn dort erwartete. Aber die verhängnisvolle Krankheit, die er sich augenscheinlich schon im Kaukasus zugezogen hatte, entriß diesen geistvollen, jugendlich begeisterten, der Sache der kommunistischen Weltrevolution grenzenlos ergebenen Genossen aus unserer Mitte. . . .

John Reed, der Vorkämpfer und Führer des Kommunismus in Amerika, ist tot. Das hehre Werk aber, dem er sich so aufopfernd widmete, und die Liebe, die alle, die ihn kannten, für ihn hegten, leben fort.

In den Herzen der Millionen amerikanischer Proletarier, denen er mit solcher Begabung und solchem Erfolg die Lehren der russischen Revolution und die Grundsätze des Kommunismus erklärte, wird die Liebe zu ihm nie verlöschen. Lange werden seine flammenden Reden in ihren Herzen nachklingen, unvergeßlich werden ihnen die zur revolutionären Aktion rufenden geistvollen Schöpfungen seiner Feder sein.

B. Reinstein.

Georg Kirkow.

Durch den Tod unseres unvergeßlichen Genossen Georg Kirkow hat die Kommunistische Partei Bulgariens und das gesamte Proletariat einen ungeheuren Verlust erlitten. Ein glühender Verteidiger der Arbeiterklasse, ein unnachahmlich geistreicher Redner, der durch die Kraft seiner künstlerischen Gabe die Feinde der Arbeitersache zu zerschmettern verstand, begabt mit einem Verstand, der ihm half, sich in Ereignissen und Menschen rasch zurechtzufinden, hat Gen. Kirkow eine tiefe Spur in der Bewegung hinterlassen, der er mit hingebungsvoller Ergebenheit und Liebe diente. Seine außerordentliche Beliebtheit in Arbeiterkreisen ist allen bekannt. Aber auch in weiten Kreisen der Bourgeoisie kannte man ihn sehr gut. Im Besitz der verschiedenartigsten Kenntnisse, die er seiner bemerkenswerten Wißbegier verdankte, was Gen. Kirkow ein außerordentlich interessanter und fesselnder Gesellschafter, dessen Umgang auch die Vertreter der Bourgeoisie suchten, und das brachte ihn zuweilen in unangenehme Lagen, besonders während des Krieges. Sein Ruf in bürgerlichen Kreisen gründete sich auf seine Rednergabe. Von seinen Reden im Parlament und auf Volksversammlungen ließen sich auch bürgerliche Politiker unwillkürlich fesseln. Durch seine Beredsamkeit und den tiefen Inhalt seiner Ge-

danken wurde sogar die Aufmerksamkeit der Leute an seine Worte gefesselt, denen diese Worte mitten ins Gesicht schlugen. So groß war die Macht der Rednergabe des Gen. Kirkow! Wie haben ihn aber dafür auch unsere Arbeiter hochgeschätzt! Das kann man z. B. aus folgender Tatsache schließen. Während des Balkankrieges 1912—13 verbreiteten die „Gemeinschaftler", die „weitherzigen" Pseudosozialisten*) systematisch aufregende Gerüchte über den Gen. Kirkow: einmal sollte er getötet sein, ein andermal war er zusammen mit seiner Kompanie beim Überschreiten irgend eines Flusses ertrunken, oder er war seinen Wunden erlegen, oder schließlich verstümmelt und zum Krüppel geworden. Infolge dieser Gerüchte liefen von allen Ecken und Enden Bulgariens im Zentralkomitee der Partei Briefe von aufgeregten Genossen mit Anfragen über das Schicksal des Gen. Kirkow ein, und die Arbeiter von Sofia, die am häufigsten den unwiderstehlichen Einfluß seiner Reden empfunden hatten, wandten sich wiederholt an den Schreiber dieser Zeilen mit den Worten: „Ach! Gebe Gott, daß diese Gerüchte sich als Unsinn erweisen und unser „Meister" zu uns zurückkehrt, wenn auch als Krüppel, damit wir nur wieder seine ermutigende Stimme hören und seine Reden, mit denen er unsere Feinde niederschlug!"

Gen. Kirkow war nicht nur ein begabter Redner, sondern auch ein begabter proletarischer Journalist. Begründer des „Rabotschi Westnik" und sein langjähriger Redakteur, verfolgte er das Grundprinzip: keine, auch nicht die geringsten Zugeständnisse zu machen an die Feinde der Proletariersache, besonders an diejenigen von ihnen, die sich beim Proletariat eingeschmeichelt hatten, wie z. B. die „Gemeinschaftler" oder die „weitherzigen Sozialisten" und ähnliche „Sozialisten". Von diesen wurde er dafür auch tödlich gehaßt. Seine Artikel und politischen Übersichten im „Rabotschi Westnik" begeisterten die Arbeiter und wurden mit Genuß gelesen. Ohne bei Kleinigkeiten zu verweilen, rückte Gen. Kirkow stets das Wesentlichste in den Vordergrund, das der Aufklärung und dem Selbstbewußtsein der Arbeiter als Kämpfer des Proletariats dienen konnte.

Wir wollen hier nicht bei der Schilderung seiner künstlerischen Begabung verweilen. Seine humoristischen Skizzen in den ersten Nummern des „Rabotschi Westnik" werden unsterblich bleiben. Auf Wunsch des Parteikongresses in Kasanlyk im Jahre 1897, der in seiner Mehrheit aus kleinbürgerlichen und menschewistischen Elementen bestand, wurde Kirkow mit der Parteiarbeit in der Stadt Kasanlyk betraut. Gen. Kirkow fand auch in dieser kleinbürgerlichen Sphäre ein reiches und belehrendes humoristisches Material. In seinen humoristischen Skizzen verspottet Gen. Kirkow grausam die „Träume der schlafenden Bürger". Anderseits müssen die geistreichen politischen Karikaturen erwähnt

---

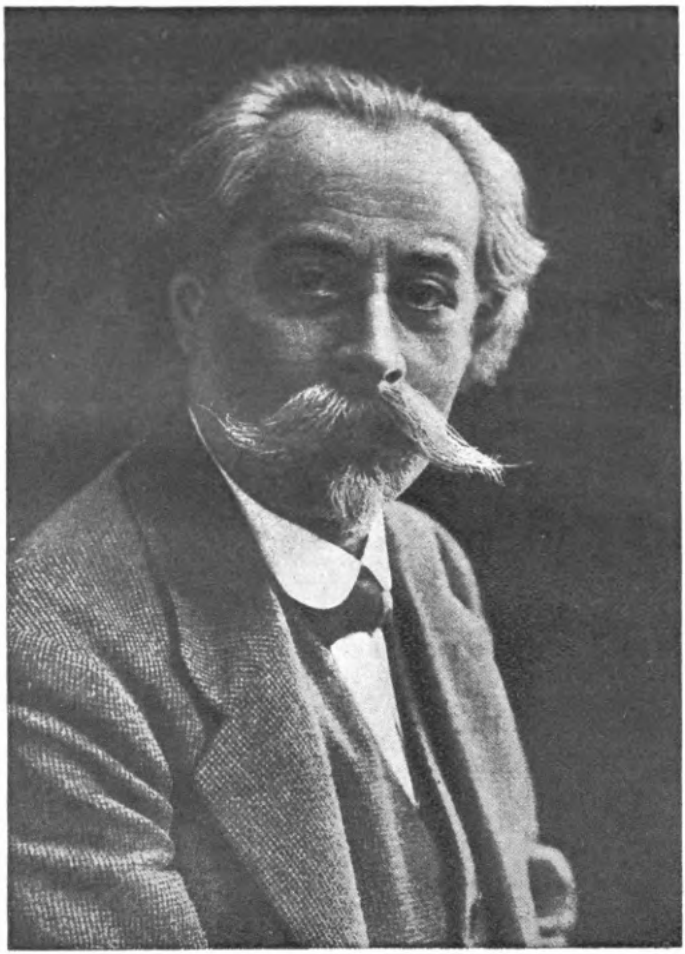
* Die bulgarischen Menschewiki.

werden, die von Zeit zu Zeit in den Spalten des „Rabotschi Westnik“ und der „Maiblätter“ erschienen. Die Ideen zu diesen Karikaturen gehörten ausschließlich dem Gen. Kirkow. Seiner poetischen Begabung verdanken wir auch unsere besten proletarischen Lieder: „Vorwärts, Genossen Arbeiter!“ und „Lied der Arbeit“.

In jeder Beziehung ist der Verlust, den wir in der Person des Gen. Kirkow erlitten haben, unersetzlich. Schreiber dieser Zeilen hat in ihm einen seiner besten Kameraden und Freunde verloren, mit dem er im Laufe eines Vierteljahrhunderts alle Freuden und Leiden der gemeinsamen, Schulter an Schulter geführten Arbeit geteilt hat. Auch als Mensch war Gen. Kirkow unersetzlich. Als ein seiner Natur nach übernervöser Mensch hat er auch seine Zornesausbrüche gehabt, aber nachtragend war er nie, und er vergaß Zorn und Kränkungen rasch. Stets empfänglich für die Nöte seiner Genossen, teilte er mit ihnen alles, was er hatte. Am besten wissen das diejenigen von ihnen, die mit ihm an den Balkanfeldzügen und am letzten Weltkriege teilnahmen.

Der entschlafene Gen. Kirkow besaß noch eine Fähigkeit, die unserer Arbeiterbewegung großen Nutzen gebracht hat. Ein vortrefflicher Menschenkenner, verstand er jeden Parteigenossen auf die seinen Fähigkeiten am besten entsprechende Arbeit hinzuweisen. Diesem Umstand verdankt unsere Partei es, daß in der Redaktion des „Rabotschi Westnik“ der verstorbene Gen. Gabriel Georgijew Aufnahme fand. Wer die „Studien zur Geschichte des Sozialismus in Bulgarien“ von D. Blagojew gelesen hat, der weiß, welche Intrigen die „weitherzigen“ Pseudosozialisten anwandten, um die Leitung des „Rabotschi Westnik“ den Händen dieser unserer beiden Genossen, die ihre Betrügerei so schonungslos entlarvten, zu entreißen oder doch wenigstens den Gen. G. Kirkow aus der Redaktion zu entfernen. Ebenso verdanken wir dem Gen. Kirkow die Wahl des Gen. G. Dimitrow zum Sekretär des Gewerkschaftsbundes im Jahre 1904. Anderseits hat Gen. Kirkow uns häufig vor einigen Mitgliedern der Partei gewarnt, die späterhin von ihr abfielen und somit seine Warnungen gerechtfertigt haben.

Die Nachricht vom Tode des Gen. Kirkow hat die Herzen aller Mitglieder unserer Partei und des ganzen bulgarischen Proletariats schmerzlich getroffen. Viele waren über seinen Tod äußerst betroffen, aber für die ihm nahestehenden Freunde kam sein Tod nicht unerwartet, denn nach der Operation, der sich Gen. Kirkow vor einem Jahr unterzogen hat, wußten sie bereits, daß er von einer unheilbaren Krankheit befallen war. Er litt am Krebs. Vor ihm selbst hat man dies verborgen, und nur in allerletzter Zeit mußte der Gen. Tine, seiner Gattin, davon Mitteilung gemacht werden. Das vermehrte natürlich ihre Leiden, und bei all ihrer Festigkeit konnte sie die Tränen nicht zurückhalten, wenn sie mit uns allein blieb. Gen. Kirkow selbst glaubte all die Zeit über an



Georg Kirkow

(29. August 1865 — 25. August 1919)

seine Genesung und lebte der Hoffnung, daß er wieder zur Tätigkeit für die Sache der Arbeiter zurückkehren werde. Nach dem Parteikongreß von 1919 erzählte er mir, daß er einen längst gehegten Plan ausführen und an die Herausgabe einer künstlerisch-humoristischen Zeitschrift in der Art der deutschen „Der wahre Jakob" gehen wolle. „Den Plan habe ich fertig, und sobald es mir besser geht, werde ich mich an die Arbeit machen", sagte er. Seine Krankheit schritt fort, aber der Glaube an seine Genesung verließ ihn nicht, und das half ihm die körperlichen Leiden ertragen.

Bis in seine letzten Tage hinein bewahrte sich Gen. Kirkow die Kraft seines Urteils. Mit bemerkenswerter Klarheit des Gedankens beurteilte er die letzten Ereignisse, tief überzeugt, daß Europa der kommunistischen Revolution nicht entgehen könne. Es quälte ihn furchtbar, daß ihm die Krankheit in solcher Zeit die Arbeitsfähigkeit raubte. In der Nacht vom 25. auf den 26. August starb er.

Zweifellos haben auf den Gesundheitszustand des Gen. Kirkow auch seine Lebensbedingungen eingewirkt. Vor allem machte sich da die intensive und vielgestaltige Parteitätigkeit geltend, die eine ständige Anspannung des Nervensystems verlangte; dann der Balkankrieg, in den Bulgarien durch die räuberische Bourgeoisie hineingehetzt wurde und der dem Gen. Kirkow bei seiner Eindrucksfähigkeit große seelische und körperliche Qualen gekostet hat. Aus diesem Kriege kehrte Gen. Kirkow geschwächt, gebeugt, mindestens um ein Jahrzehnt gealtert zurück. Mit leidenschaftlicher Aufmerksamkeit und Erregung verfolgte er den Gang des Weltkrieges und besonders die Entwicklung der Revolution in Rußland. Seine Urteile über sie zeichneten sich durch Originalität aus und waren erstaunlich treffend.

Die bulgarischen Arbeiter, die ihren Führer liebten, zeigten ihm gegenüber große Eifersucht. Sie wollten, daß er nur bei ihnen weilen, nur ihnen seine Ansichten und Meinungen mitteilen und seine kostbare Zeit nicht auf Gespräche mit Vertretern der Bourgeoisie verschwenden sollte. Umsomehr als die letzteren, nicht imstande die Ansichten des Gen. Kirkow völlig zu verstehen, sie bei der Weitergabe mündlich und in der Presse häufig entstellten. Anderseits bestanden seine Freunde, die für seine Gesundheit fürchteten, darauf, daß er seine Nerven nicht durch Debatten mit den politischen Feinden erregen solle.

Gen. Kirkow ist nicht mehr. Diesen Verlust werden wir empfinden, solange wir leben. Aber die Sache, der er sein Leben geweiht hat, ist unsere Sache, die Sache der Befreiung der Arbeiter und Bauern, und das Andenken des Gen. Kirkow ehren wir am besten durch den Schwur, aus aller Kraft für den Sieg dieser Sache zu kämpfen — für den Sieg der kommunistischen Revolution.

Dmitri Tutzowitsch.

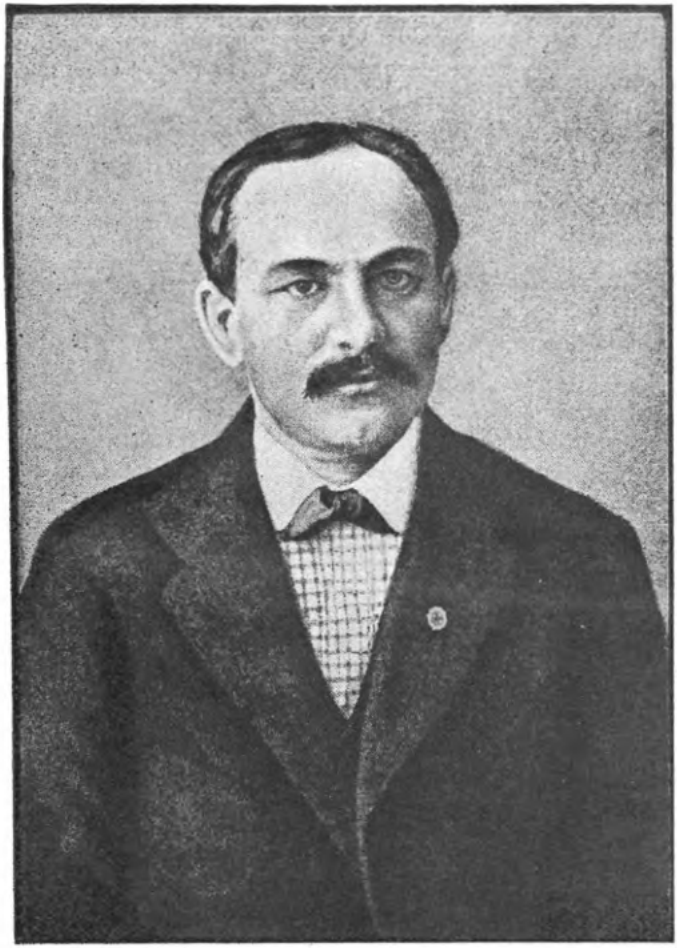
(1881–1914.)

Das serbische Proletariat hat während des imperialistischen Krieges viele von seinen besten Kämpfern verloren. Es hat zweifellos verhältnismäßig mehr verloren als irgend ein anderes Proletariat der Welt. Und unter seinen zahllosen Verlusten muß vor allem der Verlust seines größten und populärsten Führers hervorgehoben werden, der Verlust des von ihm heißgeliebten Dmitri Tutzowitsch (Tutz).

Tutzowitsch wurde am 1. Mai 1881 im kleinen serbischen Städtchen Ushize geboren. Er war der Sohn eines serbischen Priesters, seine beiden Brüder waren Berufsoffiziere. Aber schon als Gymnasiast nahm er sozialistische Ideen auf und schloß sich der Arbeiterbewegung an. Als junger Student der Universität wird er der Führer nicht nur der sozialistischen Universitätsjugend, sondern der ganzen serbischen revolutionären Jugend überhaupt. (Zu jener Zeit war die Mehrheit der Universitätsjugend durchdrungen von revolutionärem Geist gegen das Selbstherrscherregime der Könige Milan und Alexander Obrenowitsch.) Tutzowitsch war damals der Hauptorganisator der berühmten revolutionären Demonstration vom 23. März 1903, die von den Studenten, Handlungsangestellten und Arbeitern Belgrads veranstaltet wurde. Die Bewegung wurde von der Armee erstickt und in Blut ertränkt, viele Teilnehmer wurden verhaftet. Tutzowitsch gelang es, ins Ausland zu flüchten, und er blieb Emigrant bis zum Sturz und zur Vernichtung der Dynastie Obrenowitsch (29. Mai 1903).

Nach seiner Rückkehr nach Serbien widmet er sein junges und feuriges Leben der Sache des Proletariats, und bis zu seinem letzten Atemzuge, am 7. November 1914, haben seine ganze Tätigkeit, seine ganze Zeit, sein ganzer seltener Verstand, seine ganze große Seele und sein großmütiges Herz der Arbeiterklasse gehört.

In Serbien gibt es keinen organisierten Arbeiter, ja keinen einzigen Arbeiter überhaupt, der nicht seinen großen Tutzowitsch kennt, ehrt und liebt. Eben infolge seiner tiefen und allseitigen Kenntnis der Arbeiterbewegung und des Marxismus, infolge seiner Fähigkeiten überhaupt, ist die Arbeiterbewegung in Serbien von ihrer Entstehungsstunde an den einzig richtigen revolutionären Weg gegangen. Dmitri Tutzowitsch war einer der Hauptgründer der politischen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation in Serbien. Vom Beginn unserer modernen Bewegung an bis zu seinem Tode war er der Reihe nach zuerst Mitarbeiter, dann Chefredakteur des Zentralorgans unserer Partei „Rad-



Dmitri Tuzowitsch
1881 — 1914

nitschke Novine“ und unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Borba“. Unter seiner Redaktion sind fast alle bedeutenden Verlagswerke unserer Partei erschienen. Er ist jung gestorben, aber er hat doch einige Bücher von größter Bedeutung verfassen können. Besonders hervorgehoben werden müssen seine Broschüren: „Der sozialistische Agitator“ und „Serbien und Albanien“. Wenn der verbrecherische Krieg ihn uns nicht geraubt hätte, so hätte er uns zweifellos auch noch andere Schriften gegeben, die sein großes Genie noch deutlicher enthüllt hätten. Als er Sekretär unserer Partei war, hob er sie auf eine solche Höhe und stellte sie zugleich auf eine so feste Grundlage, daß sogar der Sturm des kapitalistischen Krieges sie weder umstürzen noch erschüttern konnte.

Übrigens war Tutzowitsch nicht nur der Lehrer und Führer des serbischen und südslawischen Proletariats; er war auch einer der Führer des Balkanproletariats. Der Name und die Persönlichkeit von Tutzowitsch war dem Bruderproletariat Bulgariens und Rumäniens ebenso wohlbekannt, wie die Namen Blagojews und Rakowskis dem serbischen Proletariat bekannt sind.

Dmitri Tutzowitsch war der erste und hervorragendste Förderer und Organisator der ersten sozialistischen Balkankonferenz, die im Jahre 1910 in Belgrad stattfand. Es braucht nicht betont zu werden, daß alle wichtigen Resolutionen und Beschlüsse, die auf dieser denkwürdigen, zweifellos historischen Konferenz gefaßt wurden, aufs engste mit dem Namen Tutzowitsch verknüpft sind.

Und schließlich gehört unser großer Führer nicht nur dem revolutionären sozialistischen Proletariat Serbiens und des Balkans, sondern auch der ganzen sozialistischen und revolutionären internationalen Bewegung. An der Spitze unserer Delegation auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen 1910 hat er seine Pflicht als Revolutionär und Internationalist glänzend erfüllt. Schon damals hatte er den Mut, vor dem Angesicht der ganzen internationalen Arbeiterklasse die allmächtigen Führer der II. Internationale, die Victor Adler, Renner und andere Opportunisten und Reformisten, des Verrats an der Sache des Proletariats anzuklagen. Er sagte ihnen: „Ihr habt in Sachen der Annektionskrise (Annektion Bosniens und der Herzegowina 1908—1909) Eure Pflicht als Sozialisten und Revolutionäre nicht erfüllt. Statt dessen habt Ihr Euch Eurer Bourgeoisie zur Verfügung gestellt.“ Und ich erinnere mich lebhaft, daß Tutz infolge der von ihm eingenommenen Stellung den wärmsten Beifall der Genossin Rosa Luxemburg fand.

Jetzt sind weder Tutz noch Rosa mehr am Leben. Es ist kein Zweifel, daß ihr Fehlen nicht nur dem Proletariat Deutschlands und Serbiens, sondern auch dem ganzen internationalen Proletariat unendlichen Schaden bringt.

Glücklicherweise wurde das serbische Proletariat vor seinen Noske

und Scheidemann verschont, und das verdankt es den Lehren seines so sehr beweinten Dmitri Tutzowitsch.

Die Tragödie des Todes von Tutzowitsch besteht darin, daß er infolge der geschichtlichen Ereignisse gefallen ist, nicht auf den Barrikaden, nicht an der Spitze des klassenbewußten revolutionären Proletariats im Bürgerkriege oder bei der revolutionären Erhebung, was sein heißer Wunsch war, sondern als Opfer des imperialistischen und nationalistischen Krieges, gegen den er aus aller Kraft unermüdlich und unversöhnlich gekämpft hat.

Man könnte viel über unseren Tutzowitsch schreiben, und doch wäre das alles noch zu wenig. Aber was man von ihm in wenigen Worten und ohne Übertreibung sagen kann, das ist, daß er zu gleicher Zeit ein großer Idealist und Realist war, ein erstklassiger Theoretiker und Praktiker, ein ungewöhnlicher Propagandist und Organisator, überdies ein glänzender Redner, ein großer und tiefer revolutionärer Marxist, ein umfassender Geist, ein genialer Führer.

Im Laufe der zwanzig Jahre meines politischen Lebens habe ich von vielen proletarischen Führern verschiedener Länder gehört, gelesen und bin mit ihnen zusammengetroffen, und ich muß sagen, daß nur sehr Wenige von ihnen mit Dmitri Tutzowitsch verglichen werden können.

Unser Verlust ist ungeheuer. Aber das serbische Proletariat hat sein hohes Klassenbewußtsein nicht verloren, das Tutzowitsch ihm in der kurzen Zeit seines fruchtbaren Lebens eingeimpft hat. Schon seit 6 Jahren hat sein Herz aufgehört zu schlagen, aber seine Idee bleibt lebendig und wirksam, und das Licht seiner Lehre erhellt den dornigen Pfad, den das serbische Proletariat zurücklegen muß, um seine eigene Befreiung und die Befreiung der Arbeiterklasse überhaupt zu erreichen.

Das Andenken an diesen großen Kämpfer wird im serbischen Proletariat niemals schwinden. Und der bescheidene Zweck dieser Zeilen ist, die Erinnerung auch unter dem internationalen Proletariat zu wahren, das unter dem Banner der Kommunistischen Internationale kämpft. Ehre sei dem jungen und großen entschlafenen Führer des serbischen Proletariats! Ehre sei Dmitri Tutzowitsch!

J. Milkitsch.